

**70 JAHRE**  
**Die Ortenau**

**Veröffentlichungen  
des Historischen Vereins für Mittelbaden**

**60. Jahresband 1980**



**OFFENBURG/BADEN**  
**VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN**

**ISSN 0342 - 1503**

**EINLADUNG ZUR**  
**JAHRESVERSAMMLUNG**  
**DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN**

**am 12. Oktober 1980**

**in Kehl am Rhein**

- 8.30 Uhr: Geschäftliche Sitzung und Mitgliederversammlung mit Beschlußfassung der berechtigten Satzung des Vereins, in der Stadthalle, Eingang Jahnstraße.
- 10.00 Uhr: Empfang des Vorstandes durch Oberbürgermeister Detlev Prößdorf.
- 10.30 Uhr: Festsitzung in der Stadthalle mit Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Marcel Thomann, Straßburg:  
**„Die Rechtsfakultät der Universität Straßburg  
und die Regionalgeschichte“**  
Musikalische Umrahmung: Kehler Kammerorchester
- 12.30 Uhr: Mittagessen in der Stadthalle
- 14.30 Uhr: Besuch des Hanauer Museums, Kehl, Friedhofstraße 5
- 15.00 Uhr: Abfahrt am Museum mit Bussen zur Fahrt ins Hanauerland:  
Heidenkirchle Freistett  
Chorturmkirche Hausgereut mit Fresken  
und zu dem unter Denkmalschutz stehenden „Korker Bühl“.  
Gelegenheit zur Rückkehr nach Kehl  
Für die anderen Teilnehmer: Ausklang in der Heimatstube „Ochsen“ in  
Kork und Gelegenheit zur Rückkehr nach Kehl.

Der Oberbürgermeister  
der  
Stadt Kehl  
Detlev Prößdorf

Der Vorsitzende  
des  
Historischen Vereins für Mittelbaden  
Wilhelm Mechler

# Die Ortenau

Veröffentlichungen  
des Historischen Vereins für Mittelbaden

60. Jahresband 1980



OFFENBURG/BADEN  
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342 - 1503

## INHALT

Hugo Schneider, Zum 70jährigen Jubiläum des Historischen Vereins für Mittelbaden . . . .	4
Oberbürgermeister Detlev Prößdorf, Grußwort der Stadt Kehl . . . . .	6
Wilhelm Mechler, Dipl.-Ing. Heiner Krum Ehrenmitglied . . . . .	7
Wilhelm Mechler, Universitätsprofessor Dr. Dr. Wolfgang Müller, Ehrenmitglied unseres Vereins . . . . .	8
Unsere Ehrenmitglieder . . . . .	9
Julius Hauth, Ehrenmitglied Gewerbeschulrat a.D. Hermann Fautz zum Gedenken . . . .	10
Manfred Hildenbrand, Jahresbericht 1979/80 . . . . .	13
Berichte der Mitgliedergruppen 1979 . . . . .	16
Berichte der Arbeitskreise 1979 . . . . .	23
Landrat Dr. Gerhard Gamber, Der Ortenaukreis — Rückblick 1979 . . . . .	34
Landrat Dr. Erich Würfel, Rastatt — ein alter Name, ein neuer Landkreis . . . . .	43
Wilhelm Mechler, Hermann Dietrich Kehler Bürgermeister 1908—1914 Badischer Minister — Reichsminister — Vizekanzler . . . . .	51
Dr. Christoph Bühler, Die mittelalterliche Stadt Lahr im Spannungsfeld von Herrschaft und Familie Festvortrag gehalten auf der Jahresversammlung am 21. Oktober 1979 in Lahr . . . . .	65
Hubert Kewitz, Ettenheim vor und nach der Stadtwerdung . . . . .	78
Hugo Schneider, Die Reformation in der Landvogtei Ortenau unter besonderer Berücksichtigung von Achern . . . . .	100
Julius Hauth, Die Schule von Schiltach — Lehengericht — von Anfang bis um 1750 . . . .	116
Erwin Dittler, Gotthold Friedrich Stäudlin (1758—1796) . . . . .	122
Erwin Dittler, Karl Ludwig Schulmeister (1770—1853), der Jakobiner aus Freistett . . . .	130

Thomas Kopp, Als Zell 1802 aufhörte Reichsstadt zu sein .....	148
Hermann Schmid, Die Schicksale der Zisterzienser-Abtei Tennenbach nach der Säkularisation 1806—1836 .....	157
Werner Scheurer, Schicksale Haslacher Revolutionäre Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution von 1848/49 im Kinzigtal .....	172
Dr. Suso Gartner, Der Bühler Arbeiter- und Soldatenrat .....	208
Karl-August Lehmann, Offenburg zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1930—1933 .....	220
Elfie Labsch-Benz, Die jüdische Gemeinde Nonnenweier Jüdisches Leben und Brauchtum in einer badischen Landgemeinde zu Beginn des XX. Jahrhunderts .....	252
Hermann Schilli, Die Neubauten im Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ in Gutach im Schwarzwald .....	305
Manfred Hildenbrand, Das neue „Schwarzwälder Trachtenmuseum“ in Haslach im Kinzigtal .....	314
Heinz Großholz, Der ehemalige Entenfang zu Membrechtshofen .....	323
Kleine Beiträge	
Thomas Ilch, Bodenfunde in Altenheim vom Frühjahr 1979 bis heute .....	342
Hugo Schneider, Der Wochengötterstein von Sasbach bei Achern .....	342
Joseph Krausbeck, Funde und Entdeckungen aus Wolfachs Geschichte .....	344
Hugo Schneider, Der Dreifürstenstein auf der Hornisgrinde .....	346
Kurt Klein, St. Gallus mit dem Adler .....	347
Karl Volk, Keine Konzession für Kienölbrenner Aus der ehemaligen Obervogtei Triberg .....	350
Besprechungen und Hinweise .....	351
Anschrift der Autoren .....	368

## Zum 70jährigen Jubiläum des Historischen Vereins für Mittelbaden

70 Jahre sind vergangen, seit 1910 der Historische Verein für Mittelbaden in Offenburg gegründet wurde, eine lange Zeit für einen Verein, der sich seiner damaligen Satzung nach die Aufgabe gesetzt hat, „die Geschichte und die Kunst- und Altertumsdenkmäler Mittelbadens zu pflegen und dadurch zur Weckung und Förderung der Heimatliebe beizutragen“. Dieser Aufgabe ist der Verein bis heute treu geblieben, obwohl die schöne Landschaft Mittelbadens nur wenige überragende Persönlichkeiten hervorgebracht hat und nur noch wenige bedeutsame künstlerische Leistungen der Vergangenheit erhalten blieben. Ja, der Begriff Heimat selbst ist infolge des Mißbrauchs in der vergangenen Zeit fragwürdig geworden. Mag auch das Wort manchem nicht mehr viel bedeuten, so blieb doch, was es meint, lebendig, die Verbundenheit mit dem Ort und der Gegend, wo man aufgewachsen ist, wo man seine ersten Eindrücke empfangt, eben wo man daheim ist. Und immer wieder wird es Menschen geben, die wissen wollen, was sich einst in ihrer Heimat zugetragen hat, wie sich in früheren Zeiten das Verhältnis der Menschen zu einander gestaltete, welche Vorstellungen und Ziele sie bewegten.

Einzelne Aufgaben des Historischen Vereins wurden inzwischen von staatlichen Stellen übernommen wie die Durchführung von Ausgrabungen oder die Betreuung einzelner Kunstwerke oder Bauwerken, denen in geschichtlicher Sicht eine gewisse Bedeutung zukommt. Dafür fühlt sich der Verein um so mehr verpflichtet zu warnen und zu mahnen, wenn rücksichtslose Straßenbauer und Stadtplaner und verständnislose Stadtverwaltungen durch ihre Maßnahmen das gewachsene Gesicht der Städte und Dörfer zerstören.

Von dem Fleiß und der Hingabe an die Heimatforschung zeugen die vielen Abhandlungen in der Zeitschrift des Vereins mit dem geschichtsträchtigen Namen „Ortenau“, von der dieses Jahr der 70. Jahresband erscheint. Sie beweisen, daß es immer noch Menschen gibt, die sich nicht damit begnügen die Sekundärliteratur auszuschreiben und ungeprüft ihre Aussagen zu verwenden, sondern die zu den Quellen („ad fontes“) zurückgehen, um sie selbst zu befragen und durch neue Fragestellungen erweiterte Erkenntnisse zu gewinnen. Wohl wissend, daß dank des eminenten Fleißes früherer Forscher kaum noch bedeutsame Quellen für unseren Raum zu entdecken sind, widmen sie sich mit Beharrlichkeit und Unermüdlichkeit der mühsamen archivalischen Arbeit, um

zu erfahren, wie es einst tatsächlich war. Ihre Tätigkeit ist noch mehr zu schätzen, da sie ihre Arbeit trotz der Ferne von den wissenschaftlichen Zentren des Landes neben ihrem Beruf durchführen.

Aufgabe der Zukunft wird es sein, verstärkt die Forschung auf die Jahre seit der Reichsgründung zu richten, die weltanschaulichen Fragen, die sie bewegten, die Entwicklung von Handel und Industrie sowie die in ihrem Gefolge auftretende Umstrukturierung der Bevölkerung. Möge durch diese Arbeit nicht nur der Kenntnisstand von der Vergangenheit unseres mittelbadischen Raumes vermehrt, sondern auch dadurch die Heimatliebe gefördert werden.

### *1. Vorsitzende des Historischen Vereins für Mittelbaden*

Franz Joseph Simmler, Offenburg	1910—1914
Dr. Karl Bender, Bühl	1914—1919
August Rößler, Neuweier	1920—1930
Freiherr Theodor von Glaubitz	1930—1945
Dr. Hermann Steurer, Lahr	1946—1949
Dr. Otto Kähni, Offenburg	1949—1971
Wilhelm Mechler, Kehl	1971—

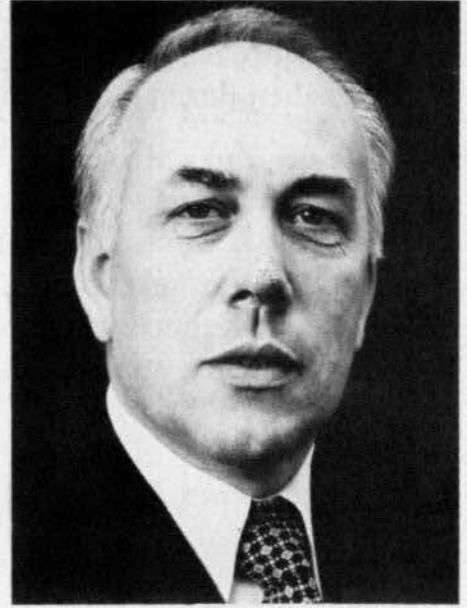
### *1. Schriftführer und Schriftleiter der „Ortenau“*

Dr. A. Braun, Offenburg	1910—1911
Dr. E. Batzer, Offenburg	1911—1938
Dr. A. Städele, Bleichheim	1939—1961
Dr. K. Hitzfeld, Gengenbach	1961—1970
Dr. E. Dittler, Goldscheuer	1970—1978
H. Schneider, Achern	1979—

### *Haupt- und Jahresversammlungen des Historischen Vereins für Mittelbaden*

1911 Offenburg	1935 Bühl	1963 Zell a.H.
1912 Lahr	1936 Ettenheim	1964 Oberkirch
1913 Oppenau	1937 Lautenbach	1965 Appenweier
1914 Rastatt	1938 Kippenheim	1966 Hausach
1920 Ettenheim	1939 Kehl	1967 Bühl
1921 Kehl	1949 Offenburg	1968 Rastatt
1922 Achern	1950 Ettenheim	1969 Haslach
1923 Wolfach	1951 Gengenbach	1970 Kehl
1924 Renchen	1952 Bühl	1971 Ettenheim
1925 Hornberg	1953 Wolfach	1972 Renchen
1926 Bühl	1954 Achern	1973 Schiltach
1927 Haslach i.K.	1955 Baden-Baden	1974 Offenburg
1928 Oberkirch	1956 Oppenau	1975 Gengenbach
1929 Triberg	1957 Kehl	1976 Oberkirch
1930 Gengenbach	1958 Steinbach	1977 Wolfach
1931 Zell a.H.	1959 Lahr	1978 Gengenbach
1932 Lahr	1960 Offenburg	1979 Lahr
1933 Rastatt	1961 Schiltach	1980 Kehl
1934 Offenburg	1962 Gengenbach	

Hugo Schneider



## Grußwort der Stadt Kehl

Für die Stadt Kehl ist es eine große Freude, im Jahre 1980 Tagungsort der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. zu sein.

Jede Stadt hat ihre eigene Geschichte und ihre dadurch geprägte Individualität. Seit drei Jahrhunderten liegt Kehl an einer lange umstrittenen Grenze. Die Kriegsstürme gingen immer wieder über die Stadt hinweg und zerstörten sie jedesmal völlig. Die Bürger aber hielten an ihrer vergleichsweise jungen Stadt fest, kehrten zurück, räumten den Schutt beiseite und fingen neu an. Großartige bauliche Zeugnisse des Bürgersinns unserer Vorfahren, auf die viele andere Städte stolz sein können, und aus denen die Stadtgeschichte ablesbar ist, wird man deshalb in Kehl vergeblich suchen.

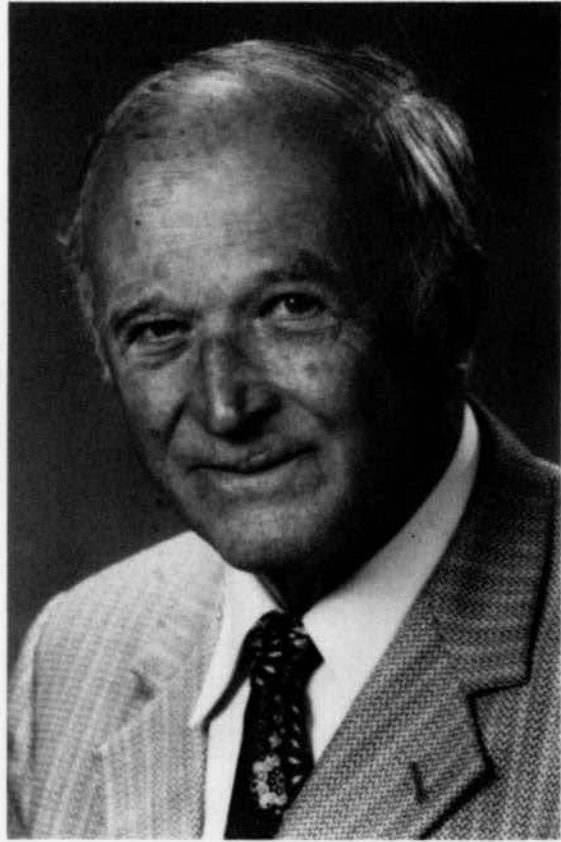
Um so wichtiger ist es gerade für Kehl, die von Kriegszerstörungen verschonten Zeugnisse der Geschichte unserer Heimat zu erforschen und den Bürgern in verständlicher Form zugänglich zu machen. Kehl ist daher in besonderer Weise auf die wertvolle Arbeit des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. angewiesen und hierfür seinen in der heimatgeschichtlichen Forschung tätigen Mitgliedern zu aufrichtigem Dank und zur besonderen Anerkennung verpflichtet. Mit der vom Historischen Verein herausgegebenen Heimatchronik „Die Ortenau“ ist gewährleistet, daß die Geschichte der engeren Heimat stets weiter erforscht und dargestellt und dem Bürger nahe gebracht wird.

Den Dank und die Anerkennung der Stadt Kehl für die Arbeit darf ich bei dieser Gelegenheit erneut aussprechen.

Im Namen des Gemeinderats und der Bürger der Stadt Kehl heiße ich alle Mitglieder und Gäste des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. in unserer Stadt herzlich willkommen. Der Veranstaltung selbst wünsche ich einen guten und erfolgreichen Verlauf, Zufriedenheit über das Erreichte und Lust und Freude zu weiterer Arbeit.

Detlev Prößdorf, Oberbürgermeister





Dipl.-Ing. Heiner Krum  
Ehrenmitglied

Nach 8jähriger Tätigkeit als Geschäfts- und Kassenführer wurde Heiner Krum am 12. März 1979 bei der Arbeitstagung in Offenburg-Griesheim verabschiedet und bei der Jahresversammlung in Lahr im gleichen Jahr zum Ehrenmitglied unseres Vereins gewählt. Damit hat erneut ein verdientes Mitglied berechnete und dankbare Anerkennung und Ehrung erfahren.

Achtmal haben ihm bei dem jährlichen Kassenbericht die Rechnungsprüfer gewissenhafte und einwandfreie Kassenführung bescheinigt. Ich glaube, daß nicht alle Mitglieder das Maß der Arbeit, des Sorgens und der Mitverantwortung erkennen können. Über die täglich zu erledigenden Dinge hinaus war die Finanzierung unserer Jahrbücher eine Hauptaufgabe, besonders auch die unserer umfangreichen Jahresveröffentlichung 1978 „Die Klöster der Ortenau“. Außer der Geschäfts- und Kassenführung hat Heiner Krum jene 350 Mitglieder betreut, welche, meist außerhalb Mittelbadens wohnend, früher als „Hauptverein“, nun als „überregionale Mitgliedergruppe“ bezeichnet werden. Freudig, aus Liebe zur Sache, mit Gewissenhaftigkeit und mit großer Erfahrung, welche er sich in jahrelanger ehrenamtlicher Tätigkeit in mehreren anderen gemeinnützigen Vereinigungen erwarb, hat Heiner Krum auch bei uns seine Aufgaben erfüllt.

Für den Ruhestand gelten ihm und seiner Gattin aufrichtig unsere besten Wünsche.

Wilhelm Mechler



Universitätsprofessor  
Dr. Dr. Wolfgang Müller —  
Ehrenmitglied unseres Vereins

Die oberrheinische Kirchengeschichte war und ist das Hauptforschungsgebiet des 1973 emeritierten Professors, welchem unser Verein bei seiner Jahresversammlung am 21. Oktober 1979 in Lahr die Ehrenmitgliedschaft verlieh. In das weite Gebiet seiner außerordentlich fruchtbaren Forschertätigkeit in der kirchlichen Landeskunde des deutschen Südwestens war die Ortenau immer eingebettet. Zwei seiner Werke beschäftigen sich aber ausschließlich mit Mittelbaden: „Die Ortenau als Chorturmlandschaft“ (1965, 112 Seiten) stellt für das rechtsrheinische Gebiet der Diözese Straßburg diesen für das Bistum so charakteristischen Kirchenbautyp an 90 Kirchen dar; als Herausgeber unserer vielbeachteten Jahresveröffentlichung 1978 „Die Klöster der Ortenau“ (646 Seiten), zu welcher er selbst 17 Einzelbeiträge beisteuerte, bleibt er mit unserer Landschaft und ihrem Geschichtsverein aufs engste verbunden.

Der gebürtige Karlsruher wurde 1928 zum Priester geweiht. Obwohl er bis 1953 fast ununterbrochen in mehreren badischen Pfarreien als Seelsorger tätig war, legte er in dieser Zeit in unermüdlicher Arbeit den Grundstock seiner geschichtlichen Forschungen, die zur theologischen und philosophischen Promotion führten. Als Dozent und dann als ordentlicher Professor für kirchliche Landesgeschichte an der Theologischen Fakultät Freiburg erwarb er sich außerdem besondere Verdienste als Leiter des Universitätsarchivs und seit 1960 als Vorsitzender des Alemannischen Instituts und des Kirchengeschichtlichen Vereins der Erzdiözese Freiburg. Zu seinen wichtigen Forschungsgebieten gehören: das Konstanzer Konzil, die Freiburger Universitätsgeschichte, Fürstabt Martin Gerbert von St. Blasien und Leben und Werk des Konstanzer

Generalvikars Ignaz von Wessenberg. Seine Verdienste fanden äußere Anerkennung durch die Verleihung des ersten Fürstabt Martin-Gerbert-Preises und die Ernennung zum Ehrenprälaten.

Sein fast 200 Nummern umfassendes Schriftenverzeichnis reicht von der Christianisierung über das Mittelalter bis in die kirchliche Gegenwart. Zum Goldenen Priesterjubiläum und zum 75. Geburtstage erschienen zwei Festschriften über die „Heiligenverehrung“ und „Kirche am Oberrhein. Beiträge zu ihrer Geschichte“.

Von der Ortenau senden wir unserem Ehrenmitglied in Dankbarkeit herzliche Grüße und gute Wünsche.

Wilhelm Mechler

## Unsere Ehrenmitglieder

Dr. Karl Asal, Professor, Ministerialrat a. D., Freiburg, Alemannenstr. 63

Paul Braun, Elektromeister, Baden-Baden, Lange Straße 68 a

Hermann Fautz, Gewerbeschulrat a. D., Überlingen, H.-Emerich-Str. 22

Otto Foshag, Verleger, Kehl am Rhein, Kinzigstr. 25

Dr. Karlleopold Hitzfeld, Rektor a. D., Offenburg, Straßburger Str. 47

Thomas Kopp, Landwirtschaftsschulrat a. D., Zell a.H., Gartenstraße 20

Josef Krausbeck, Heimatpfleger, Wolfach, Kleine Dammstraße

Heiner Krum, Oberstudiendirektor i. R., Offenburg, Rilkestraße 4

Dr. Dr. Wolfgang Müller, Universitätsprofessor em., Freiburg i. Br.,

Spitzackerstraße 7

Hermann Schilli, Studienprofessor a. D., Freiburg i. Br., Bayernstraße 8

Erwin Schopferer, Konrektor a. D., Oppenau, Am Bürgerwald 8

Wilhelm Vajen, Kaufmann, Oberkirch, Stadtgartenstraße 9



## Ehrenmitglied Gewerbeschulrat a.D. Hermann Fautz zum Gedenken

Die Nachricht vom Tode des Gewerbeschulrates a.D. Hermann Fautz löste in weiten Kreisen tiefe Teilnahme aus. Hermann Fautz starb am 20. 10. 1979 kurz vor seinem 81. Geburtstag in seiner Wahlheimat Überlingen und wurde dort in aller Stille zu Grabe getragen.

Am 14. 11. 1898 wurde Hermann Fautz in Gengenbach geboren. Die Geschichtsträchtigkeit dieser einstigen Reichsstadt und des noch älteren von St. Pirmin nach 727 gegründeten Klosters mögen in Hermann Fautz das Interesse an der Heimatgeschichte geweckt haben. Als er 1923 in Schiltach seine 1. Stelle als Gewerbelehrer antrat, brachte er dieses Interesse mit hierher.

Sein Interesse war jedoch nicht passiv, sondern sehr aktiv. Er begann zu forschen und forschte nun sein Leben lang. Was er erforschte, teilte er uns in etwa 200 Beiträgen mit, zunächst in Tageszeitungen (z.B. „Der Kinzigtäler“, auch im „Evang. Gemeindeblatt Schiltach-Lehengericht“), in den Schriften der „Badischen Heimat“. Erstmals veröffentlichte er im Burgenband der „Ortenau“ 1934 gleich neun Beiträge. Von nun an erschien sein Name unter den Verfassern in den meisten Heften der „Ortenau“.

Hermann Fautz legte sein Interesse nicht allein auf das rein Geschichtliche. Sein Forschen umfaßte auch andere Zweige der Heimatforschung, wie Flurnamen, Botanik, Geologie, die Gesteinskunde, die Geschichte der alten und neuen evangelischen Kirche. Er beschränkte sich nicht nur auf Schiltach und Lehengericht, sondern auf das ganze obere Kinzigtal von Ippichen über Schiltach und Schenkenzell bis Kaltbrunn-Wittichen. Das zeigen seine Beiträge über die Edelknechte von Wittichen, die Schenkenburg, die Bergwerke und das Kloster von Wittichen. Sein Buch „Aus der Werkstatt Heinrich Hansjakobs“ (1964) ist zu einem Heimatbuch des oberen Kinzigtals und des Wolfstales geworden.

Oft konnte ich Hermann Fautz auf seinen Wanderungen begleiten, sei es im Sommer oder im Winter auf den Skiern, auch als er nach dem letzten Kriege öfters nach Schiltach zu Besuch kam. Bei den Gesprächen, die wir über Heimatforschung führten, beeindruckte mich sein großes und vielseitiges Wissen.

Aktives Interesse, solides Forschen und ein reiches, vielseitiges Wissen waren das Fundament, auf dem Hermann Fautz der große Heimatforscher des oberen Kinzigtals wurde.

Seine Tatkraft war jedoch viel größer. Im Gewerbeverein hielt er Vorträge. Die Handwerker gesellen bereitete er auf die Meisterprüfung vor. Ein alter Handwerksmeister, den ich nach diesen Meisterkursen fragte, meinte spontan: „Die sind sein bestes Stück gewesen“. Der begeisterte Skifahrer leitete die Skiabteilung des Turnvereins. Als Weg- und Wanderwart der Ortsgruppe Schiltach des Schwarzwaldvereins schilderte er die Wanderwege aus, schuf den 1. Wanderführer mit Wanderkarte und zur Hebung des Fremdenverkehrs den 1. Werbeprospekt mit eigenen Photos. 1930 übernahm er die Leitung der Naturschutzstelle im Kreis Wolfach. Seine Erholung suchte er in den Bergen der Alpen.

Nach Aufhebung der Gewerbeschule in Schiltach ließ sich Hermann Fautz nach Überlingen, der Heimat seiner Frau, versetzen. Trotzdem setzte er seine Forschungen zur Geschichte Schiltachs und des Kinzigtals fort und veröffentlichte deren Ergebnisse bis zuletzt in der „Ortenau“. Die Zusammenfassung und die Krönung seiner jahrelangen Forschungen zur Geschichte Schiltachs werden seine Beiträge zu dem in Vorbereitung befindlichen Heimatbuch sein.

Kraft und Zeit fand Hermann Fautz noch, um sich in Überlingen einzusetzen. Dem dortigen Schwarzwaldverein stellte er sich als Bezirkswegewart zur Verfügung. Er machte geologische und botanische Forschungen. 1952 berief man ihn zum Kreisbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege.

Die Person Hermann Fautz und sein Lebenswerk vollständig zu würdigen, ist hier nicht möglich. Welche Achtung die Person, welche Anerkennung seine universale Tätigkeit fanden, zeigen die Ehrungen, die ihm zuteil wurden: die

Verleihung der Ehrenmitgliedschaft im Schwarzwaldverein Schiltach und 1974 im „Historischen Verein für Mittelbaden“, die Ernennung zum Ehrenbürger durch den Gemeinderat Schiltach 1972 und die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande in Überlingen 1973. Im Jahresband 1976 der „Ortenau“ schrieb Hermann Fautz den Nachruf für den 1975 allzufrüh verstorbenen Dr. Wolfgang Bühler, den von Schiltach stammenden Kulturreferenten von Überlingen. Beide kannten sich von Schiltach her, beide verstanden sich, beide waren unermüdlich tätig, und beide sind unvergessen in die Geschichte der Städte Schiltach und Überlingen und des Historischen Vererins für Mittelbaden eingetragen.

J. Hauth/Schiltach

## Jahresbericht 1979/80

Der Historische Verein für Mittelbaden führte seine 59. Jahresversammlung am Sonntag, dem 21. Oktober 1979, in Lahr durch. In der geschäftlichen Sitzung, die im großen Sitzungssaal der Luisenschule stattfand, konnte der Erste Vorsitzende, Oberstudiendirektor i.R. Wilhelm Mechler, Kehl, die Vertreter der 28 Mitgliedergruppen des Historischen Vereins begrüßen.

Der vom Verein herausgegebene Sonderband der „Ortenau“, „Die Klöster der Ortenau“, sei, so stellte Mechler in seinem Rechenschaftsbericht fest, ein großer Erfolg gewesen. In Meißenheim und Rheinmünster seien neue Mitgliedergruppen gegründet worden. Es sei vorgesehen, in absehbarer Zeit auch neue Mitgliedergruppen in Steinach, Seelbach, Schutterwald und Hohberg zu gründen.



*Der Historische Verein traf sich zu seiner Frühjahrstagung in Haslach im Kinzigtal. Unser Bild zeigt im Refektorium des Haslacher Klosters (von links) Geschäftsführer Theo Schaufler, den stellvertretenden Präsidenten Kurt Klein, Präsident Mechler und den Redakteur der „Ortenau“ Hugo Schneider.*  
*Foto: M. Hildenbrand*

Auch 1978 und 1979 seien von den einzelnen Mitgliedergruppen sehr viele Aktivitäten auf dem Gebiet der Heimatforschung der Denkmalpflege sowie der Bodendenkmalpflege ausgegangen. Intensiv sei in den fünf Arbeitskreisen des Vereins gearbeitet worden. Besonders der Archäologische Arbeitskreis unter Leitung von Josef Naudascher, der Arbeitskreis für Denkmalpflege unter Rudolf H. Zillgith sowie der Arbeitskreis für neuere Geschichte und Zeitgeschichte unter Dr. Heiner Raulff hätten richtungsweisende Initiativen ergriffen. Ziel des Historischen Vereins sei es, so hob Mechler hervor, gerade bei jungen Menschen Interesse für Landesgeschichte zu wecken.

Kreisoberverwaltungsrat Theo Schaufler, der das Amt des Rechners und Geschäftsführers kommissarisch inne hatte, wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig in dieses Amt gewählt. Sein Kassenbericht bewies, daß die Finanzen des Vereins bei ihm in den besten Händen liegen. Der Sprecher der Kassenprüfer, Dr. Ebner, bescheinigte eine gewissenhafte und einwandfreie Kassenführung. Vorsitzender Mechler überreichte der Frau des scheidenden Geschäftsführers, Oberstudiendirektors i.R. Heiner Krum, Blumen für das große Verständnis, das sie für das zeitraubende Amt ihres Mannes aufbrachte.

Nach dem Tode von Buchhändler Roth war es notwendig geworden, einen neuen Kassenprüfer hinzuzuwählen. Einstimmig wurde in dieses Amt Heiner Krum berufen. Zu neuen Ehrenmitgliedern des Vereins wählte man Universitätsprofessor Dr. Dr. Wolfgang Müller, Freiburg i. Br., der sich vor allem um die Erforschung der Kirchengeschichte der Ortenau sowie als Herausgeber des Klosterbandes verdient gemacht hatte, sowie Heiner Krum, Offenburg, der nahezu neun Jahre das Amt des Rechners und Geschäftsführers inne gehabt hatte.

Unter der Leitung des Zweiten Vorsitzenden des Vereins, Oberschulrats Kurt Klein, Hausach, beschloß die Mitgliederversammlung die neue Satzung des Historischen Vereins für Mittelbaden, die am 1. Januar 1980 in Kraft trat. Der Redakteur der „Ortenau“, Studiendirektor i. R. Hugo Schneider, Achern, berichtete über seine Tätigkeit als Schriftleiter des Jahrbuches des Historischen Vereins. Sein Dank galt seinem Vorgänger Dr. Erwin Dittler, der sieben Jahre lang die „Ortenau“ redigiert hatte.

Die Festsitzung der Jahresversammlung fand im Pflugsaal in Lahr statt. Vorsitzender Mechler konnte eine Reihe von Prominenz begrüßen, unter anderem Bundestagsabgeordneter Spitzmüller, Staatssekretär Ruder und Landtagsabgeordneter Uhrig. Nach den Begrüßungsansprachen von Oberbürgermeister Dr. Brucker und Vorsitzenden Mechler hielt der Lahrer Historiker Dr. Christoph Bühler den Festvortrag über das Thema „Die mittelalterliche Stadt Lahr im Spannungsfeld von Herrschaft und Familie“. Musikalisch wurde die Festsitzung von Mitgliedern der Jugendkapelle Lahr umrahmt.



Am Nachmittag wurde unter der Leitung von Oberbürgermeister Dr. Brucker eine Führung durch die Altstadt Lahrs durchgeführt und die Ausstellung „700 Jahre Stadt Lahr“ im alten Rathaus besichtigt. Ein Besuch der Stiftskirche mit Denkmalhof und der großen Silbermann-Orgel schloß sich an.

Zu ihrer Arbeitstagung, die jedes Frühjahr stattfindet, trafen sich die Vertreter der einzelnen Mitgliedergruppen am 15. März 1980 in Haslach im Kinzigtal. Tagungsort war das Refektorium des ehemaligen Kapuzinerklosters, dessen Renovierung mit einem großen Kostenaufwand soeben fertiggestellt worden war. Anlaß, nach Haslach zu kommen, war für die Mitarbeiter des Historischen Vereins aus allen Teilen der Ortenau vor allem auch die Besichtigung des überregionalen „Schwarzwälder Trachtenmuseums“, das am 7. Mai 1980 eröffnet werden sollte. In Steinach und in Schutterwald, so konnte der Präsident des Vereins, Oberstudiendirektor i.R. Wilhelm Mechler, berichten, seien neue Mitgliedergruppen gegründet worden. 50 Jahre nach dem Erscheinen des großen „Ortenau“-Bandes „Burgen und Schlösser der Ortenau“ soll 1984 eine völlige Neubearbeitung dieses Bandes als Sonderband der „Ortenau“ erscheinen. Die Vorbereitungen hierfür laufen bereits an. Der stellvertretende Präsident des Vereins, Schulamtsdirektor Kurt Klein, sprach über das Thema „Schule und Heimatgeschichte“. Im verstärkten Maße finde die Heimatgeschichte wieder im Sachunterricht der Grundschule sowie in den neuen Lehrplänen des Faches Geschichte Beachtung. Professor Braunstein, Schutterwald, regte an, sich im verstärktem Maße mit der Erforschung der alemannischen Mundart zu befassen. Rektor Alfred Schmid, Haslach, machte darauf aufmerksam, daß auch die Siedlungsgeschichte der Ortenau ein wichtiges Forschungsobjekt werden müsse.

Manfred Hildenbrand

## Berichte der Mitgliedergruppen 1979

### *Achern*

Zusammen mit dem Schwarzwaldverein Achern besuchte die Mitgliedergruppe die Kirche von Hilzingen (Peter Thumb) sowie die von Ober-, Mittel- und Niederzell auf der Reichenau, anschließend Stein am Rhein.

### *Appenweier*

Herausgabe des „Appenweierer Heimatblattes 1979“

Filmjahresbericht: „Ein Jahr vergeht — 1979“ (Karl Maier)

### *Biberach*

Jahresversammlung mit Vortrag von Th. Kopp, Zell a.H., über „Auswanderungen aus unserer Heimat in alle Welt“.

In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Vortrag über „Tovar — die Alemannensiedlung im Hochland von Venezuela“.

Drei heimatgeschichtliche Exkursionen als Ergänzung zu dem Seminar „Geologie der Heimat“ (Th. Kopp).

Abschluß der Aufzeichnungen der Teilnehmer am I. und II. Weltkrieg aus Biberach zur Auflage im „Kriegergedächtnisturm“ (Josef Bühler).

Mitarbeit an der Außenrenovierung des Museums „Kettererhaus“, dessen oberalemannische Bauweise nun deutlich zu erkennen ist; in Zusammenhang damit Fahrt nach Gengenbach zur Besichtigung entsprechender Fachwerkhäuser.

Forschungen über die Biberacher Flurnamen „Im Pfannenstiel“ und „Zu Beuren“.

Abklärung der Raumfrage für die geplante Heimatstube in Prinzbach in Zusammenarbeit mit Ortsvorsteher Josef Schöner; Sammlung ausstellungswürdiger Gegenstände aus der mittelalterlichen Stadt Prinzbach (W. Westermann).

### *Baden-Baden*

Das von unserer Arbeitsgemeinschaft für Stadtgeschichte Baden-Baden veröffentlichte 17. Heft: „Aus der Chronik der Sofienstraße“ von Margot Fuß hat großes Interesse gefunden.

Für das Heft „Zur Stadtgeschichte von Steinbach“ war in kurzer Zeit eine Neuauflage nötig geworden.

Die von uns aufgebaute geologische Lagersammlung findet großes Interesse und wird durch Führungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

### *Ettenheim*

Auch in diesem Jahr hat sich der „Historische Stammtisch“ zum Mittelpunkt der Aktivität unserer Mitgliedergruppe entwickelt. Gestaltet wird er meist durch den Vortrag eines Mitglieds oder Freundes unseres Vereins, wobei bis jetzt Themen der Ettenheimer Heimatgeschichte im Vordergrund standen. Im einzelnen sind dabei zu erwähnen:

Diavortrag über römische Ausgrabungen in Helmlingen, Hanauerland (W. Fuchs, Auenheim).

Quellen zur Datierung des Ettenheimer Stadtrechtes und zur ehemaligen Ettenheimer Pfarrkirche (H. Kewitz, Ringsheim).

Bericht über die Ausgrabungen des frühmittelalterlichen „Alt-Orschweier“ (J. Naudascher, Mahlberg).

Diavortrag über die Geschichte der Stadt Straßburg (W. Mechler).

Die Reformation in Straßburg und die Wiedertäufer in Ettenheim (W. Schwab, Altdorf).

Außerdem konnten drei Exkursionen durchgeführt werden:

Jüdischer Friedhof in Schmieheim und zur ehemaligen Synagoge in Kippenheim (M. Schwab, Altdorf und Pfarrer Renner, Kippenheim).

Römersiedlung in Friesenheim (J. Naudascher).

Atelier des Bildhauers Lutz in Breisach (H. Motz, Ringsheim).

Bedingt durch den Wegzug des 1. Vorsitzenden Bernd Klug hat unsere Mitgliedergruppe einen neuen Vorstand erhalten:

Neuer Vorsitzender ist Stud.-Dir. Bernhard Uttenweiler, Ettenheim. Ihm zur Seite stehen wie bisher J. Naudascher und M. Johner.

### *Gengenbach*

Studienfahrt nach Straßburg mit Besichtigung der Bibliothek des Priesterseminars, des Frauenhaus-Museums und des Münsters, verbunden mit einem Orgelkonzert durch Domkapellmeister Robert Pfrimmer.

Während der Sommermonate übernahm die Mitgliedergruppe die Aufsicht in den Reichsstädtischen Sammlungen, wodurch deren allgemeine Besichtigung ermöglicht wurde.

Zusammen mit der VHS und unter Leitung von R. End wurde das Seminar „Stadtgeschichte“ weitergeführt.

Verschiedene Mitglieder arbeiteten mit bei der Redaktion der „Gengenbacher Blätter“.

Bei mehreren Arbeitssitzungen kritische, aber auch konstruktive Stellungnahme zu Baumaßnahmen im denkmalgeschützten Stadtkern.

Am 1. Adventssonntag traditionelles Orgelkonzert des Hist. Vereins in der Martinskirche. Zur Aufführung gelangten Werke von Josquin des Prés, T.L. da Viktoria und J.S. Bach. Leitung: Domkapellmeister R. Pfrimmer aus Straßburg.

Zur Gestaltung des 1980 stattfindenden Jubiläums „750 Jahre Stadt Gengenbach“ wurde von der Mitgliedergruppe ein kultureller und auch volkstümlicher Veranstaltungskalender erarbeitet.

Die Schaffung einer O.E. Sutter-Gedächtnisstube im Haus Löwenberg sowie die Stiftung eines O.E. Sutter-Preises wurde unsererseits angeregt und erarbeitet.

### *Haslach i.K.*

Vortrag mit Dias von Manfred Hildenbrand über „Entstehungs- und Baugeschichte der Stadt Haslach“.

Vortrag mit Dias von Kurt Klein über „Die Christianisierung unserer Heimat“.

Am 7. Mai 1980 feierliche Eröffnung des „Schwarzwälder Trachtenmuseums“ im ehem. Kapuzinerkloster in Anwesenheit von Regierungspräsident Dr. Nothelfer und Landrat Dr. Gamber.

### *Hausach*

Im Rahmen des großen schwäbisch-alemannischen Narrentreffens in Hausach anfangs Februar Ausstellung historischer Masken. Auch wurde nach greifbaren geschichtlichen Tatsachen der „Husacher Fasnet“ geforscht und die Ergebnisse mit entsprechendem Bildmaterial im „Hausacher Narrenblatt“ veröffentlicht.

Unter dem Titel „Vom Schwarzwaldkamm zum Rheinesstrand“ Wanderfahrt von den Höhenhäusern — Hünersedel — Ottoschwanden — Kenzingen — Taubergießen bis Nonnenweier Ende April. Im Oktober Ausflug über die Hornisgrinde — Murgtal in die „alte badische Markgrafenschaft“ zur Burg Hohenbaden und den Battertfelsen mit dem keltischen Ringwall.

In Zusammenarbeit mit dem Historischen Verein konnte rechtzeitig zum Dreifaltigkeitssontag eine alte Dreifaltigkeitsdarstellung — neu in ein Bildstöcklein gefaßt — am alten Platz beim Christbur im Einbach aufgestellt werden.



*Bildstock mit Dreifaltigkeitstafel am Christburenhof (Einbach). Aufn.: K. Klein*



*Das Schwabenkreuz bei den Höhenhäusern. Aufn.: K. Klein*

Im Juni Übergabe der von seinem Vorsitzenden verfaßten reichbebilderte Kurzchronik „Hausach — Stadt unter der Burg“ an die Öffentlichkeit.

Im Juli Studienfahrt in das „Land der Herren von Hanau-Lichtenberg (Hanauerland — Schwarzach — Burg Lichtenberg im Elsaß — Bouxviller).

Um die gleiche Zeit wurde das althistorische „Schwabenkreuz“ bei den Höhenhäusern wieder zusammengesetzt und aufgestellt, nachdem es lange Zeit zerschlagen und herrenlos im Walde lag. Auf Vermittlung des Vereins kehrten zum Patroziniumsfest von St. Sixt wieder zwei alte Gemälde in das Klösterlein zurück.

Anläßlich der 75. Wiederkehr der Einweihung der evangelischen Kirche wurde die Geschichte der ev. Kirchengemeinde schriftlich zusammengefaßt. Anfangs November hielt dann der Vorsitzende zur Einstimmung auf die umfangreichen Jubiläumsfeierlichkeiten den Lichtbildervortrag: „75 Jahre ev. Kirche in Hausach — ein Blick in die Geschichte einer jungen, alten Gemeinde auf dem Weg durch die Jahrhunderte“.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Neugründung der Mitgliedergruppe Steinach im Kinzigtal (Dezember) leisteten die Hausacher „Hebammendienste“.

### *Hornberg*

Alljährlich mehrfache Aufführung des Freilichtspiels „Das Hornberger Schießen“ und Gestaltung der zahlreichen Heimatabende während der Fremdenverkehrssaison. Die Erforschung der Heimat und ihrer Geschichte gehört nicht zum Programm der Mitgliedergruppe.

### *Kehl-Hanauerland*

Auch im Jahre 1979 wurden die meisten Fahrten und Vorträge in enger Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Kehl-Hanauerland unter der Leitung von Rudolf Zwahl veranstaltet.

Tagesfahrt nach Mannheim: Schifffahrt auf dem Rhein und durch den Hafen (Hafendirektor Heck, Regierungsrat Hoffmann) und Führung durch das Reiß-Museum im Zeughaus (Konservator Dr. Gropengießer).

Fahrt an den Kaiserstuhl: Ruine Limburg und Lehrpfad Endingen (Bürgermeister Eitenbenz), Burkheim, Niederrotweil, Breisach.

Halbtagesfahrt zum Taubergießen (M. Schwörer) und nach Meißenheim (Orgelkonzert).

Fahrt zur Burgundischen Pforte: Belfort (Festung), Thann (Stiftskirche), Geberschwir (romantischer Kirchturm), Rufach, Sulzmatt.

Halbtagesfahrt nach Schlettstadt: Humanisten-Bibliothek (Konservator Dr. Meyer) und die beiden mittelalterlichen Kirchen.

Zweitagesfahrt nach Hanau: Museum Schloß Philippsruhe, Wilhelmsbad, Babenhausen (Dr. E. Meise und H. Kroegel), die Münzenburg in der Wetterau (Pastor W. Küther, Marburg) und Seligenstadt.

Farbbildvorträge:

„Die Ortenau — Landschaft und Geschichte“ in Kehl, Auenheim, Querbach, Bodersweier.

„Der Rheinübergang Moreau's und die Belagerung Kehls 1796“ (H. Schneider, Kork, und W. Mechler) in der Korker Heimatstube.

„Das Elsaß — Garten der Kostbarkeiten“ in Mietersheim.

„Straßburgs Münster — Bischofskirche der Ortenau und Zeigefinger am Oberrhein“ in Urloffen, Önsbach, Offenburg, Dundenheim.

„Straßburgs Bürgermeister Otto Back und Rudolf Schwander 1871—1918“ in Offenburg.

„Der Oberrhein — von Basel bis Mainz“ in Kehl.

„Das badische und das elsässische Hanauerland“ in Kehl-Sundheim.

„Die Astronomische Uhr im Straßburger Münster“ mit Film- und Tonbandaufnahmen von J.P. Rieb, Straßburg.

„Wie Straßburg 1681 französisch wurde“ (Stadtarchivdirektor Dr. J. Fuchs, Straßburg).

„Vielfalt und Reichtum der elsässischen Mundart“ (Univ.-Prof. Raymond Matzen, Straßburg).

„Hexenwahn und Hexenverfolgung in der Ortenau“ (R. End, Gengenbach).

„Burgund und Provence“ (A. Dietz, Weil am Rhein).

„Florenz — die Hauptstadt der Toskana“ (W. Hensle, Lahr).

Drei Abendfahrten nach Straßburg.

Führungen durch das Frauenhaus-Museum und im Münster.

In der Kehler Stadthalle fanden zum 100. Geburtstag des Kehler Bürgermeisters Hermann Dietrich, des späteren Vizekanzlers Brünings, zwei Vorträge statt: Dietrich als Kehler Bürgermeister 1908—1914 (W. Mechler) und als Reichsminister und Politiker (Bundesminister a.D. Prof. Dr. Alex Möller).

Der Arbeitskreis „Hanauer Museum Kehl“ unter der Leitung von K. Hornung veranschaulichte in einer gutbesuchten Ausstellung von Bildern, Dokumenten und Berichten das Wirken Hermann Dietrichs.

An Fahrten der VHS unter der Leitung von R. Zwahl nahmen viele Mitglieder unseres Vereines teil: Fahrt nach Burgund und Provence (Alfred Dietz) und eine zehntägige Fahrt nach Florenz, Siena, Pisa, Ravenna.

### *Lahr*

Gemeinsame Veranstaltungen mit der Volkshochschule:

Vortrag über Straßburg (Mechler)

Stadtbesichtigung Straßburg (Mechler)

Exkursion: Landschaft und Kultur im Elsaß (Dr. Ritter)

Exkursion: Burg Keppenbach (Gruber)

Exkursion: Hohengeroldseck (Dr. Bühler)

Herbst 1979 6teiliger Kurs: Schwarzwaldhöfe (Schmaedecke),

2teiliges Wochenendseminar: Die Geroldsecker (Dr. Bühler).

21. 10. 79 Jahreshauptversammlung des Gesamtvereines in Lahr.

### *Meißenheim*

Mitgliederversammlung mit Programmbesprechung.  
Museums- und Stadtbesichtigung von Colmar.  
Heimatkundliche Wanderung unter sachkundiger Führung.  
Rundfahrt mit dem örtlichen Heimkehrerverband: Fischkultur Ettenheim, Gedenkstätte des Heimkehrerortsverbandes Ettenheim, Wallburger Tal.  
Besichtigung der Abteikirche Schwarzach.

### *Neuried*

Dia-Vortrag „Heinrich Hansjakob“ (M. Hildenbrand, Hofstetten).  
Vortrag im Ortsteil Ichenheim „Die Ichenheimer Kaufmannsfamilie Derendinger“ (E. Dittler, Kehl-Goldscheuer).  
Vortrag „Der Oberrhein von Basel bis Mainz“ (W. Mechler, Kehl).  
Tagesfahrt und Wanderung in das Hansjakob-Land: Wanderung über die Heidburg, Biereck, Salmersbachtal nach Hofstetten. Nachmittags Besuch der Grabkapelle Hansjakobs und des Freihofes in Haslach.  
Im Rahmen des Ortenauer Kreistrachtenfestes 1979:  
Ausstellung „Altenheim im Wandel der Zeit“,  
Bilder und Dokumente, zusammengestellt aus der Geschichte des Dorfes und dem Lebensbereich seiner Einwohner;  
Teilnahme am Festzug mit dem „Altenheimer Hochzeitszug“ und dem „Tabakwagen“.  
Mitgestaltung der Festschrift mit Beiträgen:  
„Die Geschichte der Altenheimer Kirche“ (Dr. W. Marx),  
„Die Entwicklung der Altenheimer Tracht“ (F. Strosack),  
„Ein Abriß der Geschichte des Dorfes Altenheim“;  
Grundschule: Herstellung der Festgeschenke „Altenheimer Trachtenpärenchen“ für Bürgermeister H. Mild, Staatssekretär u. MdL R. Ruder sowie Landrat Dr. Gamber.  
Wiederholung der Ausstellung „Altenheim im Wandel der Zeit“ anl. des Heimattages und Erntedankfestes.  
Farbdiavortrag „Die Entwicklung der Trachten im Hanauerland“.  
Vortrag im Ortsteil Ichenheim „Heimat im Geroldseckerland“ (W. Hensle, Lahr).  
Generalversammlung in Neuried-Altenheim, Gasth. z. Adler mit Neuwahlen und Kurzreferat „Hanfbau und Förderung des Hanfhandels 1768“ (W. Kopf);  
Filmvorführung „Hanfanbau und Verarbeitung in Altenheim“ (W. Mild)..

### *Oberharmersbach*

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beschränkte sich die Tätigkeit des Vereins auf die Erfassung und Renovation der einheimischen Bildstöcke und Wegekreuze sowie auf die Bestandsaufnahme von Urkunden über das Harmersbachtal in den einzelnen Archiven.

### *Oberkirch*

Elsaßfahrt nach St. Odilien mit Lichtbildervortrag über den „Hortus deliciarum“ der Herrad von Landsberg und zur ehemaligen Klosterkirche Eschau.  
Neckarfahrt nach Oberndorf, Sulz und Horb mit Stadtführungen.  
Heimatausflug: St. Wendelkapelle, Kirche in Nußbach/Renchtal, Kirche in Zimmern bei Urloffen, Turenne-Gedächtnisstätte und Museum in Sasbach, Brauereibesichtigung in Ulm.  
Fahrt zum Taubergießen, Besichtigung der Kirche in Meißenheim.  
5Tagesfahrt nach Niederösterreich in das Wald- und Mühlviertel und die Wachau: Kremsmünster, Kloster Schlägl, Wanderung zum Bärnstein, Altar/Kirche Kefermarkt, Besichtigung des Theaters in Grein, der Kirchen in Artstetten, Dürnstein (mit Stadtführung), Maria Taferl, Burg Rapottenstein, Kloster Zwettel, Kloster Altenburg, Kloster St. Florian.

Fahrt in die Baar: Fürstenbergsammlung in Donaueschingen, Mausoleum in Neudingen, Kirche und Kardinal-Bea-Museum in Riedböhringen.

Elsaßfahrt: Weißenburg (Stadtführung) und Ruine Fleckenstein.

3Tagesfahrt: Blaubeuren, ehemalige Klosterkirche und Bibliothek in Wiblingen bei Ulm, Günzburg, Stadtführung in Augsburg und Friedberg, Klosterkirche Oberschönefeld und Wettenhausen, Schloß Autenried mit Ikonenmuseum, Stadtrundgang in Ulm a/D. und Führung durch das Münster, Obermarchtal.

Lichtbildervortrag über Griechenland (Apotheker R. Fettig, Oppenau).

Lichtbildervortrag: Rund um Sardinien und Korsika (A. Fettig, Oberkirch).

Lichtbilderabend von den diesjährigen Studienfahrten.

### *Oppenau*

Auf dem hier eingeführten monatlichen Stammtisch der „Heimatfreunde“ wurden folgende Themen vorgetragen und besprochen:

5000 Jahre griechische Geschichte in Wort und Bild

(Einführungsvortrag des neuen Vorsitzenden R. Fettig)

Küblerhandwerk in Oppenau

Hochzeitsrechnung des Kapellen-Fritz 1890

Ein Blick in die gute alte Zeit!

Die Schauenburg bei Oberkirch

(Bericht von R. Zillgith über die Burg und die Renovierungsarbeiten)

Eine Oma erzählt

(Dieser Zeitungsbericht bildete die Grundlage für den ersten Katsch-Abend)

Zweiter Katsch-Abend:

Vortrag verschiedener Gedichte und Lieder des Oppenauer Heimatdichters

Ein Ehepaar aus Ibach beim Großherzog in Karlsruhe

Jahresfahrt durch den Kaiserstuhl

(Besichtigung der Kirchen von Nimburg, Breisach und Niederrotweil)

Das Renchtal und seine Bäder:

Beschreibung von Dr. Behr Straßburg von 1827

Apotheken-Namen und ihre Bedeutung

(Besprochen wurden die Apotheken im Ortenaukreis)

Dia-Vortrag von Fr. Schöpferer über eine Nordlandreise

Im Dezember wurde die Jahresversammlung abgehalten und über die Hauptversammlung in Lahr berichtet. Im Anschluß wurden Dias von der Kaiserstuhlfahrt gezeigt

### *Bad Peterstal-Griesbach*

Monatliche Zusammenkünfte der Mitglieder mit Lichtbildervorträgen als Vorschau auf geplante und Rückschau auf unternommene Kunstfahrten

Nachmittagsfahrt nach Straßburg mit Stadtrundfahrt und Schifffahrt auf dem Rhein und den Kanälen der Ill sowie Hafenrundfahrt

Besuch der Volksschauspiele Ötigheim mit der Aufführung des „Götz von Berlichingen“ von J. W. v. Goethe

Ein- und mehrtägige Kunstfahrten:

Oberösterreich: Stift Melk, Mauer bei Melk, Stift Göttweig und Altenburg; Konstanz — St. Gallen — Bregenz — Lindau — Weingarten — Beuron; Ellwangen — Dinkelsbühl — Neresheim — Ulm — Blaubeuern — Oberschwäbischer Barock

Halbtagswanderungen nach Allerheiligen, Lautenbach, Schauenburg bei Oberkirch; St. Wendel bei Oberkirch, Schloß Staufenberg bei Durbach; Schloß Ortenberg, Gengenbach

### *Rastatt*

Die Mitgliedergruppe Rastatt veranstaltete 1979 vier „Gesprächsrunden“, die leider nur von jeweils knapp der Hälfte unserer Gesamtmitgliederzahl (Jeweils 4—8 Personen) besucht wurden.

Die Gesprächsrunden dienen der allgemeinen Aussprache, schneiden viele relevanten Themen an, haben aber meist ein oder zwei Hauptthemen, so z. B. „Landwirtschaft unserer Heimat in den letzten 150 Jahren,“ (F. Schlick) und „Das Dorf Michelbach“ (M. Bittmann) oder „Über den Bergbau in Umweg“ (G. Hoffmann) und eine Diskussion über das neue Buch „Baden-Württemberg von A—Z“ von H. Einsle, die nicht gerade schmeichelhafte Ergebnisse für dieses Buch erbrachte. H. Bischof berichtete über sein jüngstes Heimatbuch „Elchesheim-Illingen“. Außerdem besuchten unsere Mitglieder die Lichtbildervorträge von Dr. M. Weber, die von der Rastatter Mitgliedergruppe der „Badischen Heimat“ veranstaltet wurden.

### *Rheinmünster*

Am 25. Januar 1979 Gründungsversammlung der Mitgliedergruppe Rheinmünster im Gasthaus zum „Rössel“ in Rheinmünster-Schwarzach.

Streifenzug durch Mittelbaden — Landschaft und Geschichte, Farblichtbildervortrag (W. Mechler)

### *Steinach i. K.*

Am 7. 12. 1979 fand im „Schwarzen Adler“ die Gründungsversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. — Mitgliedergruppe Steinach i. K. — bemerkenswert stark vertreten war die junge Generation — statt. Basierend auf der seit 1976 formlos bestehenden Interessengemeinschaft „Museumsfreunde“, die sich schon damals zum Ziel setzte, historische Restbestände aus unserem Dorf zusammenzutragen, zu hegen und zu pflegen und in Form eines kleinen Heimatmuseums der Bevölkerung anschaulich zu bieten, war diese Gründung ein weiterer und notwendiger Schritt, die „historische Lücke“ zwischen den Mitgliedergruppen von Biberach, Zell, Haslach und Hausach zu schließen.

Der Versammlung selbst gaben zwei Diavorträge eine gesellig informative Atmosphäre.

Als ein interessanter und aufschlußreicher historischer Beitrag über die Geschichte Steinachs erwies sich das Referat von Erich Obert unter dem Titel „Unser Ort im Rückblick der Geschichte“. Durch eine Dia-Reihe ergänzt, zeigte Erich Obert den geschichtlichen Abriß Steinachs, das erstmals 1139 urkundlich erwähnt wurde. Er gab Aufschluß über die Namensgebung der Gemarkung sowie über Sinn und Ursprung des Steinacher Wappens mit Natursteinen und Fisch. Als Zeugnisse der Geschichte bezeichnete er die Grenzsteine, denn sie geben Auskunft über die damaligen Besitzverhältnisse — in unserem Raum primär — über die Herrschaftshäuser von Fürstenberg und Geroldseck sowie Kloster Gengenbach. Ausdruck tiefer Religiosität sind Bildstöcke, Flur- und Feldkreuze, die in relativ großer Anzahl auf der Gemarkung Steinach zu finden sind. Auch vergaß Erich Obert nicht, zwei Männer zu erwähnen, die sich in besonderem Maße um Steinach verdient gemacht haben: Vogt Nikolaus Schwendemann, Lebensretter bei einer Hochwasserkatastrophe im Jahre 1778, und Georg Schöner, Philosoph und Rosenzüchter. Als besonderes Kleinod geschichtlicher Reminiszenz gilt in Steinach das Hotel „Schwarzer Adler“. Auch die Kirche „Heilig Kreuz“ weist auf eine abwechslungsreiche Geschichte hin, wovon Wandmalereien im alten Altarraum um 1450 Zeugnis geben.

Nach diesem Vortrag gab Peter Schwörer einen kurzen Einblick in die bisherige Tätigkeit der „Museumsfreunde“. Er schlug vor, um die vielfältigen Aufgaben wirksam bewältigen zu können, Arbeitsgruppen für „spezielle historische Einsätze“ zu bilden. Der stellv. Vorsitzende des Historischen Vereins für Mittelbaden Kurt Klein sagte, daß diese Vereinsgründung die bestehenden Vereine Biberach, Zell, Haslach und Hausach ergänze. Als Anregung nannte Klein einige Aktivitäten der Hausacher Gruppe, in der Bürger, Vertreter der Gemeinde, Kirche und Schule mitwirken. Die anschließende Wahl der Vorstandschaft brachte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender: Peter Schwörer, stellv. Vorsitzender: Erich Obert, Schriftführer: Bernd Obert, Kassierer: Franz Schindler.

Danach folgte der Dia-Vortrag „Steinach und unsere Gemeinde im Wandel der Zeit“, in dem es Ludwig Benz in hervorragender Weise gelang, die Zuhörer mit herrlichen, zum Teil schon historischen Dias über unser Dorf zu begeistern,.



## *Wolfach*

10 eintägige Omnibusfahrten:

Fahrt nach Weinheim a. d. Bergstraße: Besichtigung der Stadt und des weitbekannten dortigen Sommertagszuges

Fahrt zum Bodensee: Besichtigung der Insel Mainau, der Insel Reichenau mit den Kirchen in Oberzell, Mittelzell und Niederzell, nach Schaffhausen und Besichtigung der Zitadelle Munot

Fahrt nach Metz: Besichtigung der zweitausendjährigen Stadt, bes. der Kathedrale

Fahrt nach Bopfingen am Pf., Besichtigung von Nördlingen und der wiederhergestellten Barock-Kirche Neresheim

Fahrt nach Feldkirch in Vorarlberg (Stadtbesichtigung) u. Fahrt zum Lüner See mit seiner prächtigen Alpenflora

Fahrt in die Schweiz: Besichtigung der Zähringer Stadt Thun mit Bergbahnfahrt auf den Niessen

Fahrt zum Odenwald: Besuch der Eberstadter Tropfsteinhöhle und der alten Stadt Buchen sowie der Stadt Eppingen

Fahrt „Auf und Ab durch den Nordschwarzwald“: Besuch des Schmuckmuseums in Pforzheim und der Kirche in Tiefenbronn

Fahrt ins Hohenzollerische: Besichtigung von Haigerloch, der St. Luzenkirche in Hechingen, der Burg Hohenzollern und Aufstieg zum Lochenstein

Fahrt ins Elsaß: Markirch, St. Dié, Gerardmer, Schluchtpass, Kaysersberg, Reichenweier

## *Yburg*

Dia-Vortrag über eine Italienreise (H. Klumpp, Lauf)

Pfingstausflug zur Burg Hohenzollern, Schloß Lichtenstein und Bärenhöhle

Teilnahme am Festzug „500 Jahre Varnhalt“

In Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Rebland ein Dia-Abend: „Geschichte des Baden-Badener Reblandes“

## *Zell a. H.*

Arbeitskreis „Stadtführung“: 5 Abende. (Dabei wurde ein „Stadtführer“ erarbeitet, der gedruckt vorliegt)

Lichtbildervortrag: „Tovar — die Alemannensiedlung im Hochland von Venezuela“

Besuch der zwei Haslacher Museen

Exkursion: „Der Vogt aus Mühlstein“ (Besuch verschiedener in Hansjakobs Erzählung vorkommenden Örtlichkeiten)

Exkursion: Schanzen am Wenkweg

In Nordrach in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule

Arbeitskreis: Geologie der Heimat (11 Abende und eine Exkursion: Geroldseck — Rebio)

## Arbeitskreis Hanauer Museum

Leitung: Klaus Hornung

### *Arbeitssitzungen 1979*

Im Hinblick auf das 25jährige Jubiläum des Hanauer Museums im Jahr 1981 soll die Sammlung erweitert werden. Dafür wurden die Kellerräume während des Jahres zu Archiv- und Arbeitsräumen ausgebaut, um Platz zu schaffen für die Einrichtung einer Hanauer Bauernstube im Laufe des Jahres 1980. Aus den Mitteln der Erbschaft von Frau Ross konnten Vitrinen angeschafft werden. Erworben wurde der badische Greif von der ehemaligen Eisenbahnbrücke im Tausch gegen einen Straßburger Wappenstein durch dankenswerte Vermittlung von Bürgermeister Mentz.

Seine in mehrjähriger Arbeit aus der Römersiedlung Helmlingen geborgenen Funde hat Walter Fuchs in einer besonderen Abteilung des Museums zusammengestellt. Seine Beobachtungen in Helmlingen und Auenheim gaben entscheidend den Anstoß dazu, daß die römerzeitliche Forschung in der nördlichen Ortenau vom Landesdenkmalamt Freiburg verstärkt wird.

Studiendirektor Winfried Kunz beschrieb die heutigen Fischfangmethoden und stellte in einem Lichtbildervortrag Leonhard Baldners „Vogel-, Fisch- und Thierbuch“ von 1646/1666 vor mit den Bildern des Malers Johann Walter, beide aus Straßburg, in dem zahlreiche heute verschwundene Fische aus Rhein und Ill beschrieben werden.

Im April stellte Siegfried Zimmermann neue Bauernmalerei aus. Für die Neuaufstellung der im Krieg verschollenen Bronzefigur von Albert Schultz, Straßburg (1871—1953), der von Agnes Trick gestifteten, 1906 entstandenen „Heuwenderin“ und für die Wiederverwendung der 1977 geborgenen Sandsteinblöcke von der Vaubanfestung hat sich der Arbeitskreis weiterhin eingesetzt.

In relativ kurzer Vorbereitungszeit wurden aus Oberprechtal, Waldkirch und Karlsruhe Urkunden und Bilder beschafft zu einer Gedenkausstellung für den früheren Kehler Bürgermeister Hermann Dietrich. In einer auch außerhalb viel beachteten Feierstunde der Stadt Kehl sprach u.a. der ehemalige Bundesfinanzminister Alex Möller über die Leistungen seines Amtsvorgängers in der Weimarer Republik. Die Vorfahren des 1879 geborenen Hermann Dietrich stammen aus dem Hanauer Land. Er schuf mit der Zusammenlegung von Dorf und Stadt die Grundlagen einer modernen Gemeindepolitik Kehls.

Die frühere Stadträtin Frau Dr. Obenauer stiftete dem Museum ein Bild des Trick'schen Zellstoffwerks, gemalt von Walter von Seebach (1853—1930).

Beiträge zu dem im Dezember erschienenen Kehl-Buch des Verlags Morstadt schrieben Klaus Hornung „Geschichte Kehls seit dem 2. Weltkrieg“ und Carl Helmut Steckner „Das Kehler Stadtbild“ — statt einer Baugeschichte.

Das traditionelle Hasenessen fand im November im Korker „Hirschen“ statt.

C.H. Steckner

## Archäologischer Arbeitskreis

### *Januar*

Bei Kanalisationsarbeiten wurden westlich von Orschweier Reste einer zeitlich noch nicht bestimmten Eisenschmelze, Eisenschlacke und Doggereisenerz aus Ringsheim von Dr. J. Leiber, Geologe in Freiburg, entdeckt.

### *Februar*

Bei Kanalisationsarbeiten wurde nordwestlich von Orschweier der Rest einer Eisenschmelze von J. Naudascher, Mahlberg, entdeckt und teilweise freigelegt. Im Schmelzofenrest (Masselbett) befanden sich noch geschmolzene Eisenmasseln oder »Eisensauen« und Erzreste von Ringsheimer Doggereisenerz.

Bei Kanalisationsarbeiten wurden zwei Abfallgruben der mittelsteinzeitlichen Wauwiler-Kultur südlich und nördlich von der Mahlberger Feldkirche St. Andreas von J. Naudascher entdeckt, freigelegt und von Dr. W. Dehn, Archäologe in Freiburg, bestimmt sowie zeitlich eingeordnet. Bei Kanalisationsarbeiten wurden westlich der Feldkirche St. Andreas bei Mahlberg 9 frühmittelalterliche Grubenhütten und ein Schöpfbrunnen von J. Naudascher entdeckt. Bei der teilweise Freilegung mit Mitarbeitern des Arbeitskreises und Schülern aus Mahlberg konnten viele Relikte, darunter Eisenerzreste und Eisenschlacke aus den Eisenerzgruben von Ringheim gesichert werden.

### *März*

Bei Baggerarbeiten wurde unterhalb der mittelalterlichen Burg Mahlberg ein Hausfundament von Walter Buser, Mahlberg, entdeckt, das seiner Substanz und seiner Ausrichtung nach älter als die älteste urkundliche Erwähnung Mahlbergs (1218) sein muß. Der entsprechende Grundriß wurde vermessen und photographiert.

### *April*

Im Auftrag des Landesdenkmalamts wurde von der Gemeinde Friesenheim eine Informationstafel mit Rekonstruktionszeichnung von Carl-Helmut Steckner, Kehl, an der unter der Leitung von Dr. W. Struck, Freiburg, ausgegraben und unter der Leitung von J. Naudascher konservierten römischen Straßenstation von Friesenheim aufgestellt.

Wegen Renovation der Feldkirche St. Andreas bei Mahlberg, mußte der Außenputz abgeschlagen werden. Dabei wurde Mauerwerk aus dem 11. Jahrhundert und das Fundament einer mittelalterlichen Sakristei von J. Naudascher entdeckt. Die mittelalterlichen Mauerreste wurden vermessen und fotografiert. Das Sakristeifundament wurde durch Mitarbeiter des Arbeitskreises ausgegraben.

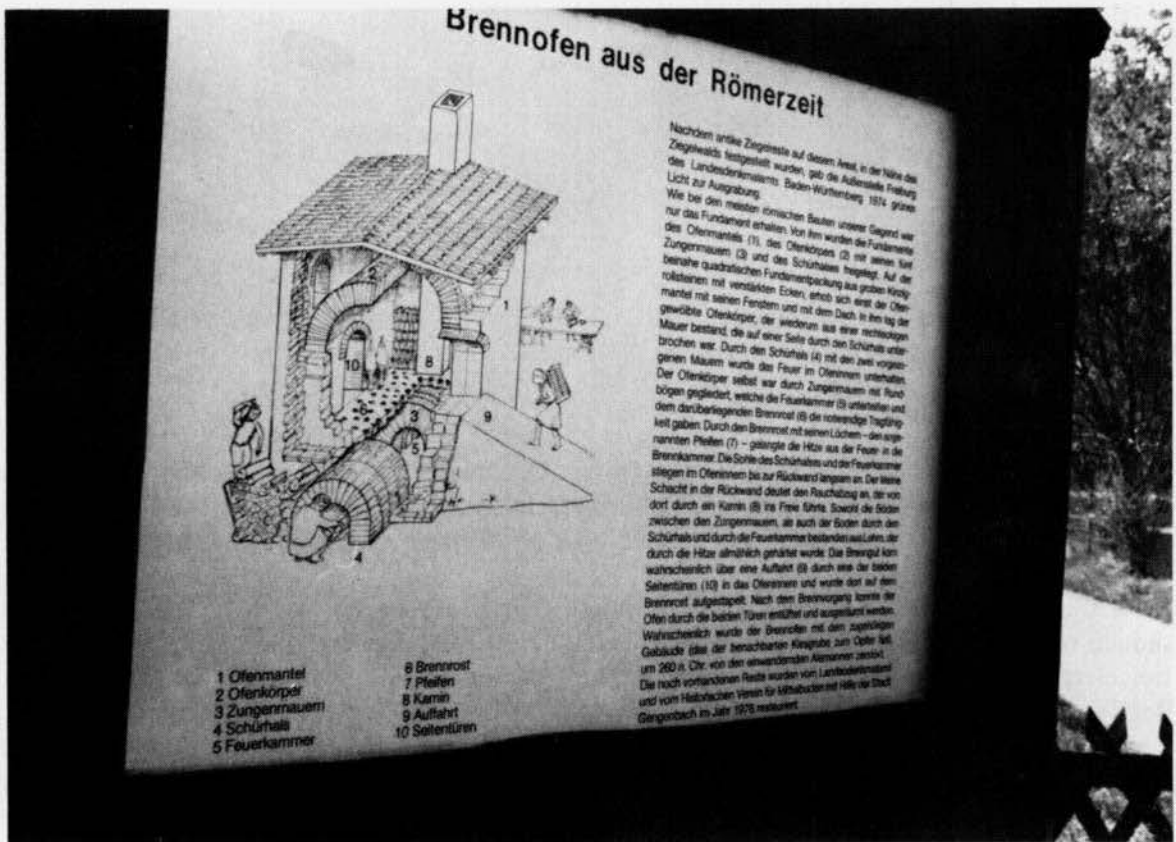
Besuch der römerzeitlichen Suebensiedlung, östlich von Auenheim die von Walter Fuchs, Auenheim, entdeckt und unter der Leitung von Dr. W. Struck, Archäologe in Freiburg, ausgegraben wurde.

### *Mai*

Besuch des Schloßbühls, einer urkundlich nicht erwähnten mittelalterlichen Ruine nordöstlich von Sulz bei Lahr.

### *Juni*

Im Auftrag des Landesdenkmalamts wurde von der Stadt Gengenbach eine Informationstafel mit einer Rekonstruktionszeichnung von Carl-Helmut Steckner, Kehl, an dem unter der Leitung von H. O. Wagner, Schramberg, ausgegraben und unter der Leitung von J. Naudascher restaurierten römischen Brennofen von Gengenbach aufgestellt.



Rekonstruktion des römischen Brennofens von Gengenbach.

Aufn.: C.-H. Steckner

### Juli

Anlässlich einer Feldbegehung von Dr. H. Eisenlohr, Geologe in Wiesbaden, und J. Naudascher konnte auf einem gallo-römischen Fundareal westlich von Mahlberg Doggereisenerz aus Ringsheim, Eisenschlacke, Kalk, röm. Leistenziegel und irdene Topfreste geborgen werden.

Anlässlich einer Feldbegehung von Dr. Schmidt-Thomé, Archäologe in Freiburg, und J. Naudascher, wurden auf dem Areal einer mittelalterlichen Eisenschmelze nordwestlich von Mahlberg eine große Menge Doggereisenerz aus Ringsheim und Eisenschlacke festgestellt.

Ebenfalls bei einer Feldbegehung wurde von Dr. Schmidt-Thomé und J. Naudascher, auf dem Areal einer zeitlich noch nicht bestimmten Eisenschmelze westlich von Mahlberg Doggereisenerz aus den Erzgruben von Ringsheim und Eisenschlacke festgestellt.

Besuch der mittelalterlichen Rötelmauern von Ringsheim, die einer mittelalterlichen Stützmauer der Abraumphalde des Silberbergwerks Prinzbach entsprechen.

### August

Ausgrabung eines Schöpfbrunnens aus der Römerzeit, der südlich von Heiligenzell von Schwendemann, Lahr, entdeckt und in Zusammenarbeit mit dem Landesdenkmalamt unter der Leitung von Dr. W. Struck ausgegraben wurde.

Gemeinschaftliche Besichtigung des vorrömischen Refugiums „Heidenkeller“ im Wald über Münchweier bei Ettenheim.

Besichtigung des Schlachtfelds aus dem Dreißigjährigen Krieg (1638) südöstlich von Wittenweier.

Besichtigung der Überreste einer Erdschanze und einer Schiffslände aus der Zeit des Dreißigjährigen Kriegs nördlich von Kappel.

Besuch der römischen Siedlungsreste westlich von Niederschopfheim, die von J. Naudascher entdeckt und unter der Leitung von Dr. W. Struck, Freiburg, ausgegraben wurden.



*Schöpfbrunnen der Römerzeit bei Heiligenzell, während der Ausgrabung.*



*Opferschale auf der heidnischen Kultstätte „Heidenstein“ über Dantersbach im Kinzigtal.*



*Rekonstruktion der römischen Straßenstation bei Niederschopfheim*

*Aufn.: C.-H. Steckner*

### *September*

Ausstellung archäologischer Gegenstände in Mahlberg von Ausgrabungen der südlichen Ortenau, u.a. das reiche Grabinventar aus einem frühmittelalterlichen Fürstinnengrab östlich von Mahlberg, Relikte aus den frühmittelalterlichen Grubenhütten südwestlich von Mahlberg, Eisenmasseln, Eisenschlacken und Doggereisenerzreste aus verschiedenen Eisenschmelzen um Mahlberg sowie Eisenerz und Fossilien aus den Eisenerzgruben östlich von Ringheim und vom Rötelberg nördlich von Ringsheim.

### *Oktober*

Besuch der Mitarbeitertagung des Landesdenkmalamts in Friesenheim und Teilnahme an der Besichtigungsfahrt zu archäologischen Objekten in der südlichen Ortenau (röm. Straßenstation Friesenheim, römische Ausgrabungen in Niederschopfheim) und im Kinzigtal (Brennofen aus der Römerzeit in Gengenbach, heidnische Kulturstätte »Heidenstein« über Dantersbach und das Judenbad in Offenburg).

Anlässlich einer Feld- und Waldbegehung wurde von Fritz Heimburger, Allmannsweier, eine Eisenschmelze im Wald von Allmannsweier und zwei Eisenschmelzen östlich von Nonnenweier entdeckt. Das dort im späten Mittelalter geschmolzene Eisenerz kam nicht aus den Erzgruben von Ringsheim.

Bei einer Feldbegehung wurde die mittelalterliche Wüstung »Zu den Höfen St. Ursula« und die Fundamente der St. Ursula-Kapelle südöstlich von Allmannsweier durch Fritz Heimburger, Allmannsweier, wieder entdeckt.

### *November*

Auf dem römischen Trümmerareal westlich von Niederschopfheim wurden vom Arbeitskreis die ausgegrabenen Mauerreste eingeschalt und vorläufig gesichert.

Anlässlich einer Feldbegehung hat Helene Heinrich, Herbolzheim, nordwestlich von Herbolzheim ein römisches Trümmerareal mit Terra Sigillata-, Leistenziegel-, und eine größere Menge Doggereisenerzreste aus Ringsheim entdeckt.

### *Dezember*

Der Chemieschule Fresenius in Mainz wurden im Auftrag von Dr. Eisenlohr, Geologe in Wiesbaden, Materialproben aus den verschiedenen Eisenschmelzen der oberen Ortenau zur Analyse übergeben.

In Schmieheim hat Franz Bohnert, Schmieheim, ein menschliches Skelett unbestimmter Zeitstellung im Neubaugebiet »Kirchberg« oder »Kilwert« entdeckt. Der Fund wurde durch den Arbeitskreis registriert und gemeldet.

Anlässlich einer Sondierung auf dem Trümmerareal St. Ursula südöstlich von Allmannsweier hat Fritz Heimburger, Allmannsweier, ein menschliches Skelett gefunden.

Bei der Aushebung von Gräbern im neuen Friedhof westlich der Feldkirche St. Andreas bei Mahlberg hat Gerhard Bürkle, Mahlberg, nahezu in allen neuen Grabgruben Überreste von frühmittelalterlichen Grubenhütten entdeckt und in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Arbeitskreises gezeichnet und vermessen.

Josef Naudascher

## Arbeitskreis Neuere und Neuste Geschichte

Der Arbeitskreis gibt in dieser „Ortenau“ eine erste Übersicht über den Bestand in den örtlichen Archiven. Die Tabelle wäre ohne die Unterstützung der Mitgliedergruppen nicht denkbar gewesen. Die fehlenden Archive werden folgen, sobald der Rücklauf der ausgeteilten Fragebogen abgeschlossen ist. Die Archive in Baden-Baden und Offenburg konnten wegen ihres Umfangs, das Archiv in Schiltach wegen Umbaus nicht aufgenommen werden. Zur Übersicht im einzelnen: Unter „6.3 Abgabe an andere“ ist zu verstehen „Ablage eines Teils in der Registratur oder in Registraturen, in einem Archiv/Altregistratur (ggf. anderem Archiv oder anderer Lagerstätte)“; OT = Offenburger Tageblatt; BT = Badisches Tagblatt; Besonderes wird in Fußnoten erläutert.

Als nächstes wird der Arbeitskreis eine Chronologie zur Lokalgeschichte erstellen. Ein wichtiges Ziel des Kreises bleibt, der Bedeutung der jüngeren und jüngsten Geschichte auch durch Beiträge in der „Ortenau“ Ausdruck zu geben. Für eine laufende Arbeit werden Zeugen gesucht, die über die Geschichte der Firma Wolf Netter & Jacobi, KG auf Aktien (Stammhaus Bühl, Walzwerk Hausach) Auskunft geben können.

Adresse des Arbeitskreises: Dr. H. Raulff, Lichtenbergstr. 16, 7640 Kehl-Goldscheuer,  
(Tel. 07854-1496)

### Anmerkungen zur Tabelle

- 1 Im Haslacher Stadtarchiv: Nachlaß des Oberbaurats Franz Schmider (verst. 1973) mit a) zahlreichen Ordnern mit Zeitungsartikeln, historischen Notizen, Bildmaterial zur Geschichte Haslachs und des Kinzigals; b) einer umfangreichen heimatgeschichtlichen Bibliothek (Bücher, Zeitschriften).  
Nachlaß von Buchbindermeister Wilhelm Engelberg (verst. 1946) mit a) Tagebuchnotizen, Erinnerungen, Briefen, Aufzeichnungen von 1880—1946. E. war Stadtrat von Haslach, Begründer des SPD-Ortsvereins u. Herausgeber der Lokalzeitung „Die Schwarzwälder Volksstimme“;  
b) „Die Schwarzwälder Volksstimme“ (Jg. 1880—1926).
- 2 Hansjakob-Archiv im Besitz der Stadt Haslach: a) Briefe, Manuskripte, Bücher von Hansjakob (gest. 1916); b) seine umfangreiche Bibliothek; c) sämtliche Ausgaben seiner Bücher; d) Sekundärliteratur.
- 3 Lückenhaft: Schwarzwälder Volksstimme; Kinzigtaler Nachrichten; Anzeiger vom Kinzigal. Sehr lückenhaft: Offenburger Tageblatt.
- 4 Verschiedene Vermächtnisse
- 5 Lahrer Wochenblatt (1805, 1808—1811, 1814—1868 — 2 bis 3 x wöchentl.)  
Lahrer Zeitung (tgl. 1869—1945, 1949— . . . )  
Lahrer Anzeiger (tgl. 1929—1932, 1949— . . . )  
Karlsruher Zeitung (1920—1933)  
Der Führer (1934—1944)  
Badisches Tagblatt (1949—1954)  
Badische Zeitung (1946—1955) Unser Tag (1948—1951)  
Badische Allgemeine Zeitung (1953—1954) Südkurier (1946—1949)  
Badisches Volksecho (1952—1954) Ortenauer Zeitung (1946—1947)  
Das Volk (1949—1952) Süddeutsche Volkszeitung (1948—1949)  
Das Neue Baden (1947—1949) Der Neue Tag (1947)
- 6 Registratur und Archiv 1945 vor Besetzung der Stadt größtenteils ausgelagert. Die gesamte Auslagerung ist abhanden gekommen.
- 7 Angaben nur für Oppenau. Registraturen und Archivmaterial verblieben bei den Ortsverwaltungen von Ibach, Lierbach, Maisach, Ramsbach.
- 8 Anzeigblätter (1811—1847)  
Bad. Central-Blatt (1857—1868)  
Staatsanzeiger (1870—1890)  
Ortenauer Bote (1863—1867)  
Offenburger Wochenblätter (1830—1832)  
Der Renchtäler (1868—1918)  
Karlsruher Zeitung (1907—1918)  
Diverse Gesetz- u. Verordnungsblätter, Fachzeitschriften ab 1870.
- 9 Grimmshausenarchiv Renchen e.V.



	Appenweier Nesselried Urloffen	Steinbach (Bad.-Bad.)	Haslach i. K.	Hausach i. K.
1. Archiv der Gemeinde				
2. Hauptregistratur, 1870–1945				
2.1 vollständig	Urloffen	X	X	X
2.2 teilweise (Lücken)	Appenw., Nesselried			
2.3 nicht mehr				
3. Überlieferungszustand				
3.1 Fester Aktenplan wo?	Urloffen Rathaus	X Ortsverwalt.	X Stadtarchiv	X n. abgeschl.
3.2 Ursprünglich fester, jetzt ungeordnete Lagerung	Appenw. Nesselr. Rh.			
3.3 Kein fester Plan				
4. Besondere Quellen bis 45				
4.1 Nachlässe			X 1)	
4.2 Fotosammlungen	Hist. Verein		X Stadtarchiv	
4.3 Akten von Parteien/ Parteiendienststellen				
4.4 Akten von Wirtschafts- unternehmungen				
4.5 Akten von religiösen Gemeinschaften	Kathol.	X		
4.6 Akten von Stiftungen		X		Spital-/ Gutleuthaus
4.7 Ausschnittsammlungen				
4.8 Sonstiges			X 2)	
5. Hauptregistratur ab 1945				
5.1 vollständig		X	X	X
5.2 Lücken in Besatzungszeit	X			
5.3 andere Lücken				
6. Überlieferungszustand				
6.1 Fester Aktenplan	X	X s.o.	bis 1950	X
6.2 Orte			Stadtarchiv	Rath.Einbach
6.3 Abgabe an andere			dann Rath.	
7. Besondere Quellen nach 45				
7.1 Nachlässe			X 1)	
7.2 Fotosammlungen	Hist. Verein		X	
7.3 Parteien				
7.4 Wirtschaftsunternehmungen				
7.5 Religiöse Gemeinschaften	Kathol.			
7.6 Stiftungen				
7.7 Ausschnittsammlungen				
7.8 Sonstiges				
8.1 Zeitungen Name		Mitteil.-Bl.	diverse 3)	in Wolfach
8.2 Erscheinungsweise				
8.3 Vorhandene Jahrgänge		ab 1951		n. 1870–1900

1.	Archiv der Gemeinde	Lahr	Meißenheim	Oberkirch	Oppenau7)
2.	Hauptregistratur, 1870–1945				
2.1	vollständig	X	X		X
2.2	teilweise (Lücken)			X 6)	
2.3	nicht mehr				
3.	Überlieferungszustand				
3.1	Fester Aktenplan wo?	X Starch./Rath.	X Rathaus	X Rathaus	X (Theurer)
3.2	Ursprünglich fester, jetzt ungeordnete Lagerung				
3.3	Kein fester Plan				
4.	Besondere Quellen bis 45				
4.1	Nachlässe	X 4)			
4.2	Fotosammlungen			Einzelne Fotos	
4.3	Akten von Parteien/ Parteiendienststellen	NSDAP			
4.4	Akten von Wirtschafts- unternehmungen	X gering			
4.5	Akten von religiösen Gemeinschaften	X gering		X	
4.6	Akten von Stiftungen	z. T.		Gutleuthaus	Ver. Armen- u. Schulfond
4.7	Ausschnittsammlungen	z. T.		Zeitungen	Bgmstr. Ruf 1906–19
4.8	Sonstiges			Lokalztg.	
5.	Hauptregistratur ab 1945				
5.1	vollständig	X	X	X	X
5.2	Lücken in Besatzungszeit				
5.3	andere Lücken				
6.	Überlieferungszustand				
6.1	Fester Aktenplan	Registratur	X		X
6.2	Orte	Altregistrat.		Fachämt. d.	ab 1.7.74 lfd.
6.3	Abgabe an andere	Archiv		Stadtverw.	Registratur
7.	Besondere Quellen nach 45				
7.1	Nachlässe				
7.2	Fotosammlungen			Weinfeste, Fasnet	Heimattag 1952
7.3	Parteien				
7.4	Wirtschaftsunternehmungen				
7.5	Religiöse Gemeinschaften				
7.6	Stiftungen				
7.7	Ausschnittsammlungen			X	
7.8	Sonstiges				
8.1	Zeitungen Name			Rencht.-Ztg.	
8.2	Erscheinungsweise	5)		tgl.	8)
8.3	Vorhandene Jahrgänge			ab 1950	

1.	Archiv der Gemeinde	Ortenberg	Bad Peterst.- Griesbach	Renchen	Zell a. H.
2.	Hauptregistratur, 1870–1945				
2.1	vollständig	X	X	X	
2.2	teilweise (Lücken)				X
2.3	nicht mehr				
3.	Überlieferungszustand				
3.1	Fester Aktenplan wo?	X	X Gem.-Archiv	X Gem.-Archiv	X Stadtarchiv
3.2	Ursprünglich fester, jetzt ungeordnete Lagerung				
3.3	Kein fester Plan				
4.	Besondere Quellen bis 45				
4.1	Nachlässe				
4.2	Fotosammlungen				X
4.3	Akten von Parteien/ Parteiendienststellen				
4.4	Akten von Wirtschafts- unternehmungen				
4.5	Akten von religiösen Gemeinschaften				X
4.6	Akten von Stiftungen			X	
4.7	Ausschnittsammlungen	X			X
4.8	Sonstiges	X			
5.	Hauptregistratur ab 1945				
5.1	vollständig	X	X	X	
5.2	Lücken in Besatzungszeit				X
5.3	andere Lücken				
6.	Überlieferungszustand				
6.1	Fester Aktenplan	X	X	X	
6.2	Orte				
6.3	Abgabe an andere				X
7.	Besondere Quellen nach 45				
7.1	Nachlässe				
7.2	Fotosammlungen	X			X
7.3	Parteien				
7.4	Wirtschaftsunternehmungen				
7.5	Religiöse Gemeinschaften	X			X
7.6	Stiftungen				
7.7	Ausschnittsammlungen	X			X
7.8	Sonstiges			9)	
8.1	Zeitungen Name	OT/BT	Verk.-Blatt		Schw. Post
8.2	Erscheinungsweise		d. Gem. wtl.		3 x wtl.
8.3	Vorhandene Jahrgänge		ab 1923		1897–1941/ 1949–1977

## Der Ortenaukreis — Rückblick 1979

*Landrat Dr. Gerhard Gamber*

18. Dezember 1979: die Legislaturperiode des ersten Kreistags des Ortenaukreises ist beendet; der am 28. Oktober 1979 neu gewählte zweite Kreistag trifft sich zu seiner konstituierenden Sitzung in Gengenbach-Bermersbach. Im Rückblick auf die ersten sieben Jahre des neuen Ortenaukreises — aus der Sicht einer Gesamtschau — war diesem Kreistag zunächst einmal die Aufgabe gestellt, die verschiedenen Gebietsteile, aus denen der neue Landkreis gebildet wurde, zusammenzuführen. Trotz zunächst großer Zurückhaltung und auch Vorurteilen gegen dieses neue Kreisgebilde gelang es sehr rasch, den Weg zu neuen Gemeinsamkeiten zu ebnen. Daraus konnte sich eine fruchtbare Arbeit entwickeln. Sieben Jahre nach der vielfach umstrittenen Kreisreform hat sich dieser Landkreis nicht nur konsolidiert; dank der fundierten, konstruktiven und zielstrebigem Arbeit des ersten Kreistages und seiner politischen Gremien konnte er rasch zu einer Einheit geformt werden. Im Verbund mit den Gemeinden hat der Ortenaukreis seine Leistungsfähigkeit im Bereich der stetig zunehmenden Aufgaben der Daseinsvorsorge bewiesen. Ich darf hier einige Schwerpunkte der Kreisaufgaben nennen: Krankenhäuser, berufliche Schulen, Sozialpolitik, Umweltschutz und Kreisstraßen.

Trotz des Engagements des Landkreises für seine Einwohner fällt es dem Bürger offensichtlich schwer, die gemeindeübergreifenden Aufgaben des Landkreises und seine Ausgleichsfunktion zwischen den Gemeinden auf dem Hintergrund der ortsnahen Probleme seines Heimatortes zu erkennen und den festgefügteten Platz des Landkreises in unserem Staatsaufbau auszuloten. Politikern und Verwaltung erwachsen hieraus die Aufgabe, den Landkreis verstärkt als modernen Leistungsträger und Partner für den Bürger zu verdeutlichen.

Die Kreistagswahl am 28. Oktober 1979 brachte — wohl nicht zuletzt aus den vorgenannten Gründen — eine Wahlbeteiligung von nur 50,8 %. Bei der Wahl im April 1973 gingen 55,5 % der Wahlberechtigten zur Urne. Obwohl vor der letzten Kreistagswahl große Anstrengungen unternommen wurden, die Bevölkerung mit dem Kreisgeschehen vertraut zu machen, gelang es nicht, die Bürger für die Wahl zum zweiten Kreistag des Ortenaukreises verstärkt zu motivieren.

Mit entscheidender Faktor für die schwache Wahlbeteiligung war sicherlich die von den Gemeinderatswahlen losgelöste und isolierte Kreistagswahl. Künf-

tig sollte angestrebt werden, daß im Lande wieder beide Wahlen als »Kommunalwahlen« gemeinsam stattfinden, um so eine breite Basis für das gemeinde- und kreispolitische Handeln zu finden.

Der neu gewählte Kreistag umfaßt 102 Mitglieder. Von den insgesamt 102 Sitzen wurden 17 über den Verhältnisausgleich zugeteilt. Der bisherige Kreistag hatte 97 Mitglieder. Sitzverteilung:

<u>1979</u>	<u>1973</u>
CDU 54 (52,9 %)	CDU 53 (54,6 %)
SPD 27 (26,5 %)	SPD 26 (26,8 %)
FWV 14 (13,7 %)	FWV 9 (9,3 %)
FDP 6 (5,9 %)	FDP 8 (8,3 %)
OB DR. Brucker 1 (1,0 %)	OB Dr. Brucker 1 (1,0 %)

Ein herausragendes Ereignis für den Ortenaukreis war am 23. Juli 1979 der Besuch von Ministerpräsident Lothar Späth. Der Ministerpräsident würdigte die gelungene Integration des Ortenaukreises.

### *Haushalt*

Der Haushaltsplan für den Landkreisbereich und der Wirtschaftsplan der Kreiskrankenhäuser schlossen 1979 mit einem Volumen von 342 Mio DM ab. Vom Haushaltsvolumen entfielen 179,5 Mio DM (52,5 v.H.) auf den Landkreisbereich, 162,5 Mio DM (47,5 v.H.) auf den Kreiskrankenhäuserbereich.

### *Straßenbau*

Das öffentliche Straßennetz im Ortenaukreis hat eine Gesamtlänge von 3.204,1 km. Davon entfallen auf Gemeindestraßen (Inner- und Außerortsstraßen, darunter Gemeindeverbindungsstraßen) 2.172,8 km (67,8 %), auf überörtliche Straßen (Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen) 1.031,3 km (32,2 %). Gliederung des überörtlichen Straßennetzes: Bundesautobahnen 55,1 km (5,3 %), Bundesstraßen 284,7 km (27,6 %), Landesstraßen 423,0 km (41,0 %) und Kreisstraßen 268,5 km (26,0 %).

Das größte Straßenbauprojekt des Ortenaukreises, der Ausbau der Kreisstraße 5338 zwischen Friesenheim-Oberweier und Friesenheim-Schuttern mit Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Friesenheim konnte nach einer sechsjährigen Bauzeit abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten dieser Maßnahme, die ursprünglich mit 11,5 Mio DM veranschlagt waren, belaufen sich nun auf 15,8 Mio DM, wovon ein erheblicher Teil vom Bund und Land finanziert wurde.

Für die Unterhaltung und den Ausbau der Kreisstraßen im Ortenaukreis sind 1979 Kosten von rund 9,2 Mio DM angefallen; die Hälfte davon trugen Bund und Land.

## *Krankenhäuser und Heime*

Mit neun Krankenhäusern unterschiedlicher Leistungsstufen — vom Langzeit- und Nachsorgekrankenhaus über die Grundversorgung (G), Regelversorgung (R) bis hin zur Zentralversorgung (Z) — ist der Ortenaukreis unter den 35 Landkreisen Baden-Württembergs der größte Krankenhausträger.

Folgendes Planbettenangebot wird vorgehalten:

<b>Kreis- krankenhaus</b>	<b>Plan- betten</b>	<b>Leistungs- stufe</b>	<b>durchschn. Pflegesatz 1979 DM</b>
Achern	246	G	167,21
Ettenheim	105	G	139,92
Ettenheimmünster	80	E	108,38
Kehl	180	G	179,60
Lahr	480	R/Z	194,00
Oberkirch	106	G/E	154,47
Offenburg	438	Z	173,00
Wolfach	120	G	164,24
Zell a.H.	65	G/E	118,00
	<u>1.820</u>		

Z = Zentralversorgung, R = Regelversorgung, G = Grundversorgung, E = Ergänzungsversorgung.

Die beiden großen Kreiskrankenhäuser Lahr und Offenburg werden in Übereinstimmung mit der Krankenhausbedarfsplanung des Landes in enger Kooperation die Zentralversorgung im Ortenaukreis sicherstellen. Dabei sind die von beiden Häusern auszuübenden Funktionen in Absprache mit dem Sozialministerium nach Leistungsstufen und Fachdisziplinen aufeinander abgestimmt worden. Während das Krankenhaus Lahr die Zentralversorgung in den Fachbereichen HNO, Neurologie, Dialyse sowie Pathologie sicherstellt, werden die übrigen Fachbereiche durch das Kreiskrankenhaus Offenburg abgedeckt, das zur Wahrnehmung dieser Aufgaben mit erheblichen Mitteln um- bzw. ausgebaut wird. Inzwischen ist eine erste Planungsrate in Höhe von 400.000 DM vom Land Baden-Württemberg bereitgestellt worden. Die Gesamtinvestitionen werden rd. 100 Mio DM erfordern. Der Landkreis bemüht sich nachhaltig, auch die übrigen Kreiskrankenhäuser der medizinisch-technischen Entwicklung entsprechend ihrer Leistungsstufe anzupassen.

Im Kreiskrankenhaus Lahr konnte mit der Einrichtung einer Computertomographie — Schädel-Scanner für 2,1 Mio DM — eine neue Epoche in der medizinischen Versorgung der mittelbadischen Bevölkerung eingeleitet werden. Ferner wurde die Hals-, Nasen- und Ohren-Abteilung (HNO) zu einer

# ORTENAUKREIS



Voll-Chefarztabteilung erweitert, die Zentralversorgungsaufgaben im Ortenaukreis wahrnimmt.

Das Kreiskrankenhaus Offenburg erhielt im Rahmen des Ausbaues zur Zentralversorgung eine Nephrologische Abteilung. Die hauptamtliche Leitung übernahm Prof. Dr. Heinze von der Universitätsklinik in Freiburg. Somit verfügt das Krankenhaus Offenburg über 27 Dialyseplätze. Trotz des beabsichtigten Ausbaues des Hauses sind noch weitere unaufschiebbare Maßnahmen zur Verbesserung der Patientenversorgung durchzuführen. U.a. wurde die „Einführung der Nukleardiagnostik“ in Angriff genommen. Mit einem Kostenaufwand von 1,6 Mio DM konnte die Sanierung des Operationstraktes (OP) zum Abschluß gebracht werden. Im Wirtschaftsplan 1980 sind für Sanierungsmaßnahmen weitere 2,5 Mio DM veranschlagt.

Das zweite Personalwohnheim für das Kreiskrankenhaus Achern konnte seiner Bestimmung übergeben werden. Somit stehen dem Personal, den Schülerinnen und Schülern des Krankenhauses ausreichend Wohnplätze zur Verfügung. Mit der Fertigstellung der Außenanlagen ist das Projekt insgesamt abgeschlossen (Kosten rd. 4 Mio DM).

Das medizinische Leistungsangebot des Kreiskrankenhauses Kehl wurde durch die Einrichtung einer Fachabteilung für Anästhesie und durch den Bau des septischen OP's wesentlich erweitert und verbessert. Neben der Inbetriebnahme der Intensivstation (704.000 DM) war der Bau des septischen OP's zweitgrößte Investitionsmaßnahme (569.000 DM) in diesem Bereich. 1,5 Mio DM sind für die Erweiterung der Bettenzentrale und des Labors (833.000 DM) vorgesehen.

Nachdem im Kreiskrankenhaus Wolfach eine Anästhesieabteilung eingerichtet worden ist, wird auch die Errichtung einer Intensiv-Überwachung angestrebt. Bereits zu Beginn des Jahres 79 wurde eine Limitid-Care-Dialysestation eröffnet, um für die Patienten aus dem Raum Wolfach eine wohnsitznahe Versorgung zu ermöglichen. Eingerichtet und betrieben wird diese Station von einem Dialysezentrum, das mit dem Krankenhaus Wolfach einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen hat.

Im Krankenhaus Oberkirch wurde der Küchenbetrieb neu organisiert. Von der Umstellung der Speiseversorgung auf das neuzeitliche Bandsystem wird in diesem Bereich eine Kostensenkung erhofft. Infolge eines orkanartigen Windstoßes, der das Satteldach vom Westflügel des Krankenhauses abhob, mußte das gesamte Dach erneuert werden, was Kosten von nahezu 400.000 DM verursachte. Die Planungsarbeiten für das Erweitern des Krankenhauses sind nahezu abgeschlossen.

### *Schulen*

Der Ortenaukreis hat 1979 seine Bemühungen fortgesetzt, jungen Menschen eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende schulische Ausbildung



durch ein vielseitiges schulisches Angebot zu ermöglichen. Der technische Fortschritt macht es im Interesse der Schüler sowie der Handwerks- und Industriebetriebe erforderlich, die Werkstätten der Berufsschulen optimal mit Maschinen und Geräten auszustatten, um den Jugendlichen durch eine hochwertige Ausbildung gute Berufschancen zu eröffnen.

Die Erweiterung der Werkstätten der Gewerblichen Schulen Achern mit Gesamtkosten von rund 4,6 Mio DM, die geplante bauliche Erweiterung der Gewerblichen- und Hauswirtschaftlichen Schulen in Kehl und Wolfach und der Gewerblichen Schulen Lahr mit einem voraussichtlichen Gesamtaufwand von rd. 15 Mio DM, sowie die Erweiterungen der Sonderschulen für Geistigbehinderte in Haslach i.K. und Lahr sollen dazu beitragen, räumliche Engpässe an diesen Schulen zu beheben. Der Landkreis darf als Schulträger bei seinen Planungen allerdings nicht die Spitze des Schülerbergs im Jahre 1982 zugrunde legen, will er die Schaffung von Überkapazitäten vermeiden.

Der wohl bedeutendste Schulhausbau seit Bestehen des Ortenaukreises, der Neubau der Haus- und Landwirtschaftlichen Schulen Lahr, konnte mit Beginn des Schuljahres 1979/80 seiner Bestimmung übergeben werden. Die Bau- und Einrichtungskosten beliefen sich — ohne Grunderwerb — auf rd. 12,5 Mio DM. 500 Schüler haben eine hochmoderne Ausbildungsstätte erhalten.

Zügig geht der Bau zweier Groß-Sporthallen in Kehl und Lahr voran. In Achern will sich der Landkreis zur Hälfte an den Kosten eines Sporthallenbaus der Stadt Achern beteiligen, da die Turnhalle auch den Kreisschulen zur Verfügung stehen wird.

### *Kultur und Bildung*

Wir befinden uns mitten in einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der gleichrangig neben das Berufsleben mit seinen Weiterbildungszwängen die sinnvolle Gestaltung der Freizeit tritt. Der Bürger erwartet hierfür ein vielfältiges Angebot. Zwar wird Kultur im ländlichen Raum von jeher von den Bürgern in zahlreichen Vereinen mitgetragen und mitgestaltet. Persönliche Initiativen und persönliche Aktivitäten sind ihre Grundelemente. Doch auch Gemeinden und Landkreis bemühen sich, dem Bürger Impulse und Alternativen für eine Fortbildung seiner geistigen Fähigkeiten, musischen Interessen und sportlichen Möglichkeiten zu geben. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die Kreisbildstellen, die Volkshochschulen oder auf die Förderung von Brauchtum, Heimat- und Denkmalpflege hingewiesen. Der Ortenaukreis hat im vergangenen Jahr wiederum die kreiseigene Blasmusikschule Kehl, die Jugendmusikschulen Lahr und Offenburg, die drei kreiseigenen Volkshochschulen und die Volkshochschulen der Städte Lahr und Offenburg gefördert, ebenso Kunst, Schrifttum, Gemeindebüchereien und schließlich die Denkmalpflege.

Der Landkreis verleiht in zweijährigem Turnus einen Heimatpreis für hervorragende Leistungen an Persönlichkeiten des kulturellen oder sozialen Lebens. Als erster Preisträger konnte Studienprofessor Hermann Schilli, der „Vater“ des Freilichtmuseums „Vogtsbauernhof“, den mit 3.000 DM dotierten Heimatpreis in der Kreistagssitzung am 27. November 1979 entgegennehmen.

Der Ortenaukreis hat es sich zum Ziel gesetzt, Künstler und bildende Künste künftig verstärkt zu fördern. 35 heimische freischaffende Künstler stellten im Rahmen der Oberrheinmesse 1979 ihre Werke einer breiten Öffentlichkeit vor. Die Ausstellung wurde zu einer echten Begegnung der Bürgerschaft mit den einheimischen Künstlern und ihren Werken.

Die Städtische Musikschule Offenburg konnte ihr musikalisches Betreuungsgebiet erweitern. Ab 1. Juni 1979 ist eine weitere Zweigstelle in der ehem. Kreisstadt Wolfach eingerichtet worden.

Das Schwarzwälder Freilichtmuseum in Gutach hat 1979 mit 516.560 Besuchern einen neuen Besucherrekord zu verzeichnen. Man lag damit deutlich über dem bisher besten Ergebnis aus dem Jahre 1977 mit 501.000 Besuchern. Das Museum hat die weitaus höchste Besucherzahl aller deutschen Freilichtmuseen aufzuweisen.

Das Bewußtsein für die Belange der Denkmalpflege ist gewachsen. Der Kreistag hat im Haushaltsjahr 1979 die Denkmalpflegemittel um 100.000 DM auf 335.000 DM erhöht u. damit die Bemühungen des Landkreises unterstrichen mitzuhelfen, daß denkmalpflegerisch wertvolle Gebäude der Nachwelt erhalten werden. Im Jahr 1979 wurden folgende Maßnahmen mit Zuschüssen gefördert:

*Burgruine Diersburg* — Instandsetzung —

*Hammerschmiede Lahr-Reichenbach* — Instandsetzung 2. Bauabschnitt —

*„Ketterer-Haus“ Heimatmuseum Biberach* — Außenrenovierung —

*Kapuzinerkloster in Haslach i.K.* — Innenrenovierung der Klosterkirche und Klosteraußenanlage —

*Hofkapelle des Rechtgrabenhofes in Fischerbach* — Renovierung innen und außen —

*Verschiedene Objekte der Stadt Gengenbach, darunter Niggelturm*

*Illenauer Friedhof in Achern* — Instandsetzungsarbeiten im Eingangsbereich —

*Bühlwegkirche in Ortenberg* — Außenrenovierung —

*Stadtkirche Ettenheim* — Außenrenovierung —

*Schloß Ortenberg* — Instandsetzung —

*Fachwerkhäuser Gerberstraße 1 und 3 in Offenburg* — Außeninstandsetzung —

*Fachwerkhaus Untere Hauptstraße 9 in Kippenheim* — Außenrenovierung —

*Kraftlishof in Schuttertal* — Renovierung —

*Speicher mit Mühle in Hofstetten — Abbruch und Wiederaufbau —*  
*Altes Pfarrhaus in Haslach i.K., Fachwerkhaus — Instandsetzung innen und außen —*  
*Kaiserhof in Hausach-Hauserbach — Instandsetzung —.*

### *Jugend- und Sozialhilfe*

Das Jahr 1979 stand im Zeichen einer aktiven Sozialpolitik des Ortenaukreises. Die offenen Hilfen wurden für den gesamten Ortenaukreis weiter ausgebaut und fortgeführt, der Soziale Dienst in Achern vervollständigt. Der neu verabschiedete Pflegestellenplan II verspricht eine positive Weiterentwicklung des Pflegestellenwesens. Die Arbeit in den Erziehungsberatungsstellen wurde verstärkt. Im gesamten Ortenaukreis wurden die Sozialstationen weiter aufgebaut. Die ersten greifbaren Erfolge in pädagogischer und finanzieller Sicht sind aufgrund der Neuorganisation der Sozialen Dienste und der Sozialplanung (Pflegestellenplan und Behindertenplan) nachweisbar. So stagnierte erstmalig der Jugendhilfehaushalt, während er in anderen Landkreisen eine Zuwachsrate bis zu 15 % zu verzeichnen hatte. Erfreulicherweise konnte auch eine gewisse Verlangsamung des Kostenanstiegs in der Sozialhilfe als Folge einer konsequenten Sozialpolitik registriert werden.

### *Wettbewerb „Schönes Gasthaus“*

Eine Leistungsschau Ortenauer Gastronomie war der vom Landkreis veranstaltete Wettbewerb „Schönes Gasthaus“ 1979, an dem sich 177 gastronomische Betriebe aus der gesamten Ortenau beteiligten. 151 Betriebe können künftig den Titel „Schönes Gasthaus“ führen. 46 Häuser, die Herausragendes im Sinne des Wettbewerbs boten und als beispielhaft betrachtet werden können, erhielten einen Sonderpreis. Insgesamt wurden 105 Betriebe als Preisträger ausgezeichnet. Nur 22 Gasthäuser konnten sich nicht unter den Preisträgern placieren. Vier Betriebe wurden wegen Umbauarbeiten nicht bewertet. Beim Kreiswettbewerb „Schönes Gasthaus“ wurden der äußere Eindruck, Gastraum, Küche und Keller, Speise- und Getränkekarte sowie die sanitären Einrichtungen und Fremdenzimmer bewertet. Auffallend war, daß seit dem letzten Wettbewerb vor vier Jahren in zahlreichen Fällen Neubau-, Erweiterungs-, Modernisierungs- oder Rationalisierungsvorhaben verwirklicht wurden.

### *Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“*

Im Anschluß an den 1978 durchgeführten Kreiswettbewerb fanden 1979 die Wettbewerbe auf Landes- und Bundesebene statt, an denen sich Gemeinden

und Ortsteile beteiligten, die sich aufgrund des Ergebnisses des Kreiswettbewerbs Chancen auf den Erhalt einer Gold-, Silber- oder Bronzemedaille versprachen. Sieben Gemeinden nahmen am Wettbewerb auf Regierungsbezirks- bzw. Landesebene teil: Meißenheim, Ortenberg, Ohlsbach, Hohberg-Hofweier, Durbach, Achern-Fautenbach und Willstätt. Dabei erhielten Ohlsbach, Ortenberg und Meißenheim eine Goldmedaille, Durbach eine Bronzemedaille, Fautenbach und Willstätt wurden mit je einem Sonderpreis ausgezeichnet. Dieser Erfolg der Gemeinden aus dem Ortenaukreis ist um so bemerkenswerter, wenn man berücksichtigt, daß nur acht Goldmedaillen im Lande vergeben wurden. Ein solch hervorragendes Ergebnis wurde noch bei keinem Landeswettbewerb der Vorjahre erreicht, es dürfte kaum mehr zu überbieten sein.

Für Ohlsbach und Meißenheim, die beim Landeswettbewerb unter den Gemeinden des Ortenaukreises die höchste Punktzahl aufwiesen, war der Wettbewerb jedoch noch nicht zu Ende, er ging auf Bundesebene weiter. Hier konnten die beiden Gemeinden große Erfolge für ihre jahrelangen intensiven Bemühungen um die Dorfverschönerung verbuchen: Ohlsbach wurde im Bundeswettbewerb eine Goldmedaille zuerkannt, Meißenheim erhielt eine Silbermedaille.

April 1980

## Rastatt — ein alter Name, ein neuer Landkreis

*Dr. Würfel, Landrat*

### *Rückblick und Neubeginn*

7 Jahre sind vergangen seit der Kreisreform, die auch im mittelbadischen Raum einige Veränderungen mit sich gebracht hat. Es war nicht die erste Reform dieser Art — denken wir an das Amt Stollhofen, welches 1809 an Rastatt übergang oder an den früheren Kreis Baden, der nach der Verwaltungsreform von 1864 als Selbstverwaltungskörperschaft gegründet wurde. Heute, 7 Jahre nach der letzten Reform, spricht im neuen Landkreis Rastatt kaum noch jemand über diese Veränderungen, die damals nicht nur die Karte der Verwaltungsbezirke in unserem Raum geändert haben, sondern auch ein Umdenken bei Bürgern und Verwaltung mit sich brachten. Die einschneidendste Änderung bei uns war, daß die bisherigen Kreise Bühl und Kehl wegfielen, die Bereiche aufgeteilt und in den Ortenaukreis bzw. in den Landkreis Rastatt eingliedert wurden.

Als dieser neue Landkreis Rastatt am 1. Januar 1973 geschaffen wurde, beheimatete er 40 Gemeinden, darunter die drei Großen Kreisstädte Bühl, Gaggenau und Rastatt. Von den 40 Gemeinden kamen 29 aus dem ehemaligen Kreis Rastatt, 7 aus dem früheren Kreis Bühl und 3 Gemeinden aus dem aufgelösten Kreis Kehl. Die Gemeinde Loffenau aus dem Kreis Calw gehört seit dieser Zeit ebenfalls zum Kreis Rastatt.

Der neue Kreistag, der aus den Wahlen vom 8. April 1973 hervorgegangen war, wählte am 8. Oktober 1973 Dr. Erich Würfel zum neuen Landrat. Mit seinem Dienstantritt am 1. November 1973 war die Übergangszeit vorüber. Inzwischen ist die erste Legislaturperiode bereits Geschichte. Am 28. Oktober 1979 wurde der zweite Kreistag gewählt. Ihm gehören 54 Kreisräte an. Davon gehören zur CDU 32, zur SPD 16 und weitere 6 zu einer Fraktionsgemeinschaft, zu welcher FWG, WVG und FDP gehören.

Seit Mitte 1974 gibt es ein neues Kreiswappen. Dieses stellt die Bindungen der verschiedenen Kreisteile zueinander dar. Es zeigt in geviertem Schild in Gold eine rote Weinleiter, in Blau eine goldene Traube, in Blau eine goldene Rose mit grünen Kelchblättern und in Gold einen roten Schrägbalken. Die Weinleiter steht für den Raum Rastatt, denn sie ist ein Bestandteil des Rastatter Wappens. Für den Bereich Bühl und die Vorbergzone wählte man die Traube im Hinblick auf den Weinanbau, und die Rose mit Kelchblättern (Ebersteiner

Rose) steht für das Murgtal, und als Bindeglied wählte man schließlich die alten badischen Farben im Hinblick darauf, daß Rastatt einmal badische Residenz gewesen ist.

In den folgenden Monaten kam es im Zusammenhang mit der Gemeindereform zu vielen Eingemeindungen, so daß wir im Landkreis Rastatt seit dem 1. Januar 1975 nur noch 23 Gemeinden haben, die sich auf 10 Verwaltungsräume aufteilen. Blättert man hier ein wenig zurück, so erhält man einen recht interessanten Vergleich. Vor Beginn der Reformen gehörten 68 Einzelgemeinden zum Gebiet des heutigen Landkreises Rastatt. Wenn wir die Zahlen betrachten, stellen wir fest, daß es 45 Gemeinden waren, die in den letzten Jahren ihre Selbständigkeit aufgegeben und sich zu größeren Verwaltungseinheiten zusammengefunden haben. So hat sich die Gesamtzahl der Gemeinden in diesem Gebiet um ca. 65 % verringert und liegt über dem Landesdurchschnitt. Daß jedoch die Eingemeindungen nichts völlig Neues waren, möge der Hinweis verdeutlichen, daß beispielsweise bereits im Jahr 1930 Herrenwies, Hundsbach und der Murgschifferschwald zu Forbach kamen. Bühl wurde im Jahre 1934 um Kappelwindeck, Gaggenau 1935 um Ottenau und Schwarzach 1938 um Hildmannsfeld vergrößert.

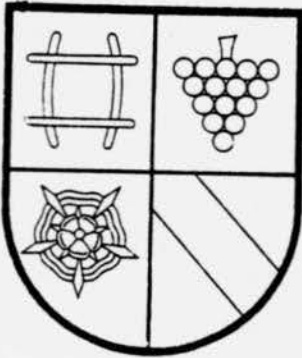
Der Landkreis Rastatt hat heute etwa 190 000 Einwohner und eine Größe von ca. 740 qkm. In der Reihe der 35 neugebildeten Landkreise in Baden-Württemberg finden wir den Kreis Rastatt sowohl nach den Einwohnerzahlen als auch nach der Gemarkungsfläche etwa in der Mitte des Feldes. Das Gebiet des neuen Landkreises erstreckt sich zwischen dem Rhein und den Höhen des Schwarzwaldes, ab Ottersweier im Süden bis Durmersheim im Norden und vom Rhein aus weit hinein in das Murgtal bis vor Schönmünzach. Er gehört zu den Gebieten des Landes, die in den vergangenen 100 Jahren ein stetiges Bevölkerungswachstum aufweisen. Im Jahre 1871 wurden in den 23 Gemeinden des jetzigen Kreisgebietes 82 553 Einwohner gezählt; bis 1939 erhöhte sich diese Zahl um mehr als die Hälfte und hatte sich bis 1975 mehr als verdoppelt. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung beträgt ca. 6 %.

### *Ausbildung und Kultur*

Dem Schulwesen wurde gerade in den letzten Jahren sehr große Beachtung geschenkt. Das Schulangebot ist sehr umfangreich und mannigfaltig, es reicht von den Sonderschulen bis hin zu einem Vollgymnasium. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ist in diesem Schuljahr wiederum um 7 % angestiegen. Heute besuchen fast 10 000 Schüler die 61 verschiedenen Schulen bzw. Schularten.

1974 wurde das Technische Gymnasium in Rastatt und das allgemeine Gymnasium Durmersheim eingeweiht. Im gleichen Jahr beschloß der Kreistag, künftig alle Sonderschulen im Landkreis Rastatt zu übernehmen. Die Erich-

# LANDKREIS RASTATT



Kästner-Schule, Schule für Lernbehinderte, in Gaggenau-Bad Rotenfels wurde zum Jahresende 1975 fertiggestellt, und 1976 konnten die Arbeiten an der Gewerbeschule mit Technischem Gymnasium in Bühl sowie der Schule für Lernbehinderte, der heutigen Rheintalschule, abgeschlossen werden. Bereits ein Jahr später, nämlich im Sommer 1977, konnten die ersten Schüler in die neue und moderne Papiermacherschule in Gernsbach einziehen. Diese Schule ist ein Teil eines Bildungszentrums für Auszubildende und Meister der Papierindustrie aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland, welches zusammen mit der Papierindustrie, die auf benachbartem Gelände ein Internat gebaut hatte, betrieben wird. Hier wurde in vorbildlicher Weise die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung demonstriert.

1979 war schließlich das letzte Schulgebäude für eine Sonderschule (Augusta-Sibylla-Schule) in Rastatt fertiggestellt. Gleichzeitig hat der Landkreis hier einen Sonderschulkindergarten für körperlich behinderte und einen Kindergarten für geistig behinderte Kinder gebaut. Diese beiden Einrichtungen werden allerdings von privaten Trägern (Lebenshilfe und Spastiker-Verein) betrieben. Im Jahre 1980 wird mit einem weiteren Großprojekt begonnen. In Rastatt benötigen die Handelslehranstalten ein neues Zuhause. Außerdem sind bei der Hauswirtschaftsschule Rastatt Erweiterungen notwendig, und in Gaggenau reicht der Raum für die Gewerbeschule ebenfalls nicht mehr aus.

Die Gesamtaufwendungen für den vielfältigen Schulhausbau sind in den Jahren 1973 bis 1978 mit dem Betrag von ca. 65 Mio. DM zu beziffern. Dies ist eine Größenordnung, die in den bisherigen Bereichen nicht denkbar war.

Das schulische Angebot ist jedoch nicht der einzige Schwerpunkt in den Bemühungen des Landkreises Rastatt auf dem Gebiete der Bildung und Kultur. Rastatt ist bekanntlich einer der wenigen Landkreise, die eine Volkshochschule für den gesamten Kreisbereich haben. Dies hat den Vorteil, daß man nur einen eingepielten Verwaltungsapparat benötigt und so mit recht geringem Personalaufwand auskommen kann. Mit einem großen Angebot an Themen und Referenten erreicht die Kreisvolkshochschule alle Gemeinden des Landkreises und eröffnet so vielen Bürgern die Möglichkeit, breitgefächerte Angebote zu nutzen. Daß dies der Fall ist, zeigen Zahlen aus dem Jahre 1979. In dieser Zeit haben mehr als 30 000 Bürger die vielfältigen Angebote genutzt. Große Renner sind weiterhin die Möglichkeiten, bei der VHS eine Fremdsprache zu erlernen. Doch kommen nach wie vor auch noch sehr viele Interessenten zu den Kursen im manuellen, musischen und hauswirtschaftlichen Bereich wie Malen, Knüpfen, Töpfern, Blumenstecken etc. Weitere Einzelveranstaltungen auf verschiedenen Gebieten sowie Studienreisen nach Burgund, London, Südtirol und Berlin runden das Angebot ab.

Für die Fahrbücherei, übrigens die einzige eines Landkreises in Baden-Württemberg, war 1979 ein besonderes Jahr; denn der zweite moderne Ausleihbus konnte nach den Ferien eingesetzt werden. Dadurch wurde das Bü-



cherangebot „vor Ort“ nahezu verdoppelt. Jetzt werden alle Gemeinden des Landkreises — soweit gewünscht — von der Fahrbücherei des Landkreises bedient. Die gesamte Ausleihe lag im vergangenen Schuljahr bei insgesamt etwa 132 000 Büchern.

Im Dezember 1974 führte der Landkreis Rastatt seine erste Kunstaussstellung in eigenen Räumen durch. Gezeigt wurden damals 93 Arbeiten von 36 im Landkreis lebenden Künstlern. In der kurzen Zeit von wenig mehr als einer Woche wurden über 1 000 Besucher gezählt. Diese Kunstaussstellung, die seitdem in jedem Dezember veranstaltet wird, hat bei den Kreisbewohnern sowie in Presse, Funk und Fernsehen große Beachtung gefunden. Ausgangspunkt hierfür war der Wunsch, Kunst und Künstler im Landkreis mehr als bisher zu fördern, wobei man sich der Schwierigkeiten, die mit derartigen Veranstaltungen verbunden sind, durchaus im klaren war. Da der Andrang zur Landkreisausstellung in jedem Jahr sehr groß ist, muß stets eine unabhängige Jury entscheiden, welche Werke gezeigt werden. Der Landkreis stellt seine Räume kostenlos zur Verfügung, übernimmt die PR-Arbeit, läßt Plakate und Ausstellungskataloge drucken. Man wollte durch die Kunstaussstellungen auch einen Überblick über das Kunstschaffen im Landkreis geben und zum anderen Motor sein für weitere Aktivitäten.

Ein anderer kultureller Bereich, auf dem der Landkreis tätig ist, geht auf Initiativen aus dem früheren Kreis Bühl zurück. Es sind die „Münsterkonzerte“, die im Jahre 1969 nach der Wiedereröffnung des Schwarzacher Münsters ins Leben gerufen wurden.

Mit großem Engagement wurden diese Konzerte auch nach 1973 weitergeführt und gelten heute als musikalische Leckerbissen, die weit über die Grenzen unseres Landkreises hinaus bekanntgeworden sind. Alljährlich werden 3 — 4 Konzerte mit geistig-geistlicher Musik veranstaltet, das Münster ist jedes Mal ausverkauft. So waren in den vergangenen Jahren z.B. die Stuttgarter Hymnus-Chorknaben, der Chor der Stephanskirche Karlsruhe zusammen mit der Badischen Staatskapelle, der Südwestdeutsche Brahmschor oder Mitglieder des Südwestfunk-Sinfonie-Orchesters zu hören. Ein besonderes Angebot war im Jahr 1979 der bekannte Chor „Pro cantione antiqua“ aus London.

„Man muß wenigstens einmal die Stimmung während eines Konzerts erlebt haben — die Harmonie der Töne, die in einer überraschend klaren Akustik entzücken — und dazu der kirchliche Raum, in dem unhörbar und doch mit-schwingend die Klänge des Gregorianischen Chorals irgendwie da sind — des Chorals, den die Mönche hier jahrhundertlang gepflegt und gesungen haben!“ — so schreibt Udo Wasmer in einem Beitrag für das Heimatbuch des Landkreises Rastatt über diese Konzerte. Diese Aussage mag einiges von der Atmosphäre wiedergeben, die immer viele Musikliebhaber nach Schwarzach locken zu den Konzerten, die noch recht lange Bestand haben mögen. In den

letzten Jahren wurden übrigens bereits zwei Konzerte vom Südwestfunk aufgezeichnet und im 2. Hörfunkprogramm ausgestrahlt.

Einer anderen Tradition ist der neue Landkreis treu geblieben. Das Heimatbuch „Um Rhein und Murg“, welches zur Kreisreform im 12. Jahr erschienen war, wurde in neuer Form weitergeführt. Die Berichterstattung aus dem südlichen Kreisbereich, zu denen Teile der Ortenau gehören, in dem früher die „Bühler Blauen Hefte“ ein beliebtes Nachschlagewerk waren, hat auch im neuen Heimatbuch Eingang gefunden. Hier wird versucht, Aktuelles und Historisches so miteinander zu verbinden, daß dieses neue Heimatbuch heute gern in die Hand genommen und gelesen wird, aber auch für später einen historischen Wert hat.

Obwohl dem neuen Kreis vom „Bühler Rebland“ nur recht wenig geblieben ist, hat er sich vor einigen Jahren zusammen mit dem Ortenaukreis und dem Stadtkreis Baden-Baden zusammengetan, um den bekannten Prospekt über die Badische Weinstraße neu herauszubringen.

Auf anderen Gebieten ist der Landkreis nur indirekt, durch Gewährung von finanziellen Zuschüssen, die in manchen Bereichen jedoch recht erheblich sind, tätig. Erinnert werden soll an dieser Stelle z.B. an die Volksschauspiele Ötigheim, die im Frühjahr 1980 ihre Probebühne und die „Kleine Bühne“ einweihen, oder an berühmte kirchliche Bauwerke wie „Maria Linden“ und „Moosbronn“ und nicht zuletzt an die vielen Fachwerkhäuser, aber auch Hilfen für Musik- und Gesangsvereine.

Der Landkreis Rastatt als Grenzkreis unterhält nicht nur Verbindungen zu den Sous-Präfekten von Hagenau und Weissenburg und zu den Gemeinden im benachbarten Frankreich, seit 1968 besteht eine besondere Partnerschaft mit der finnischen Stadt Vantaa. Diese Verbindungen haben eine recht erfreuliche Entwicklung genommen. Viele persönliche Kontakte zu den finnischen Freunden konnten vor allem durch den Jugendaustausch geknüpft werden. So fahren einmal im Jahr etwa 50 junge Menschen aus unserem Landkreis nach Finnland, um dieses herrliche Land im Norden Europas kennenzulernen, und im Gegenzug weilen alljährlich finnische Jugendliche bei uns, um sich über ihren Partnerlandkreis zu informieren. Als kleiner Betrag zur Völkerverständigung ist diese Partnerschaft eine Brücke für unsere Jugend.

### *Sozialbereich — ein weiterer Schwerpunkt*

Die drei Kreiskrankenhäuser in Bühl, Gernsbach und Rastatt bieten zusammen etwa 700 Kranken Platz für eine stationäre Behandlung. Der Anbau beim Rastatter Kreiskrankenhaus, der Ende des Jahres 1980 fertig sein wird und der etwa 15 Mio. DM kostet, wird einige wesentliche Funktionsverbesserungen mit sich bringen, vor allem einen völlig neuen und modernen Operationsbe-

reich und eine zentrale Apotheke für alle Krankenhäuser im Landkreis. Daneben unterhält der Landkreis ein Alters- und Pflegeheim in Kuppenheim mit 160 Betten und die Kreispflegeanstalt Hub in Ottersweier mit einer Heilstätte als Fachkrankenhaus für Lungen-Tb und einer besonderen Abteilung für Langzeitkranke mit zusammen 700 Betten. Diese Sozialeinrichtung, die vor einigen Jahren ihr 100jähriges Bestehen feiern konnte, war früher ein bekanntes Heilbad im mittelbadischen Raum; das Quellenhäuschen weist heute noch auf diese große Vergangenheit hin (Bad Hub). Angegliedert am Kreiskrankenhaus Rastatt ist eine Krankenpflegeschule.

Der Sozialbereich ist ein weiterer großer und wichtiger Teil in der Arbeit des Landkreises. Hier sind nicht nur die finanziellen Aufwendungen gestiegen, sondern seit der Kreisreform hat es auch wesentliche Änderungen in der Arbeit auf diesem Gebiet gegeben. Die Jugend- und Erziehungsberatungsstelle wurde geschaffen und weiter ausgebaut. Es gibt inzwischen Nebenstellen in Bühl und in Gaggenau. Daneben wurden sog. „Soziale Dienste“ für den Raum Bühl, für das Murgtal und die Hardt eingerichtet. Hier handelt es sich um gemeinsame Dienststellen des Jugend- und Sozialamtes, die den Menschen, die sich in Konfliktsituationen befinden oder auf die Probleme zukommen, persönliche Hilfe anbieten. Konkrete Aufgaben ergeben sich bei der Beratung in erzieherischen Fragen, in der Arbeit mit Eltern und Kindern, bei alleinstehenden Personen und alten Menschen, mit Behinderten, Suchtkranken und psychisch Kranken, mit straffällig gewordenen Jugendlichen und Kindern im strafunmündigen Alter im Rahmen der Jugendgerichtshilfe. Weitere Aufgaben finden die Mitarbeiter der Sozialen Dienste bei der Adoptionsvermittlung sowie bei Beratungen von Pflegeeltern oder der Erteilung der Pflegeerlaubnis. Diese Sozialen Dienste sind nicht zu verwechseln mit den Sozialstationen, die von den Kirchen oder caritativen Verbänden geführt werden und sich vor allem um die Krankenpflege und Hauspflege kümmern. An diesen Einrichtungen beteiligt sich der Landkreis finanziell erheblich.

Die Aktion „Essen auf Rädern“, die bereits früher im Bühler Raum bekannt war, wurde in den Monaten nach der Kreisreform auch im Raum Rastatt und im Murgtal begonnen und hat bei alten und kranken Mitbürgern einen sehr großen Zuspruch gefunden. Auch in der Altenpflege wurden neue Überlegungen angestellt; so gibt der Landkreis in jedem Jahr ein Altenprogramm heraus. Darin sind alle Aktivitäten der Gemeinden, der Kirchen und Verbände auf dem Sektor der Altenhilfe zusammengefaßt und koordiniert. Der Landkreis führt einige Veranstaltungen für die Senioren selbst durch und unterstützt im übrigen die Angebote der Verbände finanziell. Seit 1979 gibt es beim Landkreis eine besondere Altenberaterin. Ihre Aufgabe ist es, zu beraten und in Koordination und Kooperation der vielen Vereinigungen, Gemeinden, Kirchen und Verbänden die Voraussetzungen für eine Altenarbeit zu schaffen. Dabei sollte durch Erfahrungsaustausch, Anregungen und eine gute Zusammenarbeit den Leitern der Altenvereinigungen die Arbeit erleichtert werden.

Durch die Gewährung von Zuschüssen beabsichtigt der Landkreis außerdem, die Neuschaffung und Modernisierung von Räumlichkeiten für Altenvereinigungen zu fördern. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule wurde ein Nachmittagsprogramm für Senioren erstellt. Daneben kennt man im Landkreis seit 1973 eine besondere Zeitung für Senioren, den „Jungbrunnen“, der drei- bis viermal im Jahr erscheint und bei den Senioren recht gut angekommen ist.

Auch die Arbeit in der Jugendpflege wurde erweitert und über das Angebot des Jugendbildungswerkes vor allem im ländlichen Raum verstärkt. Weiter aktiviert wurde auch das Pflegeelternwesen; seit 1979 läuft außerdem ein Modellversuch „Mutter und Kind“, womit den Alleinerziehenden Hilfe und Unterstützung zuteil werden soll, damit sie sich mehr ihren Kindern widmen können, und auch in den Krankenhäusern ist seit einigen Jahren neben dem Pflegepersonal eine Sozialbetreuerin tätig, die sich sehr oft recht schwierigen Problemen der Patienten annimmt, die außerhalb der eigentlichen Krankheit liegen, für die kranken Menschen jedoch von sehr großer Bedeutung sind.

Finanzielle Unterstützung kommt daneben den Sozialstationen, Kindergärten, „Lebenshilfen“ Bühl und Rastatt, aber auch der Jugend- und Familienerholung zugute.

Alles in allem ist die Palette der Aufgaben und der Leistungen, die der Landkreis Rastatt für die Bewohner seiner Städte und Gemeinden erbringt, mannigfaltig und umfangreich zugleich. Kreistag, Landrat und Verwaltung sind bemüht, ihrem Auftrag, eine Ausgleichsfunktion innerhalb des Landkreises zu übernehmen, gerecht zu werden. Die Reaktionen in den Gemeinden verdeutlichen, daß dies geschieht und auch anerkannt wird. So sind Kreisreform und Neubildung des Landkreises Rastatt eigentlich schon Geschichte geworden. Das Zusammenleben unter dem neuen Dach ist ohne große Emotionen vorangegangen, die Integration ist gelungen. Auch die verwaltungsmäßige Verpflanzung vom früheren Südbaden hin zum nördlichen Karlsruhe hat keine negativen Auswirkungen gehabt, die Wege sind kürzer geworden. Entstanden ist ein neuer Landkreis, der sich nicht nur im Westen zu Frankreich abgrenzt, in dem sich auch eine frühere Grenze zwischen Alemannen und Franken befindet. Alles ist gut gelaufen, wir sind ein „neuer“ Landkreis geworden.

## Literatur

Dr. Erich Würfel und Franz Kreppelt Der neue Landkreis Rastatt, 6 Jahre danach, Heimatbuch des Landkreises Rastatt 6/79.

Hermann Dietrich

Kehler Bürgermeister 1908—1914

Badischer Minister — Reichsminister — Vizekanzler

*Wilhelm Mechler*

Der Altmeister der oberrheinischen Landeskunde, der Freiburger Geograph Friedrich Metz, schrieb 1931: Mit der Geschichte Kehls der letzten Jahrhunderte sind die Namen vieler Militärs, der französischen Generäle Vauban und Créqui verknüpft. „Ludwig XIV. und der Große Kurfürst, der große badische Markgraf Ludwig Wilhelm, die Namen von Moreau, Turenne und Desaix, des Generals Wurmser und des Erzherzogs Karl, sie und viele andere Namen sind mit der Geschichte von Kehl verbunden — wo anderwärts die Namen von Männern der Kunst und Wissenschaft, Gewerbe und Handel und staatsmännischer Bürgermeister erglänzen. Dafür war das alte Kehl kein Boden, sein Bürgertum ohne selbständige Bedeutung“.

Dies ist ein hartes Urteil, aber treffend und Schicksale kennzeichnend. Ein Blick auf die geographische Lage und den Leidensweg, welche jede organische Entwicklung verhinderten, erhellt die Ursachen für Kehls oft gestörtes Wachsen.

Kehl lag lange Zeit im Schatten der bedeutenden Nachbarstadt; einst gab es im Raume des Ortes eine Dreiergemeinde Jeringheim / Iringheim — Kehl — Sundheim. 1038 ist die Weihe einer Kapelle auf der Südseite der bereits bestehenden Kirche erwähnt, als Pfarrort ist „Keyle“ genannt, während in späteren Urkunden meist Iringheim als Hauptort bezeichnet wird. Der deutschen Bischofsstadt und der späteren deutschen Reichsstadt ist es nie gelungen, ein starkes, geschlossenes Territorialgebiet ihr gegenüber auf der rechten Rheinseite im Bereich der Fähren und der Brücke zu schaffen. Mehrere Mächte und Geschlechter verhinderten dies, die Bischöfe von Straßburg, die Geroldsecker und die elsässischen Herren von Lichtenberg, deren Erben 1480 die Grafen von Hanau wurden und durch welche das große Landgebiet in der Rheinebene, der Stadt Straßburg gegenüber, den Namen „Hanauerland“ erhielt. Auf dem Boden des heutigen Kehl, welches nie zur Grafschaft Hanau-Lichtenberg gehörte, kam es jahrhundertlang sogar zu einem Condominat, zu einer Vielherrschaft von 4 Institutionen und Herrschaften: eine Hälfte erwarb die Mün-

---

Rede, gehalten aus Anlaß des 100. Geburtstages am 14. Dezember 1979 in Kehl

sterstiftung „Unserer Lieben Frauen Werk“, seit dem Ende des 13. Jahrhunderts ganz in der Hand der Stadt Straßburg; ein Viertel besaßen die Böcklin von Böcklinsau und je ein Achtel das Haus Baden und das Haus Nassau. Da die Reichsstadt auf dem rechten Ufer ein mächtiges Territorium, auch nicht als Brückenkopf, nie erreichte, hatte die Zersplitterung und die vielschichtigen Rechtsverhältnisse auf dem gegenüber liegenden Ufer für die Stadt auch Vorteile.

In innerdeutschen Auseinandersetzungen war der Rheinübergang manchmal, in den Jahrhunderten des habsburgisch-französischen Gegensatzes aber sehr oft umkämpft. Vor 300 Jahren, nach dem „holländischen Kriege“, einem der vier Angriffskriege Ludwigs XIV., erhielt Frankreich hier im Frieden von Nimwegen 1679 — herausgeschnitten aus der Gemarkung des Dorfes Ur-Kehl — rechtsrheinisches Gebiet, um einen militärischen Brückenkopf durch die Errichtung einer Vauban-Festung vorzubereiten, im Bereiche der heutigen Großherzog-Friedrich-Straße, des Bahnhofes und der Hafenkaserne. Dies geschah zwei Jahre bevor die Reichsstadt französisch wurde. Die Bewohner mußten sich außerhalb des nun französischen Gebietes niederlassen, südlich und südöstlich davon, beim kleinen „Mitteldorf“ der einst vom Rheine vertriebenen Iringheimer. So entstand mit der Kehler Festung ein, auch weiterhin als Condominat, neues deutsches Dorf Kehl. Innerhalb der Festung war ein Gemeinwesen von Zivilisten, zunächst von Bäckern, Metzgern, Wirten und Kaufleuten vorgesehen. Zusammen mit der nach 1681 errichteten Straßburger Vauban-Festung sicherten die beiden Festungen dem Besitzer den Rheinübergang.

### *Vauban-Festung und Stadt*

Die Kehler Festung war fünfmal in französischem Besitz; fast immer war der 10malige Herrschaftswechsel mit einer Vernichtung und mit tiefgreifenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung verbunden. Am Ende des „Pfälzischen Krieges“ verließ der Kaiser 1698 die nunmehrige Reichsfestung dem „Türkenlouis“, welcher den in der Festung sich Niederlassenden, zu diesem frühen Zeitpunkt, Religionsfreiheit gewährte. Während einer 60jährigen Friedenszeit — einer goldenen Zeit für Kehl — erhielt das innerhalb der Festung entstandene Gemeinwesen durch Markgraf Karl Friedrich 1774 die Stadtrechte. In den 20 Jahren der Französischen Revolution und Napoleons, meist waren es Kriegsjahre, waren Stadt und Dorf Kehl fast völlig zerstört und die Bevölkerung beider Gemeinden oft auf der Flucht. 1813 mußten Weinbrenner und Tulla auf Anordnung der badischen Regierung für beide Gemeinden Pläne für die Verlegung nach Osten entwerfen!

Der Wiener Kongreß befahl die völlige Schleifung der Festungsanlagen. Beide Gemeinden, nun ohne trennende Festungsmauern und auch nicht mehr territorialpolitisch gespalten und zersplittert, gehörten jetzt zum gleichen Staats-

wesen, zum Großherzogtum Baden, dessen Regierung den Wiederaufbau durch Weinbrenner und Tulla anordnete, die Vereinigung der beiden Gemeinden aber nicht in Angriff nahm — und Kehl nicht zum Verwaltungsmittelpunkt des Straßburg gegenüber liegenden Gebietes, des Hanauerlandes, machte. In Kork blieb das Bezirksamt für Kehl und das badische Hanauerland. Wollte man Kork schonen oder wollte man die Behörden nicht in die Nähe der Grenze und der Kanonen verlegen?

Dorf und Stadt erhoben sich bis zur Jahrhundertmitte nur langsam aus den Trümmern. Aber dann haben dieser Stadt an der Rheinübergangsstelle Straßburgs im beginnenden Zeitalter der Technik doch wieder zwei Ereignisse zu neuer friedlicher Entwicklung verholfen: die Begradigung des Rheines durch die Tulla'sche Korrektur beseitigte dauernde Gefährdungen durch Überschwemmungen und durch malariaartige Krankheiten, und 1844 wurde Kehl an die badische Haupteisenbahnlinie Mannheim—Basel durch eine Stichbahn nach Appenweier angeschlossen; aber erst 1861 wurde die Eisenbahnverbindung mit Straßburg hergestellt. Wohl aus militärischen Gründen war die badische Nord-Süd-Linie nicht über Kehl geführt worden.

Nun nicht mehr Grenzstadt, wurde Kehl 1881 Sitz des Bezirksamtes und anderer Behörden für das Hanauerland. Die Vereinigung der seit 1679 getrennten Gemeinden Kehl-Dorf (1 350 ha mit 4 800 Einwohnern) und Kehl-Stadt mit seinen wenigen 56 ha der ehemaligen Festung und 3 300 Einwohnern sollte erst 1910 durch Bürgermeister Hermann Dietrich erreicht werden.

### *Hermann Dietrich's Jugend und Ausbildung*

Seine Wiege stand im Schwarzwalddorf Oberprechtal, wo sein Vater Jakob Dietrich, dessen Vorfahren z.T. aus dem unteren Hanauerland stammen, Pfarrer war; seine Mutter Elisabeth Köbele war Lahrer Landwirtstochter. Nach der Versetzung seines Vaters nach Schallbach im Markgräflerland konnte er leicht, 9 Jahre lang, das Lörracher Gymnasium besuchen. Seine spätere Zuneigung zur Landwirtschaft und zu den für die badische Heimat so typischen kleineren und mittleren Betrieben ist wohl auf die 18 Jugendjahre in Oberprechtal und Schallbach zurückzuführen. Mit der Landschaft und dem Leben auf dem Dorfe blieb er auch weiterhin in Berührung, als während seiner Referendarzeit sein Vater nach Leutesheim im Hanauerland versetzt wurde.

Nach dem guten Abitur studierte er an der Reichsuniversität Straßburg Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft und Geschichte. In den ersten Semestern war er aktiv in der Burschenschaft Arminia, der bis 1918 sehr viele Studenten aus der Ortenau angehörten. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Verbindung nach Tübingen verlegt. Hermann Dietrich blieb seiner Verbindung verbunden, und, nachdem er sich nach deren Wiederbegründung 1950 von ihrem



*Hermann Dietrich,  
Oberbürgermeister von Konstanz  
(links im Bilde)  
Stadtarchiv Konstanz*

Zustand und ihrer inneren Verfassung überzeugt hatte, schenkte er ihr ein Verbindungshaus, das seinen Namen trägt.

In Basel, Göttingen und Heidelberg setzte er seine Studien fort und bestand 1901 das 1. juristische Staatsexamen. Während der Referendarzeit war er bei Ämtern und Gerichten in Lörrach, Karlsruhe und Engen tätig, nach der Versetzung seines Vaters nach Leutesheim mehrmals in Kehl, beim Notariat, beim Amtsgericht und beim Bezirksamt. Überall wird sein Fleiß gelobt. Das 2. Staatsexamen bestand er als 8. unter 51. Im Staatsdienst behagte es ihm nicht, er bat ein Jahr später um Entlassung. Die Stadtverwaltung Karlsruhe stellte ihn 1906 als Rechtsrat ein. Hiermit begann eine neue Phase in seinem Leben — sie stand ganz im Zeichen der Kommunalpolitik. Im August 1908 wählte ihn, den 29jährigen, der Bürgerausschuß von Kehl-Stadt zum ersten Kehler Berufsbürgermeister, mit 61 von 65 Stimmen.

Die Probleme Kehls, besonders seine dringenden, kannte er schon lange durch seine Straßburger Studentenzeit und durch die Referendarzeit in Kehl und durch den Aufenthalt seiner Eltern in Leutesheim.

#### *Das geteilte Kehl im Jahre 1908*

Es gab keine Kanalisation, kein Krankenhaus, Neuansiedlungen waren selten. In Kehl-Stadt gab es nur 2 öffentliche Einrichtungen: die Sparkasse und die 6klassige Realschule, deren Ausbau zu einer Vollanstalt vom Staate abgelehnt



worden war, weil für Kehler Schüler alle Straßburger Schulen durch die elektrische Straßburger Straßenbahn in 20 Minuten erreichbar seien. Beide Gemeinden waren zusammengebaut, die Gemarkungen griffen z.T. ineinander über. Die Gemarkung des 24mal größeren Dorfes umschloß das Gebiet der Stadt auf allen 4 Seiten zangenförmig — nicht einmal der Aufgang zur Rheinbrücke erfolgte auf städtischem Boden, so daß das Dorf die Kosten der Brückenbeleuchtung mittragen mußte.

Der Rheinhafen war von der badischen Eisenbahnverwaltung um die Jahrhundertwende errichtet, das Gebiet größtenteils durch den badischen Staat von der Gemeinde Auenheim gekauft, dann von deren Gemarkung abgetrennt und der Gemeinde Kehl-Dorf zugeschlagen worden. Die Angliederung an die Stadt, was für die Entwicklung des Hafens vielleicht günstiger gewesen wäre, mußte unterbleiben, weil zwischen die Stadt und das von Auenheim abgetrennte Gebiet ein großes Stück der Gemarkung von Kehl-Dorf einsprang. Für Ausbau und Besiedlung des Hafens war es bisher von großem Nachteil, daß die Verwaltung und Leitung der beiden so nahe aneinander liegenden Gemeinden zu Unzuträglichkeiten führten und führen mußten.

#### *Dietrich erreichte schon 1910 die Vereinigung*

Zwei Hauptgründe waren es, welche der neue Stadtbürgermeister ins Feld führte: die einheitliche Gemeinde kann die Aufgaben beider besser lösen, und die Stadt kann sich überhaupt nicht erweitern, sie ist klein und fast ganz überbaut, wenn sie auch über große Gärten verfügt; die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe ist nur auf der Gemarkung des Dorfes möglich. so ist die Zusammenlegung unerläßliche Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung beider Gemeinwesen und des Rheinhafens. Es war ja eine reiche Braut, dieses Dorf Kehl: nicht nur war seine Gemarkung sehr umfangreich, sondern es besaß auch 500 ha Gemeindebesitz mit großen Ackerflächen am südlichen Gemarkungsrand, außerdem befanden sich im Hafengebiet 200 ha in staatlichem Besitz.

Dietrich behandelte die beiden Gemeinden als gleichberechtigte Partner, er wollte nicht einfach eingemeinden, er wollte beide zusammenlegen. Dadurch überwand er die psychologischen Widerstände der Dorf-Kehler. Schon nach anderthalb Jahren gelang ihm durch Überzeugungskraft und kluge Taktik die Vereinigung. Als Rathaus der neuen Gesamtgemeinde wählte er nicht eines der bisherigen Rathäuser, sondern ein Gebäude, das an der Grenze beider Gemeinden lag und als Kaserne und als Schule verwendet worden war. Die Bürger des Dorfes erhielten, mit ihrer Zustimmung, 450 000 Goldmark als Ablösung für die Allmendgüter ihrer bisherigen Gemeinde, die Verteilung erfolgte unter die 700 berechtigten Bürger und ihre Anwärter, die Summe sollte und konnte aus der Verpachtung verzinst und getilgt werden. Die neue Stadtge-

meinde kam auf diese Weise von vornherein und für lange Jahrzehnte in den Besitz des für Erweiterungen erforderlichen Baugeländes.

Im Landtag wies der liberale Abgeordnete Friedrich Säger, Diersheim, bei der Vorlage des Gesetzes über die Vereinigung darauf hin, daß, wenn diese früher erfolgt wäre, niemals eine private Firma die Genehmigung für das Wasserwerk erhalten hätte und man auch das Gaswerk recht günstig hätte erwerben können. Der Abgeordnete aus dem Hanauerland führte noch ein weiteres Argument an: „Die Vereinigung liegt weiter sehr im Interesse eines geordneten Schulbesuches der 60 oder 70 im Hafengelände wohnenden Schulkinder, die z.Zt., weil der Hafen auf der Gemarkung Dorf-Kehl liegt, gezwungen sind, nach Dorf-Kehl zur Schule zu gehen, also jeden Tag an den städtischen Schulhäusern vorbeigehen und einen Weg von etwa 2,6 Kilometer zurücklegen müssen, bis sie in Dorf-Kehl in ihre Schule gelangen“

Nach gründlicher Vorbereitung 1909 durch Bürgermeister Dietrich wurde die Vereinigung mit Wirkung vom 1. Januar 1910 rechtskräftig. Der Bürgerschaft von Dorf-Kehl hatte die Vereinbarung mit 61 gegen 5 Stimmen und der von Kehl-Stadt einstimmig angenommen. Auch in den beiden Kammern in Karlsruhe erfolgte im Dezember die einstimmige Annahme.

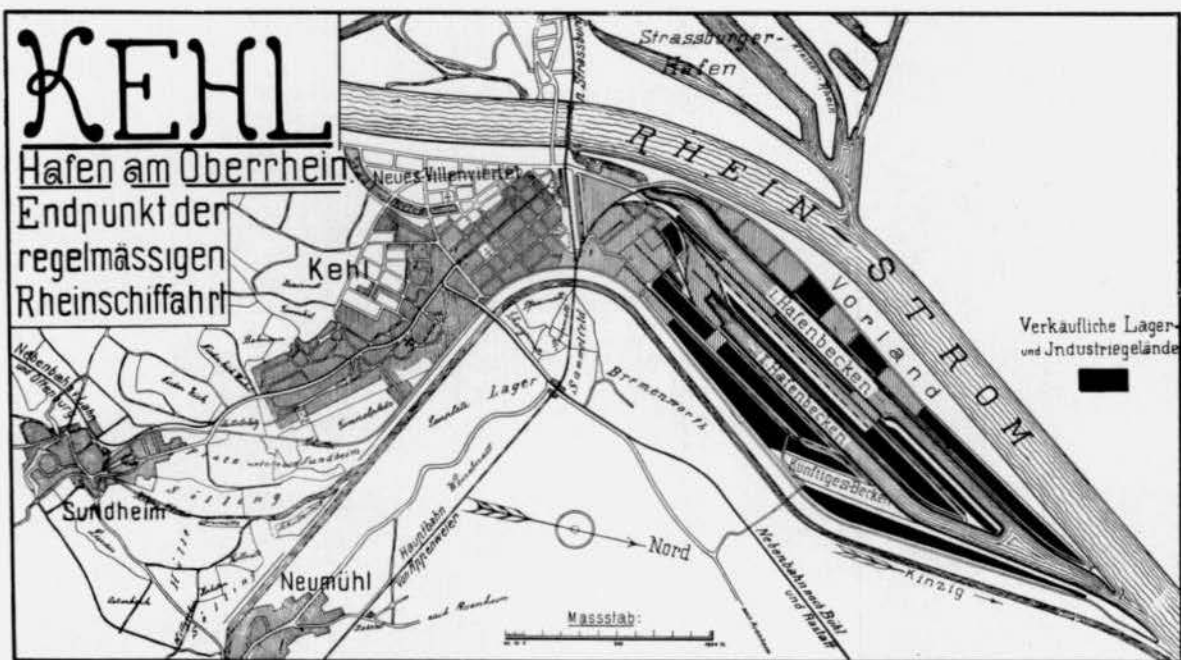
### *Erstaunliche Wandlung des Gesichtes von Kehl*

Ziel des Bürgermeisters war es, Kehl zu einem weitgehend selbständigen Gemeinwesen zu machen und ihm den Charakter eines bloßen Vorortes zu nehmen, zunächst besonders durch Bau von Wohnungen und durch Ansiedlung von Gewerbe und Industrie. Die Erweiterung der Stadtgemeinde konnte nicht erfolgen im Norden wegen der Bahnhofanlagen und wegen des Hafens, auch kaum im Osten, wo das damalige Bett der Kinzig die Ausdehnung begrenzte; auch im Süden war die Erweiterung außerordentlich erschwert, weil bei den damaligen Verkehrsverhältnissen die Entfernung zum Hafen und zum Bahnhof zu groß war und dort keine Straßenbahnverbindung bestand. Die Ausdehnung nach dem Westen erwies sich als viel günstiger: hier befand sich die „Kommissionsinsel“, ein 50 bis 60 ha großes Gelände, bis zur Tulla'schen Rheinkorrektion eine Insel, zuletzt wenig genutzt und wenig fruchtbar, vom Dorf in die neue Gemeinde eingebracht und nahe der Brücke, dem Bahnhof und dem Hafen gelegen; in wenigen Minuten konnte auch die Straßenbahn erreicht werden. Die hohen Baupreise in Straßburg würden, so rechnete der Bürgermeister, Interessenten anlocken.

Bereits im Herbst 1911 genehmigte der Bürgerschaft das ganze Projekt im Grundsatz und den ersten Teil der Erschließung. Der neue Stadtteil, ein „Villenviertel“, sollte in offener Bauweise erstellt, Gärten besitzen und höchstens zweistöckige Häuser und kein Gewerbe erhalten, ähnlich jenem Straßburger Stadtteil, dem Stockfeld, das Bürgermeister Rudolf Schwander damals errich-

ten ließ. Der Bodenpreis betrug 5 bis 7 Mark je qm einschließlich Erschließung, günstige Hypotheken bis zu 3/4 wurden gewährt. Mehrere Zugänge zur Hauptstraße sollten an die Geschäftsstadt anschließen, außerdem war ein Zugang zur Brücke und zum Bahnhof vorgesehen und bald erreicht. Es gab verständlicherweise Zweifler, welche die „Insel“ als sumpfig und zu nieder und deswegen von der Landwirtschaft bisher nicht genutzt bezeichneten. Um dem Gerede, die Untergrundverhältnisse seien zu schlecht und deswegen die Kosten zu hoch, zu begegnen, sah Hermann Dietrich die Errichtung von öffentlichen Gebäuden hier vor: Amtsgericht und Notariat; außerdem lenkte er den Blick der katholischen Kirchengemeinde, welche das Simultaneum auflösen wollte, auf das neue Baugebiet; hier wurde der Bau bereits 1911 begonnen, und am Tage von Serajewo 1914 wurde die an schöner Stelle erstandene Kirche eingeweiht. Zur gleichen Zeit waren hier etwa 100 Häuser bezogen.

Die schon vom ehemaligen Dorf begonnene Bebauung im Gewann „Schreibersfeld“ wurde fortgesetzt. Beschlossen und in die Wege geleitet wurde noch vor Kriegsbeginn die Errichtung eines Wohnviertels im Süden der Stadt zu billigeren Preisen. Die Stadt erwarb auf dem Prozeßwege für 285 000 Mark das Wasserwerk, welches einer Privatfirma gehörte, die das Installationsmonopol und die harte Wasserbezugsordnung rücksichtslos ausnützte. Bereits 1909 war ein großzügiges Kanalisationsprojekt mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mark zu verwirklichen begonnen worden.



#### Kehl 1912

Das neue Wohnviertel zwischen Rheindamm und Stadt-Weiher (Altrhein).  
 Das Baugebiet Schreibersfeld und Gewann Kanzmatt und die begonnene Bebauung Mittelplatz zwischen Dorf Kehl und Sundheim.  
 Die Kinzig wurde 1930 nach Osten, ins heutige Flußbett verlegt.  
 Die von Straßburg gebauten Schmalspurbahnen nach Offenburg—Lahr—Seelbach und nach Bühl—Rastatt sind eingetragen.

### *Der Hafen und die Schiffbarmachung des Oberrheines*

Der Kehler Rheinhafen, mit dem Straßburger damals Endhafen der Oberrheinschiffahrt, war ganz auf den Wechselverkehr Schiffahrt—Eisenbahn eingestellt und besaß als Hinterland die Gebiete im Süden und Südosten: Mittel- und Oberbaden, Südwestwürttemberg, Vorarlberg und Teile der Schweiz. Der Hafen besaß ein staatliches Elektrizitätswerk, welches unter Ausnützung des Stromgefälles lange Jahre hindurch das Hafen- und Bahnhofgebiet mit Strom versorgen konnte. Die unter Bürgermeister Dietrich erfolgte Gründung der halbprivaten „Rheinhafen-Gesellschaft“ verwertete die staatlichen Grundstücke im Hafengebiet durch Verkauf und Vermietung, förderte den Betrieb durch Übernahme des Umschlages und durch Lagerung von Gütern.

Über die so wichtige Frage der Schiffbarmachung des Tulla-Rheines gab es von 1870 ab eigentlich bis 1905 ein Ringen: die Verwaltung des Reichslandes Elsaß-Lothringen und die Stadt Mannheim traten für einen linksrheinischen Seitenkanal von Straßburg über Lauterburg-Speyer nach Ludwigshafen ein, während Max Honsell, Leiter des badischen Wasser- und Straßenbauwesens, und die Straßburger Bürgermeister Otto Back und Rudolf Schwander sich für



*Das „Villenviertel“ zwischen dem Rheinvorland (ganz links unten) und dem Altrhein  
Landesbildstelle Baden*

die Regulierung des Tulla-Rheines einsetzten. „Kanal oder freier Rhein“ wurde zum Kampfruf von Freund und Feind der Rheinregulierung. Die Errichtung eines Seitenkanals hätte dem Hafen Kehl sehr geschadet. Endlich, 1905, siegten die Befürworter der Schiffbarmachung des Stromes. Sie haben sich zum Ziele gesetzt, mit Hilfe des Einbaues von Buhnen in den meisten Wochen des Jahres eine Wassertiefe von 2 Metern in der Fahrrinne zu erreichen. In den Jahren 1911 bis 1913 wurden durch die Regulierung des Stromes ab Sondernheim bei Speyer Straßburg und Kehl Endhäfen der verbesserten und regelmäßigen Schifffahrt, wodurch auch die Ansiedlung von Industrie erfolgen konnte.

Hermann Dietrich hat in den fünfeinhalb Jahren seiner Kehler Tätigkeit Erstaunliches geleistet und hat das Gesicht der Stadt gewandelt: er hat mit der Vereinigung der beiden 231 Jahre getrennten Gemeinden die kommunale Zersplitterung beendet und damit die Voraussetzung für eine gute Entwicklung geschaffen. Die Durchführung der Kanalisation, der Kauf des Wasserwerkes, die Erschließung und Bebauung der „Insel“, der weitere Ausbau des „Schreiberfeldes“ und die Planung des „Mittelplatzes“ sind weitere Leistungen jener Jahre. Durch die direkte und indirekte Förderung des Rheinhafens wurde dieser immer mehr die „Lebensader“ Kehls. Am Altrhein entstand ein großes Schulgebäude, den Bau des Krankenhauses der Bezirksstadt bereitete Dietrich noch vor. Es konnte 1916 bezogen werden. Als nach 1918 den Kehlern Straßburg völlig verschlossen war, erkannte mancher, wie segensreich das Wirken des Bürgermeisters auch auf dem Gebiete der Gesundheitsförderung geworden war.

1951 anlässlich der Verleihung der Ehrenbürger-Würde durch die noch zur Hälfte evakuierten Stadt Kehl schrieben wir in der „Kehler Zeitung“ über sein Wirken in Kehl:

„Bürgermeister Dietrich hat in wirklichkeitsnahem, fortschrittlichem Geiste, mit Tatkraft und schöpferischer Planung das junge Gemeinwesen auf feste Grundlagen gestellt, ihm auf Jahre hinaus Richtung und Aufgabe verpflichtend gewiesen“.

### *Parlamentarier und Kommunalpolitiker*

Im Januar 1912 schon begann Dietrich's Laufbahn als Parlamentarier: in einer Ersatzwahl wurde er als Abgeordneter der Nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Kehl in die Zweite Kammer des badischen Landtages gewählt. Von etwa 5 000 Stimmen des Wahlkreises fielen 4 200 auf den Bürgermeister von Kehl, den mit 32 Jahren jüngsten Abgeordneten. Er vertrat die jungliberale Richtung, welche das Zentrum bekämpfte und eine freundliche Haltung gegenüber den revisionistisch eingestellten badischen Sozialdemokraten einnahm. Charakteristisch für Baden war die Bildung des „Großblockes“, eine gegen das Zentrum gerichtete wahltaktische koalitionsähnliche Vereinbarung

zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung bei den Stichwahlen. Die Themen, über welche Hermann Dietrich im Landtage sprach, waren sehr verschiedenartig: Landwirtschaft, Beamtenbesoldung, Anleihepolitik der Gemeinden, Wohnungsbau, Rationalisierung und Vereinfachung der Verwaltung und Verwertung der Wasserkräfte des Oberrheines — alles Gebiete, schreibt Adelheid von Saldern, „mit denen er sich auch später innerhalb des größeren Rahmens der Reichspolitik zu beschäftigen hatte“.

Als ausgezeichnete Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneter hatte er sich im Lande einen guten Ruf erworben, so daß ihn die Stadt Konstanz im März 1914 mit Stimmenmehrheit zum Oberbürgermeister wählte. Was hielt und dachte der spätere badische und Reichsminister von der Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte? Der Politiker sollte „die Verhältnisse und Zusammenhänge zuerst in der kleinsten, aber wichtigsten Zelle des Gemeinschaftswesens kennen“; er empfiehlt, den Freiherrn von Stein zu lesen als beste Ausbildung: die Gemeinden sind lebendigste Urzellen, sie sind älter als der Staat und haben all die Staaten überdauert. Für Dietrich gilt wie für seinen Straßburger Kollegen Rudolf Schwander das Wort Stein's: „Der Weg der Kommunalpolitik führt von der ‚Erprobung im Nahen‘ zur ‚Wirkung ins Fernere‘.“

Auch als Oberbürgermeister von Konstanz begann er, trotz des Ausbruchs des Weltkrieges, mit dem sozialen Wohnungsbau, mit Zuschüssen für billige Bauplätze und für erträgliche Wohnverhältnisse der Arbeiter, wie er überhaupt für Verbesserungen der Lage der Arbeiter eintrat und die Bedeutung dieses Standes für den Staat erkannte. Er sorgte, auch durch unkonventionelle Maßnahmen, für die Beschaffung von Nahrungsmitteln für die jetzt mit einem Male von ihrem landwirtschaftlichen Hinterland, dem schweizerischen Thurgau, abgeschnittene Bevölkerung.

### *Badischer Minister des Auswärtigen 1918—1920*

Der Zusammenbruch von 1918, welcher sich in Baden verhältnismäßig ruhig vollzog, führte Dietrich schnell in die vorderen Ränge, zunächst in die der badischen Politik. Durch die Heirat mit der Kehler Fabrikantentochter Elisabeth Trick (1918) war er wirtschaftlich unabhängig geworden.

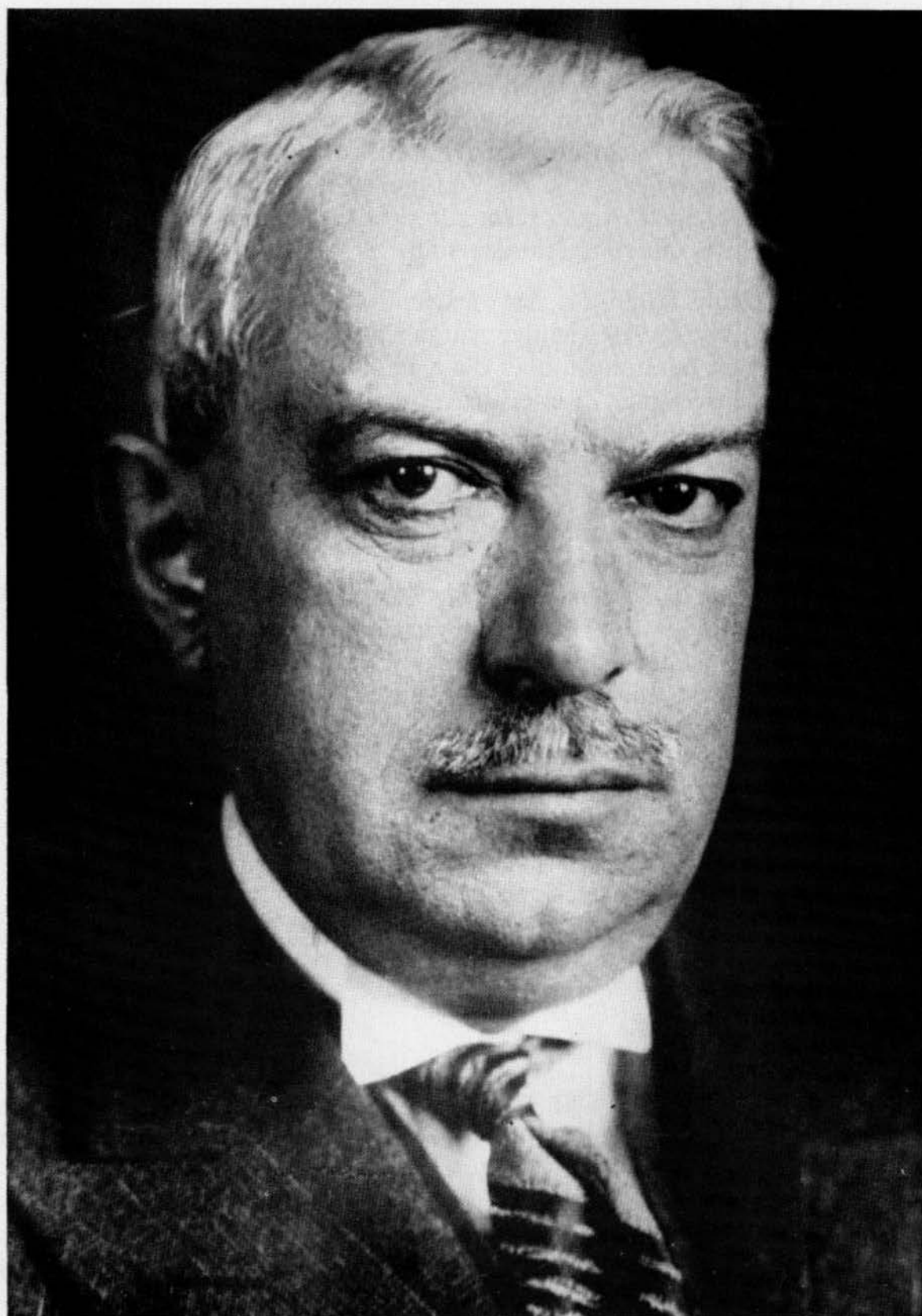
Bei der Parteiumpuppierung 1919 im liberalen Lager hatte er versucht, nur eine liberale Partei in Baden entstehen zu lassen. Dieser Plan ließ sich nicht verwirklichen. Als Angehöriger des linken Flügels der Nationalliberalen Partei half er die Demokratische Partei zu gründen, während sich andere Liberale in der Deutschen Volkspartei zusammenschlossen. Jetzt, nach dem Zusammenbruch, war er der Ansicht, daß das Rad der Geschichte nicht mehr zurückgedreht werden könne und daß die Monarchie der Vergangenheit angehöre. So stellte er sich ganz auf den Boden der Tatsachen. Ordnung in das Chaos zu

bringen, schien ihm das Gebot der Stunde. So finden wir ihn bereits am 10. November 1918 in der vorläufigen badischen Regierung als Minister für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten. Im Januar 1919 wurde er in den Reichstag, in die Nationalversammlung von Weimar, gewählt; die Reichspolitik hatte ihn offenbar mehr angelockt. Er stellte der Partei seinen Ministerposten und das Landtagsmandat zur Verfügung, doch die Partei lehnte seinen Wunsch ab. Da er alle 4 Ämter nicht zur gleichen Zeit wahrnehmen konnte, gab er das Amt des Oberbürgermeisters ab.

Das badische Ministerium des Auswärtigen, welches es vor 1918 und nach 1920 nicht gab, hatte 1919 wichtige Aufgaben: die Vertretung der badischen Interessen bei den Beratungen über die neue deutsche Reichsverfassung und über den Friedensvertrag. Zwei erwartete und befürchtete Punkte der Friedensregelung, die Kehl betrafen, suchte er durch persönliche Verhandlungen mit französischen Stellen zu ändern: die Besetzung Kehls, eine erneute „Brückenkopf-Bildung“, und das Problem der Wasserkräfte des Oberrheines. Seine Schritte und Bemühungen hatten keine Erfolge. Frankreich erhielt das Recht, Kehl und die Hälfte des Hanauerlandes für 15 Jahre zu besetzen (Art. 429, Abs. 3), außerdem wurde die Verwaltung des Kehler Hafens für 7 Jahre mit der des Straßburger Hafens zusammengelegt und einem französischen Direktor unterstellt (Art. 65). Frankreich allein wurden die Wasserkräfte des Oberrheines zugesprochen, es erhielt das Recht, einen Rhein-Seitenkanal von Basel über Straßburg nach Lauterburg zu bauen (Art. 358). Vor und nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hatte Dietrich bei Verhandlungen in Frankreich vorgeschlagen, das Bett des Rheines direkt und gemeinsam auszubauen und die Werke in den Strom zu stellen, statt einen Seitenkanal zu errichten. Obwohl er bewies, daß jenes billiger sei, stieß er auf Ablehnung. Dietrich hatte auch versucht, die Hoheit über die deutschen Ströme nicht an das Reich, sondern den Ländern zu übertragen, weil er glaubte, Baden könne mit Frankreich einen Kompromiß erzielen.

### *Reichsminister 1928—1932*

Nach der Beendigung seiner Ministertätigkeit in Baden widmete sich Dietrich von 1920 bis 1933 hauptsächlich der Politik im Reich. Zwar blieb er mit dem badischen Heimatland verbunden, als Vorsitzender der Demokratischen Partei, als Mitbesitzer der Kehler Zellstoffwerke, als in Baden gewählter Reichstagsabgeordneter. Nach dem Tode seiner Frau verlegte er seinen Hauptwohnsitz nach Berlin und heiratete später die Witwe des Kulturphilosophen und Theologen Ernst Troeltsch. Über seine fleißige Mitarbeit in den Reichstagsausschüssen und bei den Haushaltberatungen urteilt Theodor Heuß: „. . . ich habe den Eindruck, auch wenn ich nicht immer mit Dietrich einverstanden bin, daß er eigentlich der kenntnisreichste Mann ist, der keine Sprüche macht, sondern die Dinge funditus durcharbeitet“.



*Reichsminister Hermann Dietrich*



Von 1928 bis 1930 war er Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung Müller der Großen Koalition und im Kabinett Brüning von 1930 bis zum Sturz Brünings durch Hindenburg 1932, zunächst Wirtschaftsminister, bald aber Reichsfinanzminister und Vizekanzler.

Das Schicksal Dietrich's und seiner Partei war eng mit dem der Regierung Brüning verbunden. Adelheid von Saldern gibt in ihrer Dietrich-Biographie ein Bild der drängenden Probleme, denen die Regierung Brüning-Dietrich sich 1930—1932 gegenübergestellt sah. Die Situation möge stichwortartig gekennzeichnet sein: Weltwirtschaftskrise, Kampf um das Ende der Reparationen, Arbeitslosenzahl über 5 Millionen, Hoover-Moratorium, Siedlungsprogramm für den Osten. Zur Bekämpfung der furchtbaren Arbeitslosigkeit erklärte man die Ostsiedlung als Teil des Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Brüning und Dietrich schätzten die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen höher ein als die Rücksichtnahme auf ostdeutsche Grundbesitzer. Dietrich's Absichten gingen dahin, „ein Drittel des Großgrundbesitzes, der hoffnungslos verschuldet war, aufzukaufen und zu versiedeln“.

Dietrich focht einen energischen, aber fast aussichtslosen Kampf; da die Regierung fast ausschließlich mit Notverordnungen arbeiten mußte, setzte er sich vieler Kritik und Mißverständnissen aus. Für ihn waren jedoch die Notverordnungen keine Aushöhlung parlamentarischer Regierungsformen, sondern aus der Not geborene Zwangsmaßnahmen, um überhaupt den demokratischen Staat und die Republik regieren und retten zu können. Auch in seiner Partei wuchs die Gegnerschaft.

### *Nach dem Zweiten Weltkrieg*

Auf der Höhe seines Lebens stehend, schied Dietrich 1933 aus der politischen Tätigkeit aus. Er arbeitete als Rechtsanwalt und zog sich oft in den Schwarzwald, in sein Hofgut in Wildgutach bei St. Märgen, zurück. Nach dem Kriege war er als einer der leitenden deutschen Ernährungspolitiker, zunächst für die französische, dann für die amerikanische Zone und im Länderrat tätig. 1946 baten Dietrich und Schlange-Schöningen die Generäle Clay und Robertson, die Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland zu steigern und die Industrieproduktion wieder zu ermöglichen. Bald übernahm Dietrich die Leitung des bizonalen Ernährungsrates. Über seinen Vortrag bei Herbert Hoover berichtet Reinhold Maier: „Er hatte seinen großen Tag. In knappster Darstellung erstattete er in zwanzig Minuten ein Referat über die Lebensmittelsituation. Keine Sparte war darin vergessen. Selbst für die Deutschen . . . war dieser konzentrierte Vortrag eine unvergeßliche Repetitionsstunde der einschlägigen Wahrheiten. Präsident Hoover und seine Herren waren sichtlich beeindruckt“.

Im Herbst 1947 zog sich Dietrich aus der Öffentlichkeit zurück, er war noch Mitbegründer der FDP und als Rechtsanwalt tätig. Am 6. März 1954 starb er in Stuttgart; bei der Trauerfeier sprach auch Alt-Reichskanzler Heinrich Brüning Worte hoher Wertschätzung.

#### *Literatur*

- Adelheid v. Saldern, Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik. Boppard 1966. Schriftenreihe des Bundesarchivs 13.  
Hermann Dietrich, Johannes Beinert und Direktor Kapferer, in: Die Stadt Kehl. Straßburg 1912  
Friedrich Metz, Kehl und das Hanauerland in: Jahresheft der Badischen Heimat. Freiburg 1931  
Klaus Hornung, 700 Jahre Condominats- und Wappengeschichte der Stadt Kehl. Kehl 1973  
Emil Weber, Hermann Dietrich, in: Burschenschaftliche Blätter 77. Bad Nauheim, April 1962  
Mechler-Motz, Kehl am Rhein. Kehl 1956



*Rathaus der neuen Gesamtgemeinde 1910 bis 1921*

*Dieses zweistöckige Gebäude — ist von 1830 etwa bis 1868 dreistöckig gewesen — war als Schule und Kaserne verwendet worden. Hermann Dietrich wählte es 1910 als neues Rathaus, es lag an der Grenze von Dorf und Stadt, am „Kasernengraben“, der heutigen Großherzog-Friedrich-Straße. 1921 wurde es nach Plänen des Karlsruher Architekten und Weinbrenner-Biographen Valdenaire wieder dreistöckig, erhielt Bürgersaal, Säulenvorbau und eine Erweiterung nach Westen. Seither ist es Kehls Rathaus.*

## Die mittelalterliche Stadt Lahr im Spannungsfeld von Herrschaft und Familie

*Festvortrag, gehalten auf der Jahresversammlung  
am 21. Oktober 1979 in Lahr*

*Dr. Christoph Bühler*

Das Spannungsfeld von Herrschaft und Familie, das Thema des Vortrags, sei zunächst an einem Beispiel erläutert.

Im Jahre 1778 wurde *Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz* durch Erbfolge zugleich auch Kurfürst und Herzog von Bayern. Er verlegt zwar seine Residenz nach München (wodurch Mannheim seine Residenz verlor), aber er war zu sehr Pfälzer, als daß er Bayern als „sein“ Land ansehen konnte. Er griff daher auf einen Passus in verschiedenen bayrischen Hausverträgen zurück und unterbreitete seinen Zeitgenossen einen weitreichenden Plan.<sup>1</sup> Karl Theodor wollte Bayern an Habsburg-Österreich abtreten und erwartete dafür den habsburgischen Teil der Niederlande, d. h. das Gebiet des heutigen Belgien.

Die Argumente waren für Karl-Theodor einleuchtend: das abseits gelegene Bayern sollte gegen ein hochentwickeltes, reiches Belgien eingetauscht werden, das die pfälzischen Besitzungen an Ober- und Niederrhein, einschließlich der seit 150 Jahren pfälzisch besetzten Bistümer Münster und Köln vorzüglich abrundete. Der Protest gegen diesen Plan kam nicht allein von Preußen, das – nur zum Teil zu Recht – darin eine entscheidende Stärkung Österreichs sah, sondern vor allem auch von den bayrischen Landständen in München. Sie sahen ganz und gar nicht Bayern als „Eigentum“ Karl Theodors an, sondern sprachen ihm im Gegenteil das Recht ab, über „ihr“ Land zu verfügen. Sie vertraten die Auffassung, daß das Land als solches unveräußerlicher Besitz des Volkes – vertreten durch die Landstände – sei und dem jeweiligen Herrscher nur zur Verwaltung zu treuen Händen übergeben sei. Diese Diskussion über das Verhältnis von Familie und Herrschaft, die noch das ausgehende 18. Jahrhundert erfüllte, wird uns heute in einem früheren Rahmen beschäftigen. Ein Blick auf die historischen

---

1 K. O. v. Aretin, Heiliges Römisches Reich S. 114 ff.

Karten zeigt uns übrigens, daß aus dem Plan Karl Theodors nichts geworden ist.

Ein anderes Beispiel bietet das *Herzogtum Württemberg*, wo es bereits 1495 möglich erscheint, das Land ohne regierenden Herzog durch einen Regierungsausschuß regieren zu lassen. Hier zeigen sich die Möglichkeiten, sich vom Begriff der mittelalterlichen Adelsherrschaft zu entfernen, die in der Person des Regenten, sei es Edelknecht oder König, verkörpert war.

Ein Spannungsfeld zwischen Familie und Herrschaft entstand in unseren Beispielen, weil Familieninteressen nicht mit den objektivierten Herrschaftsinteressen zusammenfielen. In Württemberg und in Bayern fanden wir die Herrschaftsinteressen formuliert in der Aufgabe bzw. im Protest der Landstände – wo aber finden wir einen Ersatz für die unausgesprochenen Herrschaftsinteressen der Geroldsecker? Wir müssen uns hier Schritt für Schritt an die Stellung der *Stadt Lahr* herantasten, die eine Schlüsselposition innerhalb dieser Herrschaftsinteressen einnimmt.

Die Siedlung und spätere Stadt Lahr hat sich im Schutz der staufisch-geroldseckischen Tiefburg entwickelt und hat in ihr ihre Voraussetzung. Das wissen wir seit langem.<sup>2</sup> Die ältere Generation der Lahrer Stadtgeschichtsschreibung, vor allem Winfried Knausenberger, war noch davon ausgegangen, daß der Straßburger Bischof und der Markgraf von Baden in Lahr die beherrschenden Kräfte gewesen seien.<sup>3</sup> Für diese beiden findet sich jedoch kein Beleg. Außerdem benötigt jede irgendwie ausgeübte Macht Grundbesitz oder Vogteirechte als dingliche Basis. Weder das eine noch das andere ist nachweisbar. Das Bild, das wir statt dessen von der Lahrer Niederung entwerfen können, enthält für das 13. Jahrhundert bereits so viele alte Strukturen, daß wir es getrost auch als Bild für die vergangenen, d. h. das 11. und 12. Jahrhundert annehmen können.

Anhand des Bürgerbuches von 1356 und verwandter Quellen können wir das frühe Lare als einen rein herrschaftlichen Weiler erkennen, d. h. als eine Ansammlung von 7 – 8 Großgrundherrschaften, die ihre Höfe zumeist im Bereich der späteren Stadt haben. Den Löwenanteil von 4 Höfen besitzen die Geroldsecker: Vorderer und Hinterer Meierhof,<sup>4</sup> der spätere Werdenberger Hof hinter der Stadt<sup>5</sup> und das Hofgut, auf dem 1259

---

2 zuletzt K. List/Ph. Brucker, *Wasserburg Lahr*, 1977

3 W. Knausenberger, *Lare* S. 17; ders., *Burgheim* S. 79 ff. u. 67.

4 W. Knausenberger, *Lare*, passim.

5 1398, November 5 verkauft Graf Eberhard von Werdenberg seinen Hof zu Lahr, gen. der hintere Hof, gelegen vor der Stadt *hinter der Burg*, für 370 fl. an seinen Onkel Heinrich von Geroldseck. Kopie 16. Jh. GLA 67/697 f. 123–124.

das Kloster gegründet wird.<sup>6</sup> Der Stadthof des Klosters Schuttern kann in der Ausdehnung von 1356 nur das Zentrum einer frühen klösterlichen Grundherrschaft gewesen sein, was ja auch bei dem engen Verhältnis Geroldsecker – Schuttern im 12. Jahrhundert nahe liegt. Die Höfe links und rechts des alten Wehrturmes gehören z. T. ehemaligen Zähringer Ministerialen, den Schenken von Burgheim<sup>7</sup> und den Walpoten. Keinen von ihnen können wir als Herrn des Wehrturmes wiedererkennen.

Möglicherweise hat auch noch das ehem. Kloster Honau ein Besitzrecht an einer Scheune in der Stadt<sup>8</sup>, was als Anzeichen einer alten Grundherrschaft gelten dürfte. Unser 1215 genannter Heinrich von Lahr gehört gleichfalls zu dieser Gruppe der alten Gutsherren, sein Besitz liegt vor allem am späteren Friesentor, möglicherweise lag dort auch sein Hofgut. Ihn können wir möglicherweise als Angehörigen der niederadligen Familie der Winande wiedererkennen, die wir in Lahr bis ins ausgehende 14. Jahrhundert verfolgen können.<sup>9</sup> Es bleibt noch Heinrich de Larga zu erwähnen, um den sich die Forschung seit hundert Jahren streitet.<sup>10</sup> Möglicherweise tritt er 1179, vielleicht sogar schon 1169 als erster Träger des Namens Lahr auf. Er ist vielleicht dem alten Wehrturm zuzuordnen, der zuerst wohl aus Holz, um die Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert dann aus Stein errichtet wurde und mit Wirtschaftsgebäuden umgeben war. Auch das Vorhandensein von 3 Mühlen, Klostermühle, Stadtmühle und Tiergartenmühle, zeigt eine intensive Bewirtschaftung der Niederung wohl bereits in früherer Zeit.

Angesichts dieser Lage müssen wir ein Problem, das seinerzeit W. Knausenberger aufgeworfen hatte, neu formulieren. Er hatte 1964 in seinem Aufsatz über Burgheim gefragt:

„Was sagt die Burgheimer Kirche zu dem Eindringen des neuen Herrn in ihren Sprengel?“ und später: „War nicht der Herr der Burgheimer Kirche der heftigste Feind Walthers von Geroldseck?“<sup>11</sup> Aufgrund der eben dargestellten Sachlage müssen wir zunächst einmal feststellen, daß hier weder ein neuer Herr eindrang, noch Anlaß zu irgendwelchen Feindschaften bestand. Geroldsecker und Burgheimer Lehnsleute der Zähringer lebten in Lahr und in Kuhbach jahrhundertlang einträchtig nebeneinander. Das manifestierte sich nach 1218 darin, daß die Vorburg

---

6 Zinsbuch der Hugsweierer Pfarrkirche von 1354, GLA 65/3915.

7 W. Knausenberger, *Niederadel* S. 78/79; in der Schrift „Lare“ ist die Identifikation noch nicht deutlich geworden.

8 Bürgerbuch 1356: die Scheune Claus Bohlsbachs gehörte früher der/denen von Rheinau. Möglicherweise sind mit diesen (wenn Plural) die Mönche von Rheinau, dem Nachfolgerkloster von Honau, gemeint.

9 1251, September 22/Oktobre 15: Heinrich von Spitzenbach, Sohn Winands. (GLA 24/44). Jacob, gen. Winand, Bürger in Lahr, wird 1294 (GLA 29/43), u. 1305 (GLA 33/35) genannt, er ist 1323 tot (GLA 33/29) u. hinterläßt 4 Töchter, von denen Katharina, Hansmanns Frau, im Bürgerbuch genannt wird.

10 Kindler v. Knobloch, *Oberbad. Geschlechterbuch* 2, S. 464.

11 Knausenberger, *Burgheim* S. 68 und 69.

der Geroldsecker-Anlage nicht nur den Hof der Walpoten, sondern auch den der Schenken von Burgheim einschloß. Die Geroldsecker würden sich gehütet haben, sich solch ein faules Ei ins Nest zu setzen. Weiterhin galt der Angriff der Grafen von Freiburg 1250 nicht Lahr, sondern höchstwahrscheinlich Landeck<sup>12</sup> und läßt die Angelegenheit als eine Breisgauer Kleinfehde erscheinen. Von ihr kennen wir nicht einmal den genauen Hergang.

Wenden wir uns jetzt den *Herrschaftsinteressen der Geroldsecker* zu. Nach mittelalterlichen Vorstellungen kristallisiert und manifestiert sich eine Herrschaft in der Burg, die Burg repräsentiert sie. Schon deshalb ist die Burg und die Erhaltung ihrer Wehrfähigkeit für die Herrschaft ein notwendiges Faktum. Dadurch wird aber auch alles, was im Umfeld der Burg vor sich geht, in das direkte Interesse der Geroldsecker an der Herrschaft gerückt. Im Schutz der Vorburg entwickelte sich im nächsten halben Jahrhundert eine Siedlung von wenigen Häusern, überwiegend wohl von Leuten bewohnt, die zu einer der benachbarten Grundherrschaften gehörten. Bei der Gründung des Klosters 1259 überwiegt noch der Charakter des Ortes als Festung<sup>13</sup>, 1267 wird erstmals ein „Lahrer Bann“ genannt<sup>14</sup>, eine Genossenschaft von Bauern also außerhalb der herrschaftlichen Bauhofbezirke. Städtepolitik war im 13. Jahrhundert nur zum Teil Wirtschaftspolitik, zum größten Teil waren Städte Macht- und Prestigeobjekte. Im 12. Jahrhundert hatten hier die Zähringer als Vorbilder gewirkt, indem sie mit ihren Gründungen Freiburg, Offenburg und Villingen ihre Herrschaft im nördlichen Teil ihres Herzogtums sicherten und durch Städte den Kranz ihrer Dienst- und Lehnsmanneburgen ergänzten. Die Unternehmung vom Spätjahr 1246 brachte den Geroldseckern mit den ehemals staufischen Städten Mahlberg, Zell a. H. und Haslach einen erheblichen Zuwachs an Macht<sup>15</sup>.

Im Lauf der Zeit änderte sich diese Situation jedoch schnell wieder: Haslach dürfte sehr bald wieder an die Grafen von Fürstenberg verloren gegangen sein, Zell geht nach 1273 an König Rudolf verloren und gewinnt den Status einer Reichsstadt zurück. Vergeblich blieb der Vorstoß der Geroldsecker 1265, als sie Zell als Lehen kaufen wollten<sup>16</sup>. Dadurch wurde auch die Geroldseckerstadt Prinzbach, die ohnehin zu einseitig vom Silbererz abhängig und zu sehr finanzpolitisch ausgerichtet war, in eine äußerst ungünstige Randlage gebracht. Demnach stand also um 1275 für die Geroldsecker kein Marktort in Mittelpunktslage mehr zur Verfügung, der die drei Bedingungen Markt in Mittelpunktslage – Ver-

12 St. Georgener Annalen, ZGO NF 33 (1918): „in castro suo La ... seu Ma ...“.

13 „area iuxta munitionem nostram“ 1259, November 30, Kopie 16. Jh. GLA 67/697 f. 1; Reinhard, Urkunde 2, Regesten der Bischöfe von Straßburg 2 n. 1593.38.

14 Kop. 17. Jh. GLA 67/697 f. 2; Reinhard, Urkunde 3.

15 siehe meine Ausführungen im Geroldsecker Land 15 (1973) S. 95 f.

16 ZGO NF 77 (1968) S. 29.

teidigungszentrum – Prestigeobjekt erfüllt hätte und sich in fernerer Zeit noch hätte ausbauen lassen.

Die Lage Lahrs am Rand des Herrschaftsgebietes änderte sich, als im Frühjahr 1278 das Tiersberger Erbe mit der Klostervogtei Schuttern an das Gesamthaus Geroldseck zurückfiel. Lahr war somit ins Zentrum der Herrschaft gerückt, die noch ein halbes Jahrhundert nach der Teilung von 1277 als ideelle Gesamtherrschaft weiterbestand<sup>17</sup>. Insoweit laufen noch die Interessen von Herrschaft und Familie nebeneinander her und kollidieren nicht miteinander. Am Ende des 13. Jahrhunderts teilen sich zwei Geroldsecker Familien in die Herrschaft und geraten in Konflikt miteinander.

Die Situation ist folgende: Von den beiden Söhnen des Landvogtes Hermann, Heinrich und Walther, hat Heinrich keine Kinder, Walther dagegen zwei Erben.

Heinrich sieht, daß sein Anteil nach seinem Tod an seine Neffen übergehen wird. Er gönnt diesen offensichtlich den Zuwachs nicht und verkauft große Stücke seines Erbteils, darunter die Burg Landeck mit der Hälfte der Stadt an die Freiburger Johanniter.

Die öffentliche Meinung jener Zeit gibt übrigens Walther recht, als er sich durch die Gefangennahme von 4 Johanniterkomturen zur Wehr setzt<sup>18</sup>. Zwar kann er dadurch den Verkaufspreis auf etwa das Doppelte hochtreiben<sup>19</sup>, das Verkaufsgeschäft aber ist getan – in Widerspruch zu einer Vereinbarung zwischen den Brüdern, wonach Heinrich Landeck erst verkaufen durfte, wenn er es zuvor seinem Bruder angeboten habe<sup>20</sup>. Die Familieninteressen Heinrichs zielten auf eine persönliche Bereicherung, sei es auch nur, um für sein Seelenheil zu sorgen. Die Herrschaftsinteressen Walthers zielten auf eine möglichst lang bewahrte Integrität der Herrschaft – allerdings, das sei zugegeben, vielleicht nur aus egoistischen Motiven. Noch zweimal sehen wir diese Herrschaftsinteressen in nächster Zukunft zum Zug kommen: Der dritte Sohn des Landvogts Hermann und dessen Neffe, beide wieder mit Namen Hermann, beide Domkanoniker in Straßburg, stellen Ansprüche auf einen Anteil an der Lahrer Herrschaft. Familieninteresse im mittelalterlichen Sinn hätte bedeutet, daß jedem, ob Sohn oder Tochter, ob geistlich oder weltlich, genau der gleiche Anteil an der Herrschaft zusteht. Dieser Grundsatz aber wurde durch die Verträge von 1303 und 1314 außer Acht gelassen bzw. revidiert<sup>21</sup>. Der ältere Hermann erhält noch eine Abfindung in Grundbesitz, aber auch nur auf Lebenszeit. Sein Neffe erhält dagegen nur

17 siehe meinen Aufsatz zur Familiengeschichte in der Festschrift Seelbach S. 35 ff.

18 Ruppert, Mortenau S. 84 nach den *Annales Colmarienses Miores* MG SS 17 S. 277.

19 Quittungen von 1303 (ohne Tag), 1303, Juli 23 und 1304, März 28 im Départementalarchiv Straßburg H 1369 (4), H 1369 (3) und H 1369 (5); RG'eck n. 202, 207 und die (Klostervogtei).

20 1299, November 13: Reinhard, Urkunde 7, RMBad 1 n.h 109, RG'eck n. 174.

21 siehe Anm. 17, dort S. 35/49.

noch eine Geldrente. Beide aber verzichten auf alle Ansprüche auf das gesamte Erbe – und daß sie hier auf das Erbe an der Gesamtherrschaft Geroldseck verzichten, zeigt die immer noch vorhandene ideelle Einheit. Wir haben hier ein neues Rechtsbewußtsein, das sich vom Bewußtsein in der Herrschaft Hohengeroldseck grundlegend unterscheidet – man möchte fast sagen, so unterscheidet, wie sich neuzeitliches Recht von mittelalterlichem Recht nur unterscheiden kann. Durch kluge Politik wird hier auf Jahrzehnte hinaus jede Erbteilung vermieden, der Präzedenzfall von 1314 dürfte die ideelle Basis für alle weiteren Abmachungen gebildet haben. Worüber sich allerdings niemand hinwegsetzen konnte und was große Löcher in die Herrschaft riß, waren die Erbansprüche der Töchter, an denen kein Weg vorbei führte. Doch auch diese Ansprüche konnten auf Randgebiete beschränkt werden, ohne daß der Kern der Herrschaft mit der Stadt Lahr angegriffen wurde.

Wir dürfen annehmen, daß diese Gedanken nicht allein im trauten Kreis der Geroldseckerfamilie entstanden sind. Damit kommen wir nach der Betrachtung von Familie und Herrschaft zum Kristallisationspunkt der beiden, der Stadt Lahr. Die Interessen der Familie, die meist sehr egoistischer Natur waren, lagen zunächst einmal auf finanziellem Gebiet: Die Stadtbürger ließen sich ihre Freiheiten einiges kosten, die Freiheiten lockten neue Steuerzahler an; die Bürger nahmen dazu noch dem Stadtherren weitgehend die Verteidigungslasten ab, indem sie es als Privileg betrachteten, für den Mauerbau selbst sorgen zu müssen. Eine reiche Stadt war dazu natürlich für den Stadtherrn ein Prestigeobjekt. Die Interessen der Herrschaft decken sich mit denen der Stadt selbst insofern, als die Integrität der Herrschaft mehr und mehr zur Voraussetzung für die gesunde Entwicklung der Stadt wird. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang, daß der Seelbacher Konkurrenzmarkt ja erst gegründet wurde, als Lahr definitiv Ausland war.

In Städten wie Freiburg, Straßburg oder Lübeck haben wir ein Patriziat aus Vertretern der Großkaufmannschaft, die sich gildenförmig zusammenschließen und als *coniuratio*, als Eidgenossenschaft dem Stadtherrn gegenübertraten. Diesem Patriziat stellen sich weiterhin die Handwerkerzünfte und der in der Stadt ansässige Niederadel entgegen, später zur Seite.

So besteht nach 1293 der 42-köpfige Rat der Stadt Freiburg aus je 12 Mitgliedern der Ritterschaft und der Kaufleuteschaft und aus 18 Mitgliedern der Zünfte. In Straßburg haben dagegen nach 1332 die Ritter mit 8 von 50 Sitzen prozentual weniger Einfluß, die Kaufleute und Handwerker mehr als in Freiburg<sup>22</sup>. Für Lahr liegen die Verhältnisse schwieriger, da wir hier weder eine in Zünften organisierte Handwerker-

---

<sup>22</sup> Sprandel, Verfassung und Gesellschaft S. 227



schaft noch eine Gilde von Großkaufleuten haben, die, was kommunale Selbstverwaltung betrifft, genossenschaftlich organisiert dem Stadtherrn hätte gegenüber treten können. Die erste Zunft, die der Gerber und Schuhmacher, wird überhaupt erst 1497 genannt<sup>23</sup>, ein organisiertes Zunftwesen dürfte erst im Lauf des 17. Jahrhunderts unter dem Einfluß der Herrschaft entstanden sein. Im 18. Jahrhundert dann finden wir in der Handelszunft eine Gilde von Großkaufleuten, die das Bild der Stadt Lahr entscheidend geprägt haben und die vom sogenannten Lahrer Prozeß vor dem Reichskammergericht gegen die Herrschaft bis zur Sympathie mit dem progressiven Bürgertum der französischen Revolution der Herrschaft manche harte Nuß zu knacken gaben. In Ermangelung einer solchen einheitlichen Gruppe im 14. Jahrhundert müssen wir uns den verschiedenen Personen zuwenden, die ihre Interessen in der Stadt sehen und diese auch – einzeln oder gemeinsam – gegenüber der Herrschaft vertreten können.

Da ist zunächst einmal *der Vogt der Stadt*. Sein Amt ist älter als die Stadt, bereits 1277 wird dieses Amt erstmals genannt<sup>24</sup>. Über die frühen Inhaber dieses Amtes können wir leider nichts sagen, es scheinen durchweg Mitglieder der geroldseckischen nicht-adligen Dienstmannschaft gewesen zu sein. Die Stellung des Vogtes als herrschaftlicher Beamter verbietet es geradezu, daß er das Bürgerrecht der Stadt besitzt. Alle Vögte aber wohnen nicht in der Burg, sondern in der Stadt und kennen dadurch die Verhältnisse aus eigener Anschauung. Auch Kunz Winterbach von Schauenburg, der 1356 amtierende Vogt, hat ein eigenes Haus an exponierter Stelle der Stadt – am Sonnenplatz, gegenüber dem Herrenhofkomplex<sup>25</sup>. Von einigem Interesse ist die Stellung des Schultheißen, gleichfalls herrschaftlicher Beamter und für die Niedergerichtsbarkeit zuständig. Als solcher war er wohl reiner „Bürgerrichter“, während der Vogt, wie 1332 geschehen, durchaus auch für den Stadtherrn selbst an dessen Stelle Zivilrichter sein konnte<sup>26</sup>. Die Stellung des Schultheißen ist nicht so ausschließlich herrschaftlich geprägt, daß sich Bürgerrecht und Amt gegenseitig ausschließen. So wissen wir von einem Herrn namens Konrad der Lotter, daß er zwischen 1301 und 1322 mehrfach Mitglied des Rates und 1314 herrschaftlicher Schultheiß war<sup>27</sup>. In den Bürgerlisten des 18. Jahrhunderts schließlich nimmt der Schultheiß als Bürger der Stadt den ersten Platz vor dem Bürgermeister und den Räten ein<sup>28</sup>.

---

23 Stadtarchiv Lahr U III e 2

24 Teilungsbrief von 1277, Reinhard, Urkunde 5; RG'eck n. 108.

25 W. Knausenberger, Lare S. 32.

26 1332, Juli 20: Walther von Geroldseck, Herr von Lahr, beurkundet, daß er vor Gericht, als sein Vogt Isinhart von Lahr zu Gericht saß, ... Rappoltsteinisches Urkundenbuch 3 n. 1180.

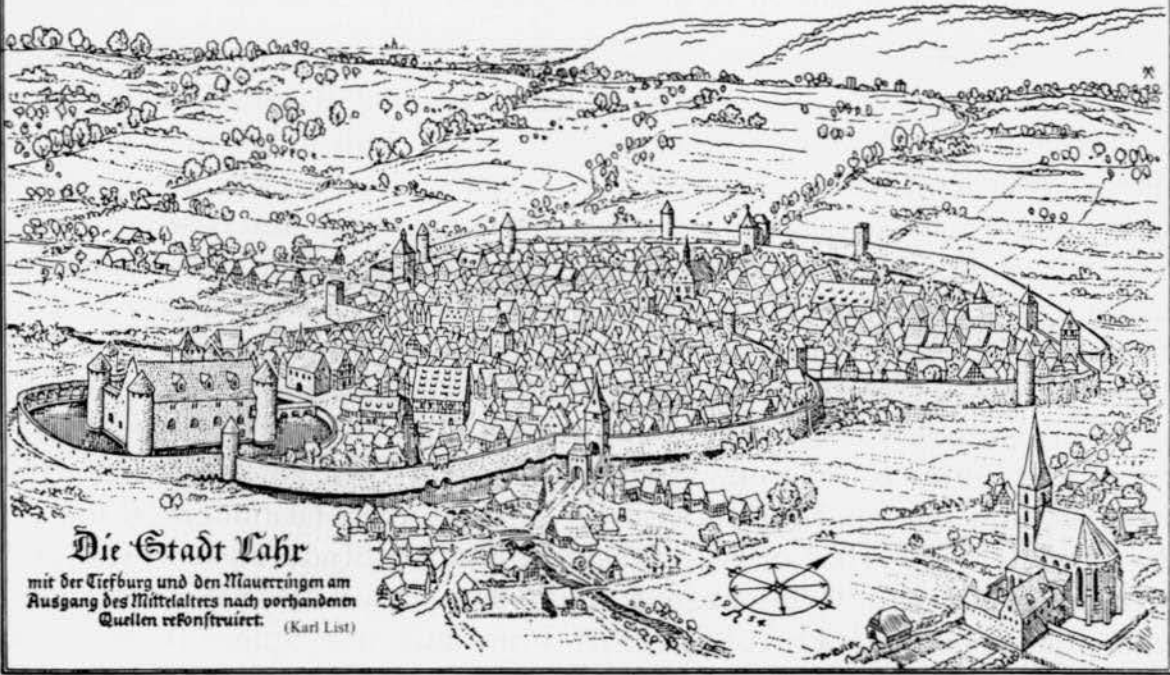
27 GLA 24/27 (1314, August 23).

28 Vgl. Ch. Bühler, Dokumente zur Lahrer Stadtgeschichte.

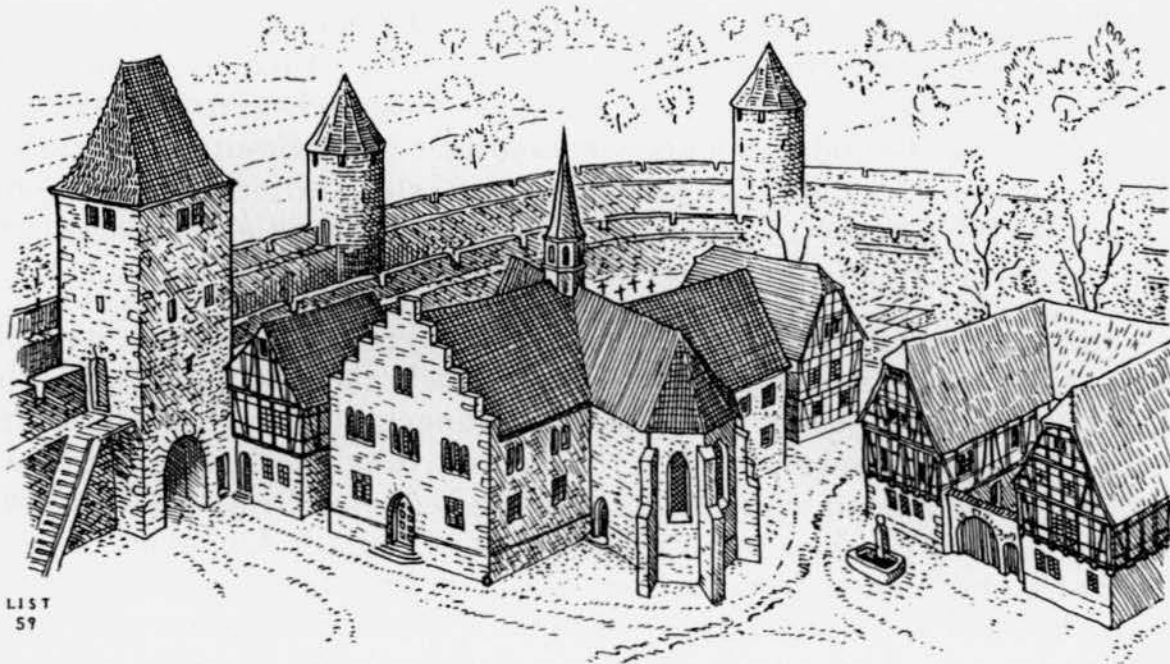
Da ist weiter *der Rat der Stadt*, das Organ der städtischen Selbstverwaltung, bestehend aus den vier Geschworenen, denen der Bürgermeister angehört. Ihre Rolle wurde 1278 durch das Stadtprivileg geschaffen, während Vogt und Schultheiß schon vorher Beamte für die dörfliche Siedlung waren. Es waren wohl meist Handwerker und weniger Bauern, die die Selbstverwaltung in die Hand nahmen, und wir kennen nur die Namen von einigen von ihnen, nicht aber Beruf und Herkunft. Dieser Rat nun vertrat selbstverständlich zuerst einmal die wirtschaftlichen Interessen der Stadt, die für ihn im Bereich des Absatzmarktes, der Zoll- und Steuerbelastung, der Zuzugsfreiheit und der Stadtentwicklung lagen. Nicht zuletzt im Interesse der Stadt, verkörpert durch diesen Rat, lag die Erhaltung der Privilegien, 1377 auch deren Wiederbeschaffung, die sich die Stadt einiges kosten ließ. In Fragen des Verhältnisses zwischen Herrschaft und Stadt berät sicher auch der Prior des Augustinerklosters den Stadtherrn. Sein Spital wurde bald nach seiner Gründung in die Stadt hinein verlegt. Das ist ein sehr bedeutungsvoller Vorgang, der das Spital aus einer allgemeinen Wohltätigkeit hinein in eine spezifisch städtische Wohlfahrtseinrichtung wandelte. Er zeigt uns, daß auch im Lahr des frühen 14. Jahrhunderts Bevölkerungskreise vorhanden waren, die zu arm waren, um sich in Notzeiten selbst helfen zu können. Wir treffen diese städtischen Unterschichten wieder am Ende des 18. Jahrhunderts in den Listen der städtischen Wohlfahrtsempfänger.

War der Prior also innerhalb der Stadt engagiert, so hatte er doch nicht das Bürgerrecht in der Stadt. Der Grund dafür könnte in einer Zuordnung zum Geroldsecker-Hof liegen; der Prior hätte sich demnach in Notzeiten in die Burg zurückziehen können und war so nicht auf die Stadt angewiesen. Bürgerrecht in Lahr, wenn auch nur als Ausbürger hatten Abt Wilhelm von Schuttern und Reinbold von Windeck, der Kirchherr der Brigidenkirche von Niederschopfheim. Anders als der Windecker gehörte der Schutterner Abt nicht zu den ersten, die sich ins Bürgerbuch eintragen ließen. Man kann daraus schließen, daß es für die Schutterner Äbte keine Selbstverständlichkeit war, Ausbürger einer Kleinstadt wie Lahr zu sein. Aber schon für einen Konrad Walpoto, Kirchherr von Wagenstadt, war das Ausbürgerrecht von Straßburg angemessener als das von Lahr. Auch der Pfarrherr der Stadtkirche, ein Mitglied der Burgheimer Schenkenfamilie, war kein Bürger der Stadt, obwohl seine beiden Verwandten Heinrich und Walther sich derartig in die Stadtgemeinschaft integrierten. Wer aber seine Verbundenheit mit der Stadt zeigt, ist der Pfaff Werner des Bürgerbuches von 1356, in dem wir wohl den Burgheimer Leutpriester, den ständigen Vertreter des Kirchherrn im Gottesdienst sehen dürfen. Auch er verfügt über ein nicht unbeträchtliches Anwesen im Bereich der alten Vorburg, über dessen Eigentumsverhältnisse wir gerne mehr wüßten. Sein 1403 genannter Amtsnachfolger

Lahr  1620



**Die Stadt Lahr**  
mit der Tiefburg und den Mauerringen am  
Ausgang des Mittelalters nach vorhandenen  
Quellen rekonstruiert. (Karl List)



LIST  
59

*Gotische Kapelle im Spital am Dinglinger Tor mit Storkbrunnen, Wirtschaftshof und doppelter Ringmauer im Hintergrund (um 1500)*

wohnt dann an anderer Stelle der Stadt<sup>29</sup>. Der Pfarrer ist ein Mann von Bildung – er kann zumindest so viel Latein, daß er die Messe lesen kann, das aber rückt ihn in den Kreis der Gesprächspartner des Stadtherrn.

Es bliebe noch die Rolle des *Niederadels* in der Stadt zu beleuchten. Vom Deutschen Reich im 18. Jahrhundert wird gesagt, daß seine Einzelstaaten sich nur in einer friedlichen Umgebung halten können, d. h., daß der größte Teil von ihnen einer kriegerischen Auseinandersetzung überhaupt nicht gewachsen war. Das gilt genauso für den Niederadel des Spätmittelalters, zumal er mit seinen Naturaleinkünften mit am meisten unter dem Verfall der Agrarpreise zu leiden hatte. Niederadliger zu sein, bedeutete am allerwenigsten, in Krieg und Fehde mit dem Nachbarn zu leben oder den Umfang einer Herrschaft zu vergrößern, sondern es hieß, auf Burgen zu leben, die man nicht mehr in Stand halten konnte und sich im Dienst eines Reichereren, Mächtigeren sein Brot zu verdienen. Hier aber kommt der spätmittelalterlichen Stadt eine besondere Rolle zu. Niederadlige erwerben oft das Bürgerrecht einer Stadt, unterwerfen sich so den Regeln einer Gemeinschaft und gelangen auf diese Weise zu einer gemeinsam getragenen Adelskultur innerhalb der Stadt. Diese wirkt dann natürlich auf die Stadtkultur zurück. Das aufstrebende Bürgertum großer Städte wird darüber hinaus für den Adel attraktiv, sei es als Heirats-, sei es als Geschäftspartner, und so finden wir bald ein landadliges Bürgertum, z. B. die Klobelauch von Straßburg oder die Sneweli von Freiburg. Lahr kann insofern als Handwerkerstadt keine solche integrierende Funktion wahrnehmen. Dennoch finden wir mehrere Geschlechter des Niederadels in Lahr ansässig. Auch sie dürften für den Geroldsecker Stadtherrn wesentliche Gesprächspartner gewesen sein. Einer der Gründe, sich als Niederadliger in die Stadt zurückzuziehen, war natürlich die Eingliederung in die Selbstverteidigungsgemeinschaft des Bürgertums. Aus den anderen Gründen, wie sie eben dargelegt wurden, können wir seine Interessen bezüglich der Stadt entwickeln.

Politisch gesehen lag ihm an einer ruhigen Entwicklung, da bei kriegerischen Ereignissen, sei es mit der Stadt als Beteiligtem oder als Leidtragendem, in jedem Fall seine Besitzungen außerhalb der Stadt in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dies traf ihn in seiner Existenzgrundlage, da er weiterhin von seinen Einkünften aus Grundbesitz lebte. Wirtschaftlich gesehen war die Stadt für ihn erster Abnehmer seiner landwirtschaftlichen Überschüsse. Das gilt übrigens für jeden Großgrundbesitzer der Umgebung, sei es Lahrer Prior, Schutterner Abt oder Burgheimer Bannherr. In der Stadt wurden die Preise gemacht, und nur wirtschaftlich gesunde Abnehmer des Angebots konnten ein hohes Preisniveau halten. Über diesen Kreis der Stadtbürger hat Winfried

---

29 Stadtarchiv Lahr U I 1 (1403, Februar 6).

Knausenberger 1965 in seinem Aufsatz „Der Lahrer Niederadel im 14. Jahrhundert“ bereits sehr viel Material vorgelegt. Ich kann mich daher an dieser Stelle darauf beschränken, die Namen der wichtigsten Vertreter dieser Gruppe zu nennen. Allen voran stehen die beiden Schenken von Burgheim, Heinrich und Walther, dazu gehören aber auch Leute wie Brun von Diersberg, der Angehörige eines alten geroldseckischen Ministerialengeschlechts, Johannes von Schuttertal, Kuntz Rumeler von Entzberg oder Hesse von Gemar, der später auch einen Teil des Burgheimer Lehens von den badischen Markgrafen innehat. Diesen Kreis müssen wir wieder erweitern durch die Niederadligen, die in Lahr wohnen, aber kein Bürgerrecht haben, so die Sterne von Oberweier, Rudolf von Brunnbach oder die Walpoten, deren Lahrer Familienzweig allerdings zur Zeit des Bürgerbuches bereits erloschen sein dürfte. Wir sehen also, daß die in der Stadt vertretenen Gruppen alle ähnlich gelagerte Interessen haben, die wirtschaftlich gesehen in einer ruhigen Entwicklung innerhalb einer intakten Herrschaft ihre Voraussetzung haben. Insofern unterschieden sich diese Interessen nicht von denen des Stadtherrn.

Worin es aber zu ernsthaften Konflikten kommen kann, ist das Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung. *Bürgerschaft* bedeutet ja per definitionem, daß Menschen sich zusammengeschlossen haben, um ihre eigenen Angelegenheiten kommunal selbst zu regeln. Hier aber zielen die Interessen in ganz verschiedene Richtungen: Will die Bürgerschaft eine möglichst weitgehende, ja totale Autonomie, so hat der Stadtherr stets das vitale Interesse, seinen Einfluß geltend zu machen. Dies kann sich in Aktionen wie der Schlacht von Hausbergen 1262 zwischen der Straßburger Bürgerschaft und ihrem bischöflichen Stadtherrn entladen und zum Status einer Freien Reichsstadt führen, die nur noch den König über sich anerkennt. Das kann aber auch so unproblematisch ablaufen wie in Lahr. Die Lahrer Bürgerschaft war ihrem Charakter als Ackerbürger- und Handwerkerschaft nach weit unpolitischer als etwa die Kaufmannschaft Freiburgs oder Straßburgs. Der Geroldsecker Stadtherr konnte so viel leichter seinen Einfluß wahren, zumal in der Stadt wohl das Bewußtsein tief verwurzelt war, es sei „seine“ Gründung. Das zeigt sich auch in den Formulierungen der ersten Privilegienbestätigungen. Es ist klar, daß hier nicht von grauer Vorzeit die Rede ist und von anonymen Amtsvorgängen, sondern von Vater und Großvater des Stadtherrn. Daß der Geroldsecker genau auf seine Interessen achtet, zeigt die Bestimmung im Stadtrecht, daß die Neuwahl von Räten seiner Zustimmung bedarf. Dennoch scheint das Verhältnis zwischen Stadt und Stadtherrn in geroldseckischer Zeit recht gut gewesen zu sein, auch wenn die Stadt ab und zu für die Geldbedürfnisse ihres Herrn aufkommen mußte. Das zeigt aber gerade, daß man auch in solchen Dingen genug Freiheit

voneinander besaß. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist die gönnerhafte Art, in der 1362 den Bürgern gestattet wird, die Verbrauchssteuer heraufzusetzen<sup>30</sup>. Kaum drei Jahre später tritt dann die Bürgerschaft dem Geroldsecker diese eben erst erhöhte Steuer ab, um dessen Geldbedarf zu decken<sup>31</sup>. Erst im 18. Jahrhundert wird mit dem Aufstieg der progressiv gestimmten Großkaufleute das Verhältnis zur Herrschaft schwieriger, hier entsteht eine neue Schicht, die das politische Leben der Stadt aktiv beeinflußt und prägt.

Das Thema lautete: Die Stadt Lahr im Spannungsfeld zwischen Familie und Herrschaft. Ich habe versucht, dieses Spannungsfeld aufzuzeigen und anzudeuten, welche Impulse von ihm für die Entwicklung der Stadt und des städtischen Lebens ausgingen oder sie hemmten. Der Begriff „Spannungsfeld“ ist dabei durchaus positiv zu sehen und nicht einseitig als Konfliktfeld. Gleichzeitig sollten die verschiedenen Gruppierungen inner- und außerhalb der Stadtgemeinde skizziert werden, die alle ihre bestimmten Interessen hatten und bei Gelegenheit auch verfolgten.

Zum Schluß sei noch einmal auf jenen Junitag des Jahres 1377 zurückgekommen, an dem die Stadt ihren Freiheitsbrief erhielt. Rein juristisch stellt er ja lediglich eine umfassende Privilegienbestätigung dar und enthält eigentlich nicht viel Neues. Für die Kommune aber stand er über Jahrhunderte hinweg am Beginn einer städtischen Privilegien-tradition, er wurde von da an von jedem neuen Regenten wörtlich bestätigt; 400 Jahre nach seiner Ausstellung wurde er durch teure juristische Gutachten kommentiert und geriet schließlich im sogenannten „Lahrer Prozeß“ am Reichskammergericht in Wetzlar, der sich über 40 Jahre hinzog, ins Kreuzfeuer.

Was aber diesen Brief so wichtig erscheinen läßt, ist die Geisteshaltung der Lahrer Bürger, die dazu zum Ausdruck kommt. Sie sahen ihre gewonnenen Freiheiten in Gefahr, ihre Bürgerfreiheit hing am seidenen Faden eines Menschenlebens: Sie hatten keine rechtsgültige Ausfertigung eines Stadtprivilegs mehr in ihrem Archiv. In dieser Situation feilschten sie nicht lange, es sieht auch nicht so aus, als ob einer sich gedrückt hätte, für die Freiheit Opfer zu bringen. Stellen Sie sich die Bürger vor, wie sie nacheinander ins Stadthaus kommen und ihren Beitrag abliefern, jeder nach seinem Vermögen – nehmen wie dieses Wort Vermögen ruhig wörtlich – bis die gewaltige Summe von 700 Pfund Straßburger Pfennigen beisammen war. Vorstellungen vom Wert dieser Summe sind schwer zu gewinnen: Die Lahrer hätten sich für diesen Preis über 120 Eisenbahnwaggons voll Weizen, jeden zu 30 t gerechnet, kaufen

---

30 Stadtarchiv Lahr U II 2, ZGO 21 S. 291/92.

31 erw. Ruppert S. 248; Kop. GLA 67/697 f. 36–37.

können, sie hätten sich auch ein paar Dörfer der Umgegend als Herrschaftsgebiet erwerben können, aber dem Bürgersinn war die Freiheit wichtiger.

Der Freiheitsbrief als juristisches Dokument hat heute für uns keine rechtliche Bedeutung mehr. Für uns aber bleibt er als Zeugnis des Bürgersinns, der Gemeinschaft aller Bürger, lebendig.

Quellen und Literatur:

- K. O. von Aretin, Heiliges Römisches Reich 1776 – 1806, Wiesbaden 1967.  
*Chr. Bühler*, Graf Gerold u. die frühe Geschichte der Herrschaft Geroldseck, in: Geroldsecker Land 15 (1973), S. 81 – 95.  
*Ch. Bühler*, Dokumente zur Lahrer Stadtgeschichte (Erscheint voraussichtlich 1980).  
*Chr. Bühler*, Zur Familiengeschichte der Geroldsecker, in: Seelbach im Schuttertal 1179 – 1979, S. 10 – 58.  
*W. Knausenberger*, Lare. Beiträge zur mittelalterlichen Geschichte von Lahr und Umgebung, Lahr 1954.  
*W. Knausenberger*, Burgheim, „das interessanteste Dorf der Mortenau“, in: Ortenau 44 (1964), S. 55 – 68.  
*W. Knausenberger*, Der Lahrer Niederadel im 14. Jahrhundert, in: Ortenau 45 (1965), S. 69 – 97.  
*J. Kindler von Knobloch*, Oberbadisches Geschlechterbuch Bd. 2. Karlsruhe 1902.  
*K. List u. Ph. Brucker*, Wasserburg Lahr. Eine Burg aus der Stauferzeit, Lahr 1977.  
RG'eck = Regesten der Herren von Geroldseck, bearb. von Chr. Bühler. Als Manuskript vervielfältigt, Heidelberg 1978/79.  
RMBad = Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg, bearb. von Richard Fester, Bd. 1. Innsbruck 1900.  
*Reinhard*, Pragmatische Geschichte des Hauses Geroldseck . . . , Frankfurt und Leipzig 1766. Beigebunden: Urkundenbuch.  
Regesten der Bischöfe von Straßburg. Bd. 1., hrg. von Paul Wentzke, 1908.  
*Ph. Ruppert*, Geschichte der Mortenau. I: Geschichte des Hauses und der Herrschaft Hohengeroldseck, Achern 1882.  
*R. Sprandel*, Verfassung und Gesellschaft im Mittelalter, Paderborn 1975.

# Ettenheim vor und nach der Stadtwerdung

*Hubert Kewitz*

## I. Zur älteren Geschichte Ettenheims

### 1. Literatur

In einem neuen Bild-Text-Buch über Ettenheim<sup>1</sup> sind in einer Bibliographie von W. Schwab Veröffentlichungen zur Ettenheimer Geschichte zusammengestellt. Es sind 88 Nummern, und man könnte die Liste leicht auf über hundert Titel erweitern. An Arbeiten über Einzelfragen ist also kein Mangel, doch existiert keine aus den Quellen gearbeitete Geschichte der Stadt. Ettenheim hat in Johann Baptist von Weiß (1820 – 1899) einen namhaften Historiker hervorgebracht, aber noch kein Historiker eine gute Geschichte Ettenheims.

Dabei wurde vor fast hundert Jahren ein vielversprechender Anfang gemacht, als Albert Kürzel, Pfarrer in Ettenheimmünster, einen Abriß der Geschichte Ettenheims verfaßte, den man seither aber leider nur immer wieder ausgeschrieben hat, obwohl schon Kürzel selbst damals mit seiner Arbeit keineswegs zufrieden war: „Vorstehende Beschreibung“, so teilte er uns mit, „möchte ich als ein verfrühtes Unternehmen ansehen, von welchem meine Feder zurückzuziehen ich mich öfters versucht fühlte.“<sup>2</sup> Besonders angesichts der spärlichen und eigenartigen älteren Quellen ist ihm solche Unsicherheit nachzufühlen.

Wer Ettenheimer Geschichte sagt, nennt den Namen von *Dr. Johann Baptist Ferdinand* (1880 – 1967): mit nicht nachlassendem, jahrzehntelangem Fleiß und, wie er einmal schreibt, „mit viel Liebe zur Sache, der geistigen Würze meiner alten Tage“ (Neue Miscellen 2, 1959, S. I), hat er weite Bereiche der Vergangenheit seiner Wahlheimat, besonders die Rohanzzeit, aufgehellert. Das Stadtarchiv verwahrt wohlgeordnet seinen Nachlaß. Ein sehr respektabler Nachfolger wurde Philipp Harden-Rauch. Aus den letzten Jahren sind zu nennen (die Beiträge erschienen z. T. in der „Ortenau“) die Namen von Dr. Dittler, Dr. Furtwängler, Bernd Klug, Dr. Kohler, Dr. Karl Friedrich Müller, Wolfgang Schwab und Bernd Sulzmann.

In der Auswertung der archivalischen *Quellen* ist die Ettenheimer Historiographie bisher kaum über den Kenntnisstand Kürzels von 1883 hinausgelangt. Die Straßburger Archive sind so gut wie gar nicht bearbeitet, und das reiche Material im Generallandesarchiv ist nur oberflächlich angeschürft. Es gibt also noch manches zu entdecken, und außerdem lohnt es sich immer, auch das Altbekannte von Zeit zu Zeit auf Schwachstellen abzuklopfen.

### 2. Schöpfung der Franken

Die südliche Grenze der Ettenheimer Mark, (beinahe) identisch mit der Südgrenze der Ortenau, ist zugleich Teil einer offenbar sehr alten

---

1 „Ettenheim. Geschichte einer Stadt in ihrer Landschaft“, hrsg. von der Stadt Ettenheim. Ettenheim 1978.

2 A. Kürzel, Die Stadt Ettenheim und ihre Umgebung. Lahr 1883, Vorrede.



Grenzlinie quer durch das Oberrheingebiet, die an manchen Spuren in Sprache, Besiedlung, Hausbau und Territorialgeschichte erkennbar ist. Es handelt sich nicht nur um die alte Bistumsgrenze von Konstanz gegenüber Straßburg, auch nicht nur um eine alte inneralemannische, vielleicht aus der Besiedlung zu erklärende Gaugrenze, die sich in der fränkischen Zeit verfestigt hat. Vielleicht liegt hier, wie Bruno Boesch vermutet (ZGO 113, 1965, S. 9f.), ein noch älterer Grenzriegel aus römischer und vorrömischer Zeit vor, der im Elsaß nachweisbar durch sämtliche vorzeitlichen Kulturen hindurchgehe.

An dieser Grenze gelegen, gewinnt der Ettenheimer Raum das historische Gesicht, das seine reiche Geschichte ausformte, in der merowingischen Zeit. Er ist, wie die Ortenau, das Vorland Straßburgs, überhaupt, eine Schöpfung der elsässischen Franken. Die Schicksale der südlichen Ortenau in den langen Jahrhunderten, die vorhergingen: in der Keltzeit, der Zeit der Helvetier-Wüste und nach der Zeitenwende in der römischen und alemannischen Zeit, verdienen genauer erforscht zu werden. Einiges Licht bringen vielleicht Funde der letzten Jahre, aus den verschiedensten Epochen, deren Auswertung noch aussteht.<sup>3</sup> Es fällt auf, daß die Ur- und Frühgeschichte für Ettenheim selbst wenig bietet, anders als im benachbarten Altdorf<sup>4</sup>. Dort, näher an der Straße, scheint in der römischen, aber auch noch in der frühen germanischen Zeit, das Zentrum der Ansiedlung gewesen zu sein. Ettenheim mag als Ort gute fünfhundert Jahre jünger sein. Es geht im 8. Jahrhundert hervor aus dem Plan, der Initiative eines einzelnen Mannes, aus einer Gründung, die eine lockere Vorbesiedlung zusammenfaßt zu dem, was fortan nach diesem Manne Eddo „Ettenheim“ genannt wird: Mark, Kloster und Ort Ettenheim. Aber noch lange hin wird es hier an der Mündung des Tals wenig mehr als einige Höfe gegeben haben, den Herrenhof des Bistums vor allem. Der Flurname „Im Saal“ (sal = Herrenhof) weist auf diesen Straßburger Hof hin, zu dem offenbar das Areal des späteren Amtshofs und das anschließende Gelände nach Westen hin gehörte. Der Hof ist die Keimzelle des Ortes Ettenheim, der dann in seiner so geplanten Lage im westlichen Mittelpunkt der Mark, immer in Straßburger Hand, zu dem relativ bedeutenden bischöflichen Markt sich auswuchs, der im 12./13. Jahrhundert zu fassen ist.<sup>5</sup>

3 Die Ortenauer Ur- und Frühgeschichte ist noch nicht verläßlich dargestellt. Eine kritische Aufarbeitung des stark angeschwollenen Materials (es scheinen auch einige Windeier im Gelege zu sein) ist ebenso notwendig wie schwierig. Eine nützliche Übersicht der Fundstellen bietet J. Naudascher (Ortenau 55, 1975 und 56, 1976).

4 Vgl. A. Geppert, in: Ortssippenbuch Altdorf. 1976, S. 16 – 24.

5 1218 übernimmt Friedrich II. aus dem Zähringererbe Mahlberg und baut es zum Markt aus, wobei er das ältere Ettenheimer Marktrecht auf Mahlberg überträgt. Auf den Einspruch des Straßburger Bischofs hin wird in Vergleichsverhandlungen 1221, 1223 und 1236 der Markt zu Ettenheim (neben Mahlberg) bestätigt. (Acta imperii inedita I Nr. 603; Huillard-Breholles II,2, S. 757 u. 817.) Vgl. auch F. X. Vollmer, Mahlberg im Stauferstaat, in: Geroldsecker Land 20 (1978).

### 3. Eddo

„Straßburg“ heißt das erste Wort in der Geschichte Ettenheims; tausend Jahre lang hat das Bistum sie bestimmt. Gleich danach ist aber Ettenheimmünster zu nennen; das Kloster war genauso lange da, zuerst eindeutig dem Hochstift untergeordnet und erst später in Konkurrenz, ja in offener Gegnerschaft zu ihm. Ettenheim hat immer gewußt, welchem der beiden Herren es zu dienen hatte: das Verhältnis zum Bischof, dem Landesherren, war daher meistens passabel, das zum Abt war immer schlecht. Im Namen der Stadt ist der Name des bedeutenden Straßburger Bischofs, des Pirmin-Schülers Eddo (734 – nach 760) enthalten, der wiederum als der zweite, eher der eigentliche Gründer des Klosters gilt. Er ist der Urheber der geschichtlichen Einheit von Kloster und Ort, wie ihn bis heute mit Recht, in überlebensgroßer barocker Präsenz, die Fassade des Rathauses vorweist. Der Name des Klosters ist im 9. Jahrhundert, zwei oder drei Konvent-Generationen nach der Gründung, überliefert als „Ettenheim“, „Kloster Ettenheim“: „monasterium, quod Ethenheim nominatur“ heißt es 824 im Gedenkbuch der Reichenau.<sup>6</sup> Ähnlich die oft genannte Notiz Hermanns des Lahmen zum Jahr 734, über Bischof Eto, der nicht lange danach „ein Kloster seines Namens“, „sui nominis, id est Ethenheim, coenobium“ gegründet habe (MG SS V 98). Den Namen muß es aber schon gegeben haben, es ist ja der Name eines Ortes, der also zeitlich vorhergeht. Hermanns Hinweis, das Kloster sei nach dem Bischof benannt, ist glaubwürdig; dann muß aber auch der Ort nach ihm heißen. Und das bedeutet wieder, daß auch der Name und der Ort selbst nicht viel älter sind als das Kloster. (Eine Benennung nach dem Grundherrn oder Initiator einer Siedlung war damals noch üblich und möglich. Da ist die Annahme, daß die viel ältere, im späteren Altdorf gelegene Siedlung *zufällig* ebenfalls Ettenheim hieß,<sup>7</sup> weniger wahrscheinlich.) Es gibt keine gewichtige Überlieferung, nach der das Kloster ursprünglich am Ort Ettenheim selbst gestanden habe. Es muß sich der Klostername allgemeiner auf die *Mark* Ettenheim beziehen. Unter „Ettenheim“ ist in der frühen Zeit also im engeren Sinne der in der Nähe der seitdem „Altdorf“ genannten Siedlung durch Eddo angelegte Ort (Hof, Hofgruppe), im weiteren Sinne aber die Mark Ettenheim<sup>8</sup> zu verstehen. Das „Kloster Ettenheim“, weiter oben im Tal, vielleicht noch in der Ausbausiedlung Münchweier, dem „Weiler der Mönche“ (oder, nach den ältesten Belegen, dem „Weiler des Muni“), ist das „Kloster der Mark“. Die Mark ist von dieser Zeit an, woher auch immer überkommen,

6 Tafel I in H. Schwarzmaiers grundlegendem Aufsatz über „Die Klöster der Ortenau und ihre Konvente in karolingischer Zeit“, in: ZGO 119 (1971).

7 Altdorf, „das einstige uralte Ettenheim“: K. F. Müller, Beiträge zur Geschichte der Stadt Ettenheim (...). Waldkirch 1977, S. 12.

8 Die Mark wird, wenigstens in einer Vorform, älter sein. Von der „südlichsten Zent der Mortenau“ spricht F. Kiener, Verfassung des Territoriums der Bischöfe von Straßburg. 1912, S. 143.



*Ettenheim um 1848.  
Lithographie des Ettenheimer Geometers Vinzenz Jäger.*



*Blick auf das Rathaus von Ettenheim.  
In der Fassade Figur des Bischofs Eddo. Ein gotischer Kernbau ist mehrfach aus- und umgebaut worden; gewisser Abschluß 1757. Dahinter die Stadtkirche; 1768—72 nach den Plänen von Joseph Anton Budinger aus Straßburg unter der Bauleitung von Franz Joseph Salzmann erbaut (Turmhelm von Salzmann).  
Aufn.: Foto Oehler*

fragloser Besitz des Bistums; das Kloster der Mark ist gegründet als „Kloster der Straßburger Bischöfe schlechthin“ (Schwarzmaier, S. 18); mindestens drei Bischöfe sind in der ersten Zeit gleichzeitig Äbte. Ausgestattet ist es aber immer nur mit Teilen der Mark (vielleicht auch mit Eigengut Ettos) und mit Streugut außerhalb.

#### 4. *Das Kloster und die Mark*

Die Bestätigung der Rechte und Besitztümer des Klosters durch Papst Honorius III. in der Bulle vom 29. April 1226<sup>9</sup> ist bedeutsam als erster nicht verfälschter, unzweifelhafter Überblick über den alten Status Ettenheimmünsters. – In der Literatur wird kaum je das Original herangezogen. Deshalb sind die Besitzlisten teilweise ungenau. Es gehören dem Kloster: die Herrenhöfe beim Kloster selbst, ferner in Dörlinbach, Münchweier, Ettenheim, Rust, Ringsheim sowie in Rufach und Stotzheim im Elsaß. Es hat Besitzungen in Burbach (abgeg. bei Münchweier), Wallburg, Kenzingen, Forchheim und im els. Linkenheim. Es gehören ihm Hufen in Tutschfelden, Herbolzheim, Orschweier, Kippenheim, Dinglingen, Friesenheim, Ottenheim, Schopfheim, Rüchelnheim (abgeg. bei Urloffen), einem Ort Ougirsbach, Herdern (Harderer Hof b. Weisweil), Weisweil, Endingen; im Elsaß in Ottmarsheim und Rheinau. Ferner die gesamten Zehnten im Klosterbereich und in Schweighausen, das Patronatsrecht an der Kirche von Broggingen und im Elsaß von Linkenheim und Stotzheim, zwei Drittel der Zehnten (und das Patronatsrecht) der Kirche in Ettenheim sowie ihrer Kapellen in Altdorf, Ringsheim und Grafenhausen, schließlich die halben Zehnten (und das Patronatsrecht) von der Kirche in Rust.

In der Ettenheimer Mark hat das Kloster also in den älteren Orten (Ettenheim, Altdorf, Ringsheim, Münchweier) das Patronat und einen großen Teil der Zehnten, oft auch den Herrenhof. (Im Klosterbereich selbst – das Kloster ist inzwischen ins obere Tal verlegt –, im mittleren und hinteren Münstertal, ist es auch Inhaber von Zwing und Bann.) Dies scheint die Grundidee der Ausstattung gewesen zu sein. Dazu kommt der Streubesitz außerhalb, auch in Rust, das nicht zur Mark gehört. Alles übrige in der Mark blieb straßburgisch. Die klösterlichen Orte Schweighausen und Dörlinbach sowie Grafenhausen und Wallburg sind inzwischen entstandene Ausbauorte.

Schon der von den Mönchen verfälschte Urkundenkomplex des 12. Jahrhunderts (Eddo-Testament) erhebt nicht den Anspruch auf die

---

9 Original im Pfarrarchiv Ettenheimmünster. Kommentierende Übersetzung in: 750 Jahre Dörlinbach. Schuttertal 1975, S. 22 – 28. Bei der Datierung (in der Datumszeile selbst) auf 1225 handelt es sich um ein Versehen der päpstlichen Kanzlei.

gesamte Mark; selbst die Schenkung Ruthards, die von ihnen (vielleicht nicht völlig aus der Luft gegriffen) eingefügt wurde, betrifft nur Besitz *in* der Mark. Dennoch wirken die späteren, unbegründeten Ansprüche der barocken mönchischen Historiker auf die ganze Mark, auch den westlichen Teil um Ettenheim, bis heute nach.<sup>10</sup>

### 5. Markgenossenschaft

Die Frage nach dem Alter der Ettenheimer Mark- oder Waldgenossenschaft stellt sich in diesem Zusammenhang. Die „gnoschaft“ ist um 1300 zuerst belegt.<sup>11</sup> Nach der späteren Struktur ist Ettenheim selbst Hauptgenosse, das Kloster Freigenosse, die Gemeinden sind Mitgenossen. – 1807 machte Baden dem ein Ende mit der Teilung des Genossenschaftswalds.

Man hielt früher die Markgenossenschaften für Bildungen der landnehmenden germanischen Frühzeit, dann sah man eher mittelalterlich späte, freie Zusammenschlüsse der Gemeinden darin.<sup>12</sup> Die in den Quellen zu greifende Organisationsform ist mittelalterlich; das schließt nicht aus, daß Wurzeln in eine frühere Zeit zurückgehen. Hier in Ettenheim scheint der Landesherr stets wesentlich beteiligt gewesen zu sein. Die fränkische Bildung der Mark Ettenheim, näherhin die Gründung Ettenheims und des Klosters durch das Bistum, wird die Zuteilung zumindest großer Teile des weiten (nach fränkischem Brauch dem Fiskus gehörenden und inzwischen an die Straßburger Kirche gegangenen) Waldgebiets an den Vorort der Mark nach sich gezogen haben, wenigstens sobald man in Ettenheim von einer „Gemeinde“ als Träger der Allmende sprechen konnte.

Das Kloster hatte seinerseits die Freiheit der Erschließung im Randgebiet jenseits des Streitbergs um den Geisberg herum, wo unter seiner Leitung Schweighausen und Dörleinbach um die Jahrtausendwende entstanden. – Die Ausdehnung der gesamten Mark Ettenheim zu Beginn des 12. Jahrhunderts ist aus einer bekannten *Grenzbeschreibung* zu rekonstruieren (vgl. Ortenau 56, 1976, S. 158 – 173). Das Kloster hat sie damals an die Burkhard-Urkunde von 926 angehängt und möchte suggerieren, dies sei der Umfang des durch Burkhard garantierten Klosterbesitzes überhaupt. Der eigentliche Inhaber des Waldes in den Grenzen der älteren Mark war aber das Bistum, und der Nutzer als

10 Besonders durch die Darstellung von J. B. Ferdinand (z. B. im Badischen Städtebuch, Stuttgart 1959, S. 220). Noch H.-M. Pillin (Ortenau 49, 1969, S. 263 u. 283 f) nimmt einen Erwerb Ettenheims und der Mark durch Straßburg erst unter den im Investiturstreit kaiserlich gesinnten Bischöfen Otto (1084 – 1100) und Kuno (1100 – 1125) an.

11 Die erste Waldordnung stammt von 1309 (J. Rest, in: Der Lichtgang 7, 1957, H. 10).

12 M. Wellmer, Zur Entstehungsgeschichte der Markgenossenschaften. Freiburg i. Br. 1938.

Allmende-Gut war sein Ort Ettenheim und die hinzukommenden Mitgenossen.

## 6. „*Basilica Sancta Maria*“

Der Kern der Rechte des Klosters in Ettenheim sind seine Rechte an der Kirche, der alten Mutterkirche der Mark. Im Eddo-Testament von „762“ wird dem Kloster „die basilica Unseren Rechts in Ettenheim zu Ehren der hl. Maria“ samt den Zehnten des Kirchspiels zugesprochen, und das mag stimmen, wenn auch die Stelle umstritten ist (wie das ganze Testament) und diese berühmte basilica<sup>13</sup> und ihr Patronat in keiner anderen Quelle mehr vorkommt. Die altehrwürdige Ettenheimer Tradition mindestens seit J. B. Kolb<sup>14</sup>, sie habe in der Unterstadt beim Freihof gestanden und sei 1637 mit der Stadt zerstört worden, ist unhaltbar und beruht vielleicht auf einer Verwechslung mit einer 1302 genannten Kapelle des Klosters im Immunitätsbezirk des Klosterhofs. Aber schon im 16. Jahrhundert wurde die damals dort ausgemachte Frühmesse lange nicht mehr gelesen.<sup>15</sup>

Wenn die basilica-Stelle von den Verfälschern um 1120 interpoliert worden ist<sup>16</sup>, müßten sie immerhin zu ihrer Zeit ein Ettenheimer Marienpatrozinium gekannt haben. Der erste Patron ist aber eher der jetzige Nebenpatron (neben Bartholomäus), der hl. Martin, als die Gottesmutter gewesen; ein Straßburger Urbar liefert im folgenden einige Hinweise dafür. Ein simpler Abschreibfehler würde das Problem lösen: denn das Testament ist nur durch eine Kette von Abschriften überliefert.<sup>17</sup> Dabei wechselt z. B. die Schreibung der Eigennamen sehr stark. Mehrfach ist in der Urkunde von der Straßburger Patronin, der „sancta/beata Maria“ die Rede: das könnte zu einem frühen Übertragungsfehler verleitet haben: statt „in honore sancte Marie“ könnte, paläographisch gut möglich, die originale Formel: „in honore(m) sancti Marti(n)i“ gelautet haben.

In der ersten Zeit dürfte die geistliche Erschließung und Betreuung der Mark eine Aufgabe des Klosters gewesen sein. Nur natürlich, daß ihm das Patronat der Hauptkirche zugesprochen war, auch Teile des Kirchenzehntens (später, aber niemals unbestritten, der ganze). Über alle Einkünfte der Kirche hat es nicht verfügt; diese konnte es erst mit der

---

13 Es ist hier nicht die „Basilika“ als Stilbegriff gemeint. Sie heißt so nach ihrem Rang als selbständige Kirche (wie daneben Rust, Epfig, Benfeld).

14 Lexicon usw. I (1813) s. v. Der Artikel stammt vermutlich von dem Altdorfer Pfarrer Tritschler.

15 GLA 67/593 Kloster Ettenheimmünster, S. 221.

16 „Die auf die Kirchen bezügliche Stelle scheint mir aus sprachlichen und sachlichen Gründen nicht echt zu sein“ (G. Wunder, Das Straßburger Landgebiet. Berlin 1967, S. 69, A. 9). „Mehr Vertrauen (zu) dieser Quelle“ hat F. Schultz, Ortenau 58, 1978, S. 157; was den Inhalt angeht, möchte man sich ihm anschließen.

17 1665 wurde eine beglaubigte Kopie angefertigt, aber nur von einer älteren, 1457 beglaubigten Abschrift, der wiederum nur eine im Jahr 1121 (!) angefertigte „Erneuerung“ des verlorenen Originals vorlag.



Älteste erhaltene Stadtsiegel, an Urkunden nach 1370 (1) und nach 1468 (2). Aus: Siegel der bad. Städte III 1909).



Feldlager der Kaiserlichen Armee vor Ettenheim am 28. September 1676.

Inkorporation 1435 an sich ziehen. (Es scheint die Politik der Straßburger Kirche gewesen zu sein, das Kloster in der Mark immer nur mit teilweisem Besitz, mit teilweisen Rechten auszustatten und sich überall in dem wichtigen rechtsrheinischen Stützpunkt den entscheidenden Einfluß vorzubehalten.) Bis 1435 war die Ettenheimer Pfarrkirche eine Kirche eigenen Rechts, mit einem eigenen rector, der ansehnliche eigene Einkünfte versteuerte. – Vom „Widumgut“, dem Ausstattungsgut der Kirche (bei der Stadt, im Berg, in den Rittmatten) gehörte zunächst nichts dem Kloster. Davon wird noch im Zinsbuch von 1698 ein herrschaftlich-straßburgischer Zins erhoben.

### 7. Altdorf

Die Frage einer allerersten kirchlichen Organisation im Ettenheimer Raum ist von den dürftigen Quellen her kaum zu entscheiden. (Wie denn überhaupt diese Quellen die frühe Ettenheimer Geschichte zu einem Spekulations-Turnier machen.) Gab es eine frühe Pfarrei in Altdorf? Wenn man mit Josef Rest<sup>18</sup> die Angaben der St. Galler Verbrüderungsbücher über Gläubige in „Etenhaim, Muniwilre und Altdorf“ ins 9. Jahrhundert setzt, müßte man wohl die drei Orte, die ältesten der Mark, auch als frühe selbständige kirchliche Einheiten ansprechen, herrührend aus der ersten kirchlichen Erschließung der Ortenau. Die Partie ist aber doch wohl ein Nachtrag von späterer Hand; die Schätzung schwankt vorerst um das 11./12. Jahrhundert.<sup>19</sup> Da ist aber die fränkische Durchdringung des Raums abgeschlossen, die Mark gebildet mit Ettenheim als Mittelpunkt, angelegt unterhalb einer vielleicht noch früheren fränkischen Feldkirche St. Martin auf dem Kirchberg.

Dabei spräche manches für Altdorf: noch um 1780 berichtet uns der geschichtskundige (allerdings auch rücksichtslos lokalpatriotische) Altdorfer Pfarrer Joseph Tritschler, Altdorf habe bei allen Prozessionen „den Vorrang und Vortritt vor allen anderen Kirchen der Nachbarschaft“. Es spricht dafür auch die Rolle, die es im geschichtlichen Kern der Landelin-Legende spielt. Und die Altdorfer Funde ließen eine Kontinuität von der römischen Zeit her, vielleicht sogar eine christliche, nicht für ganz unmöglich erscheinen.

Die Namenkunde belehrt uns, daß der in der Nachbarschaft eines jüngeren, größeren Ortes vorkommende Name „Altdorf“ auf die eigentliche, alte Siedlung hinweist. Immer steht dann aber auch die alte, meist noch lange ihre Rechte ausübende Pfarrkirche in einem solchen „alten Dorf“.<sup>20</sup> Nicht so hier im Verhältnis von Ettenheim zu Altdorf. Eine

18 Der Kaiserstuhl. Freiburg in Br. 1939, S. 89.

19 Briefliche Mitteilung von Stiftsarchivar W. Vogler, St. Gallen, an R. Gassert, Lahr, vom 30. 8. 1978.

20 Z. B. im Falle Engen/Altdorf (mit Martinskirche).



Pfarrkirche ist in Altdorf vor dem 18. Jahrhundert nicht nachzuweisen, auch kein altes Patrozinium. Im Vorgängerbau der jetzigen Kirche, den Tritschler beim Abriß 1781 aufmerksam untersucht hat, konnte er keine Hinweise finden.

Der Name „Altdorf“ könnte sich auch auf die vordeutschen Reste, die noch lange sichtbaren Siedlungstrümmer beziehen. Oder: die Gründung des neuen Ortes erfolgte sehr früh, und der alte Ort hatte zu diesem Zeitpunkt (8. Jahrh.) noch keine (oder nicht mehr eine) selbständige Kirche, so daß die nötige Kirche gleich mit in den neuen Ort Ettenheim kam (oder dort auf dem Berg schon war). Altdorfs alter Name wäre in der Folgezeit verlorengegangen.

### *8. Landelin*

Die Abfassung der Landelins-Vita, wie sie in der ältesten, lateinischen Redaktion vorliegt<sup>21</sup>, paßt nach Sprache und Stil in den Verfälschungszusammenhang des frühen 12. Jahrhunderts hinein. Sie sollte durch die Herausstellung eines eigenen, in den frühesten Zeugnissen noch nicht genannten Patrons die Position von Ettenheimmünster stärken. Doch ist damit ein historischer Landelin keineswegs abgetan, wie das in einer gewissen kritischen Überreaktion auf die Autorität Medard Barths (FDA 75, 1955) neuerdings R. Ritter (Geroldsecker Land 15, 1973) und F. Schultz (Ortenau 58, 1978, S. 153) anzunehmen geneigt sind.

Die Legende weist, entfernt man die konventionellen hagiographischen topoi (irische, in den späteren Fassungen fürstliche Abkunft, Pilgerschaft, Eremitenleben, Tier- und Blutwunder, Bestattung), einen anderswoher nicht zu erklärenden historischen Kern auf: den westfränkischen Namen Landelin selbst oder die Erwähnung von Altdorf mit der Familie des Edulf und von Münchweier, an welchen beiden Orten Funde des 19. Jahrhunderts (Geroldsecker Land 17, 1975, S. 78f.) die Hinweise der Legende zu stützen scheinen. Landelin könnte ein früher (7. Jahrh.?) fränkischer, christlicher Emissär des Bistums gewesen sein, an dessen gewaltsamen Tod in der Ortenau (im Münstertal) eine niemals abgerissene Überlieferung, die eine von Barth nachgewiesene kirchliche Verehrung schon im 11. Jahrhundert einschloß, erinnerte.

### *9. Stadtwerdung*

Wir wissen wenig über die Anfänge Ettenheims bis weit ins Mittelalter hinein. (Über die Gründung der Stadt schon durch Herzog Ettiko, über

---

<sup>21</sup> Hrsg. von J. Van der Straeten (Analecta Bollandiana 73, 1955); teilweise übersetzt in: Ettenheim. Geschichte usw., S. 83 – 90.

seine „Burg“ auf dem Kirchberg, über die alte Basilika St. Maria u. a. hat sich im 18. und 19. Jahrhundert eine schön zu erzählende Geschichtstradition gebildet, ein Beispiel dafür, was entsteht, wenn der Mühe der Quellen ausgewichen wird.) Das städtische Archiv scheint 1637 bei der teilweisen Niederbrennung Ettenheims durch Bernhard von Weimars „schwedische Völker“ vernichtet worden zu sein und damit vieles, was uns hätte Auskunft geben können. So wissen wir so gut wie nichts über den Inhalt des Stadtrechts oder über den Prozeß der Stadtwerdung.

Ettenheim muß um 1300 Stadt geworden sein. Die Zeit läßt sich vermutlich eingrenzen durch zwei Urkunden, die sich in Abschriften in Karlsruhe erhalten haben.<sup>22</sup> Am 28. 10. 1304 werden unter Vermittlung des Bischofs von Straßburg Streitigkeiten geregelt, die „vor kurzem“ zwischen dem Kloster Ettenheimmünster und der „Stadt“ Ettenheim entstanden waren. Das Gemeinwesen wollte den Besitz des Klosters in seinem Bann mit zu der landesherrlichen Steuer (collecta) heranziehen, die an das Bistum zu leisten war. Man verglich sich so, daß Ettenheimmünster abgabefrei blieb, dafür aber in der Kapelle in seinem in der Stadt Ettenheim neuerbauten Hof für die Bürger täglich eine Messe lesen ließ. Für Ettenheim siegeln mit dem Stadtsiegel die consules, der Rat, und die universitas burgensium, die Bürgerschaft der Stadt. – Ganz anders war es noch nur zwei Jahre vorher, am 8. 1. 1302. Die Geroldsecker verkauften damals an die „Gemeinde“ Ettenheim zwei Waldstücke in der Ettenheimer Allmende, die sie vom Bischof zu Lehen hatten, nämlich die „alte Kechersel“ (den Kecherhof im nördlichen Münstertal) und die „Hohe Tann“. Von einem Siegel der Ettenheimer ist nicht die Rede, und aus ihrer Benennung in dieser (deutschen) Urkunde („die Ettenheimer“, „die Ettenheimer und ihre genoschaft“, „die gemeindt Ettenheim“) ist der Schluß erlaubt, daß hier noch von einer nichtstädtischen Selbstverwaltungskörperschaft („Gemeinde“) die Rede ist, daß noch kein Rat existiert, daß Ettenheim noch keine Stadt ist (obwohl schon wohlhabend, wenn es den Kaufpreis von 46 Mark Silbers erlegen kann).

Somit wäre die offizielle Erhebung des Marktes zur Stadt, sicher nur der formelle Abschluß einer längeren Entwicklung, in der Zeit *zwischen Januar 1302 und Oktober 1304* vor sich gegangen, unter Bischof Friedrich I. von Straßburg und König Albrecht I.

## 10. Abriß

Skizzieren wir eine mögliche, vermutete, von den Quellen vorerst nur unzureichend gestützte Abfolge der Frühgeschichte des Ettenheimer Raums: Das Gebiet, das später „Mark Ettenheim“ genannt wird, an einer

<sup>22</sup> Z. B. in: GLA 67/593 Kloster Ettenheimmünster, S. 14 – 16 (1304) u. 57 – 60 (1302).

alten alemannischen Gaugrenze, die auf noch älteren Grenzziehungen („Fluchtburgen“ im Münstertal) aufruht, wenig besiedelt (vorher in der keltisch/römischen Zeit eher stärker), ist Herzogsgut („Gisicho“), wird von den siegreichen Franken konfisziert, ist dann merowingisches Fiskus- (Centene?) und Hochadelsgut („Ruthard“), wird der Straßburger Kirche überantwortet.

Der erste fränkische Erschließungs- und Ausbauprozeß (etwa vom Ende des 6. bis ins 8. Jahrhundert) kulminiert mit der Gründung des Klosters Ettenheimmünster durch Bischof Eddo, als Bistumskloster. Ausstattung u. a. mit Teilen der Mark. Vorher geht die fränkische Mission (Landelin), vielleicht ein erster Klostersversuch (Widegern). Der älteste Siedlungspunkt ist Altdorf; Münchweier ist Begräbnisort Landelins und erster Klosterort. Ettenheim, durch Eddo am heutigen Ort im Mittelpunkt der Mark neben dem älteren Altdorf angelegt, hat auf dem Kirchberg die Mutterkirche der Mark, wird früh (11./12. Jahrh.) als Marktort von den Bischöfen ausgebaut. Stadtwerdung kurz nach 1300.

Wichtig ist, daß „das Gebiet um Ettenheim seit dem 8. Jahrhundert fest in der Hand der Straßburger Bischöfe war und der Ort Ettenheim selbst, zumindest seit dem 11. Jahrhundert, als verwaltungsmäßiger und wirtschaftlicher Mittelpunkt des rechtsrheinischen Gebiets des Bistums Straßburg sich herauszubilden begann“.<sup>23</sup> Die Zähringer, die nördlich und südlich Besitz hatten, oder ihre Erben, die Staufer, sind hier nicht nachzuweisen. Dem Kloster haben von Anfang an immer nur Teile der Mark gehört: Münchweier (von dem eines der ältesten deutschen Weistümer erhalten ist<sup>24</sup>), ferner die Kirchenpatronate, Teile der Zehnten und Herrenhöfe in den älteren Orten.

## II. Das Urbar von 1325/30

### 1. Das Urbar

Die Archives Départementales du Bas-Rhin in Straßburg verwahren unter der Nr. G 377 ein altes Urbar, ein Verzeichnis der Güter und Einkünfte des Bistums Straßburg. Es handelt sich um eine Kopie vom Anfang des 15. Jahrhunderts. Das Original muß in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts angelegt worden sein, in der ersten Zeit Bischof Bertholds II. von Buheck (1328 – 53). Die Vorlage für den Ettenheimer Teil dürfte noch etwas älter sein. (Ulrich Hafener, im Urbar noch genannt, war 1324 nach dem Tennenbacher Güterbuch, Sp. 300, nicht mehr am Leben.) Auf

23 W. Schwab, Überblick über die Geschichte Ettenheims. In: Ettenheim. Geschichte usw., S. 6.

24 Hofrecht von Münchweier, nach 1100. Text und kommentierte Übersetzung in: G. Franz (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes im Mittelalter. Darmstadt 1967, Nr. 64.

den Seiten 67 r (r = Vorderseite) bis 73 v (v = Rückseite) ist „aufgelistet“, was der Bischof in Ettenheim besitzt und jährlich zu erwarten hat. Auch zwei Lehensbriefe von 1318 und 1329 sind in Abschrift beigelegt. Das Urbar liefert viele Einzelheiten über die junge Stadt in den ersten Jahrzehnten nach der Stadterhebung; auch ältere Zustände werden sich niedergeschlagen haben.

Die Aufzeichnung beginnt mit der Urkunde von 1318. Es folgen die *Fruchtzinsen* (Census frumenti) von den *drei Feldern* (campi), in die der Bann gegliedert ist: den Feldern nach „Krentzenbach“, nach „Rorbach“ und nach Altdorf hin (versus Altdorf). Dann werden die *Geldzinsen* (Census denariorum) aufgeführt, unterteilt in die zu Johanni fälligen Zinsen (Census denariorum Domini Episcopi in festo Johannis Baptiste), die sog. „Meder“-Zinsen (in Geld abgelöste alte Ernte-Fronen; meder = Mäher) und die an Martini und Andreas fälligen Zinsen. Erst dann kommt die Urkunde von 1329, mit Ergänzungen zu der älteren: ihre nachgeschobene Stellung läßt vermuten, daß das übrige Urbar nicht lange vorher angefertigt worden ist. Der Vergleich mit anderen Urbaren aus dieser Zeit, vor allem dem Tennenbacher Güterbuch<sup>25</sup> und einem Berain des Klosters Ettenheimmünster<sup>26</sup>, der Vergleich mit dort genannten Namen und Gütern, bestätigt die Annahme einer Entstehung um 1325/30.

Die Dreifelderwirtschaft teilte den Bann in etwa gleich große Teile; daher sind die Naturaleinkünfte Weizen, Roggen, Hafer etwa gleich groß: Krentzenbach: 18 Viertel (quartalia), 2 Sester (sextaria), von 22 Besitzern und 28 Grundstücken; Rorbach: 23 Viertel, 1 Sester, von 28 Besitzern auf 31 Grundstücken; Altdorf: 22 Viertel, 3 Sester, von 19 Besitzern auf 21 Grundstücken.

Die Bischofszinsen zu Johanni machen 1 Pfund 5 Schilling 3 Pfennig in Freiburger Währung aus, sowie 12 Schilling weniger 2 Pfennig Straßburger Gepräges. Sie werden von 15 Personen, aber von 25, ganz unterschiedlich großen Grundstücken erhoben. Die Meder- und „andere“ Zinsen umfassen 14 Schilling, 9 Pfennig und einen Obulus (halben Pfennig) Breisgauer Gepräges. Die Hauptzinsen sind aber die zu Martini (11.11.) und zu Andreas (30.11.) fälligen; sie ergeben 5 Pfund, 13 Schilling und 3 Pfennig Breisgauer Währung sowie 1 Pfund und 7 Pfennig Straßburger Gepräges; sie kommen ein von 75 Personen auf 99 Grundstücken.

Auffällig ist, daß der Breisgauer Pfennig eindeutig vorgezogen wird in einem Straßburger Herrschaftsgebiet bei Leistungen an den Bischof, den

25 GLA Berain 8553; nach 1317 bis c. 1341; Edition: Stuttgart 1969.

26 GLA Berain 5623. Über „Ringsheimer Personennamen“ daraus: Ortenau 48 (1968) S. 36 – 44. Es handelt sich übrigens zu einem Teil um Ettenheimer Namen. – Die Bänne von Ettenheim und seinem sehr früh losgelösten Tochterort Ringsheim sind, was die Besitzer angeht, nicht deutlich geschieden.

Inhaber des Münzregals (das er allerdings an die Stadt Straßburg in befristeten Verträgen zu verkaufen pflegt).<sup>27</sup>

Es werden nur wenige *Rebgrundstücke* (im Marbach) erwähnt; sie erbringen Geldzinsen. Liegt das daran, daß die Masse des bischöflichen Besitzes aus der ersten Zeit des Ortes (8. Jahrh. ff.) stammt, als es noch keinen intensiven Rebbau gab? Der Träger des später so bedeutenden Ettenheimer Weinausbaus war wohl das Kloster und vor allem die Gemeinde selbst.

Die *Grundstücke* werden zumeist *ager* (Acker) und *pratum* (Matte, bringt Geldzinsen) genannt; auch der Ausdruck *ortus* (Garten, für feineren, umzäunten Anbau) kommt vor; ferner, aber selten: *frustum* (Stück Land) und *arena* (Gelände unbestimmter Art). Ein altes Maß für die Matten ist die *manmat*: *zweiger manne matte* (73 r), *zweier mannes matten* (70 v). Einige Grundstücke, deren Bebauer besondere Rechte hat, sind „*zuo vorlehen*“ verliehen. Die Namen *domus* und *curia* bezeichnen die Haus- und Hofgrundstücke. Das *Getreide* heißt zumeist allgemein *frumentum* („Frucht“), selten spezifiziert: *siligo* (Roggen), *triticum* (Weizen), *hordeum* (Gerste), *avena* (Hafer).

## 2. Die Lehenbriefe

In der Urkunde vom 16. März 1318 verlehnt Bischof Johannes I. (1306 – 28) von Straßburg den Hof seiner Kirche, „der in der Stadt Ettenheim liegt“, mit allen Zubehör und Rechten, auch den Frondiensten, die man „*tagewane*“ nennt, für neun Jahre an seinen Vogt Wernher Dumen in Ettenheim. (Ausgenommen sind zwei Matten gegen „*Richenwilre*“ zu und seine, des Bischofs Mühle, „*Brürelsmile*“ genannt. Die Verlehnung berührt außerdem, heißt es, nicht bestimmte andere Rechte des Bischofs in Ettenheim: den Garten „*des Bischoues garte*“, die „*Obere Mühle*“ bei Ettenheim und alle seine Zinsen.) Der Vogt liefert dafür jährlich zu Weihnachten ab: 100 Viertel Weizen, 100 Viertel Roggen, 100 Viertel Gerste, 50 Viertel Hafer, zwei Viertel Nüsse, zwei Viertel Erbsen und zwei Viertel Bohnen.

Die Urkunde Bertholds II. vom 19. Januar 1329 verleiht diesem selben Vogt Wernher Dumen, seiner Ehefrau Katherine und seinen Erben für immer gegen jährliche Zahlung auf Martini von 10 Schillingen Straßburger Währung einige Äcker und Matten „in dem banne vnßer Stette zuo Ettenheim“.

---

<sup>27</sup> Der Wert des Straßburger Pfennigs war vom 12. Jahrh. bis zur Zeit des Urbars um mehr als die Hälfte herabgesunken. (Die Chroniken der oberrhein. Städte. Straßburg. Band 2, 1871, S. 995.)

### 3. Familiennamen, Bevölkerung

Die im Urbar vorkommenden, der Zitierweise nach mehr oder weniger festen Ettenheimer Familiennamen sind: Arras (auch noch „von“ Arras genannt), Bobeler, Bowel, Brune, Bücke, Bulle, Bürginder, Dreffer, Dume(n), Dürhaber, Dürre, Düselinger, Etsel, Faber, Füchsellin, Fustung, Grabe, Grenser, Guntram, Hafener, Haller, Harrer, He(i)lbeling, Herb(e)stelin, Herer, Holch(e), Hubennestel, Incker, Ingolt, Inwan (Juwán), Jungerman, Kegelín, Keller, Klager, Koch, Kor(n)man, Krant(z), Langenstein, Leichelín, Leicher, Leppe, Mechter, Merker, Müntzer, Müsel, Nollenberg, Ömellín, Pflegehar, Pflügelín, Pfoler, Rete, Rischeler, Schaly, Schote, Silowe, Smit, Snewelín, Spenlín, Stanthart, Stephan, Straßburg, Ströbelín, Tore, Treffan, Urlínger, Vinsterwalt, Wacker, Wep(e)línger, Wiber, Wiler, Winter, Ziber, Zimbermenninger, Zíncke.

Darunter ist schon der bekannte mittelbadische Name *Wacker*: Conrad dictus Wacker (68 v); in Ettenheim kommen später noch vor: Faber, Schaly, Wiber, auch Zínck. Sonst ist noch keiner von späteren bekannten Ettenheimer Namen dabei, auch nicht das Geschlecht der Henninger, das immerhin schon 1456 belegt ist.

Das Urbar gibt zwar nur Auskunft über Ettenheimer Bürger, die landwirtschaftlichen Besitz, den des Bischofs, nutzen. Doch das werden fast alle getan haben. Es sind (die aus Nachbarorten abgerechnet) 87 zinspflichtige Personen genannt; davon sind 19, der Häufigkeit der Nennung nach, als eher wohlhabend anzusprechen. Als Handwerker sind 10 bezeichnet. Das ist eine hohe Zahl meist kleinbäuerlicher Haushalte; die Ettenheimer Landwirte dürften vollständig vertreten sein. Auch ist nicht anzunehmen, daß es noch viel Handwerker ohne Landwirtschaft gegeben hat. Die für die Stadt bis weit in die Neuzeit typische *soziale Struktur*: die starke Stellung des Ackerbürgertums, ist also sehr weit zurückzuverfolgen. Der bischöfliche Marktort hatte stets ein zu kleines Einzugsgebiet; auch der Abstand zur Landstraße war ungünstig.<sup>28</sup> Der Anteil der Handwerker ist freilich späterhin gewachsen. Auch die ansässigen Kaufleute (Krämer) nahmen zu, die hier noch gar nicht genannt sind; von der Marktgründung an und noch lange nachher kamen sie wohl nur zu den Markttagen in den Ort.

Bei einer Untersuchung der alten Katastergrenzen im Bereich der Altstadt läßt sich an den wichtigsten Straßen mit einer gewissen Sicherheit ein *mittelalterliches Grundstücksmaß* von etwa 33 mal 100 Fuß erschließen und eine Anzahl von vermutlich schon vierzig bis fünfzig

---

28 Um Zoll und Umsatz zu steigern, hat Ettenheim 1497 die draußen vorbeigehende Landstraße unterbrochen und die neue Trasse durch die Stadt geleitet. Von diesem Handel berichten eine Reihe von Schriftstücken im Straßburger Stadtarchiv (IV 68/7).

Hausstätten solcher Größe. Im Bereich der Vorstadt und sonst vor den Mauern lassen sich weitere zwanzig bis dreißig ausmachen. Diese Zahlen passen nicht schlecht zu der Zahl der Zinszahler im Urbar. Diese Zahl könnte etwa der der Haushalte entsprechen; dazu kommen im westlichen Amtsviertel ansässiger Adel und die Amtshofleute. Die Zahl der zu einem Haushalt gehörenden Personen ist recht hoch einzuschätzen: eine Einwohnerzahl von sicher nicht unter 600 dürfte schon damals erreicht worden sein. Wenn man berücksichtigt, daß in der ersten Zeit aus festungstechnischen Gründen und der Gegebenheit des Bodens (der steile Kirchberg) noch einiger Leerraum im Stadtgebiet ausgespart blieb, dann war der Platz in den Mauern bald ausgenutzt. Man wird bald zu kleineren Grundstücken übergegangen sein und die Anlage der Vorstadt geplant haben.

#### 4. Ämter, Berufe

Der Amtswalter des Bischofs zur Zeit des Urbars ist sein „Voget zuo Ettenheim Wernher Dumen“ (Urk. 1329), „Wernherus dictus Dumen“ (Urk. 1318), der auch oft als Grundstücksnutzer auftritt. Sein Sohn heißt Johannes (69 r, 72 v) und hat einen Hof (71 r). Frühere Vögte, von denen wir wissen, sind wohl der um 1140/52 auftretende „Marcwardus de Etenheim“<sup>29</sup>, dann „Heinricus de Arbun, advocatus in Ettenheim“, 1260 genannt<sup>30</sup>, und der 1280 bezeugte Burcardus, comes (Graf) von Ettenheim, dessen Ehefrau Mehthildis die „Tochter des früheren Vogts von Ettenheim“ ist<sup>31</sup>.

In Altdorf hat der Ritter (miles) Schachmannus Besitz, ebenfalls die Witwe des Ritters Walther von Endingen (72 r). Einen Hof hat dort ein „de froeidenberg“ (72 r). Weitere adlige Besitzer im Ettenheimer Bann sind „die von Keppenbach“ (72 v) und die Dautensteiner bei Seelbach (totensteines matte, 70 v). In Ettenheim ist weiter ein armiger Hildebrand erwähnt (67 v). Ein Hildebrand von Ettenheim erscheint in der Zeugenliste einer Freiburger Urkunde von 1300. Nach unserm Urbar hat er bischöfliche Lehen in Kappel und Trisloch innegehabt.

Dem Meierhof des Klosters steht Walther vor, der „Meier der Mönche“ (villicus Monachorum, 69 v). Dieser Hof wird später auch „Oberhof“ genannt; er umfaßt Gelände vor dem Dirnle, am Meierberg. Mit dem „remediator“ der „Herren in Ettenheimmünster“ (70 v) wird der Klosterarzt gemeint sein. An städtisch-handwerklichen Berufen werden erwähnt: Weltinus Cerdo (70 r u. 68 r), der früheste Vertreter des für

29 Schenkungsbuch Kloster Reichenbach, in: Württemberg. Urkundenbuch 2 (1858) 407.

30 Freiburger Urkundenbuch 1, Nr. 179.

31 GLA 24/56; auch: Tennenbacher Güterbuch unter „Teningen“.

Ettenheim so wichtigen Gerber-Handwerks, ferner die Bäcker (panifex) Merckelinus (72 r) und Hugo von Minewilre (71 r), ein Weber (textor, 71 v), ein Schneider (sartor) Conrad, genannt Straßburg (72 r), die Schmiede (faber) Wernher (72 r) und Walther (67 v, 72 r), der „an dem nidern tor“ wohnt, die Schuster (sutor) Jacobus, genannt Hubennestel (67 v) und Johannes, genannt Kunetz (70 r), sowie der Barbier (rasor) Heinricus, genannt Inwan (70 v). Mehrfach erwähnt ist Ruodolfus der „Schriber“ (scriba), wohl schon der Stadtschreiber, ein wichtiger Mann (67 v u. ö.) Schließlich ist da noch der Mesner (sacrista) Langenstein (67 v). Laien- oder Klosterschwester ist „Dilia conuersa“ (71 r, 72 r).

### 5. Gebäude, Befestigung

In der Stadt liegen „der Hof der Straßburger Kirche, in der Stadt Ettenheim gelegen“ (Urk. 1318), der spätere „Amtshof“; und der Hof des Abtes (70 v) oder der Mönche (72 r), der „Freihof“.

Es sind schon alle drei *Tore* vorhanden: das Untere Tor (an dem nidern tor, 67 v), das Obere Tor (porta superior, 72 r) und das Thomastor (porta dicti dumen, 72 r). Das beweist eine Stadtbefestigung, wie das üblich war, bald nach der Stadtwerdung. Das Thomastor, das bei seinem Amtssitz lag (von ihm erbaut?), ist nach dem damaligen Vogt benannt, dem Werner Dumen (von: Thumann, Thoman, Thomas); es heißt Dumen- oder Daumen- oder Thomastor bis heute.

Die Tortürme, zehn bis fünfzehn Meter hoch, hat es bis ins 19. Jahrhundert hinein gegeben. Aus alten Ansichten und Akten über ihren Abbruch (Stadtarchiv, Fasz. 288) gewinnt man einen Eindruck von ihnen. Ein hoher, steinerner Unterbau (5 – 6 m im Quadrat) mit einer hohen Torbogendurchfahrt trug ein vorkragendes, niedrigeres Fachwerk-Obergeschoß, das seinerseits zunächst (jedenfalls wieder nach dem Dreißigjährigen Krieg) ein Satteldach mit freien Giebel, vor dem Abriß aber nur noch ein sehr flaches Walmdach trug. Die oberen Stockwerke, die als Arsenal oder als Gefängnis dienten, waren nur durch angebaute Nebengebäude erreichbar.

Die Tore unterbrachen den Verlauf der alten, inneren „*Ringmauer*“, den man noch rekonstruieren kann. Sie reicht also mindestens in die Zeit der Stadtwerdung zurück. Sie hatte jene drei Tore und außer den Tortürmen noch einen weiteren, großen Turm, den Hexenturm (älter: „Diebsturm“ = Gefängnis), der 1769 abgerissen wurde. Die Frage ist, ob auch ein zweiter Mauerring, den man ebenfalls aus der Grundkarte ablesen kann, so alt ist. Man kann den *doppelten Mauerring* einem doppelten Rechteck, einem Fastquadrat, einbeschreiben, dessen längere Seiten genau nord-südlich, dessen kürzere genau westöstlich verlaufen. Die Maße des äußeren Rechtecks: 1000 mal 950 Fuß, des inneren: 900 mal 825 Fuß; das



Gelände des „Grabens“ zwischen den Mauern ist 50 – 60 Fuß breit.<sup>32</sup> Diese Maße sehen nach einer einheitlichen Planung des Festungssystems aus. Eine erste Umwallung könnte allerdings schon in der Zeit des Marktortes Ettenheim existiert haben<sup>33</sup>; aus Erdwällen, Palisaden und Holzwerken, wie sie dann wieder aus der Zeit nach der Zerstörung um 1637 überliefert sind. Es fällt auf, daß bei den erhaltenen alten Mauerstücken, auch bei versteckten Teilen und Fundamenten, kein Bossenquaderstein ist, wie er für das 13. Jahrhundert bezeichnend war. Die eigentliche, starke Befestigung dürfte also erst aus der Zeit nach der Stadterhebung herrühren.

Die drei Torwege, vom Vortor über den Graben (über hölzerne Brücken hinweg) bis durchs innere Turmtor, waren zwanzig bis dreißig Meter lang. Die *Vortore* bestanden zunächst nur aus Schranken („Serren“, 1698), Schlagbäumen oder einfachen Mauerbögen. Im 18. Jahrhundert wurden sie durch die schönen, jetzt als Stadttore bezeichneten, barocken Torbogen ersetzt, von denen zwei erhalten sind (Obertor 1778 und Untertor 1783).

Die Stadtbefestigung ist später ausgebaut worden, in der bisher kaum beachteten Zeit, in der Ettenheim nicht in den Händen der Bischöfe war, die es verpfändet hatten, sondern der *Stadt* Straßburg unterstand: das ganze 15. Jahrhundert bis ins 16. hinein (bis 1528).<sup>34</sup> Die Stadt Straßburg war führend in der Städtebefestigungskunst der Zeit. Ein starker Ausbau auch des Kirchbergs geschah noch nach 1500.<sup>35</sup> Unter der Pfandherrschaft war der feste Platz Ettenheim wichtig in den machtpolitischen Querelen am Oberrhein. Häufig erscheint es in den Regesten-Werken als Aufmarschraum für Truppen oder als Ort für angesetzte „Tage“, Verhandlungstreffen streitender Parteien.

Von *Mühlen* sind aufgeführt: die Bischofsmühle (molendinum Episcopi, 72 v, wohl die spätere Stadtmühle), eine „Brügels-“ oder „Brürels-“ Mühle (67 r), eine „Obere Mühle nahe Ettenheim“ (molendinum superius prope Ettenheim, 67 r), eine „Vogtsmühle“ (molendinum advocati, 68 r) und eine schindel müle (68 v). Das Mühlenrecht war im Besitz des Bischofs; er hat es oft verpachtet, an seinen Vogt, an die Stadt und hat es

---

32 Alle Maße sind nur eine erste Bestandsaufnahme. Ein historischer Plan Ettenheims ist nach Durchsicht der Quellen geplant. Ältere (als 1876) originale Pläne der Stadt sind bisher noch nicht aufgetaucht.

33 Auf eine frühere Befestigung deutet die allerdings zweifelhafte Nachricht vom Jahr 1266 (in Daniel Specklins Kollektaneen, 16. Jahrh.) hin, nach der „Schloß“ (= befestigter Ort) Ettenheim von B. Heinrich IV. eingerissen wurde (Regesten d. Bischöfe von Straßburg 2, Nr. 1831).

34 Die Verpfändung geschah zur Zeit des berühmten großen Schuldenmachers, des Bischofs Wilhelm von Diest. Schon 1394 hatte dessen Gegenspieler Burkhard von Lützelstein die Vogtei Ettenheim für 9400 Gulden versetzt. 1401 löste sie Wilhelm von Dienst für diesen Betrag wieder aus, um sie im selben Jahr für dasselbe Geld an die Stadt Straßburg zu versetzen. 1414 wurde die Pfandsumme noch erhöht.

35 Stadtarchiv Straßburg, VI 455/4.

schließlich verkauft. Das *Wasser*, das die Mühlen nutzten, die Unditz oder der Ettenbach, war immer lebenswichtig für die Stadt. Man brauchte es auch für die stark betriebene Gerberei und Färberei, für den Stadtgraben, den Feuerschutz und die Abwasserfortführung. Auch die bis heute nicht gebannte Hochwassergefahr stellte immer wieder vor Probleme. So hat man wohl früh schon einen Wasserlauf als „neuen Bach“ zwischen Ettenheim und Münchweier vom alten abgezweigt und an die Stadt herangeführt. Er folgt als „Gewerbekanal“ der alten Mauer eine Zeit lang und mündet dann am Ende der sich an den Stadtring nach Norden anschließenden Vorstadt in den alten Lauf ein.

Zwei *Brücken* über den Bach sind erwähnt: die „steinenbrucken“ (68 r, 71 r) beim späteren Zollhaus an der Landstraße und eine „Holzbrucken wider altdorf“ (72 v), eine Vorgängerin wohl der Dirnle-Brücke.

Ein Hinweis auf Ettenheim als Markt verbirgt sich im Namen des „Johannes zuo der Wagen“ (70 r), womit schon die in späterer Zeit mehrfach genannte, für den Marktbetrieb unumgängliche Waage der Stadt auf dem Marktplatz gemeint sein dürfte.<sup>36</sup>

Außerhalb der Stadt, nach einer anderen Quelle von 1312 im Altwick, lag die *domus leprosum* (72 v), das Gutleuthaus, das Haus der Aussätzigen. Bei den Wohngebäuden in der Stadt wird zwischen *domus*, Häusern und einigen *curiae*, Höfen (72 r) der größeren Landbesitzer unterschieden. Außer in der Stadt hat der Abt in der Umgebung *curiae* in „Minewilre, Ringsheim und Burgbach“ (70 v).<sup>37</sup>

Die Häuser in der Stadt werden deshalb aufgeführt, weil der Bischof von ihnen einen Zins erhebt; es ist der typische *Hausstättenzins* von einem Schilling (oder dem Mehrfachen davon), den zu dieser Zeit ein Stadtherr von Neubürgern nimmt, denen er bei einer Gründung Land zur Verfügung gestellt hat. Es sind in diesem Urbar allerdings nur acht Häuser und vier Höfe aufgeführt. Einen anderen Zinsherrn gibt es nicht. Das bedeutet, daß der Grund und Boden der Stadt (mit Ausnahme des westlichen Amtsviertels, zu dem die zinspflichtigen Häuser und Höfe gehören) schon bei der Stadtwerdung freies Eigentum der Gemeinde war (in den Jahrhunderten seit der Gründung geworden ist), den sie zu freiem Eigentum an die Bürger weitergab. (Zinsen werden später an die Stadt nur für genützte „Allmende“, d. h. für Straßenanteile, Kellereingänge, Durchfahrten, Bauten im Festungsbereich u. ä. gezahlt.)

---

36 Ein eigenes „Ettenheimer Maß“ (Sester und Maß) verzeichnet das Wittelbacher Weistum aus dem 15. Jahrh. (ZGO 30, 1878, S. 486).

37 Die Höfe des Klosters in Ettenheim, Münchweier, Ringsheim und Burgbach sind alter, unbestrittener Klosterbesitz. Da ist auffällig, daß es von allen diesen Höfen (genauer: von den Matten, die Zubehör der Höfe sind) den Mederzins, den Rest eines alten Servituts, an das Bistum zu zahlen hat: ein Hinweis auf den allerersten Besitzer.

## 6. Nachbarorte

Von benachbarten Orten treten auf: „Altdorf, Wiler (Ettenheimweiler), Burbach, Ringesheim, Minewilr (Münchweiler), Richenwiler, Cappelle, Trißloch und Herboltzheim“. – „Wiler, Weiler“ ist die immer zu Ettenheim gehörende Ausbausiedlung im Südosten. „Wernherus de Wiler“ (68 v u. ö.) wohnt dort, „Burckardus dictus Wiler“ (70 v) ist schon Ettenheimer. – „Burgbach“, später Burbach, ist eine ausgegangene Hofgruppe im Annahäuslebachtal zwischen Münchweiler und Broggingen<sup>38</sup>; es umfaßt einen eigenen Bann: in Banno burgbach (68 r); dort wohnt „Dietricus Lepe“. – „Trißloch“ hieß eine Siedlung im „Trislocher Feld“ nördlich Kappel, seit je zur Vogtei Ettenheim gehörig. Es wird auch im Tennenbacher Güterbuch genannt (Sp. 1189), und 1619 ist in einer Skizze der Örtlichkeit auch eine Trislocher Kirche eingezeichnet.<sup>39</sup> – „Richenwiler“, ebenfalls mit eigenem Bann, lag südlich Grafenhausen; der in alten Quellen oft genannte „Richenwiler weg“ führte von der Landstraße durchs „Grün“ südlich der Rittmatten dorthin.<sup>40</sup>

Wallburg (alt: Walberg) ist in unserem Urbar nicht, nur im Tennenbacher (Sp. 298) erwähnt. Von entfernteren Orten treten auf Rynowe (Rheinau), Bretten (Brettental) und Straßburg.

## 7. Flurnamen<sup>41</sup>

Von den heute noch gebräuchlichen Gemarkungsnamen sind im Urbar leicht erkennbar wiederzufinden: pfaffenbach (öfters), Marbach/-pach (ö), offental/-dal (ö)<sup>42</sup>, an wiler berge 68 r = Weilerberg, Rorbach (ö), Osterbach (ö), Vilmars-/Vilmersbach (ö) = Filmersbach, an Minnicheberge 69 r = Münchberg, in alwigke 69 r = Altwick<sup>43</sup>, an Rüttematten (ö) = Rittmatten, an wolf(es)matten 69 r = Wolfsmatten, an dem Roetelberge 70 r, an müseberge 70 r = Myßberg („moosiger“, feuchter Berg), in Espenowe 70 v = Auf den Espen, heimendal 71 r, an dem griene/bi den grienen (ö) = Großes und Kleines Grün, brunneloch/brunnebach graben 71 v, 72 r = Brünnelinsgraben, an dem Rennewege 72 v = Rennweg, obe deme langen grunde 73 r = Langgrund.

Bei anderen Namen hat sich die sprachliche Gestalt in den 650 Jahren stärker verändert. Das erste der drei Felder (später Hähnle-Feld genannt)

38 Vgl. Ortenau 56 (1976) S. 164.

39 In einem Bericht des Ettenheimer Pfarrers Johannes Molitor an das Ordinariat in Molsheim; erwähnt bei K. Person, Verschwundene Ortschaften, in: Herbolzheimer Zeitung, 4. 2. 1939.

40 A. Kürzel: Schau-ins-Land 6 (1879) S. 89 f.

41 Die Ettenheimer Flurnamen sind noch nicht bearbeitet. Eine Materialsammlung der benachbarten Altdorfer Namen von A. Geppert in: Ortssippenbuch Altdorf, 1976, S. 95 – 109.

42 Offenbergr, Offental = zur allgemeinen Nutzung, z. B. zum Viehhüten, „offenes“, nicht „gebanntes“ Gelände.

43 F. Langenbeck, Vicus-Wisch-Altwick-Altenweg: ZGO 104 (1956) S. 273 – 290.

liegt „versus Krentzenbach“ (67 v). Eine der begüterten Familien, die Sippe „Krantz“ (Conradus, Bertholdus, Johannes Krantz) ist dort reich vertreten; von ihr haben der Bach und das heutige Gewann Kretzenbach den Namen. – Im Pfaffenbach hat ein gewisser Conradus Vinsterwalt Besitz (68 r); es wird kein Zufall sein, daß es nahebei noch heute den Flurnamen „Finsterwädele“ gibt. – Das Thomastor wurde schon erwähnt. Nicht weit vom Thomastor lag die „gebünde“ (71 r, 72 r), die „gebunde vndewendig der stat“ (73 r), auch „ortus dictus bunde“ (71 r) genannt: ein von der allgemeinen Feldflur ausgenommenes, darum gartenmäßig umzäuntes, größeres Stück Land für gehobenen Anbau. Daraus ist, durch Entrundung und Assimilation, über bind und bindle (1698: bini) das heutige „Bienle“ geworden. – „Im vohenloch“ (69 r, 72 v) müßte Buloch geworden sein, ebenso „bultzburne“ (70 r) zu Filzbrunnen.

„Zuo deme Rade“ (69 r, 72 v) hat sich in den „Radackern“ erhalten; die Sage vom „guten Rat“ hat den Namen volksetymologisch ausgedeutet.<sup>44</sup> – „An der Hochstraße“ (71 v) verweist auf jene, auch im Berain 5623 für den Ringsheimer Bann belegte, offenbar alte, vielleicht römerzeitliche Straße hin, deren schnurgerader Verlauf durch die heutigen Gemarkungen von Herbolzheim, Ringsheim, Ettenheim, Orschweier, bis Mahlberg sich noch verfolgen läßt. Stumpfwinklig abbiegend besteht nach Süden hin Anschluß an alte Heer-, Diet- und Königswege zum nördlichen Kaiserstuhl, nach Norden hin über Lahr/Burgheim bis ins Kinziger Tal.

Bedeutsam für die ältere Kirchengeschichte Ettenheims erscheinen zwei vergessene Namen, der „Garten“ und die „Quelle (Brunnen) des hl. Martin“: *de orto sancti Martini* (72 r) und *apud fontem sancti Martini* (71 v). Sankt Martin, der fränkische Nationalheilige, ist heute Nebenpatron der Kirche, neben dem Gerber-Patron Bartholomäus.<sup>45</sup> Es fragt sich, ob die Lagebezeichnungen unseres Urbars nicht auf den alten, eigentlichen Kirchenheiligen hindeuten. Zudem ist Martini seit je der Ettenheimer Hauptmarkttag und wichtigster Zinstermin. Martinskirchen reichen meist in die frühe, fränkische Zeit zurück. Wir wissen heute, daß die alte Ettenheimer Pfarrkirche immer auf dem Kirchberg, höher als die heutige, gestanden hat. Es ist diese Chorturmkirche, die 1637 zerstört und 1651 wiederaufgebaut wurde.<sup>46</sup> Der Umstand, daß sie samt dem Friedhof

44 Einem Ettenheimer fiel die Wahl zwischen einem Mädchen aus Straßburg und einem aus Freiburg schwer. Er ließ eines Tages sein Pferd entscheiden, ob es nach Süden oder Norden reiten wolle. Zunächst ging das Tier in Richtung Altdorf oder Straßburg, wendete dann aber am Radacker gegen Freiburg, was er zu seinem Glück als „guten Rat“ und Wink des Himmels akzeptierte.

45 Im Tennenb. Güterbuch steht schon ein Hinweis für eine Ettenheimer Verehrung des hl. Bartholomäus: die Stiftung eines Jahrtags an seinem Tage in Tennenbach durch die Witwe desselben Ulrich Hafener, dem auch die Stiftung (1326 von der Stadt bestätigt und erweitert) der Kaplanei in Ettenheim zu verdanken ist.

46 Vgl.: Ettenheim. Geschichte usw., S. 91 – 95.

auch außerhalb des Stadtringes lag und erst durch einen komplizierten Ausbau des Bergs (zuletzt doppelter Graben) einbezogen werden mußte, läßt vermuten, daß sie älter als die Befestigung, vielleicht sogar älter als der Ort sein könnte. Überreste daraus sind wahrscheinlich das karolingische Kapitell vom Hähnebrunnen (jetzt im Rathaussaal), ferner der Taufstein im Landesmuseum in Karlsruhe (ständig ausgestellt), der bis 1855 im Rathaus aufbewahrt und dann von der Stadt den neuen Karlsruher Sammlungen geschenkt wurde. Er stammt sicher aus der alten Kirche, nicht aus dem Kloster, wie in Karlsruhe vermutet. Jünger sind die Teile eines Heiligen Grabes, etwa aus dem 14. Jahrhundert: der sog. „Schläfer“ (Christus im Grab), in der Ettikostraße („Schläfergasse“) eingemauert, und eine trauernde Maria am Grab (im Rathaussaal).

In einem Ettenheimer Zinsbuch von 1698<sup>47</sup> leben noch einige Namen des Urbars: Wurinsberg (68 v, Lesung unsicher) in „Würmlinsberg“, Cristanshalden (70 r) in „Christlinshalten“, an Gerlinsberge (70 v) in „gerles-, görlinsberg“, Burckartes dal (72 v) in „Burckhertsthal“, an dem Hohoffe (70 r) in „im hohlauff“ (Tennenb. Güterb.: uf ruitmatten am hoholf).

Andere, vergessene Namen des Urbars sind: in Witprechhalden, an dem rebestal, uf dem dieffen wege, bi der Merbotten brunne, von Bernbach heldelin, bi schindelmatten, in langenbruocho, bi birbuemelin, Ma(n)ssenbrunnen, in dem lohelin, an dem Mulberge, an dem Ruonse, in den hegern, kressenbrunne, des Vasandes matte/gere.

Das etwas spätere Tennenbacher Urbar fügt unter „Ettenheim“ (Sp. 298) einen wichtigen Flurnamen hinzu, den weiteren Beweis für eine alte Kirche auf dem Berg, den frühen Beleg „an dem kilchberg“.

---

47 Herrschaftliches Zinsbuch 1698. Stadtarchiv Ettenheim, Zinsbücher.

## Die Reformation in der Landvogtei Ortenau unter besonderer Berücksichtigung von Achern

*Hugo Schneider*

Ende Oktober 1979 beging die evangelische Kirchengemeinde Achern das Fest zur Erinnerung an die Einweihung der Christuskirche im Jahre 1907. Abgesehen von der simultanen Anstaltskirche der Illenau ist sie die erste evangelische Kirche der Stadt. Dieses Ereignis gab Anlaß, die Reformation in der Landvogtei Ortenau, besonders in Achern zu erforschen, eine Aufgabe, die infolge der spärlichen Quellen nur begrenzt möglich ist. (Auf die Darstellung der Verhältnisse in den Reichsstädten Offenburg, Gengenbach und Zell a.H. wurde verzichtet, da sie schon eingehend untersucht sind).

### *Der Markt Flecken Achern*

Bis zur Einverleibung in Baden 1805 war Achern ein Markt Flecken, ein Mittelding zwischen Stadt und Dorf. Die Bevölkerung war nicht groß; 1551 zählte sie 99 waffenfähige Männer. Es gab hier kein Adelsgeschlecht, das dem Ort in baulicher Hinsicht sein Gepräge gegeben hätte, auch kein Kloster, das ihm in religiöser und geistiger Hinsicht eine gewisse Bedeutung hätte verleihen können. Die Bewohner lebten von der Landwirtschaft; daneben gab es auch Handwerker und Kaufleute, wobei dem Hanfhandel eine besondere Stellung zukam. Doch ganz unbedeutend war Achern nicht, denn es war Sitz des Gerichtes Achern der Landvogtei Ortenau. Diese war reichseigenes Gebiet und unterstand unmittelbar dem Kaiser. In der Brevis Descriptio von 1559<sup>1</sup> heißt es: „Die Landvögtischen sind sonst niemand als dem Römischen Reich immediati unterworfen“. Darum wurde die Landvogtei „vom gemeinen Mann in und aus dem Land noch des Königs Land und die darin gehörigen Untertanen jeder Zeit wie noch die Königischen geheiß“. Seiner Lage nach war das Gericht Achern eine Enklave, die von der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, der Markgrafschaft Baden und dem Hochstift Straßburg umschlossen war. Zu ihm gehörten außer Niederachern, das heutige Achern, Oberachern, Fautenbach, Önsbach und Gamshurst, das Aftergericht Ottersweier mit Lauf sowie Fernach bei Oberkirch, ein kleines Gebiet, das 1559 302 Bürger zählte. Tagungsort des Gerichts war die „Laube“, ein Gebäude auf dem heutigen Adlerplatz; darin war die „Stube“, das Beratungszimmer. Dem Gericht stand der

---

<sup>1</sup> GLA 67/773.

Vogt vor, der von der Herrschaft eingesetzt wurde und ihr allein verantwortlich war. Er blieb solange im Amt, als sie bestimmte. Die besonderen Aufgaben des Marktflückens hatte der Schultheiß oder Heimburge zu erledigen, dessen Tätigkeit gewöhnlich ein Jahr dauerte.

Zwar war der Kaiser Herr der Landvogtei. Aber in seiner Geldnot hatte sie Ludwig der Bayer 1334 verpfändet, und die Pfandschaft dauerte unter wechselnden Pfandherren bis 1551. In diesem Jahr löste sie das Haus Habsburg für sich ab.

Um 1500 waren Pfandherren der Bischof von Straßburg und die Kurpfalz. Da der Besitz nicht geteilt wurde, verwalteten die Amtsleute der Pfandherren gemeinsam von der Burg Ortenberg aus die Landvogtei. 1504 verließ Kaiser Maximilian den pfälzischen Anteil als Entschädigung für rückständigen Sold, Dienst und Darlehen an den Grafen Wolfgang von Fürstenberg. Als dieser 1509 starb, erbte sein ältester Sohn Wilhelm den Pfandanteil, dazu die eigene Grafschaft Kinzigtal, während der jüngere Sohn Friedrich die Grafschaft Baar erhielt.

Diese beiden Brüder Wilhelm und Friedrich sind für die Entwicklung der religiösen Verhältnisse in der Landvogtei von entscheidender Bedeutung, denn Wilhelm führte in ihr die Reformation durch, und Friedrich machte sie wieder rückgängig.

### *Die Stadt Straßburg und die Reformation*

Die führende Macht auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet am Oberrhein war Straßburg. Es war eine freie Reichsstadt, zugleich aber auch Sitz eines Bischofs, dem als kirchlichem Oberhaupt auch rechtsrheinische Gebiete, darunter die Landvogtei Ortenau unterstanden. Zugleich war er Landesherr des Sasbach-, Acher- und Renchtales sowie des Distrikts Ettenheim. Aus den Straßburger Werkstätten bezogen die Kirchen und Klöster die Altäre, Heiligenfiguren und Gemälde für ihre Gotteshäuser. Nach Straßburg brachten die Bauern ihre Erzeugnisse; von dort holte man den geschätzten elsässischen Wein. Der Rat der Stadt kümmerte sich nicht bloß um ihre Belange, sondern auch um die Ordnung in den umliegenden Gebieten. Demnach war seine Stellung zur Reformation von beträchtlichem Einfluß auf die benachbarten Herrschaften und ihre Untertanen.

Schon früh wandte sich der Rat von Straßburg der evangelischen Bewegung zu, auch deswegen, weil die vielen Klöster der Stadt mit ihrem ausgedehnten Grundbesitz und ihren zahlreichen Freiheiten der städtischen Verwaltung nicht unterstanden. Sie wurde durch einige bedeutende Theologen gefördert,

---

2 O. Kähni, Die Landvogtei Ortenau, in: F. Metz, Vorderösterreich, Freiburg i.Br., 2. Aufl. 1967, S. 491-503.

die in der Stadt wirkten, so Martin Bucer aus Schlettstadt, neben Luther und Melanchthon der führende deutsche Reformator, außerdem Wolfgang Capito („Köpfl“) aus Hagenau, Johann Sturm aus Schleiden, der das Straßburger Gymnasium gründete, schließlich Caspar Hedio („Heid“) aus Ettligen. Von der städtischen Seite setzte sich nachhaltig für die Ziele der Reformation Jakob Sturm ein, ein Mann von staatsmännischen Qualitäten. Die Bedeutung der Stadt für die neue Lehre erkannte schon Papst Hadrian VI., der in seinem Schreiben vom 30. 11. 1525<sup>3</sup> den Rat zur Beständigkeit im alten Glauben aufforderte und ihn ermahnte, keine lutherischen Schriften drucken zu lassen. Doch darum kümmerten sich die Männer der Stadt nicht.

Schon 1524 hatte der Rat in der Instruktion vom 5. 1. 1524<sup>4</sup> seine Gesandten für den Nürnberger Reichstag von dem Befehl unterrichtet, daß die Prädikanten nur „das Evangelium und die göttliche Schrift“ auf den Kanzeln verkünden dürften. Die gleiche Instruktion erhielten auch die Vertreter der Stadt für den Städtetag zu Speyer<sup>5</sup> im gleichen Jahr. Gelten solle nur die hl. Schrift; die Verkündigung aller anderen Lehren ist zu unterlassen. Weitreichender war die Anweisung, die Städte sollen einen gemeinsamen „Rat“ herbeiführen über die Verheiratung der Priester, die Erteilung des Abendmahles unter beiderlei Gestalten sowie die Befolgung der Kirchengebote (Osterbeichte, Fasten usw.). Im Februar 1524 wurde in Straßburg zum erstenmal das Abendmahl unter beiderlei Gestalten erteilt, bald danach die Messe in deutscher Sprache gelesen und schließlich 1529 abgeschafft. Maßnahmen des Rates gegen Priester und Klöster zogen ihm am 10. 1. 1525 den Tadel des Reichsregimentes<sup>6</sup> zu. 1529 wurden fast alle Klöster aufgelöst und ihr Besitz von der Stadt eingezogen. Was in Straßburg erfolgreich durchgeführt wurde, blieb nicht ohne Auswirkungen auf die umliegenden Gebiete.

### *Der Bauernaufstand in der Ortenau 1525 und die evangelische Bewegung.*

Im April 1525 brach im Unterelsaß und in der Ortenau der Bauernaufstand aus, in dem sich die Bauern gegen die Unterdrückung durch ihre Herren wehrten und ihre überkommenen Rechte und Freiheiten verteidigten. Stark angetrieben wurden sie dabei vor allem im Unterelsaß durch reformatorische Gedanken. So bat am 17. 4. 1525 der in Altdorf versammelte Haufen von aufständischen Bauern, der sich „die Versammlung christlicher Brüder“ nannte, den Rat der Stadt Straßburg um Hilfe in Sachen des Evangeliums, da bei ihnen das hl. Evangelium „noch nicht harhaftig und befestigt ist“.<sup>7</sup> Und „die Versammlung der Brüder in Christo Jesu“, die sich beim Kloster Neuburg (bei

---

3 Virck 135.

4 Virck 162.

5 Virck 171.

6 Virck 177.

7 Virck 198.



Hagenau) zusammengefunden hatte, bat den Rat, ihnen bei der Durchführung ihrer Forderungen behilflich zu sein, da sie gewillt seien, „fürder zu leben in rechter brüderlicher Treu und Liebe nach Vermögen des Hl. Evangeliums“.<sup>8</sup> Bei den engen Beziehungen, die zwischen den elsässischen und den ortenauischen Heerhaufen bestanden, ist anzunehmen, daß bei den letzteren auch ähnliche Gedanken wirksam waren.

In der nördlichen Ortenau hatten sich inzwischen 2 Heerhaufen von aufständischen Bauern gebildet. Der eine lagerte bei Schwarzach — er erhielt Zuzug von dem Neuburger Haufen —, der andere bei Oberkirch, dem sich Hanauer Bauern anschlossen. Um die Ruhe und Ordnung in seinem Land zu sichern, wandte sich Markgraf Philipp von Baden an den Rat der Stadt Straßburg und bat ihn um Unterstützung.<sup>9</sup> Beunruhigt durch die Exzesse der Aufständischen sah auch er sich gezwungen einzuschreiten.

Am 27. 4. trafen sich in der „Laube“ zu Achern die vom Rat bestellten Vertreter, der Ritter Bernhard Wurmser und Caspar Rommler sowie der Abgesandte des Markgrafen, der Kanzler Dr. Hieronymus Vehus mit den Hauptleuten und Obersten des Haufens unter Führung von Wolf Schitterlin aus Willstätt und von Jörg von Wimpfen aus Achern.<sup>10</sup> Während der Besprechung verwies der eine der Anführer auf die Artikel des Buches „so aus dem Land zu Schwaben gekommen sind“, die 12 Artikel, die der Kanzler, darum gebeten, vorlas. Da sie „gut und christlich“ seien, beschlossen die Bauern, bei ihnen zu bleiben und sie als Grundlage für die Verhandlungen zu verwenden. Nach „vielen Beratungen, Mut und Arbeit“ konnte schließlich ein Vertragswerk erarbeitet werden, das am 25. 5. in Renchen unterzeichnet wurde und darum der *Renchener* oder auch der *Ortenauische Vertrag*<sup>11</sup> heißt. Ihm gaben ihre Zustimmung der Bischof von Straßburg Wilhelm von Honstein, der Markgraf Philipp von Baden, der Meister und Rat der Stadt Straßburg, Graf Wilhelm von Fürstenberg als Landvogt der Ortenau, die beiden Grafen von Hanau-Lichtenberg, Angehörige der Ortenauer Ritterschaft, die Schultheißen, Bürgermeister, Gerichte und der Rat einer Anzahl von Städten und Dörfern des mittelbadischen Raumes, darunter auch Achern.

In seinem Aufbau schließt sich der Renchener Vertrag eng an die 12 Artikel<sup>12</sup> an. In der gleichen Reihenfolge wie dort werden Vereinbarungen getroffen über die Pfarrerwahl, den Zehnten, die Freizügigkeit, das Jagdrecht, den Wald, die Frondienste und Gülten, die Frevel und Allmende sowie den Fall.

8 Virck 205.

9 Virck 342.

10 Virck 349.

11 Bawrisch Vertrag in Ortenaw A 1525, gedruckt zu Straßburg bei Wolff Köpphel 1525. GLA Co 2222. Handschriftliches Konzept GLA 74/4555;

G. Franz, Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges, München 1963. 197, S. 563-569;

Vgl. H.-M. Pillin, Oberkirch 1. Bd. Oberkirch 1975;

K. Hartfelder, Zur Geschichte des Bauernkrieges in Südwestdeutschland, Stuttgart 1884.

12 G. Franz, Quellen 43, S. 174-179.

Aber es zeigten sich auch beträchtliche Unterschiede. So fehlen vor allem die Hinweise auf die Bibel, wodurch in den 12 Artikeln die einzelnen Forderungen als berechtigt motiviert werden. Da die Anwesenden sich um eine Beseitigung der vorgetragenen Mißstände bemühten, sind die getroffenen Abmachungen umfassender und eingehender als die 12 Artikel. Dies mag wohl dem Einfluß des Juristen Dr. Vehus zuzuschreiben sein sowie den beiden Straßburger Vertretern.

Für unseren Zusammenhang sind nur die Punkte 1 und teilweise auch 2 von Bedeutung. Sie beschäftigen sich mit der Besetzung der Pfarreien sowie den Aufgaben und der Besoldung der Pfarrer.

Für die Besetzung einer Pfarrei ist nicht mehr allein der „Lehensherr“, der Patron, zuständig, sondern auch das Gericht des Ortes sowie ein Ausschuß der Gemeinde. Diese Maßnahme gilt jedoch nur, wenn der Patron kein Ordensangehöriger oder eine Frau ist. Der Bewerber muß für sein Amt tauglich sein. Darum sollen die für die Einstellung Verantwortlichen sich über seine Art zu predigen vergewissern und seine Verkündigung des Wortes Gottes, darüberhinaus über sein Wesen und seinen Lebenswandel, der keinen Anlaß zum Ärgernis bieten darf, Erkundigungen einziehen.

Aufgabe des Pfarrers ist es, das Wort Gottes „lauter und unverdunkelt“ zu verkündigen, aber auch sittliche Verstöße zu tadeln. Für die Art zu predigen sollen die Prediger des Alten und Neuen Testaments Vorbild sein. Nicht darf er die Ehre eines anderen angreifen oder schmälern, nicht etwas vortragen, was Unfriede oder Aufruhr hervorruft oder einem anderen schadet. Seine Ausführungen muß er mit Stellen aus der Hl. Schrift belegen können und jedem, der ihn deswegen anspricht, Rede und Antwort geben. Jene Pfarrer, die den gestellten Anforderungen nicht entsprechen, sollen trotzdem in den nächsten 4 Monaten angestellt werden, damit sie nicht darben und die Pfarrangehörigen nicht das Wort Gottes entbehren müssen. Das Einkommen eines Pfarrers soll so sein, daß er keinen Mangel leidet und dadurch an der Verkündigung des Wortes Gottes gehindert werde. Ihm gehöre ein geziemender Anteil aus den Zehnt- und Pfarrgefällen, damit er nicht gezwungen ist, sich ein zusätzliches Einkommen aus „Nebenschinderei“ wie Opfer, Beicht o.a. zu beschaffen. Jedem seiner Pfarrkinder stehe er ohne besondere Vergütung zur Verfügung. Den armen Leuten soll er helfen. Außerdem soll er sich ehrlich verköstigen. Nichts aus den Pfarrgefällen dürfen Kinder oder Jugendliche erhalten, die wegen ihres Alters noch nicht für das Pfarramt taugen. Sollte ein Pfarrer nicht den Anforderungen des Amtes entsprechen, so kann er auf Grund eines Beschlusses von Patron, Gericht und Ausschuß der Gemeinde wieder entlassen werden.

Die vorgenannten Bestimmungen stellen eine Kritik an der damaligen Praxis dar, die Pfarrstellen zu besetzen, dazu an der Ausbildung der Geistlichen und

ihrer Amtsführung.<sup>13</sup> Durch die Pfarrerwahl suchen sie Abhilfe zu schaffen. Ob die angedeuteten Mißstände von genereller Art sind oder nur für einzelne Pfarreien gelten, läßt sich infolge des Fehlens von Quellen nicht ermitteln.

An den Bestimmungen fällt auf: Nirgends wird von den Bischöfen gesprochen, denen doch die Pfarrer als der geistlichen Obrigkeit unterstellt sind, nirgends ihre priesterlichen Aufgaben erwähnt wie Messelesen, die Sakramente spenden usw. Der Pfarrer ist nur Prädikant, Verkünder des Wortes Gottes, Diener am Wort. Im Mittelpunkt steht die Bibel, die allein Norm für Lehre und Leben ist, die „klar und unverdunkelt“ ausgelegt werden soll.

All die angeführten Bestimmungen entsprechen den Forderungen der evangelischen Bewegung. Dennoch geht wohl die Deutung zu weit, der Beitritt zum Renchener Vertrag bedeute zugleich den Übertritt zum evangelischen Bekenntnis.

### *Die Ausbreitung der Reformation in der Landvogtei*

Die Ausschreitungen des Bauernkrieges und sein für die Bauern furchtbares Ende konnten die weitere Ausbreitung der evangelischen Bewegung nicht aufhalten. Zu weite Kreise hatte schon die Ablehnung der alten Kirche und ihrer Lehren und Gebräuche erfaßt. Zu wenig Bereitschaft fand sich unter ihren Anhängern, sie entschieden zu verteidigen. Zu leidenschaftlich waren aber auch die Angriffe von Prädikanten, die im Volk für die neue Lehre warben. So wird von einem berichtet, der 1528 im Zinken Steinebach der Gemeinde Kappelrodeck „Winkelgottesdienste“ abhielt. Wer diese Prädikanten waren und woher sie stammten, ist unbekannt, aber über die Anschauungen, die sie vortrugen, lassen sich einige Kenntnisse ermitteln. In seinem Schreiben vom 8. 12. 1526<sup>14</sup> erhob der Konvent des Benediktinerklosters Gengenbach beim Bischof Wilhelm von Honstein schwere Vorwürfe gegen den Leutpriester an der dortigen Pfarrkirche. So leugnete er die wirkliche Gegenwart Christi unter den Gestalten von Brot und Wein nach der Wandlung; sie seien nur ein Zeichen. Konsekrierte Hostien solle man nicht in einem „Kensterlin“ (Tabernakel) aufbewahren, daß sie die Milben und Würmer fressen. Für die Krankenkommunion nehme man ungesegnetes Brot und segne es erst beim Kranken. Die Messen sind gottlos und müssen abgeschafft werden. Da der Rat der Stadt Gengenbach es ablehnte, der diesbezüglichen Bitte des Predigers nachzukommen, forderte er die Gemeinde auf, ihm zu helfen. Als ein Mann und seine Frau beichten wollten, stellte er dies ab. Außerdem weigere er sich, bei der Taufe das feierlich geweihte Taufwasser sowie die hl. Öle zu verwenden; sie

---

13 Vgl. E. W. Zeeden, Über die Krise der Kirche im ausgehenden Mittelalter, in: Oberrheinisches Pastoralblatt 62. Jahrg. Heft 7 1961;

F. W. Oedinger, Über die Bildung der Geistlichen im späten Mittelalter, Leiden-Köln 1953.

14 GLA Landvogtei Ortenau 119. Vgl. E. Batzer, Neues über die Reformation in der Landvogtei Ortenau sowie in den Städten Gengenbach und Offenburg. ZGO NF XXXIX 1924 I.

solle unter Benützung der deutschen Sprache gespendet werden. Schließlich solle beim Gottesdienst in der Pfarrkirche der Kirchengesang wie in Straßburg sein, d.h. statt der lateinischen Meßgesänge sollen deutsche Lieder gesungen werden u.a. Sicherlich sind die obigen Vorwürfe aus dem Zusammenhang gegriffen, aber, abgesehen von der Kritik an liturgischen Gebräuchen und der Forderung, die Muttersprache im Gottesdienst zu verwenden, handelt es sich um Lehren (z.B. Abendmahlsfrage), die noch heute zwischen der kath. und der ev. Kirche kontrovers sind.

Im Zusammenhang damit steht wohl auch der Fall des Sasbachers Vikars Denger, der sich 1533 weigerte, die Messe zu lesen und die priesterlichen Funktionen seines Amtes zu verrichten.<sup>15</sup>

Überall war man allerdings nicht bereit, die Neuerungen hinzunehmen. Widerstand leisteten das Kloster Gengenbach, aber auch Allerheiligen, das in den von ihm betreuten Pfarreien keine lutherischen Prädikanten als Pfarrer duldete. Der Bischof von Straßburg zeigte sich dagegen bereit, den Gläubigen entgegenzukommen. Als der Schultheiß, das Gericht und die Gemeinde Achern ihn baten, die Pfarrechte von der Johanneskirche in Oberachern auf die Liebfrauenkapelle in Niederachern zu übertragen, stimmte er 1535 zu.<sup>16</sup> Seitdem brauchten die Acherner nicht mehr bei Wind und Wetter nach Oberachern zu gehen, um die Sakramente zu empfangen und ihre Toten zu beerdigen. Trotzdem hatte sich die evangelische Bewegung in den zwanziger Jahren so stark in der Landvogtei eingewurzelt, daß sie nicht mehr zurückgedrängt werden konnte.

### *Graf Wilhelm von Fürstenberg und die Reformation in der Landvogtei*

Der Zusammenbruch der überkommenen kirchlichen Ordnung und die Neigung der Anhänger der Reformation zu Spaltungen zwang die Fürsten, sich verstärkt um die religiösen Verhältnisse in ihren Territorien zu kümmern. Sie erfüllte außerdem das Bewußtsein, daß der Landesherr nicht nur für das materielle Wohl seiner Untertanen verantwortlich sei sondern auch für ihr Seelenheil, mithin er über ihr religiöses Bekenntnis zu bestimmen habe. Dem lag der Rechtsgrundsatz zu Grunde „cuius regio eius religio“ (wes das Land des der Glaube).

Als Reichsgebiet unterstand die Landvogtei unmittelbar dem damaligen Kaiser Karl V. Er übergab die Regierung der deutschen Teile seines Reiches seinem Bruder Ferdinand, den er 1531 zum Römischen König wählen ließ. Demnach war dieser für die Landvogtei zuständig. Infolge der Pfandschaft lag die Verwaltung tatsächlich in den Händen der Pfandherren, des Bischofs Wilhelm von Honstein von Straßburg und des Grafen Wilhelm von Fürstenberg bzw.

15 E. Döbele, Geschichte der Pfarrei Sasbach, Bühl 1950, S. 94.

16 Ph. Ruppert, Kurze Geschichte der Stadt Achern. Achern 1880, S. 127.



*Graf Wilhelm von Fürstenberg nach einem Gemälde auf Schloß Heiligenberg*

ihrer Amtsleute. Da Wilhelm als Soldat sowohl im Dienst des Kaisers wie auch des französischen Königs Franz I. meist außer Landes weilte, kümmerte er sich wenig um seine Territorien. Dies änderte sich, als er 1538 aus Frankreich heimkehrte und 1540 nach dem Tode seiner Mutter zur Regierung des Pfandschaftsanteils auch die der Grafschaft Kinzigtal übernahm.

Dieser Graf, ein ungewöhnlicher Mensch, war eine Soldatennatur von hoher militärischer Begabung, kein einheitlicher Charakter, sympathisch in seinem Auftreten, aber auch zügellos, gewalttätig und geldgierig. Erfüllt von starkem Ehrgeiz und Selbstbewußtsein, wechselte er oft seine Dienstherrn, weshalb er vielen als unzuverlässig und unbeständig galt. Andere bewunderten ihn wegen seines imponierenden Äußeren und seines weltmännischen Auftretens. Wilhelm war ein überzeugter Anhänger der Reformation, deren Auffassung von der Bibel als einziger Glaubensnorm er ebenso teilte wie die Rechtfertigung allein aus dem Glauben. Während seines wiederholten Aufenthaltes in Straßburg war er für die neue Lehre gewonnen worden. Er kannte Bucer und Capito, war befreundet mit Hedio, der ihn in religiösen und politischen Fragen beriet, während Jakob Sturm ihm mehr reserviert gegenüberstand. In Straßburg traf er auch mit Calvin zusammen, der ihn schätzte. Mit Zwingli nahm er am Marburger Religionsgespräch 1529 teil.<sup>17</sup>

Wie die übrigen Landesfürsten war auch Wilhelm davon überzeugt, daß er auch für das religiöse Bekenntnis und damit für das Seelenheil seiner Untertanen verantwortlich sei. So begann er seit 1539, vor allem seit 1540 die Reformation in seinen Territorien durchzuführen. Rechtlich stand ihm dies zu für die Herrschaft Kinzigtal, aber nicht für die Landvogtei Ortenau. Ihr Herr war König Ferdinand. Als er bei diesem wegen seiner reformatorischen Maßnahmen angezeigt wurde, antwortete er dem König in seinem Schreiben vom 7. 8. 1540<sup>18</sup>, daß hier das Evangelium schon vor 20 Jahren gepredigt wurde und es sich in seiner Abwesenheit so eingewurzelt habe, daß er es nicht mehr abstellen konnte. Nichts anderes werde dort in den Dörfern und Orten gepredigt als das „klare, lautere Wort Gottes des Alten und Neuen Testaments“. Er selbst habe in der „gemeinen Landschaft“ keine Neuerung, keinen Mißglauben, keine Sekte oder Zwietracht zugelassen, und wo sich etwas Ärgerliches und Aufrührerisches erhob, habe er die Schuldigen bestraft. Jene „verführerischen Prädikanten“, die das Volk vom wahren christlichen Glauben abweisen, habe er nicht geduldet.

Die Durchführung der Reformation erfolgte in der Weise, daß die katholischen Pfarrer ihre Pfarreien verlassen mußten. Ohne Berücksichtigung der rechtlichen Verhältnisse setzte Wilhelm an ihre Stelle aus eigener Machtvollkommenheit evangelische Prädikanten ein. Ihre Namen sowie die Pfarreien, die sie verwalteten, sind für die Grafschaft Kinzigtal bekannt. Der führende

17 Über die Persönlichkeit Wilhelms vgl. J. H. Wagner, a.a.O. S. 281-287.

18 Schreiben des Grafen Wilhelm an König Ferdinand vom 7. 8. 1540 GLA 202/441.

Kopf unter ihnen war der Wolfacher Pfarrer Martin Schalling, den der Graf aus Straßburg berufen hatte.<sup>19</sup>

Für die Landvogtei liegen keine Angaben vor. Doch läßt sich aus späteren Berichten feststellen, daß es in der Pfarrei St. Stefan in Oberachern, auch in Fautenbach, Appenweier und Windschlag evangelische Pfarrer gab.

Mit der Einführung der Reformation scheint eine Art Bildersturm in den Pfarrkirchen vor sich gegangen zu sein, denn in einem Schreiben des Straßburger Bischofs Erasmus an den Abt von Gengenbach<sup>20</sup> von 1548 heißt es, daß die Bilder und „Ornate“ (Schmuck) von den Altären entfernt wurden und daß die Kirchenwände so bemalt wurden, daß die Kreuze darauf, die Zeichen der Konsekration der Kirche, ausgetilgt wurden.

Die Reformation war äußerlich durchgeführt. Unbekannt jedoch ist, wie das Volk auf die Neuerungen hin reagierte. Zwar wird gesagt, daß die Untertanen des neulich angenommenen Wortes Gottes verständig seien, doch bald stellten sich auch vielerlei Mißstände ein. Sie rührten daher, daß nach Beseitigung der alten Kirchenordnung keine neue geschaffen wurde, daß es an Prädikanten fehlte, um alle Pfarreien zu versorgen; schließlich traten auch die Wiedertäufer in den Territorien auf, eine religiöse Gemeinschaft, die die Kindertaufe verwarf, die persönliche Religionsfreiheit forderte und für eine Trennung von Staat und Kirche eintrat. Um über die Abstellung dieser Mißstände zu beraten trafen sich die Prädikanten der Landvogtei und der Herrschaft Kinzigtal Ende Mai 1540 in Haslach i.K.<sup>21</sup> Da sie mit ihren Predigten allein die Verhältnisse nicht ändern zu können glaubten, wandten sie sich an den Grafen, der sie ja bestellt hatte, um Hilfe. Ohne seinen Beistand, seinen Befehl und seine Gewalt könnten sie nicht viel ausrichten.

So forderten sie ihn auf, eine neue dem Worte Gottes gemäßige Kirchenordnung aufstellen zu lassen, ferner daß Hedio oder ein anderer Beauftragter in den Herrschaften Kirchensitationen abhalte, daß in jenen Pfarreien, die noch keinen Prädikanten haben, einer eingesetzt werde, damit das Volk nicht verwildere — auch für ihre Besoldung müsse gesorgt werden —, daß die Verwandtenehe verboten werde und schließlich Unbußfertige und Verstockte nicht ohne Ermahnung zu den Sakramenten zugelassen werden dürfen.

Ob die angeführten Klagen für alle Gebiete gleichmäßig gelten, läßt sich nicht ermitteln. Sicherlich trifft die eine oder andere auch für die Landvogtei zu. Wiederholt führte danach wie auch schon vorher Hedio Kirchensitationen durch. Dabei kam er sicherlich auch nach Achern. 1542 ordnete der Graf die Einkünfte der Pfarrer in der Herrschaft Kinzigtal.<sup>22</sup> Für sie erließ er 1543 eine

19 K. H. Roth von Schreckenstein, Die Einführung des Interims im Kinzigtal FDA 2. 1866. Beilage X. FFA Eccl. 135 Fasc. XIV.

20 GLA 202/441.

21 Roth von Schreckenstein, a.a.O. Beilage I.

22 Roth von Schreckenstein, a.a.O. Beilage II.

Landesordnung<sup>23</sup>, „das Gotteswort belangend“. Darin verbot er, daß jemand das Wort Gottes schmälere oder lästere, und verfügte, daß jedermann an Sonn- und Feiertagen die Predigt höre. Wer dies unterläßt, soll das 1. Mal mit einer Strafe von 1/2 fl, das 2. Mal von 1 fl usw. bestraft werden. Wenn er dieses Geld nicht aufbringen kann, soll er für jeden schuldigen Gulden 4 Tage und Nächte bei Wasser und Brot in den „Turn“ (Gefängnis) gesperrt werden. Während der Predigt darf niemand tanzen, Karten spielen, zechen, an öffentlichen Orten herumstehen oder -sitzen. Bei Strafe ist es jedem Untertanen verboten, an fremden Orten die Messe zu hören.

Diese Landesordnung galt nicht für die Landvogtei, denn dort wäre für ihre Rechtswirksamkeit auch die Zustimmung des Bischofs von Straßburg als des andern Pfandherrn erforderlich gewesen, und diese war nicht zu erwarten. Schließlich verfügte der Graf in einem Schreiben vom 25. 4. 1546<sup>24</sup>, daß jährlich in seinen Territorien durch Hedio und Schalling im Beisein der Amtsleute Kirchenvisitationen abgehalten werden. Allerdings ist es fraglich, ob es dazu kam, denn inzwischen hatten sich die politischen Verhältnisse zu ungunsten Wilhelms verändert.

#### *Das Interim und das Ende der Reformation in der Landvogtei Ortenau*

Mit der Einführung der Reformation in der Landvogtei und in der Herrschaft Kinzigtal war in Mittelbaden ein protestantisches Territorium entstanden. Ihm folgte ein weiteres, das Hanauerland, dessen Graf Philipp IV. von Hanau-Lichtenberg sich 1545 ebenfalls der neuen Lehre anschloß. Auch in der Markgrafschaft Baden-Baden breitete sie sich allmählich aus, denn Markgraf Bernhard III. gestattete in seinem Machtbereich die Ehe von Priestern sowie die Erteilung des Abendmahls unter beiderlei Gestalten für jene, die es wünschten. Bereits 1535 hatte er in Lahr mit Zustimmung des Grafen von Nassau, mit dem er dort die Herrschaft teilte, die Neuerung durchgeführt. Nur das Gebiet des Bischofs von Straßburg blieb der alten Kirche treu, doch auch hier fanden sich Anhänger der neuen Lehre. So trat der Leutpriester Jörg Kremer, der die Pfarrei Sasbach von 1542—1545 versah, zum neuen Bekenntnis über und wurde 1548 der erste evangelische Pfarrer von Willstätt. Die Bewohner von Sasbach wollten jedoch beim alten Glauben bleiben, und die Gemeinde bat 1548 dringend den Patronatsherrn der Kirche, den Abt von Schuttern, ihnen einen rechtschaffenen Priester zu senden, da sie bei der „altchristlichen Lehre“ verbleiben wollten, obwohl sie mitten unter den neuen Predikanten und Lehrern lebten<sup>25</sup>. Die weitere Entwicklung des Protestantismus in der Landvogtei Ortenau war eng mit dem Schicksal des Grafen Wilhelm von Fürstenberg verknüpft. Etwa 1541 war die Reformation in seinen Territorien

23 MFA I. Bd. Nr. 463.

24 Roth von Schreckenstein, a.a.O. Beilage III.

25 E. Döbele, a.a.O. S. 99.



abgeschlossen. 1542—1544 nahm er wieder als Heerführer an dem Krieg Karls V. gegen Franz I. teil. Dabei geriet er in französische Gefangenschaft. Für seine Freilassung forderte der französische König ein hohes Lösegeld. Wilhelm hoffte, daß Karl es bezahlen werde, aber der Kaiser lehnte dies ab. Erbittert darüber, wandte sich Wilhelm von ihm ab und näherte sich dem Schmalkaldischen Bund, einer Gemeinschaft protestantischer Fürsten und Städte zum Schutz ihres Glaubens gegen alle Angriffe, auch die des Kaisers. Als es 1546 zum Krieg gegen den Kaiser kam, hielt sich Wilhelm im Lager der Schmalkaldener auf, ohne selbst am Kampfe teilzunehmen. Doch Karl betrachtete dieses Verhalten des Grafen als Zeichen der Untreue, und so mußte Wilhelm nach der Niederlage der Schmalkaldener in der Schlacht bei Mühlberg (1547) fürchten, deswegen bestraft zu werden, zumal er sich weigerte, den Kaiser fußfällig um Verzeihung zu bitten. Aus Sorge, dieser werde ihm seine Territorien nehmen, trat er sie 1547 an seinen Bruder Friedrich ab. So hoffte er, sie seiner Familie erhalten zu können. Friedrich war katholisch geblieben und stand beim Kaiser in hohem Ansehen. Allerdings bangte auch er um den Besitz der Landvogtei, doch hoffte er, durch Entgegenkommen und Fügsamkeit sich die kaiserliche Gunst zu erhalten. Das zeigte sich besonders in seinem Verhalten bei der Einführung des Interims.

Um die religiöse Einheit in seinem Reich, zumindest bis zum geforderten allgemeinen Konzil wiederherzustellen, beauftragte Karl V. eine Anzahl Theologen, darunter auch Bucer von Straßburg, eine Zwischenlösung zu finden, das Interim. Darin wurde den Protestanten der Laienkelch sowie die Priesterehe zugestanden bis zur endgültigen Entscheidung durch das Konzil. In Bezug auf die Glaubenslehren solle es beim Alten bleiben. Die Ausführungen über die Messe waren undeutlich. Dieser Lösung widersetzten sich die katholischen Stände. Darum verfügte der Kaiser, daß der Reichstagsabschied, durch den das Interim verkündet wurde, nur für die Protestanten gelten solle. Doch deren Widerstand war noch heftiger. Als sich Friedrich von Fürstenberg nach dem Augsburger Reichstag 1548 vom Kaiser verabschiedete, befahl ihm dieser, „die sich zur neuen Konfession begeben“ zu ermahnen, vermöge des Reichstagsabschiedes das Interim anzunehmen, außerdem ihm zu berichten, wie sich die Untertanen dazu verhielten und was unternommen wurde.<sup>26</sup> Der Graf besorgte sich 3 gedruckte Texte des Interims und schickte sie dem Obervogt in der Ortenau und im Kinzigtal Jost Münch von Rosenberg, einen für den Gebrauch der Amtsleute, einen für die Herrschaft Kinzigtal und einen für die Landvogtei. Ihm und den anderen Amtsleuten gab er den Befehl, es zu vollstrecken und über die Maßnahmen, die ergriffen wurden, zu berichten.

In staatsrechtlicher Hinsicht bot die Durchführung des Interims in der Grafschaft Kinzigtal keine Schwierigkeiten, da Friedrich in ihr die einzige Obrigkeit war. Anders lagen jedoch die Verhältnisse in der Landvogtei, wo er die

---

<sup>26</sup> Schreiben vom 11. 7. 1648 FFA Eccl. 135 Fasc. 14.

Herrschaftsrechte mit dem Bischof von Straßburg teilen mußte. Mit der Verkündigung des Interims wurde der Amtmann Hans Musler beauftragt. Allerdings konnte dieser den Befehl nicht zur festgesetzten Zeit ausführen, da inzwischen Unruhen in der Ortenau ausgebrochen waren. Sie waren verursacht worden durch die kaiserlichen Truppen der Neapolitaner, die ihr Lager verlegen wollten. So glaubte Musler, die Untertanen nicht ohne Gefahr zusammenrufen zu können. Jost Münch von Rosenberg, der Obervogt, war außerdem der Meinung, daß die Verkündigung nicht in Abwesenheit des Bischofs vollzogen werden dürfe. Darum lud er ihn zur Teilnahme ein. Erasmus von Limburg, der seit 1541 als Nachfolger Wilhelms von Honstein den Bischofssitz innehatte, lehnte die Einladung ab. Er erklärte, er könne die Annahme des Interims nicht befehlen, da er dem alten Bekenntnis anhänge, das Interim jedoch nur für die Neugläubigen gelte. Außerdem sei nach dem geltenden Kirchenrecht die Erteilung des Abendmahles unter beiderlei Gestalten ebenso wie die Ehe von Priestern verboten. Würde er demnach der Verkündigung des Interims zustimmen, würde er der Exkommunikation verfallen. Wenn aber der Graf die alte Religion wieder einführen wolle, werde er ihn nach Kräften unterstützen.<sup>28</sup> Friedrich befürchtete, daß er bei Unterlassung der Durchführung des Interims sich die kaiserliche Ungnade zuziehen werde. So war er bereit, sich dem Wunsch des Bischofs zu fügen in der Hoffnung, in ihm einen Fürsprecher beim Kaiser zu gewinnen. Im Gegensatz zur Herrschaft Kinzigtal unterblieb in der Landvogtei die Bekanntgabe des Interims. Dafür ordnete Friedrich die Rückführung der Untertanen zum alten katholischen Glauben an.

Auf Anraten des Bischofs berief Musler die Untertanen der Landvogtei auf den 29. August nach Achern als einer „bequemlichen Malstatt“ ein. Dort auf der „Stube“ eröffnete in Anwesenheit der bischöflichen Räte und Amtsleute und als Vertreter des Grafen H. Musler der Amtmann und Schaffner der Pflugschaft Ortenberg Dr. Christoff den anwesenden Vögten, Schultheißen und Gerichtszwölfen aus der Landvogtei, sie sollten „die vorgenommenen Neuerungen aufgeben und wieder zur alten wahren christlichen Religion“ zurückkehren, wie sie allenthalben in dem bischöflichen Gebiet gehalten wird. Die Vögte etc. nahmen den Befehl an und versprachen, dies gutwillig zu tun und ihren Mitbürgern zu befehlen.<sup>29</sup>

Darauf wurden die Prädikanten von Achern, Appenweier, Ottersweier und Windschlag vorgeladen und ihnen ebenfalls die Meinung der beiden Fürsten

---

27 Roth von Schreckenstein, a.a.O. Beilage V.

28 Batzer II. S. 67 ff.

29 Protokoll der Tagung in Achern: GLA Landvogtei Ortenau 119; Anders verlief die Verkündigung des Interims im Kinzigtal. Dort antwortete die Landschaft Jost Münch von Rosenberg, wenn die alten Zeremonien wieder eingeführt werden sollen, man ihnen „die reine Lehre des hl. Evangeliums“ ebenso belassen möge wie die Spendung des Abendmahles unter beiderlei Gestalten in deutscher Sprache durch verheiratete Priester bis zum kommenden Konzil. Sie seien bereit in all dem dem Kaiser Gehorsam zu erweisen, das nicht gegen göttlichen Befehl und was billig ist (Schreiben des Jost Münch von Rosenberg v. 27. 7. 1548. Roth von Schreckenstein, a.a.O. Beilage IV.).

vorgetragen. Um ihre Stellungnahme dazu befragt, antworteten sie alle und jeder für sich, wenn man sie bei dem, was sie bisher gelehrt und gehalten haben, bleiben ließe, wollten sie weiterhin gerne bleiben, sie könnten aber „ihrer conscientiae halben sich nicht begeben, die lateinisch meß zu halten etc.“ Darauf wurde ihnen geantwortet, die gnädigen Herren seien nicht gesonnen, jemanden „wider sein Gewissen zu zwingen“; deshalb wollen sie ihnen erlauben, daß sie dort hinziehen, wo sie gerne hin wollten. Außerdem wurde vereinbart, daß ihnen das „lieblich“ bezahlt werde, was ihnen noch an Besoldung (Kompetenzen) ausstehe; ebenso hätten sie auch ihre Schulden zu bezahlen. Der Kirchen und des Kirchendienstes müßten sie sich gänzlich enthalten und müßig sein; aber sonst wolle man sie nicht übergeben (ausliefern), damit sie ihre Sachen zum Abzug richten können. Bei Leibesstraf dürfen sie nicht die Untertanen aufhetzen und zu Widerspenstigkeit aufreizen. Wenn sie das tun, haben die Amtsleute Befehl, sie zu strafen. Das versprachen die Prädikanten zu tun und bedankten sich für den gnädigen Abschied. Auf Bitten Muslers brauchte der Prädikant von Achern die Pfarrgefälle von Oberachern, die er unerlaubt eingezogen hatte, nicht zurückzubezahlen. Welches die Namen der Prädikanten waren, woher sie stammten und wohin sie zogen, ist unbekannt.

Mit ihrem Wegzug und der Wiedereinführung der katholischen Kirche war die Reformation in der Landvogtei amtlich zu Ende. Das Werk des Grafen Wilhelm von Fürstenberg war gescheitert. Als er hörte, daß das Interim in der Herrschaft Kinzigtal durchgeführt wurde, sagte er, er sehe wohl, daß jedermann vom Glauben abfallen wolle und tobte darüber sehr.<sup>30</sup> Am 21. August starb er auf Schloß Ortenberg. Seine Leiche wurde in der Kirche von Haslach i.K. beigesetzt. Mit der Rekatholisierung der Landvogtei scheint jedoch die kirchliche Ordnung noch nicht wieder voll hergestellt zu sein. Vor allem fehlte es an Priestern, die die Seelsorge in den von den Prädikanten verlassenen Pfarreien ausübten. Darum verhandelte man mit dem Pfarrer von Sasbach<sup>31</sup>, daß er die Pfarrei Achern<sup>32</sup> solange versorge, bis die Stelle wieder besetzt werden kann.

Auf Befehl des Grafen Friedrich von Fürstenberg und mit Zustimmung des Bischofs von Straßburg war die Landvogtei Ortenau, damit auch Achern, wieder katholisch geworden. Unbekannt bleibt, wie die Bevölkerung auf die Wiedereinführung der kath. Kirche reagierte mit ihren Zeremonien und der lateinischen Messe, die ja vor allem ein Stein des Anstoßes war. Vom Kinzigtal berichtet Graf Friedrich, daß man dort die Priester, die Messe und anderes „so hoch verachtet und vernichtet, wie es an kaum einem andern Ort geschieht,“ so daß kein Pfarrer hingehen wolle, selbst wenn man ihm viel Geld bietet.<sup>33</sup>

---

30 Roth von Schreckenstein, a.a.O. Beilage V.

31 Protokoll der Tagung: GLA Landvogtei Ortenau 119.

32 Vermutlich handelt es sich um die Pfarrei St. Stefan in Oberachern.

33 Schreiben vom 15. 3. 1549. Roth von Schreckenstein, a.a.O. Beilage XV.

Zwar gab es in der Landvogtei keine evangelischen Pfarreien mehr. Ob aber alle ihre Bewohner zum alten Glauben zurückfanden, ist ungewiß, denn 1576 beschwerte sich der Vogt von Ortenberg beim Amtmann von Willstätt, daß die Prädikanten von Kork, Sand und Willstätt sowie anderen Orten des Willstätter Amtes Untertanen und Hintersassen der Landvogtei das Abendmahl unter beiderlei Gestalten in ihren Kirchen und heimlich in Häusern spendeten. Außerdem halte ein Prädikant auf Befehl des Willstätter Amtsmannes Predigten im Korker Wald und verbitterte damit das Volk. Er wird aufgefordert, dieses den Prädikanten zu untersagen, andernfalls der Vogt gegen sie einschreiten werde.<sup>34</sup>

Trotz aller Anstrengungen Friedrichs, sich die Gunst König Ferdinands zu sichern, kündigte dieser 1549 den fürstenbergischen Anteil an der Landvogtei und kaufte ihn 1551 zurück. 1557 erwarb er auch den bischöflichen Anteil. Seitdem war die Ortenau habsburgisch.

In der Folgezeit schlossen sich die konfessionsverschiedenen Gebiete streng voneinander ab, so daß man sich mied und kaum Beziehungen untereinander duldete. Der Wille zur Überwindung der Gegensätze und zum Abbau der Spannungen wurde vor allem geweckt durch die Aufklärung und ihren Glauben an die Vernunft. Einen Schritt hierzu bedeutete das Toleranzedikt Kaiser Josephs II. von 1783, das den Protestanten mehr staatsbürgerliche Rechte und private Religionsausübung gestattete. Es galt auch für die Landvogtei Ortenau, die seit 1771 wieder zu Österreich gehörte. Vor allem die liberale Verfassung des Großherzogtums Baden, dazu die Entwicklung von Handel und Industrie im 19. Jahrhundert trugen dazu bei, die Gegensätze abzubauen und die Menschen aus verschiedenen Landschaften zusammenwachsenzulassen. Da die Zugehörigkeit zu einem bestimmten religiösen Bekenntnis meist das Werk der staatlichen Obrigkeiten war, hatten die Untertanen auch keinen Grund, einander ihre Konfessionsverschiedenheit vorzuwerfen oder auch nur zu verdenken.

---

34 GLA Landvogtei Ortenau 119.

Auch in evangelischen Orten gab es nach Durchführung der Reformation noch Anhänger der alten Kirche. So führen noch heute die Einwohner von Memprechtshofen den Spitznamen „Römer“, vermutlich weil ihre Vorfahren noch längere Zeit nach dem katholischen Gamshurst zur Messe gingen.

## *Quellen und Literatur*

- E. Batzer, Neues über die Reformation in der Landvogtei Ortenau sowie in den Städten Gengenbach und Offenburg. ZGO NF 39, 1926.
- J. Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlandes unter Berücksichtigung Kehls. Kehl 1909.
- P. Bläsi, Die Reformation in Gengenbach, in: Die Ortenau 57. Bd. 1977.
- A. Eckert/H. Ludwig, Martin Schalling und die Reformation im Kinzigtal. Kirnbach 1973.
- W. Frank, Die Einführung des Interims im Kinzigtal. FDA 4, 1869.
- G. Franz, Quellen zur Geschichte des Bauernkriegs. München 1963.
- M. Hildenbrand, Aus der Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde Haslach i.K. I., in: M. Hildenbrand, Haslach im Kinzigtal. Haslach 1978.
- O. Kähni, Die Landvogtei Ortenau, in: F. Metz, Vorderösterreich. Eine geschichtliche Landeskunde. Freiburg/Br. 2. A. 1967.
- A. Ludwig, Geschichte der evangelischen Kirche in Baden. Karlsruhe 1927.
- J. Meister, Kirchenpolitik der Grafen von Fürstenberg im 16. Jahrhundert. Diss. Freiburg 1909. Mitteilungen aus dem Fürstlich Fürstenbergischen Archiv, Bd. 1. Tübingen 1902.
- H. Neu, Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens von der Reformation bis zur Gegenwart, 2 Bde., Lahr 1938-1939.
- K. H. Roth von Schreckenstein, Die Einführung des Interims im Kinzigtale, FDA 2, 1866.
- Ph. Ruppert, Kurze Geschichte der Stadt Achern. Achern 1908
- K. L. Spitzer, Aus Acherns Vergangenheit mit besonderer Berücksichtigung der kulturgeschichtlichen u. kirchlichen Verhältnisse. Festschrift. Heidelberg 1908.
- W. Thoma, Die Kirchenpolitik der Grafen von Fürstenberg im Zeitalter der Glaubenskämpfe (1520-1660). Münster i.W. 1963.
- K. F. Vierordt, Geschichte der evangelischen Kirche im Großherzogtum Baden, Bd. 1, Karlsruhe 1847.
- H. Virck, Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, 1. Bd. 1517-1530. Straßburg 1882.
- J. V. Wagner, Graf Wilhelm von Fürstenberg (1491-1549) und die politisch-geistigen Mächte seiner Zeit. Stuttgart 1966.

## Die Schule von Schiltach-Lehengericht — von Anfang bis um 1750

*Julius Hauth*

Die Bildungsmöglichkeiten für das Volk waren vor der Reformation gering, je nachdem überhaupt nicht vorhanden. Sehen wir von den z. T. berühmten Klosterschulen ab, aus denen bedeutende Männer hervorgingen, so gab es nur in manchen Städten Schulen, auch Lateinschulen, die von den Stadtschreibern geführt wurden, z.B. in Hornberg (1500) und Wolfach (1470). Erst Luthers Sendschreiben „An die Ratsherren aller Städte deutschen Lands, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen“ (1524) brachte Bewegung in das Schulwesen Deutschlands. Für *Württemberg* tat dies besonders die „Große Kirchenordnung“ des Herzogs Christoph vom Jahre 1559,<sup>1</sup> die von Städten und Dörfern forderte, „Teutsche Schulen“ zu errichten „für die Kinder der hart schaffenden Untertanen, deren Eltern nicht die Zeit haben, sie zu unterrichten . . .“ Die Zahl der „Teutschen Schulen“ stieg von 20 bis zum Jahre 1600 auf 400. In dieser „Teutschen Schule“ sollte Schreiben und Lesen gelehrt werden, damit die Kinder die Bibel und den Katechismus lesen können. Dazu kam noch das Auswendiglernen von Katechismus und Bibelstellen sowie das Kirchenliedersingen, letzteres damit die Kinder im Gottesdienst kräftig vorsingen konnten. Es gab damals meist noch keine Orgel in der Kirche. Später kam auch das Rechnen zum Lehrstoff. Die Schule entstand so unter der Leitung der Kirche und unterstand ihr z.B. in Baden rund 300 Jahre. Nach der Kirchenordnung 1582<sup>2</sup> wurden begabte Kinder von unermögenden Eltern oder solche, die keine Gelegenheit hatten, höhere Schulen zu besuchen, bis zur Beendigung besonders des Theologiestudiums über die sogenannten Klosterschulen (z.B. Alpirsbach, Maulbronn u.a.) gefördert. Neu war noch, daß auch die Mädchen in die Schule gehen sollten. Die Einführung der Konfirmation 1722 in *Württemberg* gab den Kindern einen rechten Schulabschluß.

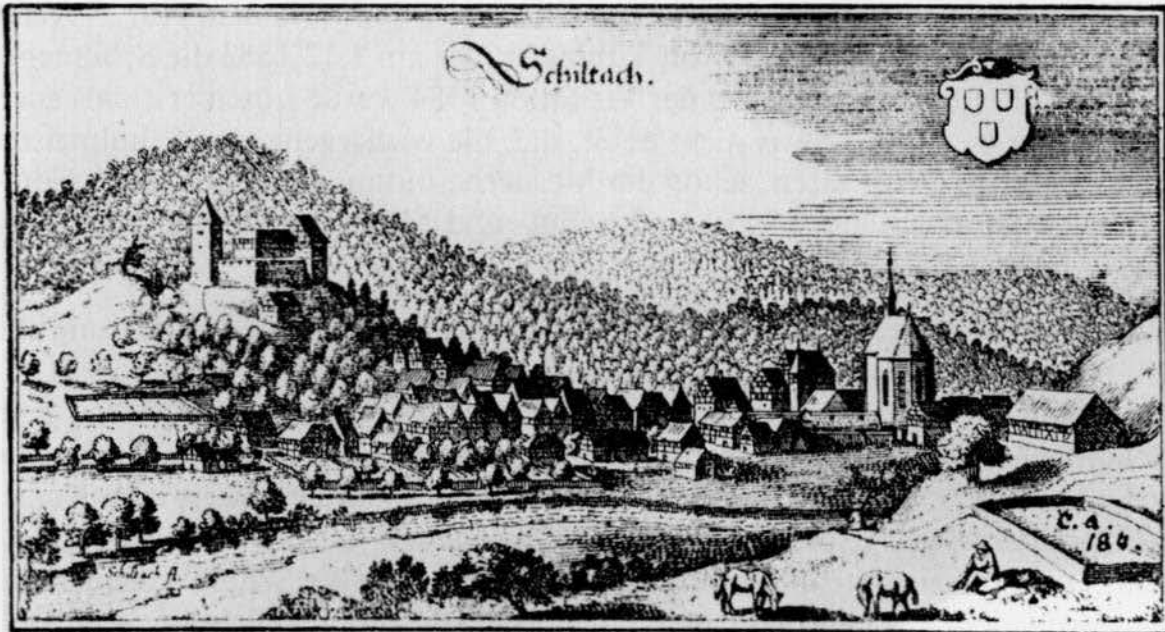
Von *Schiltach* erfahren wir aus den „Competenzen Ob der Steig“ 1559<sup>3</sup> (der südlich von Stuttgart gelegene Landesteil): „Ann diesem Orth ist bisher kein ander schul den (= denn) durch den Pfarher gehalten worden, der hat bisher

---

1 Große Kirchenordnung von Herzog Christoph von *Württemberg* 1559, Kapitel „Teutsche Schule“. Evangelisches landeskirchliches Archiv, Stuttgart

2 Kirchenordnung des Herzogs Ludwig von *Württemberg* 1582. Folio 232 ff. Pfarrei *Schiltach*

3 *Competenzen ob der Steig* 1559, fol. 331. Evangelische Pfarrgutverwaltung, Stuttgart



Aus Matthäus Merians *Topographia Sueviae* (1643).

khein ander Besoldung gehapt als das Quatembergeld von einem Knaben am fronlasten 1 ort eines Gulden.“ (= 15 Kreuzer bzw. Viertelsgulden).

Nachdem Herzog Ulrich 1534 sein Land wieder zurückerobert hatte, führte er die Reformation in Württemberg ein. Der damals in Schiltach amtierende Pfarrer Johannes Schwarz trat mit seiner Pfarrgemeinde zum evangelischen Glauben über. Er war der Pfarrherr, von dem oben berichtet wurde, daß er Schule halte. Als er alt war, wurde ihm ein Vikar „seines hohen alters halb adiungiert“ (zur Hilfe gegeben).<sup>4</sup> Dieser Vikar, Johannes Thumler, wurde erstmals im Taufbuch bei der Taufe seines 1. Kindes am 16.5.1571 als „Schulmeister“ erwähnt, ebenfalls bei der Taufe seines 2. Kindes am 18.8.1572. Thumler hat demnach auch den Schuldienst übernommen. Ob der Nachfolger von Pfarrer Schwarz 1573 den Schuldienst selbst übernahm, ist unbekannt. Auf Luciä (13.12.) 1575 wurde Sebastian Flöth<sup>5</sup> (Fleith) als eigener Schulmeister in Schiltach bestellt.

Nach Flöth ist 1577 als 3. Schulmeister Nikolaus Schott<sup>6</sup> überliefert. Beide waren allem Anschein nach keine Theologen. Dafür war 1580 der nächste Schulmeister Christoph Mögelin wieder ein Theologe, denn nach dem Synodusprotokoll 1581<sup>7</sup> klagte er über seine geringe Besoldung und „ist auch ihm beschwärllich, das er sich mit predigen nit üben darf“. Seine Bitte um Versetzung wurde erfüllt.

4 Stellen- und Dienerbuch 2, fol. 92. Evangelisches landeskirchliches Archiv, Stuttgart

5 Ebd.

6 Ebd.

7 Synodusprotokoll 1581, Schiltach S. 35/36. Evangelisches landeskirchliches Archiv, Stuttgart

Von nun an wurden nur „teutsche Schulmeister“ angenommen. Auf Mögelin folgte 1582 Burkhardt Lösch von Tübingen, der am 3.12.1582 die Schiltacherin Anna Reitter heiratete. Bei der Visitation 1584 wurde Lösch erstmals auch als Mesner bezeichnet, was nicht heißt, daß die vorhergehenden Schulmeister keinen Mesnerdienst taten, schon der Mesnerbesoldung wegen. In den „Competenzen Ob der Steig“<sup>8</sup> 1580 sind Schul- und Mesnerbesoldung zusammen ausgewiesen.

Wer Schulmeister werden wollte, mußte damals nach der Schulentlassung wie ein Handwerker eine Lehre durchmachen, meistens bei seinem bisherigen Lehrer. Nach ein paar Jahren wurde er vom Specialis (Dekan) geprüft und zum Schuldienst zugelassen. Bewarb er sich um eine Stelle, wurde er von der Gemeinde gewählt. Vor der endgültigen Anstellung mußte er zuerst dem Konsistorium vorgestellt („präsendiert“) und von diesem in Stuttgart geprüft werden. Der Pfarrer hatte die Schulaufsicht. Er besuchte die Schule wöchentlich. Es wurde nicht nur geprüft, sondern der Pfarrer stand dem Schulmeister auch mit Rat und Tat zur Seite und förderte sein Können und Wissen.

Die Besoldung als Schulmeister war sehr gering. Von dem Kirchenkasten, der Pfarrgutverwaltung am Dekansitz, erhielt der hiesige Schulmeister anfangs 8 Gulden, und von der Stadt 4 Gulden, dazu noch das Schulgeld von jedem Schüler. Das reichte kaum zum Leben, ein Grund, warum man dem Schulmeister den Mesnerdienst zuteilte.

Im Jahre 1600 betrug die Besoldung des Lehrers in Schiltach:<sup>9</sup>

„Schulmeister vnnd Mesner: hatt Besoldung, so der Vndervuogt von Hornberg gibt an gelt	10 gl.
Vnnd dan gemeine Statt auch	10 gl.
Item von einem jeden Bauren Rocken (= Roggen) thut zusammen	2 Flg. (= Vierling) 17 Sri. (= Simri)
Vnnd von einem ieden ein Laib Brott	
Vff Weyhenacht gibt ein ieder ein Doppelfierer (Geldstück) thut	26 Batzen
Wan man ein Kindt taufft, gibt man ime ein Doppelfierer	
Wan ein alter stirbt, hatt er	6 Kr.
Von einem Jungen	3 Kr.
Wann eine Hochzeit gehalten wirtt, zalt man ime ein Malzeit“	

Als Wohnung wurde dem Schulmeister das Mesnerhaus, das vor der Kirche stand, mit einem Krautgarten zuteilt. So wurde dieses Mesnerhaus auch

<sup>8</sup> Competenzen ob der Steig, 1580, fol. 492. Evangelische Pfarrgutverwaltung, Stuttgart

<sup>9</sup> Kompetenzbuch 1600. A. 282, Verslossene Registratur des Kirchenrates Nr. 3115, Blatt 279. Staatsarchiv Ludwigsburg 9.120.1



zum Schulhaus und wurde wohl erweitert. Bei der geringen Besoldung hatten die Schulmeister meistens ein Handwerk, wie Bäcker, Schneider, Seiler, Buchbinder erlernt und übten es auch aus.

Da mit der Einführung der „Teutschen Schule“ noch keine ausdrückliche Schulpflicht verbunden war, kam der Schulbesuch bei der sehr konservativen Haltung des Schwarzwälders schwer in Gang, besonders der Schulbesuch der Mädchen. Anfangs wurde auch nur im Winter Schule gehalten. 1605 besuchten z.B. 40 Knaben und 22 Mädchen die Schule.

Während des 30jährigen Krieges wuchs das Interesse an einer besseren Schule. Darüber habe ich in dem Beitrag „Von Schiltachs Schule während des 30jährigen Krieges“ berichtet.<sup>10</sup>

Der moralische und sittliche Zustand der Bevölkerung war am Ende des 30jährigen Krieges auf einem Tiefpunkt angelangt. Es mußte der Kirche und dem Staat viel daran liegen, diesen Zustand wieder zu bessern. Schon 1648 sagte der Synodus in Stuttgart in einer Verordnung, daß „den Eltern keineswegs freigestellt werde, daß sie ihre Kinder in die Schule schicken mögen oder nicht oder um geringer Hausgeschäfte willen daheim behalten.“ Damit wurde die Schulpflicht festgelegt und 1649 eingeführt.<sup>11</sup>

Nach der gleichen Quelle S. 91 wurde im Erlaß vom 17.5.1654 nun auch die Durchführung der Sommerschule verlangt. Es dauerte jedoch bis zum 19. Jahrhundert, bis sich die Bevölkerung an diese neue Ordnung gewöhnte. Unendlich sind die Klagen über das Schulschwänzen, weil die Eltern die Kinder zu Haus- oder Feldarbeiten zurückbehielten.

Interessant ist die Aufschlüsselung der Schüler im Jahre 1684:<sup>12</sup>

Winterschüler:

Knaben aus der Bürgerschaft	36	}	60
Majerschaft (Lehengericht)	12		
Fremde Evangelische	2		
Papistische (= Katholiken)	10		
Mädchen aus der Bürgerschaft	24	}	32
Majerschaft	5		
Papistische	3		
Summe Winterschule	92		

Sommerschule:

Knaben aus der Bürgerschaft	22	}	31
Majerschaft	9		
Mädchen aus der Bürgerschaft	20	}	24
Majerschaft	4		
Summe Sommerschule	55		

10 Julius Hauth, Von Schiltachs Schule während des Dreißigjährigen Krieges, in Die Ortenau 49 (1969). S. 220 - 224

11 Blatt für württbg. Kirchengeschichte, 52. Jahrg. 1928, Heft 1/2 S. 90

12 Kirchenvisitationsbericht 1684, S. 3. A 221 Bü. 629

Schulmeister war in diesem Jahr der tüchtige Eusebius Lorenz Butzmann aus Straßburg, der auch von den Katholiken sehr geschätzt wurde<sup>13</sup> (1684). Schon 1676 gingen katholische Schüler hier in die Schule.

Es ist einesteils erstaunlich, daß damals Katholiken in die evangelische Schule gingen. Doch wo sollten denn die Kinder z.B. vom Heubach damals in die Schule gehen? Nach Wolfach oder an Schiltach vorbei nach Schenkenzell, wo wahrscheinlich noch gar keine Schule bestand? Jedenfalls bezeugt dieser Fall, daß zwischen Evangelischen und Katholiken ein gutes Verhältnis bestand.

In Schiltach war die Mutterschule für die Kinder aus dem *Lehengericht und dem Reichenbächle*. Für viele dieser Kinder war der Weg in die Mutterschule sehr weit. Die Wege waren schlecht. Im Winter waren sie zugeschnitten oder vereist. Damals hatte man noch keine so warme Kleider wie heute. So entstand bald, besonders im Hinterlehengericht, der Wunsch nach einer näheren eigenen Schule. Es wurde auch eine kleine Schule errichtet.<sup>14</sup> Nun beschwerte sich der 1691 in den Dienst getretene Schulmeister Joh. Georg Wagner, ein Schiltacher, am 11.6.1692 bei der Herzogin Witwe Magdalena Sibylle, daß nach der Ordnung die Lehengerichter nach Schiltach in die Schule müssen. Dagegen haben die Lehengerichter verstoßen. Außerdem haben die Lehengerichter untüchtige, unerfahrene Knaben als Schulmeister angenommen. Wagner wies noch darauf hin, daß ihm durch eine solche wilde Schule seine Besoldung „geschwächt“ werde. Der Dekan von Hornberg legte dem Brief des Schulmeisters am 5.7.1692 einen Beibericht<sup>15</sup> bei, wobei er auf obige Punkte einging. Er wies noch auf den gleichen Fall in Gutach hin, wo eine Filiale in Gutach-Turm genehmigt wurde. Der Dekan und der Schulmeister hatten Verständnis für die Lehengerichter. Sie verlangten aber von den Lehengerichtern, daß sie für den Ausfall des Schulgeldes nach dem Lagerbuch von jedem Bauern  $\frac{1}{2}$  Simri Roggen (= etwa 11 kg) dem Schulmeister zu geben haben, wenn sie eine Nebenschule einrichten. Dies wurde auch laut Erlaß vom 12.7.1692<sup>16</sup> von der Fürstin verlangt. Dazu durften die Lehengerichter nur vom Dekan geprüfte Schulmeister einstellen, die „Wintertalschulmeister“ genannt wurden. Unter diesen „Wintertalschulmeistern“, die öfters wechselten, erschien laut Visitationsbericht 1719<sup>17</sup> sogar eine Wintertalschulmeisterin Veronika Bühlerin. Es dürfte eine große Seltenheit sein, so früh eine Lehrerin zu finden. Veronica war die Tochter des damaligen Pfarrers Mag. Johann Daniel Schäffer, die am 29.8.1699 den Johann Jakob Bühler, Hofbauer im Rohrbach geheiratet hatte. Im Rohrbach, einem Ortsteil von Schiltach-Lehengericht, wurde auch die neue Schule in Lehengericht gehalten.

---

13 Ebd.

14 Schiltach, Kirchendienste, Schuldienste, Die Besetzung der Schul- und Meßnerdienste betr. von den Jahren 1633-1807. GLA 229/Schiltach 70

15 Ebd.

16 Ebd.

17 Kirchenvisitationsbericht 1719. S. 3. Württbg. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, A 281 B 633

Im Jahre 1731 hatte Wagner in der Winterschule 93 Knaben und 73 Mädchen, zusammen 166 Schüler.<sup>18</sup> Das war doch zuviel, aber gar nicht selten. Amtmann, Pfarrer, Bürgermeister und Gericht waren damit einverstanden, Wagner einen Provisor (etwa Unterlehrer) beizuordnen. Wagner stellte den Antrag,<sup>19</sup> seinen Sohn Johann Ulrich als Provisor anzunehmen und ihm die Anwartschaft auf den Schuldienst nach seinem Tod zuzusagen. Dieser Antrag wurde genehmigt. Johann Ulrich wurde zunächst vom Specialis (Dekan) geprüft, nach Stuttgart geschickt und dort nochmals geprüft.

Sein Zeugnis lautete: „Derselbe nun hat sich in examine wohl gehalten, gestalten Er ordentlich und Püncktlich buchstabiert, Syllabirt und liset, so wohl die Schrifft als dz truckh (Gedruckte), hat darneben eine gute Handschrifft, zumahlen feine Wissenschaft im rechnen, orgelschlagen, und in der music, singt auch einen feinen Choral, vornemlich aber versteht er die wahre Evangelische lehre wol, und gibt davon gründlich und vernünfftige red und antwort, also daß ihme ein Schuldienst, wie der seines orts, und nicht der geringste einer ist, gantz wohl wirdt kennen anvertraut werden, und Er dabey guten nutzen schaffen . . . . .«.<sup>20</sup>

Nun konnte die Stadt Schiltach Johann Ulrich Wagner 1731 als Provisor einstellen. Doch starb er schon am 17.12.1734. Wagner war wieder mit seinen vielen Schülern (1736 : 179) allein. Erst am 1.9.1737 stellte die Gemeinde Jakob Friedrich Strohm, Sohn eines Schulmeisters in Großbettlingen, als Schuladjunkt an mit der Zusage des Schuldienstes nach dem Tode Wagners.<sup>21</sup> Strohm heiratete eine Tochter seines Schulmeisters.

Nach 60jähriger Dienstzeit starb Johann Georg Wagner am 4.10.1751.

#### Literatur

J. Höflin, Schulverhältnisse aus früheren Zeiten, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Schiltach, Heft 1. S. 17. Handschriftlich im Archiv der Stadt Schiltach, 1883.

Julius Hauth, Von Schiltachs Schule während des Dreißigjährigen Krieges, in: Die Ortenau, 49 (1969) S. 220-224.

Hermann Fautz, Aus Schiltachs Vergangenheit. Ein Beitrag zum Schiltacher Schulwesen im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, in: Die Ortenau 59 (1979), S. 208-214.

---

18 Kirchenvisitationsbericht 1731. S. 4. lfd. A. 281 B 637

19 Wie Anm. 14.

20 Ebd.

21 Ebd.

## Gotthold Friedrich Stäudlin (1758—1796)

*Seine letzten Lebensjahre in Lahr „im Zwiespalt zwischen Anhänglichkeit an die deutsche Heimat und Hingabe an das revolutionäre Frankreich“<sup>1</sup>*

*Erwin Dittler*

Der am 15. Oktober 1758 in Stuttgart geborene Sohn des Regierungsrates Gotthold Stäudlin und der Anna Friederike Jäger studierte nach einer für ihn glänzend verlaufenen Zeit auf dem Gymnasium auf Wunsch seines Vaters Rechtswissenschaft und praktizierte seit dem Sommer 1785 als Kanzlei-Advokat<sup>2</sup>. Doch Lebenserfüllung empfand er nicht in seinem juristischen Beruf, sondern als Dichter und Publizist. Bestärkt wurde er darin schon sehr früh durch seine sicherlich auch menschlich bedingte Ausstrahlung auf seine Zeitgenossen, die mit Lob und Zuspruch nicht kargten: Christian Schubart empfahl 1776 den Siebzehnjährigen dem Professor Balthasar Haug, an dessen „Schwäbischem Magazin von gelehrten Sachen“ jener als Gymnasiast mitgearbeitet hatte, als „jetzt das beste dichterische Genie im Württembergischen“<sup>3</sup>. Er wurde zum gefeierten Mittelpunkt der jüngeren schwäbischen Dichtergeneration, insbesondere der Tübinger Stiftler und auch der Carlsschüler, denen er mit seinem „Schwäbischen Muselalmanach“ und den „Blumenlesen“ eine Publikationsmöglichkeit bot. Der bemerkenswerte Auftrieb, den Stäudlin der schwäbischen Dichterschar gab, blieb nicht unbeantwortet: Karl Philipp Conz, Karl Friedrich Reinhard, Johann Michael Armbruster und andere widmeten ihm Gedichte. Und nicht nur Reinhard, der spätere französische Diplomat — zeitweise Kollege von Ludwig Wilhelm Otto aus Kork im frz. Außenministerium —, der 1815 von König Ludwig XVIII. den Grafentitel erhielt, zählte ihn unter seine liebsten Jugendfreunde.<sup>4</sup> Ebenso freundschaftliche Beziehungen verbanden Friedrich Hölderlin mit dem Hause Stäudlin.<sup>5</sup> In seinen Augen war Stäudlin „wahrlich ein herrlicher Mann“, wie

1 Helmut Gumtau, Goethe und Hölderlin. Versuch einer vergleichenden Deutung. Düsseldorf (o.J.), S. 10.

2 Vgl. Werner Volke, Gotthold Friedrich Stäudlin. Advokat, Dichter und Publizist. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken (Hrsg. Robert Uhland), Stuttgart 1977; Vermischte Gedichte der Geschwister Gottlieb Friedrich, Doctor Carl Friedrich, Gotthold Friedrich und Charlotte Stäudlin, hrsg. von einem Freunde der Familie. 1. Bändchen, Stuttgart 1827.

3 Richard Weltrich, Friedrich Schiller, I. Bd., Stuttgart 1899, S. 484.

4 Wilhelm Lang, Graf Reinhard. Ein deutsch-französisches Lebensbild, 1761—1837, Bamberg 1896, S. 20.

5 Pierre Bertaux, Friedrich Hölderlin, 1978, S. 279 ff.



*Karl Friedrich Reinhard*  
\* 2. Oktober 1761 in Schorndorf  
† 25. Dezember 1837 in Paris

er einmal zu Christian Ludwig Neuffer äußerte, der die beiden Dichter zusammenführte. Neuffer verlobte sich 1793 mit Rosine, Stäudlins Schwester, die im Frühjahr 1795 starb. Stäudlin veröffentlichte 1792 und 1793 als erster Hölderlins Gedichte und empfahl „den gewiß nicht wenig versprechenden Hymnedichter“ Schiller für eine Hofmeisterstelle bei Frau von Kalb.<sup>6</sup>

Solch herzliche Freundschaften hatte Stäudlin in jenen Jahren bitter nötig, denn seit seiner Fortführung der „Chronik“ nach dem Tode Christian Schubarts am 10. Oktober 1791 war er in folgenschwere Schwierigkeiten mit der Zensur geraten. Völlig ungerechtfertigt wurde er wegen zweier von der Zensur nicht beanstandeter Beiträge seines Mitherausgebers Ludwig Schubart in der „Fortgesetzten Schubartschen Chronik“ vom 3. Juli 1792 zur Rechenschaft gezogen. Er wurde zu einer Arreststrafe von drei Tagen verurteilt und sollte eine vorgeschriebene Abbitte in der „Chronik“ veröffentlichen. Da er entschieden gegen das Urteil protestierte und den Rechtsweg einschlagen wollte, wurde er unter starkem erpresserischem Druck — „so solle er nur ja an keine Versorgung mehr denken, sein Vater und seine Geschwister würden es büßen müssen“<sup>7</sup> — genötigt, davon abzusehen. Dafür wurde ihm der Widerruf gnädigst erlassen. Wegen eines Verstoßes gegen die Zensur wurde er im Januar 1793 mit einer Geldstrafe von zehn Reichstalern belegt. Nachdem der Reichshofrat in Wien am 27. März 1793 den Vertrieb der „Chronik“ durch die Reichspostämter unterbunden hatte, entzog ihm schließlich Herzog Karl Eugen am 24. April das dem Journal gewährte Privileg.<sup>8</sup> Stäudlin geriet in schwere finanzielle Bedrängnis, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Tod seines Vaters am 21. Mai 1794. Adolf Beck deutet das aus jener Zeit stammende und Stäudlin gewidmete Gedicht Hölderlins „Griechenland. An St.“ als einen Versuch, das Selbstbewußtsein des Freundes aufzurichten.<sup>9</sup>

Für Stäudlin war sein Aufenthalt in Stuttgart unhaltbar geworden. Angesichts seiner begeisterten Anteilnahme für die Französische Revolution, die er in Gedichten und in der „Chronik“ unverhüllt äußerte<sup>10</sup>, konnte er mit keiner Protektion des Herzogs rechnen, so sehr er auch die Partei der Girondisten ergriff. Er suchte Zuflucht bei seinem Freunde Ludwig Hofacker in Nagold, der als Anführer des Nagolder „Jakobinerklubs“ galt.<sup>11</sup> Da sich der Stadtschreiber Hofacker offensichtlich nicht an sein früheres Anerbieten halten wollte,

---

6 Paul Böckmann, *Hymnische Dichtung im Umkreis Hölderlins. Eine Anthologie*, 1965, S. 319.

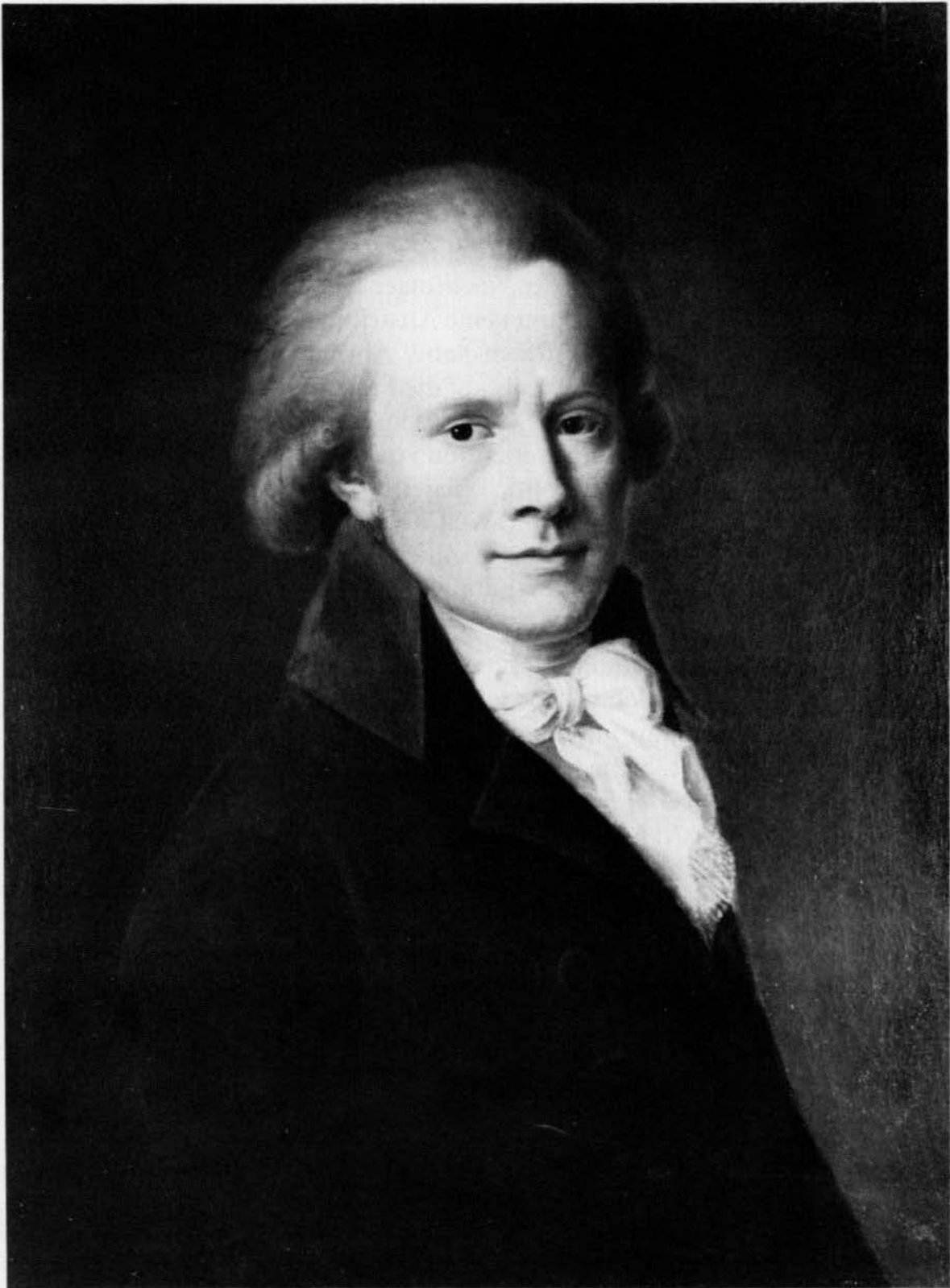
7 *Strasburgisches politisches Journal, eine Zeitschrift für Aufklärung und Freiheit*, herausgegeben durch Friedrich Cotta, Bürger von Frankreich, Zweiter Band für 1792, Strasburg in Frankreich, im vierten Freiheits-Jahr, S. 970 f.

8 Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand A 8 Bü. 370, 371.

9 Adolf Beck, *Hölderlins Weg zu Deutschland*. In: *Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts* 1977, Tübingen 1977, S. 222 ff.

10 Vgl. dazu den Aufsatz des Verfassers „Stäudlin und die Französische Revolution“, der im „Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte“, Bd. X, 1981, in Tel Aviv erscheinen wird.

11 Uwe Jens Wandel, *der Nagolder Jakobinerklub*. In: *Nagold — Bild einer Stadt*, Heft 4/1979.



*Gotthold Friedrich Stäudlin  
Ölgemälde von Philipp Friedrich Hetsch (Zuschreibung) um 1790. Aufnahme Landesbildstelle  
Württemberg nach dem Original im Schiller-Nationalmuseum in Marbach a.N.*

ihm für längere Zeit Unterkunft zu gewähren<sup>12</sup>, mußte er sich bei anderen Freunden umsehen. Wenn er auch seinen Unterhalt als Advokat bestreiten konnte — zu seinen Klienten zählte der Oberamtmann in Alpirsbach —, so reichte sein Einkommen nicht zur Bezahlung seiner Gläubiger aus. Mit der Bitte an den Herzog Ludwig Eugen um ein Moratorium erhoffte er sich einen Aufschub. Noch schien sein Lebensmut ungebrochen: „Glaube nicht, liebe Christiane! daß eine abschlägige oder gar ausbleibende Antwort mich zum verzagenden Feiglinge mache würde“, schrieb er am 15. Juli 1794 aus Nagold an seine Schwester. Aber auch der Nachfolger des Herzogs Karl Eugen war ihm nicht gewogener und stellte ihm keine Anstellung in Aussicht, die er durch sein früheres Verhalten nicht verdient habe. Aber im Grunde setzte er seine Hoffnung weniger auf den Herzog als auf die Franzosen, die am 18. Mai unter dem General Pichegru die Truppen Coburgs in Tourcoing schlugen, unter General Jourdan am 25. Juni die Kapitulation von Charleroi erzwangen und tags darauf in Fleurus erfolgreich waren: „Vielleicht kommen bald andere Zeiten. Frankreich siegt zum Erstaunen der Welt abermals, und mit ihm die Wahrheit“. In seinem Brief an Christiane rechnet er auch mit Veränderungen im Lande: „Auch die Stimmung des Landvolkes in hiesiger Gegend läßt sehr wichtige Auftritte ahnen“.

Neuen Auftrieb erhält Stäudlin durch die Anbahnung seiner Geschäftsbeziehungen zu Johann Heinrich Geiger in Lahr, bei dem er die heute nicht mehr auffindbare Schrift „Empfindungen bei der Nachricht von Robespierres Fall und Tod“ drucken läßt. Seine Verhandlungen mit Geiger über die Herausgabe eines neuen Journals verlaufen positiv.<sup>13</sup> Die Vorbereitungen für die Bezieherwerbung laufen im November auf Hochtouren und um den 7. Dezember siedelt Stäudlin nach Lahr über, wo er bereits einen Bekanntenkreis vorfindet, darunter auch der jüngere Lotzbeck.<sup>14</sup>

Die neue Zeitung mit dem Titel „Klio“ erscheint am 1. Januar 1795 und wurde zunächst in Lahr und dann in Seelbach gedruckt. Ihr war kein langes Leben beschieden: mit der Nummer 76 vom 30. Juni 1795 stellte sie ihr Erscheinen ein. Der Vertrieb der Zeitung war offensichtlich behindert worden. Wie

12 Universitätsbibliothek Tübingen Fasz. Md 787 a Nachtr. Brief v. 15. 7. 1794 an seine Schwester Christiane. Dort auch alle weiteren Briefe, aus denen hier zitiert wird.

13 Dazu: Erwin Dittler, Seelbach-Verlagsort der „Klio“. Herausgeber Gotthold Friedrich Stäudlin (1758—1796). In: Seelbach im Schuttertal, 1979, S. 342—347.

14 Die Bekanntschaft mit Lotzbeck vermittelte möglicherweise August Wilhelm Lamey, der am 3. 3. 1772 in Kehl geborene Sohn des Handelsmannes Johann Martin Lamey und der Catharina Charlotte Lotzbeck. Taufzeugen waren 1. Christian Samuel Lotzbeck, 2. Johann Zacharias Lotzbeck, beides Handelsleute. Joh. Zacharias, Bürger in Nürnberg, ließ sich durch den led. Handelsmann Karl Ludwig Lotzbeck, Sohn des Christian Samuel, vertreten; 3. Catharina Lotzbeck, Ehefrau des Johann Friedrich Lamey (frdl. Mitt. der Evangl. Kirchengemeinde Kehl v. 13. 9. 1979). Die Schubartsche Chronik hatte zwar schon 1791 (S. 327) die „Gedichte eines Franken am Rheinstrom“ von A.W. Lamey besprochen, aber Stäudlin wurde erst mit ihm bekannt, als Lamey, damals Mitglied der Nationalgarde in Straßburg, in einem Brief zur Spaltung der Gesellschaft der Konstitutionsfreunde Stellung nahm (Fortges. Schubartsche Chronik v. 28. 2. 1792).



Stäudlin die politische Realität einschätzte, ergibt sich aus einem Brief vom 14. 7. 1795 an seinen Bruder, den Theologieprofessor Karl Friedrich in Göttingen, in welchem er die Praktiken schildert, die zum Eingehen der „Klio“ führten: „In meinem Vaterlande sind auch derzeit keine Aussichten für mich — noch liegt der alte Fürstenhaß auf deinem unglücklichen Bruder“. In dieser Situation trägt er sich mit dem Gedanken, die Heimat zu verlassen und nach Kriegsende in jenes Land zu ziehen, mit dem er sich politisch so sehr verbunden fühlt: „Die einzige Hoffnung, welche ich in meinem gegenwärtigen Unglücke noch hege, ist die vielleicht nicht sehr entfernte Öffnung des Elsasses. Ich will alsdann versuchen, ob ich nicht nach dem Frieden meine Chronik in Straßburg unter diesem Titel und Format und in ebendemselben Geiste, wie in Stuttgart, fortschreiben kann. Die Gewißheit, daß meine Chronik mir ehemals viele Freunde im Elsaß gemacht hat, läßt mich bei diesem Plane wenigstens etwas hoffen, wiewohl ich als ein schon zu oft getäuschter Unglücklicher auch bei dieser Hoffnung nicht wenig zittre“.<sup>15</sup>

Im gleichen Monat scheint sich ihm eine unverhoffte Chance zu bieten: seine Mutter teilt ihm mit, daß sein Jugendfreund Reinhard, der am 24. Juni zum Gesandten der Republik bei den Hansestädten ernannt worden war, nach Basel komme. Am 1. August beantwortet er die freudige Mitteilung:

„Die Nachricht von Reinhardt hat mich ungemein überrascht, wie wohl es sehr auffallend ist, daß weder in französischen Zeitungen, noch in Privatbriefen aus Paris und Basel irgend etwas davon enthalten ist. Ich habe nun bereits die Bestellung getroffen, daß ich sogleich davon benachrichtigt werde, wenn Reinhardt nach Basel kommt. Geschieht das: so ergreife ich sogleich meinen Wanderstab und gehe selbst nach Basel, um ihn zu sprechen. Seine Ankunft in Basel muß meines Erachtens wichtige Einflüsse auf mein Schicksal haben“.

Worauf konnte Stäudlin seine hochgespannten Erwartungen gründen? Er müßte davon Kenntnis gehabt haben, daß Reinhard bereits Georg Kerner aufgefordert hatte, ihn als Sekretär nach Hamburg zu begleiten. Hoffte er auf eine Anstellung bei einer frz. Gesandtschaft? Zweifellos war ihm aber auch bekannt, was die Franzosen sonst noch anzubieten hatten, wovon auch Kerner Gebrauch machte, als er 1794 wegen seiner Parteinahme für die Girondisten in Paris auf die Liste der Proskribierten gesetzt wurde und mit Hilfe eines dänischen Predigers und seines Freundes Reinhard in die Schweiz gelangen konnte. Durch Reinhard's Vermittlung wurde er Bacher und Barthélémy bei der frz. Gesandtschaft in Basel empfohlen, bei der er Verwendung im Nachrichtendienst fand: er besorgte einen Teil der geheimen Korrespondenz mit den Agenten im angrenzenden Deutschland.<sup>16</sup> Reinhard selbst war mit der Aussendung

---

15 A. Wohlwill, *Weltbürgertum und Vaterlandsliebe der Schwaben*, Hamburg 1875, S. 87, Anm. 98. Stäudlin an seinen Bruder, 14. 7. 1795.

16 Adolf Wohlwill, *Georg Kerner. Ein deutsches Lebensbild aus dem Zeitalter der französischen Revolution*. Hamburg und Leipzig 1886.

von Geheimagenten vertraut: Marcelle Adler-Bresse schreibt ihm die Abfassung des „Rapport sur la manière d'envoyer des agents secrets“ zu, der 1795 für den Leiter der diplomatischen Abteilung im Wohlfahrtsausschuß, Sieyès, bestimmt war.<sup>17</sup>

Ein Treffen mit Reinhard kam offenbar nicht zustande. Ob die Versuchung an ihn herangetragen wurde? Sein Bruder hatte angeregt, er möge eine vernünftige und bescheidene Bittschrift an Herzog Friedrich richten, doch Stäudlin hielt dies für zwecklos, da bei der herzoglichen Familie die ungerechten Vorurteile von Aufbruchgeist und Jakobinismus Wurzel gefaßt hätten. Eine Zurückweisung, schreibt er am 12. August, wäre eine Demütigung, die zu hart wäre für einen Mann, „der seinem Vaterland gewiß keine Schande gemacht, der es auch nicht mit einem treulosen Gedanken verraten hat und — so von ihm behandelt wird!“ Aber er macht auch im gleichen Brief keinen Hehl aus seiner demokratischen Gesinnung und schon gar nicht daraus, daß er gesonnen ist, nach Frankreich überzusiedeln. Er hoffe, sich mit seinen literarischen „und den hier jedoch sehr seltenen advokatischen so lange fortbringen zu können, bis die Umstände sich ändern. Und diese Änderung verspreche ich mir vom Frieden, der ja im alleräußersten Falle doch nächstes Frühjahr samt der Öffnung des Elsasses erfolgen muß. Erfolgt dieses früher oder später: so darf ich hoffen, daß man, so wie gegen die deutschen Demokraten überhaupt, also auch gegen mich in Württemberg, gelindere Saiten stimme, oder daß die Elsässer, die meine Chronik ehemals so gern gelesen haben, mich freundlich bei sich aufnehmen werden“.

In seiner Not entschließt sich Stäudlin Ende des Jahres nun doch, den Herzog um eine freigewordene Oberamtmannsstelle zu bitten. Sein Gesuch wurde von der herzoglichen Regierung wohlwollend behandelt, ohne daß sie sich aber dazu entschließen konnte, dem Herzog vorzuschlagen, Stäudlin zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine freie Oberamtei zu übertragen. Der Geheimrat teilte das Gutachten der Regierung mit, welche „bei irgendeiner schicklichen Gelegenheit“ Rücksicht auf Stäudlins Bitte zu nehmen versprach. Er erstattete am 28. 12. 1795 dem Herzog Bericht, aber dieser entschied zwei Tage später, daß der Bittsteller sich erst „durch sein Betragen und seine Geschäfte als ein würdiger und brauchbarer Mann legitimiert und erst dadurch einen Anspruch auf eine Bedienstung erworben haben wird“.<sup>18</sup>

Weitere Hoffnungen schlugen ebenfalls fehl. Ein Brief vom 4. August 1796 an seine Mutter bestätigt aber, daß man offenbar an ihn herangetreten war, als Agent tätig zu sein: „Nie in meinem Leben habe ich so lebhaft gefühlt, als gegenwärtig, daß *das Bewußtsein der Rechtschaffenheit* ein so fester, so erhabener Trost im Unglück ist. Mein Gewissen gibt mir jetzt das beruhigende Zeugnis, daß ich es um mein Vaterland gewiß nicht verdient habe, länger von ihm

17 Marcelle Adler-Bresse, Sieyès et le monde allemand, Bd. I, 1977, S. XXVIII.

18 Rudolf Krauß, Zu Gotthold Stäudlins Ausgang. In: Württ. Vierteljahreshefte für Landesgeschichte, NF XIV, 1905, S. 83 f. Dazu: Erwin Dittler, Zum Tode von Gotthold Friedrich Stäudlin (1758—1796). In: Badische Heimat, Heft 1, 1979, 119 f.

brotlos gelassen zu werden. Liebe ich dasselbe nicht so aufrichtig, und wäre ich irgend einer unredlichen Handlung gegen dasselbe fähig, *so wäre ich jetzt ohne allen Zweifel in einer sorglosen und glücklichen Lage* (im Brief doppelt unterstrichen!): allein ich wollte mich lieber dem Mangel preisgeben als ein Verräter an *dem* Vaterland werden, das mich so lange mit Füßen von sich gestoßen hat. Ich weiß zwar wohl, daß ich mit diesem nichts als meine Schuldigkeit getan habe: allein so viel ist doch auch gewiß, daß Tausend andere Menschen in meiner Lage sich von dem mächtigen Triebe der Selbsterhaltung und einer unedlen Rachgier zu einer ganz entgegengesetzten Handlungsweise würden haben hinreißen lassen“. Merkwürdigerweise fährt er fort: „Ich muß übrigens aus triftigen Gründen, die ich diesem Papier nicht anvertrauen darf, Sie und meine Geschwister recht dringend bitten, von diesen Winken auf eine nicht unbedeutende Tatsache, *die ich übrigens mit Dokumenten zu erweisen im Stande bin* (im Brief doppelt unterstrichen!), keiner Menschenseele außer unserm Haus etwas zu sagen. Stillschweigen, tiefes Stillschweigen! — Ich habe nicht einmal *Mandelsloh*, dem ich beiliegenden Brief unverzüglich zugehen zu lassen bitte, etwas davon gesagt“. Am Rande vermerkt er in einer Nachschrift: „Wie wäre es, wenn Sie die Güte hätten, den Brief an Mandelsloh, in welchem ich ihn sehr nachdrücklich um seine Verwendung wegen meiner baldmöglichsten Versorgung bitte, ihm selbst zu überbringen? Es *müßte* nützen!“ War sein zweifellos ernstzunehmender und aufrichtiger Hinweis auf seine Treue und seine Bitte um Stillschweigen möglicherweise nicht von dem stillen Wunsch beseelt, seine Mutter, die ja stets sehnlichst eine Versorgung ihres Sohnes gewünscht hatte, möge bei Mandelsloh etwas darüber verlauten lassen?

In jenen Monaten schien sich die militärische Waagschale zugunsten Frankreichs zu neigen und der ersehnte Frieden vor der baldigen Verwirklichung zu stehen. Württemberg hatte am 17. Juli mit Frankreich einen Waffenstillstand und am 7. August einen Separatfrieden geschlossen; Baden war am 25. Juli ebenfalls mit einem Waffenstillstand und am 22. August mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages gefolgt. Am 27. Juli hatte sich der schwäbische Kreis angeschlossen, Bayern folgte am 7. September. Stäudlin begab sich offenbar zur Sondierung seiner Pläne wieder nach Straßburg. Sie verlief wohl negativ, denn für die Herausgabe eines neuen Journals nach der Art der „Chronik“ bestand angesichts der schon vorhandenen Presse kein Bedarf. Nach einem zweitägigen Aufenthalt schrieb er seiner Tante am 11. September 1796 einen Abschiedsbrief.<sup>19</sup> Sie solle seiner zärtlich geliebten Mutter sagen, „daß sie ja nunmehr nicht mehr um ihren unglücklichen Sohn bekümmert sein dürfte, der endlich seine Versorgung, welche sie ihm so sehnlich in all ihren Briefen wünschte, im — Grab gefunden hat!“ Stäudlin, der vielleicht auch wegen der Niederlage, die Jourdan am 3. September bei Würzburg durch Erzherzog Karl erlitten hatte, zusätzlich niedergeschlagen war, machte seinem Leben in der Nacht vom 11./12. September in der Ill in Straßburg ein Ende.

<sup>19</sup> Abgedruckt bei E. Dittler, Zum Tode von Gotthold Friedrich Stäudlin, S. 121.

Karl Ludwig Schulmeister (1770 - 1853),  
der Jakobiner aus Freistett

*Erwin Dittler*

„Der Großvater Schulmeisters war ein ungarischer Edelmann Namens Biersky. Dieser flüchtete um das Jahr 1740 aus seiner Heimat, weil er in einem Duell einen österreichischen Rittmeister getötet hatte, kam in das Elsaß, und zwar in ein Dorf, das zur Grafschaft Hanau-Lichtenberg gehörte, und fand dort bei einem Schullehrer ein sicheres Asyl“, schrieb Ehrhard 1898 in seinem Beitrag über „Charles Schulmeister, Generalkommissär der Kaiserlichen Heere unter dem ersten Kaiserreich“. <sup>1</sup> Mit diesem Titel kam Ehrhard dem verständlichen und sicherlich berechtigten Wunsch von Schulmeister nach, der sich entschieden dagegen verwahrte, daß man ihn „Spion“ oder „den Spion“ nannte. Er fügte seiner Angabe über dessen Herkunft keinen einschränkenden Zusatz bei, obwohl der von ihm zitierte Paul Muller schon zwei Jahre zuvor die Glaubwürdigkeit dieser Darstellung bezweifelt hatte. Es sei wenig wahrscheinlich, daß ein ungarischer Offizier zu einer Zeit, wo die Auslieferung mit größten Schwierigkeiten verbunden waren, sich in einer bescheidenen Landschule versteckt haben soll und nicht versucht habe, in den Dienst irgendeiner Armee zu treten. <sup>2</sup>

Die Geschichte von dem Edelmann Biersky geht auf eine Schrift zurück, die 1817 in Leipzig erschien, „deren Zuverlässigkeit sehr fraglich ist“ <sup>3</sup> und deren Abfassung man Schulmeister selbst zuschreibt: „Bruchstücke aus dem Leben des Charles Schulmeister von Meinau als angeklagter Hauptspion des Napoleon“. Man könnte die ganze Geschichte als schmückendes Beiwerk des unbekanntenen Verfassers der „Bruchstücke“ abtun, wenn nicht Schulmeister selbst auf seine ungarische Herkunft und auf die in Ungarn gelegenen Güter seines Großvaters in hinterlassenen Papieren hingewiesen hätte. <sup>4</sup> Was ist Wahres an dieser Erzählung? Nach einer Auskunft des Ungarischen Staatsarchivs <sup>5</sup> offen-

1 In: Bischöfliches Gymnasium an St. Stephan zu Straßburg i.E., Jahresbericht über das Schuljahr 1897 - 1898 (XVI), Straßburg 1898, S. 9.

2 Paul Muller, *L'Espionage militaire sous Napoléon I.* — Ch. Schulmeister, 1896, S. 29.

3 Ehrhard, a.a.O., S. 8.

4 Ebd., 16, 36. Zoltan-Etienne Harsany, der in seinem Beitrag »La famille Schulmeister« in: *Alsace historique*, Nr. 21, März 1980, die Lebensläufe der drei Kinder Schulmeisters und deren Enkel schildert, erwähnt, daß sich die Tochter Joséphine-Adèle, Baronin Garat, Schulmeister-Biersky nannte (S. 24).

5 Magyar Országos Levéltár, Budapest, frdl. Mitt. v. 5.2.1980.



*Karl Ludwig Schulmeister (1770-1853), Archives Municipales Strasbourg, Atelier Photographique, Photo E. Laemmel*

bar nichts: „Weder die ungarische genealogische Literatur, Werke von Iván Nagy, Kempelen, noch die Kartei der adeligen Familien Ungarns kennen eine adelige Familie mit dem Namen Biersky bzw. Bersky etc.“ Infolgedessen konnte auch das fragliche Duell des angeblichen Edelmannes nicht stattgefunden haben.<sup>6</sup> Auch Harsany kommt neuerdings zum gleichen Ergebnis.<sup>7</sup> Zweifel hätten auch bezüglich der Datenangaben angemeldet werden müssen, denn in der wertvollen Arbeit von Schildberg<sup>8</sup> wird schon 1726 der in Buchweiler geborene Johannes Schulmeister aufgeführt. Er war der Sohn des Kanzleiprokurators Johann Mathias Sch., der am 27.4.1722 die Maria Salome Meel heiratete.<sup>9</sup> Da er bereits den Namen Schulmeister führte, müßte ein Namenswechsel schon bei dessen Vater, also vor 1700 stattgefunden haben. Doch bedarf es nicht mehr dieser Überlegung, da eine Stammtafel Auskunft über die bisher strittige Herkunft gibt.<sup>10</sup>

Erstmals tauchte ein Mathias Schulmeister im 16. Jahrhundert auf, der mit einer Ursula (+ 1618) verheiratet war. Ihr gleichnamiger Sohn nahm am 21.6.1580 Anna Gullen zur Frau. Wann die Schulmeister in Lichtenau ansäßig wurden, ist noch unklar, doch war der dritte bekannte Mathias Bürger und Wirt in Lichtenau, als er am 15.7.1609 die Margarethe Reinfried heiratete. Ihr um 1610 geborener Sohn, wiederum Wirt und anscheinend der erste Schultheiß in der Familie, ehelichte die Amalie Moscherosch aus Willstätt. Er starb 1657 in Buchweiler, nachdem er vor Pfaffenhofen mit dem Pferd von der Brücke gefallen war. Das Schultheißenamt hatte auch der Nachkomme Mathias (\*23.12.1653 in Lichtenau) inne; der Zöllner und Stabhalter im Amt zu Lichtenau vermählte sich mit Anna Katharina von Bauer. Ein Sohn aus dieser Ehe, Gottfried Christian (\*15.12.1691 in Lichtenau), Großvater von Karl Ludwig Schulmeister, schloß am 26.11.1720 die Ehe mit der gleichfalls aus Lichtenau stammenden Susanne Margarethe Müller. Sein Bruder Mathias (\*7.3.1695 in Lichtenau) war vermutlich der schon genannte Kanzleiprokurator in Buchweiler. Karl Ludwig Schulmeister, der am 5.8.1770 in Neufreistett auf die Welt kam, stammte aus der im Mai 1764 geschlossenen 3. Ehe seines Vaters Johann Gottfried (\*5.2.1724 in Lichtenau), Pfarrer in Neufreistett, mit der Johanna Elisabetha Ritzhaub aus Heusweiler (\*1.2.1734),<sup>11</sup> Tochter des Andreas Ritzhaub, Spezialis in Lahr.

---

6 Nach frdl. Mitt. des Österreichischen Staatsarchivs — Kriegsarchiv —, Wien, v. 29.1.1980 waren die Nachforschungen bezüglich des ungarischen Edelmannes Biersky erfolglos.

7 Harsany, La famille Schulmeister, S. 21.

8 G. Ch. Schildberg, Le Pastorat du comte de Hanau-Lichtenberg de 1618 - 1789, Tome II, 1979, S. 516.

9 Frdl. Mitt. v. Alfred Matt, Bouxwiller, v. 25.1.1980. Über dessen Herkunft gibt das Kirchenregister keine Auskunft. — Im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt sind nach frdl. Mitt. v. 20.3.1980 keine Unterlagen über den Kanzlerprokurator Sch. vorhanden.

10 Generallandesarchiv Karlsruhe 65/11849, Genealogie der Familie Schulmeister aus Lichtenau (L. Kobel, Graz, 26.11.1932). Den Hinweis verdanke ich dem GLA (Dr. Zier) v. 13.12.1980.

11 Schildberg, a.a.O.

Doch ergibt sich aus der Stammtafel eine überraschende Feststellung: *Schulmeister hatte tatsächlich Ahnen in Ungarn: die um 1655 geborene Katharina von Bauer (+ 23.12.1726 in Buchweiler)!<sup>12</sup>*

Nach Sitzmann ließ ihn sein Vater im Alter von 15 Jahren in ein Husarenregiment eintreten,<sup>13</sup> wo ein Verwandter, Müller, lieutenant-colonel gewesen sei. Seine Familie habe ihn zurückgerufen, damit er seine Studien fortsetze, und mit 18 Jahren sei er Kanzlist im Amt Kork gewesen. Am 20.2.1792 heiratete er in Markkirch Louise-Charlotte Unger, Tochter des Bergwerkdirektors Jean-Charles Unger und der Louise-Charlotte Schreiber.<sup>14</sup> In der Heiratsurkunde bezeichnete er sich als Actuarus,<sup>15</sup> doch wird diese Tätigkeit nur von kurzer Dauer gewesen sein, denn Ende des Jahres 1792 wird er bei der Geburt einer Tochter im Kirchenregister von Neu-Freistett als Eisenhändler genannt,<sup>16</sup> und als Kaufmann oder Eisenhändler ist er auch in den folgenden Jahren tätig. Seine Geschäfte gingen offenbar gut, denn 1793 erwirbt er in der vö. Landvogtei Ortenau von dem Landvogt von Wellenberg das Schloß Aubach bei Lauf.<sup>17</sup> Am 9. September stirbt der Vater, von dem er auch einige Grundstücke erbt. Von den zwei Brüdern übernimmt Christian Ernst (\*27.8.1754 in Scherzheim), der bisher in Freistett zweiter Geistlicher war,<sup>18</sup> nun die Pfarrstelle, während Johann Gottfried (\*28.2.1765) zu dieser Zeit Besitzer einer Ziegelhütte in Bodersweier ist. Auch Karl Ludwig sucht sich 1797 in der Produktionssphäre zu betätigen; er bittet um die Erlaubnis, „eine Manufactur

---

12 Nach frdl. Mitt. des Ungarischen Staatsarchivs v. 16.6.1980, wurde 1631 einem Laurenz Bauer vom König Ferdinand II. ein Adelsbrief erteilt. Eine Adelsfamilie gleichen Namens lebte auch im 19. Jh. in Ungarn (Ivány Nagy, Magyarország családai, I. Bd. Pest 1857.256). — A. K. v. Bauer wurde nach Mitt. von Karl Starrock, Gamshurst, nach Scherzheim überführt und dort am 26.12. beerdigt.

13 Sitzmann, Dictionnaire de biographie des hommes célèbres de l'Alsace, Bd. II, 773 f. Über Schulmeister auch Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 32, S. 688; Biographie Universelle, Bd. 38, 461. — Nach Muller, a.a.O. S. 32, mit 17 Jahren.

14 Zoltan-Etienne Harsany, Charles Louis Schulmeister, Citoyen de Strasbourg et espion de Napoléon I., in: Saisons d'Alsace, Nr. 51, 3. trimestre 1974, S. 85.

15 Paul Muller, 30. Über eine Amtsstellung liegen beim Hess.StA. keine Unterlagen vor. In der anhand der Adreßkalender erstellten Beamtenkartei wird er nicht genannt. Das Kabinettsprotokoll vermerkt 1792 lediglich »Consens«, was sowohl eine Heiratserlaubnis als auch ein Ausscheiden bedeuten kann.

16 Ehrhard, 10. In den Hanau-Lichtenbergischen Kabinettsprotokollen wird er 1794 als Eisenhändler und 1793 und 1797 als Kaufmann genannt (Hess.StA. Darmstadt). — Nach frdl. Mitt. von Karl Starrock v. 19.6.1980 handelt es sich um Louise-Charlotte-Friederike, geb. am 10.12.1792. Die am 18.3.1797 geborene Louisa Henriette starb nach der Geburt (K. Starrock).

17 Josef Fischer, Dorfgeschichte von Lauf, Bühl (Baden) o.J., S. 149. Über das Schlößchen Aubach konnten vom GLA (13.2.1980) nur zwei Aktenhefte ermittelt werden: Abzugsbeschwerden des Obrist-Leutnants v. Hornstein wegen des verkauften Guts Aubach (1784/85, GLA 229/58872) und Hofgut Aubach des Wilh. Samson von Harrant (1686 - 1715, GLA 229/58876). Am 28.5.1795 wurde in Lauf der Sohn Karl-Ludwig-Isidor Schulmeister geboren und am 2.6. kath. getauft (frdl. Mitt. von Pfarrer Walter Sutterer, Lauf v. 27.5.80).

18 Alfred Leitz, Geschichte der Gemeinden Freistett und Neu-Freistett bis zum Übergang an das Großherzogtum Baden, Kehl 1890, S. 198.

von Linnen, Zwilch, Paktuch etc. mit dem vom Spediteur Müller in Rastatt in Bischofsheim errichtet werden sollenden Warenlager verbinden zu dürfen“.<sup>19</sup> Eine Verwirklichung dieses Planes hätte sich für den dortigen Raum sicherlich günstig ausgewirkt. Hilfsbereit streckt er im Mai seiner Heimatgemeinde 2 400 livres vor, damit diese ihren Requisitionsverpflichtungen gegenüber der frz. Armee nachkommen konnte. Nachdem auch seine Mutter am 23.2.1795 gestorben war, band ihn nach dem Scheitern des Projekts wohl nichts mehr an Freistett. Nach der Abwicklung der Erbschaftsangelegenheiten und der Veräußerung des Schlosses Aubach im gleichen Jahr an den Freiherrn Leopold von Lassolaye siedelt er nach Straßburg über, was sicherlich auch dem Wunsch der noch lebenden Schwiegereltern entsprach.<sup>20</sup>

Harsany behauptet, daß dieser Wechsel des Wohnsitzes aus rein materiellen und keineswegs aus sentimental oder moralischen Gründen erfolgt sei.<sup>21</sup> Den Beweis für ein solches, an sich doch keineswegs unehrenhaftes Motiv für einen tüchtigen Geschäftsmann, sieht er offenbar in einem Brief Schulmeisters vom 5.10.1797 an die Straßburger Stadtverwaltung, in welchem er um Unterstützung beim général en chef de l'armée d'Allemagne bittet, um die mehrmals vergeblich angemahnte Rückzahlung seines der Gemeinde gewährten Darlehens zu erreichen. Schulmeister befürchtete, daß man ihm wegen seines Wegzugs und Überführung seines Vermögens nach Frankreich Schwierigkeiten bereiten könnte. Es sei indessen möglich, fährt Harsany fort, daß Schulmeister dank seiner Kontakte zu Militärs und frz. Patrioten — Napoleon, Savary, etc. — allmählich dafür gewonnen worden sei, sich „de coeur et d'intérêt“ als guter Franzose zu betrachten.

Diese betonte Hervorhebung des angeblich nur materiellen Motivs, das Schulmeister zur Übersiedlung nach Straßburg bewogen haben soll, fordert zu einigen Überlegungen heraus. Zunächst ist es schwer vorstellbar, daß er wegen einer kurzfristig nicht einzutreibenden Schuld Freistett verlassen haben soll, zumal eine gesamtschuldnerische Verpflichtung vorlag; wengleich dies mit frz. Hilfe schneller und wirksamer geschehen konnte. Sollte das der Fall gewesen sein, mußte er sich dafür zweifellos erkenntlich zeigen.

Man mußte sich auch nicht unbedingt gleich als guter Franzose fühlen, wenn man nach Frankreich zog, zumal es sich in diesem Falle um Straßburg mit seiner stammesgleichen Bevölkerung handelte. Wie es auch umgekehrt verfehlt ist, auf deutscher Seite tief zu beklagen, daß Schulmeister „seinen Mut und seine Kenntnisse nicht in den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellt hat“,<sup>22</sup>

---

19 Hess. StA. Darmstadt, H.-L. Kabinettsprotokolle 1797/98, 408. 594. Im GLA (13.2.1980) konnten keine Akten über ein Warenlager des Spediteurs Müller aus Rastatt in Rheinbischofsheim festgestellt werden.

20 Marie Charlotte Unger + 12.5.1809, Jean-Charles Unger + 1.11.1814 (Harsany, Ch. L. Schulmeister, 93).

21 Harsany, Charles Louis Schulmeister, 96, 85; derselbe, La famille Schulmeister, 20.

22 Leitz, 205.



ein Vorwurf, der auch heute noch nicht verstummt ist. Angesichts der territorialen Zersplitterung gab es in Deutschland gar viele Vaterländer, und schon das benachbarte deutsche Territorium galt nicht nur der jeweiligen Obrigkeit als Ausland. „Und doch scheint die Liebe zum Vaterlande unter den Deutschen mit der wachsenden Kultur eher ab- als zuzunehmen. Der Brandenburger sieht den Österreicher, der Sachse den Schwaben, der Hannoveraner den Pfälzer, der Bayer den Franken etc. so lieblos und gleichgültig an, als wären sie durch Länder und Meere getrennt“, schrieb Schubart am 27.12.1791 in seiner „Chronik“. Auch im Hanauerland wußte man während der Kriege ein Lied davon zu singen, hausten doch jeweils kaiserliche oder Reichstruppen gleichermaßen im Lande wie die Franzosen. Ein deutsches Nationalbewußtsein bildete sich ja erst allmählich unter der Herrschaft und nach dem Sturz Napoleons heraus.

Für Schulmeister bedurfte es auch gewiß nicht der von Harsany erwähnten Kontakte mit Napoleon oder Savary, um sich als „guter Franzose“ zu betrachten, was immer man auch darunter verstehen mag. Der Hinweis auf Napoleon scheint mir um so weniger angebracht, als gerade dieser noch als junger frz. Offizier von glühendem korsischen Patriotismus beseelt war. In seinem brennenden Ehrgeiz wurde Frankreich erst dann sein Vaterland, als die französische Revolution ihm die große Chance des sozialen Aufstiegs bot.

Mit all seinen bürgerlichen Errungenschaften der Revolution wurde dieses Land auch zur Wahlheimat vieler Deutschen, nicht zuletzt und gerade auch für einen Kaufmann wie Schulmeister, der sicherlich den Artikel 355 der Direktorialverfassung vom 22.8.1795 zu schätzen wußte: „Es gibt weder Privilegien, noch Meisterschaft, noch Zunft, noch Innung der Handwerker, noch Einschränkung der Pressefreiheit, des Handels und der Ausübung der Gewerbsamkeit und der Künste aller Art“.<sup>23</sup> Er kam als Händler weit herum und kannte die bedrückenden Verhältnisse in Deutschland. Als dynamische Persönlichkeit war er nicht gesonnen, die Verhältnisse tatenlos hinzunehmen, sondern sie revolutionär zu verändern. Auch im Hanauerland hatte man den Ausbruch der frz. Revolution begrüßt, und bei den damaligen Unruhen zerstörten Freistetter Burschen am 22.8.1789 das Anwesen des Fiskals Jenser in Bischofsheim. Es erscheint durchaus möglich, daß Schulmeister aus Sympathie für das republikanische Frankreich den frz. Truppen 1794 und 1795 beim Rheinübergang als Führer und Kundschafter diente.<sup>24</sup> Wollte er sich 1797 aktiv an Umsturzplänen in Deutschland beteiligen, mußte er sich vor einer Verfolgung und Repressalien schützen und sein Vermögen in Sicherheit bringen. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheinen seine Übersiedlung nach Straßburg und Bitte an die Stadtverwaltung, wegen der Eintreibung seines Darle-

---

23 Walter Grab, Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, 1973, S. 275.

24 Alexander Elmer, Napoleons Leibspion Karl Ludwig Schulmeister, 1931, S. 12.

hens bei dem Oberbefehlshaber der Armée d' Allemagne befürwortend vorstellig zu werden, verständlich.

Oberbefehlshaber war zu dieser Zeit der General Augereau, dem seit dem 23.9.1797 die Armeen Sambre-et-Meuse und Rhin-et-Moselle unterstanden. Er traf am 2. Oktober in Straßburg ein und übernahm nach der Teilung der Armee am 9. Dezember 1797 den Oberbefehl über die Rheinarmee.<sup>25</sup> Augereau verband sich mit den oberrheinischen Jakobinern, an deren Spitze Johann Georg List, Ernst Alexander Jägerschmid und Karl Fahrländer standen, die emigriert waren und ihren Wohnsitz in der Schweiz bzw. in Straßburg hatten. List berichtete später: „Im Herbst 1797 erschien B. Augereau als General en chef zu Straßburg; das Projekt einer deutschen Republik war abermals an der Tagesordnung. Ich wurde zu ihm berufen und die Sache verabredet“.<sup>26</sup> Nach der letzten Vorsprache Lists am 11.1.1798 im Offenburger Hauptquartier von Augereau begaben sich etwa ein Dutzend Emmissäre auf Beschluß des „Club des citoyens actifs“ in Straßburg auf die rechte Rheinseite, um den Aufstand durch Verbreitung von Proklamationen und Versammlungen vorzubereiten. In einer Note des Grafen von Metternich an die bevollmächtigten Minister der frz. Republik beim Rastatter Kongreß wird auch der Bürger Karl erwähnt.<sup>27</sup> Dieser Karl ist zweifellos Karl Schulmeister, der sich auch später als Kundschafter der frz. Armee so nannte: „Er selbst nannte sich mit Vorliebe schlechthin Charles, wie ihn der Kaiser anzureden pflegte, oder Monsieur de Charles“.<sup>28</sup> Der Aufstand scheiterte, da das von Augereau zur militärischen Unterstützung zugesagte Corps des Guides von seinem Generalstabschef über den Rhein zurück nach Straßburg in Marsch gesetzt und Augereau seines Kommandos am 29. Januar enthoben wurde. Aus seiner revolutionären Tätigkeit erklärt sich auch die Feststellung von Harsany,<sup>29</sup> daß er zahlreiche Gesuche an die Straßburger Stadtverwaltung richtete, um Pässe für Deutschland und Helvetien zu erhalten „pour affaires de son commerce“. Trotz der Verhaftung einiger Emmissäre aus Straßburg und badischer Umstürzler im Oberland, wo die Verschwörung durch einen Zufall entdeckt worden war,<sup>30</sup> blieb die demokratische Bewegung ungebrochen. Am 8.3.1798 berichtete der mark-

25 Ministère de la défense, Service Historique, frdl. Mitt. v. 4.1.1978.

26 Helvetik, Bd. 614, 265 - 271 (Luzern, 24.3.1799).

27 Carl Ludwig von Haller, Geheime Geschichte der Rastatter Friedensverhandlungen, 2. Teil, 1799, S. 202 f.

28 Ehrhard, 41. Theodor Bitterauf, Die Gründung des Rheinbundes, 1905, S. 49, spricht davon, daß Dr. Schwahn seine Jakobinerfreiheitspredigten dem »zu trauriger Berühmtheit gelangten Karl Ludwig Schuhmacher zu Altenheim b. Lahr« zur Verteilung gegeben habe. Sicherlich eine Verwechslung, denn Schumacher und der Bürger Karl werden in der Note des Grafen v. Metternich an die bevollm. Minister der frz. Republik in Rastatt gesondert genannt. Schumacher habe etwa 17 Jahre bei dem Kaufmann Rübsamen in Straßburg gedient. Mit Georg Heinrich Rübsamen stand Schulmeister in Geschäftsverbindung.

29 Harsany, Ch. L. Schulmeister, S. 86.

30 Heinrich Scheel, Süddeutsche Jakobiner, 1962, S. 390. Erwin Dittler, Jakobiner am Oberrhein. Karl und Dr. Sebastian Fahrländer von Ettenheim und die revolutionäre Bewegung am Oberrhein, Kehl 1976, S. 43.

gräfliche Obervogt Harrant aus Bühl nach Karlsruhe, daß der dortige Handelsmann Berger in Straßburg seinen Bekannten, den Handelsmann Schulmeister von Freistett getroffen habe, der in Straßburg wohne. Dieser habe ihm erzählt, daß in Straßburg ein Klub von 80 Personen bestehe, dessen Mitglied er sei und der den Zweck habe, die Lande beiderseits des Rheines zu revolutionieren, deswegen Emmissäre halte und bereits bei 5000 Unterschriften diesseits des Rheines gesammelt habe und nicht nachlassen werde, bis alles zwischen Rhein und Donau aufgewiegelt sei. Alle revolutionären Schriften in der Schweiz und dem Oberland seien von diesem Klub ausgestreut worden. Schulmeister habe ihn in den Klub mitnehmen wollen.<sup>31</sup> Offensichtlich war dieser mit seinem Decknamen „Karl“ der Verfolgung durch die frz. Behörden entgangen, denn die frz. Regierung hatte mit dem Dekret vom 27.1.1798 die Verhaftung und Bestrafung aller Anstifter und Helfershelfer angeordnet.<sup>32</sup> Der Klub wurde am 16.3.1798 aufgelöst.<sup>33</sup>

Elmer vermerkt, daß Schulmeister 1799 und 1800 mehrere Monate Straßburg fernblieb.<sup>34</sup> Aus einer Bemerkung Schulmeisters in seinem Bericht vom 26.10.1805 an General Savary, daß er durch Zufall den österreichischen Husarenoffizier Rulzki getroffen habe, mit dem er seit dem letzten Krieg freundschaftlich verbunden sei,<sup>35</sup> schloß Paul Muller, daß er zu jener Zeit im Dienst der Spionage gestanden habe. „Schulmeister liebte es, in späteren Jahren durchblicken zu lassen, er wäre einst Offizier in der Republikanischen Armee Frankreichs gewesen.“<sup>36</sup> Das schließt nicht aus, daß er möglicherweise wieder an der Vorbereitung eines im Zusammenhang mit dem Einmarsch der frz. Armee unter Jourdan am 1.3.1799 geplanten neuen Aufstandes mitwirkte. In Basel war ein „Entwurf einer republikanischen Verfassungsurkunde, wie sie in Deutschland taugen möchte“ gedruckt und durch Händler in großen Mengen in Süddeutschland verbreitet worden.

Es liegt nahe, daß sich Schulmeister auf seinen zahlreichen Auslandsreisen auch mit den frz. Emigranten beschäftigte. Seine Geschäftsreisen nach England, die ihm nach Angabe von Nachkommen sein Vermögen eingebracht haben,<sup>37</sup> boten ihm sicherlich entsprechende Gelegenheiten. Er gehörte aber offenbar nicht zu jenen Agenten, die beispielsweise 1803 mit besonderen Aufträgen nach London geschickt wurden, wo gerade ein Komplott gegen Bonaparte

31 Politische Correspondenz Karl Friedrichs von Baden 1783 - 1806, III. Bd., bearb. von K. Ober, S. 94. — Am 26.1.1798 wurde dem Markgrafen aus Mahlberg berichtet, daß die Sendung der Emmissäre vom »Club des citoyens actifs« zu Straßburg beschlossen worden sei.

32 Nach frdl. Mitt. der Direction des Archives de France v. 18.4.1980 finden sich dort in den Serien F<sup>7</sup> und AF III keine Hinweise auf eine Verhaftung oder Ausweisung von Schulmeister. Sein Name taucht auch nicht in den verschiedenen Listen der damals im Département Bas-Rhin Verhafteten auf.

33 Neueste Weltkunde, 21.3.1798.

34 Elmer, S. 12.

35 Muller, S. 81.

36 Elmer, 13.

37 Ehrhard, S. 10.

geschmiedet wurde.<sup>38</sup> Im Zusammenhang mit der 1804 entdeckten Verschwörung von Georges Cadoudal und General Pichegru, in die auch General Moreau verwickelt war, geriet Louis-Antoine-Henri de Bourbon, duc d'Enghien, Enkel des Prinzen von Condé, in den Verdacht, daran beteiligt zu sein. Paul Muller ging auf die Vermutung Dieffenbachs<sup>39</sup> ein, daß Schulmeister mit der Beobachtung von Ettenheim beauftragt war,<sup>40</sup> wo sich der Herzog zunächst mit der Erlaubnis von Kardinal Rohan und nach dem Übergang des bischöflich-straßburgischen Amtes Ettenheim durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 an Baden mit Genehmigung des Kurfürsten aufhielt. Die Überlegung Dieffenbachs stützt sich einmal darauf, daß General Savary laufend über den Herzog von Enghien durch einen Straßburger unterrichtet worden sei, der nur Schulmeister gewesen sein könne, weil Savary nur zu ihm nähere Beziehungen hatte. Zum anderen auf einen Brief des Präfekten Shée in Straßburg vom 17. ventôse XII (8.3.1803) an den frz. Justizminister, in dem das Schreiben eines Bürgers S . . . (der Name war sorgfältig ausgelöscht) erwähnt wird.<sup>41</sup> Während Paul Muller die Vermutung Dieffenbachs widerlegte, ging Bernard Newmann einen Schritt weiter als Dieffenbach und behauptete phantasievoll, Schulmeister habe dem Herzog eine Falle gestellt, indem er ihm einen verzweiferten Hilferuf seiner in Frankreich verbliebenen Geliebten habe zukommen lassen: „Der Herzog eilte ihr zu Hilfe, und die Falle schnappte zu“.<sup>42</sup> Bekanntlich wurde aber der Herzog am 15. März 1804 in Ettenheim verhaftet,<sup>43</sup> wo er trotz mehrfacher Warnungen wegen seiner Jagdleidenschaft und der Liebe zu Charlotte-Louise Dorothee de Rohan geblieben war.

Schulmeister, der sich in Straßburg zunächst als Krämer niedergelassen hatte und dann als Tabakkaufmann betätigte, erlangte während des Kaiserreichs im 3. Koalitionskrieg seine legendäre Berühmtheit als Kundschafter Napoleons. Nach einer Audienz beim Kaiser am 1. Oktober 1805 in Straßburg wurde er mit einem Erkundigungsauftrag betraut. Am gleichen Tag brach er mit dem Barbier oder Chirurgen Hans Rippmann von Kork und dem Pferdehändler Hammel von Neu-Freistett zu seiner Ausführung auf. Seine Rolle, die er dabei spielte, ging weit über den Aufgabenbereich eines Kundschafters hinaus, trug er doch durch sein geniales Agentenspiel zur militärischen Fehlentscheidung des österreichischen Generals Mack und damit zur Kapitulation der mit starken österreichischen Kräften besetzten Festung Ulm am 20. Oktober bei. Man darf annehmen, daß er bei seinem Aufenthalt am 26. Oktober in München

38 Vgl. G. Caudrillier, La découverte du complot de l'an XII, in: *Revue des études napoléoniennes*, 11. Jahr, I. 3. Mai - Juni 1922, S. 161 - 179.

39 L. Ferdinand Dieffenbach, Karl Ludwig Schulmeister, der Hauptspion, Parteigänger, Polizeipräfekt und geheime Agent Napoleons I., Leipzig 1879, S. 65 ff.

40 Muller, S. 34 ff.

41 Aug. Nougarede de Fayet, *Historiques sur le procès et la condamnation du duc d'Enghien*, Paris 1844, Bd. I., S. 170.

42 Bernard Newmann, *Spionage. Mythos und Wirklichkeit*, 1962, S. 107.

43 Ernst Batzer, Ein Bericht über die Gefangennahme des Herzogs von Enghien in Ettenheim, in: *Die Ortenau* 18(1931), S. 177 ff.

auch bei seinem Landsmann aus Kork, dem frz. Gesandten Ludwig Wilhelm Otto vorsprach. Seine Tätigkeit während des kurzen Feldzuges fand nach der Besetzung von Wien im November auch ihre öffentliche Anerkennung durch die Ernennung zum Generalkommissar der Polizei der Stadt Wien. Mit dem Abzug der frz. Truppen im Januar 1806 verließ auch er die Stadt. Nach einer Rückkehr im März mit seinen beiden Begleitern aus dem Hanauerland wurde er am 31. März in Wien wegen Spionage im letzten Krieg verhaftet, kam aber auf irgendeine Weise nach mehreren Monaten wieder frei, während Rippmann nach Aussage von Hammel „zwischen Himmel und Erd“ gestorben sein soll.

Zu den bemerkenswerten Waffentaten während des Feldzuges gegen Preußen in den Jahren 1806 und 1807 zählt die Einnahme von Wismar im November 1806 durch 13 Husaren unter der Führung des Kapitäns Charles, den Savary als einen Mann von ungewöhnlichem Mut und ungewöhnlicher Geistesgegenwart bezeichnete, „durch dessen an Tollkühnheit grenzende Verwegenheit es gelang, diese Stadt zu erobern“.<sup>44</sup> Er wirkte bei der Eroberung von Rostock und der Übergabe von Hameln sowie mit gewohnter Tapferkeit bei der Schlacht von Friedland am 14.6.1807 mit. Im Juni wurde er von Savary zum Polizeipräsidenten von Königsberg ernannt. Ein außerordentlicher Vertrauensbeweis wurde ihm mit dem ehrenvollen Auftrag zuteil, die Leitung der Polizei auf dem Fürstentag in Erfurt zu übernehmen, wo sich vom 27. September bis 14. Oktober 1808 Napoleon und Zar Alexander trafen und zahlreiche Fürsten Mitteleuropas versammelten.

Im Feldzug von 1809 glänzte er durch die Erstürmung der brennenden Isarbrücke in Landshut an der Spitze eines Regiments, wodurch er dem General Mouton die rechtzeitige Besetzung des anderen Ufers ermöglichte. Am 12. Mai, dem Tag des erneuten Einzugs der frz. Truppen in Wien, konnte General Savary dem Kaiser mitteilen, daß Schulmeister ihn wirksam vor dem Angriff einer großen Menschenmenge in der Vorstadt geschützt habe. Bis zum Abzug der Truppen übte er das Amt des Generalkommissars der Polizei der Stadt aus.

Der Cadet de Gassicourt, der den Kaiser im Feldzug von 1809 als Apotheker begleitete, hinterließ eine Aufzeichnung über eine Begegnung am 27. September mit Schulmeister, dem er seltene Kühnheit, nie versagende Geistesgegenwart und einen erstaunlichen Scharfsinn bescheinigt.<sup>45</sup> Sein Äußeres entspreche seinem Ruf: „Er hat ein lebendiges Auge, einen durchdringenden Blick, eine Strenge und entschlossene Miene; seine Bewegungen sind barsch, seine Stimme ist wohltönend und fest. Sein Wuchs ist mittelmäßig, aber stark; sein Temperament halb sanguinisch, halb choleric“.<sup>46</sup> In diesem in Wien statt-

---

44 Ehrhard, S. 29.

45 Voyage en Autriche, en Moravie et en Bavière fait à la suite de l'armée française pendant la campagne de 1809, Paris 1818. Zit. bei Paul Muller, S. 146 ff.

46 Zit. bei Ehrhard, S. 5.

findenden Gespräch bedankte sich Gassicourt, daß er die Aufführung von Ifflands Stück „Die Anachoreten“ genießen durfte, worauf Schulmeister erwiderte: „Ich habe mehr getan, ich ließ die von der österreichischen Zensur beschlagnahmten Bücher, die ich in den Archiven der Zensur gefunden habe, ihren Eigentümern zurückgeben; ich ließ alle verbotenen Bücher von Voltaire, Diderot, Helvetius, Holbach übersetzen und drucken; alle werden nun in deutscher und französischer Sprache verkauft, auf daß die Wahrheit an den Tag kommt und ihr Licht leuchtet. Würden Sie glauben, daß der Erzbischof von Wien das Buch von Montesquieu 'L'Esprit des lois', dieses unsterbliche Werk, von dem stets ein Exemplar im Unterhaus in London aufbewahrt wird und das die Bewunderung der größten Publizisten der Welt erregt, auf den Index setzte? Ich habe die Mönche in ihre Klöster verwiesen, wo sie überwacht werden und nicht mehr den Fanatismus in den Vorstädten und Spitälern predigen können“.

Hier offenbart sich ein weithin unbekannter Schulmeister als „Apostel der Erregenschaften der Revolution, als Schützer des freien Wortes und als Verbreiter des Lichtes der Aufklärung“.<sup>47</sup> In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von Harsany interessant, daß Schulmeister seit dem 12.12.1808 der Freimaurerloge „Saint-Jean, la Vraie-Fraternité“, einer der demokratischsten Logen Straßburgs angehörte.<sup>48</sup> Aber er erscheint nur dann in einem neuen Licht, wenn man seine revolutionäre Tätigkeit von 1797/98, von der wir leider noch zu wenig wissen, nicht kennt oder außer acht läßt.

Nach dem Feldzug von 1809 zog sich Schulmeister in das wohlverdiente Privatleben zurück und widmete sich der Bewirtschaftung seines seit dem Jahr 1806 erworbenen umfangreichen Besitzes in Straßburg, der etwa 160 ha betrug. Er ließ nach den Plänen von Weinbrenner das Schloßchen Meinau bauen,<sup>49</sup> erwarb ein Haus in Paris und kaufte in Boissy-St.Léger das Schloß Piple.<sup>50</sup> Ob er die freundschaftlichen Beziehungen zu Savary weiter pflegte, ist unbekannt, aber wahrscheinlich. Doch bekleidete er kein offizielles Amt, nachdem dieser am 3. Juni 1810 den in Ungnade gefallenen Fouché als Polizeiminister abgelöst hatte.

An den Feldzügen in Spanien und Rußland nahm er nicht teil.<sup>51</sup> Mehrere Gründe könnten dafür maßgebend gewesen sein; vielleicht war er nur kriegsmüde geworden, vielleicht mißbilligte er aber die grausame Unterdrückung des spanischen Volkes, das gegen die Soldaten Napoleons einen erbitterten nationalen Volkskrieg führte, und auch das russische Abenteuer, das der Vervoll-

---

47 Elmer, S. 136.

48 Harsany, Ch. L. Schulmeister, S. 92. Ders., La vie à Strasbourg sous le consulat et l'Empire (o.J.), S. 236.

49 Ed. Piton, Strasbourg illustré, Strasbourg 1912, S. 57

50 Muller, S. 167.

51 Sitzmann, S. 734.

kommnung der Kontinentalsperre gegen England, aber nicht der Befreiung der russischen Bauern von der Leibeigenschaft dienen sollte. Muller vermutete, daß mangelnde Sprachkenntnisse ausschlaggebend waren.<sup>52</sup> Tatsächlich gerieten selbst deutsche Offiziere in russischer Uniform, die sich vor allem in den höheren Stäben der russischen Armee befanden, wegen fehlender oder mangelnder russischer Sprachkenntnisse gelegentlich in Verdacht, Spione zu sein.<sup>53</sup>

Was auch immer ihn veranlaßt haben mag, sich vom Kriegshandwerk zurückzuziehen, so blieb er dadurch von den katastrophalen Ereignissen auf beiden Kriegsschauplätzen verschont, die maßgeblich zum Sturz Napoleons beitrugen. Dessen Niederlage in der Völkerschlacht bei Leipzig, welche die Befreiung Deutschlands zur Folge hatte, bereitete Schulmeister zunächst nur eine geringfügige Ungelegenheit, die aber seine bedeutsame ökonomische Stellung erkennen läßt. Wegen der erforderlichen Arbeiten am Fort Kehl hatte ihn die Straßburger Stadtverwaltung aufgefordert, den Bau einer Straße einzustellen, da die dabei beschäftigten Arbeiter benötigt wurden. Auf das Schreiben des Bürgermeisters Brackenhoffer antwortete er am 24. Oktober 1814 anzüglich und nicht gerade patriotisch, daß er unverzüglich die bisher beschäftigten Bewohner von Neuhof entlassen habe. Er habe sie beschäftigt, um ihnen Brot zu verschaffen und sie vor dem Elend zu bewahren. Die Freude, den zahlreichen Familien von Neuhof Gutes zu tun, ihr unergiebiges Land fruchtbar zu machen und ihre Existenz zu sichern, sei seine einzige Befriedigung gewesen, die er dabei gefunden habe. Was ihn betreffe, so könne er ihre Dienste entbehren, und wenn noch auszuführende Arbeiten verblieben, um Gutes tun zu können, so würden sich die Bewohner von Illkirch und Grafenstaden beeilen, davon zu profitieren.<sup>54</sup> Besser konnte man nicht auf das offenbar schikanöse Begehren der Stadtverwaltung reagieren.

Napoleon war Anfang Mai 1814 auf der ihm von den siegreichen Verbündeten zugewiesenen Insel Elba eingetroffen. Schon zwei Monate später verbreitete sich das Gerücht von einer Verschwörung, welche die Wiedererrichtung des Kaiserreichs zum Ziele habe. Man verdächtigte Schulmeister als die Seele dieses Unternehmens, und in deutschen Zeitungen wurde er als Verräter denunziert.<sup>55</sup> Es wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen. Da man ihn jedoch nicht aufspüren konnte, hielt man sich an seinen Bruder in Freistett, den 1810 zum

---

52 Muller, S. 168 f.

53 So war beispielsweise Clausewitz, der zum Chef des Generalstabes für die Besetzung von Riga ernannt worden war, schon bald nach Verlassen des russ. Hauptquartiers trotz Reisepaß, russischer Ordre und Uniform von den Milizen angehalten und zurückgeschickt worden. Und als er wenige Tage später erneut mit zwei weiteren deutschen Offizieren aufbrach, »fehlte in einigen kleinen Städten nicht viel, daß wir auf dieser Reise trotz unseres russischen Feldjägers wieder für Spione erklärt und festgenommen worden wären«. (Carl von Clausewitz, *Der russische Feldzug von 1812*, Wiesbaden 1953, S. 141 f.).

54 Harsany, Ch. L. Schulmeister, S. 92.

55 Muller, S. 169.

Dekan ernannten Christian Ernst. Seine Freilassung erfolgte erst, nachdem er seine völlige Unschuld erweisen konnte.<sup>56</sup>

Wenn auch das genaue Datum des Steckbriefes gegen Schulmeister nicht genannt wird, so muß um jene Zeit die rätselhafte geheime Zusammenkunft des Sekretärs Mandel, Vertrauter des österreichischen Feldmarschalls Fürst Schwarzenberg, mit Schulmeister in Straßburg stattgefunden haben. Der Unterpräfekt des Bezirks Benfeld, dem der längere Aufenthalt Mandels in Straßburg auffiel, berichtete darüber am 19. August 1814 dem Adjutanten Lasalle des Grafen von Artois, Bruder Ludwigs XVIII.<sup>57</sup> Was wurde da gespielt, und war Schulmeister wirklich unauffindbar? Nach Angaben von Jean Orioux wurde während des Wiener Kongresses, der schon Ende September 1814 inoffiziell zusammentrat, „die Anwesenheit eines napoleonischen Spions verzeichnet, eines Mannes namens Schulmeister, der bei den internationalen Geheimdiensten kein Unbekannter war“.<sup>58</sup> Doch Masson erwähnt, daß davon gesprochen worden sei, Napoleon habe Cipriani Franceschi, der später seinen Nachrichtendienst auf St. Helena leitet, nach Wien geschickt, um dort Informationen zu sammeln.<sup>59</sup>

Noch während des Kongresses, am 1. März 1815, verließ Napoleon mit seiner Truppe die Insel Elba. Hatte Schulmeister etwas mit der Flucht zu tun? Man wisse es nicht, schreibt Orioux. In den Nachlaßpapieren Schulmeisters fand sich nur die zweimalige Erwähnung, daß er seinen Sohn mit einem persönlichen Brief an den Kaiser in Fontainebleau geschickt habe, um ihn von der Flucht Ludwigs XVIII. zu unterrichten. Der Kaiser habe seinem Sohn gegenüber bemerkt: „Ihr Vater ist der einzige, der mich von der Abreise der Bourbonen benachrichtigt und wünscht, daß ich heute noch in Paris ankomme, heute, den 20. März, am Geburtstag des Königs von Rom. Wir wollen also abreisen“.<sup>60</sup> Dem steht ein Bericht des Generals Savary vom 24. März gegenüber, in welchem er dem Kriegsminister mitteilt, daß er in der Nacht vom 19./20. den Leutnant der berittenen Nationalgarde, Charles-Isidor Schulmeister, Sohn eines Mannes, der die hervorragendsten Dienste leistete, zum Kaiser mit dem Auftrag geschickt habe, ihn über die Abreise der Bourbonen aus der Hauptstadt zu informieren. Dieser habe ihn gütig empfangen. Charles-Isidor sei mit dem Kaiser nach Paris zurückgekehrt.<sup>61</sup>

Diese Darstellung Savarys schließt nicht aus, daß Schulmeister seinem Sohn einen Brief mitgab für den Kaiser, der seit seiner Landung mit der Verheißung

---

56 Ders., S. 169, Heitz, S. 206, Ehrhard, S. 38.

57 Harsany, Ch. L. Schulmeister, S. 99, Anm. 29.

58 Jean Orioux, Talleyrand, die unverstandene Sphinx, 4. Aufl. 1974, S. 550. Der deutsche Übersetzer Gerhard Heller vermerkt dazu, daß Schulmeister wahrscheinlich im Dienst Talleyrands stand, »in dem er den großen Mann des nachnapoleonischen Europas sah«. Orioux selbst wirft die Frage auf, ob Schulmeister Talleyrand einen von der Polizei angefangenen Brief mit einer Todesdrohung übergeben sollte.

59 Frédéric Masson, Napoléon à Sainte-Hélène 1815 - 1821, Paris 1912, S. 163

60 Ehrhard, S. 38 f.

61 Harsany, La famille Schulmeister, S. 22.



auftrat, „er werde Frankreich die Freiheit im Innern und den Frieden mit Europa geben. Er sei gekommen, um die Prinzipien der Großen Revolution zu schützen und zu festigen, er verstehe, daß die Zeiten sich geändert hätten, er werde sich von nun an mit Frankreich zufriedengeben und nicht mehr an Eroberungen denken“.<sup>62</sup> Auch ohne solche Versprechungen sahen überzeugte Republikaner in der Rückkehr Napoleons das kleinere Übel im Vergleich zur bourbonischen Restauration. Hätte Schulmeister aber tatsächlich eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung der Flucht Napoleons von Elba gespielt und diese gar finanziert,<sup>63</sup> so hätte man sicher nicht vergessen, ihn auf die Liste jener „Bonapartisten“ zu setzen, die der Polizeipräfekt Bourrienne Mitte März, also noch vor der Ankunft des Kaisers in Paris, verhaften sollte.<sup>64</sup>

Harsany berichtet weiter, daß Schulmeister während der „Hundert Tage“ in Wien gewesen sei, um zu versuchen, den „König von Rom“, den Sohn Napoleons zurückzubringen. In wessen Auftrag? Orioux behauptet, daß Schulmeister es bekanntlich wie sein Vorgesetzter Fouché abgelehnt habe, sich dem Kaiser wieder anzuschließen: „Diese Leute wußten, was geschehen würde...“<sup>65</sup> Fouché hatte sich nun allerdings Napoleon zur Verfügung gestellt, wenn auch nicht als dessen Anhänger; durch Dekret vom 20. März 1815 wurde er zum Minister der allgemeinen Polizei ernannt. Falls Schulmeister tatsächlich in Wien war, so könnte es in dessen Auftrag gewesen sein, denn Fouché hatte sich schon vor der ihm unerwünschten Rückkehr Napoleons von Elba mit dem Gedanken einer Regentschaft getragen: „Sie sollte für Napoleon II. im Prinzip der Kaiserin Marie-Louise übertragen werden, tatsächlich jedoch einem Regentschaftsrat“.<sup>66</sup> Diesem wollte Fouché natürlich selbst angehören. Eine von ihm im Einvernehmen mit Napoleon nach Wien geschickte Mission, die Kaiser Franz zur Trennung von der Koalition bewegen sollte, verfolgte wahrscheinlich auch den Zweck, „die Rückkehr Marie-Louises und des Königs von Rom nach Frankreich zu erwirken“.<sup>67</sup> Aber was sollte dann eine Sondermission Schulmeisters in Wien? Muller erwähnt sie nicht. Jener habe sich während der „Hundert Tage“ in Paris und seiner Umgebung aufgehalten. Von einer aktiven Rolle in dieser Zeit habe er keine Spur gefunden.<sup>68</sup> Diese Feststellung ist insofern von Bedeutung, als ein Mann vom Format Schulmeisters sich gewiß nicht mit einer Nebenrolle zufriedengegeben hätte. Am 21. Oktober 1805, einen Tag nach der Kapitulation von Ulm, schrieb er beispielsweise an General Savary, Adjutant des Kaisers: „Sie werden meine Freimütigkeit verzeihen, mein General, wenn ich wage, Sie um eine wichtigere Aufgabe zu bitten, als die Trümmer einer geschlagenen Armee festzustellen“. Er glaube und

---

62 Eugen Tarlé, Napoleon, Berlin 1972, S. 455.

63 Harsany, La famille, S. 20.

64 Louis Madelin, Fouché. Macht und Ehrgeiz. München 1978, S. 259.

65 Orioux, S. 551.

66 Madelin, S. 255.

67 Madelin, S. 278.

68 Muller, S. 169 f.

hoffe, dem Kaiser nützlicher sein zu können, wenn er sich zur russischen Armee und dann nach Wien begeben. Er besitze dort zwei Freunde, einen Polizeiinspektor und einen Sekretär beim Hofkriegsrat, und er könne dort über Angelegenheiten informiert werden, die interessanter seien als die Kenntnisse über einige Bataillone mehr oder weniger.<sup>69</sup> Als überzeugter oder fanatischer Bonapartist wäre er sicherlich während der „Hundert Tage“ entschieden und gewiß öffentlich in Erscheinung getreten. Fouché kannte die Komplotte, die Savary, Maret und andere geschmiedet hatten, um die Rückkehr Napoleons von Elba vorzubereiten;<sup>70</sup> als Polizeiminister, der er auch nach der zweiten Rückkehr der Bourbonen wurde, hätte er zweifellos nicht gezögert, auch Schulmeister zu opfern und ihn in seiner berüchtigten Verfügung vom 24. Juli 1815 in die Reihe der Geächteten einzubeziehen.<sup>71</sup>

Bleibt für jene Zeit nur die Frage, wie sich Schulmeister beim Kaiser in Erinnerung gebracht hatte, daß dieser ihm vor dem Verlassen Frankreichs vermutlich sein Feldbett und einen Tisch vermachte, der später im Totenzimmer Schulmeisters aufgestellt worden sei.<sup>72</sup> Für diese Schenkung gibt es aber auch nur einen indirekten, doch glaubhaften Hinweis. Als der Prinz-Präsident Louis Napoleon Bonaparte am 22. August 1850 Straßburg besuchte, war sein Schlafzimmer mit Möbeln ausgestattet, die der Kaiser dem ungenannten Besitzer für treue Dienste vermacht hatte.<sup>73</sup> Bedeutsamer erscheint aber der Hinweis Harsanys, daß sich Schulmeister nicht unter den ungefähr 150 „anciens légionnaires“ befand, die der Präsident der Republik empfangen hatte.

Es müßte sich um die letzte Gunstbezeugung Napoleons gegenüber Schulmeister im Jahre 1815 gehandelt haben, denn dieser schrieb später, als er auf die Kapitulation von Ulm einging, wo er an der Seite Napoleons den Vorbeimarsch der Gefangenen abnehmen durfte: „Er schenkte mir dann eine Pension von 10 000 Franken, die ich bis 1815 bekam, und die übrigens fast die einzige bare Belohnung ist, die ich von ihm für alle andern Dienste angenommen habe, welche ich ihm später leistete“.<sup>74</sup> Er bekräftigt dies auch in einem anderen Zusammenhang. Nach seinen Angaben hatte er 1809 in Wien zur Überführung eines Verräters beigetragen und einen Bestechungsversuch abgelehnt. Savary berichtete darüber dem Kaiser. Schulmeister schrieb über die Reaktion Napoleons: „Ich will nicht von der Freude sprechen, die er darüber empfand, noch von der prächtigen Belohnung, womit er meine Treue, sowie meine langjährigen und schwierigen Dienste beehren wollte. Savary, Lefebvre (Herzog von Danzig) und Caulaincourt sind die einzigen, die es gewußt haben.

---

69 Muller, S. 77 f.

70 Madelin, S. 256.

71 Madelin, S. 324 f.

72 Ehrhard, S. 39. Emil Ludwig, *Napoleon*, 1977, S. 602, berichtet, daß der Kaiser sein Feldbett von Austerlitz nach St. Helena mitgebracht und es seinem Sohn vermacht habe. Masson, a.a.O., S. 433, spricht von zwei Feldbetten, die der Kaiser abwechselnd benutzt habe.

73 Harsany, Ch. L. *Schulmeister*, S. 95.

74 Ehrhard, S. 16.

Es genüge hinzuzufügen, daß ich niemals einen Pfennig von dieser Summe erhalten habe“.<sup>75</sup> Man muß daraus schließen, daß Napoleon ihn auch nicht bei der Abfassung seines Testaments auf St. Helena mit einem persönlichen Vermächtnis bedacht hat.

Mit der Niederlage bei Waterloo am 18. Juni 1815 war das Schicksal Napoleons besiegelt. Nach seiner Abdankung am 22. zogen die Verbündeten am 7. Juli in Paris ein. Für die Bevölkerung begann eine Leidenszeit: „Die armen Leute mußten für Napoleons Eroberungszüge büßen. Vor allem die Preußen waren schlimm“.<sup>76</sup> Von ihren Ausschreitungen blieb auch Schulmeister nicht verschont. Aus der Einleitung seiner hinterlassenen Schilderung<sup>77</sup> wird auch seine Haltung gegenüber den Bourbonen deutlich:

„Nach den Hundert Tagen sind die Bourbonen mit den Verbündeten zurückgekommen, und mit ihnen die Ränke und Verhaftungen. Damals, als ich mich mit meiner Frau nach meinem Landgut Piple bei Boissy St. Léger begab, sah ich hinter meinem abgelegenen Hause drei preußische Offiziere mit 25 Ulanen und Husaren erscheinen. Diese lagerten in der Nähe meines Eigentums, waren mit Lanzen bewaffnet, die sie auf die Brust meiner Frau hielten, indem sie schrien, daß sie den Auftrag hätten, mich zu verhaften. Man führte uns nach Charonne, wo ein Oberst einquartiert war, der vier seiner Banditen befahl, ihre Flinten zu laden und uns gut zu überwachen. Von unserem Zimmer aus sahen wir, wie diese Banditen unsere Koffer und Kisten und alles, was in unserem Wagen war, leerten, sich 117 000 Franken, alle goldenen Denkmünzen von den großen Ereignissen der Kaiserzeit, die mir Seine Majestät geschenkt hatte, Fingerringe, mit Diamanten geschmückte Bilder, welche mir die Souveräne, die der Zusammenkunft in Erfurt beigewohnt, durch ihre Minister hatten überreichen lassen, aneigneten. Meine Frau zwangen sie, sich in eine Lohnkutsche zu setzen und sich nach Paris zurückführen zu lassen. Bei Anbruch der Nacht ließen mich die Räuber nach Compiègne in meinem eigenen Wagen führen. Dort behielten sie denselben mit meinen Pferden und ließen mich in eine alte Requisitionskutsche steigen, indem sie sagten, daß man mich nach Wesel führen werde. Vor der Abreise unterzogen sie meine Person noch einer weiteren Plünderung; sie nahmen mir meine Geldbörse mit 500 Fr. in Gold weg.“

Schulmeister wurde nach Wesel gebracht und nach 63 Tagen verhört. Leider hat Ehrhard das Verhör nur auszugsweise zitiert. Man kam auf den Brief zurück, den er seinem Sohn für Napoleon mitgegeben hatte und befragte ihn nach seinem Anteil an der Übergabe von Hameln, Wismar und Rostock. Nachdem man ihm keine Verbrechen nachweisen konnte, wurde er Anfang November<sup>78</sup> gegen Bezahlung von 400 000 Franken entlassen. Nach seiner Rückkehr mußte er feststellen, daß der Generaldirektor der Armee- und Pariser Polizei Justus Gruner gelogen hatte, da entgegen aller Versicherungen seiner Frau nichts von dem zurückgegeben worden war, was man ihm sowohl in Paris als auf Piple weggenommen hatte. Zudem hatte man von seiner Frau weitere 100 000 Franken erpreßt, die sie bei einigen Freunden leihen mußte.

Ehrhard sieht in der Verhaftung und dem Prozeß den Beweis, daß Schulmeister „an der Rückkehr des Erzfeindes der Bourbonen und der Preußen“ mit-

75 Ehrhard, S. 36.

76 Orioux, S. 565.

77 Ehrhard, S. 39 f.

78 Muller, S. 171

gewirkt habe,<sup>79</sup> doch Muller verweist darauf, daß er nicht das einzige Opfer war und beispielsweise der Graf von Talleyrand, Präfekt von Orléans nach Magdeburg gebracht wurde und der Präfekt von Le Mans, Pasquier, das gleiche Schicksal erlitt.

Feststeht, daß Schulmeister kein Anhänger der Bourbonen war, die ihn nach den Ermittlungen von Harsany noch viele Jahre polizeilich überwachen ließen. Man muß auch das Urteil des Vorstandes des österreichischen „Geheimen Kundschaftsbureaus“ in Paris, des Oberpolizeikommissars Langswert vom Jahre 1815 zur Kenntnis nehmen: *„Schulmeister ist ein Mann von viel Kopf, er ist ganz Republikaner, aber er ist kein Napoleonist . . .“*<sup>80</sup>

„Ein Mann von viel Kopf“, eine unbestrittene Feststellung, die nur von dem schon genannten Bernard Newmann durch ein nicht belegtes Zitat entwertet werden sollte: „Sire, hier ist ein Mann, der nur aus Hirn besteht und kein Herz hat“.<sup>81</sup> Das wäre an sich keine schlechte Empfehlung gewesen, denn Napoleon erwartete das auch von einem Politiker,<sup>82</sup> aber es ist unwahrscheinlich, daß dies General Rapp oder General Savary bei der Vorstellung Schulmeisters gesagt haben könnte. Gewichtiger scheint uns die Ehrenrettung Schulmeisters durch Ehrhard, der ihn auch gegen andere Vorwürfe in Schutz nimmt: „Die bisherigen Lebensbeschreibungen Schulmeisters werfen ihm eine grenzenlose Habsucht und Geldgier, die Sucht nach Reichtum, nach raschem Erwerb vor. Auf Meinau aber zeigte Schulmeister gerade das Gegenteil; . . . dort unterstützte und ermutigte er, wie ein wahrer Mäcen, unbemittelte junge Leute, wie den Bildhauer Ohnmacht, den Mechaniker Metzel, den Erfinder eines automatischen Schachspiels, dem er einen Geldverlust von etwa 60 000 Franken ersetzte.“<sup>83</sup> Auch „seine unüberlegte, schrankenlose Freigebigkeit gegen Bekannte und Unbekannte“, von der Ehrhard spricht, die vielen guten und noblen Eigenschaften, die J. A. Ehrmann, der Schulmeister persönlich kannte, ihm bestätigt, lassen sich wohl schwerlich mit der leichtfertigen Behauptung vereinbaren, daß er ein Mann ohne Herz gewesen sei. Er war auf der Meinau hochherzig gegenüber den Armen und hinterließ überall, wo er während der Kriege hinkam, den Ruf eines milden und wohlwollenden Funktionärs.<sup>84</sup>

Daß er wirklich ein Mann mit Hirn und Herz war, beweist die Art seiner Vernehmung des knapp 18jährigen kaufmännischen Lehrlings Friedrich Staps aus Naumburg, der am 12. Oktober 1809 Napoleon in Schönbrunn ermorden wollte. Bei dem Verhör durch den Kaiser, dem der General Rapp als Dolmetscher diente, hatte Staps auf die Frage, was er tun würde, wenn man ihn in

---

79 Ehrhard, S. 38.

80 Elmer, S. 256.

81 Newmann, S. 107.

82 Tarlé, S. 277.

83 Ehrhard, S. 27

84 Muller, S. 168, 91.

Freiheit setzte, geantwortet, daß er ihn ermorden würde.<sup>85</sup> Als Napoleon ihm versprach, das Leben zu schenken, falls er ihn wegen des beabsichtigten Verbrechens um Verzeihung bitte, lehnte er dies mit dem Bedauern ab, daß es ihm nicht gelungen sei.<sup>86</sup> Nach weiteren Vernehmungen wurde schließlich Schulmeister als Generalkommissar der Polizei in Wien vom Kaiser damit beauftragt. Dieser versuchte Staps, gleichfalls Sohn eines Pfarrers, aus theologischer Sicht die Verwerflichkeit seiner Absicht klarzumachen. Schließlich gelang es ihm durch die kluge Führung seiner Vernehmung von Staps ein Bekenntnis der Reue zu erhalten, so daß er am 14. dem General Savary, Polizeidirektor von Schönbrunn, darüber in einer für Staps günstig erscheinenden Weise berichten konnte. Dieser habe sich im Innersten von der Größe des Monarchen überzeugt, und nachdem er die Wohltaten erkannt habe, die der Kaiser ohne Unterlaß auf der Erde verbreite, bereue er aus tiefstem Herzen die schändliche Tat, die er begehen wollte; er könne künftig nur Bewunderung für diesen Herrscher empfinden.<sup>87</sup> Trotz dieses wohlwollenden Berichtes wurde Staps am 15. Oktober von einer Militärkommission wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilt und tags darauf erschossen. Seine letzten Worte: „Ich sterbe für das deutsche Vaterland, glücklich darüber, daß ich mein Gott gegebenes Versprechen eingelöst habe“. Das Küchenmesser, mit dem Staps Napoleon töten wollte, kam nach Ehrhard<sup>88</sup> in den Besitz von Schulmeister und wurde von den Nachkommen Kaiser Napoleon III. verehrt.

Nach den Ereignissen vom Jahre 1815, die ihm erhebliche Vermögenseinbußen gebracht hatten, widmete sich Schulmeister seiner Familie, seinen Besitzungen und wirtschaftlichen Projekten, die ihm allerdings kein Glück brachten. Er scheiterte sowohl mit einer Brauerei und Ziegelei in Piple als auch mit einer Zuckerrübenfabrik in Meinau,<sup>89</sup> so daß er schließlich beide Besitzungen verkaufen mußte. Aber bei allen Schicksalsschlägen, so wurde Erhard von seinen Angehörigen berichtet, sei niemals ein Klagewort über seine Lippen gekommen.

Er starb im Alter von 83 Jahren am 8. Mai 1853 in einem Hause am Broglieplatz, in dem auch sein Schwiegersohn Garat, Direktor der Bank von Frankreich, wohnte, und wurde auf dem Friedhof St. Urban begraben.<sup>90</sup>

---

85 Souvenirs de M. d. Champagne, Duc de Cadore, Paris 1846, S. 116.

86 Mémoire du Général Rapp, Aide-de-camp de Napoléon, Paris 1823, S. 115. Vgl. Emil Ludwig, S. 342 ff.

87 Edouard Gachot, Un régicide allemand — Frédéric Staps. In: Revue des études napoléoniennes, Bd. 18. Paris, Mai 1922, S. 185. Frdl. Hinweis von Burkhard C. Drude, Erlangen, der über Staps arbeitet.

88 Ehrhard, S. 36. Rapp, S. 117, berichtet, daß ihn Napoleon beauftragt habe, das Messer aufzubewahren, »que j'ai chez moi«.

89 Harsany, Ch. L. Schulmeister, S. 94.

90 Ehrhard, S. 44.

## Als Zell 1802 aufhörte Reichsstadt zu sein

*Thomas Kopp*

Nach dem 1. Koalitionskrieg (1792—1797) wurde der Rhein die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Mit dem Frieden von Lunéville, der den 2. Koalitionskrieg (1799—1801) beschloß, kamen die linksrheinischen deutschen Gebiete zu Frankreich. Reichsfürsten, die dort Besitz hatten, erhielten dafür rechtsrheinisch „Entschädigungsländer“. Markgraf Karl Friedrich von Baden kam dank besonderen Wohlwollens von Napoleon besonders gut weg. Er „verlor“ etwa 8 Quadratmeilen, 25 000 Einwohner, 240 000 Gulden Einkünfte, „gewann“ aber 60 Quadratmeilen, 237 000 Einwohner, 1 500 000 Gulden Einkünfte! Zu seinen „Entschädigungsländern“ gehörten u.a. Offenburg, Gengenbach und Zell am Harmersbach, die damit aufhörten, Reichsstädte zu sein.

Nun aber darf man sich keineswegs vorstellen, die bisherigen Reichsstadtverhältnisse hätten sich mit einem Schlag geändert. Außer einer gewissen Vorbereitungszeit muß zwischen der einleitenden militärischen, der später folgenden staatsrechtlichen Besitznahme und der endgültigen Einführung der „Badischen Verwaltung“ unterschieden werden, wobei der ganze Vorgang fast neun Monate dauerte.

Zunächst wurde eine Kommission ernannt, welcher der Landvogt von Mahlberg, Geheimer Rat von Roggenbach, vorstand. Am 21. September 1802 kam er in die drei Ortenauer Reichsstädte, „um wegen der bevorstehenden Besetzung durch badische Truppen mit den Magistratspersonen Fühlung zu nehmen“.<sup>1</sup> In einer Ratssitzung erläuterte v. Roggenbach die Lage, händigte dem Reichsschultheißen ein markgräfliches Schreiben aus und verlangte vom Magistrat, einen „Aufruf an die Bevölkerung“ zu erlassen, in dem „zu ruhigem, friedlichem Verhalten gegenüber den Angehörigen der besetzenden Macht und ihren Anordnungen aufgefordert werde“.<sup>2</sup>

Roggenbach wurde in den drei Reichsstädten freudig aufgenommen! Die Offenburger versicherten, daß „man bei allem Schmerz über den bevorstehenden Verlust der Reichsfreiheit es immerhin als ein Glück ansehe, unter die milde Regierung eines der angesehensten und besten Fürsten Deutschlands zu kommen.“ Bezüglich Gengenbach lobte Roggenbach das „gute und offene

---

1 Schell, S. 17

2 Schell, S. 17

Betragen des Magistrats, der dem gewünschten Augenblick mit Sehnsucht entgegen sehe, sich als getreue Landeskinder seiner hochfürstlichen Durchlaucht ehrfurchtsvoll nennen zu dürfen“. Man bat, „diese Gesinnung, welche aus der innersten Überzeugung herrühre“, dem Markgrafen zu übermitteln.<sup>3</sup>

### *Die Besitznahme von Zell*

Und um eine freundliche Aufnahme in Zell brauchte Roggenbach nicht bangen, denn schon drei Wochen vor seiner Ankunft erhielt der Markgraf eine Mitteilung des Reichsschultheißen Spinner — wir werden seine eigenartige Rolle noch näher beleuchten —, in welcher er schrieb: „Magistrat und Bürgerschaft seien vollkommen überzeugt, sie würden bei der ihnen bevorstehenden Änderung weit mehr gewinnen, als der Verlust ihrer Unmittelbarkeit auf sich habe; sie würden dieses kleine Opfer recht gerne bringen.“<sup>4</sup>

Am 25. September 1802 nahm man Zell und das Reichstal Harmersbach militärisch in Besitz. Lassen wir den Chronisten<sup>5</sup> berichten: „In Zell wurde Roggenbach festlich empfangen. Am Stadttor stand zu seiner Begrüßung das bürgerliche Militär, dem Rathaus gegenüber war die Bürgerschaft selbst bewaffnet in zwei Gliedern aufgestellt und hatten ihre Fahnen und türkische<sup>6</sup> Musik bei sich. Beim Aussteigen aus dem Wagen wurde er von dem Reichsschultheißen, dem Ratssyndikus und dem gesamten Magistrat feierlich begrüßt, wobei die auf dem Berg abgestellten Kanonen abgefeuert wurden. Gleich darauf kam Oberleutnant Brückner mit dem Militärkommando an, und man begab sich zum Rathaus. Der städtische Ausschuß, der die badische Kommission bei der Besetzung unterstützen sollte, bestand aus dem Ratskonsulenten Kupferschmied, dem Städtemeister Winterhalter und dem Stadtschreiber Brummer. In ihrer Gegenwart wurden die Patente am oberen und unteren Stadttor, am Kirchentor, an der Pfarrkirche, am Spital, am Rathaus und in den reichsstädtischen Stäben Biberach, Entersbach und Nordrach angeheftet. Nachdem noch am gleichen Vormittage auch die Besitznahme des Reichstals Harmersbach erfolgt war, fand in Zell zu Ehren der badischen Kommission ein Festmahl statt, bei dem unter Abfeuern der Kanonen auf das Wohl des neuen Landesherrn getrunken wurde. Bei der Abreise Roggenbachs fanden die gleichen Feierlichkeiten wie bei der Ankunft statt.“

Im November 1802 begann der Markgraf, in den bisher nur militärisch besetzten Entschädigungsländern die „Regierungs- und Sachverwaltung samt dem

3 Schell, S. 17 und 18

4 Schell, S. 18

5 Schell, S. 19

6 Festschrift zum 200jährigen Jubiläum der Stadtkapelle Zell a.H. (Manuskript): Die eigenartige Bezeichnung »Türkische Musik« kommt daher, daß mit den Kriegen gegen die Türken im 16. und 17. Jahrhundert auch deren Militärmusik (Blasmusik mit lärmendem Schlagzeug) nach Mitteleuropa kam und die einheimische Musik beeinflusste. Vereinigungen, bei denen man das Fremde spürte, wurden als »Türkische Musik« bezeichnet.

Besitz und Eigentumsrecht“ an sich zu nehmen. Für diese Zivilbesitznahme war wieder Roggenbach verantwortlich, der angewiesen wurde, „den städtischen Magistrat zu versammeln, ihm das für die Stadt bestimmte Schreiben des Markgrafen zu übergeben, den Magistrat durch Handschlag in Pflicht zu nehmen, alsdann der Bürgerschaft durch die gewöhnliche Umsage ihre nunmehr dem Markgrafen schuldige Untertanenpflicht bekannt zu geben, das Stadtmilitär durch den kommandierenden badischen Offizier handgelübdlich verpflichten zu lassen und den Anschlag der badischen Patente und Wappen anzuordnen“.<sup>7</sup>

So erfolgte dann in Zell und dem Reichstal am 30. November 1802 die Zivilbesitznahme.

Abschließend berichtete Roggenbach bezüglich der drei Ortenauer Reichsstädte: „Meine Aufnahme bei der Zivilbesitznahme ist übrigens gut abgelaufen, und wenn man von der äußeren Stimmung und der äußeren Ergießung der Freude auf das Innere immer richtig schließen könnte, so sind die Untertanen, die Ew. Hochfürstliche Durchlaucht in diesen Distrikten bekommen haben, mit ihrer Veränderung nicht nur sehr zufrieden, sondern es scheint vielmehr durch dieses Ereignis ihr erster und sehnlichster Wunsch erfüllt zu sein . . . insbesondere haben sich die Vorsteher von Gengenbach und Zell durch ein ungeheucheltes und aufrichtiges Benehmen bei dem Anlaß wieder ausgezeichnet.“<sup>8</sup>

Als letzter Schritt der Besitznahme wurde die Badische Verwaltung in Zell am 14. Juni 1803 eingeführt. Die Schultheißenstelle blieb zunächst aus Ersparnisgründen (!) unbesetzt. Zells letzter Reichsschultheiß Spinner sollte anderweitig im badischen Staatsdienst verwendet werden. Allzulange aber war das Amt nicht unbesetzt, denn schon für 1803 hören wir, daß Josef Buß — der Vater unseres Franz Joseph Ritters von Buß — Oberbürgermeister des jungen markgräflichen und später großherzoglichen Gemeinwesens war. (1806 entstand — wieder durch Napoleons Gnaden — das Großherzogtum Baden, dem die Markgrafschaft Baden und damit auch Zell einverleibt wurden.)

#### *Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Zell 1802*

Der Markgraf forderte im Zusammenhang mit der Besitznahme der verschiedenen Landesteile Berichte an. So blieben Einzelheiten aus jenen Tagen festgehalten, für uns heute vielsagende Hinweise auf die Zeit, da Zell aufhörte, Reichsstadt zu sein. Dazu vorweg ein paar Zeilen:

Stadt Zell:	122 Häuser	189 Familien	851 Einwohner
Nordrach:	98 Häuser	138 Familien	778 Einwohner

---

7 Schell, S. 24

8 Schell, S. 26



Biberach:	104 Häuser	148 Familien	757 Einwohner
Entersbach:	64 Häuser	85 Familien	488 Einwohner

---

Reichsstadt: 388 Häuser 560 Familien 2874 Einwohner<sup>9</sup>

Einer städtischen Bürgerschaft von 851 Personen stand demnach in den drei Stäben eine abhängige Bauernbevölkerung von 2023 Personen gegenüber. Wohl waren politisch die Städtler, vor allem die Handwerker, die „Herren“; aber sie sind im Laufe der Zeit in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von den meist wohlhabenden Bauern geraten, die „stolz auf ihren Reichtum, mit Geringschätzung auf die in kümmerlichen Verhältnissen lebenden Bürger herabsahen“.<sup>10</sup> E. Gothein<sup>11</sup> schrieb diesbezüglich: „Den Schneidern, Schustern und Webern aus dem Städtchen, die der Bauer auf seinen Hof bestellte, an seinem Tisch ernährte, um ihre Neuigkeiten befragte, mochte er im politischen Leben um so weniger gehorchen, je mehr er sonst gewöhnt war, sich von ihnen den Hof machen zu lassen.“ (In diesem Zusammenhang muß auch Hansjakobs Geschichte<sup>12</sup> vom Schnidersepp, der beim Hermesbur zu seinem Teil Dummi kam, gesehen werden: dem Handwerker war’s doch mal gelungen, einen Bauern dran zu kriegen!)

Dem erwähnten Bericht ist auch zu entnehmen, daß Zell in jenen Zeiten des Übergangs nicht reich war: die Reichssteuer wurde 1796 zum letzten Mal bezahlt.

Für die damals noch übliche Selbstversorgung stand auf der Gemarkung Zell (ohne Stäbe) nur wenig landwirtschaftlich nutzbarer Boden zur Verfügung: 225 Jauchert Äcker, 210 Tauen Wiesen und 10 Haufen Reben (!). Zum Vergleichen: Entersbach: 304 Jauchert Äcker, 164 Tauen Wiesen — Biberach: 508 Jauchert Äcker, 379 Jauchert Reutefeld, 247 Tauen Wiesen und 550 Haufen Reben.<sup>13</sup>

Schell schreibt<sup>14</sup>: „Die Bevölkerung war durchgehend arm. Die meisten hatten ihre Nahrung von den zahlreichen Pilgern, die zu der nächst der Stadt gelegenen Kirche „Maria zu den Ketten“ wallfahrten. Zur Förderung der Wallfahrt wurde seitens der Stadt alles mögliche getan, und 1802 war es offenbar die einzige Sorge der Zeller, daß diese aufgehoben werden könnte. Als bald ging deshalb eine städtische Abordnung nach Karlsruhe an den Markgrafen ab, um zu erlangen, daß sie nicht nur belassen, sondern daß alles getan werde, sie noch

---

9 Schell, S. 83

10 Schell, S. 83 und 84

11 E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds, 1. Band, Straßburg 1892

12 H. Hansjakob, Wilde Kirschen, Volksausgabe Stuttgart 1918, S. 14 — 17

13 Schell, S. 86. Interessant sind die alten Flächenmaße: 12 Haufen = 1 Badischer Morgen = 36 Ar. — 1 Jauchert = 36 Ar. — 1 Tauen = 36 Ar. Die Umrechnung ergibt, daß Zell 30 Ar Reben hatte, Biberach 1650 Ar: also immerhin in jenen Tagen ein gewisser Weinbau in unserm Raum!

14 Schell, S. 88

mehr in Aufnahme zu bringen. Roggenbach unterstützte dies Bestreben der Zeller aufs wärmste, da „die Zeller Bürger und die ganze umliegende Gegend von dieser Wallfahrt, die äußerst stark besucht wird, leben und bei deren Aufhebung dem äußersten Elend preisgegeben würden“.

Bis 1760 soll Zell schuldenfrei gewesen sein; aber 1802 hatte es 72 000 Gulden Kapitalschulden gegen 250 Gulden Kapitalvermögen. Die markgräfliche Herrschaft übernahm 1803 die Schulden in Höhe von 48 198 Gulden.<sup>15</sup>

Auch sonst gewähren die amtlichen Berichte interessante Einblicke ins politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Stadt z.Z. des Übergangs an Baden.

Von den 560 Familienvorständen des Reichsstadtgebietes waren 74 Voll- und 17 Nebenlandwirte, dazu 170 Handwerker und 299 Tagelöhner. Unter letzteren finden sich hauptsächlich die Söhne der Bauerngüter, die den Hoferben, den Jüngsten, weichen mußten.

Für die Handwerker gab es in Zell folgende Zünfte: die der Müller, Bäcker, Metzger, Gerber und Sattler, Tischler, Küfer und Blechner, Maurer und Zimmerleute, Hafner und Nagler, Schmiede und Wagner, Weber und Seiler, Schneider, Schuster und Krämer. „Erst vor kurzem hatten auch die „bürgerlichen Musikanten“ mit Genehmigung des Rats „zum besten der Wallfahrt und unter sich bessere Ordnung zu halten“, eine eigene Zunft gegründet.“<sup>16</sup>

Schulen bestanden 1802 im Reichsstadtgebiet sieben:

Zell	105 Schüler
Nordrach (2)	116 Schüler
Lindach (!)	7 Schüler
Biberach	130 Schüler
Untererentersbach	47 Schüler
Obererentersbach	24 Schüler

---

zusammen 429 Schüler<sup>17</sup>

In Zell war seit 1796 Joh. Bapt. Keller Lehrer. Sein Einkommen belief sich 1802 auf 72 Gulden 7 Kreuzer. Außer der Unterrichtserteilung mußte er beim Rosenkranzbeten dabei sein, den Pfarrer beim Versegelung begleiten, Musikunterricht geben und sich um die Kirchenrechnungen kümmern.

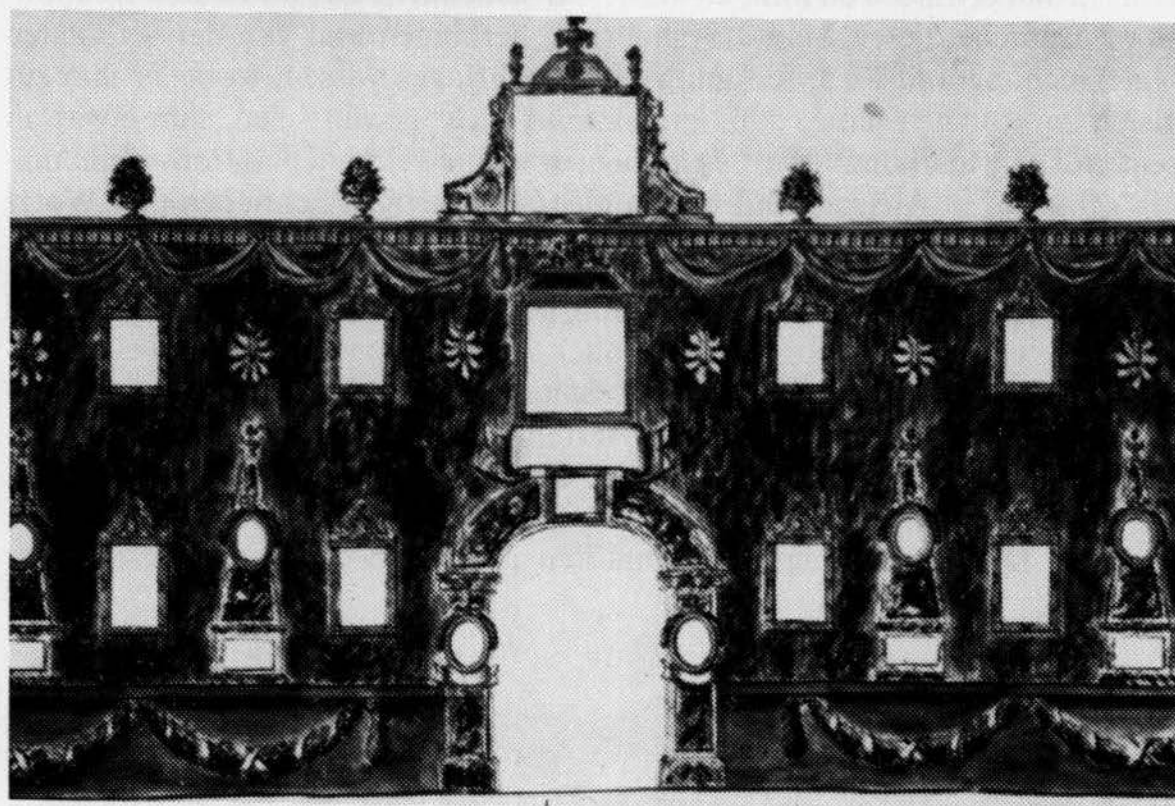
Die Reichsstadt unterhielt acht Zollstätten: eine in der Stadt selbst und eine in Biberach (Flößer mußten dort Zoll bezahlen), eine in Richtung Geroldseck, eine in Lindach, je zwei in Nordrach und Entersbach.

---

15 Schell, S. 92

16 Schell, S. 88

17 Schell, S. 89



Die Zeller Huldigungspforte

Jahr- und Viehmärkte wurden jährlich vier abgehalten. Die Stadt besaß das Salzmonopol.

Mühlen arbeiteten fünf: die Mahl-, Papier-, Loh-, Säge- und Reibmühle, daneben noch die Häusermühlen, die nur für den eigenen Bedarf mahlen durften.<sup>18</sup>

### *Der letzte Reichsschultheiß*

Eigenartig berührt der Fall des letzten Reichsschultheißen Josef Benedikt Spinner, der seines Amtes von 1789 bis 1802 waltete; dazu war er Kanzleiverwalter und Kirchenschaffner. Roggenbach bezeichnet ihn als rechtschaffenen, fleißigen und tätigen Mann.<sup>19</sup> Roggenbachs Vorgesetzter Stösser war aber ganz anderer Meinung. Er warf Spinner vor, eine jährliche Besoldung von über 2000 Gulden „von der kleinen, verarmten und verschuldeten Reichsstadt“ zu nehmen. Die Gesamteinnahmen Zells betragen im jährlichen Durchschnitt 6895 Gulden. Also bekam der Reichsschultheiß davon fast ein Drittel! (Zum Vergleich: Stösser erhielt 800 Gulden in bar und einen „verhältnismäßig geringen Naturalbezug“.) Spinner selbst schreibt (zur Begründung der seit Jahren nicht mehr geleisteten Reichs- und Kreisabgaben): „Die größte Not und Dürftigkeit und besonders der außerordentliche Geldmangel, der bei uns herrscht, läßt sich mit der Feder niemals schildern.“<sup>20</sup>

Der Geheime Rat des Markgrafen dachte anders als Stösser und schrieb diesem: „Man erwarte von ihm, er werde auf schickliche Art und durch freundliche Zusprache diesen Mann (Spinner) zu beruhigen und von der verlangten Untersuchung und Rechtfertigung zurückzubringen wissen, wobei er ihm zugleich zu eröffnen habe, daß Serenissimus nicht gewillt seien, ihm etwas an seinem Dienstehnkommen zu entziehen, was ihm reichsdeputationsschlußmäßig gebühre.“<sup>21</sup> Anscheinend hatten die unterwürfigen Schreiben und Worte Spinners bei den hohen Herren doch Eindruck gemacht!

Auch Zells früherer Archivar R. Hahn befaßte sich mit dem letzten Reichsschultheißen und schrieb<sup>22</sup> nach Einblick in diesbezügliche Akten seine Eindrücke folgendermaßen nieder: „. . . Spinner übertraf sich an Servilität (Unterwürfigkeit) gegenüber den neuen Herren. Betrachten wir nur die bunte Zellische Huldigungspforte von 1803 mit den 72 gemalten Einzeltafeln, so berührt einem dieses Laborat von Lakaien- und Domestikenseelen schon recht peinlich. Die Herstellungskosten mußten nicht unbedeutend gewesen sein.

---

18 Schell, S. 87

19 Schell, S. 95

20 Schell, S. 96

21 Schell, S. 96

22- R. Hahn, Nachwort zu: Die Geschichte der Freiwilligen Bürgerwehr von Zell a.H., als

25 Manuskript bei der Bürgerwehr aufbewahrt.

Aber weder Ratsprotokolle noch die Stadtrechnungen geben da Auskunft. Ob Spinner die Rechnungen einfach unter den Tisch fallen ließ? Selbst bezahlt hat er sie wirklich nicht! . . . Daß sein devoter Prolog auf der Ehrenpforte seine Früchte trug, ersehen wir aus der Tatsache, daß Spinner Oberamtmann in Ra-statt wurde.“

### *Die Ehrenpforte*

Die von Hahn erwähnte Huldigungspforte wurde auf Anregung Spinners zu Ehren der „Neuen Herrschaft“ errichtet. Es handelt sich um 72 sorgfältig und bunt gemalte Tafeln mit Spruch und Widmung. Sie seien z.T. wiedergegeben, nicht ihres künstlerischen Wertes wegen, sondern als ein Zeichen ihrer Zeit, von dem Hahn richtig vermutet, die heutigen Zeller könnten sich dabei „eines amüsierten und mokanten Lächelns nicht enthalten.“<sup>23</sup>

Die Einleitung lautet:

„Pro Not: Der Gedanken zu diesem Sinnbild, und besonders zu dessen ganz einfachen Chronologicum entsprang in dem schönen Pavillon der Frau Reichsgräfin Excellenz, als ich die höchste gnade hatte, IHRO Kurfürstlichen Durchlaucht meine unterthänigste abschieds Aufwartung darinn zu machen, und mit unbeschreiblicher Güte und Fürstenhuld behandelt zu werden. Spinner.“<sup>24</sup>

Und nun noch die Inschriften einiger Tafeln:

„Zell fühlet sich sehr hoch beglücket,  
Weil ihm der Adler nicht entrücket,  
Auf dessen Brust Carls Wappen stralt  
Und Vorzugsliebe kenntbar malt.“

„Karls Gesetz ist keine Bürde,  
Es schützt nur der Menschheit Würde.  
Dem weisen Gesetzgeber  
Die Vorsteher.“

„Feinde können uns nicht schrecken,  
Weil dein Macht und Liebe decken.  
Dem mächtigen Herrscher  
Stadt und Landvolk.“

„Künste danken Dir ihr Blühen:  
Strebe fort, sie zu erziehen.  
Dem Beförderer der Künste  
Die Zünfte.“

„Heil dem Führer unserer Jugend'  
Auf dem Pfad der Weisheit Tugend!  
Dem großen Erzieher  
Die Schuljugend.“<sup>25</sup>

Wir denken 45 Jahre weiter, als 1848, angeführt vom „Untern Färbers Roten“ F.J. Schöttgen<sup>26</sup> „durch die dunklen Gassen von Alt-Zell die Fahne der Revolution getragen wurde.“<sup>27</sup>

### *Die „Zeller Schützen“ beim Übergang an Baden*

Wir lasen im Vorstehenden, wie beim Empfang Roggenbachs am 25. September 1802 das Bürgerliche Militär und die Bewaffnete Bürgerschaft angetreten waren, also die Kontingentsoldaten und das Schützencorps. Auch bei der Zivilbesitznahme sind erstere nochmals erwähnt: Als „Stadtmilitär“ wurden sie durch den kommandierenden badischen Offizier handgelübdlich verpflichtet, was besagt, daß man sie nun als Bestandteil der markgräflichen Truppen betrachtete.

Anders das Schützencorps, dem anzugehören in einem bestimmten Alter Pflicht war. Mit dem Übergang an die Markgrafschaft wurde der gemeindliche Eigenschutz überflüssig; die Aufgaben übernahm das größere Vaterland. Die Schützen aber blieben nun als freiwillige Vereinigung erhalten. Ihr Hauptziel sahen sie jetzt im Paradien und Repräsentieren — ganz besonders bei den Wallfahrten, „da es zur feierlichen Gestaltung der Prozessionen als erforderlich angesehen wurde“.<sup>28</sup>

1803 schrieb Stösser an den Markgrafen: „Die Stadt Zell ist nach ihrer Lage in einem Winkel bestimmt; sie wird sich in keinem Falle jemals wieder empor heben können.“<sup>29</sup> Selten hat sich wohl ein Gutachter so sehr getäuscht wie Stösser. Er ging bei seinem Urteil aus von der Geographie: Lage in einem Winkel. Daß es daneben menschliche Kräfte gibt, die auch einmal stärker als die Umwelt sein können und Entwicklungen bestimmen, war dem Beamten anscheinend nicht bewußt . . .

### Literatur

Für die vorliegende Arbeit diente als Grundlage das Werk von Erwin Schell: „*Die Reichsstädte beim Übergang an Baden*“, Heidelberg 1929 (Zit. Schell)

---

26 Th. Kopp, Zeller Revolutionäre von 1849, in: »Die Ortenau« 1974, S. 241 ff.

27 H. Hansjakob, Bauernblut, Volksausgabe Stuttgart 1911, S. 36 — 45

28 F. Disch, Chronik der Stadt Zell am Harmersbach, Lahr 1937, S. 265 u. 266.

Th. Kopp, Die Zeller Schützen, Freiwillige Bürgerwehr Zell a.H. 1979.

29 Schell, S. 83

# Die Schicksale der Zisterzienser-Abtei Tennenbach nach der Säkularisation 1806—1836

*Hermann Schmid*

## *Die Aufhebung der Abtei<sup>1</sup>*

Es fällt auf, daß von den am Oberrhein gelegenen Stiftern, die durch den Reichsdeputationshauptschluß des Jahres 1803 und im Rahmen der nachfolgenden Staatsveränderungen an das Haus Baden kamen, schon wenige Jahre später kaum eines mehr auch nur einigermaßen baulich erhalten und ohne größere Schäden war. Im Gegensatz zu zahlreichen großen Klöstern in Oberschwaben und im Schwarzwald waren die meisten von ihnen schon einige Jahrzehnte später kaum mehr wiederzuerkennen; so Frauenalb, Schwarzach, Schuttern, Ettenheimmünster und Wonnental, um einmal die wichtigsten Fälle zu nennen. Völlig verwüstet und bis auf einige wenige Überbleibsel vom Erdboden verschwunden waren gar das Prämonstratenser-Stift Allerheiligen und die nördlich von Emmendingen in einem einsamen Waldtal gelegene Zisterzienser-Abtei Tennenbach.<sup>2</sup> Die

- 
- 1 Zur Säkularisation der Klöster in Baden vgl. die gleichnamige Dissertation des Verfassers, Überlingen 1980. Tennenbach ist auf S. 128 ff. abgehandelt.
  - 2 Obwohl Tennenbach (der lateinische Klostername lautete *porta coeli*) ein bedeutendes Stift war, fehlt bis heute eine wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung wie überhaupt in den letzten hundertachtzig Jahren recht wenig über diese Korporation geschrieben wurde. Im wesentlichen folgendes: J. B. Kolb, *Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großherzogthum Baden*, Bd. 3, Karlsruhe 1816, S. 277 ff.; *Universal-Lexikon vom Großherzogthum Baden*, Karlsruhe 1843, Sp. 1069 f.; H. Schreiber, *die Abtei Thennenbach und die Ludwigskirche zu Freiburg*, in: *Freiburger Adress-Kalender für das Jahr 1863*, zugleich statistisches Handbuch des Großherzoglich Badischen Oberrhein-Kreises, Freiburg 1863; J. Alzog, *Itinerarium oder Raisbüchlin des P. Conrad Burger, Conventual des Cisterzienser-Klosters Thennenbach und Beichtiger im Frauen-Kloster Wonnenthal*, 2. Teil, in: *FDA 6/1871*, S. 152 ff. (mit einer Abbildung und Anmerkungen zur Aufhebung Tennenbachs); A. Mezger, *Thennenbach*, in: *Schau-ins-Land 3/1876*, S. 6 ff.; P. Gams, *Nekrologien der in den Jahren 1802—1813 in der jetzigen Erzdiöcese Freiburg aufgehobenen Männerklöster Benedictiner-, Cistercienser-, Norbertiner-Ordens und der regulirten Chorherren*, in: *FDA 13/1880*, S. 268 ff.; J.G. Mayer, *Monumenta historico-chronologica monastica, collecta a P. Gallo Mezler, monacho S. Galli*, *Die Aepte der Klöster Thennenbach und St. Georgen*, in: *FDA 15/1882*, S. 225 ff.; E. Walther, *Ortsgeschichte von Freiamt*, zugleich *Geschichte des Schlosses Keppenbach und des Klosters Thennenbach*, die im Freiamt lagen, Emmendingen 1903; F. X. Kraus u. a., *Die Kunstdenkmäler des Großherzogthums Baden*, Bd. 6 (Landkreis Freiburg), Tübingen/Leipzig 1904, S. 230 ff. (mit wertvollen Abbildungen und Literaturhinweisen); desgleichen A. Schneider, *Die ehemalige Zisterzienser-Abtei Tennenbach Porta Coeli im Breisgau*, Wörishofen 1904 und F. Schinzinger, *Die Lazarette der Befreiungskriege 1813—1815 im Breisgau*, mit besonderer Darstellung des Lazarets in der früheren Abtei Thennenbach bei Emmendingen, Freiburg 1907; E. F. Majer-Kym, *Die Bau-*

Schicksale gerade dieser Mönchssiedlung nach dem badischen Klostersturm verdienen insofern eine nähere Untersuchung, als mit ihnen bedeutende regionale Ereignisse im Zusammenhang stehen und sie die verschiedenartige Einstellung der führenden Bevölkerungsschicht im frühen 19. Jahrhundert zu den vorhandenen Bau- und Kulturdenkmälern besonders geistlicher Herkunft deutlich machen.

Die Zisterze Tennenbach, seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert ständig unter österreichischer Landeshoheit und seit der Reformation als Enklave in badisch-protestantischem Territorium gelegen, gehörte zu den ältesten und bedeutendsten Herrenstiftern des Breisgaus. Mit der Patronität über verschiedene Frauenklöster des Ordens betraut, so über Wonnental (bei Kenzingen), Lichtental (Baden-Baden), Olsberg (Kt. Aargau), Friedenweiler und Kloster Wald in Hohenzollern, und dem Reichsabt von Salem als dem Generalvikar des Ordens und dem Leiter der oberdeutschen Zisterzienser-Kongregation unterstellt<sup>3</sup>, spielte das Kloster eine nicht unbedeutende Rolle in geistlich-kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht im Südschwarzwald und am südlichen Oberrhein, auch wenn es im Laufe der Jahrhunderte eine Verminderung seiner Besitzungen hinnehmen mußte.

Der Bauern- und Schwedenkrieg und die Franzosenüberfälle spielten Tennenbach übel mit. In den 1720er Jahren sank die Abtei nach einer Feuersbrunst in Schutt und Asche mit Ausnahme der Kirche, erstand aber kurz darauf stattlicher denn je. Was Kriege und Unglücksfälle im Verlauf von sechseinhalb Jahrhunderten nicht vermocht hatten, das brachte dann in wenigen Jahren die badische Säkularisation zuwege: die endgültige Vernichtung des Konvents und die völlige Zerstörung der Klosteranlage.

Gefahr drohte der Korporation schon seit dem Erstarken und der Ausbreitung der Ideen des Aufklärers Josef II. und dem Ausbruch der Französischen Revolution. Ab 1782 versuchte der Kaiser in seiner Eigenschaft als Landesherr

---

ten der Cisterzienser-Abtei Tennenbach, in: *Oberrheinische Kunst* 2/1926—27, S. 87 ff. (mit etlichen Literaturhinweisen und Abbildungen); mit Literaturangaben auch P. Zinsmaier, *Zur Gründungsgeschichte von Tennenbach und Wonnental*, in: *ZGO* 98/1950, S. 470 ff. Geradezu dürftig sind dagegen solche bei M. Weber u. a., *Das Tennenbacher Güterbuch (1317—1341)*, (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A Quellen, Bd. 19), Stuttgart 1969. Auf die Nennung der Einzelbeiträge Webers über den Tennenbacher Güterbesitz wird hier verzichtet.

Zu den Zisterziensern allgemein: A. Schneider u. a., *Die Cistercienser Geschichte*, Geist, Kunst, Köln 1974.

Für vorliegende Untersuchung standen nur Akten des Badischen Generallandesarchivs in Karlsruhe (GLA) zur Verfügung und zwar der Abteilungen 106 (Akten Tennenbach), 233 (Staatsministerium), 236 (Innenministerium), 237 (Finanzministerium) und 391 (Forst- und Domänenverwaltung).

<sup>3</sup> Vgl. u. a. E. Schnell, *Die oberdeutsche Provinz des Cistercienser-Ordens*, in: *FDA* 10/1876, S. 217 ff., im übrigen die Beiträge des Verfassers (H. Schmid), *Die Säkularisation und Industrialisierung des Frauenstifts Wonnental im Breisgau 1806—1813*, in: *ZGO* 127/1979, S. 343 ff., und: *Die Säkularisation des Reichsstifts Salem durch Baden und Thurn und Taxis 1802—1804 im Bodensee-Geschichtsvereinsheft* 1980.



des Breisgaus, sich mit dem Markgrafen Karl Friedrich von Baden dahingehend zu verständigen, den Konvent aufzuheben und dessen Besitztümer, von denen sich ein guter Teil unter badischer Hoheit befand, der Universität Freiburg zuzuwenden — es war seit der Reformation nichts Ungewöhnliches, wenn Kirchengüter zur Ausstattung bzw. Unterstützung von Lehranstalten konfisziert wurden. Auf Grund der Territorialverhältnisse gestaltete sich jedoch das Vorhaben schwieriger als erwartet. Schließlich gelang es dem Klostersvorsteher, der sich eigens zu diesem Zweck nach Wien begab, Joseph von seinem Plan abzubringen.<sup>4</sup>

Bis zum Jahreswechsel 1805/06 hatten die Mönche einigermaßen Ruhe. Zwar hätten sie nach dem Willen der Reichsdeputation in Regensburg, die im Jahre 1802 die durch die Abtretung des gesamten linken Rheinufer an die Franzosen aufgeworfene Entschädigungsfrage zu regeln hatte, wie alle breisgauischen Kommunitäten ein Opfer des ritterlichen Malteser-Ordens werden sollen, der, obwohl selbst eine halbkirchliche Korporation, mit den Breisgauklöstern für seine linksrheinischen Land- und Vermögensverluste entschädigt werden sollte. Der Johanniter-Großprior zu Heimersheim unternahm denn auch alle möglichen Schritte, um in den Besitz der begehrten Objekte zu gelangen. Allein ohne jeden Erfolg. Denn das Erzhaus Österreich und die vorderösterreichisch-modenesische Regierung in Freiburg stellten sich schützend vor die Gotteshäuser. Eine Wende trat erst ein, als Österreich im III. Koalitionskrieg den entscheidenden Waffengang bei Austerlitz verlor und von den napoleonischen Armeen auch aus Schwaben verdrängt wurde. Allerdings wieder nicht zugunsten der Malteser, sondern des Kurfürstentums Baden, das für sein Bündnis mit Frankreich mit dem größten Teil des Breisgaus und der vorderösterreichischen Landvogtei Ortenau belohnt wurde und mit den hier befindlichen Stiftern und Bettelklöstern. Zwar verzögerte sich der Vollzug des Preßburger Friedenstraktats um einige Monate, aber die Zeit der Klöster, insbesondere der wohlhabenden, neigte sich unaufhaltsam ihrem Ende zu. Die neue Landesherrschaft gab kein Pardon und bestand auf deren Enteignung zur Erleichterung ihrer angegriffenen Finanzen. Außerdem mußte der Prälatenstand als wichtiger Bestandteil der breisgauischen Stände und Landesverfassung fallen. Er stand dem Souveränitätsstreben und der Staatskirchenpolitik des neubadischen Staates hindernd im Wege. Mit dem Beitritt des Hauses Baden zur Rheinischen Konföderation am 12. Juli 1806, die mit der Lossagung vom deutschen Reich und mit der Erwerbung weiterer Gebiete, der Großherzogswürde und der vollen Staatssouveränität verbunden war, war das Schicksal der klösterlichen Korporationen im Breisgau endgültig besiegelt. Sie waren, wie es damals hieß, mit den neuen Einrichtungen des nunmehrigen Großherzogtums nicht mehr zu vereinbaren.

---

4 Aktenstücke GLA 106/110. Vgl. auch Walther, Freiamt, S. 78, der den inneren und äußeren Zustand Tennenbachs im 18. und 19. Jahrhundert zu ungünstig beurteilt. Das Hauptinventar vom 2. Juni 1806 ff. (GLA 391/38591) dokumentiert einen beachtlichen Wohlstand.

Den Tennenbacher Religiösen kündigte sich die bevorstehende Aufhebung in Gestalt mehrerer kurbadischer Abordnungen, insbesondere einer Inventurkommission an, die Anfang Juni 1806 im Kloster erschien und in den folgenden Wochen den gesamten liegenden und fahrenden Besitz und die Schulden und Lasten aufnahm.<sup>5</sup>

Es wäre völlig verfehlt, das Stift jener Tage als „verarmt“ ansehen zu wollen, wie das verschiedentlich in der Literatur geschieht. Zugegebenermaßen hat Tennenbach, wie andere Klöster auch, seinen Besitzstand nicht ständig erhalten oder gar vermehren können. Der Umstand aber, daß sich der Konvent im II. Koalitionskrieg vor Kontributionen an Franzosen wie Österreicher zu drücken versuchte, darf nicht zu einem falschen Schluß verführen. Im Gegenteil, das Kloster war für Baden eine interessante Erwerbung. Beim Aufhebungsakt am 17. Juli 1806 stellte der mit der „Klosterorganisation“ im Breisgau beauftragte Geheime Referendär Karl Maximilian Maler ein Gesamtvermögen in Höhe von rund 550.000 fl fest mit jährlichen Einnahmen zwischen 28.000 und 29.000 fl. Zum Vergleich: Das benachbarte Stift Wonnental verfügte über Vermögenswerte in Höhe von rund 240.000 fl und jährliche Nettoeinkünfte von 8.500 fl<sup>6</sup>, während die irdischen Besitztümer des Franziskaner-Bettelklosters zu Kenzingen nach den Schätzungen des badischen Finanzministeriums von 1818 im Falle der Liquidation nicht einmal 12.000 fl eingebracht hätten.<sup>7</sup>

Der Güterbesitz Tennenbachs konzentrierte sich, abgesehen von den Feldern und Wäldern in dem etwa 1400 Jauchert<sup>8</sup> großen Klosterbann, vor allem im nördlichen Kaiserstuhl. Letzterer wurde von der 1778 erbauten Statthalterei in Kiechlinsbergen aus verwaltet. Weiter hatte das Stift, wie schon angedeutet, Rechte und Gefälle verschiedener Natur in zahlreichen badischen und vorderösterreichischen Orten. Die ständigen Lasten, die es zu tragen hatte, hielten sich in Grenzen, so daß dem badischen Staat auch nach Abzug der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit (20 Patres, drei Laienbrüder — der letzte Abt August Zwiebelhofer war im März 1806 gestorben und nicht mehr ersetzt worden) ein beachtlicher Gewinn verblieb, zumal das Klostergymnasium geschlossen und ein Ersatz unmittelbar nicht geschaffen wurde.

Schon kurz nach der förmlichen Auflösung hatten die meisten Regularen ihre bisherige Heimstätte verlassen, und landesherrliche Beamte begannen umgehend mit dem Verkauf der Fahrnisse, der im folgenden Frühjahr weitgehend abgeschlossen war. Das Archiv ging 1809 im oberrheinischen Provinzialarchiv zu Freiburg auf<sup>9</sup>, die etwa 7.000 Bände umfassende Bibliothek gelangte zum

---

5 Aktenstücke GLA 391/38591—94.

6 Organisationsprotokoll und Beilagen vom 19.—22. August 1806 GLA 391/19188—89.

7 GLA 391/1273.

8 1 Jauchert = 1 Morgen = 36 a.

9 GLA 106/14.

Teil an die Universität Freiburg, zum Teil verblieb sie am Ort zum Gebrauch des Pfarrers.<sup>10</sup> Am Verkauf von Feldern, Wäldern und Weinbergen war der Fiskus nur dann interessiert, wenn es sich um Streubesitz handelte, dessen Bewirtschaftung mit erheblichen Unkosten verbunden war und wenn nicht langlaufende Pachtverträge im Wege standen. Sehr schnell konnte der Tennenbacher Hof in Freiburg sowie Grundstücke in der näheren Umgebung der Stadt veräußert werden.<sup>11</sup> Dagegen erwies sich die geräumte Abtei trotz verschiedener Ansätze als völlig unverkäuflich und wurde in den folgenden Jahren und Jahrzehnten im Zusammenhang mit einer an und für sich unerwarteten Folgeerscheinung der Tennenbacher Säkularisation zu einem schweren Ballast für den großherzoglichen Domänenetat.

Die nach dem Klosterbrand des Jahres 1728 mit Ausnahme des Münsters und einer Friedhofskapelle völlig neu, in barockem Stil erbaute Klosteranlage — ganz aus Stein, wie in einem badischen Gebäudebeschrieb von 1806 betont wird<sup>12</sup> — war beim Anfall an Baden in gutem Zustand und auf runde 30.000 fl geschätzt. Die Konventsgebäude waren durchweg dreistöckig und enthielten sechs Säle und über 50 Zimmer. Die Dienstboten und Handwerker waren in weitläufigen Nebengebäuden untergebracht. Ferner befanden sich im Klosterbezirk die erst kürzlich erbaute Beschleißerei, ein Wirtshaus, eine Säg- und Mahlmühle, eine Ziegelhütte, Stallungen, Scheuern und Schuppen. Nach dem Abzug der Mönche hatte man nur noch an einem Teil der Bauten Bedarf. Zur Beaufsichtigung der Wälder wurde die Einrichtung einer Försterei am Platze notwendig. Die Wohnungen des Gesindes, die 22 Familien aufnahmen, waren weiterhin belegt. Im Konvent lebten noch einige Pensionäre, die vorab in der Kirche den Gottesdienst besorgten, später dann nur noch der Ortspfarrer. Denn in Tennenbach, das schon immer den Status einer Pfarrkirche hatte, wurde nach der Aufhebung eine Säkularpfarre errichtet und zwar definitiv unterm 29. April 1809 mit einer Dotation von 700 fl jährlich zu Lasten der Staatskasse. Sie war für die dreihundert zerstreut in der Umgebung lebenden Katholiken zuständig. Als langjähriger Pfarrer fungierte ein Exkapitular aus Allerheiligen, P. Michael Fries, der Ende Februar 1835 starb.<sup>13</sup>

Große Hoffnung setzte die Regierung, die naturgemäß nichts mehr scheute als endlose Unterhaltskosten, darauf, daß ein oder mehrere Fabrikanten das Kloster erwarben und somit auch eine Nahrungsquelle für die am Ort verbliebenen Dienstleute geschaffen sei. Allein, schon die Aufhebungskommission unter Maler äußerte sich diesbezüglich wenig optimistisch.<sup>14</sup> Denn Tennenbach lag für damalige Begriffe in einer äußerst abgelegenen und schwer zugängli-

---

10 Bericht der Domänenverwaltung Emmendingen vom 29. November 1813 GLA 391/38574.

11 Aktenstücke GLA 391/11411 u. 44370.

12 GLA 391/38593.

13 Aktenstücke GLA 106/103—04, 233/23107, 236/13496, 237/18629 u. 391/38583.

14 Organisationsprotokoll vom 17. Juli 1806 ff. GLA 237/4564.

chen Gegend. Die kostenintensive An- und Abfahrt stellte für einen Unternehmer einen schwerwiegenden und nicht den einzigen Standortnachteil dar.

Alle entsprechenden Bemühungen schlugen fehl. Aus dem Gesuch des Hofaktors und Hebräers Elkan Reutlinger aus dem Jahr 1812, Tennenbach für 6.000 fl (!) zu kaufen<sup>15</sup>, wurde ebenso wenig wie aus dem Vorhaben des Grafen und der Gräfin von Kageneck, die im selben Jahr zusammen mit dem Professor der Baukunst in Freiburg, Friedrich Arnold, eine Porzellan- und Steingutfabrik einrichten wollten und dafür auch alsbald die landesherrliche Genehmigung erhielten.<sup>16</sup>

1813 war die Umwandlung des Klosters in eine Strohhutmanufaktur im Gespräch. Zu Beginn der 1820er Jahre wurde ein letztes Mal ernsthaft über eine Industrialisierung debattiert, als ein Kaufmann Hunzinger aus Amsterdam über seinen Mittelsmann Wirth in Offenburg Interesse anmeldete. Aber auch hier ergab sich außer einem Schriftverkehr zwischen den Behörden nichts.<sup>17</sup> Da diese Entwicklung von einigen Mitgliedern der Staatsbürokratie sehr früh abgesehen wurde, tauchte im Frühjahr 1807 der Plan auf, die Abtei zu einem Art Zentral-Armen- und Krankenhaus für das badische Oberland zu machen und dieses aus den Erträgen der Klostergüter zu finanzieren. Abgesehen von dem unbestreitbaren Bedarf an einer solchen Einrichtung wurde insbesondere auf die gesunde Lage auf Grund des Klimas hingewiesen. Die Zentralregierung fegte den Antrag umgehend unter den Tisch, aus Geldmangel, wie es hieß. Da das Kloster ohnehin unverkäuflich war, wollte sie es aber doch diesem guten Zweck vorbehalten — bis in bessere Zeiten.<sup>18</sup> So blieb ein großer Teil der Gebäude ungenutzt, bis sie schließlich gleichsam über Nacht einer humanitären Verwendung zugeführt wurden, aber anders als man sich das in Karlsruhe vorgestellt hatte.

### *Das Feldspital Tennenbach*<sup>19</sup>

Als sich nach der Völkerschlacht von Leipzig im Oktober 1813 nach einigem Zögern die zur Beseitigung der napoleonischen Vorherrschaft in Europa verbündeten Österreicher, Russen und Preußen darauf geeinigt hatten, in Frankreich einzumarschieren, wurde Baden schlagartig Durch- und Aufmarschge-

15 GLA 391/38582.

16 GLA 106/68.

17 GLA 233/20576.

18 Aktenstücke GLA 391/38582.

19 Zu den Befreiungskriegen allgemein: R. Friedrich, *Die Befreiungskriege 1813—1815*, 4 Bde., Berlin 1911-13.

Die Geschichte der breisgauischen Lazarette hat Schinzinger unter Auswertung von Akten des GLA und des k.u.k. Kriegsarchivs in Wien erschöpfend behandelt, so daß eine erneute Sichtung des Materials nicht notwendig erschien. Laut Bericht der badischen Kriegskommission vom 29. August 1815 waren die Gebäudeschäden in Tennenbach nach Auflösung des Hospitals geringfügig — GLA 391/38569.



*Tennenbach heute: An das einstige Kloster erinnern nur noch die Kirchhofskapelle (vermutlich der Chor einer Kirche) und ein Friedhofskreuz aus dem 16. Jahrhundert mit Grabsteinen von Religiosen.*



biet in umfassendster Weise und zwar für die erste der drei Hauptarmeen der Alliierten, die böhmische. Immerhin war es dem Großherzogtum noch rechtzeitig gelungen, aus dem Rheinbund auszutreten und dadurch seinen territorialen Bestand zu retten. Gleichwohl hatten während der Befreiungskriege in erster Linie die Österreicher unter dem Feldmarschall Fürsten Schwarzenberg in Baden das Sagen. Nach dem alliierten Feldzugsplan sollte von drei Heeresäulen ein Angriff auf Paris vorgetragen werden. Die Süd-Armee hatte vom Oberrhein und von der Westschweiz aus loszuschlagen. Im Rahmen dieser Operation marschierten bis Mitte Januar 1814 weit über 200.000 Mann durch den Breisgau, davon in der Masse Österreicher, Russen und Bayern, aber auch Württemberger und Badener. Bedenkt man, daß dieser Durchmarsch in einem Zeitraum von weniger als acht Wochen über die ohnehin stark in Anspruch genommene Bevölkerung hereinbrach und daß diese Armee etwa 30.000 Rösser mit sich führte, so kann man sich unschwer ein Bild machen von den ungeheuren Quartierlasten, die mitten im Winter zu tragen waren. Damit nicht genug: Die Truppen transportierten Tausende von Soldaten mit, die in der Schlacht bei Leipzig Verwundungen davongetragen oder sich eine Infektionskrankheit zugezogen hatten oder an beidem zugleich litten. Bekanntlich über rundeten ja bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die an ansteckenden Krankheiten und an falsch oder nicht behandelten Verwundungen zugrunde gegangenen Kämpfer zahlenmäßig bei weitem die im Gefecht gefallenen. Um den katastrophalen Zuständen in der damaligen militärischen Krankenversorgung abzuhelpfen, die auf solche Massen von Invaliden nicht vorbereitet war, schufen die Verbündeten Ende November 1813 die Zentralhospitalverwaltung für Deutschland, deren Lazarette in Böhmen und Mähren und ansonsten auf dem Papier standen. Was in Baden im Winter 1813/14 an Hospitälern zustande kam, wurde unter dem Druck höchster Not unter Mitwirkung des Staates und auch der Städte geschaffen.

Für den Dreisamkreis war von der Sanitätsleitung eigentlich nur ein Lazarett vorgesehen, nämlich in den ehemaligen Propsteigebäuden in Waldkirch. Es kam aber schon Anfang Dezember 1813 zu derart massenhaften Erkrankungen und einem Zustrom an Verletzten, daß das für 350 Mann vorgesehene Krankenhaus alsbald hoffnungslos überfüllt war. Die k.k. Heeresleitung suchte dem Übel abzuhelpfen, indem sie in aller Eile in Freiburg ein weiteres einrichten ließ, eine Maßnahme, gegen die die Bevölkerung Sturm lief, da sie sich durch die in den Spitälern grassierenden Seuchen Ruhr und Typhus gefährdet sah.

Die ungemein große Überbelegung der Anstalten in Waldkirch und Freiburg und der täglich bedrohlicher werdende Zuwachs ließ dem Armeekommando schließlich nur die Wahl, die Kranken auf der Straße sterben zu lassen oder für weitere Unterkünfte zu sorgen. Man entschied sich umgehend für die leerstehenden Abteien St. Peter und Tennenbach und das Malteser-Schloß zu Heiterheim. Somit befanden sich im Dezember 1813 im Dreisamkreis fünf Laza-

rette mit rund 5.000 Kranken, nämlich das Hauptfeldspital Nr. 2 in Freiburg mit den Außenstellen St. Peter und Heitersheim und das Hauptfeldspital Nr. 27 in Tennenbach mit der Filiale Waldkirch. Um die Jahreswende lagen im ehemaligen Bernhardiner-Stift 1.200 Mann, Österreicher, Russen und Bayern, für die die von Dieben heimgesuchten Räumlichkeiten erst einmal notdürftig wieder hergerichtet werden mußten. Das Sanitätspersonal, das mit seiner Ausrüstung aus Prag in Eilmärschen herbeigekommen war, konnte nicht verhindern, daß bis Mitte März 1814 rund 570 Tote zu beklagen waren — wobei Tennenbach zu den Lazaretten gehörte, die noch einen einigermaßen guten Ruf genossen. Um diese Zeit wurde der Abmarsch des Spitalkörpers Nr. 27 in Richtung Bodensee verfügt. Er etablierte sich im folgenden im ehemaligen Benediktiner-Stift Petershausen bei Konstanz.

Es sollte jedoch nicht lange dauern, bis die Österreicher erneut auf das Kloster zurückgreifen mußten. Als nach der Schlacht bei Waterloo im Juni 1815 große Truppenmassen über den Rhein zurückgingen und ein Teil von ihnen den Breisgau durchzog, war erneut großer Bedarf an Militärlazaretten und auch Tennenbach wurde wieder in Anspruch genommen. Dieses Mal aber ließen doppelt so viele Insassen ihr Leben wie im Winter 1813/14 und folgten ihren Schicksalsgenossen in die Massengräber im nahegelegenen Wald nach, wovon noch heute einige Denkmäler zeugen.

### *Die Tennenbacher Kolonie*

Ein Überbleibsel des aufgehobenen Stifts ganz besonderer Art war die von den Zeitgenossen so benannte „Thennenbacher Kolonie“. Gemeint war damit eine Bettler- und Asozialsiedlung, die ihren Anfang mit der Auflösung des Stifts im Jahre 1806 nahm und sich im Laufe der Jahre zum Schrecken der gesamten Umgebung entwickelte. Der in dieser Gegend bis tief ins Jahrhundert hinein gebräuchlich gewesene Schimpfname „Thennenbacher“ legt ein beredtes Zeugnis davon ab. Die badischen Behörden wurden mit dieser Spätfolge der Säkularisation erst um 1835 fertig, indem sie um diese Zeit endlich die Auflösung der Kolonie durch Androhung von Gewalt und Anwendung scharfer Polizeimaßnahmen, die ja auch ein Mittel von Sozialpolitik sein können, erzwangen. Die völlige Zerstörung der Gebäude steht im übrigen in engem Zusammenhang mit der Beseitigung dieser merkwürdigen Gemeinde.<sup>20</sup>

Als noch Ordensleute in Tennenbach das Heft in der Hand hatten, siedelten sich hier etliche Handwerker- und Tagelöhnerfamilien an, die Arbeit, Brot und Unterkunft und eine soziale Absicherung fanden, da das Kloster bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit und Alter lebenslängliche Unterstützung gewährte. Nach dem Zeugnis der Domänenverwaltung befanden sich die Dienstleute damals in durchweg zufriedenstellenden wirtschaftlichen Umstän-

<sup>20</sup> Das folgende nach Aktenstücken GLA 233/20574, 20576 u. 237/18629, insbesondere nach dem Bericht des Finanzministeriums an den Großherzog vom 18. Dezember 1832.

den. Durch die Aufhebung des Stifts wurde dieses Dienst-Schutz-Verhältnis jäh zerrissen, ohne daß die Landesherrschaft einen gleichwertigen Ersatz schuf. Die Wälder kamen in die Verwaltung des Forstetats, die übrigen Liegenschaften in die des Domänenetats, die den Klosterleuten keine neuen Verdienstmöglichkeiten bieten konnten. Zwar sorgte der Staat für einen Pfarrer und eine Volksschule, verabreichte jährlich ein Brennholzgratiale und eine Unterstützung für die Erwerbsunfähigen, die dieselben aber kaum „vor dem Hungertod schützen“ konnte, bewilligte einen günstigen Haus- und Pachtzins für die umliegenden Felder, konnte aber auch in späteren Zeiten ausreichende Arbeit nicht verschaffen. „Die oekonomischen Verhältnisse der Colonisten kamen unter diesen Umständen bis aufs Tiefste herab und fast noch tiefer ihr moralischer Zustand“. Daß eine solche gesellschaftliche Randgruppe durch Hunger- und Teuerungszeiten besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. So sah sich 1817 sogar der Schutterer Exabt Placidus Bacheberle in Freiburg veranlaßt, bei der Regierung zu intervenieren.

Die Lokalbehörden erkannten frühzeitig, daß die Gemeinde in ihrer Abgeschlossenheit alle Voraussetzungen hatte, mit den Jahren in eine Ansammlung von Bettlern, Dieben und Streunern auszuarten, wozu der Zuzug von draußen kam. Es half nichts, daß die Kolonie einen Vorsteher erhielt. Joseph Sartori, der ehemalige Klosterkoch, der dieses Amt innehatte, und weitere Familienhäupter, so ein Metzger, Bader, Zimmermann, Steinhauer, Ziegler, Weber, Schneider, Schuster, der Engelwirt und andere sahen sich wegen der materiellen Notlage außerstande, die eintretende Entwicklung zu hemmen. Schon 1810 war die Auflösung geplant, was jedoch auf enorme Schwierigkeiten stieß. Das Staatsärar hätte gegebenenfalls die Holzberechtigung ablösen und die Kolonisten in benachbarten Gemeinden, die sich dagegen heftig sträubten, einkaufen müssen. Der Gesamtaufwand wurde auf rund 20.000 fl veranschlagt. So schleppte sich die Angelegenheit etliche Jahre dahin. Eingaben an die Regierung in Karlsruhe um Hilfe blieben ohne nennenswertes Echo.

Bis 1820 war die Gemeinschaft auf 30 Familien mit 140 Köpfen angewachsen.<sup>21</sup> Die meisten Frauen hatten drei bis vier uneheliche Kinder, und die Zustände änderten sich auch im folgenden Jahrzehnt nicht. Innerhalb der Staatsbürokratie wurden verschiedene Lösungsmöglichkeiten erörtert, so die, den Kolonisten die unverkäuflichen Stiftsgebäude gänzlich zu überlassen und ihnen die Pachtfelder um eine geringe Summe zu übereignen, wenn diese nur weiterhin bewirtschaftet würden. Die Befürworter einer Aufhebung der Siedlung setzten sich schließlich durch, da der Druck seitens der Bevölkerung des Amtsbezirks Emmendingen und die Gefahr, daß die Kolonie weiter anschwoll, zunahmen. Auch hoffte der Staat, langfristig zu sparen, denn er ver-

---

21 Laut Bittschrift des zeitweiligen Pfarrers von Tennenbach Ambros Michel, eines Exbenediktiners von Schuttern, an den Großherzog vom 27. April 1819 — GLA 391/38567.



auslagte jedes Jahr 2.250 fl. Nun standen zwar die Maßgaben der Gemeindeordnung von 1832 einer zwangsweisen Versetzung einzelner Personen in andere Orte entgegen. Dessenungeachtet setzten die Behörden sowohl etliche Breisgauer Gemeinden wie auch die Kolonisten massiv unter Druck. Sie drohten den Frauen, die sich vom Betteln und Spinnen ernährten, mit ihrer Unterbringung als Dienstmädchen und Mägde in den Städten und bei Bauern, mit der Wegnahme der Kinder und allen, die aus Tennenbach nicht wegziehen wollten, mit dem Entzug der bisherigen Vergünstigungen. Eheschließungen ohne ausreichenden Nahrungsstand waren verboten, Ledige durften keinen Haushalt mehr gründen. Großherzog Leopold äußerte Anfang 1833 in einem Erlaß den Wunsch, die Tennenbacher Kolonie am 1. Januar 1835 endgültig aufgelöst zu sehen, und versprach, daß er für jede Familie, die im Tennenbacher Bann ein Heimatrecht besaß, zum Behuf der Bürgerannahme in irgendeiner Landgemeinde (III.er Klasse) das Einkaufsgeld (für Männer 300 fl, für Frauen 150 fl) und die Einbringungssumme bezahlen würde, wenn sie bis Ende 1834 abgezogen sei. Die Tennenbacher, die sich bis jetzt zäh mit Unterstützung des P. Fries gegen eine Umsiedlung gewehrt hatten, sahen wohl die Aussichtslosigkeit ihrer Lage ein.

Bis zum Ende des Jahres 1835 war die Kolonie tatsächlich geräumt, ein Teil ihrer Insassen sogar nach Amerika ausgewandert.<sup>22</sup> Die Schule und Försterei waren geschlossen, der Gottesdienst eingestellt in Ermangelung von Besuchern. Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg gab seine Zustimmung zur Aufhebung der Pfarrei nur unter dem Vorbehalt, daß in der Gegend, am besten in Emmendingen, eine andere katholische Pfarrstelle dotiert werden würde. Auch die Mühle und die Ziegelhütte wurden nicht mehr betrieben, so daß die Baulichkeiten mit Ausnahme des Wirtshauses völlig verwaist waren.

Um zu verhindern, daß diese irgendwann wieder Zufluchtsort für armes und fahrendes Volk werden würden, und um Unterhaltskosten zu sparen, setzte sich die Domänenverwaltung in Emmendingen intensiv für die Demolierung derselben ein. Da an ihnen seit den Befreiungskriegen keine nennenswerten Erhaltungsarbeiten mehr durchgeführt worden waren, befanden sie sich im Zustand einer starken Verwahrlosung. Insbesondere die Dächer wiesen schwere Schäden auf. Nachdem das Münster und einige Teilgebäude der Abtei schon 1829/30 abgebrochen worden waren, war nun der Schritt zur endgültigen Zerstörung schnell getan. Im Sommer 1835 kaufte der Unternehmer Helbling die beiden noch intakten Konventsflügel für 1.500 fl auf Abbruch und verwendete das Material für den Neubau einer Maschinengarnfabrik in Emmendingen.<sup>23</sup> Die Wirtschaftsgebäude, das Schulhaus und die Unterkünfte der Kolonisten fielen im Frühjahr 1836 der Spitzhacke zum Opfer. Interessenten zahlten et-

---

22 Das folgende nach Aktenstücken GLA 237/18629 u. 391/38577.

23 Aktenstücke GLA 391/38583. Vgl. auch den Art. „Emmendingen“ im Universal-Lexikon Baden, Sp. 340 f.

was mehr als tausend Gulden für die Materialien, während die Klostermauer für Straßenausbesserungen vorgesehen wurde.<sup>24</sup>

Daß die gotische Kirchhofskapelle überhaupt der Nachwelt als ein letzter Hinweis auf die Existenz einer einst ansehnlichen Klosteranlage erhalten geblieben ist, ist lediglich dem glücklichen Umstand zu verdanken, daß sie derjenige, der sie ersteigerte, nicht bezahlen konnte. Sie diente nach ihrer Entweihung 1836 dem langjährigen landesherrlichen Gebäudeaufseher als Schlafstätte und dann als Geräteschuppen, wogegen das erzbischöfliche Ordinariat protestierte. Dieses wollte das Kirchlein würdig verwendet wissen. Die Domänenverwaltung vertrat einen anderen Standpunkt: „Werden vormalige Kirchen- und Klostergebäude jetzt zu Fabriken und Theater verwendet, so dürfte eine entbehrlich gewordene Kapelle wohl auch zu vorberührtem Zweck benützt werden“. Und der (protestantische?) Direktor des Oberrheinkreises, Friedrich Theodor Schaaff, meinte 1855 anlässlich einer Gebietsbereisung nicht ohne stille Befriedigung: „Das Klostergebäude ist gänzlich verschwunden; wo dasselbe mit der Kirche gestanden, dort wächst jetzt auf den nicht ohne großen Aufwand hergestellten Domänenmatten üppiges Gras“.<sup>25</sup>

#### *Die Versetzung des Münsters<sup>26</sup>*

Die Säkularisation Tennenbachs brachte eine weitere Merkwürdigkeit hervor: Die Übertragung der Klosterkirche nach Freiburg und ihre Benützung durch die evangelische Gemeinde. Ein ähnlicher Vorgang ist im ganzen deutschen Südwesten nicht nachweisbar. Die Beweggründe für diese Translozierung sind verschiedener Art und in geistesgeschichtlicher Hinsicht recht interessant. Zum einen steht die „Rettung“ des Tennenbacher Münsters in engem Zusammenhang mit den Bestrebungen der seit 1807 stark vermehrten lutherischen Kirchengemeinde in Freiburg, ein geräumiges Gotteshaus zu erhalten. Nach der Auflösung des Augustiner-Chorherrenstifts St. Märgen im August 1806 war dessen Propsteigebäude mit der Hauskapelle in der Freiburger Pfaffengasse disponibel geworden. Großherzog Karl Friedrich überließ im folgenden Jahr die Gebetsstätte der eben gegründeten Gemeinde<sup>27</sup>, der jedoch die Räumlichkeiten auf die Dauer nicht genügten. Der Wunsch der Landesherrschaft, die sich einer finanziellen Hilfestellung bei einem Kirchenneubau nur schlecht entziehen konnte, nach einer preisgünstigen Lösung, traf zusammen mit den Bestrebungen verschiedener Männer, das Tennenbacher Münster vor dem Untergang zu bewahren, wobei Ideen der Romantik und der Aufklärung in enge Verbindung traten und eine tragende Rolle spielten.

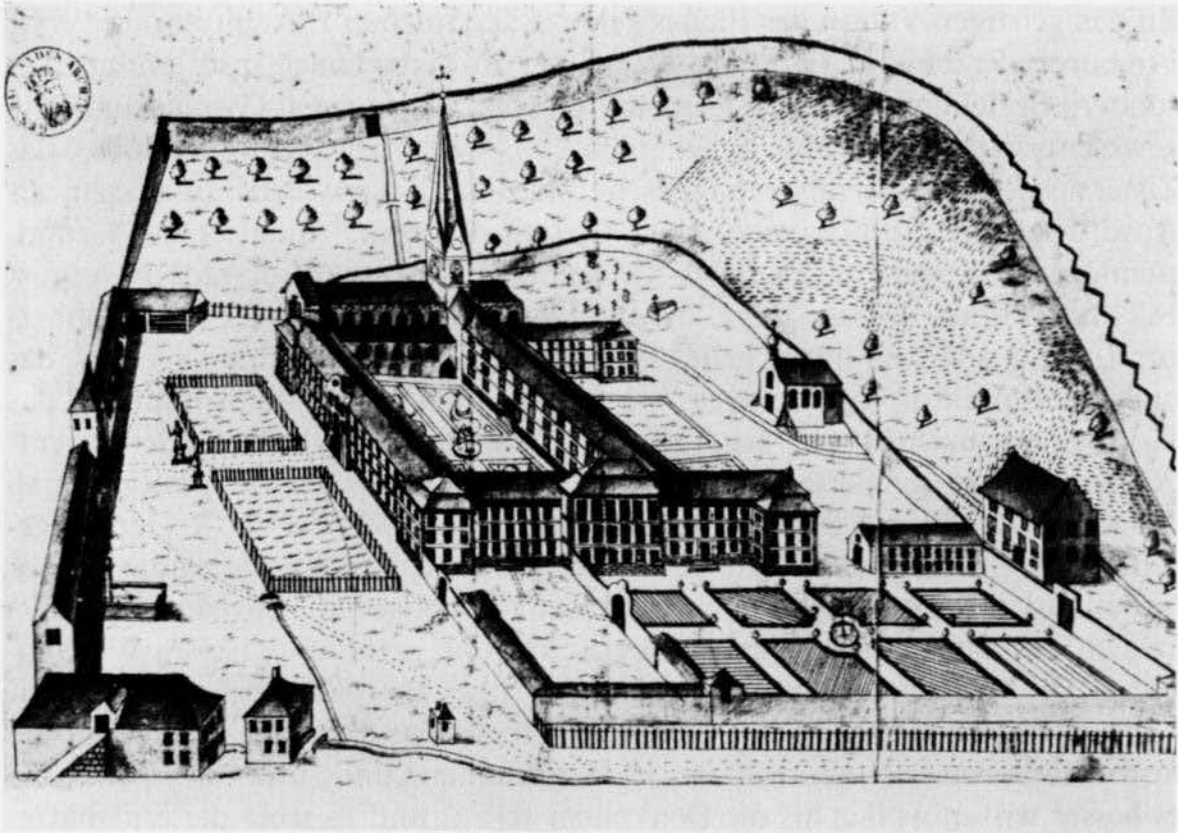
---

24 Aktenstücke GLA 391/38577.

25 Schriftverkehr von 1840/41 GLA 106/99. Die Äußerungen Schaaffs ebenda.

26 Hiermit befassen sich insbesondere Schreiber und Majer-Kym in den vorgenannten Aufsätzen.

27 Vgl. hierzu H. Schmid, Säkularisation der Klöster in Baden, S. 147.



*Das Stift Tennenbach in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (zeitgenössische Federzeichnung, GLA).*



*Die Ludwigs-Kirche in Freiburg  
Lithographie im Freiburger  
Adreßkalender von 1863.*

Zu den geistigen Vätern des Planes gehörte der Salemer Exkapitular und erste Freiburger Erzbischof Bernhard Boll<sup>28</sup>, der zu Tennenbach insofern eine besondere Beziehung hatte, als er mehrere Jahre am dortigen Gymnasium tätig gewesen war. Man geht sicher nicht zu weit, den Wunsch Bolls, das Zisterzienser-Münster als evangelische Stadtkirche verwendet zu wissen, als Ausdruck eines früh-ökumenischen Geistes zu sehen, zumal er der Grundsteinlegung der späteren Ludwigs-Kirche in der Zähringer Vorstadt im August 1829 beiwohnte. Als derjenige, der die Versetzung der Kirche beim Großherzog Ludwig angeregt hatte, nennt sich selbst der schon erwähnte Schaaff, damals Stadtdirektor von Freiburg.<sup>29</sup> Daß es aber keinesfalls der Einfall und das Werk eines einzelnen war, die Aufmerksamkeit der Obrigkeit und der Öffentlichkeit auf das mittelalterliche Bauwerk zu lenken, beweist der Umstand, daß der Kreisbaumeister Christoph Arnold<sup>30</sup> schon um 1825 bei der Regierung geradezu leidenschaftlich für die Erhaltung der bedrohten Kirche plädierte, wobei er auf ihren seltenen, rein erhaltenen vorgotischen („byzantinischen“) Baustil und auf ihren großen künstlerischen und architektonischen Wert abhob.<sup>31</sup> Die Übertragung ist also auch ein frühes Beispiel für eine historisch-konservierende Maßnahme in Baden und überdies ein frühes Zeugnis für die historisierenden Bestrebungen des 19. Jahrhunderts und zwar von jenen, „die es besser wissen wollen als die Denkmäler selbst, und — trotz der ernsthaftesten Absicht auf Erhaltung des historischen Bestandes — sich doch oft erhebliche Änderungen gestatten“ (Majer-Kym).

Denn wer glaubte, daß das 1829/30 abgetragene Münster in seiner vormaligen Gestalt wieder aufgebaut würde, sah sich bald enttäuscht. Mit dem Übertragungswerk beauftragt wurde in der Hauptsache der Regierungsbaudirektor Heinrich Hübsch, ein Verfechter des griechischen Baustils.<sup>32</sup> Dieser nahm gravierende Änderungen am Schiff, Chor und Turm vor, erstens aus einem gewissen Purismus und der Unkenntnis des spezifischen Zisterzienser-Grundrisses und -Stils überhaupt heraus, zweitens aus Gründen der Zweckmäßigkeit, d.h. um den praktischen und ästhetischen Anforderungen an eine evangelische Predigtkirche zu genügen, und drittens gemäß seinen modernen ästhetischen Anschauungen, die ein schöpferischer Architekt wie Hübsch nun einmal hat. Auch bezüglich des Baumaterials waren die alte und die neue Kirche nur teilweise identisch. Schaaff äußerte 1855, daß die meisten Steine der Freiburger Kirche neu seien, wobei man aber der Pietät keinen Abbruch getan hätte. — Schließlich dürfte sich die Hoffnung der Regierung nicht erfüllt haben,

28 So andeutungsweise H. Schreiber. Zur Stellung Bolls in Staat und Kirche, s. den betr. Art. von F. Kössing, in: *Badische Biographien*, hrsg. von Fr. v. Weech, Bd. 1, Heidelberg 1875, S. 108 ff. Auch zu anderen, in dieser Untersuchung genannten Persönlichkeiten vgl. die *Badischen Biographien*.

29 GLA 106/99.

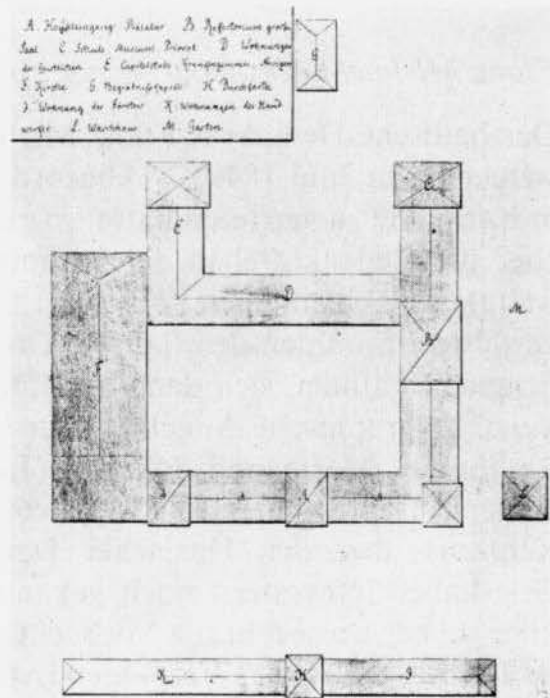
30 Zu diesem und seinem schon erwähnten Bruder vgl. das *Universal-Lexikon Baden*, Sp. 42.

31 GLA 391/38582.

32 *Universal-Lexikon Baden*, Sp. 591.

kostengünstig davonzukommen. Nachdem Ludwig die Übertragung im August 1828 grundsätzlich genehmigt hatte, waren erst einmal mehrere fürstliche Leichname, die in der Klosterkirche bestattet waren, zu entfernen und deren Grabmonumente, so die des Grafen Egon I. von Freiburg, des Markgrafen Otto und der Markgräfin Agnes von Baden-Hochberg. Die feierliche Überführung geschah am 10. Dezember 1829 mit großem Gepränge und unter entsprechendem Kostenaufwand, wovon ein gedrucktes Festprogramm einen Eindruck vermittelt.<sup>33</sup> Um den katholischen Kult in Tennenbach weiterhin zu gewährleisten und den Widerstand des P. Fries und der Kolonie gegen den Kirchenabriß zu brechen, mußte die Friedhofskapelle entsprechend hergerichtet und mit Einrichtungsgegenständen aus der Stiftskirche ausgestattet werden.<sup>34</sup> Solche gelangten auch, soweit feststellbar, an die Religionsfondsverwaltung in Freiburg und an eine Reihe von Breisgau-Gemeinden, u. a. an Buchheim, Kappel und Hofstetten. Der Transport der Quader war langwierig und teuer. Um zu sparen, schränkte man deren Verwendung ein und behalf sich mit billigeren Materialien. Die lange Bauzeit liefert zudem einen Hinweis darauf, mit welchen Schwierigkeiten man zu kämpfen hatte.

Das Gotteshaus wurde 1839 zu Ehren des 1830 verstorbenen Großherzogs Ludwig eingeweiht. Es überdauerte wenig mehr als ein Jahrhundert. Im Bombenhagel des 27. November 1944 sank es in Schutt und Asche.



Lageplan des Stifts Tennenbach aus dem Jahr 1822 (Original im GLA)

33 Aktenstücke GLA 106/1 u. 67, 233/27533 u. 236/4399.  
34 Aktenstücke GLA 106/99.

## Schicksale Haslacher Revolutionäre

Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution von 1848/49 im Kinzigtal

*Werner Scheurer*

Der Niederwerfung des badischen Volksaufstandes vom Mai 1849 folgte eine Säuberungswelle, welcher auch in Haslach im Kinzigtal zahlreiche Bürger zum Opfer fielen. Wohl lag den Haslachern das Revoltieren im Blut. „Viermal“, so weiß Heinrich Hansjakob zu berichten, „haben die Haslacher in Revolution gemacht.“<sup>1</sup> Nun waren aber die Hauptleidtragenden der Gegenrevolution gerade keine ausgesprochenen „Revoluzzer“. Wir lernen in ihnen vielmehr Kommunalpolitiker kennen, die erst nach und nach in den Strudel der Ereignisse hineingerissen wurden und auch in schwersten Belastungsproben noch ihren Mann standen. Dies gilt insbesondere für den Rabenwirt Franz Michael Grieshaber, der sein Eintreten für die demokratischen Ideen mit der Zerstörung seiner Existenz und seines Familienglückes büßen mußte. Sein Schicksal soll uns hier zuerst beschäftigen.

### *Franz Michael Grieshaber — ein tragisches Familienschicksal*

Der badische Demokrat Franz Michael Grieshaber war in seiner Vaterstadt, welche er im Juni 1849 als Abgeordneter der Konstituierenden Versammlung in Karlsruhe zu vertreten hatte, so gut wie vergessen. Wohl kennt jeder Haslacher die Gedenktafel in der katholischen Pfarrkirche St. Arbogast. Sie erwähnt den „ehemaligen Rabenwirt“ und seine Töchter, welche durch Stiftung gewaltiger Summen den Bau des Gotteshauses in den Jahren 1906/07 ermöglichten. Es finden sich dann auch in Heinrich Hansjakobs Werken verstreut kurze biographische Angaben über Grieshaber, seine Frau und seine Töchter Philippine, Maria und Josepha (Josephine), die als Deutschlehrerinnen in Angers, Dep. Maine et Loire lebten.<sup>2</sup> Damit erschöpfte sich jede weitere Kenntnis über den Haslacher Demokraten. Selbst Personen, welche die Grieshaber-Schwestern noch gekannt hatten, konnten keine Auskunft darüber geben, warum Franz Michael Grieshaber in Angers lebte, und woher seine Töchter das riesige Vermögen hatten, mit welchem sie „in treuer Liebe und

---

1 Heinrich Hansjakob, *Meine Madonna. Eine Familienchronik.* Stuttgart 1920 S. 213.

2 a. a. O. S. 213. — Heinrich Hansjakob, *Allerseelentage.* Stuttgart 1912, S. 123. — ders., *Letzte Fahrten.* Volksausgabe. Stuttgart o. J., S. 19f.

Anhänglichkeit an ihre gottbegnadete Heimat“<sup>3</sup> die Haslacher St. Arbogastkirche finanzierten.<sup>4</sup>

Franz Michael Grieshaber wurde am 24. September 1810 in Haslach geboren. Sein Vater Jakob Grieshaber „ab dem Bellisberg“ in Steinach hatte im Jahre 1792 das Gasthaus „Raben“ ersteigert<sup>5</sup>, nachdem es eineinhalb Jahrhunderte im Besitze der Familie Rupp/Kleyle gewesen war.<sup>6</sup> Nachfolger Jakob Grieshabers war ein weiterer Vertreter der Sippe Kleyle, der Posthalter Franz Xaver Kleyle. Dieser legte im Jahre 1833 zusammen mit anderen Haslacher Gastwirten beim Gemeinderat erfolgreich Einspruch gegen die „Bitte des ledigen Franz Michael Grieshaber dahier um Schildwirths-Concession“<sup>7</sup> ein. Über die ursprünglichen Berufspläne Grieshabers sind wir im Unklaren. Beachtung findet daher die Bemerkung Hansjakobs in einer seiner späteren Schriften, der junge Grieshaber habe „in Rastatt studiert“.<sup>8</sup> Jedenfalls finden wir den aufgeschlossenen jungen Grieshaber im Jahre 1836 als neuen Rabenwirt in der recht illustren neuen Lesegesellschaft, die ihren Sitz im Rabenwirthshaus aufgeschlagen hatte.<sup>9</sup>

Im Jahre 1837 heiratete Grieshaber die Sonnenwirtstochter<sup>10</sup> Philippine Fauz (1816—1902), welche ihm sieben Kinder schenkte. Drei, darunter der einzige Sohn, starben sehr früh. Die überlebenden Töchter sind: Philippine (1838—1913), Maria (1842—1913), Albertine (1846—ca. 1900) und Josepha (Josephine) (1848—1918).

Es ist merkwürdig, daß Heinrich Hansjakob die Grieshaber-Kinder in seinen Erinnerungen „Aus meiner Jugendzeit“ mit keinem Wort erwähnt, obwohl zumindest die älteste Tochter Philippine ihm bekannt gewesen sein mußte. Sie

3 Johann Karl Kempf, Haslach im Kinzigtal und der heilige Brunnen. Haslach 1912, S. 34.

4 Zum Jubiläum „1278-1978 Haslach 700 Jahre Stadt“ wurde ein Kunstführer herausgegeben, für welchen der Kunsthistoriker Hermann Brommer/Merdingen bei Freiburg gewonnen werden konnte. Brommer erkannte bei seinen Arbeiten, daß sich hinter der Haslacher Kirchenbaugeschichte ein weiteres ergiebiges Feld für die Erforschung der Stadtgeschichte auftut und ermutigte den Verfasser, den bereits begonnenen Faden weiterzuspinnen. Darüberhinaus vermittelte er die nötigen Kontakte nach Angers und Pruntrut. Der Verfasser weiß sich ihm hierfür zu großem Dank verpflichtet. — Hermann Brommer, Pfarrkirche St. Arbogast Haslach im Kinzigtal. Kleiner Kunstführer Nr. 1144. München/Zürich 1978.

5 Contracten Protokolle 1789-1792, S. 454-458. Stadtarchiv Haslach. — Hansjakob, Meine Madonna S. 212 f. Bis ins 18. Jahrhundert hieß das Gasthaus „Rappen“. Alteingesessene Haslacher sagen heute noch so. In der Fasnachtszeit wird die Wirtschaft „Bim Kraiewirt“ genannt. „Kraie“ (= Krähe) ist wohl eine Persiflage auf den noch immer nicht ganz akzeptierten „Raben“.

6 Über den Rappenwirt Lienhard Rupp siehe Manfred Hildenbrands Einleitung zu: Heinrich Hansjakob, Der Leutnant von Hasle. Eine Erzählung aus dem Dreißigjährigen Kriege. 15. Aufl. Haslach 1978.

7 Ratsprotokoll S. 224-227

8 Hansjakob, Meine Madonna S. 213.

9 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), 389/Zugang 1937/Nr. 33/684. Mitglieder waren u. a. Stadtpfarrer Brüderle, Amtmann Dilger, Amtsrevisor Zamponi und ein gewisser Mediziner Hansjakob.

10 Die „Sonne“ war das Fachwerkhaus, in welchem sich heute das Ladengeschäft Gutmann & Winter befindet.

war nur ein halbes Jahr jünger als der Volksschriftsteller. Ganz sicher wurden der Rabenwirt und seine Familie nach den Ereignissen der Jahre 1849/50 Tagesgespräch im Städtle, und Hansjakobs Vater gehörte als Gemeinderat mit zu den Unterzeichnern einer Bittschrift zugunsten Grieshabers. Stattdessen lesen wir in der ersten Ausgabe der Jugenderinnerungen, der Rabenwirt sei eine ihm „sonst fremde Persönlichkeit“<sup>11</sup> gewesen.

Von stadtdenkmälerlicher Bedeutung war im Jahre 1840 die Verlegung des alten Rabenwirthshauses an seinen heutigen Platz, wodurch es gegenüber der alten Amtskanzlei<sup>12</sup> zu liegen kam. Dadurch unterstrich der „Raben“ sein Prädikat, erstes Haus am Platze zu sein, in welchem der Amtmann, die Beamten-schaft und die Geistlichkeit ein und aus gingen. Im Ratsprotokoll steht über die Verlegung, Grieshaber „habe im Wege einer öffentlichen Versteigerung das Haus des Caffewirths Johann Baptist Krämer dahier . . . an sich gebracht und beabsichtige, sein Realwirthschaftsrecht zum „Raben“ dahin zu trans-feriren.“<sup>13</sup>

Franz Michael Grieshaber war ein Mann, dem das Bezirksamt im Jahre 1850 bescheinigen konnte, „noch im Jahre 1848 unbedingt zur Ordnungspartei gehört (zu) haben . . . so daß er . . . noch der Erste und fast einzige Bürger war, der . . . von den Beamten in alle Regierungs Maßnahmen eingeweiht und von denselben hierüber zur Mitberathung gezogen wurde“.<sup>14</sup> Er war aber nicht nur ein gebildeter Mann, wie wir ihn als Mitglied der exklusiven Lesege-sellschaft kennengelernt haben, sondern genoß ebenso das Vertrauen seiner Mitbürger, die ihn im Jahre 1845 in den Gemeinderat wählten. Die Ratsproto-kolle tragen seine Unterschrift vom 10. 1. 1845 bis zum 6. 6. 1849.

Der Haslacher Gemeinderat bezeugte Grieshaber am 10. 12. 1852: er „mußte stets unter diejenigen Bürger unserer Stadt gezählt werden, welche die allge-meine Achtung genossen. Er war immer ein haushälterischer Mann, ein braver Hausvater, fleißig, und wurde wegen diesen Eigenschaften und seiner sonsti-gen Kenntnisse, in den Gemeinderath gewählt, und mit dem Amte eines städti-schen Baumeisters betraut, welche beiden Stellen er zur vollkommenen Zufrie-denheit seiner Mitbürger versah.“<sup>15</sup>

Als umsichtigen Kommunalpolitiker zeigte sich Grieshaber bei der Einrich-tung der Haslacher Armenspeisung im Jahre 1847. Man beschloß, den arbeits-fähigen Armen durch Herstellung mehrerer Waldwege Arbeit und Verdienst

---

11 Heinrich Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit. Würzburg 1870, S. 236. — Im folgenden wird — falls nichts anderes gesagt wird — die neueste (14.) Auflage, Freiburg 1960, zitiert.

12 Das Amtsgebäude stand an der Stelle der heutigen Sparkasse.

13 Ratsprotokoll vom 14. 8. 1840.

14 GLA 234/1735

15 ebd.



zu schaffen und die arbeitsunfähigen Armen und die armen Kinder durch die Einrichtung einer ‚Suppenanstalt‘ zu unterstützen.<sup>16</sup>

Leider sehen wir Grieshaber auch in der Gesellschaft jener großen Mehrheit Haslacher Bürger, die — dem Zug der damaligen Zeit folgend — das ehrwürdige Kapuzinerkloster vor den Toren der Stadt dem Erdboden gleich machen wollte.<sup>17</sup> Glücklicherweise wurde dieses Vorhaben nicht ausgeführt.

Das Bild Grieshabers als eines klugen und umsichtigen Mannes wird erhärtet durch den bereits zitierten Bericht des Bezirksamtes Haslach vom 2. 1. 1851: „Nach Mittheilung zuverlässiger Personen soll derselbe früher und selbst noch im Jahre 1848 unbedingt zur Ordnungspartei gehört haben. Sein Haus war der Sammelplatz der gutgesinnten Staats-Angestellten und Bürger; er habe unbedingt das Vertrauen der vorgängigen Beamten genossen.“<sup>18</sup>

Der Ausbruch der Februarrevolution in Frankreich wirkte wie ein zündender Funke auch in Deutschland: „Als vor neun Monaten der Ruf nach Freiheit in allen deutschen Gauen ertönte, fand er in allen Edelgesinnten freudigen Widerhall, weil ja ohne Freiheit nicht das Glück der Völker, nicht wahre Bildung, nicht reine edle Tugend, nicht ächte innige Religiosität, nicht der Familien Wohl gedeihen kann. Patriotisch gesinnte Männer traten darum zusammen, um die Mittel und Wege zu berathen, um zum ersehnten Ziele zu gelangen.“<sup>19</sup> Einig waren sich alle Demokraten in ihren vier Grundforderungen nach Pressefreiheit, Geschworenengerichten, Volksbewaffnung und Schaffung eines deutschen Parlaments. Es zeigten sich aber auch schon Strömungen, die auf die sofortige Abschaffung der Monarchie hinarbeiteten.

Als nun am 13. April 1848 in Konstanz unter Ausrufung der Republik der Heckerzug begann, wurde dieser Alleingang der radikalen Partei, der bei Kändern und Freiburg ein trauriges Ende fand, von vielen Demokraten mißbilligt. Robert Blum, der Führer der Demokraten in der Frankfurter Paulskirche, bezeichnete den Aufstand der Radikalen sogar als Verrat am Volk.<sup>20</sup>

In Haslach war es Grieshaber, der in diesen Momenten zu Besonnenheit aufrief, wodurch er sich aber bei einem Teil der Bevölkerung unbeliebt machte.

„Grieshaber nemlich war es, und dies müßen ihm alle Behörden bezeugen, der im Frühjahr 1848 und namentlich zur Zeit der Schilderhebung Hekers die

---

16 Otto Göller, Haslacher Armenspeisung vor 100 Jahren. Zeitungsaufsatz vom 18. 3. (?) 1948. (— Aus dem Privatarchiv von Herrn Wilhelm Schille, Haslach i. K.)

17 Kempf, a. a. O. s. 27.

18 GLA 234/1735.

19 Johann Baptist Orbin, Predigt am Sylvester-Abend 1848, gehalten in der Domkirche zu Freiburg i. B. Freiburg 1849, S. 8.

20 Tim Klein, 1848. Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit. München/Leipzig 1914 S. 256, zit. nach: Franz Vollmer, Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Frankfurt 1979, S. 103.

unbedachtsame Jugend und andere Verirrte von ungesetzlichen Schritten abhielt, und gemeinsam mit dem hiesigen Bezirksamt durch seine kräftige Verwendung die Ruhe und Ordnung zu erhalten wußte, was sofort damals nebenbei für ihn zur Folge hatte, daß er bei dem überstürzenden Theile der Einwohner deshalb seine Popularität einbüßte, weil er sich enger an die Großherzogl. Lokalbehörde anschloß; — ja, er mußte sogar später über sein gut gemeintes Wirken manche schwere Unbill erleiden, wie ihm dieses auch durch das mitfolgende pfarramtliche Zeugniß bestätigt wird.“<sup>21</sup>

Das Vertrauen, welches Grieshaber bekanntermaßen beim Amtmann genoß, mußte ihn bei einigen Mitbürgern verhaßt machen. Aus Hansjakobs Erzählung wissen wir, daß dem „conservativen Oberamtman Dilger eine Katzenmusik“<sup>22</sup> gespielt wurde. Auch der Rabenwirt wurde damals belästigt, wie sich aus dem bereits zitierten Bericht des Bezirksamtes vom Jahre 1852 und einem Zeugnis des Stadtpfarrers Joseph Kurz ergibt. Der neue Amtmann schrieb: „Daher laße es sich auch erklären, weßhalb ihm damals das ‚mündige, souveraine Volk‘ seine Mißachtung durch Verunreinigung seines Hauses zu erkennen gegeben habe.“<sup>23</sup> Pfarrer Kurz sagte: „Sinn für Gesetz und Ordnung zeichneten ihn in hohem Grade aus, so daß er im Jahre 1848 von Seite demokratisch Gesinnter der Verachtung und manchen Verdächtigungen, sogar der Mißhandlung, ausgesetzt war.“<sup>24</sup>

Grieshaber hätte also Grund genug gehabt, aus der Politik auszusteigen, wodurch ihm und seiner Familie viel Leid erspart geblieben wäre.

Gelegenheit dazu hatte er gehabt, als er am 26. 1. 1849 das Amt des städtischen Baumeisters niederlegte mit den Worten: „Ungeachtet, daß der Dienst eines städtischen Baumeisters durch die verschiedenen Begehren mit großer Anstrengung verbunden ist, scheute ich dennoch kein Opfer um womöglich dem fraglichen Dienst Rechnung zu tragen . . . Da mir aber seit einiger Zeit wegen dem Baumeisterdienst lieblose Äußerungen zutheil geworden sind, welche ich lange zu ertragen nicht für nöthig finde, so gebe ich den Dienst als städtischer Baumeister . . . zurück.“<sup>25</sup>

Grieshaber zog sich aber nicht aus der Politik zurück. Er blieb auch weiterhin im Gemeinderat, schloß sich dem Volksverein an, wozu der Tod Robert Blums den Ausschlag gegeben haben mag, wurde dessen Vorsitzender und ließ sich schließlich zum Abgeordneten der „Constituierenden Versammlung“<sup>26</sup>

---

21 Gemeinderat Haslach am 27. 12. 1850. GLA 234/1735.

22 Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit S. 303, ders., Aus kranken Tagen, 5. Auflage Stuttgart o. J. S. 8-10: Der Amtmann Anton Dilger und seine Frau waren in Haslach nicht unbeliebt. Sie beschenkten z. B. die Haslacher Kinder an Fasnacht im Amtshaus.

23 GLA 234/1735.

24 ebd.

25 Ratsprotokoll s. 315 f.

26 Nach der Flucht des Großherzogs am 13. Mai 1849 wurden Wahlen zur „Constituierenden Versammlung“ ausgeschrieben. Die Wahlen fanden am 3. 6. statt. Das verfassungsgebende Parlament hielt vom 10. Juni an seine Sitzungen in Karlsruhe und tagte insgesamt nur neun Tage.

wählen. Für diese „Verbrechen“ mußte er bitter büßen; denn während andere Teilnehmer am Maiaufstand nach mancherlei Beschwernissen, monatelangen Untersuchungen und Gefängnishaft schließlich doch wieder in geordnete Verhältnisse zurückkehren konnten, schrieb er, der „Hochverräter“, der sich einer achtjährigen Zuchthausstrafe durch die Flucht nach Frankreich entzog, ein Gnadengesuch um das andere, in welchen er unter heiligsten Schwüren versicherte, nie mehr politisch tätig zu sein, nie mehr etwas gegen die Regierung zu sagen.

Folgt man Hansjakobs Chronologie, dann ist Grieshabers erstes Auftreten für die Sache der Freiheit auf Seiten der Republikaner im November 1848 anzusetzen. Auf dem Friedhof fand damals die Gedächtnisfeier für Robert Blum statt. Mit Grieshaber traten auch Wunibald Kern, der Schmied, und Diakonus Adolf Gerwig von Hornberg in Erscheinung, die Blum „als Ideal eines Republikaners verherrlichten“.<sup>27</sup>

Bevor das Jahr 1848 zu Ende ging — „ein Jahr, das ein so bedeutungsvolles und bewegtes war, das in uns bald freudige Hoffnungen bald bange Ahnungen erweckte, . . . das in seinen Ereignissen ganze Jahrhunderte aufwiegt“<sup>28</sup> — nahm Amand Goegg aus Renchen einen erfolgreichen Anlauf, die Volksvereine neu zu aktivieren. Ob Grieshaber schon an der Jahreswende Mitglied im Volksverein war, bleibt fraglich. Laut Zeugnis des Haslacher Gemeinderats soll er sich erst nach dem Mißerfolg der Frankfurter Paulskirche der Volkserhebung angeschlossen haben: „Nach dem Scheitern des Instituts der deutschen Nationalversammlung trieben den Anfangs nur von bitteren Gefühlen erfüllten Mann zur Theilnahme an der Agitation zu Gunsten der teutschen Reichsverfassung, und so einmal in den Strudel hinein gerissen, wurde auch er wie tausend andere mit fortgerissen, und ist nunmehr, ohne sichs selbst recht bewußt gewesen zu seyn, zum Hochverräther geworden.“<sup>29</sup>

Die Quellen erlauben keine exakte Datierung über Grieshabers Mitgliedschaft im Volksverein. Volksversammlungen, an denen er mit Sicherheit teilgenommen hat, fanden in Haslach, Steinach und Mühlenbach statt. Aber auch in Fischerbach und Bollenbach waren demokratisch Gesinnte tätig. Die Volksversammlung in Steinach war erst am 28. Mai 1849, dem Pfingstmontag. Fünf Tage zuvor, also am 23. Mai, wird Grieshaber „Civilcommissär“ genannt<sup>30</sup>. In Hornberg hatte schon am 18. März 1849 eine Versammlung des Demokratischen Vereins im Bärenwirthshaus stattgefunden, an welcher fünfzig Mitglieder aus Haslach und Hausach teilnahmen. „Sämtliche waren mit rothen Federn

---

27 Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 302.

28 Orbin a. a. O. S. 4.

29 Wie Anm. 21.

30 Zu Zivilkommissären wurden ernannt: „Bürger Stigler in Haslach . . . an die Stelle des verhandelnden Bürgers Grieshaber; Bürger Burkhardt in Wolfach . . . an die Stelle des Bürgers Stigler“. Reg. Blatt Nr. XXXV (6) vom 23. Mai 1849.

auf der Kopfbedeckung bezeichnet.“<sup>31</sup> Im Frühjahr 1849 — das Datum ist nicht bekannt — soll Grieshaber in Mühlenbach als Volksredner die Versammlung aufgefordert haben, „einen Zweigverein zu gründen, der sich dem Volksverein in Haslach anschließe“.<sup>32</sup> Als weitere Teilnehmer der Mühlenbacher Volksversammlung werden Sonnenwirt Keller, Löwenwirt Matt, Altbürgermeister Lacutfer und Maurer Pius, sämtliche von Mühlenbach, genannt.

Bei der Steinacher Volksversammlung am 28. 5. 1849 — also sechs Tage vor der Wahl zur Konstituierenden Versammlung — trat Grieshaber als Redner auf und soll dort geäußert haben, „es müße dahin gearbeitet werden, daß die entflohene Regierung nicht wieder zurückkehre“.<sup>33</sup> Diese Äußerung stellte er später in Abrede und nannte als Entlastungszeugen Lorenz Albus, Joseph Albus, Felix Walz, Joseph Aile, Nikolaus Haberstroh und Landolin Neumaier von Haslach. Möglicherweise fand diese Versammlung beim Steinacher Sonnenwirt Franz Joseph Kern statt. Als weiterer Teilnehmer wird ein gewisser Schäfer genannt, der gegen Grieshaber als Belastungszeuge auftreten sollte. In der Untersuchungssache gegen den Schmied Wunibald Kern hatte dieser Schäfer jedoch eine üble Rolle gespielt, indem er „überwiesenermaßen eidlich falsch deponiert“<sup>34</sup> habe.

Die Haslacher Volksversammlung wurde etwa Mitte Mai 1849 nach der Flucht des Großherzogs abgehalten. Diakonus Gerwig von Hornberg soll vom Balkon des „Fürstenberger Hofes“ mit Blickrichtung zum Kapuzinerkloster den Ausruf getan haben, es sei gut, „daß jenes Geiernest der Pfaffen ausgehoben und der Freiheit nur noch e i n e Gasse zu machen sei durch die Revolution.“<sup>35</sup>

Am 3. Juni 1849 wurde Franz Michael Grieshaber für den Amtsbezirk Haslach in die „Konstituierende Versammlung“ gewählt. Glaubt man einem der späteren Bittgesuche seiner Frau um Begnadigung ihres Ehemannes, dann habe er diese Wahl „durchaus nicht annehmen wollen“.<sup>36</sup>

Der Gemeinderat äußerte sich ähnlich: „Diese Wahl anzunehmen, konnte ihn nur die ausserordentliche Majorität der auf ihn gefallenen Stimmen bewegen. Sie konnte ihm im Interesse der Ruhe und Ordnung rathsam erscheinen, weil die Ablehnung in jener aufgeregten Zeit leicht die Wahl eines Mannes hätte

---

31 „Gehorsamste Meldung des Brigadier Pfaff“. GLA 76/2750.

32 Rekurschrift Grieshabers vom 12. 4. 1850. GLA 240/1666.

33 ebd.

34 ebd. Statt „Aile“ dürfte es wohl „Aiple“ heißen. Über die Familie Aiple und das Gasthaus „Aiplefranz“, die auch „Revolutionsbeize“ genannt wurde. Vgl. Ernst Engelberg, Kleine und große Welt im Leben und Wirken des Haslacher Bürgers Wilhelm Engelberg (1862 bis 1947). In: „Die Ortenau“ 1979 S. 86 f.

35 Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 305.

36 GLA 234/1735.



*Oberamtmann Anton Dilger.*

*Aufn.: M. Hildenbrandt*

zur Folge haben können, der weniger im Stande gewesen wäre, den Gefahren des losgebrochenen Sturmes zu begegnen.“<sup>37</sup>

Die letzten Aktivitäten Grieshabers als Politiker sind rasch aufgezählt: Am 6. Juni nahm er zum letztenmal an einer Gemeinderatssitzung in Haslach teil. Die feierliche Eröffnungssitzung der „Constituierenden Versammlung“ fand am 10. Juni in Karlsruhe statt. Grieshaber wurde Mitglied der 5. Abteilung (= Ausschuß), die den Gesetzentwurf über „Die Rückkehr der Wehrpflichtigen Badens“ zu beraten hatte<sup>38</sup> und wirkte mit an dem „Gesetz über die Niedersetzung einer provisorischen Regierung aus drei Männern, über die Befugnisse der provisorischen Regierung und über die Erhebung eines Zwangsanlehens“.<sup>39</sup> Am 2. Juli 1849 war Grieshaber auf der Flucht zum letztenmal in seiner Vaterstadt und entnahm „auf Anweisung der s. g. provisorischen Regierung“ der Haslacher Amtskasse 246 Gulden für Auslagen im Dienste des Generalkommandos sowie Reisekosten und Diäten für 9 Tage“.<sup>40</sup>

Am 23. 2. 1850 verurteilte das großherzogliche Hofgericht in Bruchsal den Rabenwirt Franz Michael Grieshaber wegen „Theilnahme an den in den Monaten Mai und Juni stattgehabten hochverrätherischen Unternehmungen . . . zu einer gemeinen Zuchthausstrafe von acht Jahren oder fünf Jahren und vier Monaten Einzelhaft, zum Ersatze des der großh. Staatskasse durch die hochverrätherischen Unternehmungen zugegangenen Schadens“.<sup>41</sup>

In der Rekursbeschwerdeschrift machte Grieshaber durch seinen Anwalt geltend: „Der Angeschuldigte gehörte zu den 33 Mitgliedern der konstituierenden Versammlung, die für Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und zu jenen 27, die gegen jede Fortführung des Krieges gestimmt haben. Hieraus ergibt sich, . . . daß er die Revolution wieder in die Grenzen der Legitimität auf den Rechtsboden zurückführen wollte.“<sup>42</sup>

Die Revision wurde jedoch zurückgewiesen, und nun blieb Grieshaber, der in der Zwischenzeit in Délémont/Schweiz einen vorläufigen Wohnsitz aufgeschlagen hatte, nur noch die Hoffnung, auf dem Gnadenwege die straflose Rückkehr in seine Heimat zu erreichen. In fast rührender Weise wurde er hierin von seinen Haslacher Mitbürgern unterstützt, die ihm die glänzendsten Zeugnisse über seine politische Laufbahn ausstellen mußten. Selbst das Bezirksamt Haslach — vertreten durch Dilgers Nachfolger Klein — setzte sich für den zum Hochverräter abgestempelten Rabenwirt ein, ließ allerdings auch Zweifel am politischen Sinnungswandel des Demokraten durchblicken, indem es schrieb:

„Wenn wir auf die Versprechungen des Angeschuldigten und auf die zugesich-

37 ebd.

38 Protokolle der Verfassungsgebenden Versammlung. GLA 231/1128.

39 GLA 240/1666.

40 Großherzoglich Badisches Anzeigebblatt für den Mittelrheinkreis Nr. 74 vom 15. 9. 1849 S. 913. Im folgenden: Anzeigebblatt.

41 Anzeigebblatt Nr. 24 vom 23. 3. 1850 S. 388. — GLA 234/1735.

42 GLA 240/1666.

cherte Bethätigung seiner Reue keine allzugroßen Hoffnungen setzen, so glauben wir doch, ihn wenn auch nicht gerade unter die Gebeßerten, so doch unter die Gewitzigten rechnen zu dürfen.“<sup>43</sup>

Aus dem Bericht des Amtmanns erfahren wir auch etwas über Grieshabers neue Beschäftigung: „Dem Vernehmen nach soll sich der Angeschuldigte seit seiner Flucht in der Schweiz von allem politischen Treiben ferne und bisher sein Fortkommen dadurch gefristet haben, daß er als Aufseher bei einem öffentlichen Bau seine tägliche Beschäftigung und den nöthigen Lebensunterhalt gefunden.“<sup>44</sup>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Rabenwirtin waren inzwischen besorgniserregend. Schon im September 1849 war Grieshabers Vermögen beschlagnahmt worden. Die Rabenwirtin beantragte daraufhin Vermögensabsonderung, die im April 1850 genehmigt wurde.<sup>45</sup> Der Kummer um ihren geflohenen Mann, die Sorge um die vier unmündigen Kinder im Alter von zwei bis zwölf Jahren und auch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage waren Belastungen für die Frau, denen sie auf die Dauer nicht gewachsen war. Der wirtschaftliche Ruin zeichnete sich immer deutlicher ab. Vor allem zur Abwendung dieser Gefahr setzte sich der Amtmann für die Begnadigung Grieshabers ein und schrieb:

„Wenn wir es daher wagen, seine Begnadigungsbitte . . . zu empfehlen, so geschieht es weniger um seiner Person, als vielmehr um seiner armen Frau und seiner vier jammernswerthen Kinder willen. Seine brave christlich gesinnte Frau . . . versieht seit deßen Flucht ganz allein die Wirthschaft und die nicht unbedeutende Oekonomie . . . Für die Zeit könnte deßen Frau das Hauswesen unmöglich fortsetzen, und der Ausbruch einer Gant, die die Frau mit ihren Kindern an den Bettelstab und einen großen Theil der Gläubiger um ihre Forderungen bringen würde, wäre zumal bei den gegenwärtigen Güterpreißen die unvermeidliche Folge.“<sup>46</sup>

Ähnlich argumentierte der Haslacher Gemeinderat: „Sein zurückgelassenes Anwesen ist bei der ungeheuren Werthlosigkeit aller liegenden Güter überschuldet, und ein gänzlicher Vermögenszerfall und Gant ist die unausbleibliche Folge, wenn nicht seine Rückkehr und Begnadigung in Bälde möglich werden sollte, während der ohnehin schon so sehr belasteten Gemeinde dadurch ein neuer Zuwachs einer verarmten Familie mit Frau und vier unmündigen Kindern aufgebürdet würde.“<sup>47</sup>

Aufgrund dieser Vorstellungen konnte Grieshaber, der seit Juni 1850 in Pruntrut lebte, die fast zur Gewißheit gewordene Hoffnung haben, binnen kurzer

---

43 GLA 234/1735.

44 ebd.

45 Trotzdem mußte sie später 700 Gulden Schadensersatz an die Staatskasse zahlen.

46 GLA 234/1735.

47 ebd.

Zeit als freier Mann die Heimat wiedersehen zu können. Daher teilte er dem Oberamt Pruntrut mit: „Diese fraglichen Nachrichten sind in den jüngsten Mittheilungen nunmehr so bestätigt, daß ich über meine Rückkehr in mein Vaterland bis dorthin keinen Zweifel mehr hege.“<sup>48</sup>

Grieshaber hatte sich zu früh gefreut. Ein Zeugnis der Polizeidirektion Pruntrut über „vorbildliches Verhalten“<sup>49</sup> des ehemaligen Rabenwirts konnte die Haltung des Justizministeriums in Karlsruhe ebensowenig ändern wie die wiederholten Bittgesuche der Ehefrau, die nun klagte:

„Ich habe nun seit der Abwesenheit meines Ehemannes das Hauswesen allein besorgen müssen, habe alle Mühe gehabt, um nur das Allernothwendigste für mich und meine vier unmündigen Kinder aufzubringen, bin aber jetzt nicht mehr im Stand, die Haushaltung fernerhin allein fortzuführen, da die Gläubiger meines Mannes die Kapitalien aufkündigen und auf Zahlung drängen, so daß wenn mein Ehemann nicht in Bälde zu mir zurückkehren kann, der Ruin unserer Familie unausbleiblich ist.“<sup>50</sup>

Das Gesuch, welches die Rabenwirtin mit einem Appell an „die allbekannte Güte unseres gnädigsten Landesvaters“ nach Karlsruhe sandte, wurde dem Regenten erst gar nicht vorgelegt, weil „über die darin gestellte Bitte um Begnadigung kein Vortrag verlangt worden sei und man sich auch nicht veranlaßt finde, solchen amtshalber in empfehlender Weise zu erstatten.“<sup>51</sup>

Tatsächlich wurde wenige Monate später das Konkursverfahren über das Vermögen der Rabenwirtin eröffnet, während mit der Übersiedelung Grieshabers nach Angers der letzte Lebensabschnitt des Haslacher Rabenwirts begann. Grieshaber trat im Juli 1851 in Angers in das Geschäft des Klavierfabrikanten Bachmann als Arbeiteraufseher ein und rückte zwei Jahre später zum Geschäftsführer auf.

Noch gab er die Hoffnung auf eine baldige Amnestierung nicht auf, die er auch jetzt durch eine Anzahl von Zeugnissen, ausgestellt von hervorragenden Persönlichkeiten der Loire-Stadt, zu erreichen suchte. Sie hoben insbesondere hervor, „daß er sich keineswegs politisch betätigt hat und im Gegenteil es immer vermieden hat, jene zu treffen, die für ihre umstürzlerischen Ideen bekannt waren.“<sup>52</sup>

Am 22. 9. 1857 wurde Grieshaber „die straflose Rückkehr . . . unter der Bedingung gestattet, daß er seine Bitte um Begnadigung . . . vor dem Untersu-

48 Staatsarchiv des Kantons Bern, „ad acta der Justiz und Polizeidirektion“. — Freundliche Mitteilung von Herrn Ernst Hirschi, dem an dieser Stelle aufrichtig gedankt sei. Ebenfalls besten Dank den Herren Dr. L. Neuhaus und F. Noirjean, Porrentruy.

49 ebd.

50 GLA 234/1735.

51 ebd.

52 ebd. — Zeugnisse wurden ausgestellt vom Bürgermeister der Stadt Angers, vom Präfekten des Département Maine et Loire, von Chesneau, Ritter der Ehrenlegion, sowie dem Geistlichen C. Lamoureux.



chungsgericht . . . unter Erklärung seiner Reue, und zwar zu Protokoll, wiederhole.“<sup>53</sup> Es dauerte aber fast viereinhalb Jahre, bis Grieshaber zu diesem Zwecke nach Karlsruhe kam. Vielleicht fürchtete er zuvor, in eine Falle zu geraten. Am 18. Februar 1862 war es soweit: „Diesen Morgen erschien der Geschäftsführer der Clavier Fabrick von Bachmann in Angers, Franz Michael Grieshaber aus Haslach und trug vor: Ich bin wegen Theilnahme am Hochverrath im Jahre 1849 in Untersuchung gestanden und bestraft worden, und komme nun, um mich des höchsten Gnadenactes vom 9. Juli 1857 theilhaftig zu machen . . .“<sup>54</sup>

Mit der Amnestierung war Grieshaber noch nicht voll rehabilitiert. Noch war der Verlust des badischen Staatsbürgerrechts als Folge der Zuchthausstrafe nicht rückgängig gemacht. Das Verfahren um Wiederverleihung der bürgerlichen Rechte wurde durch den Rastatter Rechtsanwalt Albert Stigler geführt, dem wir später noch begegnen werden.

Grieshabers Bitte um „gnädige Aufhebung der Folgen der erkannten Zuchthausstrafe“ vom 12. 6. 1862 ist das letzte Lebenszeichen, das wir von ihm besitzen. Er soll aber noch bis 1869 in Angers gelebt haben.<sup>55</sup> Eine Rückkehr in die Heimat kam für ihn nicht mehr in Frage, denn in der Zwischenzeit war ein anderes tragisches Ereignis eingetreten: Nur wenige Wochen nach diesem letzten Lebenszeichen des Haslacher Rabenwirts lesen wir, daß seine Ehefrau Philippine geb. Fauz in die Heil- und Pfllegeanstalt Pforzheim eingeliefert wurde. Der Kummer und die Sorgen der vergangenen Jahre waren für ihr Gemüt eine Belastungsprobe, unter der sie letztlich zerbrechen mußte.<sup>56</sup>

### *Das Schicksal des Bürgermeisters Joseph Fackler*

Der allgemeine Ruf nach jenen Freiheiten, welche die monarchischen Regierungen Metternichscher Prägung den Bürgern in den deutschen Bundesstaaten vier Jahrzehnte hindurch verweigert hatten, vereinigte nicht alle freiheitlich Gesinnten im Lager der Republikaner. Es gab auch hier in Haslach manche Skeptiker, die — wohl in banger Voraussicht der gewaltsamen Unterdrückung republikanischer Bestrebungen — sich jeder umstürzlerischen Tätigkeit enthielten. Hierzu zählte beispielsweise der „Beckephilipp“, Hansjakobs Vater, von welchem der Dichtersohn den Ausspruch überliefert: „Wenn ihr einmal alle Fürsten gefangen habt und mir sie in meiner Scheuer eingesperrt, so will

---

53 ebd.

54 ebd.

55 In den nicht näher bezeichneten „Annales“ erscheinen Grieshaber und Bachmann in den Jahren 1862 bis 1869. Grieshabers Töchter werden erst wieder 1880 genannt. Freundliche Mitteilung des Bürgermeisteramts Angers. — Alle Nachforschungen in Nantes, Angers, Pforzheim und Wolfach über Sterbeurkunden bzw. Nachlaßakten blieben erfolglos. Als Grieshabers Sterbetag wird in einer Notiz im Haslacher Stadtarchiv der 20. 2. 1863 angegeben. Dies widerspricht den Angaben aus Angers.

56 Über das weitere Schicksal der Rabenwirtin vgl. unten Anm. 149.

ich an euere Sache glauben und euch helfen, den Fürsten den Meister zu zeigen für alle Zeit.“<sup>57</sup> Manch anderer Demokrat sah sich vor schwere Gewissensentscheidungen gestellt, wie Haslachs Bürgermeister Joseph Fackler (31. 5. 1815 — 15. 12. 1871), der in diesen Tagen mehrmals zum Bezirksamt hinübereilte und dringend um Entlassung nachsuchte. Als Opfer dieser Zerreißprobe wurde er zwangsläufig in den Strudel des Maiaufstandes mit hineingerissen, des Hochverrats beschuldigt und in Untersuchung genommen.<sup>58</sup>

J. Fackler war seit 1840 Stadtrechner und wurde im Dezember 1846 Bürgermeister von Haslach.<sup>59</sup> Nach dem Urteil des Gemeinderats — die Formulierungen stimmen mitunter wörtlich mit den Aussagen über Grieshaber überein — „genöß er stets die allgemeine Achtung seiner Mitbürger; er war ein häuslicher Mann, ein braver Hausvater, fleißig und wurde wegen dieser Eigenschaften 1840 zum Stadtrechner und 1846 zum Bürgermeister ernannt; beide Stellen bekleidete er zur vollen Zufriedenheit und Verträglichkeit. In politischen Dingen verwendete er seinen Einfluß bei seinen Mitbürgern dahin, sie zur Ruhe und Ordnung und zum Festhalten an dem Gesetze zu ermahnen. Dies war besonders in den bewegten Zeiten vor der diesjährigen Revolution und in ihrem Verlauf der Fall.“<sup>60</sup>

Die Ereignisse, welche Bürgermeister Fackler Anklage wegen Hochverrats und eine achtwöchige Untersuchungshaft eintrugen, fielen in die ersten Julitage, als die Sache der Republikaner längst verloren war. Dennoch wurden Durchhalteparolen ausgegeben, das Freiheitsheer sei „überall dem Feinde überlegen, im Siegen begriffen, und in Stuttgart (sei) ein Aufstand ausgebrochen.“<sup>61</sup>

Fackler erkannte wohl, daß die Tage der Republik<sup>62</sup>gezählt waren und wollte in banger Ahnung der Schwierigkeiten, die er auf sich zukommen sah, sein Amt niederlegen. In den ersten Junitagen wurde er deswegen mehrmals beim Bezirksamt vorstellig und bat, „wenigstens eine neue Wahl vorzunehmen“.<sup>63</sup> Das Amt lehnte ab, und auch der Gemeinderat wollte seinen Rücktritt nicht akzeptieren.

Otto Göller dokumentiert ein Schriftstück, welches Heinrich Hansjakobs Schilderung vom Durchzug der geschlagenen Freischaren vollauf bestätigt. Das Bezirksamt berichtete am 15. 7. 1849:

„Wie wir in unserem Bericht vom 9. d. M. ... schon angeführt haben, huldigt

57 Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 308.

58 Otto Göller, Wegen Hochverrat angeklagt. Unveröffentlichtes Manuskript, geschrieben etwa im Jahre 1935. 43 Seiten. Manfred Hildenbrand, dem an dieser Stelle gedankt sei, fand das Manuskript beim Orden des schriftlichen Nachlasses von Wilhelm Engelberg. Der Nachlaß befindet sich seit 1978 im Stadtarchiv Haslach.

59 Der gleichnamige Sohn (1855-1934) war ebenfalls Bürgermeister von Haslach. Vgl. unten Anm. 71.

60 Otto Göller, Hochverrat, S. 28 f.

61 a. a. O., S. 37 f.

62 Der badische Staat blieb formal ein Großherzogtum. Vgl. Günter Richter, Revolution und Gegenrevolution in Baden. In: ZGO 1971 S. 392.

63 Göller, Hochverrat, S. 30.



*Bürgermeister Joseph Fackler. Porträt von Louis Blum.*

*Aufn.: M. Hildenbrandt*

der größere Teil der hiesigen Einwohnerschaft den republikanischen Ideen und namentlich in der Mai-Revolution, obgleich nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl sich unmittelbar dabei beteiligte. Zu diesen letzten gehören namentlich Bürgermeister Fackler und die Gemeinderäte Grieshaber, Aiple und Wölfle. Was insbesondere den Bürgermeister Fackler betrifft, so haben wir folgendes anzuführen:

Am Montag, den 2. d. M. um die Mittagszeit, zog die etwa 2500 Mann starke Schar des sogenannten Obristen Becker hier ein und zog nach einem mehrstündigen Aufenthalte weiter talaufwärts nach Hornberg. Nach ihrem Abzug ließen wir den Bürgermeister Fackler rufen, um ihn zu fragen, was er für Sicherheitsmaßregeln für die Nacht getroffen habe, resp. um ihm deraufallsige Aufträge zu erteilen. Bei dieser Gelegenheit teilte er uns mit, daß er von Becker den schriftlichen Auftrag erhalten habe, dafür zu sorgen, daß sämtliche erste Aufgebote der Gemeinden des Amtsbezirks auf der Stelle nach Hornberg geschickt würden.

Wir untersagten ihm sofort in Gegenwart des Gemeinderats Wölfle, diesem Befehl irgend eine Folge zu geben... Er sagte dies auch bestimmt zu.

Am selben Abend gegen 10 Uhr wurde uns hinterbracht, daß das hiesige erste Aufgebot dennoch ausziehen beabsichtige. Wir ließen den Bürgermeister sofort wieder rufen und erfuhren von ihm, daß nur einige vom ersten Aufgebot aus Furcht vor den Preußen fortziehen wollten. Wir wiederholten ihm, was wir ihm schon zuvor erklärt hatten; er versprach auch nachdrückliche Mitwirkung zur Verhinderung des Fortzuges, sie ließen sich jedoch nicht davon abhalten, und so sind denn wirklich einige Bewaffnete in verschiedenen Richtungen abgezogen, ohne daß wir es verhindern konnten, weil namentlich die Beckersche Schar von Gutach oberhalb Hausach bis Hornberg sich festgesetzt hatte und von der Annäherung der königlich preußischen Truppen noch keine Nachricht hierher gelangt war.

Nach diesen Vorgängen hätte man erwarten können, daß Bürgermeister Fackler den Beckerschen Befehl zurückhalten würde, allein es war dem nicht so; es ist uns vielmehr jetzt zur Kenntnis gekommen, daß er noch in der selben Nacht um 1 Uhr ...einen Boten an sämtliche auswärtigen Bürgermeisterämter des Bezirks abgesendet und ihnen den Beckerschen Befehl zur ‚Darnachachtung‘ mitgeteilt hat.“<sup>64</sup>

Daraufhin wurde Fackler am 22. Juli verhaftet und zusammen mit Xaver Bühler, Wunibald Kern und dem ‚Hafner hinter der Kirch‘<sup>65</sup> nach Freiburg gebracht. Fackler hatte dabei noch Glück. Sein Fall wurde einem ordentlichen

---

64 a. a. O., S. 5-8.

65 Heinrich Hansjakob, Theodor der Seifensieder. In Waldleute, 10. Auflage Freiburg 1968, S. 170.

Gericht und nicht dem Standgericht zugewiesen. Seine Ehefrau Cäcilie Fackler, geb. Gotterbarm (1820-1851), bat um vorläufige Entlassung ihres Mannes mit der Begründung: „Soviel weiß ich, daß er dem ganzen revolutionären Treiben stets abhold gewesen, wegen seiner Stellung aber als damaliger Bürgermeister in einer fatalen Lage sich befunden hat und von der Beckerschen Räuberschar mit Totschießen bedroht worden ist, wenn er ihren Forderungen nicht genüge ... Mein Mann ist ein Bäcker und nun schon einige Wochen in Haft. Ich habe vier kleine Kinder und muß mit Beihilfe fremder Leute das Bäckergewerbe treiben. Sie können sich, Herr Civilcommissär, den tiefen Kummer einer Frau denken, die ohne allen Trost mit ansehen muß, wie das Hauswesen bei ohnehin drängenden Schuldverhältnissen den Krebsgang nimmt und eine ganze Familie ihrem Elende entgegengeht. Zum Belege meiner nur allzuwahren Angaben berufe ich mich auf das angefügte pfarramtliche und bezirksamtliche Zeugnis.“<sup>66</sup>

Als Antwort wurde ihr mitgeteilt, sie habe sich wegen ihrer Bitte an die Adresse des Kriegsministeriums zu wenden. Ein Leumundszeugnis des Gemeinderates, Fackler habe „durch Berufstreue, Redlichkeit, strenge Unparteilichkeit und durch Gewissenhaftigkeit in Erfüllung seiner Amtspflichten sowie auch durch einen sittenreinen Lebenswandel sich das Zutrauen, die Liebe und Achtung der gesamten hiesigen Einwohnerschaft erworben“, sowie eine Reise des neuen Stadtoberhauptes Alois Kern nach Freiburg zu einer Vorsprache bei dem Untersuchungsrichter, führten tatsächlich zu dem erwünschten Erfolg: Am 13. September wurde Fackler nach fast achtwöchiger Haft auf freien Fuß gesetzt.<sup>67</sup>

Die Hauptverhandlung ließ lange auf sich warten. Doch wiederum schien Fackler das Glück, indem er in der Person des Offenburger Anwalts Gustav Rée einen vorzüglichen Anwalt fand.<sup>68</sup> Aus der Verteidigungsschrift erhalten wir ein wesentlich anderes Bild der Vorgänge vom 2. Juli 1849:

„Man werfe Fackler vor, daß er dem Befehle des sich Oberbefehlshaber der 5. Division nennenden Johann Philipp Becker entsprochen habe, das 1. Aufgebot zum Auszug aufzufordern und die Sammlung von Nahrungsmitteln für das Volksheer schriftlich anordnete. Beides gebe Fackler unumwunden zu, doch müsse man wohl die Umstände in Betracht ziehen, die ihn dazu gezwungen hätten. Becker habe von Hausach aus am 2. Juli einen Befehl an das Bürgermeisteramt Haslach mit dem Wortlaut geschickt: ‚Denselben wird aufgegeben, in allen Gemeinden des Amtsbezirks das 1. Aufgebot aufzubieten und uns sogleich in das Hauptquartier von Hornberg zu schicken.‘ Denselben Befehl habe er schon vorher im Kreuzwirthshause in Haslach mündlich an Fackler

---

66 Göller, Hochverrat, S. 22-24.

67 a. a. O., S. 27.

68 Über den früheren Offenburger Bürgermeister Gustav Rée und die 48er Revolution: Otto Kähni, Offenburg und die demokratische Volksbewegung 1848-1948. Offenburg 1948.

gerichtet und ihn ferner aufgefordert, einen Wagen voll Fleisch und Brot und 400 Maß Wein ihm nach Hornberg nachzusenden. Wenn er nicht Folge leiste, so werde er sehen, wie er mit der Stadt Haslach verfare; ihn selbst aber werde er standrechtlich behandeln. Zeugen dieser Unterredung waren die Gemeinderäte Wölfler und Aiple. Das Beckersche Corps habe sich am 2. Juli nachmittags in Haslach durch Bedrohung des dortigen Pfarrers mit Tötlichkeiten und Plünderungen gefürchtet gemacht. Der Schritt des Bürgermeisters sei also nicht nur durch die Bedrohung seiner eigenen Person, sondern zugleich durch die nachteiligen Folgen für die ihm anvertraute Stadt . . . vollständig entschuldigt. Der Angeschuldigte habe aber noch etwas Weiteres getan, was ihn entlaste. Er habe die Bürgermeister, als ihm am 3. Juli die Gefahr nicht so nahe zu stehen schien, durch besondere Boten aufgefordert, dem Befehle Beckers keine Folge zu leisten. Dadurch unterblieb nicht nur der Auszug des 1. Aufgebots im Bezirk, sondern auch die requirierte Auslieferung der Lebensmittel.

Unter den geschilderten Umständen sei es auch zu erklären, daß Fackler der Aufforderung des revolutionären Civilcommissärs nachkam, ein Rundschreiben an ein Bürgermeisteramt abzuschreiben und im Auftrage des Civilcommissärs zu unterschreiben. Dieser habe bei jeder Veranlassung, namentlich bei Durchführung seiner Anordnungen, immer mit Exekution und mit dem von der provisorischen Regierung schon Mitte Juni verkündeten Kriegszustande und Standrecht gedroht.<sup>69</sup>

Am 23. Februar 1850 fiel das Urteil: Es sei „Josef Fackler der ihm angeschuldigten Teilnahme am Hochverrat für klagfrei zu erklären.“<sup>70</sup>

Josef Fackler ist bald darauf wieder in den Gemeinderat eingetreten und ist Mitunterzeichner des Zeugnisses für Grieshaber vom 10. 12. 1852. Im gleichen Jahr wurde er sogar Geschworener für den Amtsbezirk Haslach. Der Lauf der Geschichte fügte es merkwürdig, daß sein gleichnamiger Sohn ebenfalls in der Eigenschaft als Bürgermeister von Haslach sechs Jahrzehnte später eine ähnliche Zerreißprobe zu bestehen hatte, als ein gewisser Soldat Rößler im November 1918 die Macht auf dem Rathaus an sich riß und dies demonstrativ dadurch unterstrich, daß er ein Maschinengewehr in die Amtsstube hinaufschleppte.<sup>71</sup>

*Albert Stigler (1824-1899) — Ein Haslacher Revolutionär wird Bürgermeister von Rastatt und Landtagsabgeordneter*

Über Albert Stigler, der als Zivilkommissar in den Haslacher Revolutionstagen eine bedeutende Rolle spielte, ist in der Literatur nur das Wenige bekannt,

69 Göller, Hochverrat S. 30-34. — Göller gibt das Dokument nur in indirekter Rede wieder.

70 a. a. O., S. 37.

71 Liste der Geschworenen: Beilage zum Anzeigebblatt Nr. 103 vom 21. 12. 1852 S. 4. — Bei Gründung der Sparkasse Haslach i. J. 1853 gehörte Fackler dem Verwaltungsrat an. Vgl. Manfred Hildenbrand, 125 Jahre Sparkasse Haslach 1853-1978. — Über Josef Fackler jr.: Erwin Dittler, Die Arbeiter- und Soldatenräte in Haslach nach der Novemberrevolution 1918. In: Manfred Hildenbrand, Haslach im Kinzigtal, Haslach 1978, S. 104 ff.

was Hansjakob in einem Nebensatz mitteilt: daß er „dreißig Jahre später als Bürgermeister von Rastatt mit mir in der Kammer saß“. <sup>72</sup> Es ist sehr zu bedauern, daß Hansjakob von diesem Politiker nicht mehr über die Ereignisse jener Tage in Erfahrung gebracht hat. Insbesondere hätte gerade er Auskünfte über Grieshaber geben können, den er im Jahre 1862 in seinem Verfahren um Wiedererlangung des badischen Staatsbürgerrechts vertrat. <sup>73</sup>

Stigler, der — wie wir oben sahen — in der Strafsache Facklers eine seltsame Rolle spielte, war am Ende Juni 1849 aus Haslach geflohen. Bereits am 2. Juli schrieb das Bezirksamt Haslach seine freigewordene Stelle eines Rechtspraktikanten als „sogleich zu besetzen“ <sup>74</sup> aus. Über Stiglers Lebenslauf konnte folgendes in Erfahrung gebracht werden:

Albert Stigler wurde am 4. 5. 1824 in Krozingen als Sohn des Posthalters und Gastwirts Josef Fidel Stigler geboren. Er wurde wegen Beteiligung an der Revolution im Kinzigtal zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, doch wurde seine Strafe bereits am 27. 5. 1850 auf 3 Jahre herabgesetzt. Zunächst flüchtete er nach Frankreich und stellte sich am 2. 1. 1851. Neun Monate war er im Arbeitshaus und bat am 8. 8. 1856 um Wiedererlangung des Staatsbürgerrechts. 1860 war er in Offenburg Amtsrevisoratsassistent, ließ sich 1862 in Rastatt als Rechtsanwalt nieder und wurde Bürgermeister dieser Stadt. Dreimal war er als nationalliberaler Abgeordneter im Landtag: 1861 bis 1863 für das Amt Offenburg, 1871 bis 1879 sowie 1889 bis 1890 für die Stadt Rastatt. Er starb am 3. März 1899 im Alter von fast 75 Jahren. <sup>75</sup>

### *Der Hornberger Diakonus Adolf Gerwig und die Revolution in Haslach*

Eine der interessantesten Gestalten der mittelbadischen Revolutionsjahre ist der evangelische Diakonus Gerwig (1812-1862) <sup>76</sup> von Hornberg, ein Mann, dem zur Zeit des Maiaufstandes vom Jahre 1849 der Vorwurf gemacht wurde, daß ihm „die wirklichen Weltbegebenheiten wichtiger dünken, als Seelen für die Ewigkeit vorzubereiten“; <sup>77</sup> so jedenfalls klagten der Kirchengemeinderat und die Gemeindebürger von Obergimpen bei Bad Wimpfen, wohin Gerwig seiner umstürzlerischen Tätigkeit wegen gegen den Widerstand breiter Bevöl-

---

72 Hansjakob, *Aus meiner Jugendzeit* s. 307. — In der Erstauflage von 1880 und noch in der 5. Auflage von 1901 (S. 221 bzw. 238) nennt Hansjakob den Namen nicht, sondern spricht nur von einem „jungen Rechtspraktikanten“.

73 Vgl. Anm. 55.

74 *Anzeigebblatt* Nr. 55 vom 11. 7. 1849 S. 664.

75 Freundliche Mitteilung des GLA vom 5. 10. 1979. — Dort vorhandene Akten wurden hier nicht weiter bearbeitet. Eine Bitte um Auskunft beim Bürgermeisteramt Rastatt vom 14. 10. 1979 wurde nicht beantwortet.

76 Geboren am 25. 5. 1812 in Pforzheim. Pfarrer in Heddersbach, 1846 Diakonus und erster Lehrer in Hornberg, † 13. 2. 1862 durch Selbstmord (erschossen). — Freundliche Mitteilung des Evangelischen Oberkirchenrates (Landeskirchliches Archiv) Karlsruhe vom 21. 6. 1979.

77 GLA 76/2750.

kerungskreise aus Hornberg strafversetzt worden war.<sup>78</sup> Sein Auftreten in Haslach wird von Hansjakob mehrfach bezeugt. Darüber hinaus bieten seine Personalakten, vor allem der vierzig Seiten umfassende „Vortrag die Untersuchung gegen Diaconus Gerwig zu Hornberg erhobenen Beschwerden betr.“<sup>79</sup> vom 15. 11. 1848 über die rein kirchliche Disziplin Gerwigs hinaus interessante Details über republikanische Aktivitäten im Kinzigtal, die einer kurzen Würdigung wert erscheinen.

Gerwigs erste Agitation zugunsten einer republikanischen Staatsverfassung läßt sich schon zur Zeit der Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848 belegen. Zur gleichen Zeit — vom 18. bis 21. März — brachen in Berlin revolutionäre Unruhen aus: Im Geschichts- und Religionsunterricht der Höheren Bürgerschule, deren Erster Lehrer Gerwig war,<sup>80</sup> las er Oppositionsblätter vor. „Namentlich habe er sich im letzten Frühjahr tadelnd über den König von Preußen geäußert, weil derselbe damals auf Leute in Berlin habe schießen lassen.“<sup>81</sup> So wundert es nicht, wenn von seinen aufgebrauchten Schülern gesagt wurde, sie seien „die unartigsten gewesen und hätten sich zur Zeit der Offenburger Volksversammlung gegen ihre Eltern besonders widerspenstig gezeigt.“<sup>82</sup> — Wenige Tage danach, am 8. April 1848, nahm Gerwig im Triberger Gasthaus „Zum Wilden Mann“ an einer Vorbesprechung zur Volksversammlung vom nächsten Tage teil. Gerwig sagte, „man dürfe nur rechnen, und man werde finden, daß eine Republik nur halb soviel koste, als eine monarchische Regierung.“<sup>83</sup>

Tags darauf fand dann die Triberger Volksversammlung statt, auf welcher die Entfernung des Oberamtmanns Waag von Hornberg beantragt wurde. Diaconus Gerwig hielt dabei eine Rede und war so nicht in der Lage, in Hornberg den Nachmittagsgottesdienst zum Sonntag Judica zu halten.<sup>84</sup>

Gerwigs schöne Ansprache zum Tode von Robert Blum — wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß er sie auch bei der Robert-Blum-Feier auf dem Haslacher Friedhof hielt — brachte ihm bei den maßgeblichen Hornberger Gemeindemitgliedern keine Sympathie ein, weshalb er den Text zu seiner

---

78 ebd.

79 ebd. — Im folgenden: Vortrag. — Es liegt ihm ein mindestens 129 Seiten langer Bericht des Kirchengemeinderats Hornberg zugrunde, der mehrmals zitiert wird, aber nicht vorhanden ist. Der „Fall Gerwig“ hat damals die Gemeinde Hornberg in zwei feindliche Lager gespalten.

80 Über das Schulwesen in Hornberg: Karlleopold Hitzfeld, Hornberg an der Schwarzwaldbahn. Vergangenheit und Gegenwart der Stadt des Hornberger Schießens. Hornberg, o. J., S. 266 ff.

81 GLA 76/2750, Vortrag S. 22.

82 ebd.

83 Vortrag S. 8

84 Vortrag S. 26. — Hitzfeld, a. a. O., s. 201 — 205 gibt Gerwigs Namen unrichtig mit „Herwig“ wieder. — Auch das von ihm mitgeteilte Datum (9. April 1849 statt richtig 1848) stimmt nicht. Dies wäre ein Montag (Ostermontag) gewesen.



Rechtfertigung und zugunsten der Witwe und der Waisen Blums drucken ließ.<sup>85</sup>

Eine Untersuchung wegen des Vorwurfs, „daß Diaconus Gerwig die Schüler der Höh. Bürgerschule nicht zum Kirchenbesuch anhalte“ und es falle auf, daß er „noch nie zum Abendmahl gegangen sei“,<sup>86</sup> ging für den Beschuldigten noch einmal gut aus. Tadel brachten ihm aber die häufigen Besuche eines gewissen Johann Georg Schultheiß aus St. Georgen ein. Schultheiß, welcher bei Gerwig Tag und Nacht ein- und ausging, sei wegen „Majestätsbeleidigung in Untersuchung“ gewesen und stehe gegenwärtig „wegen Versuchs der Verleitung zur Desertion“ in Untersuchung. „Jedenfalls ist die Thatsache des öfteren Besuchs des J. G. Schultheiß geeignet, das Vertrauen und die Achtung von Seiten der ordnungsliebenden Einwohner v. Hornberg zu ihm als Geistlichem, hauptsächlich aber als Lehrer in hohem Grade zu schwächen“<sup>87</sup>

Im Frühjahr 1849 hören wir von weiteren politischen Aktivitäten des Diaconus. In einem Polizeibericht wird gemeldet: „Diaconus Gerwig von hier hielt im Bärenwirths und Hirschenwirths Hause öffentliche Reden, wobey hauptsächlich beschlossen wurde, eine Petition um Rückzug der königlichen Württembergischen Truppen aus dem Badischen Oberlande einzureichen.“<sup>88</sup> Die Versammlung im Bärenwirthshaus war auch von Haslacher und Hausacher Republikanern besucht, deren Namen uns leider nicht bekannt sind. Etwa 50 Personen waren es, die „mit rothen Federn auf der Kopfbedeckung bezeichnet“<sup>89</sup> waren.

Sechs Tage später ließ Gerwig durch eines seiner Kinder zwei Flugblätter ins Kronenwirthshaus tragen, in welchen für die demokratischen Vereine und gegen die vaterländischen Vereine polemisiert wurde. In der Zwischenzeit sprach es sich in Hornberg herum, daß Gerwig, dem der Ortspfarrer Schmidt „fortwährend das Wort redet“<sup>90</sup>, Hornberg verlassen muß. Eine Unterschriftenaktion zugunsten des Verbleibens Gerwigs mobilisierte 400 Gemeindeglieder, doch erreichten diese mit ihrer Aktion das genaue Gegenteil: „Gerade diese Demonstration dürfte ebenfalls beweisen, wie dringend nothwendig die baldige Entfernung Gerwigs ist.“<sup>91</sup> Der Evangelische Oberkirchenrat ließ sich durch die hohe Zahl von Unterschriften keineswegs beeindrucken: „Daß man mit Gerwig und seiner Wirksamkeit zufrieden sei, kann keine Beachtung ver-

---

85 Gedächtnisrede auf Robert Blums Tod. Gehalten in Hornberg, den 19. November 1848 von Diaconus A. Gerwig. Baden 1848. — Der Erlös war der Witwe und den Waisen Robert Blums zugeeignet.

86 Vortrag S. 7.

87 Vortrag S. 22.

88 Wie Anm. 31.

89 ebd.

90 Evangelischer Oberkirchenrat am 11. 4. 1849. GLA 76/2750. Dekan Schmidt wurde mit anderen Hornberger Revolutionären gefangen nach Freiburg geführt und war später Pfarrer in Grünwettersbach, wo er 1864 starb. Hitzfeld, a. a. O., S. 204.

91 Evangelischer Oberkirchenrat am 11. 4. 1849.

dienen, wenn man erwägt, wie leicht und auf welche Weise solche Unterschriften erlangt werden, daß unter den Unterzeichnern viele Frauen gewesen und nach glaubhafter Versicherung auch Confirmanden und Katholiken sich befinden.“<sup>92</sup>

Die Versetzung Gerwigs, welche am 3. 4. 1849 (in der Karwoche) verfügt wurde, veranlaßte diesen aber nicht im geringsten zum Verlassen seines Postens. Sie mobilisierte dagegen zwei Tage nach Pfingsten die Evangelischen von Obergimbern zu einer Petition an den Evangelischen Oberkirchenrat, worin sie sich über Gerwig beklagten, namentlich, daß er „nun zum Civilcommissär ernannt ist und dieses Amt wahrscheinlich auch eingenommen haben wird, weil er sein Versprechen, daß er auf Pfingsten ganz gewiß hierher komme und die Pfarrey antrete, wieder nicht gehalten, ja nicht einmal die Ursache geschrieben, warum er nicht gekommen.“<sup>93</sup> Weiter schreiben sie nicht unrichtig, sie wüßten aus zuverlässiger Quelle, Gerwig wolle gar nicht zu ihnen, weshalb sie baten, „unsere vakante evangelische Pfarrey an einen bekenntnißtreuen, entschiedenen, evangelisch gläubigen Geistlichen gütigst übertragen zu wollen“.<sup>94</sup>

Gerwig wurde am 3. Juni 1849 zur Konstituierenden Versammlung gewählt. In den letzten Tagen der Revolution spielte er beim Ausrücken des 1. Aufgebots zu einer Strafexpedition nach St. Georgen eine entscheidende Rolle, indem er es war, der die Haslacher Volkswehr zur Verstärkung anforderte. Weil die Haslacher dabei nichts mehr zu tun bekamen und sich somit an der Nase herum geführt fühlten, sollen sie auf dem Heimweg den „Diaconus Zivilkommissär“ durchgeprügelt haben.<sup>95</sup> Das letzte Schriftstück seiner Personalakten vom 6. Juli 1849 berichtet, er habe „in Freiburg einem revolutionären Standgericht präsiert“.<sup>96</sup> Entsprechend hoch fiel seine Strafe aus, die in Abwesenheit über ihn verhängt wurde: 10 Jahre Zuchthaus.

Tragisch endete das Leben dieses Geistlichen. Er wanderte aus und wurde in Cincinnati Pfarrer beim 37. Ohio-Regiment. Am 13. Februar 1862 bereitete er seinem abenteuerlichen Leben mit einer Kugel selbst ein Ende.

#### *Noch ein Familienschicksal: Bernhard Ludwig Blum (1786—1871)*

Hansjakobs lebendige Schilderung der Revolutionsereignisse seines Heimatstädtchens ist nicht die einzige und auch nicht die erste Mitteilung darüber in seinen Werken. Fast zehn Jahre zuvor setzte er in seinen Tagebuchblättern „Auf der Festung — Erinnerungen eines badischen Staatsgefangenen“<sup>97</sup>, wel-

92 ebd.

93 Bitte der evangelischen Gemeinde Obergimbern vom 29. 5. 1849. GLA 76/2750.

94 ebd.

95 Heinrich Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 306 f.

96 GLA 76/2750.

97 Heinrich Hansjakob, Auf der Festung. Erinnerungen eines badischen Staatsgefangenen. Würzburg 1870. 6./7. Auflage, Stuttgart 1925.



*Oberlehrer Bernhard Ludwig Blum. Porträt von seinem Sohn Louis Blum.*

*Aufn.: M. Hildenbrandt*

che er im Mai 1870 in Rastatt schrieb, dem populären Erzieher Bernhard Ludwig Blum (1786—1871) ein literarisches Denkmal: „Dieser war mein Lehrer in der heimathlichen Volksschule gewesen, ein Schulmeister vom alten Schrot ‚suaviter in mode‘, aber ‚fortiter in re‘. Anno 48 schickte ihm einmal ein liberaler Kaufmann Cocarden zum Austheilen an uns Buben in der Schule; später ward der Lehrer denunziert und seiner guten Stelle entsetzt. Jahrelang schlug er sich auf einem elenden Schuldienstlein im Odenwald herum, bis man ihn seines hohen Alters wegen armselig pensionierte, ohne ihm je seine Revolution und Cocardenaustheilung verziehen zu haben. Es ist eben die alte Geschichte von den Großen, die man laufen läßt und den Kleinen, die man hängt.“<sup>98</sup>

Der damals 63jährige Lehrer Ludwig Blum war nicht das einzige Opfer der Revolution aus seiner Familie. Bereits im November 1848 wurden nach der Robert-Blum-Gedächtnisfeier einige der Veranstalter in Untersuchung genommen. Franz Josef Gotterbarm, der Metzger „Giger“ und Rudolf Blum, ein Sohn des Lehrers, wurden verhaftet, weil sie im Wirtshaus hochverräterische Reden gehalten haben sollen.<sup>99</sup> Ein anderer Sohn, der bekannte Kunstmaler Ludwig (Louis) Blum (1822—1854)<sup>100</sup>, verlor durch die Revolution seinen Lebensunterhalt. „Die Revolution macht ihn brotlos, er sitzt in Hasle beim Vater und freut sich, ein kränklicher Mann, der Freiheitsbewegung im Städtle.“<sup>101</sup>

Nach den harten Schicksalsschlägen, die den verdienten Schulmann durch den frühen Tod seiner ersten Frau Maria Anna Klausmann im Jahre 1833 und die Maßregelung nach der Niederwerfung des Volksaufstandes trafen, sind auch seine alten Tage vom Unglück gezeichnet: Drei seiner talentierten Söhne starben in jungen Jahren. Dann erkrankte im Jahre 1862 seine zweite Frau Maria Franziska Kling, die in die Heil- und Pflegeanstalt Illenau bei Achern eingeliefert werden mußte.<sup>102</sup> Etwas Sonnenschein fiel in den Lebensabend des Lehrers durch die liebevolle Fürsorge, die ihm sein Sohn Gustav zuteil werden ließ. Am 26. 2. 1871 schloß Bernhard Ludwig Blum in Bühl seine Augen für immer.

---

98 a.a.O., 1. Auflage S. 24 f — 6./7. Auflage S. 92 ff. — Über die politische Betätigung der Lehrer im Amt Haslach melden die Untersuchungsbögen Maßnahmen gegen Hauptlehrer Pfränge in Weiler (Fischerbach), Gnirs in Bollenbach und Unterlehrer Herrmann in Mühlbach, die alle drei entlassen wurden: GLA 235/29562. — Über das Schulwesen in Bollenbach: GLA 389/Zug. 1937/Nr. 33/602.

99 Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 303. — Ein Selbstbildnis Robert Blums befindet sich im Haslacher Museum.

100 Über Ludwig (Louis) Blum: Vom Schildermaler zum Professor. Schwarzwaldmaler im 19. Jahrhundert. Katalog der Sonderausstellung im Augustinermuseum Freiburg i. B. 1957 S. 11 f und Abb. 11 (Die Abbildung stellt aber nicht den Großvater, der übrigens Nikolaus Blum hieß, dar, sondern den Vater Bernhard Ludwig Blum, von dem in diesem Kapitel die Rede ist.)

101 Hansjakob, Der Vetter Kasper. In: Bauernblut, 14. Auflage, Haslach 1974, S. 298.

102 Stadtarchiv Haslach. Medizinalwesen VIII 5/1

„Des Staatsbürgerrechts verlustig“ erklärt: Julius Allgeyer, Arbogast Fackler, Franz Joseph Kern

Nach der Niederwerfung der Revolution, die mit der Meuterei der Soldaten in Rastatt ihren Anfang genommen hatte, desertierten viele Soldaten.<sup>103</sup> Auch die Rekruten blieben noch im folgenden Jahr zu Hunderten der Aushebung fern, unter ihnen auch der Haslacher Kupferstecher und Biograph Anselm Feuerbachs, Julius Allgeyer (1829—1900)<sup>104</sup>, der ein Neffe des Lehrers Blum war. Ihn traf wie alle andern „Refractairs“ und Deserteure die übliche harte Strafe: Verlust des Staatsbürgerrechts und Geldbuße in Höhe von 1.200 Gulden. Die meisten von ihnen wurden später begnadigt, falls sie nicht nach Amerika auswanderten: „Die Revolution hatte manche von Hasle nach der neuen Welt getrieben, die einen aus Furcht, die andern, weil die Freiheit ihren Tod gefunden.“<sup>105</sup>

Zu letzteren gehörte der Nagelschmied *Xaver Bühler*, der wegen hochverräterischer Unternehmungen eine Zuchthausstrafe von sechs Monaten erhielt. Dazu wurde er noch wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er flüchtete erst ins Elsaß, dann nach Amerika.<sup>106</sup>

Ebenfalls seiner badischen Staatsbürgerrechte beraubt wurde *Arbogast Fackler*, ein Bruder des Bürgermeisters. Er war beschuldigt, „dem am 15. Mai v. J. stattgehabten bewaffneten Auszug des ersten Aufgebots zur Unterstützung der Revolution freiwillig sich angeschlossen und ferner einen öffentlichen Diener beleidigt zu haben.“<sup>107</sup> A. Fackler wurde aber freigesprochen und kehrte bereits im August 1850 nach Haslach zurück. Nun hatte er aber Schwierigkeiten, das badische Staatsbürgerrecht wiederzuerhalten. Beim Regierungswechsel im Jahre 1852 huldigte er dem neuen Regenten, dem späteren Großherzog Friedrich, und glaubte, „das Staatsbürgerrecht sei mir stillschweigend wieder verliehen.“<sup>108</sup> Die Angelegenheit wurde rasch bereinigt, doch hatte er jetzt noch im Jahre 1857 bei einer Grundstücksangelegenheit Schwierigkeiten, weil sich herausstellte, daß die im Jahre 1850 ausgesprochene Beschlagnahme sei-

---

103 Namen von Deserteuren aus Haslach bringt das Anzeigebblatt des Jahrganges 1850: Nr. 25 S. 409; Nr. 37 S. 536; Nr. 99 S. 1086; Nr. 100 S. 1092; darunter auch Deserteure der umliegenden Ortschaften.

104 Johann Karl Kempf, Julius Allgeyer, Ein deutscher Kupferstecher und Biograph Anselm Feuerbachs. In: Manfred Hildenbrand, Haslach im Kinzigtal — Haslach 1978. — Thieme-Becker Künstlerlexikon. Manfred Hildenbrand, Julius Allgeyer. In: „Offenburger Tageblatt“ vom 12. 8. 1978 (Sonderbeilage zur 700 Jahrfeier der Stadt Haslach i. K.)

105 Hansjakob, Der Vetter Kaspar, S. 291. — Über Allgeyer: Anzeigebblatt Nr. 98 vom 7. 12. 1850.

106 Anzeigebblatt Jahrgang 1850 Nr. 16 S. 259. — Hansjakob Valentins Zunftgenossen, In: Wilde Kirschen, 15. Auflage, Freiburg 1962 S. 93 ff. — ders., Aus meiner Jugendzeit S. 311. — vgl. Anm. 125. — GLA 389/Zug. 1931/Nr. 17/185. — GLA 389/Zug. 1937/Nr. 33/667 und 668: Haslach. Klage des Xaver Bühler, Josef Thoma gegen den Gemeinderat. 1832/37 bzw. 1837/65.

107 Anzeigebblatt Nr. 21 vom 13. 3. 1850 und Nr. 28 vom 6. 4. 1850.

108 GLA 389/Zug. 1931/Nr. 17/193. — Hansjakob, Der Vetter Kaspar, S. 271.

nes Vermögens noch nicht aufgehoben war. Doch auch in dieser Sache wurden für ihn auf unbürokratische Weise die letzten Folgen der Revolution beseitigt.

Unter den Einzelschicksalen verdient noch eine Erwähnung der bisher nirgends erwähnte Steinacher Sonnenwirt *Franz Joseph Kern*<sup>109</sup>, weil wohl bei ihm die Steinacher Volksversammlung stattfand, an der einige Haslacher teilnahmen.<sup>110</sup> Er wurde „wegen Beteiligung am letzten hochverrätherischen Aufbruch“ in Karlsruhe eingesperrt, aus Gesundheitsgründen aber auf freien Fuß gesetzt und begab sich nach Straßburg, angeblich um sich wegen eines „Brustleidens“ in ärztliche Behandlung zu begeben. Als er sich nicht mehr blicken ließ, wurde er wie tausend andere im badischen Land des badischen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt<sup>111</sup> und in Abwesenheit zu einem halben Jahr gemeiner Zuchthausstrafe oder vier Monaten Einzelhaft verurteilt.<sup>112</sup> Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

### *Georg Baumert und das 1. Aufgebot*

In dem Drechsler Georg Baumgart lernen wir jenen Volkswehr-Hauptmann kennen, der das Haslacher erste Aufgebot zur Strafexpedition nach St. Georgen und zu einer weiteren Expedition nach Lahr führte.

Aus der Sicht des Bezirksamtes Hornberg vom 17. 8. 1849 spielte sich folgendes ab:

„In Hausach und Haslach wurde das erste Aufgebot sehr bald bewaffnet und exerziert. Diese Mannschaft war die Geisel der ganzen Umgegend. Von ihr hatte man stets zu fürchten, weil sie immer bereit war, die Befehle der revolutionären Civil-Commissaire in Vollzug zu setzen. Sie marschierte zur Exekution — wie wir hören auf Anordnung des Rechtspraktikanten Benz von Haslach — nach St. Georgen. Viele Bürger in St. Georgen kamen nämlich den Anordnungen des Karl Kaufmann von Gutach, welcher Substitut des Civil-Commissairs Gerwig war, nur saumselig nach. Kaufmann scheint den Rechtspraktikanten Benz, welcher Substitut des Civilcommissairs in Haslach war, veranlaßt zu haben, die bemerkte Mannschaft in St. Georgen zu seiner Disposition zu stellen . . . Es ist offenkundig, daß das Haslacher und Hausacher erste Aufgebot nach seiner Rückkunft von St. Georgen auch als Exekutions-Mannschaft nach Lahr marschiert ist.“<sup>113</sup>

109 Geboren am 3. 3. 1817 in Prechtal als Sohn des dortigen Hirschwirts.

110 Vgl. Anm. 33. — Über die Revolution in Steinach ist in der Literatur nur bekannt: Sie „brachte viel Unruhe in die Bevölkerung“, — Personen werden nicht genannt. O. A. Müller, Aus der Geschichte des Dorfes Steinach i. K., in: Die Ortenau 1939, S. 157.

111 GLA 389/Zug. 1931/Nr. 982.

112 Anzeigeblatt Nr. 36 vom 4. 5. 1850, S. 526.

113 Abschrift von Julius Engelberg im Nachlaß seines Vaters Wilhelm Engelberg, Stadtarchiv Haslach.

Die Expedition nach Lahr hatte den Zweck, einen Geldtransport der revolutionären Regierung Brentano, den einige Lahrer Bürger beschlagnahmt hatten, sicherzustellen.<sup>114</sup>

Von den 51 Haslacher Volkswehrmännern, die sich an der Expedition nach Lahr beteiligten, sind folgende namentlich bekannt: Hauptmann Baumgart, Oberzugmeister Dirhold, Joseph Gotterbarm, Karl Birbele, Philipp Neumaier, Gustav Hansjakob, Anton Hansjakob, Wilhelm Kraft, Raimund Flach, Joseph Walz, Alois Fürst, Joseph . . . mann (?), Joseph Zimmermann, Norbert Uhl, Joseph Haaser, Joseph Lippert, Karl Kynast, Xaver Sandhaas, Karl Dietsche, Anton Böhler, Fridolin Küstler, Gustav Hinterskirch und Karl Hinterskirch.<sup>115</sup>

Obwohl die Tage der ersten badischen Republik<sup>116</sup> durch die starke Übermacht der preußischen Bundestruppen gezählt waren, verfehlten die bereits genannten Durchhalteparolen<sup>117</sup> ihre Wirkung nicht unter den Volkswehrmännern. Das Bezirksamt Hornberg schreibt nämlich weiter: „Am 30. Juni und 1. Juli d. J. flüchteten viele Soldaten und Leute von den Bürgerwehren nach dem Treffen in Kuppenheim in ihre Heimat. Das Hausacher und Haslacher erste Aufgebot, immer bereit, die Zwecke der revolutionären Regierung zu unterstützen, durchstreifte ihre Gemarkung, arretierte solche Flüchtlinge und transportierte sie wieder rückwärts, damit sie wieder in die Lage kamen, gegen die gesetzliche Regierung kämpfen zu müssen. Es ist dies sicherlich verbrecherisch, denn daß es geschah, weiß jedermann in der ganzen Umgebung.“<sup>118</sup>

Georg Baumgart entzog sich der drohenden Zuchthausstrafe durch Flucht in die Schweiz und verlor wie andere das Staatsbürgerrecht.<sup>119</sup> Heinrich Hansjakob begegnete ihm ein Vierteljahrhundert später in der Schweizer Bundeshauptstadt.<sup>120</sup>

### „Wunibald, der Schmied“ — Hansjakobs Idealbild eines Haslacher Revolutionärs

Wunibald Kern eröffnet bei Heinrich Hansjakob die lange Reihe der Haslacher Freiheitshelden. Ihm wollen wir uns jetzt zuwenden, weil dieser Mann auf das Denken des Haslacher Volksschriftstellers nach dessen eigenem Zeugnis den nachhaltigsten Einfluß ausgeübt hat: „Er führte mich zuerst in die hö-

114 Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 312 f. — Kähni, a. a. O., S. 57. Erwin Dittler, Die Revolutionsjahre 1848/49. In: Kurt Klein, Land um Rhein und Schwarzwald, Kehl 1978, S. 142 — Dittler bringt auch die wichtigste Literatur über die Revolution in Baden, insbesondere im Bereich der Ortenau.

115 Wie Anm. 113.

116 Vgl. Anm. 62.

117 Vgl. Anm. 61.

118 Wie Anm. 113.

119 Anzeigeblatt Nr. 26 vom 30. 3. 1850 S. 422

120 Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 325.

here Politik ein, die auf Börnes ‚Briefe aus Paris‘ fußte, welche mein Lehrmeister besaß, mir zum Lesen gab und mit mir besprach. Ich glaube fast, daß von jener politischen Jugendlektüre und von den Wunibaldschen Erklärungen dazu, welche auf ein Haslacher Herz fielen, eine meiner größten Untugenden herkommt, die nämlich, über die bestehenden Verhältnisse in Kirche und Staat unpolitische Gedanken loszulassen, wodurch ich mir schon viel geschadet und viele Feinde gemacht habe.“<sup>121</sup> Wunibald war für ihn ein „Mann mit entschiedenem Talent und mit redlichem Herzen für Freiheit und Volkswohl.“<sup>122</sup> Als solcher genoß er auch das Vertrauen seiner Mitbürger, für die er von 1840 bis 1844 im Bürgerausschuß mitredete.

Über Wunibalds Jugend und Berufsleben erfahren wir näheres aus einer Denkschrift, die Hammerschmied Wilhelm Haiß (1809—1870), ein Stiefbruder Wunibalds, im Jahre 1852 verfaßte: „Anno 1832, als die Schmit abbrannte, sagte der Vater, er möge nicht mehr bauen. Ich solle die Schmitte allein haben, er habe dieselbe für mich gebaut . . . Der Wunibald wollte auch noch Theil und ging aufs Amth und verklagte den Vater und uns . . .“<sup>123</sup> Man machte aus, daß Wunibald das elterliche Haus in der Stadt haben sollte.<sup>124</sup> In der Hammerschmiede seines Stiefbruders durfte er zu genau festgelegten Stunden seine schweren Arbeiten verrichten.

Wenn auch das Schicksal dem Wunibald nicht sonderlich hold war, so ließ er sich doch nicht zu klassenkämpferischen Parolen hinreißen, wie sie uns von dem „Nagler Bühler“ und dem „Seifennazi“ überliefert werden.<sup>125</sup>

Beim Einrücken der Preußen floh Wunibald Kern, der Volksredner für Freiheit und Gleichheit, in die nahen Wälder, wurde jedoch verhaftet und kam nach Freiburg in Untersuchungshaft.<sup>126</sup>

Es war schon die Rede davon, daß ein gewisser Schäfer in der Untersuchungssache gegen Wunibald Kern falsch aussagte.<sup>127</sup> So fiel denn die Anklage in sich zusammen. Am 4. 9. 1849 durfte er bereits wieder nach Hause. „Ich sah alle“, erzählt Hansjakob von den entlassenen Freiheitshelden, „sah Wunibald, den Schmied, wie er, Tränen in den Augen, aus denen die alten Freiheitsgedanken sprühten, für den Willkomm dankte.“<sup>128</sup>

---

121 ders., Aus meiner Studienzeit, 10. Auflage Freiburg 1966, S. 181.

122 ders., Aus meiner Jugendzeit, S. 326.

123 Freundliche Mitteilung von Herrn Günter Haiß, Zell a. H.

124 Es handelt sich um das Haus des 1979 verstorbenen Oberlehrers i. R. Friedrich Haser in der Kirchgasse beim „Rebstock“.

125 „Sie machten bereits Teilungspläne, um die Gleichheit des Besitztums herzustellen.“ — Hansjakob, Aus meiner Jugendzeit, S. 311.

126 ebd. S. 316.

127 Vgl. oben bei Anm. 34

128 Hansjakob, Theodor der Seifensieder, In: Waldleute, 10. Auflage Freiburg 1968, S. 179 f.



## *Hansjakob und die Revolution von 1848/49*

Es scheint, daß Hansjakob einen nicht unerheblichen Teil seiner Erinnerungen an die Revolution durch Berichte seines Freundes Wunibald ergänzte. Wunibald, den Schmied, läßt er immer wieder in seinen Werken auftreten.<sup>129</sup> Hansjakob selbst war bei Ausbruch der Revolution ein elfjähriger Knabe. Das „Soldätlesspielen“<sup>130</sup> mag ihm viel wichtiger gewesen sein als die großen Tagesereignisse, die sich ihm kaum mit jener Genauigkeit eingeprägt haben, mit der er sie dreißig Jahre später schilderte.

Bei der Abfassung seiner Jugenderinnerungen an die Revolution mußte sich Hansjakob gewisse Beschränkungen auferlegen, um nicht mit der Regierung in Karlsruhe in Konflikt zu geraten. Die Maßregelung als Vorstand der höheren Bürgerschule in Waldshut<sup>131</sup>, die vierwöchige Festungshaft in Rastatt und eine sechswöchige Gefängnisstrafe im Jahre 1873<sup>132</sup> waren ihm in dieser Hinsicht Lehrgeld genug. So ließ er in den ersten Auflagen seiner demokratischen Gesinnung nicht jenen freien Lauf, wie er es in den späteren Ausgaben tun konnte und hielt sich im positiven Urteil über Persönlichkeiten wie Hecker, Struve und Sigel sehr zurück. Eine Gegenüberstellung weniger Zitate mag als Beleg dafür genügen.

Hecker, „der unbesonnene Romantiker“ der Erstausgabe steigt nun auf zum „ehrlichen, überzeugungstreuen Republikaner und brillanten Volksredner“ — allerdings „kein Menschenkenner und dabei ein Idealist und Wolkensegler allerersten Ranges.“<sup>133</sup> Der Darstellung des Heckerzuges gibt Hansjakob in späteren Auflagen breiten Raum und erwähnt nun auch die Legion Herweghs mit lobenden Worten.<sup>134</sup> Das Urteil des Vaters über die „Lächerlichkeit“ der „Heckerei“ läßt er später weg und ersetzt es durch den oben zitierten Ausspruch über das Einsperren der Fürsten in einer Scheuer.<sup>135</sup>

Von Struve sagt Hansjakob zuerst, er habe als „Wegelagerer“ geendet. Dann wird er für ihn „ein Fanatiker für Republik, aber ein sehr vielseitig gebildeter Mann.“<sup>136</sup>

Sigel ist für den späten Hansjakob der „berühmt gewordene, ehemalige Leutnant“<sup>137</sup>, „ein ernster Charakter, ein ehrlicher Demokrat und ein tüchtiger

---

129 ders., Sommerfahrten, Volksausgabe, Stuttgart, o. J., s. 221. — ders., Feierabend, Tagebuchblätter, Stuttgart 1918, S. 49, 263. — ders., Der Vetter Kaspar, S. 286. — ders., Der Sepple und der Jörgle. In: Bauernblut, 14. Auflage Haslach 1974, S. 127.

130 ders., Aus meiner Jugendzeit, S. 290.

131 ders., Wie ich an den See kam. In: Schneeballen, 3. Reihe, 9. Auflage, Freiburg 1968.

132 Vgl. Anm. 97. — Hansjakob, Im Gefängnisse, Neue Erinnerungen eines badischen Staatsgefangenen. 4. und 5. Auflage, Stuttgart 1925. Im Vorwort schreibt er: „... anderes, was ich in der ersten Auflage nicht sagen durfte, habe ich aus der Erinnerung hinzugesetzt.“ — Ähnliches gilt für seine Erinnerungen an die Revolution.

133 1. Auflage S. 216, 14. Auflage S. 298.

134 14. Auflage S. 299.

135 1. Auflage S. 216, 14. Auflage S. 308. — Vgl. Anm. 57.

136 1. Auflage S. 217, 14. Auflage S. 302.

137 14. Auflage S. 299.

Soldat“<sup>138</sup>, während „das Korps des Herrn Sigel“, wie er es abschätzig titulierte, in der ersten Ausgabe gar für den Raub der Eisenbahnkasse in Offenburg verantwortlich gemacht wird.<sup>139</sup>

Einem anderen Demokraten, Amand Goegg aus Renchen<sup>140</sup> zollt er bereits im Jahre 1874 Respekt und sagt, dieser sei „sich gleich geblieben in seiner Gesinnung, was ihm Ehre macht, während seine Genossen seitdem ‚Rock und Haut‘ gewechselt haben.“<sup>141</sup>

Die Geschehnisse der Jahre 1848/49 hinterließen in dem jungen Hansjakob, der kurz danach in die Fremde zog, einen tiefen Eindruck. Sie sind, worauf Otto B. Roegele hinweist, seine „frühe Schule des Lebens“ geworden, obwohl er sich während seines Studiums „um alles eher als um Politik“<sup>142</sup> kümmerte. Noch in seinem letzten Tagebuch beschäftigt ihn die „Rückwärtseri“, hervorgerufen durch die „Zündnadelgewehre der Preußen“, die den Badenern die Lust am Politisieren verdarben. Die „revolutionären Demonstrationen“ der Haslacher in der Öffentlichkeit beschränkten sich auf gelegentliches Absingen des Heckerliedes<sup>143</sup>. Es dauerte ein Menschenalter, bis sich Männer wie Hansjakob voll Stolz als „Proletarier und Demokrat“<sup>144</sup> bezeichnen konnten. Ein letztes literarisches Denkmal setzte er seinem Vorbild Wunibald in seinem „Feierabend“: „Es muß in einem Landstädtchen geistig und politisch rege Leute haben, wenn Schmiede und Hammerschmiede deutsche Klassiker neben Seume und Börne lesen.“<sup>145</sup>

### *Versöhnliches Nachspiel: Der Haslacher Kirchenbau von 1906/07*

Über ein halbes Jahrhundert nach den tragischen Ereignissen, welche das Familienglück des Rabenwirts Franz Michael Grieshaber zerstörten, fand in Haslach ein ungewöhnliches Nachspiel statt, welches im Kirchenbau der Jahre 1906/07 einen versöhnlichen Abschluß fand.

---

138 ders., Sommerfahrten, S. 106 f.

139 1. Auflage S. 227. — Hansjakob will Sigel persönlich in Haslach bei dessen Durchritt gesehen haben. Ab der zweiten Auflage ersetzt er dessen Namen durch den des Hauptmanns Willich.

140 Amand Goegg, Nachträgliche Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849. Zürich 1876. — Nachtrag auch als Separatdruck: Zur religiösen und sozialen Frage. Zürich 1889. — Iris Dinkelacker, Amand Goegg 1820—1897. Biographische Dokumentation. In: Um Renchen und Grimmelshausen. Renchen 1976.

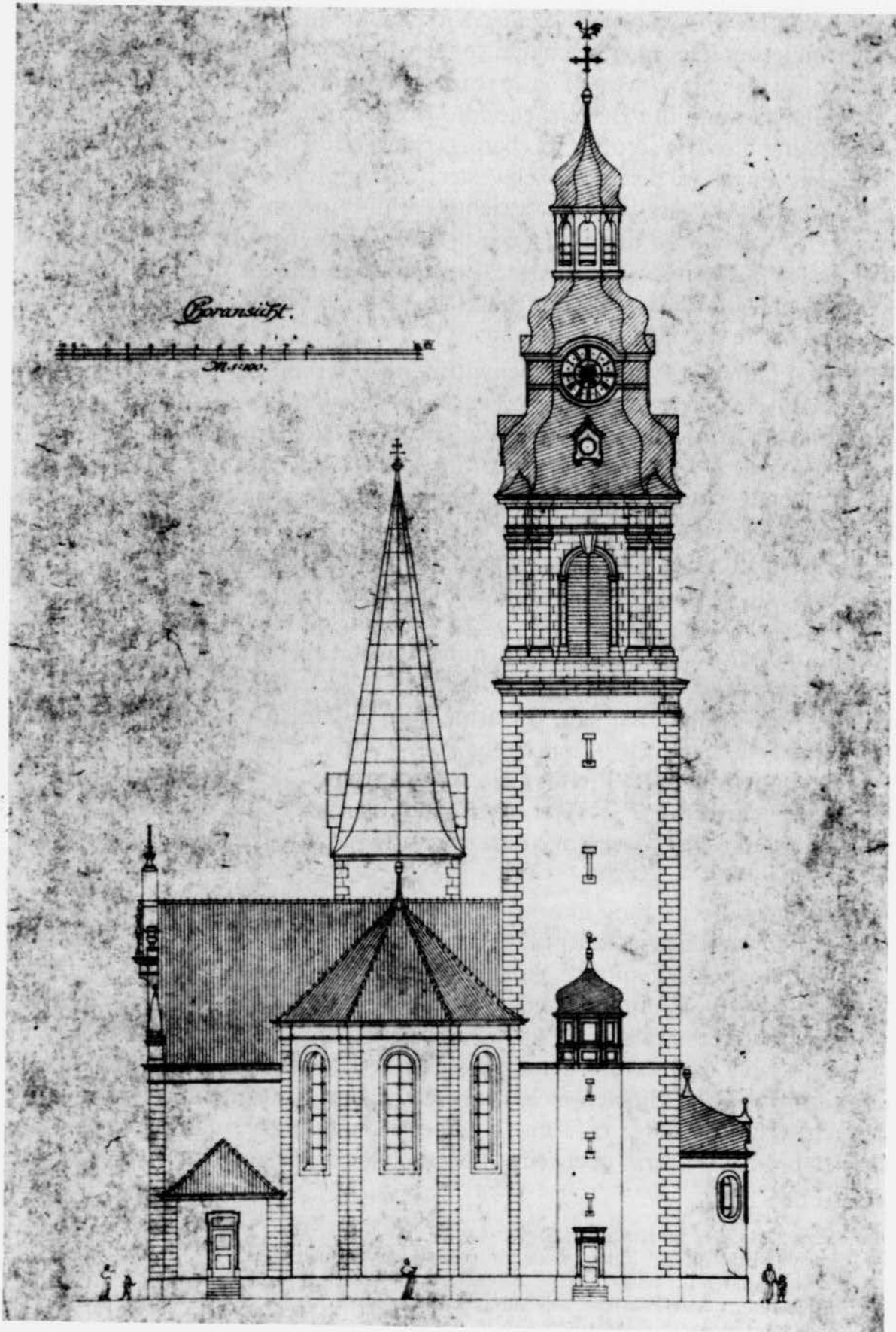
141 Hansjakob, In Frankreich. Reise-Erinnerungen. Mainz 1874, S. 511.

142 Otto B. Roegele, Heinrich Hansjakob als Wortführer im Zeitgespräch. Festrede am 26. 6. 1966 in Haslach. In: Heinrich Hansjakob, Seine Bedeutung für unsere Zeit, Festreden, Kehl, o. J., S. 10.

143 Wilhelm Ruf von Haslach wurde am 15. 2. 1850 wegen der „durch Absingung des Heckerliedes begangenen revolutionären Demonstration“ zu vier Wochen Arreststrafe verurteilt. Anzeigblatt Nr. 18 vom 2. 3. 1850 S. 293.

144 Hansjakob, Feierabend, S. 262.

145 a. a. O., S. 49.



*Pfarrkirche St. Arbogast.*

*Entwurf von Johannes Schroth von 1903*

J. K. Kempf schildert den Haslacher Kirchenbau unter Stadtpfarrer Albrecht in den süßesten Farben: „Nachdem so alles für den Bau geebnet und die Vorschläge . . . genehmigt waren, hätte sofort zur Bauausführung geschritten werden können, wenn die Hauptsache, die Kostenfrage, geregelt gewesen wäre. Und es ging hier wie so oft im Leben . . . der Herr sandte den Haslachern die rettenden Engel in den drei Schwestern Philippine, Maria und Josephine Grieshaber in Angers.“ Dann berichtet er über deren hochherzige Stiftung und — „nun konnte der Bau beginnen.“<sup>146</sup> Daß eben diese Stiftung einen handfesten Kirchenstreit entfachte, in der insbesondere die Haslacher Geschäftswelt — „die Hauptsteuerzahler“ — eine unrühmliche Rolle spielte — diese Tatsache teilt Kempf nicht mit.<sup>147</sup>

Wie oben berichtet, war die Rabenwirtin 1862 in die Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim eingeliefert worden. „Der Kummer und die Sorgen wirkten auf den Geist der armen Frau so furchtbar, sie wurde geistesgestört und zwar ohne Hoffnung auf Genesung.“<sup>148</sup> Im Jahre 1875 besuchten einige Landtagsabgeordnete das Krankenhaus, unter ihnen Heinrich Hansjakob. Was er dort erlebte, schildert er ein Vierteljahrhundert später: „Ich vergesse die Wehmut jenes Tages nicht . . . Ich traf da zwei weibliche Wesen von Hasle, eine Frau und ein Mädchen, die ich in ihren gesunden Tagen wohl gekannt . . . Die Frau, deren Arzt mich vorgestellt, fing so herzerreißend an, mich zu bitten, sie zu befreien, daß ich nur mit aller Kraft mich von ihr losmachen konnte . . . Der Jammer der Frau . . . schnitt mir so tief in die Seele, daß ich wochenlang das jammervolle Bild vor mir sah. Die arme Frau soll heute noch in der Anstalt leben, eine Achtzigerin.“<sup>149</sup> Es besteht kein Zweifel, daß Heinrich Hansjakob von der Rabenwirtin Philippine Grieshaber spricht. Sie war am 26. 4. 1816 geboren und wurde am 9. 2. 1902 durch einen sanften Tod von ihrem kummervollen Leiden erlöst. Vier Tage darauf wurde sie in Haslach zur letzten Ruhe gebettet.

Am Tage der Beerdigung überraschte die Tochter Philippine Grieshaber aus Angers den Haslacher Stadtpfarrer Franz Ignaz Albrecht mit dem Angebot, „aus Anhänglichkeit an ihre Vaterstadt Haslach . . . irgend zu einem guten Werk eine namhafte Summe beizutragen“ und fragte, „ob vielleicht Geld nötig sei zur Kinderbewahranstalt.“<sup>150</sup> Albrecht erkannte sofort, daß sich hier eine Quelle zur Lösung der Kirchenfrage auftat und lenkte die Absicht der Stifterin auf das Bauprojekt, welches ihn seit seinem Amtsantritt im Jahre 1897 beschäftigte. Bereits im Juni lag dem Stiftungsrat das Angebot der Grieshaber-Schwestern über eine ungewöhnliche Schenkung in Höhe von

---

146 Kempf, Haslach im Kinzigtal, S. 34.

147 Er wollte freilich den Kampf dadurch nicht wieder entfachen.

148 Schwarzwälder Volksstimme, Nr. 20 vom 18. 2. 1902.

149 Hansjakob, Letzte Fahrten, Volksausgabe, Stuttgart, o. J., S. 19 f.

150 Wilhelm Engelberg, Beiträge zur Geschichte des Kirchenumbaus in Haslach. In: Schwarzwälder Volksstimme, Jahrgang 1905, Nr. 93—104. Hier: Nr. 96 vom 16. 8. 1905. Im folgenden: Engelberg, Beiträge.

100.000 Mark mit der Bedingung vor, daß mit dem Kirchenbau bald begonnen werde. Der Stiftungsrat beschloß sofort, einen kostensparenden Erweiterungsbau zum frühklassizistischen Langhaus des fürstenbergischen Baumeisters Franz Josef Salzmann aus dem Jahre 1781<sup>151</sup> zu erstellen. Ein erster Kostenvoranschlag lautete über 110.000 Mark und sah vor, den neuen Kirchturm vorerst nur bis zur Höhe des Kirchendaches auszuführen. Aus dem örtlichen Baufond sollten 50.000 Mark bereitgestellt werden; es blieb somit noch ein Spielraum von einigen zehntausend Mark.

War schon die angebotene Stiftung von 100.000 Mark — zu verzinsen mit 3 1/2 % auf Ableben der drei Grieshaber-Schwestern — ein ungewöhnliches Ereignis, so traten jetzt Schwierigkeiten auf, die als noch ungewöhnlicher zu bezeichnen sind: „Noch kein Projekt, und wenn wir ein halbes Jahrhundert zurückgehen, hat eine solche Scheidung der Einwohnerschaft Haslachs in zwei feindliche Lager zu schaffen vermocht, als die Inangriffnahme des Kirchenbaus,“ schrieb Wilhelm Engelberg in seiner „Schwarzwälder Volksstimme“.<sup>152</sup> Obwohl sich fast alle Haslacher darin einig waren, daß die Pfarrkirche St. Arbogast viel zu klein war — eine Zählung ergab 1.079 Besucher bei einer Zahl von 360 Sitzplätzen — mußten sie „merkwürdigerweise erst zur Annahme der Schenkung unter milden Bedingungen bekehrt werden.“<sup>153</sup> Höhepunkte des Kirchenstreits, bei dem die Gegner des Bauprojekts „eine Beeinträchtigung städtischer Bauprojekte befürchteten“<sup>154</sup> waren die Ereignisse vom Februar 1904:

- 7. Februar Besprechung der Gegner des Kirchenbaus in der Wirtschaft von Emil Baier mit Vortrag von Fabrikant Heinrich Haiß.
- 10. Februar Vortrag von Stadtpfarrer Albrecht vor versammeltem Gemeinderat, Bürgerausschuß und einer Anzahl sonstiger Bürger.
- 20. Februar 129 Bürger — die Hauptsteuerzahler — bitten die Grieshaber-Schwestern, von ihrer Bedingung, der Kirchenbau sei „sofort in Angriff zu nehmen“, Abstand zu nehmen.
- 21. Februar Volksversammlung mit freier Diskussion in dem Facklerschen Saale beim Bahnhof.

Wilhelm Engelberg, der zu den Gegnern des Kirchenbaus gehörte, druckte 1 1/2 Jahre später die „Beiträge zur Geschichte des Kirchenumbaus in Haslach“ in seiner „Schwarzwälder Volksstimme“<sup>155</sup> ab, in denen er die wichtigsten der gehaltenen Reden dokumentierte. Hier nun die Hauptargumente der Kirchenbaueegner:

Fabrikant Heinrich Haiß bezeichnete sich selbst als den „Attentäter, der die Opposition eingeleitet hat“.<sup>156</sup> Er befürchtete, daß die Schenkung der Damen

151 Hermann Brommer, Kleiner Kunstführer S. 6.

152 Engelberg, Beiträge, Nr. 93.

153 Hansjakob, Allerseelentage, Stuttgart, 1902, S. 123.

154 Brommer, a. a. O., S. 6. — Es handelte sich um den Umbau des E-Werks, den Bau der Kanalisation, einer neuen Wasserleitung und des Schlachthauses.

155 Vgl. Anm. 150.

156 Engelberg, Beiträge Nr. 101.

mindestens 25 bis 30 Jahre verzinst werden müsse. „Bei einem Kapital, das auf 25 Jahre verzinst werden muß, kann von einer Schenkung keine Rede mehr sein.“<sup>157</sup> Er behauptete, bei allen Kirchenbauten würden Kostenvorschläge überschritten und rechnete mit einer Mehrausgabe von 80.000 Mark, wodurch die Kirchensteuer (bisher 5 Pfennig)<sup>158</sup> auf das Dreifache steigen werde. „Wenn wir einmal daran gewöhnt sind, . . . dann werden wir uns auch daran gewöhnen müssen, 5 und 6mal soviel zu bezahlen . . . dann wird mancher mit einem Fluch auf den Lippen die Kirche betreten.“<sup>159</sup> Er bagatellierte auch das Raumproblem in der Kirche, es sei „wohl richtig, daß an den hohen und höchsten Festtagen etwas wenig Platz in der Kirche vorhanden ist“ und verlangte: „Fort mit dem Kirchenbau!“<sup>160</sup> Apotheker Karl Ernst<sup>161</sup> bejahte dagegen die tatsächliche Raumnot in der Kirche, glaubte aber, die innere Ausschmückung werde Unsummen an Geld verschlingen. „Man sagt, wir könnten bezüglich der Altäre und allem zum Inneren Gehörigen es beim Alten belassen . . . Wir kommen aber mit der Frauenwelt in Konflikt. Die werden sagen, schämt ihr euch nicht, so alte Sachen zu verwenden, und da wird es dann heißen, ja sind die Haslacher nicht gut bei Trost, daß sie eine neue Kirche herstellen und das Innere in diesem Zustande belassen.“<sup>162</sup> Er trat dafür ein, den Kirchenbau noch etwas hinauszuschieben, weil in 10 bis 15 Jahren „vielleicht doch noch die Kapuziner nach Haslach kommen könnten“<sup>163</sup>, wodurch das Problem gelöst würde.

Buchbindermeister Wilhelm Engelberg<sup>164</sup> vermutete, daß die Vollendung des Turmes eines Tages große finanzielle Belastungen mit sich bringen wird. Er befürchtete außerdem, daß die einheimischen Handwerker bei der Vergabe der Arbeiten auf dem Submissionswege den Kürzeren ziehen werden.

In der letzten Folge seiner „Beiträge“ spricht Engelberg von einem „überaus höflichen Schreiben an die Geschwister Grieshaber“<sup>165</sup>, in welchem die Bitte ausgesprochen wurde, die an die Schenkung geknüpfte Bedingung des „sofortigen“ Baubeginns zu mildern.

157 ebd.

158 ebd.

159 ebd.

160 ebd.

161 Ernst war Mitglied der 30köpfigen Kirchengemeindevertretung.

162 Engelberg, Beiträge Nr. 98.

163 ebd. — Über Hansjakobs Aktivitäten zugunsten der Wiedezulassung der katholischen Männerorden in Baden: Hansjakob, Der Kapuziner kommt. Ein Schreckensruf im Lande Baden, Freiburg 1902. — Manfred Hildenbrand, Das Kapuzinerkloster in Haslach im Kinzigtal. In: Die Klöster der Ortenau, Die Ortenau Band 58, 1978, S. 493. — Ders., Heinrich Hansjakob und das Haslacher Kloster. In: Hansjakob-Jahrbuch V, 1975, S. 97 — ders., Haslachs Vergangenheit im Spiegel der Geschichte des ehemaligen Kapuzinerklosters. In: Haslach im Kinzigtal. Haslach 1978, S. 73. — Heinrich Hansjakob, Rede über die Einführung religiöser Orden in Baden. Gehalten am 23. September 1888 auf der Volksversammlung zu Haslach. Freiburg i. Br. 1902.

164 Engelberg, Beiträge, Nr. 97.

165 a. a. O., Nr. 104.

Die höflichsten Stellen des Briefes<sup>166</sup> an die „hochverehrten Damen“ lauten:

„Wir können uns nicht versagen, Ihnen hochgeehrte Damen, unsere hohe Bewunderung und uneingeschränkte Anerkennung für Ihre hochherzige Gesinnung, edle Uneigennützigkeit und liebevolle Pietät für Ihre Vaterstadt auszusprechen, und wollen uns erlauben, unsern tiefgefühlten Dank für diese wirklich großartige Zuwendung hier Ausdruck zu verleihen.“

Nach der Aufzählung dringender Bauprojekte, die in Haslach in Angriff genommen werden müssen, fahren die Bittsteller fort: „Tritt nun zu all diesem noch der Neubau unserer Pfarrkirche an uns heran, so wird unsere Steuerkraft in ganz ungemessener Weise in Anspruch genommen und wir seufzen unter einer Last, die fast unerträglich ist.“

Das Schreiben schließt mit den Worten: „In der tröstlichen Hoffnung, keinen vergeblichen Appell an Ihren Edelmuth und Ihre Hochherzigkeit gerichtet zu haben, gestatten wir uns mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung und Verehrung zu zeichnen

Haslach, 20. 2. 1904

Euer Hochwohlgeboren  
ganz ergebenst

Caspar Bosch, Carl Haberstroh, Wilhelm Engelberg, X. Neumaier, Jos. Fackler, Wilhelm Kern, Joseph Haser . . .“

Bereits am 12. 3. 1904 antworteten die Geschwister Grieshaber, „daß es ihnen leid tue, mit ihrer guten Absicht auf so heftigen Widerstand gestoßen zu sein. Sie hätten dies nicht erwartet, als sie den Entschluß faßten, ihrer lieben Vaterstadt eine schöne Kirche zu stiften. Wörtlich heißt es dann: „Da wir unser Werk vollendet zu sehen wünschen, können wir es nicht verzögern, und nach reifer Überlegung bleiben wir bei unserer Aussage: Gleich bauen oder nicht geben.“<sup>167</sup>

Um nun ihrer edlen Gesinnung, die durch die öffentlichen Reden in taktloser Weise angezweifelt worden war, noch bestimmteren Ausdruck zu geben, gingen sie sogar noch weiter. Am 4. 9. 1905 — am gleichen Tage erschien zufällig der letzte Teil der „Beiträge“ in der „Schwarzwälder Volksstimme“ von Wilhelm Engelberg — erklärte Josephine Grieshaber vor dem Notariat Haslach: „Für den Fall, daß durch den geplanten Umbau der katholischen Pfarrkirche dahier Kosten entstehen sollten, durch welche sich der Umlagefuß der örtlichen Kirchensteuer auf mehr als fünfzehn Pfennig vom Hundert erhöhen würde, verpflichte ich mich hiermit, den entstehenden Mehrbetrag der katholischen Kirchengemeinde dahier sofort schenkungsweise zu leisten.“<sup>168</sup>

---

166 Original im Pfarrarchiv Haslach, Fasc. Kirchenbaulichkeiten. Erweiterung der Pfarrkirche 1898—1913.

167 Engelberg, Beiträge Nr. 104

168 Pfarrarchiv Haslach. Kirchenbaulichkeit usw.

Pfarrer Albrechts „unermüdlicher Tatkraft“<sup>169</sup> war es zu danken, daß nun nach der Beseitigung der größten Hindernisse der Erweiterungsbau der Kirche in Angriff genommen und zu einem guten Ende gebracht werden konnte.

Hätten die Geschwister Philippine, Maria und Josephine Grieshaber oder Stadtpfarrer Albrecht nachgegeben, so wären, wie Albrechts Nachfolger August Vetter bemerkt, die „Gelder restlos durch den Inflationskanal davongeschwommen“.<sup>170</sup> Die von Hermann Brommer erstellte Chronologie des Kirchenbaues<sup>171</sup> zeigt, daß die Grieshaber-Schwestern aber noch wesentlich über ihre zugesagte Stiftung hinausgingen:

- 1903 — 21. 12. — Kostenvoranschlag 150.000 Mark.  
1905 — 4. 9. — Philippine Grieshaber übergibt der Pfarrei 100.000 Mark zum Neubau. Voranschlag auf 163.000 Mark gestiegen.  
— 30. 12. — Die Grieshaber-Schwestern stellen 13.000 Mark für den Turmneubau bereit.  
1906 Die Stadt Haslach schenkt das alte Kastengebäude zum Bauplatz.  
— 11. 10. — Die Grieshaber-Schwestern übernehmen die fehlenden 8.000 Mark der Neubausumme.  
1907 — 23. 8. — Josephine Grieshaber stiftet 1.000 Mark für die Übertragung der Glocken in den neuen Turm. — 28. 10. — Kircheneinweihung durch Erzbischof Thomas Nörber.  
1908 — 28. 1. — Kosten der Kirchnerweiterung 167.795,64 Mark. Josephine Grieshaber schenkte dazu nochmals 6.500 Mark.  
— 14. 2. — Philippine Grieshaber hinterlegt testamentarisch 50.000 Mark für den Baufond.  
1911 Die Geschwister bezahlen die Nebenaltäre (Josefsaltar und Marienaltar): 7.500 Mark.  
1913 Neubau eines Orgelwerkes durch Fa. R. Kiene in Waldkirch. Die Fräulein Grieshaber stiften 10.000 Mark.

Die Bauplanung der St. Arbogastkirche lag in den Händen des Architekten Johannes Schroth (1859—1923) vom erzbischöflichen Bauamt Karlsruhe. Hermann Brommer, der ihm „unter Rücksichtnahme auf die denkmalpflegerischen Belange eine beachtliche Leistung“ bescheinigt, würdigt die Pfarrkirche mit lobenden Worten: „Es fügte sich glücklich, daß mit Johannes Schroth ein ‚Kirchenbaumeister, der zugleich auch Konservator‘ sein wollte, Planung und Durchführung der dringend erforderlichen Kirchnerweiterung übernahm . . . Was er zwischen gotischem Westturm, frühklassizistischem Langhaus und dem in wichtigen Louis-XVI.-Formen aufgeführten Turmneubau

---

169 Gedenktafel in der Pfarrkirche. Die dort genannte Albertine Grieshaber war zum Zeitpunkt der Stiftung bereits tot.

170 August Vetter, Kirchen und Kapellen der Pfarrgemeinde Haslach i. K., Stuttgart 1962, S. 6.

171 Vgl. Brommer, a. a. O., S. 6 und 8.



entstehen ließ, verstand er zu einem einheitlichen Ganzen zu verschmelzen.“<sup>172</sup>

Von den beteiligten Künstlern<sup>173</sup> verdient es der Offenburger Peter Valentin (1877—1962) besonders hervorgehoben zu werden. Er schuf „Werke von manchmal fast klassisch wirkender Schönheit.“<sup>174</sup> Der Josefs- und der Marienaltar, die die Geschwister Grieshaber stifteten, sind Werke, „die von makelloser Schönheit, Ruhe und zartem Fluß der Gewänder geprägt sind.“<sup>175</sup>

Die Geschichte einer Pfarrei ist — wie der Verleger Hugo Schnell bemerkt — „untrennbar mit der Ortsgeschichte verbunden, oft identisch.“<sup>176</sup> So gesehen mag das Für und Wider im Streit um den Haslacher Kirchenbau eine fast alltägliche Geschichte genannt werden. Es wird aber kein zweites Gotteshaus geben, das — wie die Pfarrkirche St. Arbogast zu Haslach im Kinzigtal — als steingewordene Geschichte die kommenden Generationen mahnt, einer ihrer Bürgerfamilien zu gedenken, deren tragisches Schicksal an dieser ehrwürdigen Stätte „einen versöhnlichen Schlußpunkt“<sup>177</sup> gefunden hat.

---

172 a. a. O., S. 21. — Johannes Schroth, Die Stadtpfarrkirche zu Haslach im Kinzigtal (Baden). In: Zeitschrift für christliche Kunst, 21. Jg. 1908.

173 Wilhelm Füglistner, Stukkateur; August Schädler, Bildhauer; Kaspar Schleibner, Kunstmalers; Fritz Geiges, Monumental- und Glasmaler. — Brommer, a. a. O., S. 14. f.

174 ebd.

175 a. a. O., S. 20. — Pfarrer Albrecht, der die Altäre auf eigene Faust ohne die Genehmigung der zuständigen Stellen bestellte, ließ die Rechnungen von den Grieshaber-Schwestern bezahlen.

176 Hugo Schnell, Die Kirchenführer im Verlag Schnell & Steiner 1934/1974. Faltblatt. — Es sei angemerkt, daß nachträglich zum Stadtjubiläum die bisher namenlose Gasse zwischen Hauptstraße und Pfarrkirche in „Grieshabergasse“ benannt wurde.

177 Brommer, a. a. O., S. 22.

## Der Bühler Arbeiter- und Soldatenrat

*Dr. Suso Gartner*

In den letzten Tagen des ersten Weltkriegs, als die militärische Niederlage längst feststand, gab die Admiralität der Hochseeflotte den Befehl zum Auslaufen. Sie zog einen ehrenvollen Untergang dem schmachvollen Ende der Kapitulation vor.<sup>1</sup> Um die Schiffe an der Ausfahrt zu hindern, rissen die Matrosen das Feuer unter den Kesseln weg. Die Meuterei, die am 29. Okt. in Wilhelmshafen begonnen hatte, griff wie ein Lauffeuer auf die andern Küstenstädte über. Am 4. November war Kiel in den Händen der Matrosen. Auf den Kriegsschiffen wehte die rote Fahne. In München wurde am 7. November die Republik ausgerufen. Reichskanzler Prinz Max von Baden verkündete am 9. Nov. in Berlin den Thronverzicht des Kaisers. Um 2 Uhr nachmittags rief Scheidemann vom Balkon des Reichstagsgebäudes die Republik aus. Am 11. Nov. wurde der Waffenstillstand unterzeichnet.

Nach Hause reisende Matrosen trugen die revolutionären Ideen nach Baden.<sup>2</sup> Am 8.11. bildete sich in Mannheim ein Soldatenrat. Entscheidend waren die Vorgänge in Karlsruhe, dem Sitz der badischen Regierung. Hier war man bemüht, „einen möglichst reibungslosen Übergang von der Monarchie zur Republik zu finden.“<sup>3</sup> Ein Wohlfahrtsausschuß sollte der neuen Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Aber der Soldatenrat verhinderte die Veröffentlichung seines Aufrufs im Karlsruher Tagblatt. Die bisherige Regierung mußte zurücktreten. Eine vorläufige Regierung, in der die linken Parteien SPD (5) mit der USPD (2) zahlenmäßig das Übergewicht bei der Besetzung der Ministerposten hatten, trat an ihre Stelle. Großherzog Friedrich II. war nach dem „Putsch-Versuch“ des renommierten Matrosen Klumpp vom Karlsruher Schloß nach Zwingenberg bei Eberbach geflüchtet.<sup>4</sup> Am 14. 11. verzichtete er auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Acht Tage später konnte er schließlich zum Thronverzicht bewogen werden.

Am 11. November gab die neue Volksregierung zusammen mit den Arbeiter- und Soldatenräten ihre Ziele und Aufgaben bekannt: Aufrechterhaltung von

1 K. D. Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, Stuttgart 1976, S. 141 ff.

2 W. E. Oeftering, Der Umsturz 1918 in Baden, Konstanz 1920. — G. Kaller, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, in: ZGO 114 (1966), S. 301 - 350. — Ders., Zur Revolution von 1918 in Baden. Klumpp-Putsch und Verfassungsfrage, in: Oberrhein. Studien II (1973), S. 175 - 202

3 Kaller, Zur Revolution, S. 177

4 Kaller, Zur Revolution, S. 188 ff.

Ruhe und Ordnung mit Hilfe der Soldatenräte, Weiterarbeit der Zivilbehörden und der militärischen Organisationen im Einvernehmen mit den Soldatenräten, Warnung vor Gewalttaten und Zuchtlosigkeiten, Garantie der Sicherheit von Leben und Eigentum.<sup>5</sup>

### *Der Soldatenrat in Bühl*

Wie in anderen Städten, so hatte sich auch in Bühl ein Soldatenrat gebildet. Sein Mitglied Pellenz<sup>6</sup> hatte in Karlsruhe die obengenannte Bekanntmachung unterzeichnet. Am gleichen Tag erschien in Bühl folgender Aufruf:<sup>7</sup>

#### *An die Bevölkerung von Bühl!*

*Die Soldaten der Garnison haben beschlossen, von nun an entscheidend die Rechte der Massen zu vertreten, und fordern gleichgesinnte Korporationen auf, sich ihnen anzuschließen. Wir versichern den vollständigen Schutz des Privateigentums und werden jede Ausschreitung disziplinarisch ahnden.*

*Der Soldatenrat.*

*Bühl, 11. November 1918.*

#### *Bekanntmachung*

Der Soldatenrat hat die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Verwaltung aufgenommen, um gemeinschaftlich mit dieser dafür zu sorgen, daß während der Demobilmachung Ruhe und Ordnung erhalten bleibt. Die Bevölkerung wird aufgefordert, den Anweisungen des Bürgermeisteramts und des Soldatenrats Folge zu leisten und ruhig weiter ihrer Beschäftigung nachzugehen. Gegen Ausschreitungen wird rücksichtslos vorgegangen.

Alle in Bühl eintreffenden Militärpersonen, Urlauber, deren Urlaub abgelaufen ist, haben sich beim Soldatenrat in der Realschule zu melden, wo sie nähere Anweisung erhalten werden. Für Arbeitszuweisung, wenn nötig auch Unterstützung heimkehrender Krieger wird gesorgt werden.

Die Wirtschaften sind spätestens 11 Uhr abends zu schließen. Zuwiderhandlungen ziehen Strafe und Schließung der Wirtschaft nach sich.

Die Einwohnerschaft der Stadt, die hier weilenden Militärpersonen und die Bevölkerung der Umgebung werden gebeten, den Soldatenrat und das Bürgermeisteramt bei der Durchführung ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen.

Bühl, den 11. November (1918)

Der Soldatenrat

Das Bürgermeisteramt

Die Soldatenräte in den Garnisonen des Landes waren jetzt der eigentliche Machtfaktor. In einzelnen Städten erließen sie gegen den Willen der Behörden Verfügungen oder lösten die Verwaltungen auf.<sup>8</sup> Um dem allgemeinen Wirrwarr und Durcheinander Einhalt zu gebieten, erließ die neue vorläufige Regie-

5 Oeftering, S. 202 f. — ABB (= Acher und Bühler Bote) Nr. 262.

6 Bei Oeftering steht versehentlich Bellenz. Pellenz war im Zivilberuf Dipl. Ing.

7 BSTA (= Bühler Stadtarchiv) 1453

8 Oeftering, S. 175

rung in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit den dortigen Soldatenräten allgemeine Richtlinien:

1. Der Soldatenrat besteht aus den gewählten Vertretern der Truppenverbände, Lazarette usw. Er arbeitet in treuer Gemeinschaft und engster Fühlungnahme mit dem Arbeiterrat.
2. Eine Hauptaufgabe des Soldatenrates ist die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Er verbürgt den Schutz von Leben und Eigentum.
3. Er unterstützt die neue Volksregierung und tritt mit seiner ganzen Kraft und Macht für die deutsche Freiheit und das Volksrecht ein.
4. Zur Durchführung der gemeinsamen Ziele ist ein Landesausschuß gebildet aus Vertretern der Soldatenräte Badens.
5. Der Landesausschuß hat ständig einen Vertreter bei der Volksregierung.
6. Die bisherigen Dienststellen sind grundsätzlich beizubehalten und stehen unter Kontrolle des Soldatenrates.
7. Ungeeignete Vorgesetzte können vom Soldatenrat ihres Postens enthoben werden. Die Regierung ist von der Enthebung zu benachrichtigen.
8. Der Dienst ist auf das Notwendigste zu beschränken und unterliegt der Genehmigung des Soldatenrates.
9. Zum Gesamtwohl notwendiger Arbeitsdienst ist jederzeit auszuführen.
10. Der notwendige Schutz- und Sicherungsdienst wird von den Soldatenräten selbständig geregelt. Der Machtbereich der einzelnen Soldatenräte wird vom Landesausschuß geregelt.
11. Im Dienst unbedingter Gehorsam.
12. Die Gerichtsbarkeit untersteht dem Soldatenrat. Wer plündert, wird erschossen. Widerrechtliche Aneignung, Verkauf von militärischem oder öffentlichem Eigentum gilt als Plünderung. Jedem Kameraden ist zweckentsprechende und anständige Bekleidung zu gewähren.
13. Keine selbständige Offiziersküchen, kein Naturalienempfang aus Militärküchen.
14. Das Tragen von Achselstücken, Achselklappen und Nationale ist gestattet.
15. Das Tragen von Waffen außer Dienst ist verboten.
16. Außer Dienst keine Vorgesetzten.
17. Aufklärung der Kameraden und der Bevölkerung ist eine der wichtigsten Pflichten des Soldatenrates.
18. Die Kosten jeder Art trägt die Kasse der Formation des betreffenden Soldatenrates.

In Bühl scheinen die Ereignisse keinen turbulenten Verlauf genommen zu haben.<sup>9</sup> Wie die Bekanntmachung vom 11. Nov. zeigt, arbeitete man gleich zu Anfang mit dem Bürgermeisteramt zusammen. Eine Kommission von Vertretern beider Seiten regelte die Einquartierungen und stellte für die ankommenden Soldaten Quartierscheine aus.<sup>10</sup> Man brachte die Soldaten zum größten Teil in den Nebenzimmern der Bühler Gaststätten und in der Glasbuchstabenfabrik unter.

Offiziere und Mannschaften hatten in großem Umfang Heeresbestände an die Zivilbevölkerung verkauft und das Geld in die eigenen Taschen gesteckt. Ge-

---

9 Bürgermeister Dr. Bender dankte auf der Volksversammlung am 19. Nov. im Rathaussaal den Soldatenräten für die Herstellung von Ruhe und Ordnung. Hauptredner dieser Veranstaltung des Zentrums war der Landtagsabgeordnete Köhler. — Auch der noch lebende stellvertretende Vorsitzende des Arbeiterrats Emil Schwab kann sich nicht an Unruhen erinnern. Befürchtungen über Ausschreitungen hat es aber offenbar gegeben.

10 ABB Nr. 266

gen diese Verschleuderung von Gemeinschaftseigentum erließen Regierung und Soldatenrat Verfügungen, die den widerrechtlichen Verkauf unter Strafe stellen.<sup>11</sup>

Geschäftsstelle des Bühler Soldatenrats war die Realschule. Anfang Dezember verließen die einquartierten Jäger die Stadt.<sup>12</sup> Beim Abschiedsfest in der „Fortuna“, zu dem der Arbeiterrat und die Vertreter der Stadt geladen waren, brachte der Vorsitzende des Soldatenrats Riechel ein Hoch auf die Stadt aus.<sup>13</sup> An die Stelle der Jäger rückte das Fußart. 24 ein, und die Geschäfte des Soldatenrats der Garnison Bühl gingen damit an den Soldatenrat der Artillerie über. Das Geschäftszimmer befand sich nun in der Villa Glaubitz in der Schloßstraße.<sup>14</sup>

### *Die Gründung des Bühler Arbeiterrates*

Der Soldatenrat war die treibende Kraft für die Bildung der Arbeiterräte in Bühl und Bühlertal.<sup>15</sup> Der nachmalige Vorsitzende des Arbeiterrates Johannes Wagner schreibt darüber in einem Rechenschaftsbericht:<sup>16</sup>

„In der zweiten Hälfte des Monats November kam ein Mitglied des Soldatenrates Bühl von den damaligen Jägern zu dem jetzigen Vorsitzenden und ersuchte ihn, die Bildung eines Arbeiterrates in der Stadt Bühl in die Hand zu nehmen. Die Angelegenheit war für ihn neu, und er stand vor der Frage, wie ein solcher Arbeiterrat beschaffen sein sollte. Der Struktur in der hiesigen Stadt wäre es zweckmäßiger gewesen, den Arbeiterrat von vorneherein als Volksrat zu bilden. Doch wurde ihm von dem Mitglied des Soldatenrates Herrn Pellenz bedeutet, daß das nicht gut angängig sei, weil man den Anschluß dann nicht an die Landesorganisation in Karlsruhe bekommen könne. So wurde beschlossen, ihn Arbeiterrat zu nennen. Die nächste Frage war nun die Zusammensetzung. Auf dem Lebensmittelgebiete lagen immer verschiedene Klagen vor, mit Unrecht oder Recht sei hier dahingestellt, und da lag es nahe, um auf diesem Gebiete bei eventuellen Klagen auch Auskunft geben zu können, sich an eine Persönlichkeit zu wenden, die in der Lage war, diese Auskunft geben zu können. Das war der Geschäftsführer des Kommunalverbandes Herr Max Brenzinger. Ich fragte bei ihm an, und er sagte zu. Das

11 ABB Nr. 264

12 Geb. Ar. Abt., Jäg. Reg. 3

13 ABB Nr. 281, 285

14 Ab 8. Dez. Mitteilung des Soldatenrats an den Arbeiterrat, unterzeichnet Riechel. Nachlaß Johannes Wagner (= NW)

15 ABB Nr. 266. Aufruf zu einer Volksversammlung für Sonntag, 17. Nov. 3 Uhr im Schindelpeper. Tagesordnung: 1. Lebensmittelversorgung. 2. Verschiedenes. 3. Bildung eines Arbeiterrats. Der Soldatenrat Bühl: Hönig. Vgl. auch ABB Nr. 270. Vom Soldatenrat Bühl nahm der Vorsitzende Riechel teil.

16 NW. Vorgetragen auf der Vollversammlung am 3. Jan. 1919. Bleistiftmanuskript, das fast wörtlich mit den Protokollen übereinstimmt. — Die folgende Darstellung beruht auf diesen beiden Quellen. Kleine stilistische Änderungen und Kürzungen wurden vorgenommen.

Handwerk hat in diesem Kriege sehr gelitten, und manche von den Handwerkern haben ihre ganze Existenz eingebüßt. Es lag nahe, daß aus ihren Kreisen manche Klagen und Beschwerden kommen würden. Da mußte es von Vorteil sein, einen erfahrenen, tüchtigen, schaffensfreudigen Handwerker in dem zu gründenden Arbeiterrat zu haben, und ich kam zu dem Entschluß, bei dem Vorstand der hiesigen Schreiner-Innung, Herrn Schreinermeister Mechler, einem vorher heimgekehrten Krieger, anzufragen. Er sagte seine Teilnahme bereitwilligst zu. Um einen Arbeiter zu der ersten Besprechung zu gewinnen, lud ich den verdienten Vorsitzenden der hiesigen Sanitätskolonne, Schriftsetzer Luibold, ein, dann noch den Vorsitzenden der hiesigen Ortskrankenkasse Herrn Apotheker A. Fischer. Der Kreis zu der vorbereitenden Sitzung schien mir damit groß genug.“

Am Freitag, den 22. Nov., abends 8 Uhr fanden sich die Eingeladenen im Gasthaus „Blume“ ein. Wagner erläuterte Zweck und Ziel des zu gründenden Arbeiterrates. Man beschloß, den Mitgliederkreis zu erweitern: Schreiner Johann Belzer, Steinhauer Johann Blust, Franz Schwab und ein oder zwei Arbeiter von der Metallindustrie Bühl sollten hinzukommen.

Schon am folgenden Tag fand eine Generalversammlung statt. Die Tagesordnung sah folgende Punkte vor: Konstituierung des Arbeiterrates und Wahl des Vorstands. Außer den schon genannten Personen hatten sich noch Emil Schwab, Hans Fischer und die Mitglieder des Soldatenrats Pellenz und Ziegler eingefunden. Faktor Wagner legte die Gründe für die Bildung eines Arbeiterrats dar. Hans Fischer regte an, auch Frauen in den Arbeiterrat aufzunehmen. Die Anwesenden waren aber der Ansicht, daß sich in Bühl dazu kaum eine Frau finden würde. Soldatenrat Pellenz gab die allgemeinen Richtlinien für die Zusammenarbeit von Arbeiter- und Soldatenräten bekannt. Fragen der Ernährung standen dann im Vordergrund. Eine lebhafteste Debatte rief die Versorgung mit Kohlen hervor. Max Brenzinger gab Aufschluß über den Verteilungsplan und legte dar, wie es zur Unter- oder Überversorgung einzelner Personen kommen konnte. Ein Gesamtvorstand wurde gewählt. Die Versammlung beschloß, durch Aushang an der Telegrammtafel des Acher- und Bühler Boten Behörden und Öffentlichkeit von dem Programm zu unterrichten:

#### *Bekanntmachung*

Wie in anderen Städten des Landes, so hat sich auch in Bühl ein Arbeiterrat gebildet. Derselbe besteht aus den Herren:

Johannes Wagner, Faktor, Vorsitzender.

Emil Schwab, Schlosser, stellv. Vorsitzender.

Richard Luibold, Schriftsetzer, Schriftführer.

Johann Belzer, Schreiner.

J. Blust, Steinhauer.

Max Brenzinger, Kaufmann.

August Fischer, Fabrikant

Hans Fischer, Prokurist.

Karl Mechler, Schreinermeister.

Franz Schwab, Maschinist.

Der Arbeiterrat hat sich zur Aufgabe gemacht, nach folgenden Richtlinien seine Tätigkeit zu entfalten:

1. Der Arbeiterrat stellt sich auf den Boden der bestehenden Verhältnisse.
2. Der Arbeiterrat verlangt von den Volksregierungen im Reich und im Lande Baden die alsbaldige Vornahme der Wahlen zur Nationalversammlung. Die Wahlen sind auf Grund eines in jeder Beziehung demokratischen Wahlrechtes, das den Willen des ganzen Volkes unverfälscht zum Ausdruck bringt, vorzunehmen. Er tritt mithin allen Bestrebungen entgegen, die eine Verzögerung oder Verhinderung der Wahlen zur Nationalversammlung herbeiführen wollen.
3. Der Arbeiterrat wird mitwirken an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.
4. Der Arbeiterrat wird bestrebt sein, auf die Aufbringung und gerechte Verteilung der Lebensmittel und wichtiger Gegenstände des täglichen Bedarfs hinzuwirken.
5. Der Arbeiterrat steht den heimkehrenden Soldaten zur Seite, um ihnen den Übergang zu ihrem Zivilberuf zu erleichtern, insbesondere wird er sich auch damit befassen, die Heimkehrenden in der Lebensmittelfrage zu unterstützen.
6. Die Tätigkeit des Arbeiterrates wird sich in engster Fühlungnahme mit den Soldatenrat vollziehen.

Bühl, den 23. November 1918.

Der Soldatenrat:

gez.: Pellenz,

gez.: Ziegler,

Der Arbeiterrat:

gez.: Joh. Wagner,

gez.: Emil Schwab.

Am 25. Nov. tagte der Arbeiter- und Soldatenrat in der Realschule. Emil Schwab und Pellenz, die an der Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Karlsruhe teilgenommen hatten, erstatteten Bericht. Es wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, dem von dem Arbeiterrat die Mitglieder Wagner, Schwab, Mechler, Brenzinger und vier Mitglieder des Soldatenrats angehörten. Man beschloß, mit dem Bürgermeisteramt wegen der Einrichtung und Durchführung des Arbeitsnachweises zu verhandeln. Da das städtische Quartieramt um 8 Uhr schloß, sollte dafür gesorgt werden, daß später eintreffende Soldaten jederzeit Unterkunft finden könnten. Der 8-Studentag, der in Baden am 15. Dez. eingeführt werden sollte, wurde erörtert. Man beauftragte Mitglied Wagner, sich deswegen an das Ministerium für soziale Angelegenheiten zu wenden. Auch wollte man mit den übrigen Arbeiterräten des Bezirks in Verbindung treten.

Die nächste Sitzung fand am Mittwoch, den 4. Dez. abends um halb sieben in der Realschule statt. Eine Einladung zur Versammlung der Arbeiterräte für Freitag, 6. Dez. in Karlsruhe lag vor, und man ordnete dazu den 1. Vorsitzenden Wagner ab. Soldatenratsmitglied Pellenz gab bekannt, daß man unter Mitwirkung von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats für die Gemeinde Bühlertal in Stollhofen Kartoffeln beschlagnahmt habe. Ein Arbeiter der Metallindustrie Bühl namens Momber aus Bochum bat um Schlichtung in einer Lohnauseinandersetzung mit seiner Firma. Der Vorsitzende versicherte ihm, daß zwei Vertreter des Arbeiterrats mit der Firma verhandeln würden. Ein weiteres Thema war die Versorgung mit Lebensmitteln und Heizmaterial.

## *Die Umwandlung in einen Volksrat*

Im Nebenzimmer des Gasthauses "Schwanen" wurde am Mittwoch, den 11. Dez., eine weitere Sitzung angehalten. Außer den Mitgliedern des Arbeiterrats und den Soldatenräten Pellenz und Koreck war als Vertreter des Beamtenrats Oberamtmann Zoeller erschienen. Zoeller ergriff das Wort und sprach über Zweck und Ziel des Beamtenrats, der alle staatlichen, städtischen und ländlichen Beamten des Bezirks in sich vereinige. Vorsitzender Wagner gab bekannt, daß der Arbeiterrat beabsichtigte, aus Zweckmäßigkeitsgründen und der Lage der heutigen Zeitverhältnisse entsprechend sich als Volksrat zu konstituieren. Aus seinem Bericht über die Versammlung in Karlsruhe ging hervor, daß Baden 12 Vertreter zur Reichskonferenz nach Berlin entsenden würde mit dem Auftrag, auf einen baldmöglichsten Zusammentritt der Nationalversammlung hinzuwirken. Auf Vorschlag von Wagner kam man überein, ein Sekretariat bzw. Auskunftsbüro einzurichten, wo sich jedermann über die verschiedensten Fragen des täglichen Lebens Rat und Auskunft holen könne. Dem Sekretariat gab man den Titel „Sekretariat des Volksrats Bühl“. Die Lohnangelegenheit zwischen dem Arbeiter der Metallindustrie und seiner Firma war inzwischen zu beiderseitigen Zufriedenheit geregelt worden. Man beschloß, am Samstagabend im Gasthaus zum „Bad. Hof“ in Bühlertal zusammen mit dem dortigen Arbeiterrat eine Sitzung abzuhalten.<sup>17</sup>

Der Beschluß des Bürgerausschusses, den städtischen Beamten und Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren, führte zu einer längeren Debatte. Man wies auf die teilweise sehr schlechte Bezahlung der städtischen Beamten und Arbeiter hin und wollte auf eine bessere Bezahlung hinwirken. Vorsitzender Wagner verlas anschließend einen von ihm verfaßten Aufruf mit dem Titel „Sorgt für Arbeit“, der in den beiden Tageszeitungen veröffentlicht werden sollte. Nach einem Meinungsaustausch über die Einführung des 8-Stundentages und der damit zusammenhängenden Probleme endete die Versammlung.

### *Auskunftsbüro*

Zur Sitzung des nunmehr Volksrat genannten Arbeiterrats am 19. Dez. in der Restauration Wenk waren als Vertreter des Beamtenrats Verwaltungssekretär Hollritt und Bürgermeister Dr. Bender erschienen. Ein Schreiben des Arbeiterrats Lauf, das den Bühler Volksrat zur Teilnahme an einer Sitzung einlud, wurde verlesen.<sup>18</sup> Eine Beschwerde an den Volksrat wegen der Verhältnisse in der Volkswehr Neusatz übertrug man dem Vorsitzenden Wagner zur Regelung.

---

17 An der Sitzung in Bühlertal, 14. Dez., nahmen Wagner, Brenzinger und die Soldatenräte Koreck und Pellenz teil.

18 Vorsitzender: Maurer Alois Weiser. Am 21. Dez. fand im „Hirschen“ in Lauf eine Versammlung statt, an der Wagner, Brenzinger und zwei Mitglieder des Soldatenrats Bühl teilnahmen und Instruktionen über Organisation und Tätigkeitsgebiet des Arbeiterrats gaben.



Zum Sekretär des Auskunftsbüros wurde der Bühler Bürgersohn Adolf Leppert gewählt.<sup>19</sup> Täglich sollten von 9 - 13 Uhr im Rathaussaal Sprechstunden abgehalten und dabei unentgeltlich Rat und Auskunft über soziale und wirtschaftliche Fragen gegeben werden.

Eine längere Debatte entspann sich wegen der Kritik, die die heimgekehrten Bühler Soldaten bei einer Versammlung in der „Traube“ an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Bühl geübt hatten. Bürgermeister Dr. Bender, Mechler u.a. erklärten, daß die Kritik vielfach unberechtigt sei und auf ungenügender Orientierung beruhe.

Am Samstag, 28. Dez. fand in der Restauration Wenk die vorletzte Sitzung des Bühler Volksrates statt. Man beriet zunächst über den Vorschlag von Bürgermeister Dr. Bender, dem Sekretär des Volksrats Leppert auch die Geschäfte des Arbeitsnachweises zu übertragen. Der Termin für die längst geplante öffentliche Versammlung für die Ergänzungswahlen zum Vorstand wurde auf Freitag, den 3. Jan. im Friedrichsbau festgesetzt. Ein Schreiben des Ministeriums wurde verlesen: Alle Autos müssen die vorschriftsmäßige Aufschrift R.(epublik) Baden mit grüner Umrandung tragen. Der Führerschein muß mit der Unterschrift Hartmann versehen sein. Alle Autos, die nicht diesen Vorschriften entsprechen, sollten vom Soldaten- und Arbeiterrat angehalten und beschlagnahmt werden. Man übertrug diese Angelegenheit der bevorstehenden Vollversammlung. Klagen wegen der Überschreitung der Höchstpreise für Pferdefleisch kamen zur Sprache. Man beschloß, die Überschreitungen anzuzeigen.

Der Vertreter des Beamtenrats Eisele bemängelte, daß bei der Bildung des Arbeiterrats keinerlei Einladung an die Staatsarbeiter ergangen sei, so daß sie sich, um ihre Interessen zu vertreten, dem Beamtenrat hätten anschließen müssen. Der Vorsitzende Wagner erklärte dazu, der Arbeiter- bzw. Volksrat sei bisher nur ein Provisorium gewesen. Schon bei der Gründung habe die Absicht bestanden, bei einer künftigen öffentlichen Versammlung Ergänzungswahlen vorzunehmen, um Vertreter aller Interessengruppen darin zu vereinigen.

Es folgte eine kurze Aussprache über den Verlauf der Versammlung der heimgekehrten Krieger im „Sternen“, wozu auch der Volksrat eingeladen und über dessen rechtmäßige Existenz verhandelt worden war.

### *Die Auflösung des Volksrats*

Wie vorgesehen fand am 3. Jan. 1919 die Vollversammlung im Friedrichsbau statt. Vorsitzender Wagner berichtete über die bisherige Gestaltung und Organisation des Arbeiter- bzw. Volksrats. Er schloß seine Ausführungen mit den

---

19 Zunächst war Dipl. Ing. Pellenz in Betracht gezogen worden.

Worten: „Heute wählen sie nun Männer ihres Vertrauens. Im Namen sämtlicher Mitglieder des Volksrats stellen wir die Ämter zur Verfügung.“ Die Versammlung beschloß die Auflösung mit der Begründung, die Verhältnisse hätten sich so gebessert, daß die Behörden wieder alles erledigen könnten.

### *Der Beamtenrat*

„Der stärkste Träger des Gedankens des Obrigkeitsstaates war das Beamtentum, das vollständig unabhängig vom Volk vielfach diesem fremd geworden war.“ Hier, so meinte der unbekanntes Verfasser eines undatierten Schriftstücks,<sup>20</sup> müsse eingesetzt werden, indem in der Organisation des neuen Staates vielmehr der Gedanke der Selbstverwaltung gepflegt und die Verwaltung in diesem Sinne aufgebaut würde. Dazu gehöre in erster Linie, daß dem Volk Einfluß auf die Besetzung auch der Staatsverwaltungsstellen, besonders der Bezirksverwaltung gegeben würde.

Initiator für die Bildung eines Beamtenrates war Oberamtmann Zoeller. Er hatte einen vorläufigen Beamtenausschuß gebildet, der eine allgemeine Beamtenversammlung zur Errichtung eines Beamtenrats einberufen sollte. Unter Bezugnahme auf ein Schreiben Zoellers lud Bürgermeister Dr. Bender die Beamten und Angestellten der Stadtgemeinde, der Sparkasse, die Lehrer und Lehrerinnen der Volksschule ein. Die Beamtenschaft könne, nachdem die andern Stände vorangegangen seien, keinen andern Weg einschlagen, um ihre beruflichen und materiellen Interessen zu wahren. Parteipolitische Ziele würden bei der Versammlung nicht verfolgt. Er verwies auf den Bericht des Tagblatts vom 28. Nov. über eine Beamtenversammlung in Emmendingen. In ihm wurde die schlechte soziale Lage der Beamten beklagt und eine wirtschaftliche Besserstellung gefordert.

Am Sonntag, dem 1. Dez. nachmittags um 2 Uhr, fand die Versammlung im Rathaussaal statt.<sup>21</sup> Etwa 150 - 200 Personen waren gekommen. Oberamtmann Zoeller forderte dazu auf, durch den Zusammenschluß der Beamten in einem Beamtenrat an der Neubildung des Staats bestimmend mitzuwirken. Eisenbahnsekretär Eisele sprach sich für die Einberufung der Nationalversammlung aus. Der Beamtenrat solle mit den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten an der Gestaltung der Staatsentwicklung mitwirken. Bürgermeister Dr. Bender vertrat die Ansicht, daß der Beamtenrat als Element der Ordnung gegenüber anarchistischen Umstürzbewegungen dienen und dabei zum Schutz der erlangten demokratischen und freiheitlichen Staatsformen mit gleichgesinnten und ordnungseinsichtigen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten zusammenwirken solle. Eine Resolution gab Aufschluß über die Ziele des Beamtenrats: Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Herbeiführung von Frieden, Ab-

---

20 BSTA 379

21 ABB Nr. 280

wehr von Fremdherrschaft, Abwehr der Gefahr einer Hungersnot, Aufbau der neuen Ordnung im Staat und Reich. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vertreter der Oberbeamten: Oberamtmann Zoeller und Notar Dr. Wacker; mittlere Beamten: Verwaltungssekretär Hollritt, Eisenbahnsekretär Eisele; Unterbeamten: Steuereinnahmer Linsler, Weichenwarter K. Baumann und Briefträger Morgenthaler. Oberlehrer Schänze, Steinbach und Koch, Altschweier für die Lehrer; Dr. Bender, Bühl, Bürgermeister Velten, Steinbach, und Ratschreiber Schneider, Kappelwindeck, als Vertreter der Gemeindebeamten.

Die Frage, ob man sich dem Arbeiter- und Soldatenrat oder einem eigenen größeren Landesverband anschließen sollte, wurde offengelassen.

### *Volkswehr*

Die Waffenstillstandsbedingungen sahen auf dem rechten Rheinufer eine neutrale Zone vor. Ihre Ausdehnung war zunächst auf 30 - 40 km festgelegt, wurde aber später auf 10 km ermäßigt<sup>22</sup>. Da in der neutralen Zone keine regulären Truppen bleiben durften, regte der Vertreter des Generalkommandos in Karlsruhe, Hauptmann Bartning, die Aufstellung von Bürger- oder Volkswehren an. Das Bezirksamt forderte am 13. Nov. das Bürgermeisteramt Bühl auf, um die von den durchflutenden Truppen gefährdete Ordnung aufrechtzuerhalten, eine Volkswehr aufzustellen. Fünf Volkswehrabteilungen waren vorgesehen: in Bühl, Steinbach, Bühlertal, Ottersweier und Schwarzach. Die heimgekehrten Soldaten sollten persönlich zum Eintritt in die Volkswehr bewogen werden. Die Kosten (10 Mark Vergütung pro Tag) wurden von der Staatskasse übernommen. Man bestellte die eintrittswilligen Einwohner für den 27. Nov. auf das Rathaus. Volkswehrführer in Bühl wurde August Flick. Den Oberbefehl für die Abteilungen des Bezirks Bühl hatte Feldwebel-Leutnant Sterzenbach. Einen Teil der Ausrüstung stellte der Soldatenrat der Bühler Garnison zur Verfügung. Hauptaufgabe der Volkswehr war der Sicherungsdienst, wie z.B. die Bewachung von Lebensmittellagern und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Ob die Volkswehr auch gegen die großen Umfang angenommene Wilderei der Soldaten eingeschritten ist, ist nicht aktenkundig<sup>23</sup>. Die großen Kosten, welche die Bezahlung der Volkswehren verursachte, veranlaßte die Regierung bald zu einer Verringerung und schließlich am 2. Mai 1919 zur Auflösung zu schreiten.

### *Schlußbetrachtung*

Wie in ganz Baden ist die Novemberrevolution in Bühl undramatisch verlaufen<sup>24</sup>. Die in Bühl entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte versuchten

---

22 Kaller, Revolution, S. 314

23 BSTA 1458

24 Vgl. Kaller, Revolution, S. 325

zwar nicht, die bestehenden Behörden auszuschalten, wohl aber auf deren Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Die Verwaltung ihrerseits bewies, indem sie sich auf den Boden der neuen Machtverhältnisse stellte, ihre zunächst flexible Haltung. Konfliktstoff ergab sich aus der Debatte um die Höhe der Teuerungszulage für die Beamten, deren soziale Lage durch den Krieg erschüttert worden war. Am 6. 11. war der Bürgerausschuß nach langer Zeit wieder einmal einberufen worden. Man beschloß, eine Kommission, bestehend aus Gemeinderäten und Mitgliedern des Bürgerausschusses, einzusetzen. Auf der Kommissionssitzung am 11. Nov. wurde die Angelegenheit im Hinblick auf die Zeitverhältnisse auf drei Wochen vertagt. Schließlich kürzte die Kommission entgegen dem Beschluß des Bürgerausschusses die Teuerungszulage um 50 %. Der Arbeiterrat sprach sich in einem Schreiben an den Beamtenrat gegen das eigenmächtige, sozial rückständige Vorgehen der Kommission aus und verlangte für die Beamten, Angestellten und Bediensteten den vom Gemeinderat vorgesehenen Betrag, für die städtischen Arbeiter eine höhere Festsetzung.

Bürgermeister Dr. Bender wies in einem Schreiben an den Arbeiterrat darauf hin, „daß die Gemeindeverwaltung grundsätzlich auf dem Standpunkt der Freiheit der Selbstverwaltungskörper bestehen muß und deshalb ein Eingreifen von Instanzen, die außerhalb des Rahmens der Gemeindeverwaltung stehen, nicht wünschen kann . . .<sup>25</sup>.“ Der Arbeiterrat wandte sich darauf an das Ministerium für soziale Fürsorge in Karlsruhe mit der Bitte, es wolle veranlassen, daß der Beschluß des Bürgerausschusses ausgeführt und nicht dem Kommissionsbeschluß stattgegeben werde. Der Arbeiterrat konnte sich dabei auf eine Entschließung des Bezirksbeamtenrats vom 11.12. berufen. Er hatte sich für die ursprünglich vorgesehene Summe ausgesprochen. Weiter heißt es: die Verteilung soll nicht rein schematisch erfolgen, sondern den Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Die Familien- und Einkommensverhältnisse der wirtschaftlich Schwächeren müßten durch die Bewilligung verhältnismäßig höherer Beträge berücksichtigt werden. „Hierbei kann das Beispiel der Stadtgemeinde Mannheim Beachtung finden, welche s. Zt. bei den oberen Beamtenkategorien eine Verbesserung von etwa 15 % und bei den geringer Bezahlten eine solche bis zu 30 % eintreten ließ.“<sup>26</sup> Das Ministerium des Innern lehnte ein Eingreifen der Staatsaufsichtsbehörde ab, da die Gewährung der Teuerungszulage und die Art ihrer Verteilung ausschließlich der Selbstverwaltung der Gemeinde überlassen sei.

In den Kreisen der kleinstädtisch strukturierten Bevölkerung Bühls, wo ein großes Potential von Industriearbeitern wie in den Großstädten Mannheim und Karlsruhe fehlte, konnten radikale Bestrebungen, wie sie der linke Flügel der USPD und der Spartakus in Berlin verfolgte, keinen Nährboden finden.

---

25 NW.

26 NW.

Die an der Spitze der Räte in Bühl stehenden Männer waren angesehene Vertreter der Mittel- und Oberschicht. Der Volksrat unterstützte die demokratischen Ziele der vorläufigen Regierung und die baldige Herbeiführung der badischen und deutschen Nationalversammlung. Er verpflichtete den Sekretär des Auskunftsbüros ausdrücklich zu „entschiedener Stellungnahme gegen bolschewistische Ideen, wie sie z.B. die Spartakusgruppe in Deutschland zu verwirklichen sucht.“<sup>27</sup>

Im ganzen stellten die Arbeiter- und Soldatenräte ein wichtiges Ordnungselement mit kanalisierender Funktion in der Phase des Umbruchs von alter zu neuer Ordnung dar. Mit den Wahlen zur verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung am 5. Januar 1919 sah der Volksrat seine Arbeit als beendet an. Das Zentrum wurde stärkste Partei (40 Abgeordnete), gefolgt von den Sozialdemokraten (36), den Demokraten (25) und der Deutsch-nationalen Volkspartei (6). Die Unabhängigen Sozialisten konnten kein Mandat erringen.

---

27 NW.

## Offenburg zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1930—1933

Überarbeitete und verkürzte Fassung einer Zulassungsarbeit zur Wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien, Freiburg 1977 (unveröffentlicht)

*Karl-August Lehmann*

Die NSDAP feierte den 30. 1. 1933 als ‚Tag der Machtergreifung‘. Der damalige Reichspräsident Hindenburg ernannte Adolf Hitler zum Reichskanzler und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Von einer Machtergreifung konnte keine Rede sein. Hitler war Chef einer Koalitionsregierung. Dennoch standen ihm und seiner Bewegung alle Türen offen, um auf ‚legalem‘ Weg, den er öffentlich propagierte (so auch als Zeuge in dem hinlänglich bekannten Ulmer Reichswehrprozeß 1930), den nationalsozialistischen Unrechtsstaat zu formen. Erst die weitere Entwicklung, die am 2. 8. 1934 mit der Vereidigung der Reichswehr auf den ‚Führer und Reichskanzler‘ Adolf Hitler abgeschlossen war, ließ die totalitäre Erfassung der Deutschen folgen.

Am regionalen Beispiel Offenburg soll untersucht werden, wie in einer Stadt in Baden der Weg zur ‚Machtergreifung‘ geebnet wurde. Trotz der besonderen sozio-ökonomischen und konfessionellen Struktur, die Offenburg deutlich vom Landes- und Reichsdurchschnitt abhob, gelang der NSDAP bei der Septemberwahl 1930 der Durchbruch, im Juli 1932 stellte die ‚Hitler-Bewegung‘ auch in Offenburg die stärkste Partei. Es hatte keine drei Jahre gedauert, bis die demokratische Tradition in dieser Stadt auf Grund der politischen und sozialen Zufälle ihrer Basis beraubt war.

Wo lagen die Ursachen, die im kleinbürgerlichen, katholischen Offenburg den antidemokratischen Parteien in einem kurzen Zeitraum ungeahnten Zulauf brachten?

Trotz der schlechten Quellenlage<sup>1</sup> läßt sich ein Wirkungsgeflecht erarbeiten, das die Weimarer Demokratie erschütterte und schließlich auslöschte. Welche

---

<sup>1</sup> vgl. Literaturliste S. 251

Die Tageszeitungen ‚Offenburger Zeitung‘ (Abk. OZ), ‚Offenburger Tageblatt‘ (Abk. OT) und die Wochenzeitung ‚D'r Alt' Offeburger‘ (Abk. OZ) waren außer den Augenzeugenberichten die einzigen aussagekräftigen Quellen. Zu viele Unterlagen und Akten wurden in den letzten Tagen des II. Weltkrieges vernichtet, so auch die Unterlagen öffentlicher Ämter, um die Identifikation von Parteimitgliedern durch die französische Besatzungsmacht zu erschweren. Auch im Generallandesarchiv verbrannten Unterlagen, die Offenburg in dieser Zeit betrafen.

Gewichtung den einzelnen Ursachen in Offenburg zufiel, soll hier untersucht werden.

## I. Die wirtschaftliche und soziale Struktur

Offenburgs zentrale Stellung in der Ortenau schälte sich früh heraus. 1863 wurde die Stadt zur Kreisstadt erhoben. Sie war Mittelpunkt und Sitz eines Amtsbezirkes, dem noch zwei weitere Städte und 36 ländliche Gemeinden angehörten.<sup>2</sup> Offenburgs Bedeutung wurde zusätzlich unterstrichen durch eine Häufung von Behörden und Schulen und durch zahlreiche Märkte, die die Stadt zum Absatzgebiet und Handelsplatz für das bäuerliche Umland werden ließen. Hinzu kam seit 1924 die Ortenauer Herbstmesse mit überregionaler Bedeutung.

Die Betrachtung der Struktur der Stadt hinsichtlich der Berufsverteilung ergab folgendes Bild:<sup>3</sup>

Land- und Forstwirtschaft	150 Beschäftigte ( 2,2 ‰)	Primärer Sektor
Industrie und Handwerk	3.033 Beschäftigte (44,5 ‰)	Sekundärer Sektor
Handel, Geld, Verkehr	2.613 Beschäftigte (38,3 ‰)	Tertiärer Sektor
Öffentliche Dienste	1.017 Beschäftigte (15,0 ‰)	
Gesamt	6.813 Beschäftigte	100 ‰

Das Handwerk hatte nach dem I. Weltkrieg seine dominierende Stellung halten können. Mit 412 selbständigen Handwerksbetrieben wies Offenburg 1925 nicht nur eine quantitativ stattliche Zahl auf, sondern umfaßte auch ein weitgestreutes Spektrum. Baudendistel<sup>4</sup> wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Offenburg mit seiner überwiegend katholischen Bevölkerung stärker als andersorts an der Tradition festhielt und damit dem Handwerk eine solide Basis bot, während die protestantische Bevölkerung lieber in die Fabriken abwanderte.<sup>5</sup>

Aufgrund der geographischen Lage war Offenburg ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Der Bau der Rheintalbahn 1843 und der Schwarzwaldbahn 1864 verstärkte diesen Aspekt. Eine Kleinbahn verband die Stadt mit dem Hanauerland und der Grenzstadt Kehl. Als Folge des regen Warenaustausches siedelten in Offenburg mehrere Bankgeschäfte und zahlreiche Großhandelsfirmen an. Der verkehrstechnischen Entwicklung wurde im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts mit der Erweiterung der Gleisanlagen des Personen- und Güterbahnhofs Rechnung getragen, dies gab wiederum dem wirtschaftlichen Aufschwung wichtige Impulse.

---

2 Der Amtsbezirk hatte eine Fläche von 45171 ha und 67.596 Einwohner, von denen 16.613 in Offenburg lebten, also über 75 ‰ auf dem Lande (Stand: 16. 6. 1925).

3 vgl. Baudendistel, S. 86

4 vgl. Baudendistel, S. 60

5 1925 wohnten in Offenburg 762 Industriearbeiter, der überwiegende Teil pendelte (1925: 2.543 Industriearbeiter) ein.

Begünstigt durch die Lage am Schwarzwaldrand und durch die hier angesiedelte, umweltfreundliche Industrie, spielte der Fremdenverkehr früh eine bedeutende Rolle. So ist auch zu erklären, daß der tertiäre Sektor den breitesten Raum einnahm.<sup>6</sup>

Der wirtschaftliche Aufschwung, der für Offenburg in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts verstärkt einsetzte, zog eine zum Teil sprunghafte Bevölkerungsentwicklung nach sich. Nur einmal unterbrochen durch die Verluste des I. Weltkrieges, nahm die Bevölkerung von 1870 bis 1933 ständig zu.<sup>7</sup> Die konfessionelle Verteilung blieb davon fast unberührt. Bei 6.589 Einwohnern (1875) betrug der Anteil der Katholiken 78,1 %, 1925 bei 16.613 Einwohnern immer noch 73,9 %. Der Anteil der Protestanten nahm im gleichen Zeitraum von 17,4 auf 22,4 % zu.<sup>8</sup>

Nach den hier äußerst knapp skizzierten Daten ergibt sich für Offenburg um 1930 folgendes Bild:

Die ca. 17.000 Einwohner zählende Stadt war geprägt durch

- eine kleinbetriebliche, mittelständisch geprägte, auf Verarbeitung spezialisierte Industrie
- einen gleichberechtigten danebenstehenden Zweig des selbständigen Handwerks
- einen bedeutenden tertiären Sektor.

## II. Die politischen Kräfteverhältnisse 1919—1926

Vergleicht man die Wahlergebnisse dieser Jahre, so waren es drei Kräfte, die das politische Leben in Offenburg bestimmten:<sup>9</sup>

- der politische Katholizismus
- der Liberalismus
- die Sozialdemokratie.

Das Zentrum, das 1919 bei der Bürgerausschußwahl (BgA) mit 47,5 % das beste Nachkriegsergebnis erzielte, blieb trotz einiger prozentualer Verluste auch am Ende der 20er Jahre tonangebende Partei. Die überwiegend katholische Bevölkerung, die schwach ausgeprägte Industriearbeiterschaft und das Frauenwahlrecht<sup>10</sup> verhalfen der Partei zu Stimmanteilen, die erheblich über dem Reichsdurchschnitt lagen.

6 Die Deutsche Reichsbahn mit dem Lokomotivenbahnhof und einem Ausbesserungswerk war der größte Arbeitgeber (Interview Moßbrugger 8. 3. 77).

7 vgl. Lehmann, S. 9 a

8 Verglichen mit dem Landesdurchschnitt in Baden (Katholiken: 58,4 %, Protestanten 38,7 %) war Offenburg eine Hochburg des Katholizismus.

9 Wahlergebnisse 1919-1926 S. 4

10 Bei der Landtagswahl 1929 und Reichstagswahl 1930 zeigte eine nach Geschlechtern getrennte Auszählung, daß die Parteien bis auf geringe Unterschiede bei Männern und Frauen gleich favorisiert waren, während dem Zentrum doppelt so viele Frauen wie Männer ihre Stimme gaben. vgl. hierzu S. 248



In geringerem Maße zogen auch die Liberalen, traditionell durch die 1848er Revolution mit der Ortenaunmetropole verbunden, aus der besonderen sozio-ökonomischen Struktur ihren Vorteil. Dem Übergewicht des Zentrums und der Liberalen stand eine weit geringere Bedeutung dieser beiden Parteien auf Reichsebene gegenüber, während sich das Verhältnis bei der Sozialdemokratie ins Gegenteil umkehrte. Die bereits erwähnte schwach vertretene Industriearbeiterschaft und die Spaltung der Linken in SPD/USPD/KDP verhalf dieser Richtung nicht zum erhofften Erfolg.

*Die Wahlergebnisse in Offenburg 1919–1926*

(BgA = Bürgerausschuß, LT = Landtag, RT = Reichstag)

Partei	LT 19	RT 19	BgA 19	RT 20	LT 21	BgA 22	RT 24 I	RT 24 II	LT 25	BgA 26
Z	44,6	45,2	47,5	43,0	46,0	46,4	43,3	41,1	45,7	37,3
SPD	25,0	29,4	18,0	13,7	15,4	24,1	10,5	14,0	16,9	14,9
DNVP	3,0	4,2	4,3	5,0	4,7	6,7	7,0	6,0	–	7,7
DVP	–	–	–	4,5	4,3	4,9	6,3	7,6	8,0	5,7
DDP	22,6	21,2	18,0	18,2	11,1	13,0	19,5	23,6	21,6	14,1
KPD	–	–	–	1,6	3,8	5,0	8,9	4,0	3,8	5,1
NSDAP	–	–	–	–	–	–	–	1,6	1,0	–
WP	–	–	–	–	–	–	–	–	3,0	–
Mieterpartei	–	–	–	–	–	–	–	–	–	15,2
USPD	5,2	–	12,3	14,0	8,9	–	0,9	0,8	–	–
Wahlbetgl.	90,3	79,7	63,7	79,0	72,3	55,0	70,1	75,3	55,0	44,3

Das rechte Lager war ebenfalls politisch unterrepräsentiert. Völkische Ideen stießen in Offenburg in den 20er Jahren auf wenig Resonanz. Die DNVP und andere rechtsgerichtete Splittergruppen hatten wenig Erfolg. Das rechte Parteienspektrum gewann erst an Gewicht, als die NSDAP mit einer bisher nicht gekannten Agitation in den Landtagswahlkampf 1929 einstieg und ihren Stimmanteil verfünffachte,<sup>11</sup> während die rechtslastige Wirtschaftspartei ihren Prozentanteil verdreifachte.

Zieht man als Vergleich das Ergebnis der Reichstagswahl von 1928 heran, so läßt sich belegen, daß Offenburg eine mit großer Mehrheit die Republik bejahende Stadt war. Die Große Koalition SPD/DDP/Z/BVP/DVP, auf die sich

<sup>11</sup> Wahlergebnisse 1928-1933 S. 248 und 250

Reichskanzler Müller (SPD) von 1928—1930 stützen konnte, hatte auf Reichsebene 58,1 % hinter sich, in Offenburg unterstützten 77,6 % der Wähler die Reichsregierung (zum Vergleich: ‚Weimarer Koalition‘ bei der Reichstagswahl 1920 in Offenburg: 74,9 %).

Der politische Radikalismus von links und rechts war ohne Chance. Verbindet man ein Votum für die KPD, NSDAP und DNVP mit einem ‚Nein‘ zur Weimarer Demokratie, so blieben die KPD (6,5 %), DNVP (8,6 %) und NSDAP (1,6 %) zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Auf Reichsebene hingegen waren die Republikfeinde mit 27,4 % bereits zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor herangewachsen.

### III. Der Beginn der Radikalisierung

#### 1. Die Anfänge der NSDAP

Die Nationalsozialisten traten spät in Erscheinung. Eine offizielle Gründungsversammlung gab es nicht.<sup>12</sup> Die wenigen Parteimitglieder — vor der ‚Machtübernahme‘ steigerte die Ortsgruppe ihre Mitgliederzahl von knapp einem Bäckerdutzend 1930 bis auf 50 — 60 im Januar 1933 — trafen sich einmal in der Woche im Nebenzimmer des ‚Badischen Hof‘, „halb im Untergrund und von missionarischem Eifer (erfüllt)“.<sup>13</sup> Die NSDAP führte ein Kummerdasein. Sie hätte sich in der Zentrumshochburg sicher noch schwerer getan, wenn ihr nicht Hilfe aus dem Hanauerland zugegangen wäre.

Das Hanauerland gehörte zum Amtsbezirk Kehl. Im Gegensatz zu Baden, das sich prozentual aus 58,4 % Katholiken und 38,7 % Protestanten zusammensetzte, wies der Amtsbezirk Kehl mit 86,7 % Protestanten den höchsten badischen Wert auf.<sup>14</sup> Hier im Hanauerland, dem „vorbildlichen Kulturgebiet der faschistischen Hitlerbewegung“<sup>15</sup> fand die NSDAP bei ihrer Arbeit eine entscheidende Stütze. Altenheim, das zum Amtsbezirk Offenburg gehörte, spielte dabei eine wichtige Rolle.<sup>16</sup>

Wesentliche Impulse erhielt die junge Partei durch den Beitritt ihres späteren Kreisleiters, Dr. Wolfram Rombach. Rombach, Jahrgang 1897, war Jurist,

---

12 vgl. Rombach, S. 61 „Es haben sich vielmehr einige wenige alte Freikämpfer und sonst national eingestellte junge Männer zusammengefunden.“

Interview Herr N., 28. 4. 77: „Wir versuchten uns auf Vereinsbasis näher zu kommen und zusammenzuschließen. Die Schwimmschule und der Kleinkaliberverein waren Oasen der NSDAP.“

13 vgl. Rombach, S. 64

14 Zur Bedeutung der konfessionellen Struktur und NSDAP-Wähler: A. Milatz, *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*, Berlin 1965, S. 78 f.

Der hohe Protestantenteil ist damit zu erklären, daß Kehl eine ehemalige hessische Exklave ist.

15 DAO, 11. 5. 29

16 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77: „Das erste Fundament, das Hitler legte, war Altenheim. Da war alles braun . . . Als ich 1939 eingezogen wurde, traf ich Altenheimer, fast alle mit dem Goldenen Parteiabzeichen . . .“

wirtschaftlich unabhängig, national eingestellt durch die Erziehung im Elternhaus und als Kriegsfreiwilliger geprägt durch das Erleben der Frontkameradschaft, mit antisemitischer, antikommunistischer und antiparlamentarischer Haltung.<sup>17</sup>

## 2. Taktik und Vorgehen der NSDAP im Wahlkampf 1930

Zu den Versammlungen, die vorwiegend Abgeordnete des Badischen Landtages bestritten, kamen nur wenige Besucher. „Man nahm uns noch nicht ernst. . .“<sup>18</sup> Daraufhin änderte die Partei ihre Taktik. Sie ging schon 1929 dazu über, Versammlungen der Parteikonkurrenz zu besuchen, um die Gelegenheit der freien Aussprache zu nutzen. Die Besucherzahlen bei eigenen Veranstaltungen stiegen. Mit einer ständigen Berieselung über die Themen ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘, ‚Bekämpfung der jüdischen Vorherrschaft‘, ‚Außenpolitik der NSDAP‘ konnte das kleine Häuflein der Parteiaktivisten bei der Landtagswahl erste Erfolge verbuchen.<sup>19</sup>

Die Ablehnung war allenthalben groß. Das OT wollte nicht näher über Versammlungen berichten, in denen „mit Phantomen und Schlagworten gearbeitet wird, . . . da wir auf dem Boden der politischen und wirtschaftlichen Tatsachen stehen.“<sup>20</sup> Ähnlich war die Einstellung der OZ, da nach deren Meinung das Programm der NSDAP Kampf gegen alle und alles sei und vernünftige Alternativen vermissen lasse.<sup>21</sup>

Warnende, wie Adolf Geck, versuchten die Bevölkerung über diejenigen aufzuklären, die „mit Antisemitismus die Armen im Geiste“<sup>22</sup> zu Wahlzwecken einfingen.

Aber der NSDAP bot sich guter Nährboden. Die unheilverkündenden Auswirkungen des Börsenkrachs in der Wallstreet im Oktober 1929 und der Volksentscheid über das sogenannte ‚Freiheitsgesetz‘<sup>23</sup> im Dezember 1929 schürten die politische Unruhe; die Nationalsozialisten agitierten geschickt

---

17 vgl. Rombach, S. 57, 59: „. . . Vorbehalte bezüglich des ständig zunehmenden jüdischen Einflusses . . . Zurückweisung aller sozialistisch-kommunistischer Planungs- und Nivellierungstendenzen, unter Abstandnahme von demokratisch-parlamentarischem Firlefanz, der nur allzuleicht Blender, Schwätzer und Halbstarke an die Führung bringt . . .“

18 vgl. Rombach, S. 65

19 OT, 28. 10. 29 In Offenburg erreichte die NSDAP 8,4 %, in Altenheim katapultierte sie sich von drei Stimmen (0,3 %) auf 712 (68,3 %) hoch!

20 OT, 10. 4. 29

21 OZ, 3. 1. 30, 5. 9. 30

22 DAO, 11. 5. 29

23 Die Verantwortlichen des Young-Planes sollten mit Zuchthausstrafen belangt werden. Die Abstimmung war auch in Offenburg eine deutliche Niederlage für die rechten Agitatoren. Die NSDAP-Ortsgruppe legte zum ersten Mal ihren diffamierenden politischen Stil an den Tag. Im OT vom 11.10.29 war über eine ihrer Veranstaltungen zu lesen, den Alliierten würde durch diesen Plan das Recht verliehen, „deutsche Jünglinge und Mädchen nach den Kolonien zu exportieren, wo sie zugunsten der deutschen Handelsbilanz Dienste leisten müßten.“

mit antisemitischen Parolen — Juden waren von Veranstaltungen prinzipiell ausgeschlossen — und nationalistischen Tendenzen — am Ende der Veranstaltungen sang man ‚Siegreich wollen wir Frankreich schlagen. . .‘ u. ä. — und drängten die demokratischen Parteien in die Defensive. Ohne ernsthafte Gegenmaßnahmen versuchte man die Hitler-Bewegung zu ignorieren. Sie wurde belächelt, bespöttelt, nicht ernst genommen. Die Unterschätzung der Aktivitäten<sup>24</sup> zeigte erste Auswirkungen im Wahlkampf für die Reichstagswahl am 14. 9. 1930, dem ersten seit Beginn der Weltwirtschaftskrise. Die Ziele der NSDAP schienen klar,<sup>25</sup> realistische Alternativen wußte die Partei nicht aufzuzeigen. Man suchte auch jetzt wieder auf anderen Parteiveranstaltungen eine breitere Wählermasse anzusprechen. Dabei konnte es schon einmal vorkommen, daß Kreisleiter Rombach über das Ziel hinausschoß und sich lächerlich machte. So bot er an, „man solle Hitler die Neuordnung des Deutschen Reiches durchführen lassen. Er sei der Mann dafür. Und wenn er etwas falsch mache, dann werde man ihn von nationalsozialistischer Seite vor Gericht stellen und ihn — enthaupten.“<sup>26</sup>

Das Zentrum, die Sozialdemokratie und die beiden liberalen Parteien DVP und DDP schienen auf diesen Wahlkampf gut vorbereitet zu sein.<sup>27</sup> Das Zentrum war am aktivsten. Mit prominenten Rednern (Wittemann, badischer Innenminister; Dr. Köhler; August Winkler, Köln) versuchte es, seine Wählerschaft zu mobilisieren und von einem Umschwenken abzuhalten. Immer wieder hob man auf das die äußerst heterogene Wähler einigende Band, die katholische Konfession, ab. Brünnings Leistungen und Programm erfuhren als das schlechthin Beste keine negative Kritik.<sup>28</sup>

Einen weit schwierigeren Stand hatte die SPD. Vom Zentrum, den Nationalsozialisten und den Kommunisten in die Zange genommen, klagte sie bald über die zunehmende Härte im Wahlkampf. Die Sozialdemokratie war die erste Partei, die Saalschutz anforderte, da man Ausschreitungen befürchtete. Die Vorsichtsmaßnahme erwies sich als richtig. Bei einer Veranstaltung mit Remmele war der Saal überfüllt, die Sozialdemokraten dabei offensichtlich in der Minderheit.<sup>29</sup> Die NSDAP probte ihre Störmanöver, eine Diskussion war nicht mehr möglich. Es gab schließlich „ein radauvolles Ende der Szene, ohne

---

24 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77: „Als katholische Stadt waren wir einer massiven Propaganda ausgesetzt.“

25 vgl. Rombach, S. 62: „. . . die weithin marxistisch verseuchten . . . Arbeiter und Angestellten, (die) verelendenden Bauern . . . und (den) vor dem Bankrott stehenden unteren Mittelstand zu erfassen . . .“

26 OZ, 26. 8. 30

27 Die übrigen Parteien fielen im Wahlkampf nicht auf. Über ihre Veranstaltungen liegen nur spärliche Zeitungsberichte vor.

28 OZ, 25. 7. 30, 5. 9. 30

29 OT, 6. 8. 30, OZ, 6. 8. 30, DAO, 9. 8. 30

die befürchteten Tötlichkeiten, die bewaffnete Hundertschaft bekam keine Arbeit.“<sup>30</sup>

Arg in Bedrängnis gerieten auch die Liberalen, die gegen einen schwindenden Einfluß anzukämpfen hatten. Die DDP beriet auf einer Mitgliederversammlung über die am 29. 7. 1930 neu formierte ‚Deutsche Staatspartei‘ (DStP). Vier Wochen vor der Wahl war für die Offenburger DDP die Entscheidung gefallen. Sie stellte sich hinter die DStP, nahm deren Namen aber erst am 19. 10. 1930 an.<sup>31</sup> In Baden und Württemberg verbanden sich die Liberalen zu einem Listenbündnis. Auf zwei gemeinsamen Versammlungen wurde die ‚Sammlung der Mitte‘ vorgestellt, die eine rasche Lösung der jetzigen Probleme versprach.<sup>32</sup> Die NSDAP warb auch bei den Liberalen für ihr Programm, wobei sich für deren Kreisleiter eine kuriose Situation entwickelte. Zwar war Rombach stolz darauf, daß einige Parteigenossen sich „als recht kesse Zwischenrufspezialisten“ entwickelt hatten, aber es war ihm unangenehm, wenn dieses Verfahren auf den von seinem Vater geleiteten Versammlungen der DDP/DStP praktiziert wurde: „Ich saß dann auf dem ‚Juchhee‘ des Dreikönigssaales abgedunkelt und allein und verfolgte den Gang des manchmal schon recht turbulenten Geschehens mit gemischten Gefühlen, ja mit etwas Gewissensbissen.“<sup>33</sup>

Der massive Propagandafeldzug riß Offenburg jäh aus seiner politischen Lethargie heraus. Die Wähler wurden in nahezu unversöhnliche Parteigruppierungen auseinanderdividiert. Das Parteienspektrum erweiterte sich um die vom ehemaligen Zentrumsman, Bäckermeister Busam, gegründete Wirtschaftspartei (die übrigens schon bei der Landtagswahl 1929 kandidierte). Die DNVP hingegen legte jetzt schon ihren späteren Kurs klar. So verglich auf einer deutschnationalen Veranstaltung ein gewisser Herr Richter die NSDAP mit jungem, brausendem Wein, der „nach seiner Vergärung doch noch etwas werden könne.“<sup>34</sup>

Von der zunehmenden Politisierung und Polemik wurde verstärkt auch die Offenburger Presse erfaßt. Über die Tendenzen der drei Zeitungen OZ, OT und DAO war nie zu streiten. Die OZ stand grundsätzlich auf der Seite des Zentrums. Sie war das führende Zentrumsblatt Mittelbadens, hatte von den Offenburger Zeitungen den größten Abonnementkreis und war wirtschaftlich

---

30 DAO, 9. 8. 30 Kreisleiter Rombach empörte sich über den Ausfall der Diskussion, obwohl dieser von seinen Parteigenossen provoziert wurde. Störungen der eigenen Veranstaltungen fürchtete die NSDAP nicht: „Saalschutz ist vorhanden. Wir brauchen keine Schupo!“ (Nachlaß Geck, GLA 69/N 1719)

31 OT, 24. 10. 30

32 OT, 28. 8. 30, 13. 9. 30

33 vgl. Rombach, S. 65/66. Sicher erhält man mit dieser Schilderung auch einen Hinweis darauf, daß der oft hitzig geführte Parteienstreit durchaus quer durch die Familien gehen konnte.

34 OT, 22. 10. 29

so stabil, daß sie auf Anzeigen anderer Parteien nicht angewiesen war. Adolf Geck machte in seiner Wochenzeitung DAO aus seiner Parteipräferenz nie einen Hehl. Er wußte mit politisch Andersdenkenden hart ins Gericht zu gehen, wobei seine spitze Feder vor allem gegen NSDAP und KPD gerichtet war.

Bis zur Reichstagswahl 1930 blieb das OT seiner liberalen Tradition treu. Es unterstützte massiv die Einheitsliste der beiden liberalen Parteien und stellte in einer dreiteiligen Fortsetzung die neu formierte Staatspartei und deren Ziele vor.<sup>35</sup> Die anderen Parteien kamen bei der Berichterstattung dennoch nicht zu kurz, nur die NSDAP fühlte sich benachteiligt.<sup>36</sup>

### *3. Die Wahl und ihre Folgen*

Der 14. 9. 1930 brachte eine um 18 % höhere Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Reichstagswahl (1928: 65,7 %, 1930: 83,7 %), hervorgerufen durch die maßlose Agitation und die immer mehr um sich greifende wirtschaftliche Unsicherheit.

Die Nationalsozialisten krönten ihren Wahlkampf mit einem Bombenerfolg. Sie gewannen 2000 Stimmen hinzu und wurden zweitstärkste Partei.<sup>37</sup> Auch die nach rechts tendierende Wirtschaftspartei gehörte zu den Gewinnern, während sich bei der DNVP Zerfallserscheinungen konkretisierten. Absolut wurde sie fast halbiert. Von den linken Parteien zog nur die KPD Vorteile aus der Krisensituation. Mehr als doppelt so viele Wähler (im Vergleich zu 1928) setzten jetzt ihre Erwartungen auf die Partei Thälmanns.

Der politische Katholizismus bestand seine Feuerprobe und blieb der stabilste Faktor in dem abrupt einsetzenden politischen Umstrukturierungsprozeß. Absolut gewann die Partei sogar hinzu. Gut gehalten hat sich auch die Sozialdemokratie, die mit geringen Verlusten dennoch von den Nationalsozialisten auf den dritten Rang verwiesen wurde; zudem lag sie nur noch knapp vor den Kommunisten.

Die eindeutigen Verlierer waren die Liberalen. Selbst die Einheitsliste konnte die Talfahrt nicht stoppen. Absolut verlor sie im Vergleich mit den anderen Parteien die meisten Stimmen.

Über Wählerwanderungen lassen sich nur Vermutungen anstellen. Für den Machtzuwachs der Radikalen, die jetzt mehr als ein Drittel der Wähler hinter sich hatten (34,3 %), wußte man keine plausible Erklärung.<sup>38</sup>

---

35 OT, 8., 10., 11. 9. 30

36 Rombach beschwerte sich am 4. 9. 30 in einem Leserbrief an das OT: „Die der NSDAP nahestehenden Leser würden es bedauern, daß sich das OT so für die Staatspartei stark macht.“

37 Die Wahlergebnisse von 1928-1933 sind in absoluten Zahlen, Prozentangaben und einem Diagramm auf S. 246/247 zusammengefaßt.

38 Lapidar meinte das OT am 15. 9. 1930: „Es entspricht der Zeit, daß die beiden radikalen Parteien sehr stark zugenommen haben . . . Der Radikalismus hat über die Vernunft gesiegt.“

Folgende Wählerbewegungen ließen sich vermuten:

- Das Zentrum gewann absolut hinzu, es hat also keine (oder nur vereinzelt) Stimmen an die Radikalen abgegeben.
- Die geringen Verluste der SPD kamen wahrscheinlich der KPD zugute.
- Der EVD, der 1928 noch nicht kandidierte, dürfte den Deutschnationalen Stimmen abgezogen haben, da schon bei der Landtagswahl 1929 die Verluste der DNVP bis auf wenige Stimmen rechnerisch identisch mit dem Zuwachs des EVD waren.
- Woher die WP ihre Gewinne nahm, läßt sich schwerlich feststellen. Es ist anzunehmen, daß sie die Wähler in erster Linie von der DStP abzog.<sup>39</sup> Damit wäre auch der Einbruch der liberalen Einheitsliste zu erklären.
- Mit Gewinnen der KPD begann die Radikalisierung der Arbeiterschaft. Die organisierten Arbeiter sind der SPD treu geblieben, während möglicherweise den bisherigen Nichtwählern aus der Industriearbeiterschaft, den nicht gewerkschaftlich Organisierten und den Arbeitslosen die kommunistischen Parolen einleuchtender erschienen.<sup>40</sup>
- Der Zuwachs der Nationalsozialisten kann somit — abgesehen von Wählerwanderungen zwischen den Parteien, die sich im Nachhinein nicht mehr verfolgen lassen — rein rechnerisch mit der höheren Wahlbeteiligung erklärt werden. Erhärtet wird diese Vermutung bei der Betrachtung der absoluten Zahlen. 1930 gingen rund 2700 mehr Wähler zur Urne als 1928. Zieht man davon die Gewinne der Radikalen ab — zusammen über 2500 — bleiben für die anderen Parteien nur wenige Stimmen übrig.

Die höhere Wahlbeteiligung brachte den staatstragenden Parteien keine Stärkung, ausschließlich die Extremisten profitierten davon. Die demokratische Front Offenburgs war angeschlagen, und Gecks bissige Bemerkung über das Abschneiden der Liberalen traf für die Weimarer Republik allgemein zu: „In der alten Demokratenstadt Offenburg kann die DVP ihr 50jähriges Jubiläum feiern, in Verbindung mit der Pflicht eines ehrenvollen Begräbnisses.“<sup>41</sup>

Nur wenige Wochen später sollten die Nationalsozialisten ihren zweiten großen Erfolg verbuchen können. Im November standen die Bürgerausschuwahlen an. Für den Wahlkampf bot die NSDAP ihr schwerstes Geschütz auf: Adolf Hitler hatte sich am 8. November in Offenburg angesagt.<sup>42</sup> An diesem Tag fanden sich bei den Landwirtschaftlichen Hallen mehr als 15.000 Men-

---

39 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77. Er glaubt, daß die WP zum Nachteil der DStP gewonnen hat, da die WP als „Sammelbecken des unzufriedenen Mittelstandes“ galt und nur gegründet wurde, um den Mittelstand aus der Umklammerung der DDP zu lösen.“ Dies scheint zuzutreffen, da die DDP schon 1929 entscheidend verlor, als die WP zum ersten Mal kandidierte. Damals gewann die WP ungefähr soviel hinzu, wie die DDP verlor.

40 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77: „Die KPD-Wähler rekrutierten sich ausschließlich aus der Schicht der Industriearbeiterschaft.“

41 DAO, 18. 10. 30

42 Zur Rede Adolf Hitlers in Offenburg hat ausführlich Stellung genommen Jochen Thies, Adolf Hitler in Offenburg — Zur Diskussion über Hitlers politische Ziele, in: Die Ortenau 1977, S. 296-312.

schen ein, die auch aus dem nahen Schwarzwald, der Konstanzer und Karlsruher Gegend angereist waren. Es gab Freikarten und bevorzugte Plätze für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Kleinrentner und Arbeitslose. Geduldig nahm die Menge die dreistündige Verspätung des ‚Führers‘ in Kauf, gebannt folgte sie den eineinhalbstündigen Ausführungen.<sup>43</sup>

Zum Eklat kam es, weil nicht alle Zuhörer Hitler sehen konnten. Die Volkseele kochte, man wollte das Eintrittsgeld zurück. So traf es zu, daß die Hitler-Partei „bei Freund und Feind enttäuschte . . . wobei der Reichsmarken Zehntausende eingingen.“<sup>44</sup>

Die Bürgerausschußwahl zeigte, daß die radikalen Kräfte auf kommunaler Basis Fuß gefaßt hatten. Wegen der erheblich geringeren Wahlbeteiligung ist ein direkter Vergleich mit der Reichstagswahl nicht angebracht, unter Hinzuziehung des Wahlergebnisses der Kommunalwahl von 1926 lassen sich folgende Beobachtungen machen:

- Stabil erwiesen sich von den demokratischen Parteien nur das Zentrum (leichte Gewinne) und die Sozialdemokratie (geringe Verluste).
- Die Liberalen waren erneut die großen Verlierer.
- Die KPD verfügte bereits über einen Stamm von über 1.000 Wählern. Sie hielt trotz der um über 20 % geringeren Wahlbeteiligung (im Vergleich zum September) ihren Stimmanteil absolut und prozentual und überrundete die SPD um über 200 Stimmen. Die Kommunisten zogen als drittstärkste Partei ins Rathaus ein.
- Die NSDAP wurde auch im Rathaus, praktisch aus dem Stand, zweitstärkste Partei. Der Trend, im September angedeutet, hatte sich auf kommunaler Ebene stabilisiert.

Das Jahr 1930 brachte eine Stärkung des linken und rechten Flügels. NSDAP und KPD konnten ihre Agitation an der Basis, an örtlichen Problemen, ansetzen.

#### **IV. Die Verschärfung der Krise**

##### *1. Die wirtschaftliche Lage*

Der folgende Winter brachte außer dem saisonalen Tiefstand an Stellenangeboten und dem witterungsbedingten Ansteigen der Arbeitslosigkeit erste Massenentlassungen in der Textilindustrie. Etwa 10 % der Bevölkerung wurden in

---

43 Die nationalistischen Töne, die Hitler anschlug (vgl. Rombach, S. 75, Thies, S. 307 f.) fanden in Offenburg Anklang. Das Nationalgefühl litt besonders unter der französischen Besetzung der Stadt im Jahre 1923.

Interview Herr N., 28. 4. 77: „Das war es, womit die NSDAP in Offenburg Erfolg hatte, mit anderem weniger . . .“

44 DAO, 15. 11. 30



den Wintermonaten aus öffentlichen Mitteln laufend unterstützt.<sup>45</sup> Offenburgs Wirtschaft hatte sich mit einiger Verzögerung — bedingt durch die Besatzungszeit — von den Folgen des I. Weltkriegs rasch erholt.<sup>46</sup> Mitte der 20er Jahre war der Arbeitsmarkt entlastet und erst mit dem Abflauen der Konjunktur 1928 und der sich bemerkbar machenden Weltwirtschaftskrise wurde das Arbeitsamt Offenburg mit einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosen konfrontiert.<sup>47</sup> Saisonale Schwankungen hätten sich auch in einer Hochkonjunktur nicht vermeiden lassen, denn die Außenberufe waren damals noch witterungsabhängiger als heute.<sup>48</sup>

Die Ausmaße der Arbeitslosigkeit waren verheerend. Bei der Betrachtung der Grafik wird das wachsende Mißverhältnis zwischen Arbeitslosenunterstützungsempfängern und Wohlfahrtserwerbslosen deutlich.

Zur Erklärung: Jeder Arbeitssuchende (AS) hatte über 26 Wochen hinweg Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung bzw. Krisenunterstützung (ab Oktober 1931 nur noch 20 bzw. 16 Wochen), dann wurde er ‚ausgesteuert‘, d.h. die Wohlfahrts- und Fürsorgeämter der Kommunen übernahmen die weitere Versorgung. Aus Unterstützungsempfängern (UE) wurden Wohlfahrtserwerbslose (WE).

Mit dem Andauern der Krise nahm nicht nur die Zahl der Arbeitslosen zu, sondern auch die Zahl der Ausgesteuerten. 1930 brachte die Stadt im Haushalt einen Voranschlag über 150.000 RM für die ausgesteuerten Arbeitslosen ein. Notstandsarbeitsprogramme, z. B. Wiesenmeliorationen, Entwässerung des Stadtwaldes, Korrektur des Waldbaches, brachten nur eine geringfügige Entlastung des Arbeitslosenmarktes.

Im Oktober 1931 rief man, wie schon 1930, eine Notgemeinschaft ins Leben. Oberbürgermeister Holler erklärte auf der Gründungsversammlung: „Heute hat die Fürsorge in Offenburg 800 Fürsorgefälle (darunter fielen auch Armenfürsorge, Unfallfürsorge etc., der Verf.) zu betreuen. Das sind mit Familien 2.000 Personen, ein Achtel der Bevölkerung.“<sup>49</sup>

Mit dem Aussteuern verschlechterte sich die Situation dieser Arbeitssuchenden beträchtlich, da die Wohlfahrtserwerbslosen mit einer Unterstützung auskommen mußten, die kaum über das Existenzminimum hinausreichte. So mel-

---

45 OZ, 28. 12. 30

46 vgl. Baudendistel, S. 76. Er führte die stabile Lage Mitte der 20er Jahre auf die kleingewerblich strukturierte und konsumorientierte Industrie zurück.

47 Tabellarische Übersicht (Zahlen und Grafik S. 232 u. 233) angefertigt anhand der Monatsberichte des Arbeitsamtes, entnommen der OZ und dem OT. Die eine oder andere Lücke ließ sich nicht mehr schließen.

48 In Offenburg-Bezirk (Zahlen bei Lehmann, S. 78 a-d) brachten die in der Landwirtschaft zur Zeit der Ernte benötigten Arbeitskräfte größere saisonale Schwankungen mit sich.

49 OZ, 15. 10. 31

deten sich schließlich im Dezember 1932 3.500 Personen, um von der Notgemeinschaft mit Kleidern, Heizmaterial, Nahrungsmitteln oder Geld unterstützt zu werden (= 1.060 Hilfsbedürftige mit Familienangehörigen).<sup>50</sup> Der Fürsorgeaufwand der Stadt stieg bereits im Jahr 1931 auf 650.000 RM an (zum Vergleich: kurz nach der Inflation 1924 betrug der Fürsorgeaufwand ‚nur‘ 174.000 RM).<sup>51</sup> Zusehends wurden größere Summen gebunden, die man zur Sanierung des Arbeitsmarktes dringend benötigt hätte.

Die Schar der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen — knapp ein Fünftel der Bevölkerung, das am Rande des Existenzminimums oder schon darunter leben

*Offenburg – Stadt*

Monat	AS	UE	WE
1/30		450	
2/30		460	
3/30		425	
4/30			
5/30			
6/30		272	
7/30	592	299	293
8/30	526	322	204
9/30	523	296	227
10/30			
11/30	584	343	241
12/30	655	389	266
1/31	765	487	278
2/31	796	522	274
3/31	854	555	299
4/31	760	511	249
5/31	629	379	250
6/31	762	448	314
7/31	605	325	280
8/31	677	359	318
9/31	745	374	371
10/31	818	394	424
11/31	909	455	454
12/31	1035	552	483

*Offenburg – Stadt*

Monat	AS	UE	WE
1/32	1113	615	498
2/32	1177	665	512
3/32	1008	511	497
4/32			532
5/32	928	431	497
6/32	924	418	506
7/32	844	331	513
8/32	831	341	490
9/32	822	312	510
10/32	836	326	510
11/32	857	317	540
12/32	846	343	503
1/33	1069	473	596
2/33			658
3/33			694
4/33	1100	372	728
5/33	1076	371	705
6/33			666
7/33		342	
8/33		339	
9/33		345	
10/33		333	
11/33		384	
12/33			

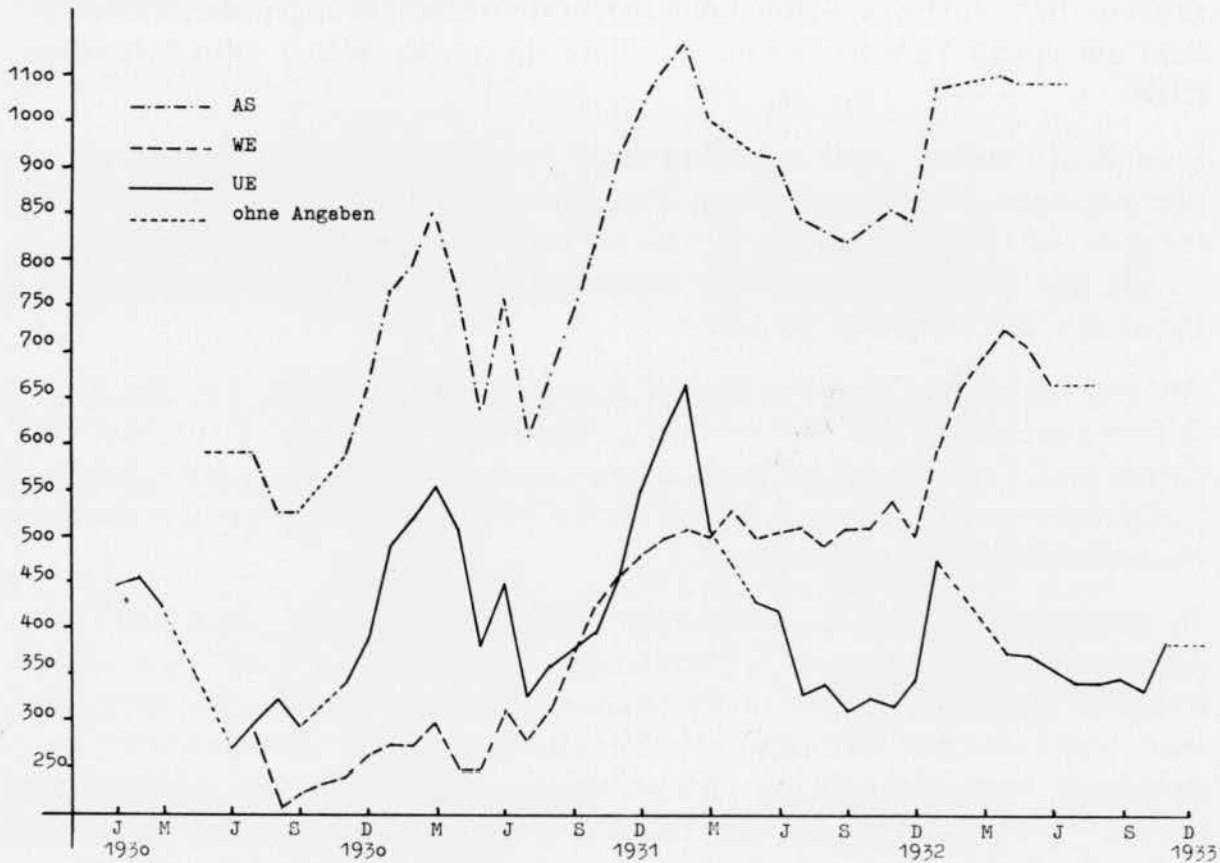
(AS = Arbeitssuchende, UE = Unterstützungsempfänger, WE = Wohlfahrtserwerbslose)

<sup>50</sup> OZ, 22. 12. 32

<sup>51</sup> OZ, 20. 10. 32

mußte, war für die radikalen Forderungen der extremen Parteien und deren Versprechungen für eine bessere Zukunft besonders anfällig.<sup>52</sup>

### Arbeitslosensituation in Offenburg – Stadt



## 2. Politische Radikalisierung

Parallel zur wirtschaftlichen Verelendung eines großen Teils der Bevölkerung verschärfte sich die politische Auseinandersetzung. Die demokratischen Parteien waren der Hetze der Nationalsozialisten und Kommunisten, die ihr agitatorisches Potential vollends freisetzten, kaum noch gewachsen. Der politische Stil wurde aggressiver.

Die KPD betrieb totale Destruktion. Man organisierte wilde Streiks bei den Notstandsarbeiten, Polizei mußte die Arbeitswilligen schützen. Die KPD star-

<sup>52</sup> Offenburgs Arbeitslosenzahlen im Vergleich:

Arbeitssuchende im Deutschen Reich (von Hundert der Bevölkerung): 9,3 %, Jan. 1932

Arbeitssuchende in Baden (von Hundert der Bevölkerung): 8,3 %, Jan. 1932

Arbeitssuchende in Offenburg (von Hundert der Bevölkerung): 7,0 %, Jan. 1932

Arbeitssuchende im Deutschen Reich (von Hundert der Erwerbstätigen): 16,3 %, Ende Juni 1932

Arbeitssuchende im Deutschen Reich (von Hundert der Bevölkerung): 8,4 %, Ende Juni 1932

Arbeitssuchende in Offenburg (von Hundert der Erwerbstätigen): 13,4 %, Ende Juni 1932

Arbeitssuchende in Offenburg (von Hundert der Bevölkerung): 5,6 %, Ende Juni 1932

Offenburg war etwas bessergestellt als der Reichsdurchschnitt.

tete eine Verleumdungskampagne gegen die städtische Fürsorge.<sup>53</sup> Oberbürgermeister Holler erstattete daraufhin Anzeige und plädierte für die Amtsenthebung der beiden verantwortlichen KPD-Stadträte, Richard Bätz und Wilhelmine Döserich. Gegen die ergangene Dienstentlassung legte die KPD Revision ein. Bätz durfte schließlich nicht mehr dem Stadtrat angehören, Döserich kam mit einem Verweis davon. Für Bätz rückte der Weber Otto Schneider nach.

Eine nicht mindere ‚Katastrophenpolitik‘ betrieb die NSDAP. Sie war dazu übergegangen, einen permanenten Wahlkampf zu führen — allein 1931 brachte sie es auf 12 Veranstaltungen.<sup>54</sup> Riesig nahm sich der Propagandaaufwand im OT aus, vor allem Kreisleiter Rombach versuchte das Programm seiner Partei ins rechte Licht zu rücken.<sup>55</sup>

Anfang 1931 wagte man den Schritt zum parteieigenen Blatt. Für den Kreis Offenburg erschien das Wochenblatt ‚Ortenauer Volkswarte‘ (OV). Wer für dessen Inhalt verantwortlich war, der vor dummen Hetzartikeln und üblen Beleidigungen nur so strotzte, konnten auch die Prozesse nicht klären, in die das Nazi-Blatt bald verstrickt wurde.

Da behauptete die OV, die Offenburger Milchzentrale ließe „täglich 60 Liter Laugenbrühe in die Vollmilch“<sup>56</sup> einlaufen, eine weitere „Panne“, wie solche haltlosen Anschuldigungen in Parteikreisen genannt wurden, passierte, als man dem badischen Kultusminister Nepotismus vorwarf. Jeweils kamen Dr. Rombach und Schriftleiter Müllermeister Rombach mit Geldstrafen davon.<sup>57</sup> Die OV trug aufgrund dieser Vorkommnisse im Volksmund bald treffende Namen wie ‚Backschwarte‘, ‚Volksschwarte‘ oder ‚Ortenauer Dreckschleuder‘.

Ihr ‚Meisterstück‘ lieferte die OV in Nr. 42 (Ausgabe vom 17. 10. 31). Unter der Überschrift ‚Der Paragraphenjongleur‘ richtete sie heftige Angriffe gegen die Reichsregierung: „Auch Brüning hat einen Eid geschworen. — Eide sind jedoch billig und das deutsche Volk hat in den 12 Jahren schon manchen Schweinehund kennengelernt, der kaltblütig einen Meineid schwur und trotz

---

53 Dazu Akte der Stadt Offenburg, 01461 (Rubrik 14)

54 Alle übrigen Parteien — außer dem Zentrum — brachten es auf 14.

55 Seit 1930 läßt sich beim OT ein ‚Richtungswechsel‘ feststellen. Über den Wandel des OT, das mehr und mehr der Staatspartei den Rücken kehrte und eher eine pronationalsozialistische Haltung einnahm, meinten Moßbrugger und N. übereinstimmend, daß die Zeitung die Gunst der Stunde nutzen und die nationalsozialistischen Wähler erfassen wollte. Kreisleiter Rombach, der mit dem Verlagsbesitzer des OT, Herrn Reiff, auf ‚Sie-Basis‘ befreundet war, sagte aus, er habe bei Herrn Reiff „in keiner Weise auf den politischen Kurs des Tageblatts Einfluß genommen“ (Briefwechsel 20. 4. 1977)

56 DAO 26. 11. 32

57 vgl. Rombach, S. 72. Dabei hatte der Kreisleiter noch Glück, daß er unter die von Schleicher verkündete Amnestie fiel und nicht mit Konsequenzen für seine Berufsausübung als Rechtsanwalt rechnen mußte.

der Empörung im Volk ruhig seinen Bonzengehalt und seinen Thron nicht aufgab . . .“<sup>58</sup>

Die OV wurde daraufhin für drei Wochen verboten. Müllermeister Rombach und sein Gehilfe Bauer saßen erneut auf der Anklagebank. Der Staatsanwalt erhob Anklage nach dem Republikenschutzgesetz. Der eigentliche Urheber des Artikels wurde gedeckt. Dr. Rombach, der die beiden verteidigte, drohte dem Gericht: „Wenn Sie Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wollen, dann fällen Sie ein mildes Urteil!“<sup>59</sup>

Und in der Tat erhielten die Angeklagten statt der geforderten Haftstrafen nur geringe Geldbußen. Das Urteil fand auch überregional Beachtung und wurde als ‚aufreizend mild‘ bezeichnet, wobei auch die Vermutung geäußert wurde, „daß die Schöffen eine höhere Bestrafung verhindert hätten.“<sup>60</sup> Für Links- und Rechtsradikale wurden auch in Offenburg verschiedene Strafmaßstäbe angelegt.

Ein Beispiel für die damalige politische Auseinandersetzung der Rechten sei hier noch angeführt, weil es für internationale Aufregung sorgte. Der Fall ‚Oskar Daubmann‘ alias Ignaz Hummel<sup>61</sup> gibt uns auch Aufschluß darüber, welche Emotionen mit nationalistischen Tönen geweckt werden konnten, die die Nationalsozialisten zu ihren Gunsten nutzten.

Ignaz Hummel, von Beruf Schneider, vorbestrafter Kriegsfreiwilliger, verschwand im Mai 1932 aus Offenburg. Seiner Frau gegenüber äußerte er, er müsse geschäftlich nach Straßburg. Hummel aber fuhr mit dem Fahrrad nach Italien und tauchte für einige Wochen unter. In finanziellen Schwierigkeiten, sah er für seine Rückkehr nur eine Möglichkeit: er ging in Neapel zum Deutschen Konsulat und gab sich als gewisser Oskar Daubmann aus, der seit Ende des I. Weltkrieges vermißt wurde. Hummel schrieb an dessen Eltern, sie sollten ihm Geburtsurkunde und Taufschein schicken, damit er seine Identität beweisen könne. Hummel kannte Daubmann gut — er saß mit ihm auf einer Schulbank. Mit exaktem Detailwissen spielte er seine Rolle so gut, daß ausnahmslos alle auf seinen Schwindel hereinfliegen. Ausgestattet mit einer neuen Identität, kehrte er nach Deutschland zurück, wo ihm in Freiburg und in der Heimat des echten Daubmanns, in Endingen, als Kriegsheld, dem angeblich ‚letzten deutschen Kriegsgefangenen‘ mit militärischen Abordnungen ein begeisterter Empfang bereitet wurde.

Seine Schauermärchen über die sechzehnjährige Kriegsgefangenschaft in Afrika und die abenteuerliche Flucht nach Italien riefen allgemeine Empörung

---

58 OV, zitiert nach DAO, 23. 4. 32

59 DAO, 23. 4. 32

60 Frankfurter Zeitung, zitiert nach DAO, 23. 4. 32

61 vgl. hierzu DAO, 15. 10. 32

OZ, 13. 10. 32, 10. 1. 33

OT, 12. 1. 33

hervor. Frankreich wurde aufs schärfste angegriffen<sup>62</sup>, denn die von Hammel geschilderte Gefangenschaft wäre ein Verstoß gegen alle internationalen Abmachungen gewesen. Die Nationalsozialisten reichten ihren ‚nationalen Helden‘ überall herum und unterstützten ihn in seinen Schadensersatzforderungen gegenüber Frankreich.

Der Schwindel, der im Juni begann, flog im Oktober auf. Eine Gegenüberstellung ließ Hummels falsche Identität zusammenbrechen. In Freiburg unter Anklage gestellt, erhielt er zweieinhalb Jahre Haft.

### *3. Der letzte Erfolg der Republikaner*

Mit ihren radikalen Forderungen nach einem wiedererstarkten Deutschland, wirtschaftlicher Gesundung und Revanchegelüsten gegenüber Frankreich waren die Nationalsozialisten klar in der Vorderhand, ebenso wie die Kommunisten, die mit ihrer destruktiven Kritik am Lohnabbau und an der Arbeitslosigkeit bereits eine feste Anhängerschaft hinter sich wußten.

Die beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl am 13. 3. und 10. 4. 1932 schienen die demokratischen Parteien von EVD bis zur SPD zusammenschweißen, um endlich dem politischen Radikalismus Einhalt zu gebieten. Aber es war keine Einigkeit für Hindenburg, sondern eine gegen Hitler, eine Koalition, die notwendigerweise aufgrund der diametral entgegengesetzten Auffassungen in dem Moment auseinanderbrechen mußte, in dem der Reichspräsident gekürt war.

Als ‚nationales Symbol‘, ‚Sieger von Tannenberg‘ und ‚christlicher Staatsmann‘ verehrten die demokratischen Parteien ihren ‚Muß-Kandidaten‘ Hindenburg.<sup>63</sup>

Die Kommunisten unterstützten vorbehaltlos ihren Kandidaten Thälmann. Hinter Hitler stand nicht nur die NSDAP, just in diesem Moment erhielt die Partei vom erzreaktionären ‚Alldeutschen Verband‘ Schützenhilfe. Beim Kampfblock ‚Schwarz-Weiß-Rot‘ (Deutschnationale und Stahlhelm) hieß die Losung: „Das System muß überwunden werden.“<sup>64</sup> Man sah sich auch genötigt, darauf hinzuweisen, daß die eher zaghafte Empfehlung für Duesterberg nicht aus Feindschaft zu den Nationalsozialisten ergangen sei.

---

62 Gerade in der Zeit, in der der angebliche Daubmann zurückkehrte, fand in Lausanne die Reparationskonferenz statt (16. 6. - 9. 7. 32), der eine antifranzösische Kampagne nur schaden konnte, zugunsten der Nationalsozialisten, die jegliche weitere Reparationszahlungen ablehnten.

63 1925 war Hindenburg für Geck und die Sozialdemokratie der ‚Kandidat der Militaristen und Höflinge‘ (DAO, 3. 5. 25). Sieben Jahre später wahrte die Offenburger SPD Neutralität und arbeitete im ‚Hindenburg-Ausschuß‘ mit.

64 OT, 9. 3. 32

Das Wahlergebnis vom 13. 3. 32 zeigte, daß Hindenburg in Offenburg schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit errungen hatte, gleichzeitig aber die NSDAP (29,3 %) und die KPD (13,8 %) beachtliche Stimmenpotentiale auf ihre Seite ziehen konnten.<sup>65</sup> Der zweite Wahlgang, der erforderlich war, weil Hindenburg auf Reichsebene die 50 %-Marke knapp verfehlte, brachte für den Hindenburg-Ausschuß ein leicht verbessertes Ergebnis.<sup>66</sup>

Das demokratische Leben litt unter den Auseinandersetzungen im Wahlkampf. Vor Gewalttätigkeiten schreckte man in Offenburg nicht mehr zurück. „Es gab Schlägereien am laufenden Band, kleinere Auseinandersetzungen. Die Zeitungen haben sich mit ihren Berichten zurückgehalten, die wollten nicht noch mehr dazu tun.“<sup>67</sup>

#### 4. Die Antidemokraten gewinnen die Mehrheit

Zum dritten Mal innerhalb eines Jahres wurden die Offenburger aufgefordert, am 31. 7. 1932 ihr politisches Votum abzugeben. Erneut setzte ein aufwendiger, hektisch geführter Wahlkampf ein, an dessen Ende eine weitere Schwächung der Republik stehen sollte.

Die politische Linke versuchte über eine Aktionsgemeinschaft mit Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften den Rechtsradikalismus einzudämmen. Die Einheitsfront blieb Illusion.<sup>68</sup>

Das Zentrum arbeitete lose mit der Sozialdemokratie und dem Reichsbanner zusammen, aber auch nur mit geringem Erfolg.

„Wir (Zentrumsmitglieder, der Verf.) sind auch in Versammlungen der SPD gegangen, um dort ein Fundament zu schaffen, umgekehrt kamen die Mitglieder der SPD zu uns, um zahlenmäßig in Erscheinung zu treten . . . Ebenso funktionierte das Zusammenspiel mit Christlichen und Freien Gewerkschaften . . . Nach außen hin bildeten die demokratischen Parteien eine Einheitsfront, um nicht von der NSDAP auseinanderdividiert zu werden. Zentrumsleute waren auch im Reichsbanner organisiert. Das Reichsbanner war eigentlich das Sammelbecken aller Demokraten, gleich welcher Art . . .“<sup>69</sup>

---

65 Kurz ein Blick auf die ‚Garnisonsstadt‘ der NSDAP im Amtsbezirk Offenburg, Altenheim. Dort erreichte Hitler das phantastische Ergebnis von 70,8 %. Die Altenheimer krönten Hitlers Wahlerfolg mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an den NSDAP-Vorsitzenden (16. 7. 32, übrigens die erste in Baden)

66 Zu den Wahlgängen Tabelle S. 249

67 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77

68 Die NSDAP täuschte sich nicht, als sie am 29. 6. 32 im OT bemerkte, daß die Einheitsfront hinsichtlich der Beurteilung der Sowjetunion deutliche Risse zeige. Außer einer antifaschistischen Kundgebung am 15. 7. 32 mit 500 (!) Teilnehmern (OZ, 16. 7. 32) leistete man nichts Gemeinsames.

69 vgl. Interview Moßbrugger, 8. 3. 77: „Nach 1933 hat man erstaunlicherweise plötzlich Firmen und Firmeninhaber in der NSDAP gefunden, die aber vorher nie etwas gesagt haben. Es hat sogar Doppelmitgliedschaften gegeben, im Zentrum und in der NSDAP . . . Es hat Leute gegeben, die innerhalb des Zentrums Spitzel waren . . .“

Die Äußerungen zeigen, daß mit den wenigen braunen Aktivisten lediglich die Spitze des ‚nationalsozialistischen Eisberges‘ zu sehen war. Die Hitler-Bewegung hatte eine wesentlich breitere Masse bereits erfaßt. Obwohl nach wie vor kaum einer wagte, sich offen für die NSDAP einzusetzen,<sup>70</sup> brachten die Parteiaktivisten Leute in ihre Versammlungen, von denen andere Parteien nur träumen konnten. Dabei war jeweils die Altenheimer Trachtenkapelle, die mit Marschmusik die Stimmung anheizte; ein Rollkommando der Altenheimer SA stellte den notwendigen Saalschutz. Größere Handgreiflichkeiten blieben aus, weil man sich mit Parallelveranstaltungen aus dem Weg ging.

Die Wahl am 31. 7. 32 zeigte in erschreckender Weise die Fortsetzung des Trends zur Radikalisierung, der sich vor Monaten angedeutet hatte. Erstmals sank die bisher demokratische Mehrheit in Offenburg an diesem letzten Juli-sonntag unter die 50 %-Marke. Die Parteien, die gegen das ‚System‘ Front gemacht hatten, vereinigten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich.

Inwieweit die Offenburger zur Niederlage der demokratischen Parteien beigetragen haben, läßt sich nicht mehr feststellen. Am Wahlsonntag gastierten anläßlich eines Gauturnfestes „2366 Wähler mit Stimmscheinen“<sup>71</sup> in der Stadt. Sie hatten ein eigenes Wahllokal, wurden aber von der NSDAP aufgefordert, davon keinen Gebrauch zu machen. So wurden in der Halle nur 550 Stimmen gezählt, die restlichen Turnerstimmen verteilten sich auf die übrigen Wahllokale.<sup>72</sup>

Aber auch ohne feine Wahlanalysen läßt sich der politische Erdrutsch nachvollziehen:

- Die NSDAP konnte ihren Stimmanteil mehr als verdoppeln und wuchs zur stärksten Partei (37,4 %).
- Das Zentrum gewann rund 500 Stimmen hinzu, blieb aber hinter der NSDAP zurück. Zum ersten Mal war das Zentrum in Offenburg nicht mehr stärkste politische Kraft (29,8 %)
- Die KPD überrundete die Sozialdemokratie (10,5 %)
- Mit geringen Verlusten folgte die SPD an vierter Stelle (10,1 %)
- Die DNVP gewann leicht hinzu.
- Alle anderen Parteien erlitten Verluste (insgesamt 13,3 %). Deren Wähler dürften, wenn es sich auch im einzelnen nicht mehr exakt feststellen läßt,

---

70 vgl. Rombach, S. 69: „Man mußte mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykottmaßnahmen rechnen.“

71 OT, 1. 8. 32

72 DAO, 6. 8. 32. Geck folgerte: „So darf man annehmen, daß mindestens die Hälfte der über 2000 Gaststimmen der Heilsarmee zuzielen.“ Dabei legte er als Maßstab das Ergebnis im Turnerwahllokal zugrunde, das 55 % für die NSDAP brachte.

Daß die Turner sehr aktiv votiert haben, läßt die hohe Wahlbeteiligung von 97,1 % vermuten (durch die Gastwähler verzerrt). Gecks Annahme, daß die NSDAP von den auswärtigen Turnern über 1000 Stimmen erhielt, dürfte sehr wahrscheinlich sein.



größtenteils zur NSDAP abgewandert sein, vor allem die Wähler der Wirtschaftspartei.<sup>73</sup>

Zwar machte sich bei der zweiten Reichstagswahl im November dieses Jahres (6. 11. 32) eine gewisse Wahlmüdigkeit breit, der politische Meinungsumschwung wurde dennoch bestätigt.

- Die NSDAP verlor zwar die meisten Stimmen (- 1146), blieb aber tonangebende Partei. Der Rückgang muß im Zusammenhang mit den Turnerstimmen bei der Juliwahl gesehen werden. Sollte Gecks Vermutung richtig sein (vgl. Anmerkung 72), daß vor drei Monaten mehr als die Hälfte der Sportler für die NSDAP gestimmt hat, dann hätte die Partei jetzt keine Verluste, im Gegenteil, in einigen Stimmbezirken vielleicht sogar geringe absolute Gewinne.
- Auch das Zentrum mußte Verluste hinnehmen (- 371), möglicherweise zurückzuführen auf die geringere Wahlbeteiligung und den Wegfall der Turnerstimmen.
- Erstmals verlor die Sozialdemokratie beträchtliche Stimmanteile (- 310). Von hier dürften die meisten Stimmen an die KPD gefallen sein.
- Als einzige von den großen Parteien verbuchte die KPD einen Zuwachs (+ 93) und festigte ihre Position als dritte politische Größe. Sie erreichte ihr bestes Ergebnis überhaupt.
- DNVP, DVP, DStP konnten den Abwärtstrend stoppen und das Juli-Ergebnis mit leichten Gewinnen stabilisieren. Die Wirtschaftspartei hingegen erreichte einen neuen Tiefstand.

Innerhalb von zwei Jahren verloren die demokratischen Parteien in Offenburg mit 30,5 % zwei Fünftel ihrer Wählerschaft; der politische Radikalismus schnellte von 16,7 % auf über 50 % und verdreifachte sein Wählerpotential mit Hilfe der mobilisierten unpolitischen und bisherigen Nichtwählern.

## V. Der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft

Von dem anbrechenden Jahr erhoffte man sich eine Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage. Aber an eine Rückkehr zu geordneten Verhältnissen war nicht mehr zu denken. Die Nationalsozialisten erreichten ihr Ziel — die Zerschlagung der ‚verhaßten Judenrepublik‘ — schneller, als Offenburgs eingefleischte Demokraten es je vermuteten.

---

73 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77: „Der Mittelstand, der in den 20er Jahren ein Stabilitätsfaktor der Republik war, ist allmählich abgewandert zur NSDAP . . . Man (der Mittelstand, der Verf.) hat versucht, über die NSDAP den wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen.“

## 1. Die Reichstagswahl 1933

Der Elan der Offenburger Nationalsozialisten war ungebrochen. Unvermindert blieben sie auf Konfrontationskurs, „eine Kostprobe der Hakenkreuzkultur des 3. Reiches.“<sup>74</sup>

Gegenüber der KPD ließ es die NSDAP an Provokationen nicht fehlen. Am 20. Januar hatte die NSDAP in den Dreikönigssaal eingeladen, bei der den Kommunisten zum Thema ‚Das wahre Gesicht Sowjetrußlands‘ eine dreiviertelstündige Redezeit zugesichert wurde. Von Anfang an herrschte ‚dicke Luft‘. Die KPD bediente sich der Taktik der Braunhemden und störte mit Zwischenrufen den Vortrag, worauf der Referent mit ‚Halt’s Maul, du Idiot!‘<sup>75</sup> antwortete und die Kommunisten als ‚dämliche Schnauzen‘, ‚gemeine Hunde‘ und ‚halbverrückte Kerle‘ titulierte.<sup>76</sup> Als einer der Zwischenrufer ‚besonders auffiel‘<sup>77</sup>, entlud sich die aufgestaute Aggression. Biergläser flogen, die Offenburger SA, angeführt von einem Legelshurster Rollkommando, stürzte sich mit ‚herausgerissenen Stuhlbeinen‘<sup>78</sup> auf die Kommunisten, die trotz auswärtiger Verstärkung in der Minderheit waren.

Die Sicherheitspolizei räumte den Saal und anerkannte für den Veranstalter den Tatbestand der Notwehr. Über 40 Personen wurden verletzt, einige Schwerverletzte kamen ins Krankenhaus. 10 Personen wurden verhaftet. Der Urheber der Schlägerei wurde nicht ermittelt.

Wenige Tage später bot sich den Nationalsozialisten erneut ein Grund auf die Straße zu gehen, dieses Mal weniger blutig, dafür aber umso eifriger. Sie riefen zum Fackelzug auf, zu dem ‚die ganze Einwohnerschaft zum Erscheinen verpflichtet war.‘<sup>79</sup> Doch der Aufruf fand nicht allzuviel Anklang. Knapp 250 Demonstranten — SS, SA, Stahlhelm — folgten dem Aufruf zur ‚Hitlerkomödie‘.<sup>80</sup>

Und dennoch, die anderen Parteien waren dem Treiben der NSDAP nicht mehr gewachsen. Der folgende Wahlkampf machte dies deutlich. Zum letzten Mal erhielten die Parteien, allerdings arg behindert, die Chance, um Wähler zu werben. Dabei kam die KPD aufgrund des Erlasses vom 28. 2. 33 ( ‚Verordnung zum Schutz von Volk und Staat‘, die sog. ‚Reichstagsbrandverordnung‘) nicht mehr zum Zuge. ‚Im Zusammenhang mit der

---

74 DAO, 21. 1. 33

75 OZ, 21. 1. 33

76 OT, 21. 1. 33, Stellungnahme der KPD

77 OZ, 21.1.33, OT, 21.1.33. Die OZ kam einer Erklärung der Schlägerei wohl am nächsten: ‚Die scharfe Sprache des Redners wie die mangelnde Disziplin der kommunistischen Saalbesucher führten zur Saalschlacht.‘ Die KPD verteidigte sich mit der Behauptung, der Redner habe die SA und SS auf ihre Mitglieder gehetzt, während die NSDAP behauptete, ein Kommunist habe einem SA-Mann ein Bierglas ins Gesicht geworfen.

78 vgl. Rombach, S. 74

79 DAO, 4. 2. 33 Hitler wurde am 30. 1. 1933 zum Reichskanzler ernannt.

80 DAO, 4. 2. 33

kommunistischen Aufrührerbewegung wurden kommunistische Führer und Funktionäre in Haft genommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert.“<sup>81</sup> Bätz und Schneider, die führenden Kommunisten, waren rechtzeitig untergetaucht.

Obwohl die Braunhemden, denen die Straße gehörte, durch die politische Übervorteilung der gegnerischen Parteien eindeutig in der Vorderhand waren, enttäuschte das Wahlergebnis. Trotz aller Bevorzugung, der ‚Schlepperdienste‘, massiver Einschüchterung<sup>82</sup> und Aufmärschen reichte es nur zu 41,9% und damit zu einem um 2 % schlechteren Ergebnis als im Reichsdurchschnitt.<sup>83</sup> Der Stimmenzuwachs dürfte auf die hohe Wahlbeteiligung (87,2 %), die Wählerabwanderung von der bürgerlichen Mitte und möglicherweise auf die auch andersorts beobachtete Wählerfluktuation zwischen den extremen Parteien zurückzuführen sein. Endgültiges läßt sich nicht belegen.

Der politische Katholizismus bewies erneut seine Stabilität. Die Stammwählerschaft (über 3000) bewahrte den Zentrumsturm vor dem Einsturz. Leichte Gewinne verzeichnete, ebenso wie das Zentrum, auch die Sozialdemokratie, ohne allerdings frühere Verluste aufwiegen zu können. Eine linientreue Wählerschaft hielt trotz der Repressalien zur KPD, die erstaunlich wenig verlor.<sup>84</sup>

Die neu formierte DNVP (‚Kampffront Schwarz-Weiß-Rot‘) gewann ebenfalls Stimmen, blieb aber hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Somit reichte es den beiden Rechtsparteien in Offenburg nur zu 46,6 %, während im Deutschen Reich NSDAP und DNVP eine regierungsfähige Koalition bilden konnten.

## 2. Der letzte Widerstand

Die Nationalsozialisten feierten ihren Sieg mit einer ‚Harzburger Lichterprozession‘<sup>85</sup>. Auf dem Rathaus sollte die Hakenkreuzflagge gehißt werden, die sozialdemokratische Fraktion lehnte dies strikt ab. Oberbürgermeister Holler (Zentrum) erklärte, er werde der heutigen Zeit Rechnung tragen und der Beflaggung keinen Widerstand entgegensetzen, während die Zentrumsfraktion darauf hinwies, daß nach der badischen Verfassung das ‚Beflaggen von öf-

---

81 OT, 4. 3. 33

82 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77: „Vor dem Wahllokal stand die SA und selbst im Lokal konnte sie einsehen, wer wo sein Kreuzchen hinmachte.“

83 Wahlergebnisse im Vergleich (Offenburg/Land Baden/Deutsches Reich) auf S. 247–250 Ein Blick nach Altenheim: die NSDAP erhielt 86,9 % (1268 von 1458 Stimmen).

84 Ein Kuriosum am Rande: das Gefängnis der Stadt wurde als gesonderter Wahlbezirk geführt. Die 31 abgegebenen Stimmen fielen ausschließlich an die KPD, unschwer zu erraten, wer in Schutzhaft saß.

85 DAO, 11. 3. 33

fentlichen Gebäuden untersagt“<sup>86</sup> ist. Der Antrag der NSDAP wurde also abgelehnt. Rombachs unverhohlene Drohung, er könne für das Verhalten der SA und SS keine Garantie übernehmen, ließ den braunen Terror deutlich sichtbar werden. Die Flagge wurde von den drei NSDAP-Stadträten schließlich doch gehißt. Bürgermeister Blumenstock (SPD) handelte konsequent: er ließ sich beurlauben, Stadtrat Vestner (SPD) verließ ebenfalls die Sitzung.<sup>87</sup>

Zwar nahm Blumenstock gegen die Zusicherung, die Flagge werde am Abend wieder entfernt — erst am 15. 3. 33, dem ‚Tag der Nationalen Erhebung‘ holte man die Hakenkreuzflagge wieder herunter — seinen Dienst wieder auf, aber Dr. Rombach sah eine günstige Gelegenheit, eine unbequeme Person loszuwerden. Er forderte die Dienstentlassung Blumenstocks und die Aufnahme eines Disziplinarverfahrens.<sup>88</sup> Drei Tage später wurde der Bürgermeister entlassen. Vestner legte daraufhin sein Stadtratsmandat nieder. Karl Rombach, Ortsgruppenleiter der NSDAP, übernahm den vakanten Posten des Bürgermeisters.

### 3. *Das Ende der Freiheit*

Zielstrebig gingen die Nationalsozialisten daran, ihre Herrschaft zu festigen. Im Zusammenhang mit dem Mord an einem Polizeibeamten im Freiburger Stühlinger<sup>89</sup> wurden sämtliche badischen SPD- und KPD-Funktionäre verhaftet, die Büros marxistischer Parteien geschlossen und deren Vermögen konfisziert. Wenige Wochen später wurden auch Bätz und Schneider verhaftet. Wiederum acht Tage später ging ein Sammeltransport von Kommunisten, darunter auch Bätz, Richtung Heuberg in ein Konzentrationslager.

Faktisch war von beiden Parteien kein Widerstand mehr zu erwarten. Das Verbot marxistischer Parteien vom 22. 6. 33 war nur noch eine juristische Floskel, die der ganzen Aktion einen legalen Anstrich geben sollte.<sup>90</sup> Parallel zur ‚marxistischen Säuberungswelle‘ lief eine Hetzkampagne gegen die Offenburger Juden. Der Boykott, der auf Reichsebene für den 1. April 1933, 10 Uhr angesetzt war, brachte den erhofften Erfolg. Kurz vor Boykottbeginn schlossen die jüdischen Geschäfte, vor denen SA aufmarschiert war. Die mei-

---

86 zitiert nach OT, 7. 3. 33

87 Blumenstock erklärte: „... die Fahne, die jetzt auf dem Offenburger Rathaus gewaltsam gehißt (wurde, der Verf.) ... ist das Kampfsymbol einer politischen Partei, die die schärfste Gegnerin der politischen Ideen ist, denen ich mit Verstand und Herzen anhängen und denen ich gerade in dieser Stunde treubleibe ... Ich glaube, daß auch meine politischen Gegner dafür Verständnis haben werden, daß ich in diesem Hause nicht arbeiten kann, bis der rechtswidrige Akt entweder legalisiert (durch Bestätigung aus Karlsruhe oder Berlin, der Verf.) oder rückgängig gemacht worden ist ...“

88 Über den Antrag wurde im Stadtrat abgestimmt. Ergebnis: Acht waren für diese Maßnahme, einer war dagegen, vier enthielten sich der Stimme, unter anderem auch Oberbürgermeister Holler.

89 OT, 17./18. 3. 33

90 OT, 23. 6. 33

sten Juden verließen daraufhin Offenburg. Mit der Gleichschaltung der kommunalen Parlamente war die NSDAP der „Vernichtung des roten und schwarzen Marxismus“<sup>91</sup> ein Stück nähergekommen. Die NSDAP erhielt 6 Stadtratsmandate, das Zentrum 3, die SPD 1. Die Parteien waren damit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Resignation machte sich breit. Als erste reagierte die Wirtschaftspartei auf die veränderte Situation. Sie schloß sich der „nationalsozialistischen Bewegung“<sup>92</sup> an.

Am 2. 5. 33 wurden die Büros der Freien und Christlichen Gewerkschaften durch die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) besetzt, um die Gewerkschaften vom „marxistischen Gift“<sup>93</sup> zu reinigen. Wenige Wochen später verbot man die ‚Badenwacht‘, die politische Kampforganisation des Zentrums.<sup>94</sup> Ende Juni erfolgte die Selbstaflösung der DNVP und der Staatspartei.<sup>95</sup> Den Schlußstrich unter den von Berlin aus geförderten Auflösungsprozeß setzte das Zentrum, nachdem auch tags zuvor die DVP und BVP aufgehört hatten zu existieren.<sup>96</sup> Stadträte und Stadtverordnete des Zentrums traten als Hospitanten der NSDAP bei, vakante Plätze der SPD fielen der NSDAP zu.

Allein die NSDAP bestimmte jetzt „wie es kommen wird“.<sup>97</sup> Mit nationalsozialistischer Gründlichkeit ging man daran, die letzten Erinnerungen an die Republik auszumerzen. Aus der ‚Republikstraße‘ wurde ‚Am Kinzigdorf‘, die ‚Erzberger-Rathenau-Straße‘ hieß jetzt ‚Schlageterstraße‘, ‚Ebert-Straße‘ und ‚Ebert-Platz‘ wurden in ‚Horst-Wessel-Straße‘ und ‚Horst-Wessel-Platz‘ umbenannt.<sup>98</sup>

Die Knebelung der Presse war der nächste Schritt. Am 18. 3. 33 erschien Gecks DAO zum letzten Mal. Die Titelseite, das einzige Blatt der Ausgabe, trug die lakonische Erklärung: „Auf Grund der Notverordnung vom 28. 2. 33 bis auf weiteres verboten.“

Das OT war zur Parteizeitung ‚umfunktioniert‘<sup>99</sup> und damit ein Wandel abgeschlossen, der sich schon 1930 abzeichnete. Die OZ durfte nicht mehr frei be-

---

91 OT, 29. 4. 33

92 OZ, 26. 4. 33

93 OZ, 2. 5., 3. 5. 33

94 OT, 17. 6. 33

95 OT, 28. 6. 33, 29. 6. 33

96 Auflösungserklärung des Zentrums: „Das Zentrum vollzieht den notwendigen organisatorischen Abbau mit tunlichster Beschleunigung. Sie darf hierbei loyalerweise damit rechnen, daß die Abwicklungsarbeiten nicht gestört werden, daß Beschlagnahme von bisherigem Parteigut, wie politisch bedingte Verhaftungen von ehemaligen Parteiangehörigen in Zukunft unterbleiben und bereits Verhaftete wieder freigelassen werden, soweit nicht Verdacht strafbarer Handlungen vorliegt.“ (OZ, 6. 7. 33)

97 OT, 6. 7. 33

98 Nach ihrem späteren Ehrenbürger wurde die Hauptstraße in ‚Adolf-Hitler-Straße‘ umbenannt. Wagner, Reichsstatthalter in Baden, Hindenburg und Hitler erhielten die Ehrenbürgerschaft der Stadt Offenburg am 3. 4. 1933

99 OT, 20. 4. 33, Eigeninserat: „Wer schnell, objektiv und im Sinne der nationalen Regierung Hitler informiert sein will, abonniere nur das alte Heimatblatt.“

richten. Für einen kritischen Artikel unter der Überschrift ‚Was ist jetzt besser geworden?‘<sup>100</sup> kassierte das Blatt eine offizielle Verwarnung und konnte bis zum Einstellen ihres Erscheinens bzw. der Angliederung an das OT auf Weisung aus Berlin 1935/36 nicht mehr kritisch berichten, ohne ein Verbot zu riskieren.

Nur über den Posten des Oberbürgermeisters konnten die Nationalsozialisten noch nicht verfügen, aber auch hier waren sie um eine schnelle Lösung nicht verlegen. Es liefen Bestrebungen, Holler in den Staatsdienst zurückzusetzen. Am 10. 1. 1934 stellte er sein Amt zur Verfügung. Als Notar wurde er mit dem Titel Justizrat nach Freiburg versetzt, wo er am 1. 4. 34 seinen Dienst antrat.<sup>101</sup> Sein Nachfolger als Oberbürgermeister wurde Kreisleiter Dr. Wolfram Rombach. Was de facto abzusehen war, hatte die NSDAP jetzt auch de jure erreicht: ‚Damit ist nunmehr die Gewähr gegeben, daß die Geschicke unserer Stadt eindeutig und klar im Sinne Adolf Hitlers gelenkt werden. Wir hoffen zuversichtlich, daß es zum Wohle der ganzen Bürgerschaft und damit auch zum Vorteil des einzelnen geschehen wird.‘<sup>102</sup>

Die nationalsozialistische ‚Machtergreifung‘ war abgeschlossen.

## VI. Ergebnis

Schritt für Schritt verlor die Weimarer Demokratie in Offenburg ihre so überzeugende Mehrheit. Den radikalpolitischen Umstrukturierungsprozeß leitete in der mittelbadischen Stadt die Weltwirtschaftskrise ein, deren Folgen 1930 in Offenburg sich nachhaltig bemerkbar machten. Die wirtschaftliche Unsicherheit, Angst vor sozialem Abstieg, die Ungewißheit über die Zukunft füllte den Agitatoren und scheinbaren Befreiern die Säle mit einem hoffenden Publikum.

Für die Nationalsozialisten war es schier aussichtslos, in der Zentrumshochburg überhaupt Fuß zu fassen. Die negativen Vorzeichen änderten sich mit der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit. Das Häuflein Aktivisten, unterstützt vom Hanauerland, priesen den Verunsicherten, wirtschaftlich Geschädigten, Arbeitslosen, Unzufriedenen, Republikgegnern und wie potentielle NSDAP-Wähler noch einzuordnen wären, die Rettung aus der Krise so fanatisch und überzeugend an, daß die Septemberwahl 1930 zum ersten Erfolg für die Offenburger NSDAP führte.

Allein die Weltwirtschaftskrise für den demokratischen Zusammenbruch verantwortlich zu machen, wäre eine nicht zulässige, monokausale Erklärung.

---

100 OZ, 23. 3. 33

101 OT, 19. 12. 33

102 OZ, 18. 7. 33, Erklärung der Zentrumsstadträte anlässlich ihres Übertritts als Hospitanten zur NSDAP.

Die Wirtschaftskrise war natürlich ein günstiger Boden, auf dem die Saat der Nationalsozialisten prächtig gedieh. Das Beispiel Offenburg zeigte, daß der Grundstein für den nationalsozialistischen Durchbruch auf örtlicher Ebene gelegt wurde. Aber in Offenburg, in dem die überwiegend katholische Bevölkerung den Vormarsch Hitlers nicht verhinderte, aber doch zumindest bremste, mußte es für den hohen nationalsozialistischen Stimmanteil noch andere Gründe geben.

Die Affäre Oskar Daubmann entfesselte in Offenburg nationale Emotionen. Machte sich die NSDAP Mühe, jede nur mögliche Berufsgruppe oder Konfession anzusprechen, mit nationalen Parolen gewann man Anhänger auf einfachere Art, und das nicht ohne Grund. Die Furcht vor Frankreich war bei vielen — seit der französischen Besetzung und wegen der Nähe zu Frankreich — latent vorhanden und platzte unter der nationalsozialistischen Agitation wieder auf. Die unbewältigte Niederlage tat ein Übriges. Der spätere Sieg der Nationalsozialisten dürfte auch in der kleinbürgerlichen Struktur Offenburgs begründet gewesen sein.<sup>103</sup> Die Angst vor erneuter wirtschaftlicher Zerrüttung wie zu Zeiten der Inflation trieb den Mittelstand in die Arme der vielversprechenden Rechten.

Ein Drittes kommt hinzu: die demokratischen Parteien zeigten keine Geschlossenheit. Zu schwach war das einigende Band von SPD bis DVP, das eine wirksame Zusammenarbeit auf engstem lokalem Raum gegen die radikalen Kräfte zugelassen hätte. Minimal war auch der Vertrauenskredit, über den die demokratischen Parteien verfügen konnten. Einer präsidialen Notstandspolitik als Antwort auf die akuten Probleme standen radikalere Forderungen für die schnelle Lösung gegenüber, vor allem auch gleichzeitig mit der Präsentation des jeweiligen Schuldigen an der jetzigen Misere. Schließlich half die ohnmächtige Passivität der Parteien, die NSDAP in den Sattel zu heben. Die einzigen, die den Nazis Widerstand entgegensetzten, waren Offenburgs Sozialdemokraten, von anderer Seite konnte die Hitler-Partei mit stillschweigender Duldung rechnen. Das Zentrum war zwar der eigentliche ruhende Pol in dieser Zeit wirtschaftlicher und politischer Wirren. Von hier aus, einer Partei mit festem Wählerstamm und einer christlich orientierten Politik, und nicht von der vielgeschmähten Sozialdemokratie hätte man Widerstand erwartet. Zwei Gründe sind ausschlaggebend, warum die Widerstandskraft der Zentrumsparterie lahmte. Zum einen eine immobile Frauenwählerschaft, die zwei Drittel der Wähler dieser Partei stellte und sich wohl mehr durch den christlichen als

---

103 In einer Untersuchung einer ähnlich strukturierten Stadt im norddeutschen Raum hat Allen (W. S. Allen, „Das haben wir nicht gewollt“, Gütersloh 1965) nachgewiesen, daß die NSDAP dort nur diesen Erfolg hatte, weil das Kleinbürgertum, „das Rohmaterial, aus dem Hitler seine Bewegung schmiedete“ (Allen, S. 24), ähnlich stark vertreten war wie in Offenburg. Den geringeren Erfolg der NSDAP in Offenburg könnte man mit der bremsenden Wirkung des Katholizismus erklären, während in Allens Stadt eine überwiegend protestantische kleinbürgerliche Bevölkerung der NSDAP zu einem weit größeren Erfolg verhalf.

durch den politischen Standpunkt beeindrucken ließ. Zum anderen wäre die Haltung der Kirche zu nennen, die keine eindeutige Stellungnahme bezog und ebenso wie das Zentrum Offenburgs Katholiken verunsicherte.<sup>104</sup> Die Zusammenarbeit mit anderen Parteien blieb in Ansätzen stecken, man sah die Gefahr von links, auf dem rechten Auge hingegen war man blind.

Die Mehrzahl der Offenburger war 1932 der Auffassung, daß der Weg aus der Krise nur über die NSDAP bzw. KPD führen könne. Die Parteien von DNVP bis zur SPD — außer dem Zentrum — wurden von der nationalsozialistischen Sogwirkung ergriffen. Warnende Stimmen, die den braunen Illusionen ein chaotisches Ende voraussagten, schlug man in den Wind.

### *Die Offenburger Wahlergebnisse 1928–1933*

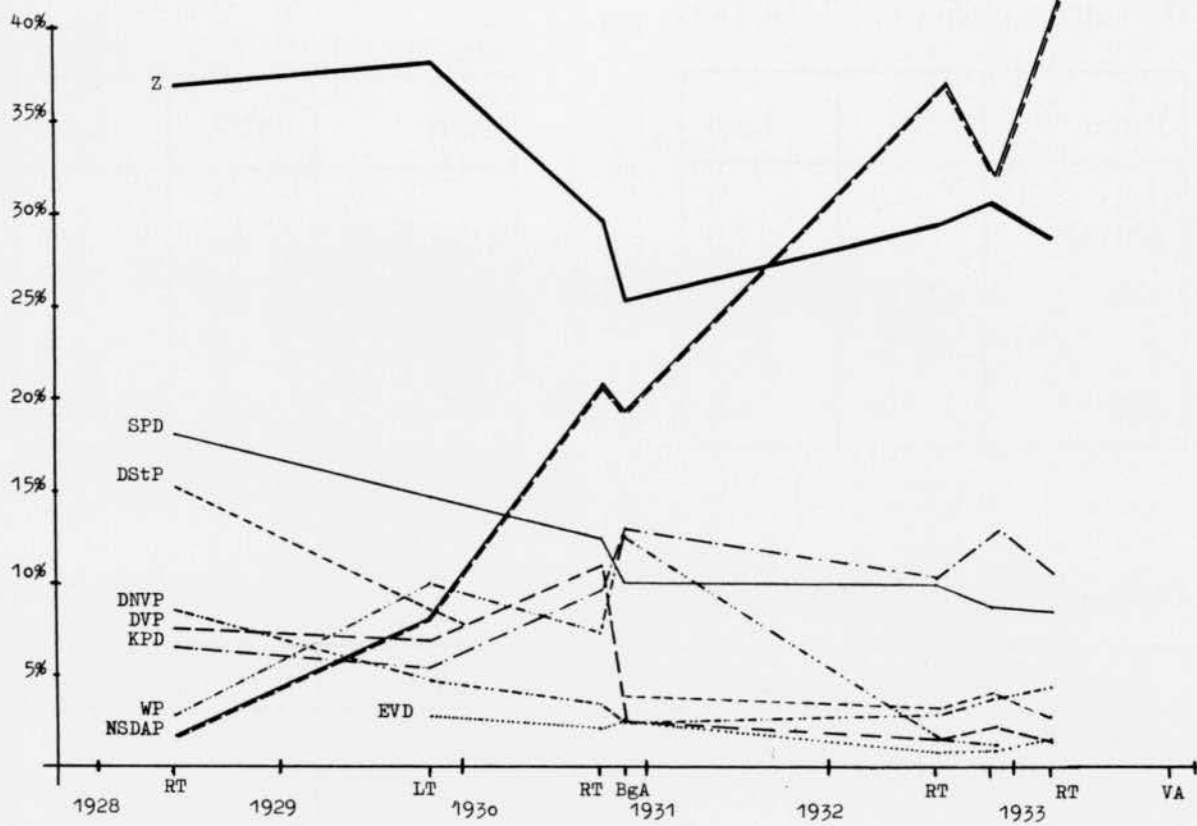
Wegen der oft schwankenden Wahlbeteiligung erschien es angebracht, außer den Prozentzahlen auch die absoluten Ergebnisse mitaufzuführen.

Partei	RT 28	LT 29	RT 30	BgA 30	RT 32 I	RT 32 II	RT 33	VA 33
Z	2796 37,0	3057 37,9	3063 30,0	1939 25,7	3542 29,8	3171 31,3	3215 28,3	–
SPD	1357 18,0	1208 14,8	1279 12,5	770 10,1	1205 10,1	895 8,8	981 8,6	–
DNVP	649 8,6	378 4,8	371 3,6	205 2,7	379 3,2	410 4,0	529 4,7	–
DVP*)	564 7,5	565 7,0	1165 11,4	207 2,8	210 1,8	258 2,6	143 1,3	–
DDP/ DStP	1143 15,1	686 8,6	– –	293 3,9	432 3,6	445 4,4	329 2,9	–
KPD	488 6,5	449 5,6	1012 9,9	1001 13,2	1252 10,5	1345 13,2	1237 10,9	–
NSDAP	124 1,6	667 8,4	2124 20,8	1470 19,4	4456 37,4	3310 32,6	4765 41,9	11694 92,7
WP	211 2,8	818 10,1	792 7,8	959 12,7	209 1,8	155 1,5	– –	–
CSVD/ EVD	– –	212 2,7	237 2,3	209 2,8	126 1,0	114 1,1	158 1,4	–
Sonstige	220 2,9	8 0,1	172 1,7	711 9,4	91 0,8	48 0,5	7 0,0	–
Wahlbetlg	74,4	66,4	83,7	62,2	97,0	80,8	87,3	93,3

\*) in Baden Wahlbündnis mit der DDP/DStP

104 Interview Moßbrugger, 8. 3. 77: „Die Stellung der Kirche war ablehnend, abwartend . . . bis zum Konkordat . . . Man pointierte und kritisierte, ohne Nennung des Namens. Man hat konträre Auffassungen denen des Zentrums gegenübergestellt. Da wußte jeder, wer gemeint war . . .“





*Die Wahlergebnisse in Offenburg im Vergleich zu Land und Reich*

Die Reichstagswahl vom 28. 5. 1928

Partei	OG	Land	Reich
NSDAP	1,6	2,9	2,6
SPD	18,0	22,5	29,8
Z	37,0	32,8	15,2
DVP	7,5	9,5	8,7
DDP/DStP	15,1	7,0	4,8
DNVP	8,6	8,1	14,2
KPD	6,5	7,4	10,6
WP	2,8	3,4	4,5

Die Landtagswahl vom 27. 10. 1929

Partei	OG	Land
NSDAP	8,4	7,0
SPD	14,8	20,1
Z	37,0	36,7
DVP	7,0	8,0

Partei	OG	Land
DDP/DStP	8,6	6,7
DNVP	4,8	3,7
KPD	5,6	5,9
WP	10,1	3,8

Die Reichstagswahl vom 14. 9. 1930

Partei	OG	Land	Reich
NSDAP	20,8	19,2	18,3
SPD	14,8	17,9	24,5
Z	30,0	29,9	14,8
DVP*)	11,4	9,7	4,5
DDP/DStP	—	—	3,8
DNVP	3,6	2,8	7,0
KPD	9,9	9,6	13,1
WP	7,8	5,4	3,9

\*) in Baden Wahlbündnis mit der DDP/DStP

Wahlverhalten der Offenburger bei der Reichstagswahl,  
getrennt nach Geschlechter ausgezählt

Partei	Männer	Frauen
NSDAP	1156	958
SPD	692	587
Z	1003	2060
DVP*)	568	598

Partei	Männer	Frauen
DDP/DStP	—	—
DNVP	163	208
KPD	573	439
WP	377	415

\*) in Baden Wahlbündnis mit der DDP/DStP

*Die Reichspräsidentenwahl*

I. Wahlgang am 13. 3. 1932

Kandidat	OG	Reich
Hindenburg	53,3	49,6
Hitler	30,6	30,1
Thälmann	13,5	13,2
Duesterberg	2,5	6,8

II. Wahlgang am 10. 4. 1933

Kandidat	OG	Reich
Hindenburg	57,9	53,0
Hitler	31,9	36,8
Thälmann	10,2	10,2

*Die Reichstagswahl am 31. 7. 1932*

Partei	OG	Land	Reich
NSDAP	37,4	36,9	37,3
SPD	10,1	13,6	21,6
Z	29,8	29,1	15,7
DVP	1,8	1,2	1,2
DDP/DStP	3,6	2,2	1,0
DNVP	3,2	3,0	5,9
KPD	10,5	11,2	14,3
WP	1,8	0,7	0,3

*Die Reichstagswahl am 6. 11. 1932*

Partei	OG	Land	Reich
NSDAP	32,6	34,1	33,1
SPD	8,8	13,0	20,4
Z	31,3	27,8	15,0
DVP	2,6	2,0	1,9
DDP/DStP	4,4	2,3	1,0
DNVP	4,0	4,0	8,3
KPD	13,2	14,3	16,9
WP	1,5	0,9	0,3

*Die Reichstagswahl vom 5. 3. 1933*

Partei	OG	Land	Reich
NSDAP	41,3	45,4	43,9
SPD	8,6	11,9	18,3
Z	28,3	25,4	13,9
DVP	1,3	1,0	1,1
DDP/DStP	2,9	1,5	0,9
DNVP	4,7	4,6	8,0
KPD	10,9	9,8	12,3
WP	—	—	—

*Volksabstimmung am 6. 11. 1933*

**Volksabstimmung**

ja	nein	NSDAP	ungültig
12202	322	11694	923

## Literaturverzeichnis

### Quellen

D'r Alt' Offeburger, Jahrgänge 1929—1933  
Offenburger Zeitung, Jahrgänge 1929—1933  
Offenburger Tageblatt, Jahrgänge 1929—1933  
Adreßbücher der Stadt Offenburg  
Akten des Stadtarchivs Offenburg  
Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe  
Statistische Jahrbücher für das Land Baden, 42. Jahrgang 1925, 43. Jahrgang 1930, 44. Jahrgang 1938

### Augenzeugen

Moßbrugger, Rudolf, Gespräch, 8. 3. 1977  
N., Leiter des Arbeitsamtes, Gespräch, 28. 4. 1977  
Rombach, Wolfram, Gespräch, 28. 4. 1977, Briefwechsel/Lebenslauf/Politische Lebensgeschichte

### Literatur für Offenburg

E. Batzer, Die Ortenau in Wort und Bild, Offenburg 1929  
E. Baudendistel, Die finanzwirtschaftliche Struktur der Stadt Offenburg (unveröffentlichte Diplomarbeit), Mannheim 1955  
W. Eisenmann, Aspekte zur Geschichte des politischen Lebens in Offenburg in den ersten Jahren der Weimarer Republik (unveröffentlichte Zulassungsarbeit), Freiburg 1976  
R. Friedmann, 125 Jahre Eisenbahn in Offenburg. Sonderdruck ‚Die Ortenau‘ Bd. 49, Offenburg 1969  
O. Kaehni, Offenburg und die Ortenau, Offenburg 1976  
K.-A. Lehmann, Offenburg z. Zt. der Weltwirtschaftskrise 1930—1933 (unveröffentlichte Zulassungsarbeit), Freiburg/Oberharmersbach 1977  
W. Rombach, Politische Lebensgeschichte (auszugsweise S. 55—78) (unveröffentlicht, o. J.)  
J. Thies, Adolf Hitler in Offenburg (8. November 1930)  
Zur Diskussion über Hitlers politische Endziele, in: Die Ortenau 57 (1977) S. 296-312

### Abkürzungen

AS	Arbeitssuchende
BgA	Bürgerausschußwahl
BVP	Bayerische Volkspartei
DAO	D'r Alt' Offeburger
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EVD	Evangelischer Volksdienst
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LT	Landtagswahl
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OB	Oberbürgermeister
OT	Offenburger Tageblatt
OZ	Offenburger Zeitung
OV	Ortenauer Volkswarte
RT	Reichstagswahl
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UE	Unterstützungsempfänger
USPD	Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands
VA	Volksabstimmung
WE	Wohlfahrtserwerbslose
WP	Wirtschaftspartei — Reichspartei des deutschen Mittelstandes
Z	Zentrum

## Die jüdische Gemeinde Nonnenweier

Jüdisches Leben und Brauchtum in einer badischen Landgemeinde zu Beginn des XX. Jahrhunderts

*Elfie Labsch-Benz*

für † Ellen und Gerhard Ilan

Die folgenden Seiten stellen einen Auszug dar aus der von uns im Jahre 1977 an der Université des Sciences Humaines de Strasbourg bei Prof. Julien Freund vorgelegten Magisterarbeit im Fach Soziologie. Die Monographie wurde in deutscher Sprache redigiert und liegt beim Institut des Sciences Sociales in Straßburg auch in französischer Übersetzung vor. Die ungekürzte Monographie wird im Oktober 1980 als Sonderauflage für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart, erscheinen.

### EINLEITUNG

#### *Ziel der Untersuchung, Methode und Hypothesen*

Bei unserem Versuch, jüdisches Leben und Brauchtum in einer badischen Landgemeinde zu Beginn des Jahrhunderts aufgrund des lebendigen Zeugnisses früherer jüdischer und christlicher Einwohner nachzuzeichnen, drängte sich immer wieder das Gefühl in den Vordergrund, es sei eigentlich fast schon zu spät. Die Menschen, die uns dabei geholfen haben, sind die Letzten, die noch darüber berichten können. Um die Jahrhundertwende geboren, sind sie heute vom Alter geprägt. Ihre Erinnerung an das damalige Leben ist von einer Vielzahl von späteren Erlebenschichten überlagert worden, die sich aufgrund ihrer Intensität im Gespräch immer wieder in den Vordergrund schoben.

Wie bei einer Ausgrabung Bruchstücke freilegend, im Wettlauf mit der Zeit arbeitend, haben wir uns nach langen, intensiven Gesprächen mit einer kleinen Zahl von Gewährspersonen<sup>1</sup> und unter Zuhilfenahme der bereits andernorts durchgeführten empirischen Untersuchungen<sup>2</sup> der früheren sozialen

1 Insgesamt wurden Gespräche mit 5 früheren jüdischen Einwohnern der Gemeinde Nonnenweier geführt, mit 3 Frauen und 2 Männern, die heute im Elsaß, in New York und in Jerusalem leben. Bei den 5 christlichen Gewährspersonen handelte es sich um 3 Männer und 2 Frauen.

2 siehe hierzu die Bibliographie, S. 303

Wirklichkeit dieser heute nicht mehr bestehenden jüdischen Landgemeinde angenähert.

Unserer Untersuchung liegt die Hypothese zugrunde, daß der in der Landgemeinde lebende Jude sich als sinnvolles Glied einer überschaubaren Gemeinschaft empfinden konnte, die ihm Lebensinhalt und Selbstverständnis gab. Weiterhin wurde angenommen, daß Menschen, gleich welcher ethnischen Herkunft- und Glaubenszugehörigkeit, wenn sie eng zusammenleben und aufeinander angewiesen sind, gemeinschaftliche Beziehungen ausformulieren, die tatsächlich bestehende Unterschiede oder vermeintliche Unterschiede (Vorurteile) weitgehend überwinden. Schließlich konnte davon ausgegangen werden, daß jüdisches Brauchtum, welches viele der in die Städte abgewanderten Juden im Zusammenhang mit ihrer „Emanzipation“ als „alten Zopf“ hinter sich gelassen hatten, in den Landgemeinden weiter gepflegt und erhalten wurde.

### *Aufbau*

Die empirische Untersuchung gliedert sich in zwei Grundthemen und somit in zwei Teile:

sie beschreibt einerseits das wirtschaftliche und soziale Leben innerhalb der jüdischen Gemeinde sowie das Zusammenleben von Juden und Christen, andererseits jüdische Sitte und jüdisches Brauchtum in seiner ortseigentümlichen Ausprägung,

wobei aufgrund der alles menschliche Tun und Trachten durchdringenden Eigenschaft der jüdischen Religion beides nur in der Beschreibung getrennt werden konnte, im Leben jedoch eng ineinandergreift.

### *Vorbereitung*

Bei unserer Suche nach badischen Ortschaften, in denen zu Beginn des Jahrhunderts noch jüdische Gemeinden bestanden, und nach noch lebenden früheren Einwohnern dieser Gemeinden, konnten wir dem von der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg veröffentlichten Werk „Die jüdischen Gemeinden in Baden“<sup>3</sup> erste Anhaltspunkte entnehmen. Der Band gibt eine umfassende Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung aller jüdischen Gemeinden und enthält auch Angaben über die noch bzw. wieder dort lebenden jüdischen Einwohner. In den Landgemeinden ist deren Zahl gleich Null.

---

3 Franz Hundsnurscher und Gerhard Taddey, Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale. Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 19, Stuttgart 1968

Die im Hauptstaatsarchiv Stuttgart aufbewahrten Akten, welche zur Erstellung des Buches gedient hatten, enthalten Hinweise auf die wenigen 1933 noch in den Landgemeinden verbliebenen Juden und deren Schicksal. Dabei ergibt sich ein deprimierendes Bild: die meisten von ihnen waren verschleppt worden und umgekommen, oder sie waren inzwischen verstorben. Immerhin werden in den Akten die um 1960 gültigen Anschriften der Überlebenden genannt und teilweise auch die ihrer Nachkommen: die meisten leben heute im Elsaß und übrigen Frankreich, in der Schweiz, in USA und in Israel.

Unsere Wahl fiel schließlich auf Nonnenweier, nachdem wir durch Vermittlung einer im Elsaß lebenden jüdischen Familie Kontakt mit einer früheren Einwohnerin dieses Ortes aufnehmen konnten. Die übrigen Kontakte ergaben sich dann ohne Schwierigkeiten durch Weiterempfehlung von einer Gewährsperson zur anderen.

In Nonnenweier selbst, wo heute keine Juden mehr leben, wurde die Ortsbesichtigung und Befragung christlicher Einwohner<sup>4</sup> erst aufgenommen, nachdem die Aussagen von jüdischer Seite bereits umfangreich genug waren, um eine Zusammenschau zu erlauben.

Die Gespräche mit den Christen hatten zum Ziel, in einer Konfrontation der Aussagen mit der „Sicht“ der Juden, aufgrund von Übereinstimmung oder Widerspruch, der sozialen Wirklichkeit näher auf den Leib zu rücken, die es aus historischen Fakten zu rekonstruieren galt. In der ungekürzten Monographie werden die beiden Hauptkapitel jeweils zuerst „aus jüdischer Sicht“ und anschließend „aus christlicher Sicht“ dargestellt. Ein solches Vorgehen erlaubt es, die Schilderung durch die Juden zu kommentieren und zu modifizieren und einer „Harmonisierung“<sup>5</sup> zumindest teilweise entgegenzuwirken. Im Rahmen dieses Auszuges aus der Monographie beschränken wir uns auf die Schilderung durch die jüdischen Einwohner.

Hiermit sei allen gedankt, die mit Geduld und Sachverstand zum Entstehen der Monographie beigetragen haben: den früheren Nonnenweierer Juden und den christlichen Einwohnern allen voraus. Darüber hinaus sind wir zu besonderem Dank verpflichtet: Dr. Paul Sauer, Hauptstaatsarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart; Hildegard Kattermann, Lahr; Dr. Steven Lowenstein, Leo Baeck Institute, New York; und nicht zuletzt dem Initiator dieser Untersuchung, Prof. Dr. Freddy Raphael, Straßburg, der mit seinem Beispiel leidenschaftlichen Schaffenseifers dazu beigetragen hat, daß die Arbeit trotz beträchtlicher Schwierigkeiten zustande kam.

4 Auf die christlichen Gewährsleute wurden wir einerseits von den befragten Juden, andererseits vom Ortsvorsteher von Nonnenweier hingewiesen.

5 Der Begriff wird von Utz Jeggle, unter Bezug auf Maurice Halbwachs, verwendet und meint die posthume Nivellierung von Spannungen zwischen verschiedenartigen menschlichen Gruppen durch die Tätigkeit des „Gedächtnisses einer Gesellschaft“. Vgl. Utz Jeggle, Jügendörfer in Württemberg, in: Hermann Bausinger (Hrsg.), Volksleben, Band 23, Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Tübingen 1969, S. 313 ff.



## A. DIE JÜDISCHE GEMEINDE IN RAUM UND ZEIT

### I. Das Dorf Nonnenweier

#### *Geographische und wirtschaftliche Gegebenheiten*

Das Dorf Nonnenweier, Kreis Lahr, liegt in der Rheinebene, nahe der Elzmündung. 1937 zählte es 1610 Einwohner, die hauptsächlich Tabak- und Hopfenanbau sowie Viehzucht betrieben. Das Dorf besaß noch eine Fischereizunft mit alten Fischrechten. Im ehemals Böcklinschen Schloß befand sich seit 1851 ein Diakonissenhaus für Kinderpflege. Bis 1918 hatte das Dorf Grundbesitz im Elsaß.<sup>6</sup> Von Nonnenweier aus konnte man den Rhein mit einer Fähre überqueren.

#### *Zeitraum der Untersuchung*

Beschrieben wird die jüdische Gemeinde Nonnenweier in der Zeit von etwa 1900 bis 1930. Dieser Zeitraum ist vorgegeben einerseits durch das Geburtsjahr der jüdischen Gewährsleute, andererseits durch den Zeitpunkt ihres Wegzugs. Die Befragten sind in den Jahren 1895—1907 geboren und in den Jahren 1919 bis etwa 1930 weggezogen.

### II. Geschichte der jüdischen Gemeinde

#### *Vorbemerkung*

Aufschluß über die Geschichte der jüdischen Gemeinde gibt eine Festschrift, welche 1927 von Herrn Dr. jur. Iwan Meyer, heute New York, früher Mitglied der jüdischen Gemeinde Nonnenweier, aus Anlaß der 220-Jahrfeier der Gemeinde geschrieben wurde.<sup>7</sup> Sie wurde teilweise unter Mithilfe von Berthold Rosenthal verfaßt, dessen „Heimatgeschichte der Badischen Juden“<sup>8</sup> im gleichen Jahr erschien. Die Beschreibung der jüdischen Gemeinde Nonnenweier in „Die jüdischen Gemeinden in Baden“<sup>9</sup> stellt eine Kurzfassung dieser Festschrift dar. Beim Abfassen des geschichtlichen Teils wurde diese Kurzfassung, unter Heranziehung der Jubiläumsschrift, den Bedürfnissen der Untersuchung entsprechend erweitert.

#### *1. Die Entstehung der jüdischen Gemeinde*

Bis 1663 befand sich das Dorf Nonnenweier, welches damals etwa 50 Einwohner umfaßte, im Besitz der Stadt Straßburg. Von da gelangte es nacheinander an die zum Ritterkanton Ortenau gehörenden Familien von der Grün, von

6 vgl. Emil Baader, Land und Leute der oberen Ortenau, Heimatbücher für den Schulkreis Emmendingen, Lahr 1937, S. 64

7 Iwan Meyer, 1707—1927. Jubiläumsschrift der jüdischen Gemeinde von Nonnenweier, 1927

8 Berthold Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, Bühl 1927

9 Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 214—217

Ziegler (1681), von Löwen (1695). Durch Heirat kam Nonnenweier 1698 an den elsässischen Adligen Jakob Samson von Rathsamhausen und Ende des 18. Jahrhunderts, wiederum durch Heirat, an die Herren von Oberkirch und von Böcklin. 1806 fiel das Dorf an Baden.

Bis 1704 wurde Nonnenweier von den Kämpfen des spanischen Erbfolgekrieges in Mitleidenschaft gezogen. Die Bewohner mußten nach Straßburg und Lahr flüchten, das Dorf wurde völlig verwüstet.

Bald danach wanderten Juden aus dem Elsaß nach Nonnenweier ein. Die Entscheidung darüber, ob die Juden an irgendeinem Ort sich aufhalten durften, lag im alleinigen Ermessen der dortigen Grundherrschaft. Die Juden genossen das Schutzrecht der Grundherren und stellten für diese eine beträchtliche Pfründe dar, da sie Schutzgeld, diverse Steuern und andere Abgaben zahlten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der aus dem Elsaß stammende Grundherr von Rathsamhausen die elsässischen Juden ermutigt hatte, sich in dem verwüsteten Dorf anzusiedeln, um beim Wiederaufbau mitzuhelfen, den Handel zu beleben und somit zur allgemeinen Hebung des Wohlstandes beizutragen.

## 2. *Demographische Entwicklung*<sup>10</sup>

Der erste Jude ließ sich etwa 1707 nieder. Laut Eintrag im Heimbürgerregister von 1708 zahlte „der Jude“ für 2 Jahre 6 Gulden Weidgeld<sup>11</sup>. Bis 1789 war die Zahl der steuerpflichtigen Juden auf 23 angewachsen, bis 1809 auf 35 Familien mit über 100 Seelen. Gleich vielen anderen israelitischen Landgemeinden erreichte auch die von Nonnenweier ihre größte Stärke im 19. Jahrhundert. 1855 wohnten 244 Juden im Dorf; 1875 waren es 233 Juden: diese machten 17,2% von 1354 Einwohnern aus. 1900 waren noch 195, 1925 88 (ca. 35 Familien) und 1933 65 Juden im Dorf.

## 3. *Die Gemeindemitglieder: Familiennamen und hebräische Namen*

In einem Standesregisterauszug von 1806 werden bereits folgende Familiennamen jüdischer Einwohner genannt: Dreyfuß, Frank, Levi, Meyer, Moch, Simon, Wertheimer, Weil. Die Namen Baum und Metzger waren noch nicht gebräuchlich, doch ist anzunehmen, daß Levi später mit Baum verdeutscht wurde, Simon mit Metzger.

<sup>10</sup> detaillierte demographische Angaben finden sich bei Alice Goldstein, *Some demographic characteristics of village jews in Germany: Nonnenweier, 1800—1931*, Population Studies and Training Center, Brown University, Providence, Rhode Island, o.J.

<sup>11</sup> für die Benutzung der Gemeindewiesen

Innerhalb des Gemeindelebens scheinen die Juden jedoch weiterhin nur ihre hebräischen Namen geführt zu haben. Diese sind aus einer zu Steuerzwecken erstellten Übersicht von 1797 zu entnehmen:

„Parneß Schmul	Herschel
Aberle	Marum b. Menachem
Maier b. Menachem	Maier b. Schmuel
Itzigle	Itzig (Levi)
Baruch b. (Araham)	Berle
Mosche b. Nesanel	Mosche b. Maier
Michael b. Nesanel	Herzle
Maier b. Elieser	Lipman
Liebermann	Löble
Kalmele	Lase
Eisik	Witwe Pessel. <sup>12</sup>

#### 4. Erwerbsmöglichkeiten und Abgaben

Die Juden in Nonnenweier trieben vorwiegend Viehhandel oder hausierten mit Kram-, Kurz- und Ellenwaren. Der Handel war recht einträglich, so daß schon 1744 der Jude Jakob Wertheimer ein Haus und Löwl Meyer zwei Häuser sowie einen Hofplatz mit 3 Behausungen und 1 Stall erwerben konnten. Die Lage scheint in der „Schmidtgaß“ gewesen zu sein.

Das Dorf Nonnenweier und die benachbarten, der gleichen Grundherrschaft gehörenden Ortschaften Allmannsweier und Wittenweier waren jedoch zu klein, um der großen Judengemeinde Erwerbsmöglichkeiten zu bieten. So mußten die Nonnenweierer Juden ihren Handel auf die benachbarten Gebiete ausdehnen. Dies war jedoch nicht ohne weiteres möglich. Die Juden mußten im Besitz einer besonderen Handelserlaubnis der jeweiligen Grundherrschaft sein und durften das „ausländische Gebiet“ nur betreten, nachdem sie ihren Leibzoll, das „Juden-Gelait“, entrichtet und die ein- oder auszuführenden Waren verzollt hatten. 1747 bzw. 1781 konnten 2 Juden ihren Handel auf badi-sche und vorderösterreichische Ortschaften ausdehnen.

Solange der Leibzoll bestand, vereinbarte häufig die Judenschaft eines Ortes oder eines ganzen Bezirks mit der Gebiets-herrschaft eine jährlich zu entrichtende Pauschalsumme, gegen welche den betreffenden Schutzbürgern freier Verkehr in diesem Gebiete gestattet war. Jeder in einer der Vertragsgemeinden wohnhafte Jude erhielt einen für ein Jahr geltenden Passierschein (Paßport oder Taschengelait). Eine solche Vereinbarung hatte die Judenschaft der Gemeinden Schmieheim, Altdorf, Kippenheim, Rust, Nonnenweier, Friesenheim und Diersburg mit der Herrschaft Lahr getroffen, eine ähnliche Zollvereinbarung bestand mit der Herrschaft Mahlberg.

<sup>12</sup> Iwan Meyer, a.a.O. S. 13, b. = ben = hebr. Sohn (des)

Um die Beträge für die Handelsfreiheit in den Nachbargebieten aufzubringen, mußten die jüdischen Händler für jeden Handelsabschluß, d.h. für jedes gekaufte oder verkaufte Stück Vieh, eine Abgabe an die jüdische Gemeinde zahlen, ebenso eine Schächtabgabe für alle Schlachtungen im Ort und auswärts.

Als 1806 Nonnenweier badisch geworden war, hörten auch die Abgaben an die Nachbargebiete auf. Die Gemeinde zog jedoch die für diese Zwecke erhobenen Beiträge vorerst weiter ein und verwendete sie für den Unterhalt der Gemeindeeinrichtungen. Auf diesem Wege wurden z.B. die Mittel zur Ausbesserung der Synagoge im Jahr 1806 aufgebracht.

Die erschwerten Erwerbsmöglichkeiten, verbunden mit den hohen Abgaben an die Grundherrschaft (Schutzgeld, Kultussteuern), an die Gemeinde Nonnenweier (Wasser- und Weidegeld) und an die Nachbargebiete, welche die Juden zusätzlich zu der Gemeindesteuer bezahlen mußten, bewirkten, daß die Juden von Nonnenweier in ihrer Mehrzahl in bescheidenen Verhältnissen lebten.

Die jüdische Gemeinde war in drei Steuerklassen eingeteilt. Als Angehörige der ersten Klasse, welche ungefähr 80% aller Lasten zu tragen hatten, kamen im Jahre 1850 folgende 6 Familien in Frage: Jakob Meyer I, Meyer Levi Baum, Josef Dreifuß, Josef Wertheimer, Meyer Meyer und Samuel Weil. Das waren etwa 17% der steuerpflichtigen Juden. Das Vermögen des höchstbesteuerten Jakob Meyer I betrug damals schätzungsweise 12 000 fl. 17 Familien hatten ein Durchschnittseinkommen von 700 fl. 12 Familien besaßen überhaupt nichts. Diejenigen Juden, welche Grundbesitz besaßen, mußten zusätzlich erhebliche Beiträge an die politische Gemeinde bezahlen. Die Grundstücke, welche am höchsten veranschlagt wurden, gehörten 1844 Abraham Metzger und dem Judenwirt Meyer Marx.

##### 5. Die Gemeindeorgane und Gemeindeeinrichtungen

An der Spitze der Gemeinde stand *der Parness*, der Ortsälteste. Er wurde wohl, wie dies früher allgemein gebräuchlich war, von der Grundherrschaft ernannt. Der Parness übte sein Amt unentgeltlich aus. Zu den Aufgaben des Parness gehörte die Schlichtung von Streitsachen, die Verhängung von Strafgeldern<sup>13</sup>, die Erstellung von Testamenten.

Seit 1833 wurden in Baden zur Leitung der jüdischen Gemeinden anstelle des Rabbiners und des auf Lebenszeit ernannten Ortsältesten je nach Größe der Gemeinde 3 bis 7 Männer auf 6 Jahre zu ehrenamtlichen *Synagogenräten* frei gewählt. Jeweils die Hälfte von ihnen wurde nach drei Jahren neu gewählt, um Kontinuität und Leistungsfähigkeit zu sichern. Der Rabbiner wurde auf

---

13 Die Grundherrschaft sah es nicht ungerne, wenn ausgiebig Straf gelder verhängt wurden. Die Hälfte davon war nämlich an sie abzuführen.

die religiösen Angelegenheiten beschränkt, während der Synagogenrat in erster Linie die finanzielle Situation, das Armenwesen, Stiftungen und die Ausführung der Anordnungen des Oberrats der badischen Juden<sup>14</sup> überwachte.<sup>15</sup> In Nonnenweier ist die Einrichtung des Synagogenrats seit 1843 nachgewiesen, und zwar gab es jeweils drei Synagogenräte, mit Ausnahme der Jahre 1917–1921, als es nur zwei waren.<sup>16</sup> Einer der drei Synagogenräte war gleichzeitig Gemeindevorsteher.

Eine wichtige Gemeindeeinrichtung war das Hekdesch, *die Almosenkasse*. Sie wurde hauptsächlich aus Strafgeldern und dem Erlös der versteigerten Mitzwos, der guten Taten gespeist (siehe unten, S. 270). Hauptzweck der Almosenkasse war die *Zedaka, die Wohltätigkeit*. Besonders Hilfsbedürftige erhielten kostenlos Essen und Unterkunft sowie unentgeltliche ärztliche Behandlung. Außerdem wurden den Armen jährlich die *Mazzos*, die ungesäuerten Brote, gratis geliefert. Die Abgaben der Besitzenden reichten jedoch nicht aus, um alle Not zu beseitigen. Bittgesuche einzelner an die weltlichen Behörden kamen häufig vor. Im Jahre 1854 wurde die Gemeinde selbst bei der Regierung vorstellig, da ihre Mittel bei der großen Anzahl der „notorisch Armen“ nicht ausreichten.

1833 erwarb die israelitische Gemeinde ein Anwesen in der Löwengasse, das als israelitische Volksschule ausgebaut wurde, die bis 1876 bestand. In dem Schulhaus wurden auch die Gemeindeversammlungen abgehalten.

## 6. Kultusbeamte und Einrichtungen des Kultus

Nonnenweier hatte niemals einen eigenen *Rabbiner*. Seit 1827 gehörte die jüdische Gemeinde zum Rabbinatsbezirk Schmieheim, dessen Sitz 1893 nach Offenburg verlegt wurde.

Einen eigenen *Kantor* besaß die Gemeinde schon in frühester Zeit. Er war gleichzeitig Religionslehrer, Vorbeter, Ratsschreiber und Schächter. Seit 1891 hatte Oberlehrer Nathan Schleicher dieses Amt inne, bis er es etwa 1922 aus Altersgründen abgab. Seither war die Gemeinde aus Geldmangel nicht mehr in der Lage, einen Vorbeter anzustellen.

Im Jahre 1771 wird erstmals von einer eigenen *Synagoge* berichtet. Diese befand sich in der Schmidtenstraße, mitten im Ort.<sup>17</sup> Bis 1828 mußten Abgaben an die Grundherrschaft für die Benutzung der Synagoge entrichtet werden und für das Aufstellen der „Schabbestore“, welche die Grenzen anzeigten, innerhalb derer man am Sabbat Gegenstände tragen durfte.

14 mit Sitz in Karlsruhe

15 vgl. F. Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 16

16 siehe die chronologische Aufstellung der Synagogenräte bei Iwan Meyer, a.a.O. S. 30

17 vgl. Georg Wimmer, Die jüdischen Friedhöfe bei Schmieheim und Nonnenweier, in: Geroldseckerland, Jahrbuch einer Landschaft, Lahr, Heft 17/1975, S. 163

1806 wurde die „Schul“, wie man die Synagoge nannte, erstmals renoviert. Für die Unkosten mußten von jedem abgeschlossenen Pferdehandel 12 und von jedem Rindviehhandel 6 Kreuzer abgegeben und außerdem eine Schächt-abgabe entrichtet werden (siehe oben, S. 258). Infolge des Anwachsens der Gemeinde fand 1865 ein größerer Umbau der Synagoge statt. Dabei wurden auch neue Fenster und eine neue heilige Lade eingebaut. Die Umbaukosten von rund 1000 Gulden wurden durch die Versteigerung der Synagogenplätze aufgebracht. Damals bildeten die Synagogenplätze noch eine ansehnliche Einnahmequelle für die jüdische Gemeinde. Die Preise der Synagogenplätze bewegten sich in den Jahren 1860 bis 1890 zwischen 100 bis 300 Mark. Die hintersten Plätze wurden zu billigerem Preis jährlich verpachtet. Wie in anderen Orten kam es bei den Versteigerungen gelegentlich zu Rangstreitigkeiten, die nicht selten durch gerichtliche Vergleiche beigelegt werden mußten. Im 20. Jahrhundert hatten die Synagogenplätze infolge der geringen Zahl von Gemeindegliedern jeglichen Ertragswert verloren.

Der Text einer 1878 vom Synagogenrat erlassenen Synagogenordnung läßt darauf schließen, daß es beim Gottesdienst mitunter turbulent zugegangen sein muß: durch die Synagogenordnung wurde den Besuchern des Gottesdienstes eine reinliche und anständige Kleidung, an Sabbath, Feiertagen, Halbfeiertagen und Purim eine Hutbedeckung zur Pflicht gemacht. Lautes Beten, gegenseitige Unterhaltung, gruppenweises Beisammenstehen vor der Synagoge wurde verboten. In einer Ergänzungsbestimmung wurde u.a. das Herumreichen der Tabakdose, Kauen von Tabak, das Spucken im Gang, Schlafen und lautes Gähnen als unzulässig erklärt!

Das *Frauenbad* war im Gebäude der israelitischen Volksschule untergebracht.

Bis 1880 wurden die Toten in Schmieheim begraben. Seither besaß die Gemeinde einen eigenen *Friedhof*, außerhalb des Ortes auf der höchsten Erhebung der Gemarkung gelegen.

## 7. Vereine

1856 wurde ein Jünglingsverein gegründet, 1865 der Krankenverein, 1875 der Synagogenchor. Der Krankenverein besaß eine Krankenkasse, welche mit kleinen Beiträgen aus allen Bevölkerungskreisen gespeist wurde. Der Synagogenchor mußte 1914 bei Kriegsausbruch aufgelöst werden wegen Mitgliedermangel. Er wurde 1927 von Oberlehrer Schleicher neu gebildet. Im gleichen Jahr konnte die jüdische Gemeinde ihr 220jähriges Bestehen feiern.

## 8. Das Verhältnis von Juden und Christen

Während der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Verhältnis zwischen Juden und Christen in Nonnenweier nicht das Beste. Manche christlichen Eltern

# Bunte Kriegsbilderbogen

Kriegsfreiwilliger Frank †



*„Daß ich mich auf Beförderung gemeldet habe, ist Phantasie oder Schlimmeres. Mein Motiv war, durch die Tat zu zeigen, daß unser Beschluß vom 4. August nicht aus taktischen Gründen, sondern einer inneren Notwendigkeit entspringen ist. Daß es uns also mit der Pflicht der Verteidigung der Heimat ernst ist.“*

Verlag d. Vereinigung der Kunstfreunde  
Ab. D. Troitzsch · Berlin · Schöneberg



Verantwortlich für die Redaktion:  
Hans Schuppmann · Berlin · Schöneberg

duldeten den gemeinsamen Unterricht ihrer eigenen mit den jüdischen Kindern nicht, so daß diese gesondert unterrichtet werden mußten. Dies führte zur Einrichtung der israelitischen Volksschule.

1846 ereigneten sich, im Zusammenhang mit der geplanten Judenemanzipation, wiederholte Ausschreitungen gegen die Juden. In den Jahren 1870 und 1880 bis 1890 kam es erneut zu Tötlichkeiten gegen die Juden. Ihren Höhepunkt erreichten die Ausschreitungen während der Jahre 1918—1925<sup>18</sup>, als in der judenfeindlichen Stimmung der Nachkriegsjahre zu mitternächtlicher Stunde mehrere um den Rathausplatz gelegene Judenhäuser beschossen wurden. Auch wurden Fenster zerschlagen und „Jauche ins Zimmer geworfen“. Einer der Betroffenen, der Kaufmann Karl Baum, verkaufte daraufhin sein Haus und verlegte seinen Wohnsitz nach Kehl. Auf dem jüdischen Friedhof wurden im gleichen Zeitraum mehrmals Grabschändungen verübt. Die Urheber der Ausschreitungen konnten nicht ermittelt werden. Die befragten jüdischen Einwohner, die Kenntnis von den Ereignissen hatten, vertraten die Auffassung, daß es sich dabei nicht um eine organisierte Bewegung handelte, sondern um einen antisemitischen Ausbruch „auf individueller Basis“, um einen „vandalierenden Antisemitismus“, um ein „Geplänkel“. Zum Teil wußten die Gewährsleute nichts von diesen Ereignissen, oder sie maßten ihnen keine große Bedeutung bei: „Man war in der Nachkriegszeit nächtliche Schießereien gewohnt, es gab mehrere Schmugglerbanden, die sich gegenseitig bekämpften und die Gegend am Rhein verunsicherten.“

In neuerer Zeit, schreibt Iwan Meyer 1927<sup>19</sup>, war das Verhältnis zwischen Juden und Christen ein erfreulich gutes.<sup>20</sup> Das Jubiläumsfest der jüdischen Gemeinde, an dem auch abgewanderte jüdische Einwohner und christliche Nonnenweierer teilnahmen, verlief sehr harmonisch. Iwan Meyer und Freiherr Böcklin von Böcklinsau führten den Festzug. Der Bezirksrabbiner hielt eine Ansprache. „Dies alles fünf Jahre vor Hitlers Machtergreifung!“

Das Jubiläumsfest vermochte zwar noch die Illusion einer blühenden jüdischen Gemeinde erwecken, die im vollen Einklang mit den christlichen Nachbarn lebte. In Wirklichkeit war die jüdische Gemeinde Nonnenweier 1927 „nahe am Zerfall“<sup>21</sup>. Viele jüngere Juden waren, aufgrund der Ausschreitungen und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Kriege, abgewandert, in die Städte, ins Ausland.

18 Die Ereignisse sind bei Iwan Meier, a.a.O. S. 17, erwähnt. Für genaue Details vgl. Staatsarchiv Freiburg, 360/2906, Nonnenweier, Judenfeindliche Ausschreitungen 1919/25.

19 Festschrift für das Jubiläumsfest der jüdischen Gemeinde a.a.O. S. 17

20 Im Gespräch mit der Verfasserin modifizierte Iwan Meyer diese Aussage sowie den Tenor der Festschrift als Ganzes: er habe im Sinne der Gemeinde bewußt darauf verzichtet, aktenkundige Vorfälle aus der neueren und neusten Zeit in der Festschrift zu erwähnen, die auch nur im geringsten antisemitischen Charakter hatten; z.B. habe es um 1923 eine Gemeindeverordnung über die Belüftung der Synagoge gegeben, die man hätte antisemitisch auslegen können.

21 vgl. Iwan Meyer, a.a.O. S. 29





*Geburtshaus von Ludwig Frank, Landtags- und Reichstagsabgeordneter der SPD. Als Kriegsfreiwilliger 1914 gefallen.*

*Aufn.: A. Strebler*

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme Hitlers war die jüdische Gemeinde Nonnenweier auf Restfamilien zusammengeschrumpft, d.h. die 65 noch dort lebenden Einwohner verteilten sich auf etwa halb so viele Haushalte. Etwa die Hälfte der 1933 noch ortsansässigen Juden wanderten bis 1940 aus, insbesondere nach 1933 (Judenboykott), nach 1935 (Nürnberger Gesetze) und nach 1938 (Reichskristallnacht). 9 Einwohner starben im gleichen Zeitraum in der Heimat. 1940 wurden die verbliebenen 27 jüdischen Einwohner nach Vichy-Frankreich abgeschoben; sie wurden in Gurs interniert. 4 davon starben in Gurs, 5 wurden in Auschwitz ermordet.<sup>22</sup>

### III. Jüdische Ortskunde

Die jüdische Gemeinde von Nonnenweier war verhältnismäßig klein. Es hat ganz in der Nähe viel größere Gemeinden gegeben: Kippenheim z.B. und vor allem Schmieheim, beide ebenfalls im Kreis Lahr. Zu Beginn des Jahrhunderts lebten in Nonnenweier etwa 70 jüdische Familien mit 195 Personen. Bis 1933 hatte sich ihre Zahl auf ca. 30 Familien vermindert (65 Personen).

Es gab keine Judengasse, aber einige Straßen im Ortskern, in denen die jüdischen Häuser beisammenstanden. Wenn man aus Richtung Allmannsweier ins Dorf kam, standen in der kleinen Straße, die auf die Hauptstraße führte, links drei zweistöckige Häuser nebeneinander, in denen ausschließlich Juden wohnten. Gegenüber, auf der rechten Straßenseite, war die evangelische Pfarrei und Kirche. Auf der ganzen Länge der Hauptstraße standen, auf beiden Straßenseiten, mehrere Judenhäuser, etwas auseinandergezogen. Hier wohnten unter anderem die Viehhändler Isaak Frank, Emanuel Baum und Julius Baum, der jüdische Lehrer Nathan Schleicher und am Ende der Hauptstraße, nahe der Ortsgrenze, der Kaufmann Hermann Moch. In der Hauptstraße befand sich auch die sogenannte Judenwirtschaft „Zum Strauß“, meist „Duvedles“ genannt, mit koscherer Metzgerei, einem großen Saal im Obergeschoß und Fremdenzimmern. Der Name „Duvedles“ war eine Art Verjiddischung des Namens des Inhabers, David Frank.

Neben der Judenwirtschaft, d.h. auf ihrer Ostseite, führte eine kleine Gasse von der Hauptstraße ab nach Süden, in der ausschließlich Juden wohnten: an der Ecke zur Hauptstraße der alte Judenbäcker Moses Moch, dessen 100. Geburtstag die Gemeinde 1903 feierte, und sein Sohn, der Viehhändler Heinrich Moch.

Der Rundgang durch den Ort führt von der Hauptstraße durch die Schmidtenstraße zum Rathaus. In der „Schmidtgaß“ standen mehrere Judenhäuser dicht beisammen, rechts und links der Synagoge sowie gegenüber: darunter

---

<sup>22</sup> vgl. F. Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 216 f. Über das Schicksal der badischen Juden nach Kriegsausbruch a.a.O. S. 27 f.

das Haus des Mehlhändlers Markus Wertheimer und das des Judenmetzgers Jacob Meyer.

Beim Rathaus der politischen Gemeinde befindet sich das Geburtshaus von Dr. Ludwig Frank, dem sozialdemokratischen Abgeordneten und berühmtesten Mitglied der jüdischen Gemeinde. Am Haus ist heute eine Gedenktafel angebracht. Im gleichen Haus lebte die Familie des Tuchhändlers Karl Baum. Zwei Häuser weiter, in der Oberaugasse, wohnte ebenfalls eine jüdische Familie. In der Löwengasse, welche vom Rathaus zur Hauptstraße zurückführt, standen drei weitere jüdische Häuser nebeneinander. Dort befand sich auch das Gemeindehaus, die frühere israelitische Volksschule, daneben das Frauenbad. Im Gemeindehaus wohnte der ärmste jüdische Einwohner, Abraham Moch IV, in Miete.

Etwa die Hälfte der jüdischen Familien hatten zumindest nach einer Seite ihres Wohnsitzes jüdische Nachbarn, ein halbes Dutzend davon nach beiden Seiten. Nur zwei Judenhäuser standen etwas abgesondert von den übrigen.

Die meisten jüdischen Familien waren Eigentümer ihrer Häuser und der dazugehörigen Grundstücke, Gärten, Wiesen, Höfe und Wirtschaftsgebäude. Zum Teil hatten die Juden auch außerhalb der Ortschaft Landbesitz: Äcker und Wiesen. Nur 3 Familien bzw. Einzelpersonen wohnten in Miete, so die Familie des nicht aus Nonnenweier stammenden Oberlehrers Nathan Schleicher und der von der Armenfürsorge lebende Abraham Moch IV.

Die Ansiedlung der Juden im Ortskern ist geschichtlich verständlich: waren doch die im 18. Jahrhundert eingewanderten elsässischen Juden beim Wiederaufbau der damals völlig verwüsteten Ortschaft dabei. Dagegen war seit Mitte des 19. Jahrhunderts die jüdische Bevölkerungszahl rückläufig, so daß in der sich ausdehnenden Ortschaft kaum Judenhäuser zu finden sind.

## **B. WIRTSCHAFTLICHES UND SOZIALES LEBEN DER JÜDISCHEN GEMEINDE**

### **I. Soziales Leben**

#### *Familienstruktur*

Sofern die räumlichen Verhältnisse und die beruflichen Gegebenheiten es zuließen, lebten 3 Generationen der Familie unter einem Dach: die Großeltern bzw. der überlebende Großelternanteil, die Eltern und deren Kinder und gelegentlich alleinstehende Anverwandte, z.B. ein „verwitweter Onkel, den mein Vater zu sich ins Haus nahm, als er wegen Krankheit nicht mehr allein wohnen konnte“.

Der Kinderreichtum der jüdischen Familien war innerhalb eines halben Jahrhunderts drastisch zurückgegangen: keine unter den Gewährspersonen hatte mehr als 1 oder 2 Geschwister; wie die geringe Zahl der jüdischen Volksschüler bestätigt (siehe S. 268 f), war dies der allgemeine Zustand. Dagegen sind in den vorangegangenen Generationen stattliche Kinderzahlen zu vermerken: „Mein Vater hatte 6 Brüder“; „die Familie meines Vaters bestand aus 17 Kindern!“

Auch die Kinderzahl der befragten Generation ist gering. Nicht wenige unternahmen den Sprung zum Akademiker unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen. Heirat und Familiengründung wurden zurückgestellt.

### *Sprache*

Im allgemeinen sprachen die südwestdeutschen Juden den Dialekt der jeweiligen Gegend, in den sie jüdische Ausdrücke einflochten. So war es auch in Nonnenweier: Die Juden sprachen Badisch, vermischt mit einzelnen jüdischen Worten, z.B. Namen, wie oben „Duvedles“ und in der Handelssprache. In einer jüdischen Familie galt die Regel: „keine Ausdrücke benutzen in Gegenwart Dritter, welche diese nicht verstehen“. Die nichtjüdische Bevölkerung von Nonnenweier kannte jedoch viele jüdische Ausdrücke, ja zum Teil wurden diese von Nichtjuden mehr verwendet als von den Juden selbst. Eine Anekdote:

„Wir hatten bereits früh ein Telephon im Haus. Als Kind hatte ich mir das Bein vertreten und mußte im Wohnzimmer auf dem Sofa liegen. Eine christliche Nachbarin, die zum Telephonieren kam und mich daliegen sah, meinte: ‚Maidle, bisch utzel?‘, d.h. faul.“

Viele jüdische Ausdrücke sind in die deutsche Sprache eingegangen. Das Wort „meschugge“, verrückt, wurde viel benutzt, „betucht“, reich, ist jüdischen Ursprungs, ebenso „mechulle“, bankrott. Beim Handel wurden jüdische Zahlen verwendet, auch von Nichtjuden.

### *Schulzeit*

Es gab in Nonnenweier keine israelitische Schule mehr. Die jüdischen Kinder besuchten zunächst zum Teil den evangelischen Kindergarten und anschließend die gemischt-religiöse Volksschule. Vor dem 1. Weltkrieg waren schätzungsweise noch 10—20 jüdische Kinder in der Volksschule. In den unteren Klassen unterrichtete Lehrer Nathan Schleicher, bis er 1922 infolge des Abbaugesetzes in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.<sup>23</sup>

Die Beziehungen zwischen allen Kindern, christlichen und jüdischen, waren „ganz normal“. Auch außerhalb der Schule spielten Kinder beider Konfessionen zusammen:

---

<sup>23</sup> vgl. Iwan Meyer, a.a.O. S. 27

„Zu mir ins Elternhaus kamen jeden Tag mehr christliche als jüdische Kinder.“ — „Ich hatte jüdische und christliche Schulfreundinnen, mit denen ich viel zusammen war, auch außerhalb der Schule.“

Versteckspiele und Soldatenspiele waren üblich. Außer an Purim, dem Losfest, und an Chanukkah, dem Lichterfest (siehe unten, S. 292 und 291), hatten die jüdischen Kinder keine besonderen Spiele.

Viele jüdische Kinder gingen im Anschluß an die Volksschule nach Lahr ins gemischt-religiöse Gymnasium oder besuchten dort eine berufsbezogene Schule, z.B. die Frauenarbeitsschule. Bauernkinder besuchten dagegen kaum das Gymnasium. Die wenigen Christenkinder, die im gleichen Zeitraum eine höhere Schulbildung genossen, stammten nicht aus bäuerlichen Familien.<sup>24</sup>

Der Schulweg war sehr mühsam, vor allem bei schlechtem Wetter. Jeden Morgen, im Sommer wie im Winter, mußten die Kinder um 5 Uhr aufstehen. Die Familie war noch nicht auf. Von Haus zu Haus sammelten sie sich. Zu Fuß ging das Trüppchen nach dem 1/2 Stunde entfernten Allmannsweier, der nächstgelegenen Bahnstation, im Winter mit Laternen. Von dort aus fuhren sie mit der „Bimmelbahn“ nach Lahr, wo sie um 7 Uhr ankamen. Im Gymnasium gab es ein Zimmer für die Auswärtigen, wo sie sich bis zum Beginn des Unterrichts aufhalten konnten.

Die meisten jüdischen Kinder machten den Schulweg auch am Freitag abend und am Samstag mit der Bahn. Nur einige wenige Schüler aus sehr frommen Familien blieben am Freitag abend in Lahr und gingen am Sabbat nach der Schule zu Fuß nach Nonnenweier zurück (siehe unten S. 283).

Religionsunterricht für die jüdischen Schüler gab der Kantor und Hauptlehrer Nathan Schleicher, auch für die Realschüler und Gymnasiasten, bis ein Religionslehrer in Lahr, dessen Stellung wegen Mangel an Schülern gefährdet war, die Nonnenweierer Juden Kinder für sich beanspruchte. Solange Lehrer Schleicher noch in der Volksschule unterrichtete, konnte er für den Religionsunterricht ein Klassenzimmer benutzen. Nach seiner Pensionierung als Schullehrer im Jahre 1922 fand der Unterricht in seiner Wohnung statt.

Im Religionsunterricht lernten die jüdischen Kinder biblische Geschichte, hebräisch lesen und übersetzen; geschrieben wurde wenig. Mit der Zeit war Lehrer Schleicher jedoch „schon sehr alt“ und „verstand es nicht mehr, den Kindern die Religion nahezubringen“, so daß diese für ihre religiöse Erziehung letztlich auf die Familie angewiesen waren.

---

<sup>24</sup> Es wurden keine systematischen Auswertungen aller Schulabgänge im Untersuchungszeitraum 1900—1933 gemacht. Die Klasse der 1901 Geborenen zählte ca. 40 Schüler: 35 Christenkinder und 5 Juden Kinder. Keines der 35 Christenkinder ging aufs Gymnasium, dagegen 2 von 5 Judenkindern. Zu diesen kam einige Jahre später ein christlicher Junge in die Klasse, der aus Freiburg nach Nonnenweier zugezogen war.

Für die heranwachsende Jugend veranstaltete die jüdische Gemeinde auch gelegentlich Tanzstunden im Saal der Judenwirtschaft.

Nach dem 1. Weltkrieg gab es kaum noch jüdische Kinder in Nonnenweier. In der Volksschule, beim Spiel, auf dem Weg nach Lahr hatten die jüdischen Kinder fast ausschließlich christliche Kameraden. Sie waren vermehrt Anfeindungen ausgesetzt und gerieten leicht in die Isolation:

„Ich war während meiner ganzen Schulzeit die einzige Jüdin meines Jahrgangs, und es war nicht immer schön. Zwar hatte ich christliche Schulkameradinnen, doch habe ich einmal auf dem Weg nach Lahr eine Enttäuschung erlebt. Danach hatte ich das Vertrauen verloren, und es fiel mir sehr schwer, mich nochmals an jemanden anzuschließen.“

## II. Wirtschaftliches Leben

### *Berufe*

Die Juden waren zum großen Teil Viehhändler, oder sie waren sonst in Handel und Gewerbe tätig.

„Im Mai 1927 waren von den Juden in Nonnenweier 11 Viehhändler, 7 Kaufleute, 1 Metzger, 3 Inhaber von Kolonialwarengeschäften, 1 Mehl- und Getreidegroßhändler, 1 Gastwirt (Wirtschaft zum Strauß), 1 Oberlehrer und 9 Privatpersonen.“<sup>25</sup>

Diese Aufzählung läßt sich weiter aufschlüsseln:<sup>26</sup> so waren die Viehhändler zum Teil Besitzer von Stallungen, in denen sie Vieh auf Vorrat hielten; es waren aber auch Klein-Viehhändler darunter (Ziegen und Kälber) und reine Vermittler von Viehhandelsgeschäften; die Kaufleute waren zum Teil Kleinhändler, Handelsleute, Hausierer; die Privatpersonen waren Altenteiler, Witwen und alleinstehende Frauen.

Die meisten Juden in Nonnenweier waren selbständig tätig oder arbeiteten im familieneigenen Betrieb mit: die Söhne im Beruf und Geschäft des Vaters oder Großvaters, die Töchter halfen bis zur Heirat evtl. im Verkauf oder machten die Buchhaltung. Voraussetzung war jedoch, daß der elterliche Betrieb ihnen ein Auskommen bot.

### *Die Händler*

Zusätzlich zu den Geschäften innerhalb Nonnenweiers mußten alle Händler täglich hinaus aufs Land, um Kunden zu besuchen, Bestellungen aufzunehmen und die bestellte Ware zu liefern. An Werktagen kamen die Händler meist erst gegen Abend wieder nach Hause.

<sup>25</sup> F. Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 216. Vgl. auch Iwan Meyer, a.a.O. S. 31

<sup>26</sup> vgl. Akten „Nonnenweier“ der Archivverwaltung Stuttgart. Die Angaben betreffen die 1933 ortsansässigen Juden.

Der Händler in Ölen und Fetten nahm Huffette, Wagenschmiere usw. in Behältnissen mit und fuhr mit der Kutsche hinaus. Der Händler in Manufaktur- und Ausstattungswaren belieferte Unteroffiziere der Garnison Straßburg und Familien zwischen Kehl und den Dörfern bis nach Lahr. Täglich fuhr er mit der Kleinbahn in einen dieser Orte zur Aufnahme der Bestellungen und Auslieferung der Ware.

Der Viehhändler fuhr auf die Dörfer zu den Bauern, um Vieh zu kaufen und zu verkaufen. „Damals war der Viehhandel sehr notwendig, jeder Arbeiter hatte ja seine Kuh im Stall, jeder Metzger hatte bei seinem Laden ein Schlachthaus.“ An Markttagen fuhr der Viehhändler nach Freiburg zum Viehmarkt. Zum Haus gehörten Stallungen, ein großer Hof und ein Garten. Es war immer Vieh im Stall. „Der Vater stand alle Morgen früh auf. Das Vieh wurde gefüttert, gemolken, an den Brunnen geführt. Aus der Milch wurde frischer Käse gemacht. Im Garten hatte der Vater Gras und Kartoffeln gepflanzt für das Vieh.“

Der Mehl- und Getreidehändler belieferte Bäcker und Privathaushalte mit Mehl, Mühlen mit Getreide (z.B. die einer christlichen Familie gehörenden Mühlen in Nonnenweier und Hugsweier), Bauerngenossenschaften mit Futtermitteln. Die Privatleute kamen zum Haus, bei dem sich ein Lager befand und kauften kiloweise Mehl. Dieser Einzelhandel wurde von der Frau und den Töchtern erledigt. Für die schweren Arbeiten, das Schleppen von Säcken usw., war ein Arbeiter da. Die Bauern haben in der Regel nicht sofort bezahlt. Sie kauften das Jahr über auf Kredit und warteten zum Bezahlen das „Tabakgeld“ ab. Wenn der Tabak verkauft wurde, „mußte man dem Geld nachspringen“. Bei anderen Bauern mußte man auf die Bezahlung warten, bis sie Vieh verkauft hatten. Die meisten Geschäfte wurden auf dieser Basis abgewickelt.

### *Wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Schichtung*

Die Juden lebten zum großen Teil in bescheidenen Verhältnissen. Zwar gab es in Nonnenweier einige Familien, die als reich galten, so die Familie des Mehl- und Getreidehändlers Wertheimer, die als erste in Nonnenweier ein Automobil besaß, und die Familie des Viehhändlers Frank. Doch lebten auch diese Familien größtenteils ohne Aufwand und hielten ihre Kinder zu Fleiß und Bescheidenheit an. Andere Familien, die nicht zu den „Reichen“ gerechnet wurden, lebten dennoch in guten Verhältnissen:

„Mein Vater konnte sich unser Wohnhaus für 5 bis 6tausend Mark kaufen, mich studieren lassen, und hatte für 20tausend Mark Kriegsanleihe gezeichnet, die er bei Kriegsende vollständig verlor, so daß er dann wieder neu anfangen mußte.“

Es gab auch sozial Bedürftige, alte oder kranke Menschen, die sich nicht selbst ernähren konnten. Diese wurden direkt von privater Seite, aus der Gemeinde-

kasse oder durch die Chewre, den Wohltätigkeitsverein, unterstützt. Es gab eine Männerchewre und eine Frauenchewre, die aus Spenden beim Gottesdienst finanziert wurden.<sup>27</sup> Bei der Unterstützung der Armen wurde auf große Discretion geachtet. Man war darauf bedacht, den Bedürftigen nicht in seinem Ehrgefühl zu verletzen durch „unbewußte schimpfliche Gönnerhaftigkeit“.<sup>28</sup>

Die Wohltätigkeit von privater Seite konnte sich auch auf Nichtjuden ausdehnen, insoweit diese gewillt waren, Hilfe anzunehmen. Besonders die „frommen“<sup>29</sup> Juden befolgten die caritativen Gebote der jüdischen Religion. Über Samuel Frank<sup>30</sup>, den Vater von Ludwig Frank, wird berichtet, er habe mancher armen Bäuerin „unentgeltlich eine Kuh in den Stall gestellt“, mit der einzigen Auflage, diese müsse etwas mehr wiegen, wenn er sie nach einem Jahr wieder abholen würde, um sie zu verkaufen.<sup>31</sup> Die Christenfrau hatte die Milch und konnte die Kuh als Zugtier benutzen. Auch der Jude hatte seinen ökonomischen Vorteil aus der Sache; dies hatte jedoch auch die Wirkung, die Bäuerin diskret aus ihrer Dankbarkeit gegenüber dem Wohltäter zu entlassen.

### *Soziales Ansehen*

„Selbstverständlich waren manche Berufe angesehener als andere.“

So gab es bei den Viehhändlern reichere, die selbst Vieh kauften und verkauften und unter Vorrat im Stall hielten. Deren Prestige war natürlich höher als das der ärmeren Juden, die nur Verkäufer und Käufer von Vieh unter den Bauern ausfindig machten und die Adresse den reicheren Händlern vermittelten.

Wohlhabenheit allein war jedoch nicht mit sozialem Ansehen gleichbedeutend. Sie mußte in den Augen der Umwelt mit Bescheidenheit, Fleiß und anderen Tugenden gepaart sein.

Wer „riches machte“<sup>32</sup>, indem er seine Wohlhabenheit prahlerisch zur Schau trug, mußte mit der Mißbilligung der Umwelt rechnen. Dementsprechend wurde „viel darauf geachtet was man sagt“, wie die anderen Dorfbewohner das eigene Verhalten interpretieren könnten, und man richtete sich danach.

27 Wenn beim Gottesdienst am Sabbat die Thora ausgehoben wird, werden die Gemeindemitglieder abwechselnd zur Thora aufgerufen. Das ist eine Ehre. Die aufgerufenen Mitglieder lassen dann einen Segen halten für die Familie und die Gemeinde. Bei dieser Gelegenheit wird auch geschnodert, also gespendet, und der Aufgerufene kann bestimmen, welcher Organisation die Spenden zugewendet werden sollen, z.B. der Chewre.

28 Der Ausdruck stammt von Marcel Mauss, Gabentausch, in: Soziologie und Anthropologie, Bd. II, München 1975, S. 123

29 siehe unten, S. 281

30 „Beide Eltern von Samuel Frank waren Nachfahren von Rabbinern.“ H. Kattermann, a.a.O. S. 40.

31 H. Kattermann, a.a.O., S. 40. — Eine gute Beschreibung der Bedeutung dieser Einrichtung jüdischer Hilfsbereitschaft findet sich bei Werner J. Cahnman, Village and Small-Town Jews in Germany, A Typological Study, in: Publications of the Leo Baeck Institute, Yearbook XIX, Secker & Warburg, London 1974, S. 124

32 der deutsch-jüdische Ausdruck „riches machen“ bedeutet „Antisemitismus hervorrufen“.



Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft wurde „keine Tätigkeit gering geachtet. Gesehen und anerkannt wurde immer die Leistung des einzelnen, völlig unabhängig davon, in welchem Beruf jemand tätig war.“

„Gegenüber der Kirche wohnte eine Familie Metzger, drei Brüder und eine Schwester. Der eine Bruder wurde Oberkantor an der Synagoge Kronenstraße in Karlsruhe. Ein zweiter Bruder wurde Buchhalter in Straßburg. Ein dritter Bruder blieb bei seiner Schwester in Nonnenweier, verkaufte Mineralöle und Schmierfette, war außerdem ein Schochet, ein Ritualschlächter, für Ziegen. Dazu war er an Feiertagen ein Vorbeter in der Synagoge, hauptsächlich für die Haftharah.<sup>33</sup> Alle Geschwister Metzger waren bei uns gleich angesehen.“

### *Suche nach neuen Existenzmöglichkeiten*

Die Existenzmöglichkeiten der Juden in Nonnenweier waren von jeher sehr beschränkt. Der Handel war nicht beliebig ausdehnbar. Tabak- und Hopfenanbau befanden sich ausschließlich in der Hand der Christen. Landbesitz konnten die Juden zu Beginn des Jahrhunderts nicht mehr erwerben, da niemand mehr Land zum Kauf anbot. Auch bestand von jüdischer Seite kein Interesse mehr, Land zu kaufen.

Bei jeder wirtschaftlichen Krise wurden die Familien in ärmliche Verhältnisse zurückgeworfen. Aufgrund der in Krisenzeiten chronisch aufkommenden Hetze wurde ihre soziale Existenz ständig erneut in Frage gestellt.

Seit der völligen bürgerlichen Gleichstellung der Juden in Baden im Jahre 1862 und der damit verbundenen Gewerbefreiheit und Freizügigkeit<sup>34</sup> waren auch die jungen Nonnenweierer Juden sukzessive aus ihrem Heimatort in die Städte oder ins Ausland abgewandert auf der Suche nach einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Stellung.

Zum großen Teil hatten sie bereits ihre Ausbildung auswärts genossen und strebten nun in andere Berufe hinein: teils in akademische Berufe, teils in finanziell einträglichere kaufmännische Berufe. Die Berufsausübung führte sie meist endgültig fort von Nonnenweier.

Akademiker aus Nonnenweier: „Die Zahl der Akademiker, die aus der jüdischen Gemeinde Nonnenweier hervorgegangen sind, ist bemerkenswert. Es waren Juristen: Dr. Ludwig Frank, Dr. Daniel Meyer, Dr. Hugo Schleicher, Dr. Berthold Moch und Dr. Iwan Meyer; Ärzte: Dr. Josef Wertheimer, Dr. Josef Meyer (Medizinalrat) und Dr. Kaufmann; Gymnasialprofessoren: Dr. Jenny Dreyfuß, Dr. Simon Bloch und Baruch Frank. Hinzu kamen der Gutsverwalter Alexander Moch, der Apotheker Max Metzger, die Dentistin Thea Höchster sowie die Lehrer und Kantoren

---

33 Thoraabschnitt

34 vgl. F. Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 17

Simon Metzger, Hermann Piccard, Heinrich Moch, Isaac Baum, Berthold Frank und Meyer Moch.“<sup>35</sup>

Kaufmännische Berufe: In einer Nonnenweierer Familie wurden Brüder und Vettern der gleichen Generation<sup>36</sup> Lederwarengroßhändler in Offenburg, Kaufhausbesitzer in Zwisel/Oberbayern, Schuhfabrikant in Pirmasens, Variététheater-Besitzer in Frankfurt.

War einer draußen untergekommen und sah eine Existenzmöglichkeit für weitere Verwandte oder Freunde, so zog er diese nach:

„Ein Bruder des Markus Wertheimer kam als Schiffsarzt nach Spanien, hat sich dort angesiedelt und kam öfters zurück nach Nonnenweier. Er hat einen Bruder auf die Möglichkeit des Bijouterie-Geschäftes in Spanien aufmerksam gemacht, und dieser Bruder hat seinerseits den Bruder der Professorin Jenny Dreifuß nach Spanien gebracht und dort ein großes Bijouterie-Geschäft aufgemacht. Die Ware kam aus Pforzheim.“

### III. Organisation der jüdischen Gemeinde

Der Gemeindevorsteher und die Synagogenräte wurden von allen männlichen Mitgliedern der Gemeinde in geheimer Abstimmung gewählt. In Nonnenweier blieb der *Parness*, der Gemeindevorsteher, gewöhnlich bis zu seinem Ableben im Amt. Während der Jahre 1881—1917 wurden auch die Synagogenräte nicht in regelmäßigen Abständen neu gewählt. Wahrscheinlich war die Gemeinde damals zu klein, um über eine genügend große Zahl fähiger und geeigneter Männer zu verfügen.

Das Amt des Vorstehers hatte während mehrerer Jahrzehnte (1877—1920) Meyer Dreifuß inne. Bei der Wahl des Vorstehers 1877 kam es zu einem Wettbewerb zwischen einem orthodoxen und einem liberalen Kandidaten, die versuchten, die Gemeindeglieder für sich zu gewinnen. Die beiden Parteien trieben heftige Propaganda gegeneinander. Meyer Dreifuß soll schließlich die Wahl mit einer Stimme Mehrheit gewonnen haben.

Dreifuß hatte sich sehr um die Gemeinde verdient gemacht. Während seiner Amtszeit wurde der Friedhof angelegt und der Leichenwagen angeschafft. In den letzten Jahren vor dem Ableben von Meyer Dreifuß versah Emanuel Baum die Vorstandsgeschäfte. 1921 wurde ihm das Amt offiziell übertragen. Sein Rücktritt 1924 wurde von der Gemeinde sehr bedauert. Sein Nachfolger wurde Hermann Moch, dem nach seinem Tode (1934) Markus Wertheimer folgte.

Der Gemeindevorsteher wurde nicht unbedingt unter den sogenannten Reichen gewählt, wenn dies auch teilweise der Fall war. Alle Parnessim lebten je-

35 F. Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 216. Der Gutsverwalter Alexander Moch hatte einen bemerkenswerten Lebensweg: um 1893 geboren, kam er auf die Gartenbauschule in Ahlem bei Hannover, später auf die landwirtschaftliche Hochschule in Geisenheim. Er wurde Leiter des Gutes Markenhof bei Kirchzarten, danach Leiter eines Ausbildungsgutes von Schocken bei Berlin und danach eines ganz großen Gutes in Norddeutschland. Er bildete Chalutzim für Palästina aus und gehörte zu einer Kommission von drei Männern, die in Südamerika Siedlungsmöglichkeiten für Juden ausfindig machen sollten. Die Nazis unterstützten ihn bei seiner Ausbildungsarbeit. Nach seiner Auswanderung leitete er ein Gut in Kenya.

36 ca. 1875—1900 geboren.

doch zumindest in bescheidenem Wohlstand. Der wirtschaftliche Hintergrund war aber nicht allein ausschlaggebend für die Wahl zum Parness. Das persönliche Ansehen, der gute Namen, spielte eine ebenso große Rolle. Kriterien bei der Wahl des Vorstands waren auch charakterliche Eigenschaften und persönliche Fähigkeiten, wie Gewissenhaftigkeit, ein ausgleichendes und versöhnendes Wesen, Interesse an der Gemeinde, Klugheit, Beschlagenheit im Schreiben. Diese Auswahlgesichtspunkte standen mit den an den Gemeindevorsteher gestellten Aufgaben in engem Zusammenhang.

Die Aufgaben des Parness umfaßten alles, was diese Art von Bürgermeister der jüdischen Gemeinde innerhalb der Gemeinde selbst und in den Beziehungen zur politischen Gemeinde und Regierung zu erledigen hatte, dazu die religiösen Aufgaben in der Synagoge. Er stand den Gemeindefitzungen vor; er verwahrte das im Gottesdienst gespendete Geld und sorgte für dessen Verteilung, z.B. an die Armen; er stand den Mitgliedern der Gemeinde mit Rat und Tat zur Verfügung, half ihnen z.B. in administrativen Angelegenheiten, bei Schreiben von Briefen an Behörden usw.

Die *Gemeindeversammlungen* fanden jeden Sonntag morgen im jüdischen Gemeindehaus statt, welches sich neben der Wirtschaft „Löwen“, im Hinterhaus, befand. Früher diente dieses Gebäude auch als israelitische Volksschule. Während der Gemeindeversammlungen, an denen alle jüdischen Männer teilnahmen, wurden sämtliche Belange der Gemeinde besprochen, insbesondere das Gemeindebudget. Bei den Versammlungen ging es sehr diskret zu. Die Abstimmungen waren geheim. Alles, was besprochen wurde, blieb unter den Männern. Besonders unter den Wohlfahrtsfällen sollte sich niemand blamiert fühlen.

Aus der *Gemeindekasse* wurden bezahlt: die Abgaben an den Staat, das Gehalt des Kantors und Religionslehrers, Unterstützung an die Bedürftigen (Almosenkasse), die Unterhaltung der Gebäude (Synagoge, Gemeindehaus, Frauenbad) sowie des Friedhofs. Die Gemeinde bezog ihre Einnahmen aus Zahlungen der Mitglieder bei bestimmten Anlässen: z.B. bei Heirat, aus Spenden beim Gottesdienst (siehe S. 270 f, Fußnote 280).

Über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde wurde ein Kassenbuch geführt.

Der *Gemeindediener* (Schammes) war gewissermaßen das ausführende Organ des Gemeindevorstands. Dieses Amt wurde während 55 Jahren, d.h. von 1877—1922, von Leopold Meyer, genannt „Leyb“, versehen. Ihm folgte 1922 Herr Meyer Meyer.

Der Schammes war ein wichtiges und angesehenes Mitglied der Gemeinde. Er sorgte für die Reinhaltung der Synagoge, für Ruhe und Ordnung während des Gottesdienstes. Er verteilte nach Anweisung des Parness die Aufrufe-

Täfelchen an die Leute, die zur Thoravorlesung aufgerufen wurden, und kassierte am Sonntag die geschnoderten (gespendeten) Beträge (siehe hierzu S. 270 f, Fußnote 280). Er verteilte anstelle des Parneß die Armengelder. Er sorgte für alle technischen Einzelheiten bei Beerdigungen. An den besonderen Bet- und Bußtagen, an denen die Gemeindemitglieder mitten in der Nacht, noch vor Sonnenaufgang, zum Gebet gerufen wurden, ging der Schammes von Haus zu Haus und weckte die Männer (siehe unten S. 289).

#### IV. Juden und Christen

Selbstverständlich hatten sowohl Juden mit anderen Juden als auch Juden und Christen ständig miteinander zu tun. Das Zusammenleben von Juden und Christen wird als „ein ausgezeichnetes“ beschrieben, oder es wird Goethe zitiert: es sei gewesen „wie mit der Liebe und der Ehe“, die Liebe sei „ideal“, die Ehe „real“. Es wird keineswegs versucht, das Zusammenleben als ein immer besonders harmonisches darzustellen, es zu „idyllisieren“.

Die Nonnenweierer Juden haben sich nicht als Angehörige einer von der christlichen Umwelt verschiedenen Gesamtgruppe betrachtet oder gar als „Fremde“. Man lebte innerhalb der selben „Dorfgemeinschaft“ zusammen und fühlte sich dieser zugehörig, vor allem was die älteren Generationen<sup>37</sup> anbelangte, die noch vornehmlich ortsansässig blieben. Aber auch für die jüngere Generation<sup>38</sup> war und blieb Nonnenweier die „Heimat“, der sie sich „verbunden“ fühlten und in die sie „so oft wie möglich“ zurückkehrten, wenn sie das Dorf verlassen hatten. Dieses Heimatgefühl der Abgewanderten betraf nicht nur die Familie und die jüdische Gemeinde, die Erinnerung an die bäuerliche Umwelt gehört ebenso mit dazu<sup>39</sup>.

Die Juden haben „keinen Unterschied gemacht“, weder in Wort noch in Tat, „in der Behandlung der gojim“ und der Angehörigen der eigenen Glaubensgemeinschaft. Die Christen, das waren Individuen oder Familien, mit den man in persönlicher Beziehung stand und täglichen Umgang hatte. Wenn man über eine christliche Familie sprach, hat man selbstverständlich deren Familiennamen verwendet: z.B. „s'Siefert“.

Natürlich war man sich der Andersartigkeit in zweifacher Hinsicht bewußt: man hatte eine andere Religion und gehörte fast ausschließlich einer anderen Berufsgruppe an als die christlichen Einwohner.

Besonders in den „frommen“ Familien, in denen man an der eigenen religiösen Überzeugung und den dadurch bedingten Lebensgewohnheiten festhielt,

37 die 1850—1900 Geborenen

38 die nach 1900 Geborenen: i.e. die Gewährsleute

39 vgl. hierzu einen Brief von Ludwig Frank an Hedwig Wachenheim vom 12. April 1914, zit. nach H. Kattermann, a.a.O. S. 40

war man sich dessen bewußt, daß hier eine Trennung der Welten bestand. Man versuchte nicht, diese durch Anpassung auszugleichen, sondern bemühte sich um eine Koexistenz in der Andersartigkeit, indem man seine christlichen Freunde und Bekannten an den eigenen religiösen Bräuchen teilhaben ließ: Verständnis für die Andersartigkeit durch Kulturkontakt!

Die „liberalen“ Familien hatten sich dagegen weitgehend an die christliche Lebensart angepaßt. Man versuchte, den Unterschied aufgrund der Religionszugehörigkeit schwinden zu machen. Es blieb die Zugehörigkeit zu einem anderen Berufszweig, dem Handel. Dieser wurde von den jüdischen Einwohnern als „sehr notwendig“ angesehen; man erfüllte eine wichtige wirtschaftliche Funktion, die derjenigen der Bauern komplementär war. Man sah sich in wirtschaftlicher Interdependenz.

Die religionsbedingte und berufliche Andersartigkeit der Juden war jedoch normalerweise nicht eine Quelle ständiger Anfeindungen von seiten der Christen. Die Kluft zwischen den Nonnenweierer Protestanten und den Katholiken im Nachbardorf Meißenheim<sup>40</sup> war „weit größer“ und „führte laufend zu Schlägereien“. Wenn z.B. „ein Bursche aus Meißenheim versuchte, mit einem Mädchen aus Nonnenweier ‚anzubendeln‘, wurde er von den Nonnenweierer Burschen verprügelt“. Eine kleine Gruppe junger Männer in Nonnenweier hat sich „mit den Katholiken angelegt“; ein jüdischer Einwohner nannte sie die „klaufim“<sup>41</sup>, die Hunde. „Bleib weg von diesen klaufim“, pflegte er zu seinem Sohn zu sagen. Diese haben immer „Händel“ gehabt, „auch unter sich“. Mit den jüdischen Einwohnern hatten sie nicht mehr und nicht weniger Streit als untereinander, hatten zum Teil freundschaftliche Beziehungen zu jüdischen Einwohnern, die allerdings den weitgehend angepaßten, „nicht so koscheren“ Familien angehörten.

„Es gab nichts zwischen Juden und Christen.“ Allenfalls kam es hie und da vor, daß ein Christ, wenn er einen Juden beschimpfen wollte, ihn „Judenstinker“ nannte. Dann hat man zurückgerufen: „Un Du bisch e Chrishtestinker.“ Wenn „die gojim zum Militär gingen“, haben sie sich Mut angetrunken und zogen singend durchs Dorf: „Alle Jude stinke, alle Jude stinke, nur die schöne Bella nicht . . .“<sup>42</sup>, war eines ihrer beliebten Lieder. Man hat dem weiter keine tiefgreifende Bedeutung beigemessen, hat es als „Spaß“ angesehen. Man hat nicht das Verhalten der Christen ständig darauf hin absondiert, ob es etwa antijüdisch sein könnte. Man kannte jeden seiner Mitmenschen, ob Juden oder Christen, und wußte woran man mit jedem einzelnen war.

40 In Nonnenweier selbst war die Mehrheit der Einwohner protestantisch. Nur eine ganz kleine katholische Minderheit bestand. Im Nachbardorf Meißenheim war es genau umgekehrt.

41 jiddischer Ausdruck, Plural von kelef, Hund.

42 Die aus USA mit einer Tochter nach Nonnenweier zurückgekehrte Frau lebte allein und erwies allem Anschein nach den jungen Männern ihre Gunst.

Es gab einige jüdische Familien, die bei Juden wie Christen wenig beliebt waren. Diese Familien waren eventuell vermehrt Anfeindungen von seiten der Nichtjuden ausgesetzt. Eine dieser Familien gehörte zu denen, deren Haus während der antisemitischen Ausschreitungen nach 1918 beschossen worden war. Möglicherweise haben die Täter für ihre Schießaktion gezielt bestimmte jüdische Familien ausgewählt, die bei der Bevölkerung in geringem Ansehen standen und konnten so mit einer Art stillem Einvernehmen der Dorfbewohner rechnen. Andere jüdische Familien scheinen dagegen aufgrund ihres hohen Ansehens mit einem Mantel der Immunität umgeben gewesen zu sein.

Während ruhiger Zeiten, in denen nicht eine allgemeine antisemitische Strömung die wenigen dafür empfänglichen christlichen Einwohner mitriß, erinnert man sich „nicht an einen Fall, daß ein Jude in Nonnenweier von einem goy tötlich angegriffen wurde“.

#### *Konkrete Anknüpfungspunkte zwischen Juden und Christen.*

Sie ergaben sich zwischen den Kindern, durch den Beruf, im Alltag sowie bei besonderen Lebensereignissen und an bestimmten Festtagen.

#### *Kontakte der Kinder.*

Jüdische und christliche Kinder waren in der gemischt-religiösen Schule und beim gemeinsamen Spiel auf selbstverständliche Weise zusammen. In der Schulzeit geschlossene Freundschaften dauerten oft ein Leben lang.<sup>43</sup>

#### *Beruf und Geschäftsleben.*

Handelspartner der jüdischen Händler war die landwirtschaftliche Bevölkerung. In den jüdischen Einzelhandelsgeschäften kauften sowohl Juden als auch Christen ein. Viele Christen gaben den jüdischen Händlern beim Einkaufen den Vorzug, denn diese waren bekannt für die Qualität ihrer Waren und für ihre günstigen Lieferbedingungen. Ein jüdischer Kaufmann hatte unter seinen Kunden einen Offizier der Garnison Straßburg, einen späteren Nationalsozialisten. Dieser bestellte, trotz tiefsitzender antisemitischer Einstellung, große Lieferungen für die Garnison bei dem jüdischen Händler, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß er besser als irgendwo sonst bedient wurde.

Sicher hat es auch jüdische Händler gegeben, die „beschissen“ haben, vor allem unter den Viehhändlern. Wenn sie eine Kuh verkaufen wollten, haben sie diese vorher getränkt. Dann wog sie viel mehr als vorher. Der Preis richtete sich nach dem Gewicht. Dieser Trick „war bekannt“, „es gab auch unreelle Bauern, die haben dasselbe gemacht“.

---

43 Frühere jüdische Einwohner sind noch heute in brieflichem Kontakt mit ihren christlichen Bekannten aus Nonnenweier.

### *Alltag.*

Zwischen benachbarten oder durch andere Umstände miteinander näher bekannten Familien beider Religionen herrschte teilweise ein freundschaftliches Verhältnis, welches sich konkret darin äußerte, daß man beim anderen „ein und aus ging“, Güter auslieh oder zur Verfügung stellte, Hilfe in Anspruch nahm, sich Rat holte. Eine komplementäre Spezialisierung der beiden Seiten zeichnet sich bei dieser Wechselbeziehung ab: jeder gab dem anderen das, was er aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung zu geben hatte:

### *Jüdische Familien*

halfen ihren christlichen Nachbarn bei der Tabakernte und beim Hopfenzupfen, wenn in kurzer Zeit viele Helfer gebraucht wurden;

stellten befreundeten Bauern Lagerraum zur Verfügung: „Bauern haben unsere Scheune zum Aufbewahren von landwirtschaftlichen Maschinen und den Raum über der Scheune unter dem Dach zum Aufhängen von Tabak benützt.“

Gaben Rat in Dingen, in denen die Bauern weniger bewandert waren: „Wenn der Nachbar ein Problem hatte, kam er zum Vater und holte Rat.“ Auch in Herzensangelegenheiten wurde ein jüdischer Einwohner um Rat gefragt;

verliehen Geld oder verbürgten sich: „Einmal kam morgens um 1/2 6 Uhr ein Bauer und wollte beim Vater Geld leihen. Vater hat keine Zinsen genommen.“ Der Bauer zahlte den geliehenen Betrag zurück und „zeigte sich in irgendeiner Form erkenntlich, hat einen Korb Äpfel gebracht oder eine Flasche Most“. Ein andermal „verbürgte sich der Vater“ für einen Christen.

### *Christliche Familien*

lieferten den Juden landwirtschaftliche Erzeugnisse;

gaben Landprodukte: teils als freund-nachbarschaftliche Geste, teils als Gegengabe;

halfen bei der Weiterverarbeitung von Landprodukten, beim „Keltern von Äpfeln, Einschneiden von Sauerkraut“ usw.

### *Festtag.*

Für gegenseitige Einladungen und Besuche hatten sowohl Juden wie Christen wenig Zeit. Kontakte außerhalb des Berufs und Alltags waren im großen und ganzen auf bestimmte festliche Ereignisse festgelegt:

am Jom Kippur, dem Versöhnungstag, wurden christliche Freunde und Bekannte in die Synagoge eingeladen;

am Heiligen Abend wurden jüdische Kinder zu ihren christlichen Freunden in die Familie eingeladen und auch beschenkt. An Weihnachten waren sie dabei in der Kirche;

an Pessach brachten die jüdischen Kinder den christlichen Bekannten ihrer Familie Mazzen, ungesäuerte Brote;

an Ostern durften die Kinder bei ihren christlichen Kameraden in deren Garten Ostereier suchen;

zur Bar Mitzwah kamen auch christliche Buben ins Haus und brachten Geschenke;

bei Beerdigungen jüdischer Einwohner gingen meistens auch Christen im Leichenzug mit.

*Im Zusammenleben von Juden und Christen zeichnen sich drei deutlich verschiedene Ebenen ab:*

die Ebene des *Miteinander*, der Integration: diese basiert auf persönlichen zwischenmenschlichen Beziehungen freundschaftlicher Natur und äußert sich konkret im Austausch von Gütern und Hilfeleistungen aller Art;

die Ebene der *Komplementarität* in den wirtschaftlichen Beziehungen: Händler einerseits, Bauern andererseits; jüdische Arbeitgeber und christliche Arbeitnehmer;

die Ebene der *Koexistenz* zweier Religionsgemeinschaften: kommt zum Ausdruck in der Trennung der beiden Gruppen, welche nur durch ritualisierte Öffnungen nach der anderen Seite durchbrochen wird.

In der Religionsausübung ist die „Trennung“ der beiden Gruppen somit die Regel, das „Teilhabe“ an den Praktiken der anderen Gruppe die Ausnahme, durch welche die Regel nur bestätigt wird: „Gerade die Durchbrechungen von Schranken beweisen ihr Vorhandensein.“<sup>44</sup>

Vom „Miteinander“ ist nicht die Allgemeinheit, d.h. alle Mitglieder der ländlichen Gemeinde, betroffen: es handelt sich um Beziehungen zwischen einzelnen Individuen und Familien.

Die Komplementarität im Wirtschaftsleben wurde, wie aus den hier nicht wiedergegebenen Gesprächen mit den christlichen Gewährspersonen noch deutlicher hervorgeht, von beiden Seiten positiv. Juden und Nichtjuden hatten ihren Vorteil davon. Ihrer Tüchtigkeit im Handel und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Erfolg verdankten die Juden ein Großteil ihres sozialen Ansehens in der Dorfgemeinde. An diesen, die dörfliche Gesamtgemeinde betreffenden Beziehungen setzte der rassistische Antisemitismus an, indem er sie als einseitige Ausbeutung der einen Gruppe durch die andere brandmarkte. Er konnte dabei auf ein „beim Landvolk“ latent vorhandenes Negativ-Stereotyp

---

44 Utz Jeggle, a.a.O. S. 271



vom „ausbeuterischen jüdischen Händler“ zurückgreifen.<sup>45</sup> Die bestehenden engen zwischenmenschlichen Beziehungen wurden in die Isolation getrieben.

## 5. Antisemitismus und Zionismus

Für Zionismus<sup>46</sup> hat sich niemand in der Gemeinde interessiert. Man hielt sich an die Anschauungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens<sup>47</sup>.

Zwar wurde auf privater Basis für Israel gespendet, das damals als Staat noch nicht bestand. Verschiedene Organisationen, Schulen, Waisenhäuser oder Jeshiwah (jüdische Lehranstalten) verschickten regelmäßig kleine Geschenke wie Kalender, Bilder usw. Diese wurden dann durch Spenden für Israel honoriert, die in „blauen Büchsen“ gesammelt wurden.

Erst aufgrund des wiederauftauchenden Antisemitismus und der daraus resultierenden Diskrimination der Juden fanden die Ziele des Zionismus Anhänger, vor allem unter der Jugend:

„Ich selbst kam zum Zionismus durch die Judenzählungen im deutschen Heer 1916<sup>48</sup>, die mich zu der Frage veranlaßten, warum nur die Juden und nicht auch die Protestanten und Katholiken gezählt wurden. Auch die Tatsache, daß die Brüder meines Vaters trotz aller militärischen Tüchtigkeit und Auszeichnungen es nicht weiter als bis zum Unteroffizier bringen konnten, gab mir zu denken<sup>49</sup>.“

---

45 Dieses von uns detailliert herausgearbeitete Negativ-Stereotyp findet sich auf S. 72 ff. des Manuskripts unserer Magisterarbeit.

46 Das 1897 auf dem ersten Baseler Zionistenkongreß verkündete programmatische Ziel des Zionismus war die „Schaffung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“. Vgl. F. Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 21.

47 der Centralverein hatte sich 1893 formiert. Vgl. F. Hundsnurscher u. G. Taddey, a.a.O. S. 19.

48 vgl. hierzu B. Rosenthal, a.a.O. S. 423 f.: Je länger der Krieg dauerte, je mehr Opfer und Entbehrungen er dem Volk auferlegte, um so mehr suchte man nach einem Sündenbock. „Erst leise, dann immer lauter, insgeheim und öffentlich von maßgebenden Kreisen geschürt, beschuldigte man die Juden, sie hätten den Krieg verursacht, sie würden sich jetzt durch ihn bereichern und nähmen an der allgemeinen Not keinen Anteil. Der ‚jüdische Drückeberger‘, der sich dem Heeresdienste an der Front zu entziehen verstünde, wurde zum geflügelten Worte. Namentlich in Offizierskreisen griff diese Vergiftung um sich.“ Ihren Höhepunkt erreichten die Anfeindungen, als 1916 das Kriegsministerium eine Erhebung anordnete, um die Zahl der jüdischen Frontkämpfer zu ermitteln. „Die Truppenteile vollzogen diesen Befehl, teils unter Anwendung unlauterer Mittel, die für die jüdischen Soldaten ein ungünstiges Ergebnis zeitigen sollten. Was nutzte es, daß der Reichstag nachträglich diesem verfassungswidrigen Vorgehen heftig widersprach.“

49 In den hektischen Gründerjahren nach dem 70er Krieg und in der anschließenden Wirtschaftskrise gewann eine neuartige antisemitische Bewegung, die von Berlin ausging, an Boden. Grundlage der Anfeindungen war eine wissenschaftlich unhaltbare Rassentheorie, welche zum ersten Mal die Minderwertigkeit der jüdischen Rasse hervorhob. Auch in Baden zeigten sich Auswirkungen dieser antisemitischen Bewegung. Juden wurden nicht mehr zu Offizieren befördert. Antisemitische Kundgebungen fanden statt. Vgl. F. Hundsnurscher und G. Taddey, a.a.O. S. 19

Die ältere Generation hingegen empfand sich als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“, wie dies in der Bezeichnung des Centralvereins zum Ausdruck kam:

„Mein Vater konnte es nicht begreifen, warum sein Sohn nach Palästina wollte, obwohl er doch in jedem Gebet um den Aufbau und die Rückkehr nach Jerusalem betete.“

1933 veranlaßte die Machtergreifung Hitlers viele unter der jungen Generation, nach Israel<sup>50</sup> auszuwandern, während die Älteren zunächst zum Teil an dem Ort zurückblieben, der ihnen Heimat war:

„Ich wanderte im Juni 1933 aus und kehrte im späten Jahr 1934 aus Jerusalem nach Nonnenweier zurück, um den Haushalt meiner verwitweten Mutter aufzulösen, das Haus zu verkaufen, sie nach Israel mitzunehmen und den Verkaufserlös nach Jerusalem zu übertragen. Als ich auf das Steueramt in Lahr kam, um die erforderlichen Anträge zu stellen, begrüßten mich die beiden Steuerbeamten mit erhobener Hand und Hitlergruß und sagten mit Tränen in den Augen: ‚Ihr Vater war ein echter deutscher Mann.‘“

Die Generation der Eltern der Gewährleute war am weitesten integriert, wenn man den Vergleich mit der Generation der Großeltern und mit der Generation der Gewährleute selbst unternimmt.<sup>51</sup> Daraus wird verständlich, wie schwer es eben dieser Generation fiel, sich aus der Verwurzelung zu lösen. Eine Gewährsperson schildert, daß ihre Eltern, angesehene Einwohner von Nonnenweier, noch dort zurückgeblieben waren, während sie selbst nach der Hochzeit mit ihrem Mann zusammen an dessen Wohnsitz lebte. Erst 1939, im Anschluß an die Ereignisse der „Kristallnacht“<sup>52</sup>, nahm das junge Paar die Eltern aus Nonnenweier mit in die Emigration: „Wir mußten erst reif werden zum Auswandern.“

Es überschreitet den Rahmen dieser Arbeit, die Ereignisse der nationalsozialistischen Zeit wiederzugeben.<sup>53</sup> Von Interesse ist jedoch, aufzuzeigen, in welcher Art die von außen kommende Propaganda gegen die Juden von den nichtjüdischen Einwohnern aufgenommen wurde und deren eigene, aus der persönlichen Erfahrung herrührende Sicht der Juden überlagerte:

Eine frühere jüdische Einwohnerin kam 1933 in ein christliches Geschäft, in dem sie oft eingekauft hatte. Dort fand sie eines Tages ein Schild: „Juden werden nicht bedient.“<sup>54</sup> Als sie auf dem Absatz kehrt machen wollte, riefen die Ladenbesitzer sie zurück: „Dich meinen wir nicht, und Dich nebendran auch nicht . . . gemeint sind DIE JUDEN.“

50 und auch in andere Länder, vor allem nach USA.

51 Utz Jeggle kommt zu dem gleichen Ergebnis. S. a.a.O., S. 286 ff.

52 In der Kristallnacht im November 1938 kamen die wenigen noch ortsansässigen Männer in „Schutzhaft“ nach Dachau. Dort verstarb am 12. Dezember 1938 der Viehhändler Julius Baum. Vgl. F. Hundsnurscher und G. Taddey, S. 216.

53 siehe hierzu die Angaben ebd. S. 216 f.

54 Am 1. April 1933 wurde der „Judenboykott“ ausgerufen.

## C. Religiöses Leben der Juden

### Vorbemerkung

Nur wenige jüdische Familien in Nonnenweier waren „fromm“ im Sinne einer strengen Beachtung aller Gesetze ihrer Religion: es waren dies vor allem die Familie des Lehrers und Kantors Nathan Schleicher, die Familie des Kaufmanns Hermann Moch und die Geschwister Metzger. Am wenigsten religiös waren die Mitglieder der „liberalen“ Familien, zu denen die Familie Emanuel Baum und die Familie Max Meyer zu zählen sind.

In den meisten Familien wurde ein „traditionsgemäßes jüdisches Brauchtum“ gepflegt, so wie es einerseits von den Eltern und Großeltern überkommen war, und wie es andererseits innerhalb der dörflichen Gemeinde üblich war. Dieses „traditionsgemäße Judentum“ besaß einen individuellen Spielraum innerhalb gewisser Grenzen: die eine bedingt durch das, was als „sehr fromm“ galt, die andere, nicht zu unterschreitende Grenze bestimmt durch einen ungeschriebenen, jedoch selbst von den liberalsten Mitgliedern der jüdischen Gemeinde „formell“ beachteten Kodex. Dieser wird umschrieben mit: „man hat die Gesetze gehalten“, wodurch zum Ausdruck kommt, daß gewisse religiöse Sitten und Bräuche von allen streng beachtet wurden, andere gelockert waren, wieder andere mehr und mehr außer Gebrauch gekommen waren.

Im folgenden wird das „traditionsgemäße jüdische Brauchtum“ geschildert, wobei darauf abgehoben wird, wie sich die „frommen“ Familien einerseits und die „liberalen“ Familien andererseits abweichend davon verhielten. Auch wird versucht, die Spannweite der Beachtung bzw. Nichtbeachtung von religiösen Sitten und Bräuchen soweit wie möglich erklärend zu verstehen.

### I. Der Alltag

*Die jüdischen Männer* beteten täglich und legten die Gebetsriemen an, die Tefillin. Sie waren im großen und ganzen nur tagsüber von zu Hause abwesend, niemals für längere Zeit, so daß sie keine besonderen Vorkehrungen treffen mußten, um unterwegs „die Gesetze einhalten“ zu können.<sup>55</sup> Zum Mittagessen nahmen die Männer etwas von zu Hause mit und tranken in einer Wirtschaft, in der sie bekannt waren, einen schwarzen Kaffee dazu.<sup>56</sup>

---

55 Noch zur Zeit der Großeltern der Gewährleute, also Mitte des 19. Jahrhunderts, war dies der Fall. Es gab noch keine für die Allgemeinheit erschwinglichen Fahrzeuge. Die Händler waren zum Teil mit Handkarren oder Rückentragen tagelang zu Fuß unterwegs, um ihre Kunden zu besuchen. Ihre Route konnte bis hinauf in den Schwarzwald, zu den abgelegenen Bauernhöfen, führen. Übernachtet wurde bei befreundeten christlichen Familien, welche die Gewohnheiten des Gastes kannten, ihm besonderes Geschirr und einen Raum zur Verfügung stellten, wo er beten konnte.

56 Entsprechend dem Gebot, „milchige“ und „fleischige“ Speisen zu trennen. Vgl. zu den jüdischen Speisegesetzen den Abschnitt „Dietary Laws“, in: Encyclopedia Judaica, Vol. 6, Kater Publishing House, Jerusalem 1971, S. 26—45

*Aufgabe der Frauen* war es vor allem, „das Haus rituell zu führen“. Von allen übrigen religiösen Pflichten waren sie weitgehend befreit.<sup>57</sup> Auch zur Mitarbeit im Geschäft des Mannes wurden sie nur gelegentlich herangezogen. Voll berufstätig waren nur „ledige“ Frauen, „Witfrauen“ oder „Jungfrauen“, die sonst kein Auskommen hatten. Es gab drei oder vier jüdische Lebensmittelgeschäfte, die alle von alleinstehenden Frauen geführt wurden.

*Die jüdischen Speisegesetze* wurden in allen Familien beachtet. In einer koscheren Küche war alles Geschirr doppelt vorhanden, einmal für Milchspeisen und einmal für Fleischspeisen. Auch gab es zwei Tische und zwei Schränke. Zusätzlich hatte man besonderes Geschirr für Pessach, ebenfalls in doppelter Ausführung.

Die jüdischen Frauen kauften nur beim *Judenmetzger* ein. Zu Beginn des Jahrhunderts gab es noch mehrere jüdische Metzgereien: Leo Baum, David Frank (Gastwirtschaft und Metzgerei), Jakob Meyer. Auch die Christen kauften in diesen Metzgereien ein. Das *Schächten* besorgte Leo Baum. Nachdem er zu alt war, kam einmal in der Woche ein Schächter aus Schmieheim. Der Ölhändler Meyer war Ritualschlachter für Ziegen, Kantor Schleicher für Hühner. Zu ihnen ging man, wenn man von den Bauern eine Ziege erworben oder ein Huhn bekommen hatte.

In den jüdischen Lebensmittelgeschäften kauften sowohl Juden wie Christen ein. Man bekam dort auch die besonderen, abgestempelten Lebensmittel für Pessach (siehe unten, S. 285 f).

Die meisten jüdischen Familien, d.h. alle, die es irgendwie ermöglichen konnten, hatten ein *christliches Dienstmädchen* oder zumindest eine Stundenfrau. Oft haben christliche Nachbarskinder in jüdischen Haushalten mitgeholfen. Dies „war damals sehr notwendig“, denn die jüdischen Frauen waren in der Hauptsache „mit Kochen und Backen“ und „mit der Reinhaltung des Hauses“ beschäftigt. „Es wurden ungeheure Mengen gegessen“. Die Verwendung von koscherem Geschirr, die Vorbereitung der Speisen für den Sabbat und die Festtage brachten Mehrarbeit. Hinzu kam, daß die meisten jüdischen Männer viel unterwegs waren. Mann und Kinder kamen oft zu verschiedenen Zeiten nach Hause; die Hausfrau hatte doppelte Arbeit.

## II. Der Sabbat

Wie alle jüdischen Feiertage beginnt auch der Sabbat am Vorabend und endet am Abend des Festtages selbst. Während dieser Zeit wurden in den frommen Familien keinerlei Arbeiten im Haus verrichtet, kein Licht angezündet, kein

---

57 Zu den wenigen religiösen Pflichten der Frauen gehörte die Teilnahme am Morgengottesdienst am Purim, der Synagogenbesuch einige Wochen nach der Geburt eines Kindes an einem Sabbat, die Beteiligung am Schiwositzen im Trauerfall.

Feuer gemacht. Zum Feuermachen kam — falls kein christliches Dienstmädchen im Haus war — eine christliche Frau, Schabbesgoia genannt, die „Andersgläubige“ des Sabbat:<sup>58</sup> morgens und nachmittags kümmerte sie sich um das Feuer im Küchenherd, auf dem die vorbereiteten Speisen gewärmt wurden; im Winter machte sie auch Feuer in den Heizöfen. Sie erhielt am Schabbes ein Stück Sabbatbrot und etwas Obst, entlohnt wurde sie am Jahresende. Auch christliche Kinder übernahmen diese Aufgabe. In manchen Familien war jedoch dieser Brauch nicht mehr wirksam. Man überwachte selbst das Feuer und zündete auch Licht an.

Auch die geschäftlichen Angelegenheiten ruhten am Sabbat, selbst der Geldbriefträger, der einer Familie einen größeren Geldbetrag bringen wollte, wurde gebeten, am nächsten Werktag wiederzukommen.

Für die Kinder der frommen Familien brachte der Schulweg nach Lahr ins Gymnasium am Sabbat besondere Vorkehrungen mit sich:

„Als ich nach Lahr ins Gymnasium kam, durfte ich am Sabbat oder an den Feiertagen nicht mit der Bahn fahren. Mein Vater hat mir in Lahr ein Bett gemietet zum Übernachten, und ich mußte am Samstag nach Schulabschluß zu Fuß die ungefähr elf Kilometer von Lahr nach Nonnenweier durch Feld und Wald gehen, meine Schultasche in Lahr lassen. Sie wurde mir am Samstag abend von einem christlichen Botengänger gebracht. Am Samstag und an Festtagen durfte ich in der Schule nicht schreiben. Selbstverständlich mußte ich an den Freitag Abenden in Lahr am Gottesdienst in einem Betsaal teilnehmen“.

Bedingt durch die Ritualvorschriften begannen die *Vorbereitungen* für den Sabbat schon zwei bis drei Tage vorher. Am Donnerstag machte die Hausfrau den Teig für die Berches, die Sabbatbrote. Dies sind „längliche Brote mit einem zopfartigen Teiggeflecht obenauf und mit Mohn bestreut“. Die Brote wurden entweder von der Hausfrau geformt und zum Bäcker gebracht oder der Teig kam ungegangen zum Bäcker und wurde von diesem zu Berches geformt und gebacken. Am Freitag konnten die Brote abgeholt werden.

Auch alle übrigen Speisen für den Sabbat wurden bereits am Freitag vorbereitet, gekocht, gebacken. Die frommen Familien brachten Gerichte, die längere Zeit im Backofen garen mußten, zum Bäcker. Diese wurden dann am Sabbat vom Dienstmädchen oder von einem der Kinder wieder abgeholt.

Der Brauch, das Gericht für den Sabbat in einem eigens dafür bestimmten, beheizbaren Blechkasten mit Fächern, dem sogenannten Setzofen, garen zu lassen, war in Nonnenweier zu Beginn des Jahrhunderts nicht mehr üblich. Nur das früher darin zubereitete Gericht, meist eine Hülsenfrüchtesuppe, war noch beibehalten worden und behielt die Bezeichnung „gesetzte Suppe“, wurde aber beim Bäcker im Backofen gegart.<sup>59</sup>

58 Der Ausdruck Goy (Plural: Gojim) zur Bezeichnung von Nichtjuden kommt bereits im Alten Testament vor.

59 Eine genaue Beschreibung des Setzofens gibt Bruno Stern, a.a.O., S. 95

Nach Beendigung der Kocherei wurde schließlich das ganze Haus gereinigt und — in einer der frommen Familien — mit Sackleinen ausgelegt, um die frischgewaschenen Steinböden gegen erneute Verschmutzung mit Straßentaub zu schützen.

Am Freitag abend kamen die Männer früh nach Hause, um Toilette zu machen für den Synagogenbesuch. In einer wohlhabenden Familie erleichterte das bereits vorhandene Badezimmer mit Waschzuber die Toilette. Solcher Wohlstand war jedoch die Ausnahme.

Nur die Männer gingen am Freitag in die Synagoge. Sie trugen den Sabbatanzug und Zylinder. Alle jüdischen Männer nahmen am Gottesdienst teil, auch die „liberalsten“, die im übrigen die Gebote nur „formell“ beachteten. Im Haus wurden derweil die letzten Vorbereitungen für den Sabbat getroffen. Der Tisch wurde festlich gerichtet, die zwei Sabbatbrote — mit einer bestickten, samtenen Berchesdecke bedeckt — und der Wein wurden bereitgestellt. Die Hausfrau entzündete die Sabbatlichter<sup>60</sup> und sagte dazu einen Segensspruch.

Wenn der Familienvater und die Söhne aus der Synagoge zurückkamen, war das ganze Haus in festlicher Stimmung. Die Eltern bentschten (segneten) nun die Kinder, und der Vater sprach die Segenssprüche über den Wein und die Brote. Darauf setzte man sich zum Essen nieder, welches in den meisten Familien reichhaltiger war als an den Wochentagen. Die Freitagabendmahlzeit bestand aus drei oder vier Gängen:<sup>61</sup> Rindfleischsuppe, eventuell einem Fischgericht, gekochtem Rindfleisch mit Kartoffelsalat und einem Dessert. Als Hauptgericht gab es manchmal auch Geflügel. Als Nachtisch hat man etwas Gebackenes gereicht, Biskuittorte mit Weinsauce, manchmal auch Obstkuchen.

Nach dem Essen wurde das Tischgebet gesagt. Anschließend saß man gemütlich beisammen, zum Teil kamen jüdische und — in einer frommen Familie — auch christliche Nachbarn ins Haus, welchen man vom Nachtisch zu essen gab.

Am Sabbat ebenso wie an den Festtagen war dreimal Gottesdienst. Am Samstag Morgen gingen die Frauen meist mit in die Synagoge. Der Gottesdienst wurde normalerweise vom Kantor abgehalten. Ein Synagogenchor trug zur feierlichen Gestaltung bei. Ein- oder zweimal im Jahr kam ein Rabbiner zum Gottesdienst, meist an einem Sabbat oder Feiertag, und hielt eine Predigt.

---

60 Die meisten Familien hatten für diesen Zweck einen Petroleum- oder Kerzenleuchter. Wer modern sein wollte, ließ den Sabbatleuchter elektrifizieren.

61 „Der Tradition gemäß sollten es immer drei Gänge sein, weil das Manna, das die Israeliten in der Wüste gegessen hatten, aus dreierlei Lagen bestanden haben soll.“ Bruno Stern, a.a.O. S. 93.

Nach dem Gottesdienst war es üblich, daß man älteren und kranken Menschen einen Besuch machte. Meistens hatte man ihnen am Freitag schon etwas ins Haus geschickt. Anschließend wurde zu Mittag gegessen, im Winter vielleicht eine Hülsenfrüchtesuppe, im Sommer leichtere Kost, vor allem Rheinisch.<sup>62</sup> In den Gasthäusern Salmen und Wolf wurden manchmal für Samstag mittag Fischgerichte so zubereitet, daß Juden sie essen konnten. Nach dem Essen ruhten sich die Frauen aus, während die Männer in die Wirtschaft gingen, um schwarzen Kaffee zu trinken<sup>63</sup> und Karten zu spielen. Im allgemeinen hat man am Sabbat und an den Festtagen keinen Alkohol getrunken, von den wenigen notorischen Trunkenbolden abgesehen. Während der Woche trank man in einer Familie „zu den Mahlzeiten etwas Apfelwein, den man stets im Keller hatte“. Die Aussage einer Gewährsperson, die „Juden haben mehr gesoffen als die Christen“, darf man sicherlich als Verallgemeinerung einer persönlichen Neigung ansehen.

Am Nachmittag, gegen 15 Uhr, machte man den „obligaten Familienspaziergang“ an den Rhein: „Fast jede Familie machte das, alle, die nicht krank oder gebrechlich waren.“ Im Sommer saß man auch im Garten der Gastwirtschaft beisammen. Die Mitglieder der „frommen“ Familien trugen kein Geld bei sich und bezahlten am Sonntag.

Abends wurde erst in der Synagoge, dann zu Hause Sabbatausgang gefeiert: Ein Becher Wein wurde eingeschenkt und „Havdole gemacht“.<sup>64</sup> Dabei reichte der Havdole-Macher die „Bsome-Büchs“<sup>65</sup> herum, damit jeder daran riechen konnte. Dann wurde die Kerze mit dem Wein ausgelöscht. Jeder der Anwesenden bekam anschließend von dem Wein zu nippen.

### III. Die Festtage

#### 1. Pessach (Passah)

Das bürgerlich-jüdische Jahr beginnt im Monat Tischri (September/Oktober). Rosch Haschana heißt „Beginn des Jahres“. Der jüdische Festkalender, d.h. das religiöse Jahr, beginnt jedoch im Nissan (etwa April) mit dem Pessachfest.<sup>66</sup>

62 „Fischgerichte spielen in der jüdischen Küche eine größere Rolle als im Speisezettel der jeweiligen nichtjüdischen Nachbarn. Sie werden mit Vorliebe für den Freitagabend und den Sabbat frühzeitig vorbereitet und dann sehr oft kalt gegessen.“ Florence Guggenheim-Gruenberg, a.a.O. S. 124 f.

63 Von den „liberalen“ Juden in Nonnenweier wurde das Gebot, „milchige“ und „fleischige“ Speisen zu trennen, nicht durchgängig eingehalten, vor allem außer Hauses nicht: sie tranken Kaffee und Milch nach einem Fleischgericht, und achteten in vieler Hinsicht nicht darauf, ob sie die Dinge den Geboten entsprechend machten.

64 Havdala heißt Unterscheidung und ist der Segensspruch der „unterscheidet zwischen Wochentag und Festtag. Man dankt Gott, daß er den Sabbat gemacht hat“.

65 Besonim-Büchse: sie enthält wohlduftende Gewürze.

66 vgl. E. Schereschewski, Das jüdische Jahr, Alltag und Fest im Haus und in der Synagoge, in: Monumenta Judaica, Handbuch, Köln 1963, S. 713—734.

„Man sagt, die Pessachvorbereitungen fangen an Purim<sup>67</sup> an.“ Wenn eine Familie jedoch „ein großes Haus“ hatte, so wurde schon vorher damit begonnen. Da an Pessach kein Chomez<sup>68</sup> im Haus sein durfte, wurden zunächst die Schränke ausgeräumt und alles, was Chomez enthielt, aussortiert und beiseite gestellt. Dann wurde das ganze Haus von oben bis unten gereinigt.

An Pessach wurden ausschließlich ungesäuerte Brote, Mazzen, gegessen. Es gab keinen Mazzenbäcker am Ort. Die Mazzen wurden von dem in einem Nachbarort ansässigen Mazzenbäcker geschickt, entweder in großen Paketen, oder ein paar Tage vor Pessach in einem Wagen, der in Nonnenweier in einem Raum untergestellt wurde. Dort holten dann die Leute die Mazzen ab. Auch alle anderen Lebensmittel wurden „koscher schell Pessach“ eingekauft.

An Pessach durfte nicht das „alltägliche“ Geschirr verwendet werden. Es gab sowohl für „milchige“ wie für „fleischige“ Speisen besonderes, „feiertägliches“ Geschirr, welches „in großen Behältern auf dem Speicher aufbewahrt wurde“. Einige Tage vor Pessach wurde das Geschirr ausgetauscht: das „feiertägliche“ Geschirr wurde vom Speicher heruntergeholt, das „alltägliche“ für die Zeit der Festtage hinaufgetragen. Eine Familie besaß eine „pessachtige“ Kaffeemühle: „die hat die Reise durchs ganze Dorf gemacht“.

Am Abend vor Erev Pessach<sup>69</sup> war „Chomezbattel“: Alles noch im Haus befindliche Gesäuerte wurde gesammelt. „Der Hausherr, gefolgt von den Kindern, ging mit einer Schaufel, einem Federwisch und einer brennenden Kerze durch das ganze Haus, um nachzusehen, ob kein Chomez vergessen worden war. Diese Handlung war mehr symbolischer Natur, denn im Prinzip sollte das Haus bereits frei von Chomez sein. Man hatte jedoch in einer Ecke oder einem Schrank ein paar Krümel gelassen. Diese wurden dann vom Hausherrn mit dem Federwisch in die Tüte gefegt, und alles zusammen, also auch der Federwisch, wurde am nächsten Morgen verbrannt.“

Am Erev Pessach Morgen mußte das Frühstück um 1/2 10 Uhr beendet sein und das „chomeztige“ Geschirr weggeräumt. Alles Brot und alles „nicht Pessachtige“ mußte aus dem Haus sein, damit die Küche und das Haus nur noch „jontefftig“, feiertäglich, waren. Etwa noch im Haus vorhandene „chomeztige“ Vorräte wurden entweder „symbolisch an einen befreundeten Christen verkauft“ oder dem christlichen Dienstmädchen oder Knecht mitgegeben.

Bis zur Seder-Feier am Abend durften weder Brot noch Mazzen gegessen werden. Am Abend gingen die Männer in die Synagoge. Anschließend wurde zu Hause im Familienkreis der traditionelle *Sederabend* gefeiert. Normalerweise hat jede Familie bei sich den Seder gegeben. Wenn mehrere Generationen am Ort waren und beide Großeltern noch lebten, hat der Großvater die ganze Fa-

67 Losfest, siehe unten S. 292

68 gesäuertes Brot

69 Erev Pessach ist der Tag vor Pessach



milie zu sich eingeladen. Zum Sederabend hat man auch Gäste ins Haus geladen: Verwandte oder Bekannte von auswärts, die im Dorf zu Besuch weilten; Freunde auf Durchreise; alleinstehende Gemeindemitglieder, die zu Hause keinen Seder gaben.

Der Sederabend wurde nach der Ordnung<sup>70</sup>, die in der Haggadah steht, der Erzählung von dem Auszuge Israels aus Ägypten, durchgeführt. Auf dem Tisch stand die Sederschüssel mit den während der Feier benötigten rituellen Speisen: dazu gehörten drei aufeinanderliegende Mazzen, Petersilie, ein Gefäß mit Essig, Bitterkraut (Meerrettich), das Charoset<sup>71</sup>, ein gekochtes Ei, ein großer Lammknochen.

Der Seder wurde mit dem Kiddusch-Gebet, dem Segen über den Wein, eingeleitet. Dann bekam jeder vom Wein zu trinken, was während des Abends noch viermal wiederholt wurde. Wenn die Gläser zum zweiten Male gefüllt wurden, stellte der Jüngste der Tischgesellschaft die in der Haggada geschriebenen Fragen: „Was zeichnet diese Nacht besonders aus von allen anderen Nächten?“ usw. Darauf gab der Hausherr aus der Haggadah die Antworten. Dabei wurde erklärt, welche Bewandnis es mit Pessach<sup>72</sup> hat, warum man ungesäuertes Brot und Bitterkräuter verzehrt.

Vor der Abendmahlzeit wuschen alle Anwesenden die Hände und sagten Segenssprüche. Nach dem Essen begann ein gemütlicher Teil des Abends, „man hat viele Psalmen gesprochen und sich unterhalten über den Inhalt der Haggadah und über deren Auslegung“. Wenn unter den Anwesenden gelehrte Leute waren, die sich darauf verstanden, die Haggadah zu interpretieren, „hat sich der Abend ausgedehnt“. In Nonnenweier war dies aber nicht der Fall: „die Leute haben nur gewußt, was für Aussprüche in der Haggadah stehen“.

An Pessach, wie auch am Sabbat und an allen anderen Feiertagen, war dreimal Gottesdienst am Tag. Doch war in der Gestaltung des Gottesdienstes am Sabbat und an den Feiertagen ein großer Unterschied. Während am Sabbat der Kantor alle Gebete selbst vorbetete, haben an den Feiertagen Laien das Musafgebet gesungen. „Ich erinnere mich an etwa drei sogenannte Baal Tefilot, Laienvorbeter; sie verwendeten die Melodien von alten deutschen Volksliedern, z.B. ‚Sommers letzte Rose‘. Es war natürlich eigenartig, hebräische Lieder nach Volksliedermelodien zu hören, und ich habe das immer besonders genossen.“

70 Seder heißt Ordnung

71 Ein süßes, braunes Fruchtmas, welches den Lehm versinnbildlichen soll, aus dem die Juden in Ägypten Ziegel machen mußten.

72 Pessach heißt Überschreitung und erinnert daran, daß der Herr, welcher die Erstgeborenen der Ägypter erschlug, über die Häuser der Juden hinwegschritt, welche die Türpfosten mit dem Blut des Opferlammes gekennzeichnet hatten. Vgl. hierzu: Erzählung von dem Auszuge Israels aus Ägypten an den beiden ersten Pessachabenden, übers. von W. Heidenheim, M. Lehrberger u. Co., Frankfurt 1914, S. 28

Als kulinarische Spezialität am ersten Pessachtag gab es „nach jüdischer Art zubereiteten Hecht“<sup>73</sup> sowie ein aus Mazzen zubereitetes Dessert, das Schalet<sup>74</sup>, welches mit gekochtem Obst oder Weincreme gegessen wird.

Es war üblich, nach dem zweiten Pessach-Tag den christlichen Nachbarn Mazzen zu bringen, um sie so an dem Fest „teilhaben zu lassen“. Das Mazzenaustragen besorgten die Kinder, jeweils zwei oder drei Mazzen lieferten sie ab, sehr zur Freude der Empfänger. Als Belohnung erhielten sie Süßigkeiten, oder — wenn Pessach mit Ostern zusammenfiel — braungefärbte Ostereier.

Am zweiten Pessachabend<sup>75</sup> wurde mit dem Omerzählen<sup>76</sup>, dem Zählen der Tage bis Schavuot, begonnen.

## 2. Schavuot (Wochenfest)

Sieben Wochen nach Pessach ist Schavuot. An diesem Fest wird die Gesetzgebung am Sinai gefeiert. Die Synagoge wurde mit jungen Bäumen und Frühjahrsblumen geschmückt. Auch im Haus wurden Blumen aufgestellt.

Nach dem Abendgottesdienst und Abendessen trafen sich die Männer zum „Lernen“, dem gemeinsamen Studium der Thora und der Gebete. Fast alle Männer beteiligten sich an dem vorgeschriebenen „Lernen“, das an „Schewues“ die ganze Nacht dauerte.

In Nonnenweier wurde an „Schewues“ der „Koletsch“ gebacken, ein „Hefezopf mit Rosinen“. Eine Gewährsperson nannte Käsekuchen als traditionelles Schavuot-Gebäck in der Familie; die Mutter war im Schwäbischen (Mühringen bei Horb) aufgewachsen und hatte diesen Brauch nach Nonnenweier mitgebracht.<sup>77</sup> Der „Koletsch“ wurde vor allem für die Kinder gebacken, „um sie

73 Die jüdische Art, Fisch zuzubereiten, ist von Gegend zu Gegend verschieden und „kann zur Abgrenzung der ehemaligen jiddischen Dialektlandschaft dienen“. Vgl. Florence Guggenheim-Gruenberg, a.a.O., S. 124 f., Karte 49. In Nonnenweier wurde der Fisch mit Zwiebeln, Knoblauch und Petersilie in einer weißen Mehlsoße am Vortag gekocht, dann gestockt und kalt verzehrt.

74 Das Schalet, „bestehend aus eingeweichten, ausgedrückten Mazzen, Eiern, vermengt mit Zucker, Rosinen, Äpfeln und Mazzenmehl, wird in der Kasserolle gebacken und kalt serviert“.

75 insgesamt acht Tage mit jeweils zwei Feiertagen am Anfang und am Ende; dazwischen liegen Halbfeiertage.

76 Pessach fällt in die Zeit der Reife der Gerste und hat somit auch die Bedeutung einer bäuerlichen Frühjahrsfeier. Am 2. Pessachtag wurde das erste Omer (ca. 2 1/4 l) Gerste der neuen Ernte dargebracht. Von diesem Tage an zählte man die 50 Tage bis Schavuot, dem Wochenfest. Dieses Zählen der Tage war früher notwendig, da es keine festen Kalender gab. Die Beibehaltung des Omerzählens wertet Friedrich Thieberger als ein Zeichen für die „konservative Grundhaltung der jüdischen Seele“. Vgl. Friedrich Thieberger (Hrsg.), Jüdisches Fest/Jüdischer Brauch, Ein Sammelwerk, Jüdischer Verlag, Berlin 1936, S. 145 ff.

77 Die Trennungslinie koulets/Käsekuchen entspricht in etwa der Grenze, welche das alemanische vom fränkischen Sprachgebiet trennt. Vgl. hierzu Florence Guggenheim-Gruenberg, a.a.O., S. 29 und Karte 13, S. 52—53.

für fleißiges Omerzählen zu belohnen“. „Man sagte, daß der Koletsch nicht gerät, wenn man das Omern vergessen hatte.“

Nach „Schewues“ kamen längere Zeit keine Feiertage, bis Tischoh Be Aw.

### 3. *Tischoh Be Av*

Tischoh Be Av ist der Trauer- und Fasttag zum Gedenken an die Zerstörung des Tempels. In den neun Tagen, welche vorangehen, wurden im Haus nur milchige Speisen verwendet. Nur wer auf Reisen war, durfte auch Fleisch essen. Daher das Sprichwort: „In den neun Tagen verreisen die Rabbiner.“

Tischoh Be Av, der zehnte Tag, war ein strenger Fasttag, für Männer und Frauen, an dem auch das Trinken verboten war. Dagegen war das Rauchen erlaubt. Für Christen, die viel mit Juden zusammenkamen und ihre religiösen Gebräuche kennenlernten, gab es oft genug Grund zur Verwunderung. So erzählt man, ein christliches Dienstmädchen soll einmal gesagt haben, sie kenne sich bei den Juden nicht mehr aus: „Am Schabbes esse se am Tisch und rauche im Klosett, am Tischoh Be Av rauche se im Zimmer und esse im Abort und am Jom Kippur esse und rauche se im Klosett.“ Diese Anekdote, von einer jüdischen Gewährsperson erzählt, ist vielsagend: das „christliche Dienstmädchen wird als außenstehende Beobachterin eines kuriosen Verhaltens dargestellt, „die Juden“ kennen offensichtlich allerlei Wege, die religiösen Gebote und Verbote zu umgehen; das ist bekannt und aufgrund der überspitzten Darstellungsweise Grund zum Lachen.

### 4. *Rosch Haschanah und Jom Kippur*

Die hohen Feiertage, welche mit Rosch Haschanah beginnen und mit Jom Kippur enden, werden auch „Tage der Ehrfurcht“ oder „gewaltige Tage“ genannt. Rosch Haschanah ist ohne Bezug zu Geschichte und Natur. Es ist das Fest der Religion schlechthin. An Rosch Haschanah, dem „Tag der Rechenschaft“, steht jeder einzelne und Israel vor Gott im Gericht.<sup>78</sup>

Während des ganzen Monat Elul wurde in der Synagoge, bei geöffnetem Thoraschrein, das Schofar geblasen. Die Christen nannten es das „Winterhörnle“, weil mit dem Monat Elul der Winter anfängt. In den besonderen Bet- und Bußtagen, welche Rosch Haschanah vorausgehen, wurden die männlichen Gemeindeglieder mitten in der Nacht, noch vor Sonnenaufgang, zum Gebet in die Synagoge gerufen: der Schammes ging von Haus zu Haus und weckte die Männer.

---

78 Vgl. Friedrich Thieberger, a.a.O., S. 145 f.

In der Zeit vor dem Fest wurden Gratulationsbriefe geschrieben an Verwandte und Bekannte.

An „Rosch Haschono“ war die Synagoge ganz weiß verkleidet. Alle Gemeindeglieder brachten weiße Tücher mit, um die Gebetstische abzudecken. Alle Männer, die mindestens ein Jahr lang verheiratet waren, zogen ihre Totenkleider an. Nach dem Gottesdienst wünschte man seinen Verwandten und Freunden ein gutes Neues Jahr. Im Laufe des Tages besuchte man sich gegenseitig, um einander das Neue Jahr anzuwünschen.

Am ersten Tag von „Rosch Haschono“ machte man Taschlich<sup>79</sup>: jeder ging für sich an ein fließendes Gewässer, sprach dort ein bestimmtes Gebet und „warf die Sünden ins Wasser“. Auch die Kleider wurden dabei benetzt. Am Abend des ersten Tages kam der „Süßapfel mit Honig“ auf den Tisch. Er wurde vor der Mahlzeit unter den Anwesenden aufgeteilt und gegessen, als Symbol der guten Wünsche: „Möge das Neue Jahr versüßt sein.“

Zwischen „Rosch Haschono“ und Jom Kippur sind Trauertage. „Sie sollen einem den Ernst des Lebens zu Gemüte führen.“ An jedem Tag war Gottesdienst. Auch wurden an diesen Tagen — wie auch schon vor „Rosch Haschono“ — die Friedhöfe besucht. Das Jahr über „sollen die Toten ruhen“. Nur auf die Feiertage wurden die Gräber besucht, oder wenn jemand Jahrzeit<sup>80</sup> hatte.

Am Erev Jom Kippur wurde in der Synagoge das große Kol Nidre Gebet, das Gelübdegebet, gesprochen. Hierzu lud man auch christliche Bekannte, die einmal am Gottesdienst teilnehmen wollten, in die Synagoge ein. Am Kol Nidre Abend hielt regelmäßig die Gendarmerie Wache vor der Synagoge, „um Störungen durch Raudies und Betrunkene zu verhüten“.

##### 5. Sukkot (Laubhüttenfest)

Drei Tage nach Jom Kippur beginnt das Laubhüttenfest. Sieben Tage lang sollen die Juden in Hütten wohnen zum Gedenken daran, daß sie in Hütten lebten, als Gott sie aus Ägypten führte.<sup>81</sup> Gleichzeitig ist Sukkot Erntedankfest.

Zu Beginn des Jahrhunderts wurden in Nonnenweier noch von mehreren Familien Laubhütten gebaut, mit Sicherheit bis zum Ende des 1. Weltkrieges. Die Laubhütten wurden mit Früchten und farbigen Bändern ausgeschmückt. Wenn es nicht regnete, hat man alle Mahlzeiten in der „Sukke“ eingenommen.

<sup>79</sup> taschlich heißt „werfen wirst du“.

<sup>80</sup> Jahrestag des Todes eines Familienangehörigen.

<sup>81</sup> vgl. 3 Mos 23 33—43, zitiert nach Elieser L. Ehrmann, Ssukkot und Ssimchat Tora. Jüdische Lesehefte, Bd. 16, Schocken Verlag, Berlin 1937, S. 4 f.

Ob der Brauch, Laubhütten zu bauen, nach 1918 noch weitergeführt wurde, konnte nicht mit Sicherheit bestätigt werden. In einer Familie soll schon seit der Zeit der Großeltern keine Laubhütte mehr gebaut worden sein. Die Mutter der Gewährsperson soll erzählt haben, daß „zur Zeit als sie noch nicht verheiratet war<sup>82</sup>, der Familie an Sukkos ein schlimmer Streich gespielt wurde. Nichtjuden stellten eine Kuh in die Laubhütte und verunreinigten diese somit. Der Großvater, welcher hinzueilte, soll geschlagen worden sein und soll an den Folgen davon gestorben sein“. Die Laubhütten waren auch andernorts beliebte Objekte für „Neckereien“ von seiten der Nichtjuden.<sup>83</sup> Nach Ansicht einer anderen Gewährsperson ist es jedoch „wenig wahrscheinlich, daß eine Kuh in einer Laubhütte Platz gehabt hat: die Hütten waren klein, die Eingangstüre schmal und der Innenraum durch den Tisch und die Sitzgelegenheiten ausgefüllt“. Was wirklich vorgefallen ist, läßt sich nicht mehr rekonstruieren.

### 6. Chanukkah (das Lichterfest)

Chanukkah war ein fröhliches Fest zur Erinnerung an die Makkabäerkämpfe.<sup>84</sup> Acht Tage lang wurden jeden Abend die Chanukkah-Lichter angezündet<sup>85</sup>, erst in der Synagoge und dann zu Hause: am ersten Tag eines, am zweiten Tag zwei und so jeden Tag eines mehr bis zum achten Tag. Nach dem Entzünden der Lichter sangen alle Anwesenden das vorgeschriebene Lied: „Gott der Menschen Schirm und Hort . . .“

Der in der Familie benutzte Chanukkaleuchter war nicht unbedingt aus kostbarem Material. In einer Familie wurde die Menora selbst hergestellt, der Familienvater „hat dazu auf ein Holzscheit kleine Kerzen aufgedrückt, die er sich aus einer schmiegsamen Rolle von dünnen Wachskerzen selbst schnitt“.

Solange die Kerzen brannten, ruhte die Arbeit. Nach dem Abendessen vertrieben sich Erwachsene und Kinder die Zeit mit einem Würfelspiel, dem „Trenderle“. Man spielte um kleine Geldbeträge oder um Nüsse. Oft nahmen Gäste daran teil.

An Chanukkah bekamen die Kinder von ihren Eltern und von auswärtigen Verwandten neue Kleider und Schuhe geschenkt.

Ein Höhepunkt des Festes war der Chanukkah-Ball im Saal der Judenwirschaft, zu dem auch Gäste aus den umliegenden Gemeinden kamen. Die Kinder führten an diesem Abend ein Theaterstück auf. Ein jüdischer Einwohner

82 vor 1906

83 vgl. dazu Utz Jeggle a.a.O., S. 264

84 168—165 v. Chr.: Siege der Hasmonäer (Makkabäer) über die Seleukiden.

85 Zur Erinnerung daran, daß die Makkabäer, als sie nach ihren Siegen den Tempel weihen wollten, nur noch einen einzigen Krug mit geweihtem Öl fanden, gerade genug für einen Tag. Da geschah ein Lichtwunder: das Öl brannte sieben Tage lang.

erinnert sich daran, in einem Stück über die Hasmonäer den Mattitjahu<sup>86</sup> gespielt zu haben.

### 7. Purim (Losfest)

Purim<sup>87</sup> erinnert an die Rettung der Juden vor dem Mordanschlag Hamans, durch die Königin Ester. Die Vorgänge sind in der Megilla Ester, der Ester-Rolle, niedergelegt, die jeweils am Abend und am Morgen von Purim in der Synagoge verlesen wird. Das Anhören der Ester-Rolle gehört zu den religiösen Pflichten der Frau. Wenn eine Frau krank war, kam der Kantor zu ihr ins Haus und las ihr die Megilla vor.

Purim ist ein Fest der Freude und der Nächstenliebe. „Jeder soll an diesem Tag gut essen“, auch die Armen sollen nicht darben. Alkoholgenuß ist an diesem Fest erlaubt, ja geboten. Es war Brauch, Erbsensuppe mit Rauchfleisch zu kochen und „Purimküchle“<sup>88</sup> zu backen. In manchen Familien gab es „Hamantaschen“.

An die Kinder wurden in der Synagoge Süßigkeiten verteilt. Seinen Verwandten und Freunden schickte man das Schlachmones<sup>89</sup>, eßbare Gaben, wie dies in der Megilla festgelegt ist.<sup>90</sup> Den Armen gab man außerdem kleine Geldspenden. Die Gaben wurden durch die Kinder überbracht, welche an Purim kostümiert durchs Dorf zogen. Schon wochenlang vorher hatten sie sich auf die Verkleidung vorbereitet, die meist mit geringen Mitteln, aber viel Phantasie aus „alten Klamotten“ hergestellt wurde. „Ich erinnere mich, daß ich einmal als Kaminfeger mit Zylinder und kleiner Leiter verkleidet war, meine Schwester als Rotkäppchen.“

Über Ludwig Frank, der zur Generation der Eltern der Gewährsleute zu rechnen ist, wird berichtet, daß er als Kind mit seiner Cousine verkleidet von Haus zu Haus ging: „die beiden hatten eine Drehorgel und sangen dazu. Dafür bekamen sie von den Leuten ein paar Pfennig.“

Zum Abschluß des fröhlichen Tages gingen einige Jugendliche zum Purimball nach Kippenheim. Veranaltet wurde der Ball vom Kippenheimer Jugendbund.

---

86 Mattathias

87 Pur ist das Los, das Haman geworfen hatte, um den Tag der Ausrottung der Juden zu bestimmen.

88 fettgebackene Küchlein, den „Fasnetküchle“ der Christen ähnlich.

89 von hebräisch Mischloach Manot: die als Purimgeschenke einander zugesandten Speisen. Vgl. Elieser L. Ehrmann, Purim. Ein Quellenheft, in: A. Leschnitzer (Hrsg.), Jüdische Lesehefte, Nr. 20, Schocken Verlag, Berlin 1937, S. 39, Fußnote 2

90 vgl. ebd., S. 15.

## IV. Besondere Ereignisse im Lebenszyklus

### 1. Kindheit — Geburt

Früher war es nicht üblich, daß die Frauen zum Entbinden ins Spital gingen. Sie brachten ihre Kinder zu Hause auf die Welt, im Beisein einer christlichen Hebamme. Nur bei schweren Geburten rief man den Arzt aus einer Nachbargemeinde zu Hilfe. Für die Zeit der Entbindung nahm man eine jüdische Wochenbettpflegerin ins Haus, die zwei bis drei Wochen lang dablieb. Diese Frau kam von auswärts, da es in Nonnenweier niemanden Geeignetes gab.

#### *Brit Milah (Beschneidung)*

Wenn ein Junge geboren war, half die Wochenbettpflegerin mit bei den Vorbereitungen für die Beschneidung, die am achten Lebenstage im Elternhaus des Neugeborenen stattfand. Durch die Beschneidung „wird der Junge aufgenommen in den Bund, den Abraham mit Gott geschlossen hat“.

Am Tag der Beschneidung kamen viele Verwandte und Bekannte ins Haus. Alle Anwesenden, Männer, Frauen und Kinder, sollten die Brit Milah miterleben, in Erfüllung der Gebote. In der Praxis verhielt es sich jedoch so, daß meistens nur die Männer im Beschneidungszimmer dabei waren, während die Frauen und Kinder sich in den anderen Räumen aufhielten. Dies mag daran gelegen haben, daß die Zimmer in den meisten Häusern klein waren, und daß bei der Beschneidung, wenn die Segenssprüche gesagt werden, mindestens zehn Männer, Minjan, dabei sein müssen.

Der Mohel, welcher die Beschneidung rituell durchführte, kam wahrscheinlich von auswärts. Eine wichtige Rolle spielten die Gevattersleute, meist die Mutter des Vaters und der Vater der Mutter: während erstere, von den anwesenden Frauen begleitet, das Kind bis an die Tür des Raumes brachte, in welchem die Beschneidung stattfinden sollte, nahm letzterer den Knaben dort im Empfang. Als Gvattergeschenk bekam der Neugeborene ein Halsband, in das Münzen eingenäht waren. Bei der Beschneidung erhielt das Kind einen jüdischen Namen.

#### *Holegrasch (das Namensgebungsfest)*

Die Wöchnerin verließ das Haus erstmalig einige Wochen nach der Geburt, an einem Samstag. Ihr erster Weg führte in die Synagoge. Am Nachmittag dieses Tages wurde zu Hause ein kleines Fest abgehalten, die sogenannte Holegrasch. Diese fand sowohl bei neugeborenen Mädchen als auch bei Buben statt.

Die Verwandten, vor allem aber die jüdischen Kinder aus dem Dorf, wurden dazu eingeladen. Das Neugeborene lag in einem Korb, alle Kinder stellten sich

um den Korb herum. Zunächst wurde ein Gebet gesprochen. Dann hoben die größeren Kinder den Korb mit dem Neugeborenen dreimal in die Höhe, und alle riefen dazu: „Holegrasch, Holegrasch, wie soll's Bubbele heiße?“ Dabei wurde der weltliche Name des Kindes genannt: „s'Bubbele soll Schoschana heiße!“ Anschließend bekamen alle anwesenden Kinder Schleckereien. In Nonnenweier kam dieses Ereignis jedoch nur noch sehr selten vor, denn es gab sehr wenig Nachwuchs.

### *Die Mappe (das Thorawickelband)*

Aus der bei der Beschneidung gebrauchten Windel fertigte man die Mappe an, das Thorawickelband, das der Knabe zu seinem ersten Synagogenbesuch mitnahm. Die Windel wurde dazu in etwa 20 cm breite Streifen geschnitten, die zu einer etwa drei Meter langen Binde zusammengenäht wurden.<sup>91</sup> Die Mappe war hübsch dekoriert: stammte das Kind zum Beispiel aus der Familie Baum, so wurde das Band mit Bäumen und Früchten bemalt oder bestickt.

### *Bar Mitzwah*

Bar Mitzwah, „Sohn der Pflicht“, nennt man einen jüdischen Knaben, der am Sabbat nach Vollendung des dreizehnten Lebensjahres feierlich als vollwertiges Mitglied in der Synagogengemeinde aufgenommen wird.<sup>92</sup>

Die Bar Mitzwah war ein wichtiges Ereignis. Schon monatelang vorher wurde der Bar Mitzwah-Junge vom jüdischen Kantor darin unterrichtet, den Abschnitt aus der Tora vorzulesen, welchen er während der Feier in der Synagoge sprechen sollte; ebenso lernte er die Segenssprüche, welche vor und nach der Toravorlesung gesprochen werden.

Nach dem Gottesdienst am Bar Mitzwah-Tag kamen die meisten Gemeindeglieder zum Gratulationsbesuch ins Elternhaus und wurden mit Kuchen und Wein bewirtet. Nachmittags, um die Zeit des Minchah-Gottesdienstes, fand im Haus ein Bar Mitzwah-Essen für die Freunde des Jungen statt. „Dabei gab es regelmäßig für jeden Jungen zwei Cervelatwürste und Kartoffelsalat, dazu Süßigkeiten und Getränke.“ Alle eingeladenen Jungen brachten kleine Geschenke — „Taschenmesser, Geldbeutel, Käämme“ u. dgl. Auch christliche Jungen nahmen teil. „An meiner Bar Mitzwah kam ein gewisser Adolf Hundertpfund extra aus Allmannsweier und brachte mir Oliver Twist von Dickens.“

Von dem Augenblick an, wo ein Junge Bar Mitzwah war, galt er als Mann und nahm an allen religiösen Pflichten teil.

---

<sup>91</sup> vgl. hierzu Florence Guggenheim-Gruenberg, a.a.O. S. 54—55, Karte 14

<sup>92</sup> vgl. Bruno Stern, a.a.O., S. 119



## 2. Verlobung und Hochzeit

Die jüdischen Familien waren besorgt, ihren Töchtern eine gute Aussteuer mit in die Ehe zu geben. Schon während der Jugendzeit der Mädchen wurde damit begonnen, die Aussteuer zu kaufen. In einer Familie lieferte „ein Onkel in Karlsruhe, der ein Spezialwäschegeschäft hatte, nach und nach die Tisch- und Bettwäsche“. Die für die Beschaffung der Aussteuer nötigen Mittel wurden im Familienbudget besonders berücksichtigt. In einer Familie wurde der Erlös aus dem Verkauf der Milch einer Kuh ausschließlich dafür verwendet.

Kam es dann zur Verlobung, so wurde in der Zeit bis zur Hochzeit die Aussteuer vervollständigt, die Tischwäsche bestickt und aus der vorher gelieferten Meterware Bettwäsche genäht. Auch kamen schon Geschenke.

*Wahl des Ehepartners* — Der Ehepartner wurde einerseits durch individuell familiäre Gründe bestimmt, andererseits durch den Einfluß der jüdischen Dorfgemeinde als Gesamtgruppe. Die Familie suchte bei der Wahl des Ehepartners entweder direkt Einfluß zu nehmen oder durch Schaffen geeigneter Umstände die Geschicke zu steuern.

Der Ehepartner für einen Sohn oder eine Tochter im heiratsfähigen Alter wurde durch die Eltern oder durch einen Elternteil bestimmt, zum Teil ungeachtet der eventuellen eigenen Wünsche der jungen Leute:

Aus dem 19. Jahrhundert ist ein Fall bekannt, in dem die Mutter eines heiratsfähigen Mädchens dessen Mann bestimmte, gegen den Willen der Tochter, die einen anderen heiraten wollte. Der von der Mutter gewählte junge Mann war der Sohn des Mannes, den sie selbst geliebt hatte, aber nicht heiraten konnte, da auch ihre Ehe von den Eltern „angezettelt“ worden war.

Ausgewählt wurden die Ehepartner innerhalb der eigenen Verwandtschaft, im Freundes- oder Bekanntenkreis der Eltern: man führte zusammen, was man kannte.

Die Eltern einer Gewährsperson waren Cousin und Cousine. Eine weitere Gewährsperson heiratete in zweiter Ehe ihren Cousin; auch der Iwan Meyer'sche Stammbaum<sup>93</sup> läßt auf Eheschließungen innerhalb der eigenen Sippe schließen.

Auch wenn die Begegnung zwischen zwei zukünftigen Ehepartnern „spontan“ zustande gekommen war — innerhalb der eigenen Verwandtschaft, unter Nachbarskindern, im jugendlichen Freundeskreis, dürfte die Zustimmung der Eltern für das Zustandekommen der Ehe bestimmend gewesen sein.

Der durch die geographische Nähe und durch persönliche Beziehungen abgesteckte Radius war jedoch zu klein, um für alle heiratsfähigen Söhne und Töchter eine passende Möglichkeit zur Eheschließung zu finden. Es wurden daher Schadchen, Vermittler, eingeschaltet, die zwischen zwei oder mehreren Orten umherkamen und wußten, wo ein Sohn, wo eine Tochter zu verheiraten war:

<sup>93</sup> vgl. Iwan Meyer, a.a.O., S. 32

So fanden mehrere Eheschließungen statt, bei denen durch Vermittlung der eine Partner von auswärts nach Nonnenweier kam, und umgekehrt Nonnenweierer nach auswärts heirateten. „Das kommt auch heute noch vor,“ meint eine Gewährsperson, „daß Ehen vermittelt werden, auch bei Nichtjuden, und gibt nicht die schlechtesten Ehen.“ Gegen die Auffassung, die Töchter würden „verschachert“, verwehrt man sich.<sup>94</sup>

Insgesamt wurden etwa die Hälfte der jungen Leute, die am Ort keinen geeigneten Partner fanden, durch Schadchen vermittelt.

In einer wohlhabenden Familie versuchte man, den Töchtern Gelegenheit zu geben, außerhalb des dörflichen Horizontes „etwas vom allgemeinen Leben zu erfahren“: „In meiner Mädchenzeit weilte ich häufig bei Verwandten in Frankfurt und Zürich. Ich besuchte die Tanzschule in Frankfurt.“ Hierbei ergab sich auch die Gelegenheit, einen passenden Ehepartner zu finden: die Gewährsperson lernte ihren zukünftigen Mann auf einer Gesellschaft bei ihren Verwandten in Frankfurt kennen.

Im Laufe der Zeit begann jedoch die Einflußnahme der Eltern an Gewicht zu verlieren: Die jungen Leute, welche auswärts studierten und in die Stadt zogen, sprengten den elterlichen und dörflichen Rahmen und fanden ihre Ehepartner eher in ihrem neuen Lebenskreis.

In ihrem Bestreben, als religiöse und ethnische Minderheit fortzubestehen, konnte die jüdische Dorfgemeinde Eheschließungen mit Nichtjuden nicht dulden. Auch noch im 20. Jahrhundert schieden Nichtjuden als Ehepartner aus, und zwar sowohl in Nonnenweier selbst als auch bei Eheschließungen mit einem Partner aus einer anderen Landgemeinde.

Jugendfreundschaften zwischen Juden und Christen führten daher in keinem Fall zu einer Eheschließung. Seinen Eltern zuliebe konnte man keinen christlichen Partner heiraten. Von seiten der protestantischen Dorfbewohner wäre einer Eheschließung mit einem jüdischen Partner anscheinend nichts im Wege gestanden:

Eine Gewährsperson berichtet, daß ein befreundetes junges Mädchen aus Nonnenweier ihn eines Tages gefragt habe, welchen Glaubens er sei. Als er antwortete, er sei Jude, war sie sehr erleichtert darüber, daß er „kein Katholik“ sei, ihre Eltern würden sie totschiessen, wenn sie einen katholischen Partner würde heiraten wollen. Der jüdische junge Mann gab ihr darauf hin zu verstehen, daß er „seinen Eltern zuliebe nie ein christliches Mädchen heiraten“ könnte.

Die dominierende Gruppe hatte offenbar keine Hemmungen, durch Heirat Mitglieder der religiösen Minderheit zu absorbieren. Dagegen waren bei den Protestanten die Katholiken Erzfeinde und schieden als Ehepartner aus, zum Teil unter schlimmsten Sanktionen.

---

94 Die Ehevermittlung wird von den jüdischen Gewährspersonen zum Teil als heikles Thema betrachtet, anscheinend aufgrund der Einstellung der christlichen Umwelt, welche dabei vordergründig den „Kaufpreis“ als wesentliches Merkmal sieht.



*Das ehemalige jüdische Frauenbad in Nonnenweier.*

*Aufn.: A. Strebler*



*Gräber vom jüdischen Friedhof in Nonnenweier.*

*Aufn.: A. Strebler*

Vereinzelt verheirateten sich jüdische Nonnenweierer nach ihrem Wegzug in die Stadt mit einem christlichen Partner. Dies führte oft zum Abbruch der Beziehungen mit der Familie.

Eine junge jüdische Frau versuchte, den Konflikt zwischen persönlicher Neigung und Rücksichtnahme gegenüber der Gemeinschaft zu lösen, indem sie mit ihrem christlichen Freund auswärts unverheiratet zusammenlebte. Sie kam oft allein zu Besuch nach Nonnenweier, jeder wußte um das Verhältnis, ohne daß es zu einem Abbruch der Beziehungen gekommen wäre. Schließlich führte der Konflikt zu einem tragischen Ende: die junge Frau, deren prekäre Lage in der Nazizeit untragbar wurde, beging Selbstmord.

*Verlobung und Hochzeit* — Die Verlobungszeit dauerte in der Regel einige Monate. Die standesamtliche Trauung fand meist in Nonnenweier statt. Dagegen wurden die religiöse Trauung und das Hochzeitsessen gerne in eine nahegelegene Stadt verlegt, nach Offenburg oder Baden-Baden, wo es große koschere Gaststätten gab. In Nonnenweier selbst war eine Trauung mit großen Umständen verbunden: Rabbiner, Utensilien, Trauhimmel mußten von auswärts kommen. Auch gab es keine Möglichkeit, die vielen Hochzeitsgäste zu bewirten und unterzubringen.

Nur eine Gewährsperson kann sich daran erinnern, einmal einer Trauung in Nonnenweier beigewohnt zu haben: „Die Leute gingen zu Fuß in einem Festzug zur Synagoge, voran die Braut, von ihrem Vater geführt, am Schluß des Zuges der Bräutigam mit seiner Mutter.“

Nach der Hochzeit zogen die Paare weg zu ihrem gemeinsamen neuen Wohnsitz, wenn sie nicht zu den wenigen gehörten, die in Nonnenweier verblieben.

### 3. Krankheit, Tod und Trauer

Um die Kranken im Ort — Juden und Christen — kümmerten sich zwei Krankenschwestern vom evangelischen Schwesternheim. Diese Schwestern übernahmen auch die Krankenwache und Nachtwache bei schwerkranken Juden. Sie wurden dabei unterstützt durch die Mitglieder des Krankenvereins: war ein Mann krank, so kamen Mitglieder des Männervereins, bei einer Frau Mitglieder des Frauenvereins.

Wenn es mit einem Kranken zu Ende ging, kamen bei einem Mann die Männer und bei einer Frau die Frauen am Sterbebett zusammen, um zu beten.

Beim Tod eines Mannes wurde die vorgeschriebene Totenwäsche durch die Männer durchgeführt. Danach wurde dem Verstorbenen das weiße Totenkleid, das „sargnes“, und eine Kopfbedeckung angezogen. Jeder erwachsene Jude hatte das „sargnes“ im Haus und trug es am Jom Kippur zum Gottesdienst in der Synagoge, über dem Anzug. Beim Tod einer Frau wurde die Leichenwäsche durch die Frauen durchgeführt. Auch für Frauen gab es ein Sterbekleid und eine Kopfbedeckung.

Vom Augenblick des Todes an bis zur Beerdigung hielt man bei dem Verstorbenen abwechselnd Totenwache: „Man läßt eine Leiche nicht allein.“ Das Betreuen der Toten ist eine Mitzwe, ein religiöses Gebot.

Tote gelten als unrein. Verließ jemand das Haus eines Toten, so wusch er sich die Hände am Brunnen beim Haus und trocknete sie an einem dort dafür aufgehängten Handtuch ab, welches nicht wieder verwendet wurde.

Die Toten wurden in einem einfachen Holzsarg begraben. Die Beerdigung fand nach zwei Tagen statt. Dazu kam der Bezirksrabbiner von Offenburg. Der Verstorbene wurde im Totenwagen der jüdischen Gemeinde, der von zwei schwarzbekleideten Pferden gezogen wurde, zum Friedhof gefahren. Manchmal wurde auch der Totenwagen der christlichen Gemeinde ausgeliehen.

Im Anschluß an die Beerdigung saßen die Angehörigen des Verstorbenen, Männer und Frauen, zu Hause sieben Tage lang auf niedrigen Stühlen. Man nannte dies Schiwositzen. Zwei Tage lang durften die Angehörigen das Haus nicht verlassen. Auch durfte im Trauerhaus nicht gekocht werden. Die Leute aus dem Ort besuchten die Trauernden und brachten ihnen zu essen: hartgekochte Eier und Brötchen, alles ohne Salz.

Während der ersten sieben Trauertage machte man täglich zwei- bis dreimal Minjan im Hause des Verstorbenen. Der Leidtragende konnte nicht in die Synagoge gehen während dieser Zeit. Damit er „Schiwe sitzen“ konnte und gleichzeitig auch Kaddisch, das Totengebet, sagen, mußte ein Minjan gemacht werden. Wenn die zehn Männer im Haus versammelt waren, hat man zuerst die normalen Gebete gesprochen und am Ende das Kaddisch. Beim „Schiwe sitzen“ wurde auch gelernt, wenn einer unter den Männern sich darauf verstand: Vorschriften aus der Tora und aus dem Talmud wurden kommentiert. Dies hatte seinen guten Grund: wenn man mit dem Lernen fertig war, konnten die Trauernden noch einmal Kaddisch sagen.

Die erste Jahrzeit schloß das Trauerjahr ab. Bis dahin wurde im Hause ein Licht gebrannt. Gehörten die Trauernden einer „frommen“ Familie an, so gingen sie während des ganzen ersten Trauerjahres jeden Tag zum Gottesdienst und sagten jeden Tag Kaddisch. Auch hielten sie sich an das Gebot, während dieser Zeit nicht zu rauchen. An jedem Jahrzeittag hat man ein Jahrzeitlicht gebrannt.

## **SCHLUSSBEMERKUNGEN:**

### **MERKMALE DER KOLLEKTIVEN IDENTITÄT DER NONNENWEIERERER JUDEN**

#### **I. Materielle Existenz**

Die kollektive Identität der Nonnenweierer Juden läßt sich aus ihrer fast ausschließlichen Zugehörigkeit zu einem Berufszweig, dem Handel, nicht erfassen.

sen. Das Händlersein der Nonnenweierer Juden ist ein geschichtlich determiniertes Faktum. Es sagt nichts aus über das Jüdischsein des Landjuden, sondern „erklärt vielmehr das uralte Problem des physischen Überlebens, welches allen Juden gemeinsam ist“.<sup>95</sup>

Die Juden waren im Okzident während Jahrhunderten von der christlichen Umwelt auf Handel und Geldverleih als materielle Existenzmöglichkeiten beschränkt worden. Unter dem Druck der materiell beengten Umstände hatten sie neue Handelsmethoden entwickelt, die auf den Widerstand der nichtjüdischen Bevölkerung stießen, bis sie im XX. Jahrhundert ins allgemeine Wirtschaftsleben übernommen wurden.

Die Juden, die zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts nach Nonnenweier gekommen waren, hatten im Dorf von Anfang an eine eindeutige, notwendige wirtschaftliche Funktion. Im XIX. Jahrhundert erfolgte eine Differenzierung ihrer Berufsstruktur im Zusammenhang mit der Judenemanzipation. Diese hatte zunächst ein Hinführen der Landjuden zu „ehrbaren“, „richtigen“ Berufen zum Ziel: Ackerbau und Handwerk. Erst mit der vollen bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden wurde deren allgemeine Niederlassungsfreiheit und deren Betätigung in fast allen Berufen möglich. Die Nonnenweierer Juden konnten das Dorf verlassen.

Unsere Gewährsleute, die Kinder der letzten Generation, die noch überwiegend im Dorf blieb, waren von ihren Eltern bewußt auf eine den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechende Abwanderung vom Dorf vorbereitet worden. Die Eltern legten Sparpfennige beiseite, um den Kindern eine bessere Ausbildung zu ermöglichen oder ein Startkapital in die Hand zu geben. Die durch frühzeitiges Thorastudium intellektuell geschulten jüdischen Kinder, insbesondere die Buben, waren für eine höhere Schulbildung und auch für ein Universitätsstudium gut vorbereitet. Sie ergriffen in der Stadt Berufe, die ihnen eine materiell und sozial bessere und mehr gesicherte Existenz boten.

Während die ökonomische Seite der Identität des Nonnenweierer Juden durch sein Händlersein bestimmt und erklärbar ist, läßt sich seine Gesamtidentität nicht darauf reduzieren. Im Zusammenleben mit der Allgemeinheit der Christen auf der Ebene, die von uns als „Komplementarität in den wirtschaftlichen Beziehungen“ bezeichnet wurde, steht die ökonomische Seite allerdings im Vordergrund. Dementsprechend ist auch das Judenstereotyp der christlichen Umwelt beschaffen, das seine Charakterisierungsmerkmale des Landjuden aus der beruflichen Dichotomie Händler/Bauer bezieht. Dagegen wirken auf der Ebene des „Miteinander“, welche auf persönlichen zwischenmenschlichen Beziehungen freundschaftlicher Natur beruht, die durch die jüdische Religion mitbestimmten Merkmale jüdischen Seins mit hinein.

<sup>95</sup> Emil Schorsch, *The rural Jew — Observations on the Paper of Werner J. Cahnman*, in: *Publications of the Leo Baeck Institute, Year Book XIX*, Secker & Warburg, London 1974, S. 131

## II. Religiöses Judentum und sozialer Zusammenhang

Die materielle und soziale Existenz der Landjuden war von jeher prekär. Die Juden lebten im Dorf als überschaubare Gruppe und wurden von der Umwelt als Mitglieder dieser durch stereotypisierte Merkmale gekennzeichneten Gruppe beurteilt und in Frage gestellt.

Im Zusammenhang damit wirft Emil Schorsch die Frage auf, wie die Landjuden ihre persönliche Würde aufrechterhalten konnten, trotz der oft feindseligen Absichten ihrer Umwelt und der wechselnden Regierungen.<sup>96</sup> Schorsch nennt die den Landjuden eigene Frömmigkeit als bestimmend für deren Identität, er bezeichnet sie als eine „einfache, tiefsitzende“ Frömmigkeit und eine dem Gefühl entspringende „Ehrfurcht und Liebe zu Gott“.<sup>97</sup> Aus dieser, in der Tradition verankerten, emotional-religiösen Einstellung, die in den Städten nicht in der gleichen Art zu finden ist, bezog der Jude im Dorf seine Stärke und Widerstandsfähigkeit gegen die Anfeindungen von außen.<sup>98</sup>

Religiöses Judentum ist jedoch nicht nur eine Angelegenheit der Individuen. Fortbestand des jüdischen Volkes ist eine vordringliche Mizwah.<sup>100</sup> Um als Gruppe in ihrem Jüdischsein fortbestehen zu können, mußten die Landjuden nicht nur ihr persönliches Sein, sondern auch ihr soziales Sein tief in der Religion verankern. In der Religiosität der Landjuden war dieses Schaffen von sozialem Zusammenhang stark und greifbar ausgeprägt und zwar in zweifacher Hinsicht: einerseits mit den Juden im alten Israel, also mit der Tradition des eigenen Volkes, andererseits mit den Juden in der Dorfgemeinde.

Beim Feiern der historischen und bäuerlichen Feste,<sup>101</sup> in der Symbolik der rituellen Handlungen, die durch Tradition überliefert wurden, stellte sich der Zusammenhang mit den eigenen Ursprüngen immer wieder erneut her.

Den Kern des sozialen Zusammenhangs in der jüdischen Gemeinde Nonnenweier bildete die unter einem Dach lebende, patriarchalische Drei-Generationen-Familie mit anverwandten Ledigen. Die jüdische Familie war darauf ausgerichtet, ihren Angehörigen „Geborgenheit und liebevolle Fürsorge“<sup>102</sup> zu geben. Innerhalb der Familie, vor allem während der häuslichen Feiern, konnte der von der Umwelt angefeindete Dorfjude seine religiös bedingte jüdische Identität wahren und entfalten.

---

96 vgl. a.a.O., S. 131

97 vgl. ebd., S. 132

98 vgl. ebd.

100 vgl. Werner J. Cahnman, a.a.O. S. 123

101 Das religiöse Judentum hatte sich als Religion eines Bauernvolkes herausgebildet. Viele Feste im Jahreszyklus hängen mit dem landwirtschaftlichen Jahresrhythmus des alten Israel zusammen. Gleichzeitig erinnern sie auch an die Geschichte des jüdischen Volkes.

102 Emil Schorsch, a.a.O., S. 132.

Die Nonnenweierer Judenfamilien waren weitgehend miteinander verzweigt und verwandt.<sup>103</sup> Genauso verzweigt waren die Familien nach außen mit den Familien der angeheirateten Frauen. Hierdurch wurde der Familienzusammenhang und der Zusammenhang der jüdischen Gemeinde gefestigt und gewahrt.

Die religiös bedingte Solidarität der Dorfjuden in der Wahrung des Zusammenhangs äußerte sich auch in der Verantwortlichkeit aller Juden für einander. Wohltätigkeit war im Dorf sowohl Angelegenheit der Allgemeinheit der Juden als auch eine persönliche, zwischenmenschliche Pflicht, die im religiösen Brauchtum verankert war.

### **III. Religionsausübung — „fromme“ und „liberale“ Juden**

Allen Nonnenweierer Juden gemeinsam war ein Festhalten an einer überlieferten Art der Religionsausübung, so wie diese einerseits von den Eltern und Großeltern überkommen war und wie sie andererseits durch einen für alle verbindlichen Konsensus innerhalb der jüdischen Dorfgemeinde festgelegt war. Dieser Konsensus bestimmte das, was von allen zu tun oder zu lassen war, also das Minimum der religiösen Praxis. Dagegen war das Maximum nach Familien verschieden, d.h. je nachdem, ob man einer der „frommen“, „liberalen“ oder „sehr liberalen“ Familien angehörte, und dies sowohl was das Beibehalten oder Aufgeben von religiösen Bräuchen betraf, als auch was die Intensität der dahinterstehenden Frömmigkeit anbelangte.<sup>104</sup>

Kurz zusammengefaßt, läßt sich eine traditionsgebundene Frömmigkeit konstatieren, welche noch von wenigen Familienvätern gewahrt wurde, deren Eigenidentität prägte und sich auf ihr soziales Ansehen im Dorf positiv auswirkte. Bei den übrigen Familien variierte die Beachtung oder Nichtbeachtung der religiösen Tradition im Zusammenhang mit der ortsüblichen Norm, den innerfamiliären Gegebenheiten und mit einer mehr oder weniger großen Distanz zur sozialen Kontrolle.

Entsprechend sind bei den einzelnen Familien bzw. Individuen die Merkmale der religiös bedingten kollektiven Identität der Nonnenweierer Juden mehr oder weniger ausgeprägt: eine echte oder nur noch formale, individuelle und kollektive Gottesverehrung „an sich“ (tägliches Beten der Männer, Synagogenbesuch am Sabbat und an Rosch Haschanah); eine Solidarität in der Schaffung und Wahrung von sozialem Zusammenhang — in der Familie, in der jüdischen Dorfgemeinde, in einer überregionalen Verankerung der Dorfgemeinde —, die in den religiösen Bräuchen zum Ausdruck kommt.

103 Dies gilt auch für andere jüdische Landgemeinden. Vgl. Werner J. Cahnman, a.a.O., S. 123

104 In unserer Monographie haben wir diese Begriffe definiert und aufgezeigt, inwieweit die religiösen Sitten und Bräuche durch „fromme“, „liberale“ und „sehr liberale“ Juden in der Praxis beachtet oder nicht beachtet wurden.



## BIBLIOGRAPHIE

- Arnold*, Hermann, Von den Juden in der Pfalz, Veröffentlichungen d. Pfälz. Ges. z. Förderung der Wissenschaften Speyer, Bd. 56, Speyer 1967
- Auerbach*, Berthold, Lederherz, in: *Weil*, A., Contes et Légendes d'Israel, Ed. Fernand Nathan, Paris 1963
- Baader*, Emil, Land und Leute der oberen Ortenau, Heimatbücher für den Schulkreis Emmendingen, Lahr 1937
- Bender*, Karl Ludwig, Geschichte des Dorfes Nonnenweier bei Lahr in Baden, Karlsruhe 1908
- Bender*, Karl Ludwig, Krämer, Joachim und Eble, Eugen, Ortssippenbuch Nonnenweier, Zentralstelle für Personen- und Familiengeschichte, Frankfurt am Main 1971
- Cahnman*, Werner J., Village and Small-Town Jews in Germany, A Typological Study, in: Publications of the Leo Baeck Institute, Yearbook XIX, Secker & Warburg, London 1974, S. 107—130
- Ehrmann*, Elieser L., Purim. Ein Quellenheft, in: A. Leschnitzer, Hrsg., Jüdische Lesehefte, Nr. 20, Berlin 1937
- Encyclopedia Judaica*, Bde. A—L, Berlin-Charlottenburg 1928—34
- Encyclopedia Judaica*, Keter Publishing House, Jerusalem 1971
- Erzählung* von dem Auszuge Israels aus Ägypten an den beiden ersten Peßachabenden, übers. von W. Heidenheim, Frankfurt 1914
- Fechenbach*, Hermann, Die letzten Mergentheimer Juden, Veröff. d. Komm. f. Gesch. Landesk. in Baden-Württemberg, Reihe B, Stuttgart 1972
- Gehlen*, Arnold, Urmensch und Spätkultur, Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Frankfurt—Bonn 1964
- Goldstein*, Alice, Some Demographic Characteristics of Village Jews in Germany: Nonnenweier, 1800—1931, Population Studies and Training Center, Brown University, Providence, Rhode Island, o.J.
- Guggenheim*, E., Le judaïsme dans la vie quotidienne, Ed. Albin Michel, Paris 1970
- Guggenheim-Gruenberg*, Florence, Jiddisch auf alemannischem Sprachgebiet, 56 Karten zur Sprach- und Sachgeographie, in: Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Bd. 10, Zürich 1973
- Hofstätter*, Peter R., Einführung in die Sozialpsychologie, Stuttgart 1966<sup>4</sup>
- Hundsnurscher*, Franz und *Taddey*, Gerhard, Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale. Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 19, Stuttgart 1968
- Jeggle*, Utz, Judendörfer in Württemberg, in: Hermann Bausinger, Hrsg., Volksleben, Band 23, Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Tübingen 1969
- Jüdisches Lexikon*, 5 Bde., Berlin 1927—1930
- Kattermann*, Hildegard, Geschichte und Schicksale der Lahrer Juden, Eine Dokumentation, Hrsg. von der Stadtverwaltung Lahr, 1976
- Kopp*, A., Die Dorfjuden der Nordpfalz, Meisenheim am Glan 1968
- Lewin*, Adolf, Geschichte der Badischen Juden, Freiburg i. Br. 1909
- Mauss*, Marcel, Gabentausch, in: Soziologie und Anthropologie, Bd. II, München 1975
- Meyer*, Iwan, 1707—1927. Jubiläumsschrift der jüdischen Gemeinde von Nonnenweier, 1927
- Monumenta Judaica*, 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein, Eine Ausstellung im Kölnischen Stadtmuseum, 15. Oktober 1964 — 15. März 1964
- Katalog, im Auftrage der Stadt Köln hg. von Konrad Schilling, Köln 1964<sup>2</sup>
- Handbuch, im Auftrage der Stadt Köln hrsg. von Konrad Schilling, Köln 1963
- Fazit, im Auftrage der Stadt Köln hrsg. von Kurt Hackenberg, Köln 1963
- Müller*, S., Von jüdischen Bräuchen und jüdischem Gottesdienst, Karlsruhe 1930
- Philo-Lexikon*, Handbuch des jüdischen Wissens, Berlin 1934—1936
- Picard*, Jacob, Die alte Lehre, Stuttgart 1963
- Raphael*, Freddy, „Stéréotype du juif dans un village d'Alsace en 1976“, in: *Révue des Sciences*

- Sociales de la France de l'Est, Hrsg. von Julien Freund, Université des Sciences Humaines de Strasbourg, Straßburg 1977, S. 142—153
- Rosenthal*, Berthold, Heimatgeschichte der badischen Juden, Bühl 1927
- Rosenthal*, Erich, Eine jüdische Kleinstadtgemeinde, in: *Der Morgen*, Vol. IX. 1933, S. 372—378
- Sauer*, Paul, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933—1945, Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Band 20, Stuttgart 1969
- Schereschewski*, E., Das jüdische Jahr, Alltag und Fest im Haus und in der Synagoge, in: *Monumenta Judaica*, Handbuch, Köln 1963, S. 713—734
- Schorsch*, Emil, The rural Jew — Observations on the Paper of Werner J. Cahnman, in: *Publications of the Leo Baeck Institute*, Year Book XIX, Secker & Warburg, London 1974, S. 131—133
- Schwab*, Hermann, Jewish Rural Communities in Germany, Cooper Book Company, London 1956
- Staatsarchiv Freiburg*, 360/2906, Nonnenweier, Judenfeindliche Ausschreitungen 1919/25
- Stern*, Bruno, Meine Jugenderinnerungen an eine württembergische Kleinstadt und ihre jüdische Gemeinde. Mit einer Chronik der Juden in Niederstetten und Hohenlohe vom Mittelalter bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: *Schriftenreihe des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins Stuttgart*, Band 4, Stuttgart 1968
- The Jewish Travel Guide*, Jüdischer Reiseführer. Das jüdische Leben in Deutschland. Sonderausgabe Baden-Württemberg, Stuttgart 1955
- Thieberger*, Friedrich, Hrsg., Jüdisches Fest/Jüdischer Brauch, Ein Sammelwerk, Berlin 1936
- Wimmer*, Georg, Die jüdischen Friedhöfe bei Schmieheim und Nonnenweier, in: *Geroldseckerland*, Jahrbuch einer Landschaft, Heft 17/1975, Lahr, S. 161—167
- Wolfsberg*, Y., Popular Orthodoxy, in: *Publications of the Leo Baeck Institute of Jews from Germany*, Year Book I, East and West Library, London 1956, S. 237—254

## Die Neubauten im Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ in Gutach im Schwarzwald

*Hermann Schilli*

Im Sommer 1979 wurde im Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ in Gutach im Schwarzwald mit der Aufstellung eines *Archivgebäudes* begonnen, das eine Wohnung für einen Museumsbediensteten, eine dringend benötigte Werkstätte und ein Archiv für meine Bauaufnahmen von Schwarzwaldhäusern und Bauernhäusern der Rheinebene, Negative und Dias aus diesen Landstrichen sowie meine Hausbücherei aufnehmen wird. Dieses Gebäude wird in der Art einer Mischform zwischen Gutacher- und „Heidenhaus“ erstellt werden, wie sie in der Umgebung des Museums üblich waren. Es ist damit eine Neuschöpfung, jedoch in der hierzulande üblichen Bauweise (Abb. 1,2). Gleichzeitig wird im Museumsgelände ein Hotzenhaus erbaut werden. Im folgenden Jahr soll dann ein Schauinslandhaus folgen. Damit wäre das Schwarzwälder Freilichtmuseum vollständig; es wird dann alle Schwarzwälder Hausformen beherbergen. Dieser erfreuliche Abschluß ist zu danken dem Kultusausschuß des Ortenaukreises unter der Führung von Herrn Landrat Dr. Gamber und der Landesregierung in Stuttgart, die erhebliche Mittel zugesprochen hat.

Als Beispiel für die alte und sehr interessante Bauweise im Hotzenwald sollte der „*Klausenhof*“ in *Herrischwand* übertragen werden (Abb. 3). Herr Verwaltungsdirektor Loritz vom Offenburger Landratsamt hatte bereits mit dem Besitzer einen Kaufpreis von 20 000,- DM vereinbart. Ich hatte die Erlaubnis zum Versetzen dieses Hauses vom Landratsamt Waldshut und von der Gemeinde Herrischried eingeholt – Herrischwand ist nach Herrischried eingemeindet. Ich konnte so mit meinen Männern vom Freilichtmuseum, den Zimmermeistern Kaspar in Gutach und Vogt vom Architekturbüro Schneider in Gutach, eine Bauaufnahme durchführen. Herr Vogt fertigte danach die Werkpläne für die beiden oben genannten Objekte, und ich zeichnete die Eingabepläne für die Behörden. So schien alles gut zu laufen.

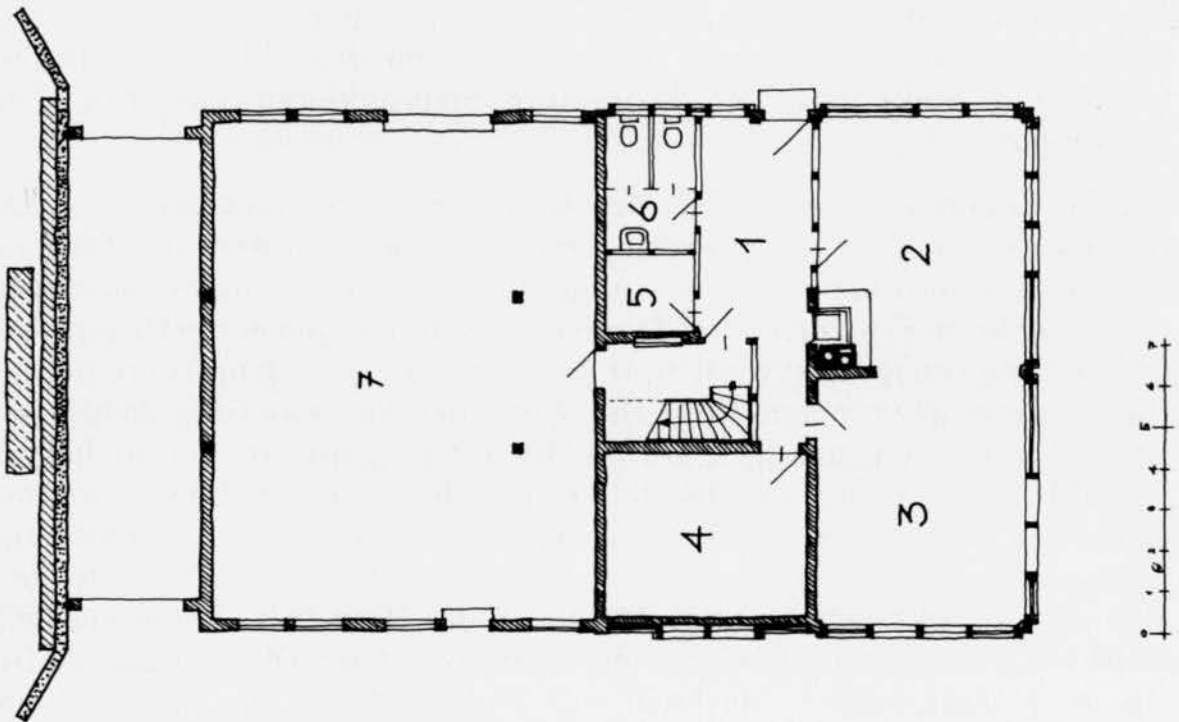
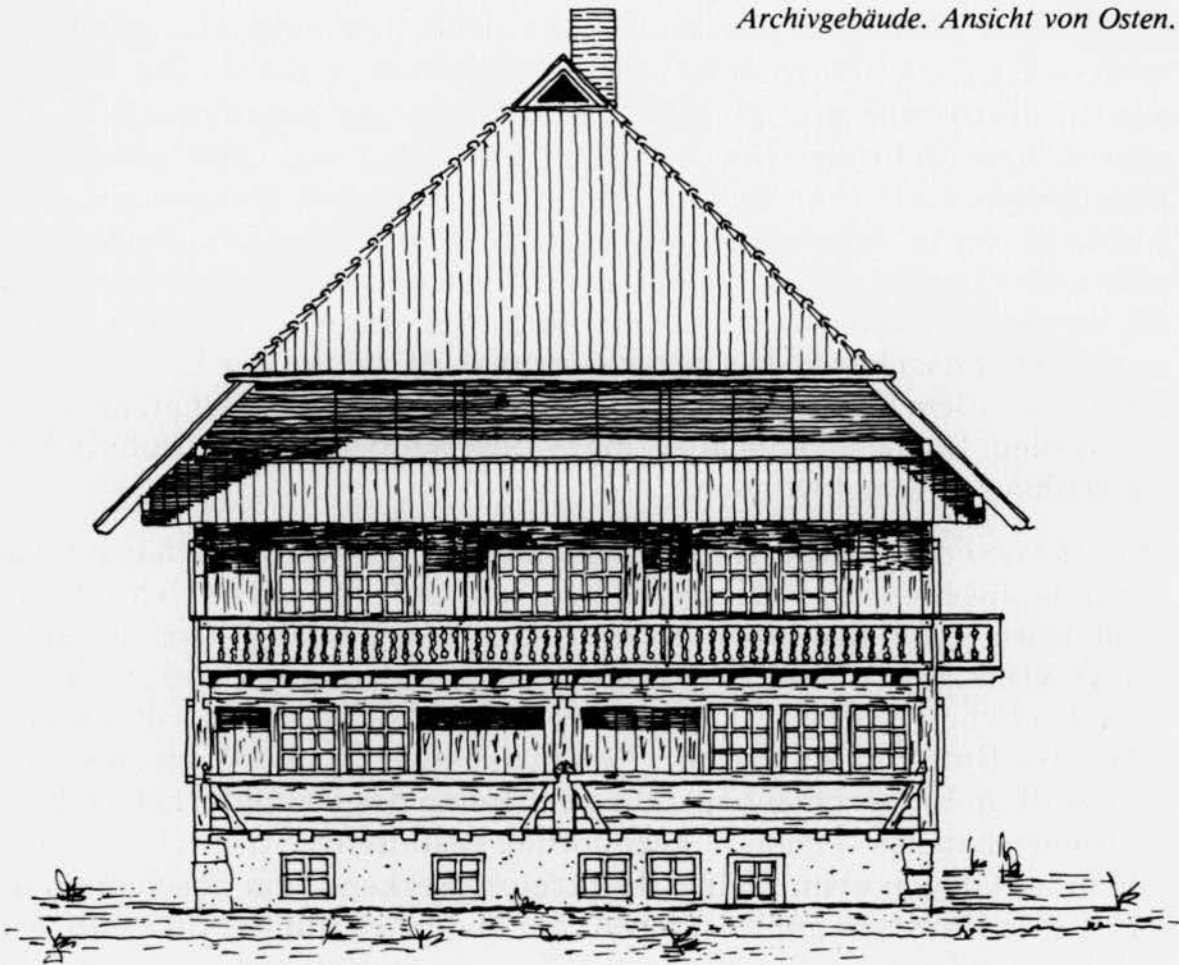
Da erhielt ich Mitte April die Nachricht, der Klausenhof dürfe nicht versetzt werden, weil der Kreis Waldshut das Haus erwerben, als Denkmalhof versetzen und herrichten werde. Hierauf entschloß ich mich

zu einer Nachbildung, da ein Hof mit allen für den Hotzenwald bezeichnenden Eigenheiten nicht mehr zu finden ist und ein Hotzenhaus im Gutacher Museum nicht fehlen darf. Der Entschluß fiel mir sehr leicht, weil das eigentliche, in Holz gezimmerte Haus von der umgebenden „Schildwand“ restlos verdeckt wird. Ferner sind zwei Überlegungen bei diesem Mißgeschick tröstlich: Wir hätten aus diesem auffälligen Haus nur sehr wenig Holz nach Gutach überführen können. Es ist doch sehr vom Wurm befallen und altersmorsch. Im Innern ist es restlos vergammelt; die meisten Türen und alle Fenster sowie die Einrichtung sind herausgerissen, selbst der Kachelofen mit dem Nebenofen, der „Chouscht“ (Kunst) ist abgebaut. (Glücklicherweise konnte mein Mitarbeiter, Herr Breithaupt, einen alten Hotzenwälder Kachelofen mit Nebenofen erwerben, der im neuerstellten Nachbau etwas vom alten Hotzenwälder Geist verspüren läßt). Außerdem ist das Haus stark verändert worden. 1864 sind über dem Kammerfach auf der Südseite weitere Kammern eingebaut worden. Das Haus erhielt dadurch auf dieser Seite einen Halbwaln, ein im Hotzenwald ursprünglich fremdes Bauelement. Auch auf der Nordseite ist das Haus zu einem unbestimmten Zeitpunkt verlängert worden. Wir haben mit dem Nachbau den alten Bauzustand wieder hergestellt.

Vor der Beschreibung dieses interessanten Haustyps einige Bemerkungen zur Landschaft und von den Bewohnern, die ihn geprägt haben. Der *Hotzenwald*, das alte Hauensteiner Land, ist eine verkehrsferne Hochfläche mit tief eingeschnittenen Tälern zwischen der Wehra und der Schwarza-Schlucht im Süden und im Norden dem Dachsberg. Die Wälder dieses Gebiets sind in den vergangenen Jahrhunderten zugunsten der im Südwesten gelegenen Hammerwerke fast gänzlich abgeholzt worden, so daß die Alpenwinde ungehemmt über die Hochfläche hinwegbrausen können. Daher ist dieser Landstrich mit seinen zahlreichen Kältewannen winterlicher als der Schwarzwald. Diesen rauhen klimatischen Verhältnissen ist das Hotzenhaus angepaßt worden. Zu den ungünstigen Umweltbedingungen kommen noch für eine Bauernwirtschaft schlechte, weil steinige, saure und kalkarme Böden, die nur den Anbau von Winterroggen, Gerste und seit zweihundert Jahren etwa noch Kartoffeln erlauben. Erschwert wurde ferner eine sinnreiche Bodennutzung durch eine weitgehende Besitzersplitterung.

Die Güterteilung verursachte den Niedergang des Bauerntums. Sie wurde von den starrköpfigen Hotzen in einem Anhang zur „Landesordnung des Schwarzwaldes“ zu Beginn des 17. Jahrhunderts erzwungen. Die Folge war eine Wohnungsnot, da: „in einem Häusel zwey und mehrere Hausgesessene sich befinden, wodurch sie sich selbst überlästig machen“, und damit eine unbotmäßige Bevölkerung das Land bewohnte, die den Landes- und Territorialherren, Vorderösterreich und

Archivgebäude. Ansicht von Osten.



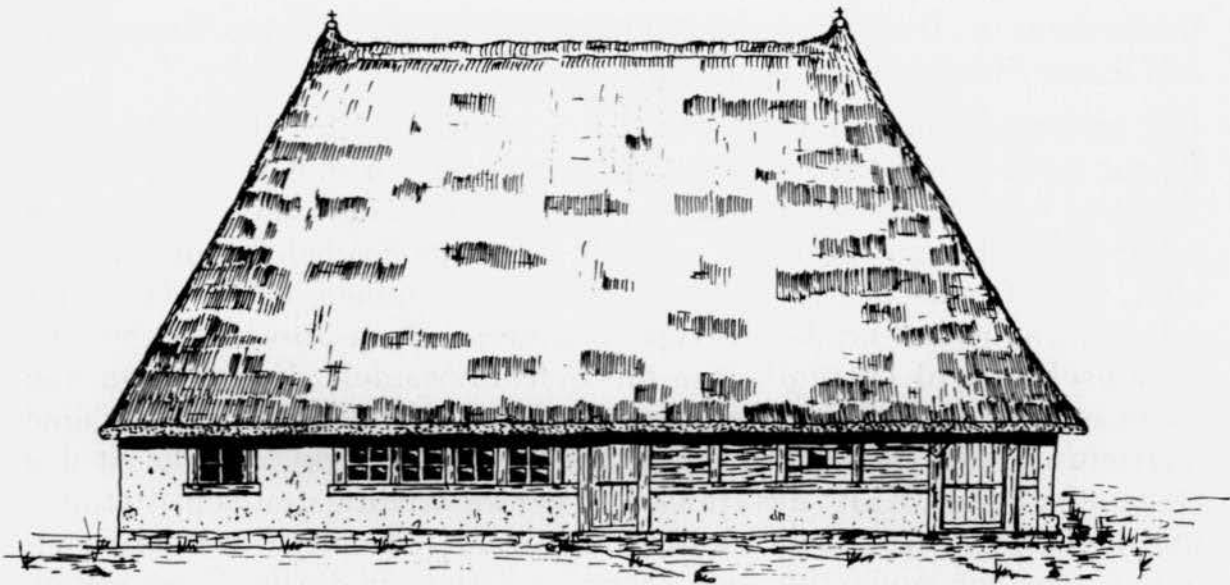
Archivgebäude. Bodenaufteilung des Erdgeschosses.

1 Hausgang, 2 Archivraum und Arbeitszimmer, 3 Vorführraum, 4 Abstellkammer, 5 Garderobe, 6 WC, 7 Werkstätte.

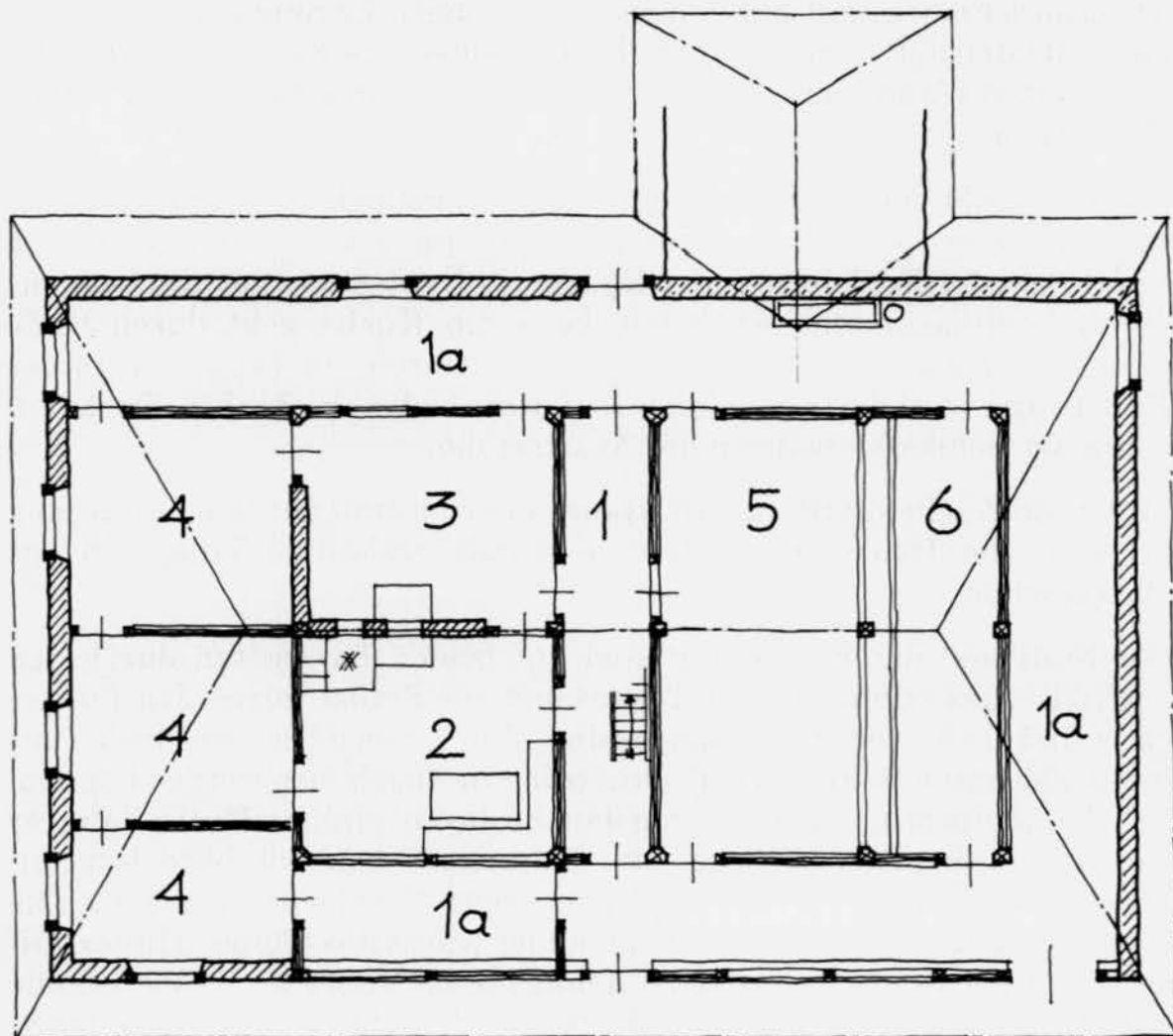
dem Kloster St. Blasien, aber auch dem Land Baden und der Geistlichkeit noch im letzten Jahrhundert Schwierigkeiten machte. Die Hotzen mieden die Kirche und gingen zum Empfang der Sakramente in die benachbarte Schweiz. Sie beriefen sich dabei auf ihre ehemalige Zugehörigkeit als freie Bauern zur alten Grafschaft Hauenstein. Ihre Aufstände im 18. Jahrhundert gingen unter dem Begriff der „Salpetereraufstände“ in die Geschichte ein. Die Folgen dieser Zustände waren für die Häuser beklagenswert: sie verwaahlerten; dieser Landstrich wurde zum Notstandsgebiet. Aber das war einmal. Mit Hilfe der Landesregierung ist aus dem Hotzenwald eine beliebte Erholungslandschaft geschaffen worden. Dabei sind die alten, nach unseren Begriffen unwohnlichen Hotzenhäuser verschwunden.

*Das Hotzenhaus.* Diese Hausart ist wie alle Schwarzwaldhäuser ein Einhaus, das Menschen, Tiere und Erntegut unter einem Dach birgt. Ein quaderförmiger Hauskörper mit vorgelagertem Umgang, dem „Schild“, von 18,50 m Länge und 12,25 m Breite trägt ein strohgedecktes Dach, das über den Schmalseiten in Vollwalmen endet (Abb. 3). Auf der Rückseite führt eine Erdrampe durch das „Einfahrtshäusle“ in die Tenne, die über dem Stall im Erdgeschoß liegt. Die Firstlinien des Hauptdaches und des „Einfahrtshäusles“ enden in kegelförmig gestalteten Strohschaubenbüscheln, auf denen oben kleine Holzkreuze stecken. Zum Erscheinungsbild dieses Haustyps gehören ferner der Baumhag auf der Südseite, der gleichlaufend mit der Traufkante des Walmes angepflanzt ist. Er besteht aus drei Vogelbeerbäumen, die das Haus gegen die Wetterunbilden schützen. Dieser Baumschutz spielte früher im Brauchtum eine Rolle; unter ihm schlichtete der Hausvater Streitigkeiten zwischen den Bewohnern.

Auf der Eingangslangseite sieht der Besucher die „Schildwand“, die vom Kammerfach bis an die Haustür und von hier ab unten ebenfalls in Mauerwerk und oben in Bohlen aufgeführt ist. In der Schildwand sitzen auf dieser Seite Fenster, die im Sommer ausgehängt und deren Öffnungen mit Geranien ausgesetzt werden. Diese geben den an sich unfreundlichen Häusern eine gewinnende Note. Die Nord- und Westwand des „Schildes“ ist in Stein hochgemauert. Durch die Eingangstür in der östlichen „Schildwand“ gelangt der Besucher zunächst in einen 1,90 m breiten Gang, den „Schild“, der den hölzernen Hausteil auf der Ostseite bis zum gemauerten Kammerteil umläuft. Auf der Nord- und Westseite des Hauses erstreckt sich der „Schild“ bis an das Hausende. In diesem Teil steht vor dem Stall der Brunnen mit dem Tränktrog. Dieser Umgang ist ein charakteristisches Merkmal des Hotzenhauses. Er bildet einen wirksamen Wetterschutz und ist daher aus dem rauhen Charakter dieser Landschaft zu verstehen. Durch ihn wird jedoch eine ausreichende Beleuchtung des Wohn- und Stallteiles mit dem Futtergang sehr



*Herrischwand. Nachbildung des Klausenhofes. Ansicht von Osten.*



*Herrischwand. Klausenhof, Erdgeschoß, 1 Hausgang, 1a „Schild“, 2 Stube, 3 Küche, 4 Kammer, 5 Stall, 6 Futtergang.*

beeinträchtigt. Diese Unzulänglichkeit hat sicherlich zum Verschwinden dieser Hausgattung beigetragen.

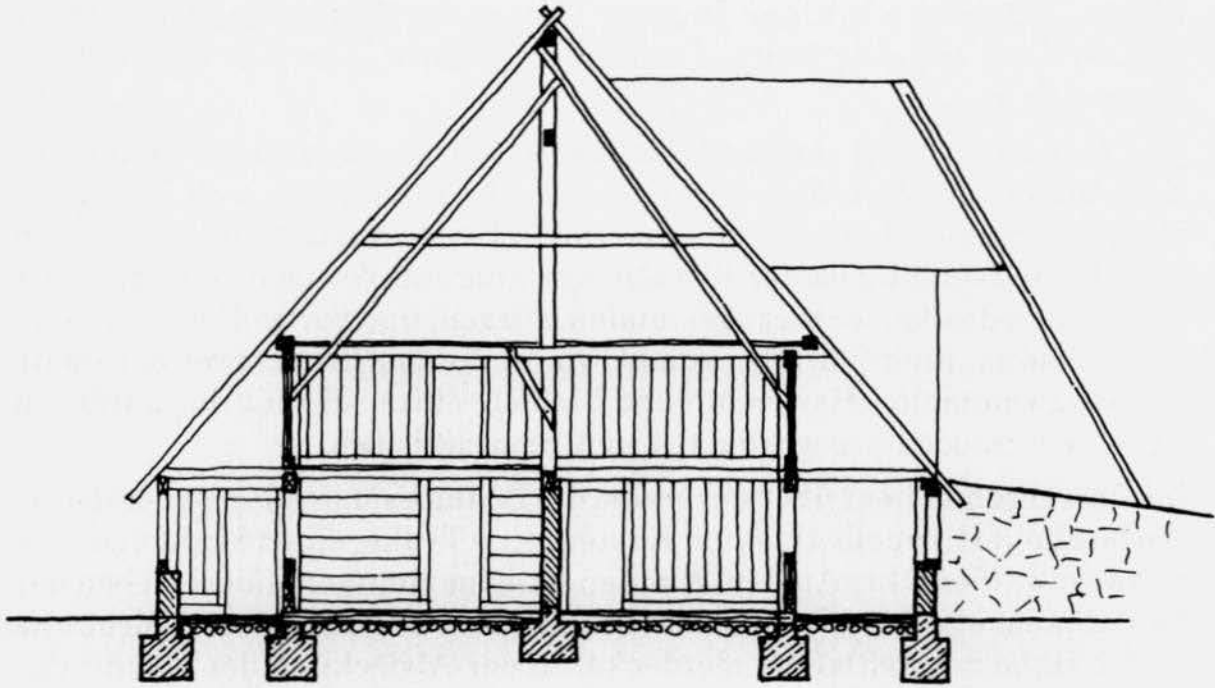
Der ursprüngliche Wohnteil ist nach Schwarzwälder Art in Stube und Küche aufgeteilt, denen wohl in jüngerer Zeit die drei Kammern auf der Südseite vorgelagert worden sind. In der Stube stehen sich der Eßtisch unter dem „Herrgottswinkel“ und der mächtige Kachelofen mit Nebenofen, der „Chouscht“ (Kunst), diametral gegenüber. Dieser Ofen mit seiner „Chouscht“ ist das einzige Originalstück in unserer Stube. Die „Chouscht“ wird ebenfalls wie die Schwarzwälder „Kunst“ von den Abgasen des Küchenherdes geheizt. Unter dem Kachelofen ist eine Vertiefung, die oben durch ein Bodenbrett abgedeckt ist. Sie ist das Geheimfach, die „Kalt“ des Hauses, in der die wichtigsten Schriftstücke und die wenigen Wertsachen aufbewahrt werden. Neben dem Kachelofen mit seinem Nebenofen führt eine schmale Treppe in die darüberliegende Schlafkammer. Diese Treppe ist oben mit einem Falladen abgedeckt, der am Abend geöffnet wird, um die Schlafkammer zu erwärmen. Die Stube ist ausgeschmückt mit billigen Heiligenbildern, Erinnerungsbildern an die Soldatenzeit und einer Schwarzwälder Lackschilduhr. In der gemauerten Wand hinter dem Ofen ist eine Durchreiche nach der Küche angebracht.

In dieser steht der Herd. Über ihm fängt ein geflochtenes und mit Lehm verschmiertes Gewölbe, die „Rauchhurd“, die Funken auf. Nach dem Verglühen der Funken tritt der Rauch des Herdes und des Kachelofens durch Schlitz in der Kuchendecke – die Küche geht durch beide Geschosse hindurch – in den Dachraum. Durch ein Feuerloch in der Kunstwand wird der Kachelofen in der Stube beschickt. Ein Tisch, ein einfacher Schrank ergänzen die Ausstattung.

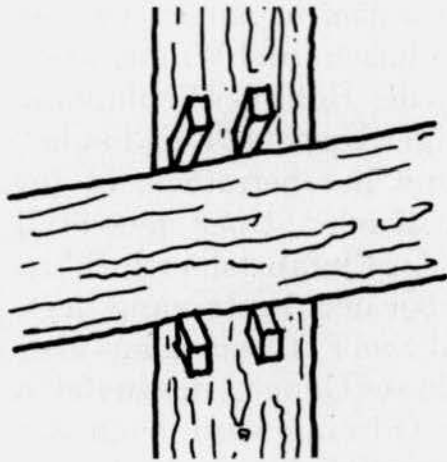
Stube und Küche sind durch den Hausgang vom Stall mit dem Futtergang getrennt. Im Hausgang führt eine gerade einläufige Treppe in das Obergeschoß.

Der Stall und der Futtergang sind auf beiden Langseiten durch den „Schild“ zugänglich. An der Trennwand des Stalles gegen den Futtergang sind die Futterkrippen angeordnet. Vor ihnen ist der Stallboden mit lose aufgelegten Bohlen abgedeckt, so daß sie abgehoben werden können, und der „Salpeterer“ aus dem von Jauche durchtränkten Boden Salpeter aussieden kann. Das Gewerbe der „Salpeterer“ hat, wie oben bemerkt, durch seine Aufstände im 18. Jahrhundert Geschichte gemacht. Die Viehstände sind sehr kurz, denn auch hier wurde das kleine „Hinterwälder“ Vieh gehalten. Gegen den Laufgang für das Vieh sind die Viehstände durch eine Rinne, ein gehöhlttes Halbholz, den „Schorbaum“, begrenzt. Im Unterschied zu den Schwarzwaldhäusern ist der Stall von dem Futtergang durch eine Bretterwand getrennt. Unter der Decke ange-

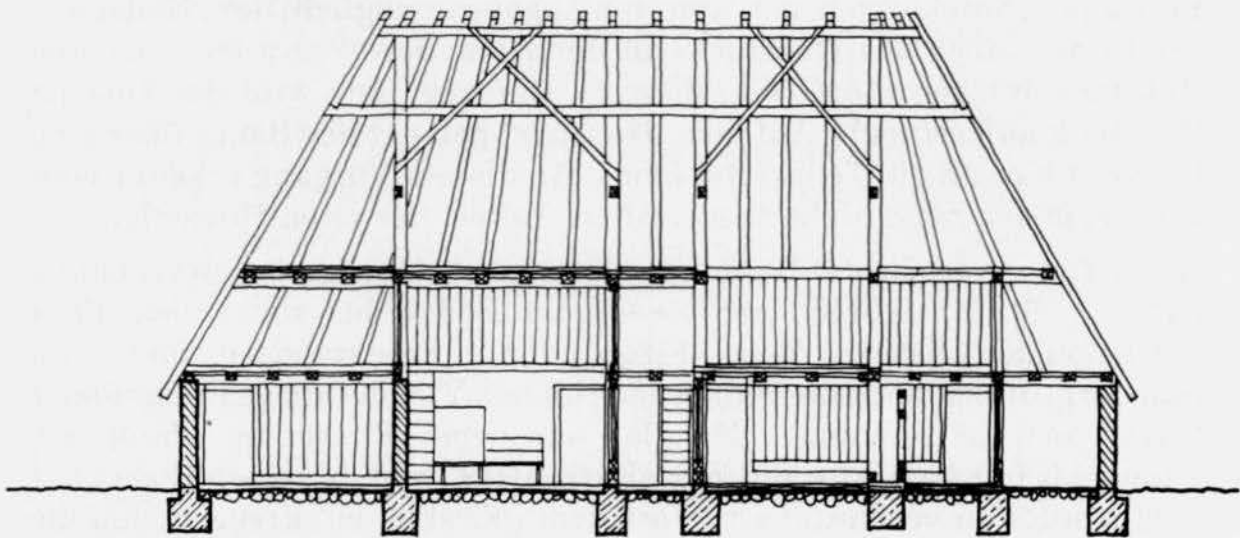




*Herrischwand. Klausenhof. Querschnitt.*



*Herrischwand. Klausenhof. Fugenschrägnagelung.*



*Herrischwand. Klausenhof. Längsschnitt.*

brachte Öffnungen in dieser Wand gestatten das Füttern der Tiere. Diese Bretterwand ist eine Folge des rauhen Klimas, dem das Hotzenhaus ausgesetzt ist.

Wir haben den Stall und den Futtergang nur auf ein kurzes Stück der ursprünglichen Verhältnisse zur Darstellung gebracht, weil die restlichen Raumteile für die Aufnahme einer Bilderausstellung vorgesehen sind. Diese Nutzung ist der Künstlervereinigung Wolfach zu Beginn der Errichtung des Museums zugestanden worden, und wir wollen an diesem Zugeständnis nicht rütteln, zumal wir in diesem Raum zwei berühmte Schwarzwaldmaler, Hasemann und Liebich, ehren, die mit ihren Bildern die Schwarzwaldhäuser weithin bekannt gemacht haben.

Im Obergeschoß liegt über der Stube die Schlafkammer der Bauersleute. Sie birgt ein Himmelbett, einen Kasten, eine Truhe, einen Stuhl und eine Schwarzwälder Uhr. An den Wänden hängen Heiligenbilder. Neben der Schlafkammer erstreckt sich der Küchenraum bis auf dessen Abdeckung in der Höhe der Schlafkammerdecke. In der Abdeckung der Küche, der „Feuerbühne“, befinden sich Schlitze, die den Rauch in den Dachraum entlassen. Über einem Drittel dieses Raumes liegen in der Höhe des Schlafkammerbodens einige Bohlen, die von außen begangen werden können. Sie ermöglichen das Aufhängen der Fleisch- und Wurstwaren, die hier geräuchert werden. Der „Schild“ ist in der Höhe des Schlafkammerbodens abgedeckt, so daß hier ein dreieckiger Umgang, die „Laube“ entstanden ist. Sie ist vom oberen Hausgang her betretbar. In ihr schliefen vor dem Anbau der Kammern die Kinder. Über dem Stall verläuft die Tenne, in die eine Erdrampe durch das Einfahrtshäusle führt. Von der Tenne aus kann der Heustock, der über dem Futtergang liegt, beschickt werden. Dorthin gelangt man einmal vom Futtergang aus über eine Leiter durch eine Öffnung in der Decke dieses Ganges, die zugleich der Boden des Heustocks ist. Durch diese Öffnung wird auch der Futtergang beschickt. Einen weiteren Zugang ermöglicht der „Heusteg“, der in der Mitte des Heustocks in der Höhe der Tennwand über den Heustock hinweg führt. Von diesem „Heusteg“ aus wird das Heu im Heustock aufgestapelt. Auf den „Heusteg“ gelangt der Bauer über eine Leiter, die er an die Tennwand lehnt. An diesem Vorgang erkennt man wiederum den noch nicht ausgereiften Aufbau des alten Hotzenhauses.

In der Tenne vermag der Besucher das tragende Hausgerüst zu erkennen (Abb. 5, 6). Es besteht aus zwei vom Boden bis unter den First aufsteigenden Säulen, den „Firststuden“, Firstständern und zwei Ständern, die zugleich die Hauswände bilden. Vier derartige Firstständer tragen den „Firstbaum“. Parallel mit dem „Firstbaum“ läuft ein Längsholz in 1,50 m Abstand, der „Katzenlauf“, der an seinen Enden mit je einem Rafen verblattet ist. Über dem „Firstbaum“ kreuzen sich die Rafen, die abwärts bis über die Schildwand hängen. Sie haben eine

Neigung von 49 Grad und weisen damit das 16. Jahrhundert als Bauzeit des Hauses aus. Die Walme sind steiler geneigt. Die Hotzen benutzen noch die alte Bezeichnung „Rafen“; diese hängen im Gegensatz zu den Sparren, die mit ihren Fußenden auf den Dachbalken aufstehen. Lange Streben, die von den „Firststuden“ zu den Wandständern laufen, sichern die Standfestigkeit dieser Gerüste. Eine weitere Aussteifung verbürgen die Dach-Deckenbalken sowie Balken, die in 1,65 m Höhe über den Dachbalken angeordnet sind und die an ihren Enden mit den Rafen verblattet sind. In der Tenne ist auch die interessante mittelalterliche Schrägnagelung zu sehen, die die senkrecht stehenden Ständer mit den waagrecht verlaufenden Hölzern durch Anblattungen verbindet (Abb. 7). Zwei dieser Firstständer, etwa in der Mitte des Hauses gelegen, begrenzen den Hausgang; der nächste Firstständer steht in der Stube vor der Kammer, während der südliche in der Wand zwischen Stall und Futtergang aufsteigt. Auch im Längsverband sind die Firstständer in ihrer Stellung durch gekreuzte Balken, die sich vom „Firstbaum“ bis zu den „Firststuden“ erstrecken, gesichert. Das Dach ist mit Stroh gedeckt.

Unser Objekt vertritt ein sehr kleines Hotzenhaus. Das Vorbild dürfte noch im 16. Jahrhundert erstellt worden sein (hierzu die Eingangsbemerkungen über den ursprünglichen Baubestand). Bei jüngeren Häusern finden sich über den Kammern weitere Kammern, „Rumpelkammern“. In einer dieser Kammern, in der „Fruchtkammer“, wurde das Getreide aufbewahrt.

Dieser Haustyp gehört zu der Familie der „Schwarzwälder Heidenhäuser“. Dabei erhebt sich die Frage, ob nicht diese Modifikation eine alte, vielleicht sogar die ursprüngliche Form des „Heidenhauses“ gewesen ist. Diese Vermutung drängt sich auf, wenn man bedenkt, daß die ältesten Hotzenhäuser, wie unser Beispiel eindringlich zeigt, noch technisch nicht so ausgereifte Hausgerüste aufweisen wie die „Heidenhäuser“, und daß dieses Gebiet ein geschlossener Flächenstaat mit einem Freibauerntum<sup>1</sup> gewesen ist, der vor dem Schwarzwald besiedelt worden ist. Dafür zeugen u. a. auch die zahlreichen Ortsnamen mit der -ingen Endung, wenn auch die Hotzenwälder -ingen Orte nicht zur Schicht der ältesten -ingen Siedlungen gehören.

#### Literaturangaben:

- G. Endriss*, Landschaft, Siedlung und Wirtschaft des Hotzenwaldes. Quellen und Forschungen zur Siedlungs- und Volkstumsgeschichte der Oberrheinlande, Karlsruhe 1941.
- H. Hansjakob*, Die Salpeterer, eine politisch-religiöse Sekte auf dem südöstlichen Schwarzwald, Waldshut 3. A. 1896
- G. Haselier*, Geschichte des Hotzenwaldes, Lahr 1973. Th. Lehner, Die Salpeterer, Berlin 1977
- H. Schilli*, Das Schwarzwaldhaus, Stuttgart 3. A. 1977. In diesem Werk findet der Leser noch weitere Quellenhinweise.

## Das neue „Schwarzwälder Trachtenmuseum“ in Haslach im Kinzigtal

*Manfred Hildenbrand*

Der Schwarzwald und die Landschaften am Oberrhein gehören ohne Zweifel zu den traditionsreichsten und vielseitigsten Trachtenlandschaften in Deutschland.<sup>1</sup> Im Schwarzwald und in seinen Vorlanden ist die Trachtentradition noch so lebendig, daß sie heute in der Lage ist, ihre Individualität in Brauchtum und festlicher Repräsentation zum Ausdruck zu bringen.

Ende des 17. Jahrhunderts und Anfang des 18. Jahrhunderts entstanden aus der damaligen Mode im Schwarzwald und am Oberrhein eine Vielzahl unterschiedlicher bäuerlicher Volkstrachten. Beeinflußt durch den Zeitgeist und verschiedene Moderichtungen, geprägt durch die Landschaft, durch die Mentalität der Bewohner, durch Armut und Wohlstand und durch konfessionelle Bindungen, treten die einzelnen bäuerlichen Volkstrachten im 18. Jahrhundert deutlich bereits in Erscheinung. Sie wurden fortentwickelt sowie variiert und wurden bis Ende des 19. Jahrhunderts in den ländlichen Gebieten allgemein getragen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die Volkstrachten durch modische Kleidung immer mehr zurückgedrängt.

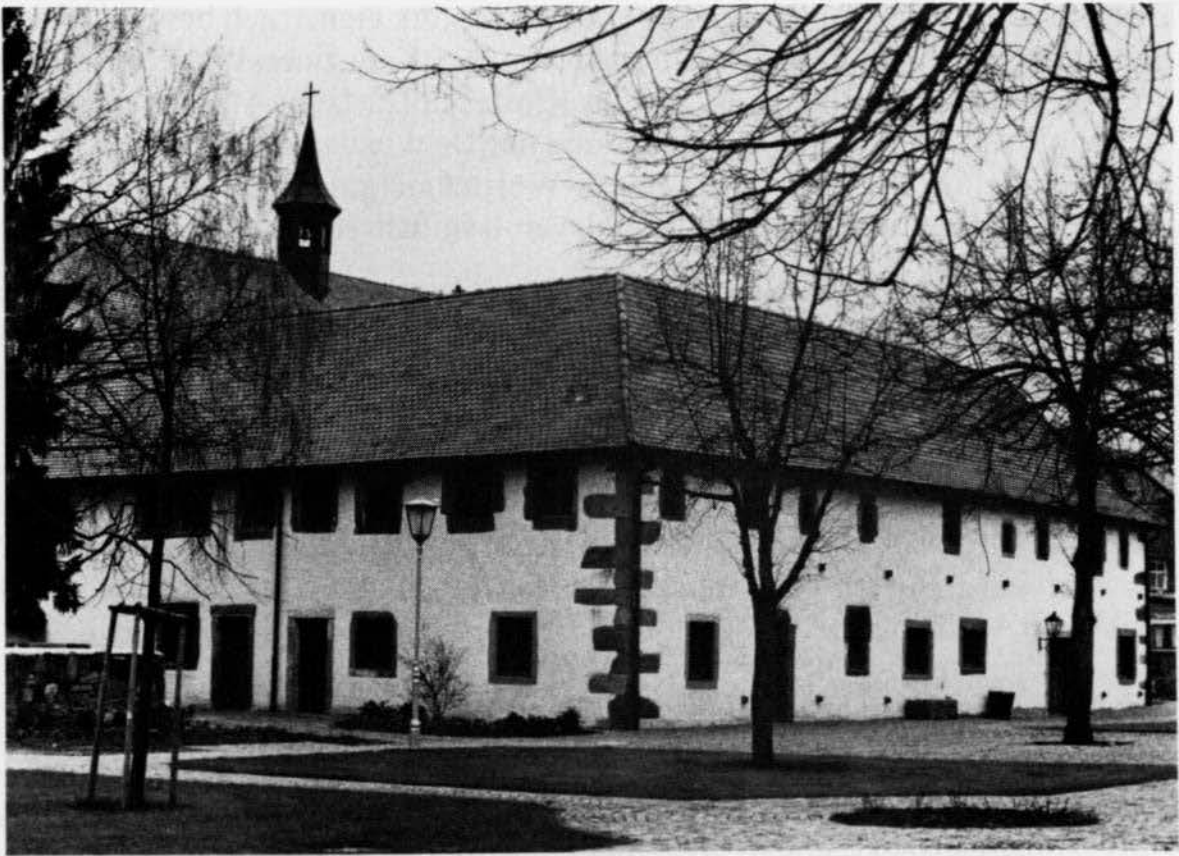
Das Bestreben, die Trachten zu erneuern, geht heute vor allem von den zahlreichen in den letzten Jahren neu entstandenen Trachten- und Musikvereinen aus, was natürlich manche Probleme aufwirft. Heimatabende im Dienste des Fremdenverkehrs verführen allzu leicht dazu, die Tracht nur nach ihrer „Bühnenwirksamkeit“ zu gestalten, ohne Rücksicht auf ihre alte Tradition und ihre Verankerung im Brauchtum.

### *Im Kloster entstand ein überregionales Trachtenmuseum*

Am 7. Mai 1980 wurde in Haslach im Kinzigtal im renovierten ehemaligen Kapuzinerkloster das „Schwarzwälder Trachtenmuseum“ eröffnet, in welchem die Volkstrachten des Schwarzwaldes und der Oberrheinlandschaft in ihren ursprünglichen Formen gezeigt und bewahrt werden.

---

1 Über die Trachten des Schwarzwaldes und des Oberrheingebietes vgl. Joseph Bader, *Badische Volkssitten und Trachten*, Karlsruhe 1843/44; Hermann Eris Busse/Wilhelm Fladt, *Schwarzwälder Volkstrachten*. Sonderheft »Mein Heimatland«, Heft 7/8, 1934; Albert Reinhardt, *Schwarzwälder Trachten*, Karlsruhe 1968.



*Das renovierte Klostergebäude in Haslach, in dem das Trachtenmuseum untergebracht ist.*



*Heinrich Hansjakob mit einer Trachtengruppe aus Steinach beim ersten badischen Trachtenfest 1895 in Freiburg i. Br.*

Das Klostergebäude im Herzen der Hansjakobstadt eignet sich bestens für ein derartiges Museum. In ganz Baden gibt es kein Kapuzinerkloster mehr, das noch so vollständig erhalten ist wie das Kloster in Haslach. Aus diesem Grunde konnte mit tatkräftiger Unterstützung des Denkmalamtes und mit großzügiger Bezuschussung des Landes Baden-Württemberg und des Ortenaukreises das Klostergebäude und die Außenanlagen originaltreu restauriert werden.

Die Renovierungsarbeiten, die 1973 anliefen, konnten mit Fertigstellung des Klostersgartens im Frühjahr 1980 beendet werden. Nur die Klosterkirche muß noch völlig renoviert werden; diese Renovierungsarbeiten hofft man im Jahre 1981 abschließen zu können. Erbaut wurde das ehemalige Kapuzinerkloster in Haslach 1630 bis 1632, also mitten im Dreißigjährigen Krieg, in einer Zeit des Schreckens und der unsäglichen Not.<sup>2</sup> Es steht heute noch so da, wie es damals erbaut worden war: ein Gebäudekomplex von spartanischer Einfachheit, aber trotzdem ein Bauwerk von einmaliger architektonischer Geschlossenheit und bleibender schlichter Schönheit.

Die Idee, im Haslacher Kloster ein überregionales Trachtenmuseum einzurichten, wurde 1974 von Rektor Alfred Schmid geboren. Für das Klostergebäude suchte man damals eine neue Zweckbestimmung. Zwar beherbergten einige Räume des Klosters bereits seit 1913 ein örtliches Heimatmuseum<sup>3</sup>, das von Buchbindermeister Wilhelm Engelberg<sup>4</sup> begründet worden war. Durch die Wirren des Zweiten Weltkrieges wurden seine Bestände stark reduziert. Erst 1953 konnte das Museum als Hansjakob- und Heimatmuseum von Oberbaurat Franz Schmider<sup>5</sup> im Refektorium, Mönchschor und in der Sakristei des Klosters neu eingerichtet werden. Der größte Teil des ehemaligen Klosters blieb jedoch Armenhaus und verfiel immer mehr. Als man endlich 1973 die Renovierungsarbeiten in Angriff nahm, mußte das Heimatmuseum ausgeräumt werden. Der größte Teil seiner Exponate, die Heinrich Hansjakob betrafen, wurden in Hansjakobs „Freihof“ ausgestellt, der als „Hansjakobmuseum“ von Maria Schaettgen neu eingerichtet wurde<sup>6</sup>.

Der Plan Alfred Schmid, im renovierten Kloster ein Trachtenmuseum einzurichten, ging von der Überlegung aus, daß ein Heimatmuseum in der üblichen Form nur örtliches, höchstens regionales Interesse hervorrufen würde. Ein Trachtenmuseum, das alle Volkstrachten des Schwarzwaldes und der angren-

---

2 Über die Geschichte des Haslacher Klosters vgl. Manfred Hildenbrand, Das Kapuzinerkloster in Haslach im Kinzigtal, in: Die Ortenau 1978, Seite 483 — 495.

3 Maria Schaettgen, Das Haslacher Hansjakob- und Heimatmuseum, in: Die Ortenau 1970, Seite 134 — 147.

4 Über sein Leben und Wirken vgl. Ernst Engelberg, Kleine und große Welt im Leben und Wirken des Haslacher Bürgers Wilhelm Engelberg (1862 — 1947), in: Die Ortenau 1979, Seite 69 — 118.

5 Über die Verdienste des Ehrenbürgers von Haslach vgl. Manfred Hildenbrand, In memoriam Franz Schmider. Hansjakob-Jahrbuch V, 1975, Seite 127 — 131.

6 Über das neu eingerichtete »Hansjakobmuseum« vgl. Alois Krafczyk, Ein Besuch bei Hansjakob, in: Schwarzwälder Bote vom 10.08.1979.



*Die Riedtracht aus der Gegend um  
Altenheim/Ichenheim.*



*Mädchentracht aus dem Glottertal.*



*Trachten aus dem Hanauerland.*

zenden Gebiete beherbergen würde, war dagegen etwas Einmaliges, was im ganzen süddeutschen Raum nicht vorhanden war und von dem eine überregionale Attraktivität erwartet werden konnte. Ein stadtggeschichtliches Museum soll übrigens zu einem späteren Zeitpunkt im Mönchschor und in der Sakristei des Klosters eingerichtet werden. Auch die Klosterkirche soll nach ihrer Renovierung museal genutzt werden.

Das Schwarzwälder „Trachtenmuseum“ ist im Obergeschoß des Klostergebäudes untergebracht. Im Erdgeschoß befindet sich das städtische Verkehrsamt und Räume für den Fremdenverkehr. Aus Raumgründen konnten natürlich nicht die Tracht jeder Gemeinde aus dem Schwarzwald und dem Oberrheingebiet ausgestellt werden, sondern nur die typischen Haupttrachten eines bestimmten Trachtengebietes.

In der rustikalen Atmosphäre der ehemaligen Mönchszellen im oberen Stockwerk des Klosters werden die bäuerlichen Volkstrachten, nach Gebieten geordnet, in sechzehn Großraumvitrinen ausgestellt. Dazu kommt noch eine große Vitrine, in der die originellsten Narrengestalten des schwäbisch-alemannischen Fastnachtsbrauchtums gezeigt werden. Eine originalgetreu restaurierte und eingerichtete Mönchszelle samt betenden Kapuzinermönch gehört ebenfalls zum Ausstellungsbereich.

Die Beschaffung und das Aufbereiten der Trachten erwies sich als sehr mühsam. Eine Arbeitsgruppe (Christa u. Sören Fuß, Ottilie u. Kurt Moser) unter Leitung von Alfred Schmid arbeitete jahrelang, um das Trachtenmuseum einzurichten. Tausende von Kilometern mußten zurückgelegt werden, um die begehrten, oft kaum noch zu findenden alten Originaltrachtenstücke aufzuspüren und für das Trachtenmuseum zu gewinnen, teils käuflich, teils als Leihgabe, manchmal sogar als Geschenk. Die Exponate, hauptsächlich lebensgroße Puppen in alten Originaltrachten, zeigen die Volkstrachten vom Renchtal bis zum Hochrhein sowie dem Rheintal. Unter anderem werden ausgestellt Trachten aus Gutach, Einbach, Mühlenbach, die Fürstenberger Tracht, Trachten aus Lehengericht, aus dem Harmersbachtal, aus der Baar, aus St. Georgen, Elztal, Glottertal, aus St. Peter, St. Märgen, aus dem Hotzenwald, aus dem Markgräfler Land, die Vreneli-Tracht aus dem Wiesental, Trachten aus dem Hanauerland, dem Ried, aus Schutterwald, aus dem Schuttertal. Auch die typische Arbeitstracht der Schwarzwälder Bäuerinnen und Bauern ist in einer besonderen Vitrine ausgestellt.

In acht Schauvitrinen werden eine Vielfalt von Einzelteilen der verschiedenen Trachtengebiete gezeigt, wie Goller, Vorstecker, Kappen, Hauben, Kappenböden, Schäppel, Halstücher usw. Um das typische bäuerliche Milieu der einzelnen Trachtenlandschaften zu charakterisieren, wurden auch eine große Anzahl von Originalutensilien und Gegenständen des bäuerlichen Alltags ausgestellt, wie Druckmodel für den Zeuglesdruck, Strohflechterei, Schnapsbuddel, Trachtenschmuck, Gürtel, sogenannte „Trögle“ (bemalte Holzkästen), alte Truhen, Bauernschränke und vieles mehr.





*Die Mühlenbacher Tracht, die im mittleren Kinzigtal getragen wird (rechts) und die Frauentracht aus dem Harmersbachtal (links).*



*Trachten aus dem Renchtal und Schuttertal.*

Um die Entwicklung der Trachten zu illustrieren, werden an den Wänden der Gänge im Museum viele zeitgenössische Trachtenstiche und Graphiken sowie alte Originalfotografien, unter anderem von den Trachtenfesten in Freiburg (1895) und Haslach (1899) gezeigt.

### *Heinrich Hansjakob und die Volkstrachten*

Daß ausgerechnet die Hansjakobstadt Sitz des ersten großen Trachtenmuseums Süddeutschland wird, fügt sich nahtlos in das Erbe jenes Volksschriftstellers ein, der Haslach im Kinzigtal überall bekannt gemacht hat. Wie kein anderer hat sich nämlich Hansjakob zu seiner Zeit für die Erhaltung der bauerlichen Trachten eingesetzt und für eine Renaissance der Trachtenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts gesorgt.

Auf Anregung des mit ihm befreundeten Schwarzwaldmalers, Professor Wilhelm Hasemann aus Gutach, verfaßte Hansjakob 1892 die Flugschrift „Unsere Volkstrachten. Ein Wort zu ihrer Erhaltung“.<sup>7</sup> Die Bauern, so schreibt der Haslacher Volksschriftsteller hier, sollten stolz sein auf ihre alten Trachten, die auf den ersten Blick zeigten, daß sie dem ältesten, dem ehrenwertesten und notwendigsten Stande der Welt, dem Bauernstande, angehörten. Auch die Rücksicht auf die Religion, die Bewahrung der von den Vätern ererbten guten Sitten fordere das Festhalten an den Volkstrachten.<sup>8</sup>

Hansjakobs Aufruf sollte in kürzester Zeit Früchte tragen: An verschiedenen Orten Badens wurden Trachtenvereine gegründet. Auf Initiative Hansjakobs wurden die Trachtenvereine Badens 1895 im badischen Volkstrachtenverein zusammengefaßt. Im gleichen Jahr, am 29. September 1895, fand in Freiburg das erste große Trachtenfest statt, welches zum erstenmal die verschiedensten Trachten aus allen Teilen des Großherzogtums Baden in einem großen Fest mit Umzug zusammenführte. Im neuen „Schwarzwälder Trachtenmuseum“ sind mehrere Originalfotos von diesem Trachtenfest ausgestellt. Eine Aufnahme zeigt Heinrich Hansjakob, den damaligen Pfarrer von St. Martin in Freiburg, mit einer Trachtengruppe aus Steinach.

Am 4. Juni 1899 wurde in Hansjakobs Vaterstadt Haslach das zweite badische Trachtenfest durchgeführt<sup>9</sup>, das 1800 Trachtenträger aus allen Gegenden Badens nach Haslach brachte. 25.000 Besucher säumten damals die Straßen des Städtchens, als der große Umzug stattfand. Sogar Großherzog Friedrich und Großherzogin Luise waren auf der Ehrentribüne beim „Fürstenberger Hof“ anwesend und harrten geduldig dem Vorbeiziehen des Trachtenumzuges, der nahezu zwei Stunden dauerte. Auf Anregung Hansjakobs wurde dem fürstli-

7 Freiburg i. Br., 1892.

8 Ebd., Seite 12.

9 Karl Gageur, Das Trachtenfest zu Haslach im Kinzigtal, Freiburg 1899.



*Die Gutacher Tracht.*



*Die Fürstenberger Tracht.*

chen Paar sogar ein Hammeltanz vorgeführt. In den Räumen des „Fürstenberger Hofes“ fand am gleichen Tag auch die erste Sandhaas-Ausstellung statt. 600 Zeichnungen und Bilder des Haslacher Malers Carl Sandhaas<sup>10</sup> wurden gezeigt, der mit seinem Zeichenstift und Pinsel eine Vielzahl von interessanten Trachtenträgern festgehalten hat.

Noch einmal griff Hansjakob 1900 zur Feder und schrieb das Vorwort zu einer der schönsten Trachtenbildersammlungen, die jemals veröffentlicht wurden: „Volkstrachten aus dem Schwarzwald. 25 Originalaquarelle nach der Natur gezeichnet von Kunstmaler Heinrich Issel“.<sup>11</sup> Was den Volkstrachten aus dem Schwarzwalde den Untergang bringe, so schreibt Hansjakob in diesem Vorwort, sei die Freizügigkeit, die alles vom Land in die Stadt locke sowie der allgemeine Zug der Zeit, der allem Alten und Hergebrachten feind sei und überall Zustände schaffen wolle wie in den Vereinigten Staaten von Amerika.<sup>12</sup>

Mit der Einrichtung des „Schwarzwälder Trachtenmuseums“ erfüllt die Stadt Haslach somit auch ein Vermächtnis ihres großen Sohnes und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Erforschung der Schwarzwälder Volkstrachten.

---

10 Über ihn vgl. Franz Schmider, Maler Carl Sandhaas, Haslach 1959.

11 Freiburg i. Br., Kunstverlag J. Elchlepp, 1900.

12 Ebd., Seite 3.

## Der ehemalige Entenfang zu Membrechtshofen

*Heinz Großholz*

Wenn wir über die Renchbrücke bei Membrechtshofen gehen und einen Blick in südwestlicher Richtung werfen, wird uns ein typisches Landschaftsbild der Rheinniederung vermittelt. Ins Auge fällt vor allem der Auenwald des Entenfangs (so auch die katastermäßige Bezeichnung). Diese Gewannsbezeichnung hat ihren Ursprung darin, daß hier über 210 Jahre tatsächlich Enten gefangen wurden.

Die Aufhebung wurde vor genau einem halben Jahrhundert verfügt. Dies soll Anlaß sein, sich der Geschichte des Entenfangs zu widmen. Mit diesem heimatkundlichen Beitrag wird zudem der jüngeren Generation, welcher die Einrichtung und vor allem die Fangmethode nicht bekannt sein kann, ein Einblick hierüber gegeben. Wenn zwar auch die Verhältnisse der älteren Generation von Membrechtshofen und Umgebung noch bekannt sind, so dürfte dieser Bericht für sie eine Auffrischung der Erinnerungen mit sich bringen.

### *Die Entstehung des Entenfanges*

Im Jahre 1720 traf Johann Reinhard III., der letzte Graf von Hanau-Lichtenberg von Buchweiler<sup>1</sup> aus die Entscheidung, auf jener Seite des Rheins in dem sogenannten Alt- oder Hellwasser durch Aufschwellung des Wassers über den Schwall einen „Entenkoy“ anzulegen. Für diesen Entschluß, in der Nähe von Renchenloch<sup>3</sup>, dem heutigen Maierhof, einen Entenfang anzulegen, dürften mehrere Gründe vorhanden gewesen sein.

Eine wichtige Rolle dürfte dabei gespielt haben, daß in die obige Flußabbiegung durch einen Stau in der Nähe der vorbeifließenden Rench ausreichend Wasser hinzufloß, welches dem Entenfang zugute kam. Günstig war auch der Standort, weil im Herbst und Winter die Wasservögel auf ihrem Zug von Nord nach Süd vielfach dem Rhein entlang flogen, wie es übrigens auch heute

---

1 Hauptstadt der ehemaligen Grafschaft Hanau-Lichtenberg (heute Bouxwiller, Dép. Bas-Rhin)

2 Entenkoy, auch Entencoy = Entenfang; Coymann = Entenfänger; Coyhund = der beim Entenfang benutzte Hund. Vermutlich hängt das Wort mit Kai zusammen.

3 Abgangener Ort bei Membrechtshofen

noch der Fall ist. Außerdem wollte man die Speisekarte des herrschaftlichen Hofes bereichern, da damals Wildenten als geschätzter Leckerbissen galten.

Mit der Anlegung wollte man scheinbar nicht lange warten, so daß bereits am 17. März 1721 der Arbeitsvertrag mit den beiden Frießen-Fachleuten in der Durchführung solcher Arbeiten, nämlich Hans Philipp Lotzen und Hans Jacob Fichter, beide aus Ingweiler (Dép. Bas-Rhin) in Buchweiler abgeschlossen wurde. Die Arbeiten gingen dann so zügig vonstatten, daß bereits schon am 22. September 1721 die bestätigte Bauabrechnung vorgelegt werden konnte.

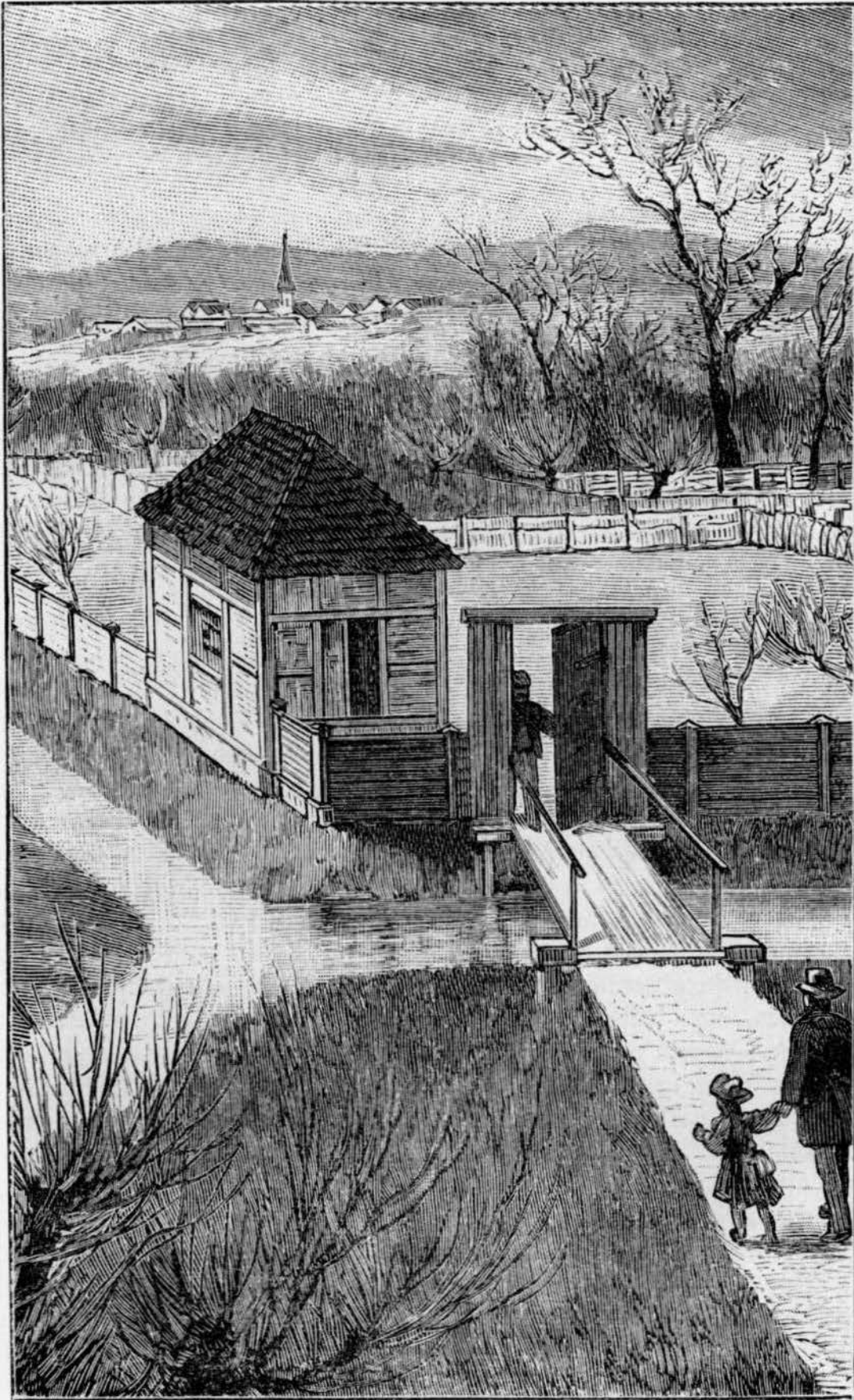
Diese Abrechnung hatte folgenden Wortlaut:<sup>4</sup>

„Die Frießen (= Wassergraben) arbeitet am herrschaftlichen neuen Entenfang hat sich im abmeßen <sup>5</sup> befunden alß		
Der große Weyher, welcher 55 Claffter <sup>6</sup> oder 330 frantzösische Schuh lang und 55 Claffter oder 330 frantzösische Schuh breit und 3 Schuh tieff	1512½ Cubaite Claffter á 5 ß =	756 fl 2 ß
Der kleine Weyher, welcher 30 Schuh lang und 30 Schuh breit und 3 Schuh tief	12½ Cubaite Claffter á 5 ß	6 fl 2 ß
Die Gräben thun nemlich		
Der Graben umb den Weyher	418 Claffter	
Der Graben wo das Waßer von der Rench in Weyher lauff	410 Claffter	
Der Graben wo das Waßer aus dem Wyher in die Rench lauff	420 Claffter	
Die 3. Gäng jeder 34 Claffter	102 Claffter	
	Summa 1350 Claffter	
tax á 2,5 ß . . . . .		337 fl 5 ß
	Summa	1100 fl —
	Löffler Bauschreiber	

Freystett, den 22. September 1721  
 ein bey seyn unterschriebener  
 Johann Peter Veith, Staabhalter  
 Johannes Schoepflin, Coimann

Nach einem von dem späteren Entenfänger Daniel Käßer am 26.10.1804 gefertigten Schreiben hatte die gesamte Anlage eine Fläche von 10 Morgen 100 Ruthen 20 Schuh.

4 GLA 358/57  
 5 Über Maße und Gewichte vgl. G. Schlörer u. W. Schadt, Münze, Maße und Gewichte unserer Vorfahren, Kehl 1969  
 6 Klaffer urspr. Längenmaß, etwa 6 Fuß (= 1,90 m), heute Brennholzmaß (= 4 Raummeter)  
 1 franz. Fuß = 0,32 m; 1 bad. Fuß = 0,3 m; 1 bad. Rute = 3 m



*Die Anlage des Entenfangs*

### *Der Entenfänger (Coymann)*

Die Entlohnung des Coymanns Schoepflin wurde am 7. Oktober 1721 in folgenden Leistungen festgelegt: Eine Montur alle zwei Jahre, 120 Gulden, 7 Malter Weizen, 7 Malter Korn, 8 Ohm Wein, 20 Klafter Brennholz, freies Quartier und 3 Malter Korn für die Coyhund.

Nur derjenige konnte zum Coymann (Entenfänger) bestellt werden, der die Prüfung als herrschaftlicher Jäger abgelegt hatte, eine mehrjährige entsprechende Berufserfahrung nachweisen konnte und die französische Sprache beherrschte.

Der erste Coymann Schöpflin übte seine Tätigkeit von Herbst 1721 bis 1753 aus. Am 27. Oktober 1753 wurde Johann Martin Käßer als Coymann verpflichtet. Drei Generationen dieser Familie Käßer übten dann die Tätigkeiten eines Coymanns bis zum Jahre 1833, also 80 Jahre lang aus. Dies waren Johann Martin Käßer von 1770 bis 1796 und anschließend als letzter Coymann Johann Daniel Käßer, welcher am 2. Mai 1851 80jährig in Membrechts-hofen verstorben ist.

Johann Martin Käßer hat am 30. Juli 1765 in Buchweiler folgenden Revers anerkannt und unterzeichnet:

Revers . . .<sup>8</sup> Wir die zu dero Fürstliche Hessen-Hanau-Lichtenbergischen Rentkammer Verordnete President Director und Rätthe urkunden bekennen hiermit, daß Höchster Ihrer Hochfürstlichen Durchlaucht Johann Martin Käßer auf dem Adeliche Johannschen Hof nächst bey Freystett gebürtig, den den fünfzehnden Octoberis Siebzehn hundertfünfzig unddrey und ferner so lang kein Theil dem anderen ein Viertel Jahr vorher auf Kündigt, zu einem Coymann auf dem Entenkoy in dem Rencherloch jenseit Rhein dergestalten gnädigst bestellt und angenommen haben, daß er diesen Entenkoy in gutem Aufnehmen zu erhalten, sich Bestens angelegen seye Laßen, während der Fangzeit sich davon nicht absentieren, sondern Befleiß sein solle damit durch sein Verschulden, oder Nachlässigkeit, Keine von denen sich jezzuweilen darauf befindlichen Vögeln entgehen mögen, sofort alle auf diesem Coy gefangen werdenden Enten und andere Wasservögel zur Amtsschaffney Lichtenau getreulich lüfern, darüber eine ordentliche Controlle führen und Keine davon, außer einige welche Ihnen und dem damit Benüheten Amtsschafnner zu verspeisen erlaubt sind, ohne Fürstlich Rentkammer und Oberforstamts expresse Erlaubnis zu verschenken, verkaufen oder sonst in seinem Nutzen zu verwenden. Hingegen alle zu sothannen Fang Benöthigte Garn wozu ihm jedoch von gedachter Amtsschaffney die Schnür angeschafft und fourniert werden sollen, gleich wie auch die Hunde und Lockenten, ohne daß er diesfalls und das mindeste vor seiner Bemühung pretendieren könne, respe, stricken, füt-

---

7 Malter = 150 l. Das Gewicht hängt von der jeweiligen Art des zu messenden Getreides o. a. ab  
8 GLA 229/66470



tern und abrichten, anbeydem und in dem Coy sich aufhaltendem Raubzeug, mittels stellenden Fallen oder Schießens möglichsten abbruch thun und nebst dem auch noch, außer der Fangzeit soviel und soweit es seine mit guter und ohne Klagbarer Verzehr und Versorgung des Coys, selbst Habende Geschäfte zu Lasten der Herrschaftliche so genannte Werhey, Freystetter Ruß Hinterwörth, Gayling und Mittelgründen unter Aufsicht und Weißung des jeweiligen Oberförsters fleißig zu begehen . . . . .

Des weiteren wurde der Entenfänger beauftragt, bei Waldfrevel Strafen auszusprechen. Neben seiner Besoldung, die vom Jahre 1721 bis 1765 gleich geblieben ist — außer nun 20 Ohm Wein — wurde ihm auch die Dienstwohnung im Herrschaftlichen Hause in Renchenloch unentgeltlich überlassen.

Der Bau dieses Hauses ist ebenfalls bereits im Jahre 1721 in Auftrag gegeben worden. Die Zimmerarbeiten wurden den beiden Zimmerleuten Michel Wurtz aus Rheinbischofsheim und Michel Schieli aus Freistett, übertragen. Nach den Aufzeichnungen<sup>9</sup> waren zu verarbeiten: „20 Stämme Eichenholz zu Schwellen und Pfosten, 4 Stämme Eichenholz über den Keller, ebenso 300 Latten und 130 Dielen zu den rauhen Böden.“ Dieses Gebäude Hornisgrindestraße 7 in Memprechtshofen ist in gutem Zustand erhalten.

#### *Die Gebäulichkeiten und die Anlagen des Entenfangs*

Das Inventarverzeichnis<sup>10</sup> vom 8. September 1794 gibt uns genauen Aufschluß über die Gebäulichkeiten und Anlagen des Entenfanges. Die Gebäulichkeiten sind hierbei auch in der Bau-Ausführung genauestens beschrieben. Sogar der Taubenschlag ist in der Beschreibung enthalten. Auf dem Grundstück standen seinerzeit ein landwirtschaftl. Wirtschaftsgebäude, das Back- und Waschhaus, der Brunnen ausgemauert und mit einem Ziegeldach bedeckt. Die Anlage wird beschrieben:

„Der Entenkoy liegt schief gegen des Entenfängers Behaubung, man gehet auf demselben durch drei thannene Thüren. Das Häußlein, worin sich der Entenfänger aufhält, zwanzig Schuh lang, zwölf Schuh breit und einen Stock hoch. Hinter diesem Stübchen ist der Entenstall für die Lockenten. Der Coy ist mit einer Diehlenwand, so auf einem steinernen Mäuerlein ruhet und zwischen zweihundertvierundvierzig Pfösten ruhet, umgeben. Das Einfahrtstor desselben ist von thannenen Diehlen, läuft in hölzernen Zapfen und wird mit einem eisernen Schlemphen geschlossen.“

Verzeichnet waren des weiteren 4 Garne jeweils vierunddreißig Klafter lang. Alle vier Jahre waren sie zu ersetzen. Nicht enthalten, aber im späteren Revisionsbericht erwähnt, sind die 2 Körbe zum Fangen von Habichten. Diese standen auf 2 eichenen 9 Schuh hohen Eichenpfösten. Die Körbe waren aus Drahtgeflecht und 3 Schuh breit und 3 Schuh hoch.

9 GLA 358/57

10 GLA 229/66488

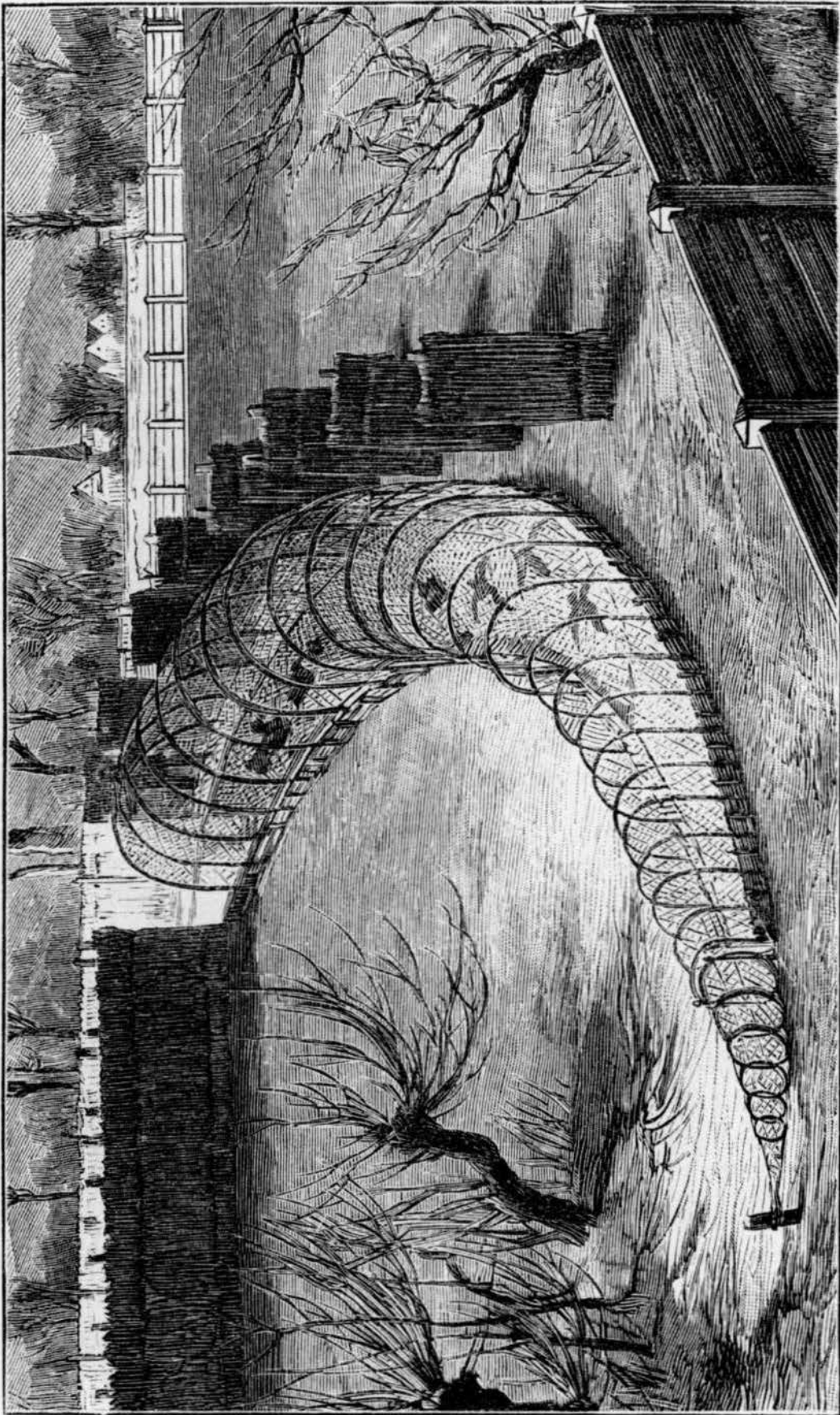
Wie eingangs erwähnt, war der Weiher im Quadrat angelegt. Er hatte an den zwei Enden 4 auslaufende Gräben mit einer Wassertiefe von 90 cm. Ringsum standen Schilfwände, auch Blenden genannt, in Teilstücken mit 2,50 m Länge und 2,50 m Höhe. Die Blenden waren gestaffelt in schräger Richtung in einem jeweiligen Abstand von 2 m aufgestellt und mit Sehlöchern versehen. Nur ein ganz schmaler Uferweg bestand noch. Das Ufer war mit Schilf und Strauchwerk bewachsen. Im Abstand von 70 m vom Weiher entfernt wurde der gesamte Bereich von einer 2,00 m hohen Diehlenwand umschlossen. Hier fanden die im Verzeichnis erwähnten 244 Pfosten ihre Verwendung. Das Gelände um den Weiher war bewaldet, jedoch in Richtung Membrechtshofen immer stark gelichtet. Am Ende des Dammes, der vom Meierhof aus zum Weiher führte, stand das erwähnte Häuschen mit dem Entenstall.

### *Der Fang*

Zunächst hielt sich der Entenfänger zwischen den Blenden am Weiher auf, wobei er das Einfallen der Enten und deren Treiben auf dem Wasser unmerklich beobachten konnte. Vorsorglich hielt er sich immer in Gegenrichtung auf, damit die Enten keinen Geruch feststellen konnten. Die Lockenten (Bastarde von wilden und zahmen Enten) wurden ausgesetzt. Nach dem Einfall von Enten lockte dann der Entenfänger die Schar durch besondere Pfeifentöne und Zuwerfen von Futter an einen der 4 Gräben, die an zwei Enden hornförmig angelegt und netzüberspannt waren. Er bediente sich dabei eines hierfür dressierten fuchsroten Hündchens (Coyhund). Dieses befand sich beim Entenfänger zwischen den Blenden und wurde von diesem ab und zu an das Ufer in Richtung Fangstelle geschickt. Durch die Größe des Hundes sowie seine rötliche Farbe ähnelte er einem Fuchs, was die Tiere irritierte. Sie folgten dann dem Hund, der zur Röhre (Fangstelle) ging. Die Lockenten schwammen zusammen mit den wilden Enten in den netzüberspannten Graben. Das Netz verengte sich und endete in der Form einer Reuse. Hatten in diesem Graben die Enten eine bestimmte Stelle erreicht, so trat der Entenfänger hinter den Blenden hervor und scheuchte diese durch Klatschen und Zurufen in den sich verengenden Netzgang. Da die Enten wegfliegen wollten, verstrickten sie sich noch mehr in dem hinteren Teil der Reuse. Dieser Teil war zwar mit dem Netz, das den Ausläufer überspannte, zusammenhängend, jedoch so hergerichtet, daß es herausnehmbar war. Der Entenfänger hob dieses Stück in die Höhe. Nun konnte er die Tiere leicht herausnehmen und durch Knicken des Halswirbels töten. Die zahmen Enten schwammen zurück in den Teich, um wiederum wilde Enten anzulocken.

Ein großes Stück Arbeit bedeutete es bestimmt für den Entenfänger, die 40 — 50 Lockenten für diese Methode abzurichten.

Es war vorgeschrieben, die Lockenten mit Eicheln und Eckerich zu füttern; als Ersatz-Futter wurde Weizen und Gerste zur Verfügung gestellt.



*Das Fangnetz des Entenfangs*

### *Der Entenfang unter herrschaftlicher Regie*

Infolge des im Laufe der späteren Jahre angestiegenen Erhaltungsaufwandes mußte der Hof einen alljährlichen Fehlbetrag verzeichnen. Nach dem Übergang des Hanauerlandes an Baden wurde deshalb auch die Belieferung der Hofhaltung in bisheriger Weise eingestellt, zumal auch eine Belieferung vom nahegelegenen Entenfang in Rintheim erfolgte.

Es erging eine Anordnung der Hofhaltung in Karlsruhe, die nicht für herrschaftliche Zwecke benötigten Enten zu verkaufen und zwar nach öffentlicher Versteigerung an den Meistbietenden. Pachtzeitraum war jeweils ein Jahr. In der Niederschrift der ersten Versteigerung am 27.10.1803<sup>11</sup> wurde bestimmt, daß sämtliche Dröblein (kleine Enten) und Enten, welche „nach Abzug der Lieferung an den kurfürstlichen Hof oder sonstigem herrschaftlichem Gebrauchs und Dienerschaft sowie derer Wirte übrig blieben“, nur an den Ersteigerer zu veräußern waren. Ausdrücklich verboten war der Verkauf an Wildbretthändler, Fischkäufer, Krepfen (Händler) und auswärtige Wirte.

Die Enten mußten zur Abholung durch den Meistbietenden in der Frohn nach Rheinbischofsheim gebracht werden. Der Steigschilling war zu entrichten in Reichswährung, lauter guter Gold- oder Silbersorten und je nach herrschaftlichem Cours zu Ende des Quartals. Den Zuschlag in dieser Versteigerung zum Angebot von 27 Kreuzer<sup>12</sup> für eine Wildente und 13½ Kreuzer für ein Dröblein erhielten die beiden Rheinbischofsheimer Bürger Christian Weik und Bernhard Engel. Bisher wurden 25 und 12½ Kreuzer pro Stück bezahlt.

Trotz dieser Neuregelung und der damit verbundenen höheren Erlöse wurde der Betrieb nach wie vor mit einem Defizit belastet. Aufgrund dessen trug man sich mit dem Gedanken herum, den Entenfang zu veräußern und zwar durch Verkauf oder Verpachtung.

Zum 06.08.1804 wurde die Versteigerung zur Verpachtung oder auch zum Verkauf ausgeschrieben.

Nach Mitteilung der Forstmeisterei Rheinbischofsheim an die Kurbadische General-Forstkommission kam kein Interessent zu dieser Versteigerung; auch nicht der Particulier (Privatmann) aus Paris, der durch einen Straßburger Rechtsanwalt ein Kaufinteresse gezeigt hatte.

Später wurde von dessen Seite nochmals ein Kaufangebot gemacht und zwar für die gesamte Anlage mit weiteren 20 Morgen Ackerland und 10 Morgen Wiese sowie dem Entenfängerhaus in Höhe von 4500 fl.

Im Jahre 1807 zeigte auch ein Oberamtsrat Wiehn aus Ettlingen ein Kaufinteresse. Aber auch diese Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da dieser

<sup>11</sup> GLA 358/57

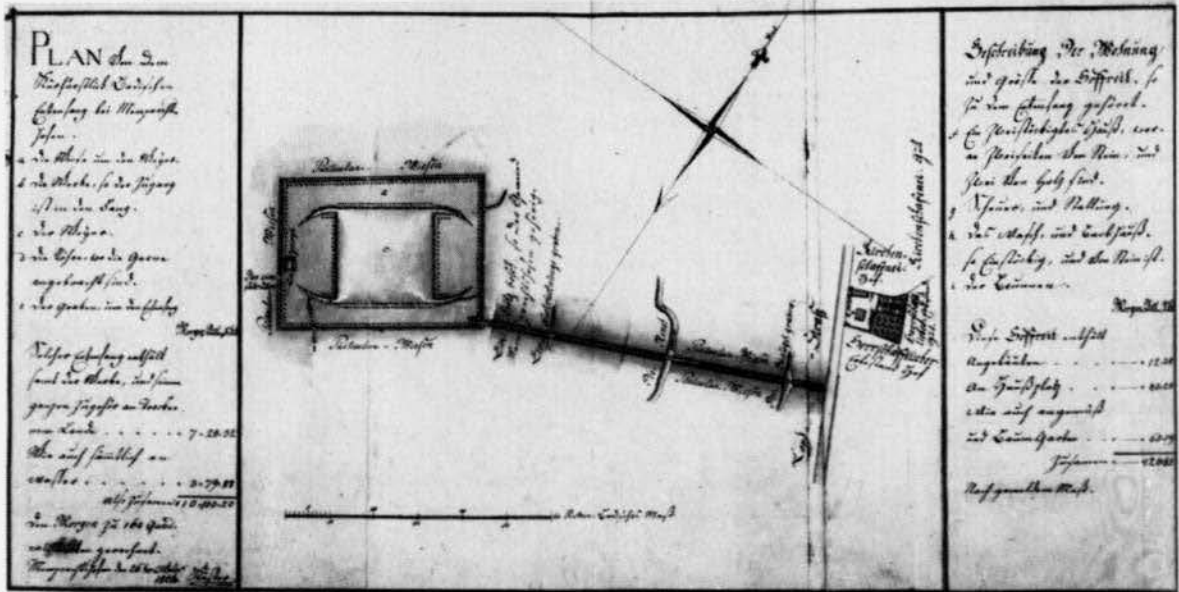
<sup>12</sup> 1 Kreuzer = etwa 3 Pfennig



*Der Entenfänger beim Töten der gefangenen Enten*

Interessent noch günstigere Konditionen aushandeln wollte. Der beabsichtigte Verkauf wurde auch dadurch erschwert, daß schon damals die Korrektur der Rench geplant und damit die Wasserzufuhr evtl. unterbunden worden wäre.

Darüberhinaus gab es immer mehr Klagen durch die angrenzenden Grundstückseigentümer wegen Schäden infolge der vom Entenfang hervorgerufenen stauenden Nässe wie auch wegen der Ruhestörung bei der Grundstücksbewirtschaftung in der Nähe des Entenfanges.



Lageplan des Entenfanges (GLA).  
In der Mitte der Entenweiher.

Parallel zu diesen Kaufverhandlungen wurden auch Gespräche mit dem Entenfänger geführt und ihm die Pachtung oder Kauf des Entenfanges angeboten. Trotz Konzessionen von Seiten des Fiskus, durch Landzuteilung den Entenfänger anlässlich der Maiwaldaufteilung zu berücksichtigen, zerschlugen sich auch diese Verhandlungen, die einen längeren Zeitraum in Anspruch nahmen.

Nach der Rentabilitätsberechnung von Seiten der Forstmeisterei Rheinbischofsheim und der Amtschaffnei Lichtenau vom 9. September 1806<sup>13</sup> wurde ein jährlicher Verlust von 225 fl festgestellt. Schon im Hinblick darauf sind die Bemühungen zum Verkauf intensiv weitergeführt worden, jedoch erfolglos, wie oben angeführt.

Im Dezember des Jahres 1808 stellte die Amtskellerei Lichtenau eine neue Ertrags- und Kostenberechnung<sup>14</sup> auf. Wider Erwarten konnte dann ein jährlicher Überschuß mit 205 fl. Gulden festgestellt werden, der sich bei Verteilung der angefallenen und besonderen Baukosten auf einen längeren Zeitraum sogar auf 305 erhöhte.

13 GLA 358/11

14 GLA 391/24840

In dieser Berechnung waren die genauen Fangergebnisse und Verkaufserlöse von 1790 bis einschl. 1792 sowie von 1801 bis einschl. dem Jahre 1807 enthalten. Diese lauten:

a) *Jahre vor dem Kriege*

1790 — 3.145 große Enten, 650 kleine Enten	1146 fl. 15 Kr.
1791 — 3.416 große Enten, 271 kleine Enten	1053 fl. 26 Kr.
1792 — 2.562 große Enten, 114 kleine Enten	924 fl. 28 Kr.
	3123 fl. 69 Kr.

b) *Jahre nach dem Kriege*

1801 — 688 große Enten, 201 kleine Enten	259 fl. 30 Kr.
1802 — 222 große Enten, 6 kleine Enten	73 fl. 28 Kr.
1803 — 1143 große Enten, 671 kleine Enten	660 fl. 36 Kr.
1804 — 4925 große Enten, 266 kleine Enten	2191 fl. 48 Kr.
1805 — 876 große Enten, 10 kleine Enten	293 fl. 40 Kr.
1806 — 656 große Enten, 407 kleine Enten	456 fl. 51½ Kr.
1807 — 2749 große Enten, 399 kleine Enten	1705 fl. 21½ Kr.
	5637 fl. 255 Kr.

Weitere Leistungen und Zuwendungen, die auf der Einnahme-Seite verbucht wurden:

Dem Entenfänger standen jährlich 30 Stück Enten zur Verfügung.

Obiger Übertrag (2)	5637 fl. 255 Kr.
	3123 fl. 69 Kr.
Wert für den zehnjährigen Zeitraum	136 fl.
Zwischensumme	8896 fl. 324 Kr.

Herrschaftl. Amtskeller Ströhlin waren bis zu seiner Pensionierung zu Ende, 1806 jährl. 18 Enten bewilligt. Wert für 9 Jahre

76 fl.

Haus- und Gartennutzung jährlich 40 fl.

400 fl.

Nutzung des Grases und des Holzes, welches auf dem gesamten Entenfang-Gelände wächst

1350 fl.

Als Einnahme fanden auch die Frohnleistungen Berücksichtigung. Unter anderem wurde das Mähen des Früh- und Öhmdgrases in der Frohn ausgeführt. Dasselbe galt für das Ausbessern der Rohrwände. Diese Frohnen erfolgten nun seit Anlegung des Entenfangs

1000 fl.

Gesamteinnahmen in 10 Jahren  
die jährl. Einnahme

11727 fl. 24 Kr.  
1172 fl. 44½ Kr.

Bei der Kostenberechnung wurde die jährliche Besoldung des Entenfängers mit angerechnet

400 fl.

die Haus- und Güterbenützung

175 fl.

also insgesamt

575 fl.

Alljährlich mußten 600 Wellen Rohr aus den herrschaftl. Hinterwörth geschnitten und aufbereitet werden, ebenso die notwendigen Pfähle und Bogen, jährlich

26 fl.

Entenfutter für die Lockenten

75 fl.

Mit weiteren Kosten für Garn sowie Baukosten etc. über

200 fl.

Gesamtkosten jährlich

967 fl. 8½ Kr.

Die jährlichen Gesamteinnahmen

1172 fl. 44½ Kr.

Die jährlichen Gesamtausgaben

967 fl. 8½ Kr.

Jährl. Gesamt-Überschuß

205 fl. 36 Kr.

Aufgrund dieser veränderten Kosten-Situation wurde die Veräußerung des Entenfangs nicht mehr so intensiv weiterbetrieben wie bisher. Die Verpachtung erfolgte erstmalig im Jahre 1833.

## Die Reparaturarbeiten

Nach über 80jährigem Betrieb des Entenfangs fielen im Jahre 1802 erstmalig größere Reparaturarbeiten<sup>15</sup> an. An den Gesamtkosten übernahmen die frohnpflichtigen Gemeinden einen Anteil.

Als jedoch im Jahre 1818 eine größere Baumaßnahme zur Durchführung kommen sollte, nämlich die Aushebung der Gräben und des verlandeten Weihers, gab es Spannungen mit den frohnpflichtigen Gemeinden, da diese derartige Frohnleistungen rundweg ablehnten. Frohnpflichtig waren die Gemeinden Bischofsheim (später Rheinbischofsheim), Bodersweier, Diersheim, Freistett, Hausgereut, Helmlingen, Holzhausen, Leutesheim, Linx, Membrechts-hofen, Muckenschopf, Scherzheim und Zierolshofen. Neufreistett und Lichtenau waren aufgrund ihrer Stadtrechte von diesen Leistungen befreit, ebenso Grauelsbaum und Honau wegen ihren schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Am 18. Juni 1818 erschienen auf Vorladung beim Bezirksamt Rheinbischofsheim Vogt Hügel von Bischofsheim, Gerichtsmann Fessler von Freistett, Vogt Stöß von Muckenschopf, Stabhalter Hänsel von Grauelsbaum, Gerichtsmann Bertsch von Scherzheim und Vogt Decker aus Helmlingen.

Sofort protestierte hierbei Stabhalter Hänsel aus Grauelsbaum gegen den Beizug seiner Gemeinde, da diese frohnfrei sei. Die Vorgesetzten von Helmlingen, Scherzheim und Muckenschopf protestierten ausdrücklich dagegen, die Maßnahme in der Frohn ausführen zu lassen. Vogt Zimmer aus Membrechts-hofen wies auf die Schwierigkeit der Ausführung hin und erklärte, daß diese Arbeiten der Neuanlegung wie vor nahezu 100 Jahren gleichkämen. Seine Gemeinde sollte unter allen Umständen hiervon befreit werden, da die Bürger alle Enten vom Entenfang wegbringen und darüber hinaus sämtliche Besoldungsnaturalien des Entenfängers herbeifahren müßten.

Gemeinschaftlich trugen die Ortsvorgesetzten vor, man müßte zunächst feststellen, ob die Aushebung des Weihers als Herrschaftsfrohnen zu gelten haben. Die Grabenaushebung wurde jeweils von den Gemeinden nördlich von Freistett ausgeführt.

Um die notwendige Auswerfung nicht aufzuhalten, schlugen die Vorgesetzten vor, diese nach einer Versteigerung ausführen zu lassen. Das Großherzogl. Bezirksamt schloß sich dem Vorschlag an.

Am 23. Juni 1818 wurde die Arbeitsausführung öffentlich versteigert und zwar in drei getrennten Maßnahmen:

a) Aushebung des Weihers — geringstes Angebot	526 fl. 30 Kr.
b) Aushebung des oberen Grabens (Zulauf)	36 fl.
c) Aushebung des unteren Grabens (Ablauf)	10 fl.
Gesamtbetrag	572 fl. 30 Kr.

<sup>15</sup> GLA 358/57



Nach den Versteigerungsbedingungen mußte sämtliches Schilf und Rohr entfernt werden. Der Schlamm war auszuheben bis zum festen Grund. Entenfänger Käßer wurde hierbei beauftragt, die Arbeiten zu überwachen und die richtige Ausführung zu bescheinigen.

Als diese Kosten bei den Gemeinden angefordert wurden, protestierten diese mit einem Schreiben vom 6. Juli 1818 sehr energisch. Die Ortsvorgesetzten wiesen darauf hin, daß nach dem 6. Konstitutions Edikt § 17, veröffentlicht im Regierungsblatt, eine Bekanntmachung darüber zu erfolgen hat, welchen Zeitaufwand die Frohnpflichtigen zu erbringen haben. Soweit dies im Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht feststellbar sei, ist dies in einem Zeitraum von 5 Jahren nach Gesetzesveröffentlichung geltend zu machen. Erfolgt keine Geltendmachung in diesem Zeitraum, so tritt Verlust der Herrenbotmäßigkeit ein. Auch nach nochmaliger Bekanntgabe im Regierungsblatt 1810 Nr. VIII wurde der Umfang der Frohnleistungen nicht bekannt gemacht, so daß nach Auffassung der Vorgesetzten die Frohnpflicht erloschen war. Die Regierung beharrte auf ihrer Forderung, währenddem die Gemeinden in ihrer ablehnenden Haltung standhaft blieben und eine jegliche Kostenübernahme im Rahmen der Frohnpflicht ablehnten. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge.

Am 27. Januar 1820 erschienen auf Vorladung vor dem Bezirksamt Vogt Hülgel, Rheinbischofsheim, Gerichtsmann Schütz, Zierolshofen, Vogt Heiland, Helmlingen, Vogt Stöß, Muckenschopf, Vogt Bertsch, Scherzheim, Gerichtsmann Rösch, Linx, Gerichtsmann Wagner aus Helmlingen; aus Leutesheim kamen Vogt Karch und Gerichtsmann Zier, aus Bodersweier Gerichtsmann Lauk, Vogt Hennenberger aus Holzhausen und Vogt Hummel aus Memprechtshofen. Diese vertraten wieder und mit Nachdruck den Standpunkt, daß eine Verpflichtung zur Kostenübernahme von 572 fl. 30 Kr. nicht bestehe. Jedoch wären sie an einer gütlichen Regelung interessiert. Die Kosten für die Aushebung der Gräben werde deshalb nun von den Gemeinden anerkannt. Als Kompromißlösung wurde der Vorschlag unterbreitet, daß von herrschaftlicher Seite  $\frac{2}{3}$  der Kosten und von gemeindlicher Seite das restliche Drittel der Ausführungskosten übernommen werde. Die Vorgesetzten bemerkten am Schluß des Protokolls, daß sie jedoch in Zukunft keine derartigen Kosten mehr übernehmen würden. Weiter wurde durch die Vorgesetzten zu Protokoll gegeben, daß durch diese Erklärung ihre Rechte und Freiheiten von ihnen nicht vergeben, sondern daß solche vielmehr aufrechterhalten werden. Durch die feste Haltung, dem Willen der Herrschaft nicht nachzugeben, haben die Vorgesetzten für ihre Gemeinden einen guten Kompromiß erreicht, zumal auch das Großherzoglich Badische Directorium für das Forstwesen zustimmte und sofort Auszahlungsanweisung für die Kosten mit  $\frac{2}{3}$  Anteil erließ. Das Finanzministerium -Oberforstkommission- akzeptierte zwar den Kompromiß, wie von dem Directorium zugestimmt, jedoch mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß der Schlußsatz des Protokolls nicht anerkannt wird.

Das Ministerium bestand nach wie vor auf der Frohnpflichtigkeit und schreibt: „Die Verbindlichkeit der Bischofsheimer Ämtergemeinden zur Herstellung und Unterhaltung des Membrechtshofener Entenkoys, zur Reparation der Rohrwände, der Gebäulichkeiten und Brücken an gedachtem Entenfang und der Transportierung der gefangenen Enten auf eine Stunde Weg weit, fließet nicht aus der Grundpflichtigkeit aus einem Privat-Rechts-Titel, sondern aus der Staatsbotmäßigkeit gedachter Gemeinden und die eben genannten Frohnen sind daher auch wie das Kreis-Directorium glaubt *Herren-Frohnen*, sondern es sind *Landes-Frohnen*, wie solche in der Verordnung im Regierungsblatt vom Jahre 1810 Nr. 18 § 5 und 9 lit näher und namentlich angeführt. Das im 6ten Constitutions Edicte § 17 ausgesprochene Präjudiz, worauf sich die Frohnpflichtigen berufen und was das Kreis-Directorium auch als einen Grund für dieselben anführt, kann blos die Grundpflichtigen und Herrenfrohnen, keineswegs aber bei Landesfrohnen, die von den Unterthanen *als solche* zu leisten sind, Anwendung finden.“<sup>16</sup>

Trotz dieser Auslegung überließ es das Ministerium dem Kreis-Directorium, den Bischofsheimer Amtsgemeinden Bescheid zu erteilen und das Weitere zu veranlassen.

Eine Änderung wurde jedoch nicht herbeigeführt, sodaß es beim Vergleich blieb.

Nach der Rechnung des Großherzoglichen Bezirksamtes Rheinbischofsheim und der Forstrechnung Kork wurde der Anteil von  $\frac{1}{3}$  der Gesamtkosten auf die angeführten Gemeinden wie folgt verteilt:

Bischofsheim	33 fl. 49 Kr.
Bodersweier	13 fl. 24 Kr.
Diersheim	19 fl. 47 Kr.
Freistett	35 fl. 44 Kr.
Hausgereuth	1 fl. 55 Kr.
Helmlingen	9 fl. 54 Kr.
Holzhausen	8 fl. 37 Kr.
Leutesheim	15 fl. 20 Kr.
Linx	17 fl. 52 Kr.
Membrechtshofen	8 fl. 56 Kr.
Muckenschopf	6 fl. 44 Kr.
Scherzheim	11 fl. 49 Kr.
Zierolshofen	7 fl. 3 Kr.

Durch das Gesetz über die Zehntablösung vom 28.12.1831 waren unter anderem die Frohnleistungen für den Entenfang abzulösen. Auch hier traten unterschiedliche Standpunkte zwischen dem Fiskus und den frohnpflichtigen Gemeinden hervor. Die Verhandlungen hierüber nahmen einen sehr langen Zeit-

<sup>16</sup> GLA 358/57

raum in Anspruch. Nachdem die Aussichten zu einer gütlichen Regelung vage waren und die gegenteiligen Auffassungen der Beteiligten jeweils hartnäckig vertreten wurden, bahnte sich ein Rechtsstreit an. Im Jahre 1838 haben dann die beiden Bürgermeister Dörr aus Rheinbischofsheim und Spielmann aus Memprechtshofen namens der zum Entenfang frohnpflichtigen Gemeinden der Direction der Forstdomänen und Bergwerke in Karlsruhe einen Vergleich unterbreitet. Begründet wurde der Vergleichsvorschlag damit, den Prozeß nicht weiter zu verfolgen, um hierbei den Beteiligten weitere Kosten zu ersparen. Die Gemeindevertreter schlugen vor, das auf 2.409 fl. 57 Kr. berechnete Frohnablösungskapital auf 2.000 fl. zu ermäßigen, wovon durch die frohnpflichtigen Gemeinden die Hälfte, also 1.000 fl. mit zwei vom Hundert Zins rückwirkend ab 1.1.1832 zu tragen haben. Wie langwierig und auch wie hartnäckig die Verhandlungen geführt wurden, erkennen wir daran, daß der Frohnablösungsvertrag erst am 5. Dezember 1844 unterzeichnet und der Vergleichsvorschlag der Gemeinden angenommen wurde.

### *Der Entenfang in privater Regie*

Nach erfolgter Pensionierung des Entenfängers und dem erfolgreichen Bemühen, einen Pächter zu finden, wurde der Betrieb des Entenfangs unter staatlicher Regie im Jahre 1833 eingestellt. Am 25. September 1833 erfolgte erstmals die Verpachtung für die Zeit vom 1. Oktober 1833 bis 30. September 1842 an Agathon Dauphin, Kaufmann in Freistett, Karl Friedrich Wetzel, Posthalter in Bischofsheim, Georg Held, Posthalter in Kehl und Ludwig Huth, Kaufmann in Neufreistett. Der Pachtpreis betrug jährlich 260 Gulden. Gleichzeitig mußten die Abschätzungskosten in Höhe von sieben Gulden und 57 Kreuzer getragen werden. Die Übergabe der Anlage mit sämtlichem Zubehör erfolgte am 8. Oktober 1833 durch Oberförster Wolff aus Rheinbischofsheim im Beisein des seitherigen herrschaftlichen Entenfängers Käßer und des Bürgermeisters Spielmann. Die Übergabeniederschrift enthielt eine ausführliche Darstellung der Anlage, ebenso einen Erläuterungsbericht hinsichtlich der Gerätschaften und deren Zustandes.

Nach Ablauf der Pachtperiode wurde mit diesen Pächtern der Pachtvertrag für den nächsten Zeitraum, nämlich vom 1. September 1842 bis 31. August 1854 abgeschlossen. Es erfolgte Neufestsetzung des jährlichen Pachtpreises auf 300 fl. Doch wurde dieses Pachtverhältnis vorzeitig aufgelöst, scheinbar infolge des Ausscheidens eines der Mitpächter. Das Großherzogliche Forstamt Achern verpachtete am 2. September 1848 den Entenfang an Bürgermeister Ehrismann aus Memprechtshofen unter Bürgschaft des David Rohr von Freistett. Als weitere Mitpächter waren eingetragen Nikolaus Kautz und D. Hauß. Die Pachtpreisermäßigung dürfte deshalb erfolgt sein, da wiederum größere Instandsetzungsarbeiten notwendig waren, die zum Großteil zu Lasten der Pächter gingen. Dies ist auch aus einem Schreiben der Pächter an das Großherzogliche Forstamt Achern ersichtlich. In diesem Schreiben bemängelten die

Pächter darüberhinaus daß das Forstamt am 6. Oktober 1848 den Pachtvertrag beziehungsweise die Versteigerung noch nicht bestätigte, obwohl die Fangzeit bereits begonnen und anstehende Reparaturarbeiten weitere Zeit in Anspruch nehmen würden. Es entstand ein Verlust für die Pächter. Nach Ablauf dieses Pachtzeitraumes erfolgte Neuverpachtung, diesmal durch die Bezirksforstei Rheinbischofsheim, am 18. August 1854 für den zehnjährigen Abschnitt 1. September 1854 bis 31. August 1864. Durch das Ausscheiden der bisherigen Pächter aus dem Pachtverhältnis traten auf dem Versteigerungswege an deren Stelle zwei Bürger aus Straßburg. Es waren dies der Posthalter Lippmann und Gutsbesitzer Humann, dieser als Teilhaber.

Als auffallend ist zu bezeichnen, daß fast ausschließlich Posthalter als Pächter und Mitpächter auftraten. Es war immer ein starkes Interesse an der Pachtung des Entenfanges zu verzeichnen, was sich nicht zuletzt an der stetigen Erhöhung des Pachtpreises zeigte. So betrug der jährliche Pachtpreis nach der Versteigerung im Jahre 1854 über 340 fl. Wenn auch sehr schwankende Fangergebnisse festzustellen waren, hervorgerufen durch zeitweilig ungünstige Witterungsverhältnisse, so war aber der Betrieb nie mit einem solchen Defizit belastet, wie dies unter herrschaftlicher Regie der Fall war. Die Fangergebnisse beliefen sich immer zwischen 2.000 und 3.000 Stück je Periode. Selbstverständlich stiegen auch die Ausgaben an. Persönliche Ausgaben bestanden an den angestellten Entenfänger Wickersheimer aus Membrechtshofen. Die Anlagen mußten in gutem Zustand erhalten bleiben, was immer wieder laufende Instandsetzungsarbeiten mit sich brachte.

Es gab Befürchtungen, daß sich die Fangergebnisse vermindern, infolge der Geräusentwicklung durch den Bau und späteren Betrieb der in der Nähe des Entenfanges verlaufenden Eisenbahnlinie der seinerzeitigen Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft — später MEG. Dieselben Befürchtungen wurden laut infolge des zunehmenden Verkehrs auf der Landstraße und heutigen Bundesstraße 36, welche parallel mit der Eisenbahnlinie verlief. Jedoch war in den folgenden Jahren keine Einbuße des Fangergebnisses festzustellen, da sich die Tiere an diese veränderten Gegebenheiten gewöhnten. Zum Fang war eine der wesentlichen Voraussetzungen, Ruhe zu halten, nicht nur am Weiher, sondern auch im mittelbaren Bereich. Dies bedeutete für manche eine Einschränkung ihrer Betätigung, dies vor allem, weil die Entenfänger immer wieder zur Ruhehaltung ermahnten. Ruhestörer waren vor allem die Landwirte, welche in der Nähe des Entenfanges ihre Grundstücke bewirtschafteten, und die Holzhauer und Waldarbeiter, die im nahegelegenen Hinterwörth ihre Beschäftigung ausübten, nicht zuletzt auch die Jagdausübungsberechtigten, bei denen die eigenen Interessen mit denen der Entenfänger kollidierten.

Nicht selten kam es hierbei zu Spannungen. In seinem Bericht über eine heftige, fast tätliche Auseinandersetzung mit einem Jäger des angrenzenden Jagdbezirks bat der Entenfänger um die Überlassung einer Schußwaffe, damit bei

ihm wie beim Jagdhüter dieselben Voraussetzungen gegeben sind. Hinsichtlich dem Verhalten der Holzhauer beschwerten sich die Pächter mit Schreiben vom 31. Dezember 1909<sup>17</sup> darüber, daß die zirka 20 Holzhauer aus Memprechtshofen auf ihrem Weg zur Holzhauerei im Hinterwörth den Wörthfeldweg benutzten, welcher in unmittelbarer Nähe des Entenfangs vorbeiführt. Durch die hierbei geführten Gespräche wurden die Enten aufgescheucht; dies sei vor allem bei Südwind der Fall. Das Großherzogliche Forstamt Rheinbischofsheim wurde gebeten, Abhilfe zu schaffen und die Holzhauer aufzufordern, jeweils in kleineren Gruppen von 2 bis 3 Mann zu gehen. Ein Abstand von Gruppe zu Gruppe mit mindestens 100 Meter wäre zu halten. Es sollte somit eine Einteilung von 7 bis 8 Gruppen vorgenommen werden. Das Ersuchen der Pächter ging sogar soweit, daß das Forstamt diejenigen Holzhauer entlassen solle, welche die Anordnungen in diesem Sinne nicht befolgen würden. Tatsächlich kam das Forstamt den Wünschen der Pächter entgegen und forderte die Holzhauer auf, sich entsprechend zu verhalten und sich vor allem nach getaner Arbeit geräuschlos auf den Heimweg zu begeben. Jedoch die Holzhauer waren mit dem nicht einverstanden und reagierten dementsprechend. Sie bestritten die Anschuldigungen mit einem Schreiben, das bereits 3 Tage nach dem Schreiben des Forstamtes als Antwortschreiben diesem überreicht wurde. Zunächst gaben sie ihrer Verwunderung Ausdruck, daß nämlich die Pächter zwei Tage vor dem Beschwerdebrief den Holzhauern ein Faß Freibier spendierten. Man nahm an, das jederzeit gute Verhältnis hierdurch anzuerkennen, vielleicht auch in der Hoffnung, daß wie bisher die Bitten der Pächter künftighin befolgt würden. Es war dies nämlich an dem Tage nach Beendigung der Arbeiten im seinerzeitigen Staatswald Wehrhag, der dann einige Jahre später gerodet und als Ackerland genutzt wurde, wie dies auch heute noch der Fall ist. Somit ist das Freibier spendiert worden vor Beginn der Holzhauerarbeiten im Hinterwörth.

Die Holzhauer wiesen darauf hin, daß sie nicht den Wörthfeldweg benutzten, um in den Hinterwörth zu gelangen, sondern hauptsächlich die Wegstrecke entlang der Rench, welche dann bei den Helmlinger Rötzen überquert wurde. Hinsichtlich dem Vorwurf, auf dem abendlichen Heimweg wären die Fußtritte der Holzhauer gut hörbar und störten beim Fang der Enten, entgegneten diese, daß die Fußtritte nicht mehr so kräftig seien, sie müßten vielmehr Sorge darüber tragen, vor Erschöpfung nicht auf die Zunge zu treten. Zum Schluß wird das Verhalten der Pächter als Schikane bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die Holzhauer keinen Einfluß auf die Enten ausüben könnten, sie wären zwar gerne bereit, diese dem Entenfänger in die Röhre zu locken, aber da hätte er ja die Entenlocker (gemeint die Lockenten) umsonst großgezogen. Doch wurde auch diese Angelegenheit gütlich geregelt, und die Holzhauer verhielten sich weiterhin rücksichtsvoll.

---

17 Staatl. Forstamt Kehl in Rheinau, Sonderakte ● Fischerei — Entenfang

Die Anlage erforderte immer wieder Instandsetzungen. So berichtete das Forstamt Rheinbischofsheim im Jahre 1906, daß der Weiher wieder stark verlandet sei und stellenweise nur noch eine Wassertiefe von 20 cm hat. Am 4. September 1907 wurde die Arbeit an die beiden Freistetter Bürger Friedrich Klotter 12 und Ludwig Keck 3 zum Angebotspreis von 15 Pfennig pro qm Aushub vergeben. Hierbei mußte das Aushubmaterial hinter die Schilfwände verbracht werden. Seinerzeitige Pächter waren Karl Bauer, Fabrikant und Emil Zimmer, Bürgermeister, beide aus Neufreistett. Doch schon einige Jahre später fand eine Aushebung des Weihers mit sämtlichen Gräben statt. Der Pächter Wildbretthändler Stefan Stern aus der Finkwilerstraße in Straßburg beteiligte sich mit 3.000 M an den Gesamtkosten von 5.000 M. Dem gingen jedoch langwierige Verhandlungen voraus. Die nächste Verpachtung erfolgte dann für den Zeitraum 1. September 1924 bis 31. August 1936. Man dürfte nicht geahnt haben, daß es sich um die letzte Pachtperiode handeln sollte. Als Pächter traten auf Benjamin Karcher aus Freistett, Karl Bauer aus Neufreistett und Georg Hauss aus Rheinbischofsheim. Der Pachtpreis betrug jährlich 1.150 RM (nach der Rentenmark als Zwischenwährung wurde ab 30.8.1924 die Reichsmark als Währung eingeführt).

#### *Die Aufhebung des Entenfangs*

Doch bereits im Jahre 1927 wurden Stimmen laut, die das Fangen und Töten der Enten auf diese Art und Weise verurteilten. Auch staatlicherseits neigte man mehr zur Feststellung, daß diese Methode nicht mit waidmännischen Grundsätzen in Einklang stand. Diese Bestrebungen zum Schutze der heimischen Tierwelt kam auch zum Ausdruck durch die Verordnung vom 6.6.1930.

Bereits in diesem Jahr wurde auch das Schicksal des Entenfangs besiegelt. Denn durch Erlaß des Ministeriums des Innern -Forstabteilung- vom 24. März 1930 Nr. 2555 wurde die Aufhebung des Entenfangs zum 31. August 1932 verfügt. Nachdem jedoch der Pachtvertrag eine Laufzeit bis 31. August 1936 hatte, waren wiederum Verhandlungen mit den Pächtern erforderlich, um deren Zustimmung zur vorzeitigen Pachtauflösung zu erhalten. Der Staat zeigte Entgegenkommen und bot den Pächtern für die drei letzten Pachtjahre einen Preisnachlaß von 850 RM pro Jahr an. Die Pächter stimmten diesem Vorschlag zu, so daß der Aufhebung zum festgesetzten Termin, dem 31. August 1932 nichts mehr im Wege stand.

Wie in diesem Beitrag erwähnt, waren in der 210jährigen Geschichte des Entenfangs als herrschaftliche Entenfänger tätig Johannes Schöpflin, alsdann 3 Generationen der Familie Käßer und anschließend als angestellte Entenfänger der Pächter 3 Generationen der Familie Wickersheimer.

Alle übten den nicht leichten Beruf des Entenfängers mit großem Interesse, Treue und Sachverstand aus. Ihre Namen sind auf das engste mit der Ge-

schichte des Entenfangs verbunden. Die frühere herrschaftliche Dienstwohnung des Entenfängers in Memprechtshofen (Hornisgrindestraße 7) wurde später von der Familie Käßer erworben und steht heute unter Denkmalschutz. Das Wohnhaus der Entenfängerfamilie Wickersheimer (Hornisgrindestraße 38) wird heute noch von einem Großteil der Bevölkerung als „Entenfängers“ benannt.

Nach der Einstellung des Entenfangs wurde die Entfernung der Einrichtungen und die Einebnung des Weihers im Rahmen von Notstandsarbeiten durch den damaligen Freiwilligen Arbeitsdienst vorgenommen. Da das Entenfanggelände unmittelbar an den Gemeindewald von Memprechtshofen angrenzte, kam der Vorschlag, das Gelände aufzuforsten und zum Zwecke der Arrondierung in Gemeindeeigentum zu überführen. Hierzu bot sich ein Geländetausch zwischen Staat und Gemeinde an: Die Gemeinde Memprechtshofen erhält das Grundstück Entenfanggelände (Lgb.Nr. 618) mit einer Fläche von 3.64,64 ha. Dieselbe Fläche erhält der Staat nach Abtrennung von Teilstücken der gemeindeeigenen Grundstücke Lgb.Nr. 567/1 und 567, diese mit der Wasserfläche und Moorgebiet Plaine, angrenzend an den Staatswald Hinterwörth. Ein Aufgeld ist nicht vereinbart worden, doch zeigte der Staat Entgegenkommen, indem er eine weitere Holznutzung auf der von ihm eingetauschten Fläche erlaubte.

Der Gemeinderat unter Bürgermeister Sänger stimmte dem Tauschgeschäft in seiner Sitzung am 9. November 1932 zu, ebenso als weiteres zuständiges Gremium der Bürgerschaft am 10. November 1932.

#### Literatur

A. Feßler, Der Entenfang zu Memprechtshofen, in „Badische Heimat — Kehl und das Hanauerland“ 18. Jahrg., 1931, S. 136—139

## Kleine Beiträge

### *Bodenfunde in Altenheim vom Frühjahr 1979 bis heute*

Im Frühjahr 1979 wurde südlich des Dorfes ein Steinbeil gefunden. Nach Form und Material ist es der Michelsberger Kultur um 3000 v. Chr. zuzuordnen.

Nicht weit vom Fundort des Steinbeiles entfernt wurden Siedlungsspuren aus der Zeit um 200 n. Chr. entdeckt. Die gefundenen Scherben und Ziegel lassen auf eine Besiedlung durch romanisierte Gallier schließen. Auffallend ist die Lage der Siedlung, sie liegt direkt am Rand der Niederterrasse zur Rheinniederung hin. Bisher wurden keine derartigen Spuren in unserer Gegend so nah am Rhein gefunden.

Nordwestlich vom Dorf, in der Nähe des Mühlbachs fand man zwischen mittelalterlichen Siedlungsspuren auch Scherben von Terra Sigillata, unter anderem ein Bodenstück mit dem Namenszeichen des Herstellers „OF.CALVI“. Dieser Calvi wirkte um 80 n. Chr. in Südgallien.

Östlich vom Dorf lassen die Funde von Gefäßscherben, Eisenschlacke sowie ein heute verschwundenes, nicht näher beschriebenes Schwert auf eine frühe Besiedlung schließen.

Thomas Ilch

### *Der Wochengötterstein von Sasbach bei Achern*

Dem Besitzer eines alten abbruchreifen Wohnhauses in Sasbach bei Achern fiel 1971 auf, daß der Balken, der das Obergeschoß seines Hauses an der Vorderfront trägt, auf einem Stein steht, der mit Figuren geschmückt ist. Er legte ihn frei, und beigezogene Fachleute stellten fest, daß es sich um einen römischen Wochengötterstein aus dem Anfang des 3. Jahrhunderts nach Christus handelt.

Der Stein, aus gelblichem Sandstein bestehend, hat als Grundriß ein regelmäßiges Achteck und ist ungefähr 0,60 m hoch. Im Laufe der Zeit hat er allerdings schwere Schäden erlitten. Vor wohl noch nicht allzulanger Zeit wurde





*Der Wochengötterstein von Sasbach (Gesamtansicht).*

*Aufn.: A. Vollmer*

ein beträchtlicher Teil davon abgespalten, um ihn der Fluchtlinie der Einfassungsmauer anzupassen. Jede der 5 erhaltenen Seiten zeigt eine menschliche Gestalt in Flachrelief, 2 bekleidet, 3 nackt, die durch die Kanten des Blocks voneinander getrennt sind. Allen fehlen die Füße und Hände, die Köpfe sind bis zur Unkenntlichkeit zerstört und die Körper nur noch in ihren allgemeinen Formen zu erkennen. Allerdings kann man aus ihrer Haltung, aus dem Wechsel von Stand- und Spielbein schließen, daß sie ursprünglich zu einer künstlerischen Einheit zusammengefaßt waren. Wenn auch den einzelnen Gestalten bezeichnende Merkmale oder Attribute fehlen, so kann man sie doch deuten, denn auf allen Wochengöttersteinen sind die Gottheiten in der Reihenfolge der Wochentage angeordnet.

Von dem Gott Sol, dem Sonnengott (daher Sonntag), blieben nur die Schenkel erhalten. Das erste erhaltene Relief zeigt eine Frau in einem langen sackartigen, leicht geschürzten Gewand: Luna, die Mondgöttin (vgl. franz. lundi = Montag). Ihr folgt ein kräftiger, junger Mann: Mars (vgl. franz. mardi = Dienstag) und dann ein Mann mit schwerem gedrungenem Körper und großem rundlichem Kopf: Merkur, der Gott des Handels und Verkehrs (vgl. franz. mercredi = Mittwoch). Das nächste Relief stellt Jupiter dar, den Göttervater, einen kräftigen Mann vermutlich mit Bart (vgl. franz. jeudi = Donnerstag). Die Reihe beschließt eine breite Frau in einem sackartigen Gewand, Venus, die Göttin der Liebe (franz. vendredi = Freitag), während von Saturn,

dem Gott der Saaten, wieder nur die Schenkel erhalten blieben (vgl. engl. Saturday = Samstag). In bezug auf die achte Fläche kann nur vermutet werden, daß sie wie bei den andern Wochengöttersteinen mit einer geflügelten Victoria geschmückt war.

Der Stein stammt wohl nicht aus der hiesigen Gegend, denn das Hornisgrindegebiet, wo sich der Buntsandstein findet, war damals noch nicht erschlossen. Aufgrund des Fundortes dieses Wochengöttersteines lassen sich Erkenntnisse über die römische Besiedlung unserer Gegend gewinnen. Das Haus, zu dem der Stein gehörte, grenzte unmittelbar an die Friedhofmauer, die den Sasbacher Kirchplatz einst umgab. Aus ihr ist er wahrscheinlich herausgenommen worden, als man ein Fundament für den Trägerbalken benötigte. Wochengöttersteine sind Teile von sog. Jupitergigantensäulen, die sich im Dekumatland häufig finden. Nachbildungen finden sich heute in Ladenburg<sup>1</sup>, in Hausen an der Zaber<sup>2</sup>, am Dononpaß usw. Auf einem viereckigen Sockel mit Götterdarstellungen ruht der achtkantige Wochengötterstein, und darüber erhebt sich eine meist mit Blättern geschmückte Säule. Sie krönt das Bild eines bärtigen Jupiters, der über einen am Boden liegenden Giganten hinwegreitet. Es ist anzunehmen, daß solch eine Säule einst auf dem heutigen Sasbacher Kirchplatz stand. Von ihr blieb der Wochengötterstein allein erhalten. Er befindet sich heute, gut betreut, im Besitz des Eigentümers des inzwischen abgerissenen Hauses.

H. Schn.

- 1 B. Heukemes, Die Jupitergigantensäule von Ladenburg in antiker Zeit und heute, in: Denkmalspflege in Baden-Württemberg 4. Jahrg. 1975, Heft 2
- 2 Hausen an der Zaber, in: Die Römer in Baden-Württemberg, hrsg. von P. Filtzinger, Dieter Planck, B. Cämmerer, Stuttgart und Aalen 1976, S. 275—278

### *Funde und Entdeckungen aus Wolfachs Geschichte*

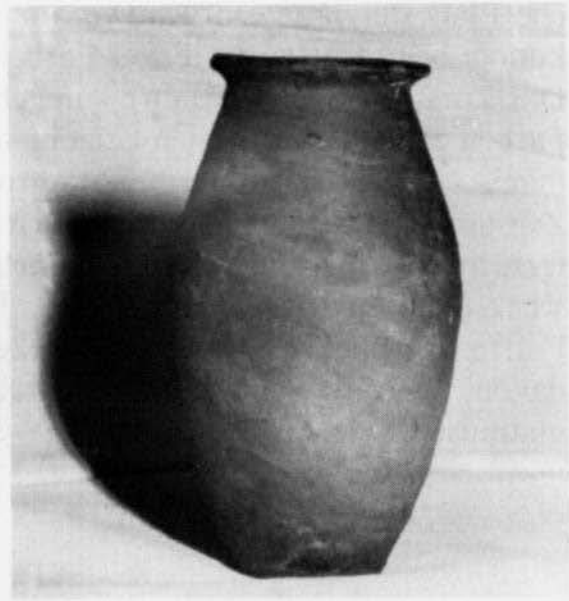
Unter den vielfachen Funden, die anlässlich von Bau- und Grabarbeiten hier in den letzten Jahren gemacht wurden, sind besonders zu erwähnen die mannigfachen Scherbenfunde, die auf der alten Burg Wolv zu Tage kamen, als dort Fundamente freigelegt und Mauerreste gefestigt wurden (vor allem Scherben aus der ersten Hälfte des 13. Jahrh.).

Grabarbeiten für die Kanalisation in der südlichen Hälfte der Altstadt, also in der sog. S t a d t brachten ebenfalls viele Keramikreste der ersten Hälfte des 13. Jahrh. ans Tageslicht, darunter ein Gefäß, noch ganz erhalten, das H. Naudascher der Zeit 12./13. Jahrh. zuschrieb.

Das interessanteste Stück, ein Steinkopf, befand sich seit etwa 100 Jahren am Hinterhaus der Fa. Eisenhandlung Klein in der Schloßstraße, das abgerissen



*Rätselhafte Fratze, 12. Jahrh., vermutl. vom Wolfacher Stadttor.  
Höhe: 34 cm, Breite: 55 cm*



*Ein Fund aus der Frühzeit der planmäßigen Stadt, 1978 bei Kanalisationsbau gefunden, vermutlich 1150—1250.*



*Spuren der Stadt Wolfach zwischen 1200 und 1250.*

wurde, um einem Neubau Platz zu machen. Es handelt sich um eine romani-  
sche Fratze, die, nach Vergleich mit solchen in Alpirsbach, Odilienberg und  
Murbach, eindeutig dem 12. Jahrh. zugehört. Auch der mögliche ursprüngli-

che Platz der Fratze, irgendwo am Stadttor, das dem 12. Jahrh. angehört, konnte beim Entfernen dicker Farbaufträge zu festerer Vermutung kommen. Das Tor wurde im 19. Jahrh. umgebaut. Da kam die Fratze wohl weg. Die Farben zeigten die gleichen Schichten wie das sog. Bettel-Männle, das als romanischer Gewölbeträger am Stadttor war. Man hat es vorsichtigerweise der Zeit um 1200 zugewiesen, doch dürfte es nach Vergleich mit der nunmehr untersuchten Fratze auch dem 12. Jahrh. zuzuschreiben sein, wieder ein Beweisstück mehr für die planmäßige Stadtgründung im 12. Jahrh. Die erwähnte Fratze wird wieder an etwa alter Stelle angebracht, ein originalgetreuer Abguß davon, eine Stiftung der Bez. Sparkasse Wolfach, wird das Wolfacher Heimatmuseum zieren.

J. Krausbeck

### *Der Dreifürstenstein auf der Hornisgrinde*

Der Dreifürstenstein, auch *Dreimarkstein* genannt, liegt am südlichen Ende des Hornisgrinderückens unmittelbar neben dem an seinem Ostrand hinziehenden Wanderweg. Er führt diesen Namen, weil hier einst die Markgrafschaft Baden-Baden, das Herzogtum Württemberg und das Hochstift Straßburg zusammenstießen. Auf der glatten Oberfläche des mächtigen Sandstein-



*Der Dreifürstenstein auf der Hornisgrinde.*

*Aufn.: H. Arnold*

blockes sind die Grenzlinie der drei Fürstentümer eingetragen, dazu die Wappen von Baden-Baden und Württemberg (das von Straßburg fehlt) sowie die Jahreszahl 1722, in dem die Festlegung erfolgte.

Freiwillige Helfer der Ortsgruppe Achern des Schwarzwaldvereins haben den Stein gesäubert, die Grenzlinien nachgearbeitet und mit grüner Farbe nachgezogen. Der Verein Badische Heimat ließ daneben eine Tafel aufstellen, auf der auf die Bedeutung des Steines hingewiesen wird und Wappen und Grenzlinien erklärt werden.

Der Dreifürstenstein war die höchste Erhebung (1151 m. ü.M.) im ehemaligen Lande Württemberg. H. Schn.

### *St. Gallus mit dem Adler*

Der aufmerksame Wanderer und Heimatfreund wird öfters feststellen, daß im Schwarzwald, vorab im Kinzigtal auf Übergängen und Paßhöhen Kreuze — oder bei uns als Besonderheit — Bildstöcke stehen. Meist wurden diese Zeugen der heimischen Volksfrömmigkeit errichtet, um die Gedanken des von einem Tal ins andere überwechselnden Wanderers beim Ausruhen auf dem Höhepunkt der Bergfahrt noch etwas mehr himmelwärts zu lenken.

Auf dem Sattel zwischen dem vom Brandenkopf nach Norden ausgehenden Reiherskopf und dem Regeleskopf, auf der Grenzlinie zwischen dem Harmersbachtal und dem Wolftal, ragt ein markanter, eigenartiger, kreuzförmiger Sandstein auf, der ob seinem Aussehen dieser Stelle den Namen „Kreuzsattel“ verlieh. In seiner Form und Gestaltung steht er einzigartig da und dürfte weit und breit kein Ebenbild mehr haben. Deshalb darf angenommen werden, daß es sich beim Kreuzsattel einmal um einen wichtigen und deshalb vielbegangenen Paß zwischen den Tälern der Wolf und des Harmersbaches gehandelt haben muß, denn einen solch schönen, wenn auch derb behauenen Sandstein versteckt man nicht im unwegsamen Gelände. Beim näheren Betrachten dieses Steinmales drängt sich uns die Vermutung nach einer Doppelfunktion dieses Zeugen aus der Vergangenheit auf. So zeigte er eine Grenze an und mahnte gleichzeitig durch seine Kreuzform zur Andacht. Auffallend sind die reliefartigen Darstellungen auf der Vorder- und Rückseite des Steines, die ihm dadurch etwas Majestätisches, Ehrwürdiges verleihen.

Auf der nach Westen dem Harmersbachtal zugewandten Seite erkennt man einen Heiligen mit dem Krummstab und zu seinen Füßen den Bären, untrügliches Zeichen des heiligen Gallus, des Schutzpatrons des Harmersbachtals. Der Legende nach soll der iroschottische Mönch auf seiner Missionsreise auch ins Harmersbachtal gekommen sein und sich dort längere Zeit aufgehalten ha-

ben. Doch die Geschichtsforschung hat diese fromme Annahme widerlegt, jedenfalls nicht bestätigt. Es kann aber angenommen werden, daß zur Zeit der Christianisierung (evtl. auch im gleichzeitigen Zuge einer weiteren Besiedelung des Tales) die Verehrung des alemannischen Rodungsheiligen Gallus im Harmersbachtal aufblühte. Jedenfalls erkor man ihn zum Talheiligen und schmückte das Wappen des einstigen freien Reichstales Harmersbach mit seinem Bilde. Ja, man darf sogar sagen, der viel verehrte Alemannenpatron wurde zum „Steinheiligen“, der als Wappenfigur die vielen Grenzsteine rund um das frühere Reichstal zierte, wie die „Adlersteine“ um die Gemarkung der früheren Reichsstadt Gengenbach. Die beiden Buchstaben „HH“ über dem Wappenheiligen lassen sich demnach sehr leicht als „Herrschaft Harmersbach“ deuten.

Wenden wir uns nun der Wolfseite des Steines zu. Dort erkennen wir das Wappen der Fürsten (früher Grafen) von Fürstenberg, den Adler im Wolkenkranz als Hinweis, daß östlich der Kammlinie vom Brandenkopf bis zum Kniebis die Herren von Donaueschingen das Sagen hatten.

Unser Kreuzsattel-Stein trägt aber auf seinem Leib auch noch einige Jahreszahlen: 1560—1624—1662—1738—1778. Der verdienstvolle Zeller Heimatforscher Rudolf Hahn stieß bei seinen Archivarbeiten auf Protokolle, die über das Abgehen der Grenze (Lochensteine) auf der Gemarkungslinie rings um die Harmersbacher Talschaft Auskunft geben. An diesen manchmal beschwerlichen, aber meist feuchtfröhlichen Besichtigungen nahmen die Talvögte (Reichsvögte), Reichsschulzen, Ratsherren, Schaffner, Angrenzer, Jäger- und Forstmeister und oft auch Jugendliche teil. Durch das Einschlagen der Jahreszahlen wurde die stattgefundene Begehung und die Richtigkeit des Grenzverlaufs jeweils erneut bestätigt.

Die Protokolleintragungen selbst geben auch Auskunft über frühere Berg- und Flurnamen. Bei der Grenzbegehung im Jahre 1624 wird auch die Jahreszahl 1560 auf dem Kreuzsattel bestätigt. Daraus ist zu schließen, daß der Stein auf dem Kreuzsattel schon vor dem Jahre 1560 gestanden haben muß. Aus dem Jahre 1624 erfahren wir: „Lehenkopf (Brandenkopf) — Reyerkopff-Kreuz, Sattel-Kopf-Reilenkopff (Regeleskopf) — Harger sattel-Harger ackher . . .“ Vom Marsch am 26. April 1662 greifen wir einige Bezeichnungen heraus: „Fahrlehenskopff (Brandenkopf) . . . Kreitz Satel Hinder der Risen . . . Reylins Kopff (Creitz Kopff) . . .“ Die Jahreszahl 1738 auf dem Kreuzsattel wird durch den Hinweis „beim Creutz Satel“ bei der am 22. Mai 1738 ausgeführten Beschau bestätigt. Am 5. Oktober 1778 fand eine „Markten bereinigung Fahren lehen Kopff (Brandenkopf) biß oberhalb den Peters Tähler Weeg (Freiersberg)“ statt. Dabei stoßen wir auf den Hinweis „ . . . gegen den Creuz Sattel zu . . .“

Sämtliche Grenzsteine um das Reichstal waren numeriert, um einen Diebstahl, Verrücken („Lochsteiversetze“) und dergleichen zu unterbinden. In dieser Aufzählung trägt der Stein auf dem Kreuzsattel die Nummer 43 — als „N 43“ ausgewiesen. Durch den Machtspruch Napoleons wurde vielen Herrschaften am Oberrhein der Odem ausgeblasen; das Großherzogtum Baden entstand, in dem auch genug Platz für das Harmersbacher Reichstal und sogar für das große Fürstentum Fürstenberg war. Damit hatten St. Gallus und der fürstenber-

gische Adler als gebietende Hoheitszeichen ihre Autorität verloren, und der herrschaftliche Markstein auf der Paßhöhe sank in seiner Bedeutung zum einfachen Gemeindegrenzstein herab, ohne jedoch etwas von seiner Würde zu verlieren. Etwas respektlos schlugen die Oberwolfacher über den wolkenumrandeten Aar der Fürstenberger die Zahl „141“ ein, um damit anzuzeigen, daß der einst fürstlich-reichsherrliche Stein auf dem bekannten Kreuzsattel in den Kreis der örtlichen Gemarkungssteine mit der Nummer „141“ eingereiht wurde



*Grenzstein am Kreuzsattel  
der fürstenbergische Adler auf der dem  
Wolfthal zugekehrten Seite. Aufn.: K. Klein*



*St. Gallus auf der dem Harmersbachtal zuge-  
wendeten Seite. Aufn.: K. Klein*

Von jeher ist der Kreuzsattel ein beliebtes Ausflugsziel, das von allen Himmelsrichtungen angegangen wird. Dabei genießt der unübersehbare Kreuzstein als Mittelpunkt des großen Platzes eine besondere Aufmerksamkeit. Der Oberwolfacher Schwarzwaldverein, der den Kreuzsattel zu einer einladenden Erholungsstätte gestaltet hat, legt sein Augenmerk auf die Tradition und die Erhaltung dieses Sandsteines als Stück heimatlicher Geschichts- und Denkmalspflege.

Kurt Klein

## *Keine Konzession für Kienölbrenner*

Aus der ehemaligen Obervogtei Triberg

Im Herbst des Jahres 1789 ging ein kurzer Schriftwechsel zwischen dem Obervogteiamt Triberg und der Vorderösterreichischen Regierung und Kammer hin und her.<sup>1</sup> Auf dem Amt in Triberg hatten sich am 28. August zwei Elsässer gemeldet, Bartholomä Bachmann und Johann Georg Regier (die Schreibweise „Reizier“ scheint auf einen Abschreibefehler zurückzuführen zu sein) aus Schwabweiler — heute Schwabwiler — am Nordrand des Hagenauer Forsts, die in den beiden Vogteien Nußbach und Gremmelsbach das Gewerbe des Kienölbrennens betreiben wollten. Das gereinigte hellgelbe Kienöl (= Kühnöl) wurde aus dem harzreichen Holz der Kiefernäste und -wurzeln zur Herstellung von Lacken, Firnissen und Ölfarben gewonnen.<sup>2</sup> Obervogt Anton von Herman war dem Ansinnen der beiden Fremdlinge sehr zugetan, sah darin eine Chance zur Belebung des Gewerbes und war bereit, ihnen zu einer Existenz zu verhelfen. Sie brachten auch alle Voraussetzungen dafür mit. Doch mußte er die Genehmigung der Vorderösterreichischen Regierung und Kammer einholen. Dies geschah am 3. September mit der ausführlichen Begründung, daß bisher „in allhießiger Herrschaft das Kühnölbrennen sehr schlecht umgetrieben“ werde, nur zwei Untertanen aus Rohrbach beschäftigten sich damit, und diese holten die meisten Stöcke aus den benachbarten Fürstenbergischen Waldungen. Mehr als ein Gulden im Jahr sei von ihnen als Anerkennungsgebühr nicht zu erheben, „weilen sich sonst mit Kühnölbrennen niemand abgeben wollte“. Die beiden Elsässer hätten sich durch gute obrigkeitliche Zeugnisse ausgewiesen und seien willens, für die Konzession jährlich und zwar im voraus 20 Gulden zu bezahlen und das Kühnöl sowie die von den Stöcken gesammelte Kohle nur an Einheimische und österreichische Untertanen zu verkaufen. Die Löcher wollten sie zuschütten und ausgegrabene Pflänzchen wieder einsetzen. Weder die Rohrbacher Kühnölbrenner empfänden die neuen Konkurrenten störend, noch habe der „Herrschäftliche Jäger“ (Johann Weis) etwas dagegen, und es werde „schwerlich auch von denen Unterthanen sich jemand darüber aufzuhalten gegründete Ursach finden“. Von Herman vergaß auch nicht, auf die „Gefälls-Vermehrung“ hinzuweisen, die dem „Allerhöchsten Aerario“ zum Vorteil sei. Von seiten des Amtes war man für eine 10jährige Konzession, oder solange der Vorrat reiche und sich Bachmann und Regier „gut betragen werden“.

Die Regierung und Kammer handelte schnell und entschlossen. Vom 14. September datiert die Antwort, die nicht die Spur einer Begründung enthält: „Wir finden nicht nothwendig, das Fremde in die diesseitigen Waldungen eingelassen werden: das K.V.O.V.Amt hat daher die 2 Kühnölbrenner . . . mit dem Gesuche abzuweisen“.

Karl Volk

1 GLA 229/33847

2 Hagers Handbuch der pharmazeutischen Praxis, Berlin 1938, Bd. 2, S. 459



## Besprechungen und Hinweise

### Zeitschriften

#### Appenweierer Heimatblatt 1979

*Herausgegeben von der Mitgliedergruppe Appenweier des Historischen Vereins für Mittelbaden*

*Schriftleitung: Karl Maier*

Unter den jährlich erscheinenden Heimatperiodika der Ortenau hat sich das „Appenweierer Heimatblatt“ einen anerkannten Platz erobert. Was hier jährlich an heimatgeschichtlichen Beiträgen zusammengetragen wird, ist aufgrund der Qualität der Darstellungen und der exemplarischen Thematik nicht nur von lokalem Interesse. Die Konzeption einer „offenen Chronologie“, die jährlich fortgeschrieben wird, macht es möglich, die ganze Vielfalt historischer Überlieferungen und Themen auszuschöpfen und Einzelaspekte sorgfältiger darzustellen, als dies in einer abgeschlossenen Buchchronik möglich wäre.

In der Ausgabe von 1979 sind zwei Beiträge besonders hervorzuheben: Dr. G. Maiers Aufsatz über die Besetzung Appenweiers durch die Franzosen 1923/24 und Karl Maiers Ausführungen über eine Nesselrieder Dorfordnung von 1668. Am 4. Februar 1923 wurde der Verkehrsknotenpunkt Appenweier parallel zur Ruhrbesetzung von französischen Truppen okkupiert, der Ort vom deutschen Gebiet abgetrennt und die Straßen- und Eisenbahnverbindungen unterbrochen. G. Maiers Methode, Selbsterlebtes mit Gehörtem und Gelesenem zu verknüpfen, auf eine amüsante Art Anekdotisches mit Historischem zu verbinden, macht das Dargestellte plastisch und dokumentiert gleichzeitig das Bewußtsein der Bevölkerung und der Besatzer, ist somit ein Stück lebendiger historischer Psychologie.

Die Nesselrieder Dorfordnung von 1668 ist ein prägnantes Beispiel für den Ansatz demokratisch-kommunaler Selbstverwaltung. Bereits die Bauernkriegsforschung (Peter Blickle, *Die Revolution von 1525*, München 1975, Kap. 1.3.3.) hat die Entstehung von dörflichen Selbstverwaltungsformen auf die Zersplitterung von Herrschaftseinflüssen zurückgeführt. Wenn die Gemeinde politisch in mehrere Herrschaftsgebiete zerfiel, mußten die Einwohner selbst die die Dorfgemeinschaft als Ganzes betreffenden Angelegenheiten regeln. Die Zugehörigkeit Obernesselrieds zur badi-schen Herrschaft Staufenberg und jene Unter-

nesselrieds zum Reichslandgericht Appenweier führte dazu, daß die Gesamtgemeinde selbst die das Zusammenleben betreffenden Angelegenheiten, etwa Trieb- und Trattrechte, Straßeninstandsetzung, Allmendnutzung sowie Regelungen über gegenseitige Hilfe bei Bestattungen und Katastrophenfällen in die Hand nehmen mußte. Ergänzt sei noch, daß bereits auf bewährte Selbstverwaltungsformen, wie sie sich in der Staufenberger Hardtwaldgenossenschaft herausgebildet hatten, zurückgegriffen werden konnte.

Albert Meel berichtet in seiner abgedruckten Rede zur Einweihung der neuen Glocken über ein Stück Nesselrieder Glockengeschichte. In die Frühzeit der Waldgenossenschaften führt Richard Schmidts kurze Skizze über den Zimmerer Waldbrief. K. Maier beschäftigt sich resümierend mit der Ersterwähnung Appenweiers, G. Maier referiert über ein Stück wiederentdeckter „Heimat“, die Wiederbelebung der Appenweierer Tracht.

H. G. Huber

#### Archäologische Nachrichten aus Baden

*Heft 23. November 1979*

*Herausgeber: Förderkreis für die ur- und frühgeschichtliche Forschung in Baden e.V. Freiburg/Br.*

Das mit Plänen und Aufnahmen vorzüglich ausgestattete Heft berichtet ausschließlich über Ausgrabungen und Funde, die innerhalb des Ortenaukreises gemacht wurden, so von den Ergebnissen der Restaurierung von Funden aus einem neu entdeckten Fürstengrab der Hallstattzeit bei Kappel a. Rhein (Dehn), von einer römischen Siedlung am Hochufferrand des Rheins bei Helmlingen und einer auf der Rheinaue in der Gemarkung Auenheim, die von romanisierten Sueben stammt, von einem römischen Brunnen bei Heiligenzell und einem größeren Gebäude (vermutlich einer Herberge für Reisende) bei Niederschopfheim (W. Struck), schließlich von einem römischen Ziegelbrennofen, der bei Gengenbach ausgegraben wurde (H. O. Wagner). Alle diese Ausgrabungen helfen mit, die an sich dürftigen Kenntnisse über die Ortenau in der Römerzeit zu erweitern. Dabei ist die Erkenntnis wichtig, daß das ganze Vorfeld von Straßburg auf der rechten Rheinseite anscheinend schon im 1. Jahrhundert n. Chr. bereits durch germanische Siedler erschlossen war. Zur Erhellung der vorfränkischen Zeit der Ortenau tragen die reichen Grabbeigaben bei, die in einem bei Mahlberg entdeckten Grab einer alemannischen Fürstin aus der Zeit um 500 n. Chr. gemacht wurden.

Die Gestaltung dieser Beigaben läßt auf eine enge Verbindung mit Italien schließen, das damals unter gotischer Herrschaft stand. Vgl. den Bericht des Archäologischen Arbeitskreises in diesem Heft der „Ortenau“.

H. Schn.

### **Geroldsecker Land**

*Jahrbuch einer Landschaft.*

21. Heft Lahr (1979)

*Herausgeber: der Ortenaukreis*

Die Verbindung von wissenschaftlichen Abhandlungen mit Erinnerungen, Erzählungen, Gedichten und Sinnsprüchen geben diesem Heft seinen besonderen Reiz, der noch durch vortreffliche Aufnahmen zu den einzelnen Beiträgen erhöht wird. Alle Arbeiten beziehen sich auf die Geschichte, das wirtschaftliche Leben, das künstlerische Schaffen des doch verhältnismäßig kleinen Gebietes des Geroldsecker Landes, besonders der Städte Lahr und Ettenheim.

Unter den geschichtlichen Abhandlungen sei besonders hingewiesen auf die von Chr. Bühler über „Die geschichtliche Entwicklung der Stadt Lahr“, welche die Siedlungs- und Verfassungsgeschichte der Stadt bis zum großen Freiheitsbrief 1377 beschreibt. Emil Ell erinnert an den Ettenheimer Dr. Sebastian Fahrländer, der es zum Diktator des kurzlebigen Schweizer Kantons Fricktal brachte. Mit großer Genauigkeit beschreibt R. Furtwängler die Wappen, Brunnen und Bildnisse von Ettenheim, die dem Barockstädtchen sein besonderes Gepräge geben. Vor allem verdient die reich illustrierte Abhandlung von W. Hensle „Tausend Jahre Kunst in unserer Ortenau“ Beachtung, wohl die erste Darstellung seit der von J. Sauer in der „Ortenau“ Heft 16 (1929). Auf der Grundlage einer gründlichen Kenntnis der erhaltenen Zeugnisse des künstlerischen Schaffens dieses Gebiets wird die Entwicklung von der Romantik bis zur Moderne beschrieben. Zwar blieb infolge der Kriege und Brände, der Verständnislosigkeit der Karlsruher Regierungskreise, aber auch der Bauwut und Modernisierungssucht mancher Geistlicher nicht allzu viel erhalten, aber der Verfasser weist mit Recht darauf hin, daß abseits der Hauptstraßen noch reichlich Kostbarkeiten künstlerischen Schaffens zu entdecken sind. Das besondere Interesse des Verfassers gilt dem Kirchenbau in all den Stilperioden sowie der Plastik und Malerei des späten Mittelalters. Kaum berührt werden jedoch die letzten aus der Zeit des Barock, obwohl viele gelungene Kirchenrenovationen der jüngsten

Vergangenheit von der Gestaltungskraft der Meister und Handwerker dieser Zeit zeugen. Purismus sowie Verständnislosigkeit für barocke Ausdrucksformen haben leider die Zahl barocker Kunstwerke stark vermindert. Zu wünschen wäre erneut die Fortführung bzw. Neubearbeitung der „Kunstdenkmäler Badens“, da infolge Diebstahls immer wieder Bildwerke von ihren Standorten in Kirchen und Kapellen verschwinden.

H. Schn.

### **Das Markgräflerland**

*Arbeitsgemeinschaft Markgräflerland für Geschichte und Landeskunde e.V.*

*Heft 1/2 1979 Jg. NF 10 (41)*

Die Gemeinde als Urzelle des Staates, die Selbstverwaltung (vom Absolutismus als abgeleitetes Recht dargestellt), im Südwesten auf längere Tradition zurückblickend als in Preußen, sind die von zwei Verfassern behandelten Leitthemen des Heftes.

Chr. M. Vortisch stellt die Anfänge der Selbstverwaltung in der Oberen Markgrafschaft im 13. bis 15. Jh. dar, ihre Organisationsformen (Instanzen, Funktionen und Begriffe mit einer Sammlung der Erstnennungen von Ortsnamen, bann, plebanus, Kirche/Markt/Stadt und Vogt/Rat) und das Aufkommen der deutschen Sprache in den Urbaren. Weiter bringt der Verfasser Anmerkungen zu der 1978 veröffentlichten Dissertation „Grundherrschaft im Markgräflerland“.

Als frühes Musterland des Parlamentarismus erscheint Baden nach Überwindung des Absolutismus durch die Revolution von 1848 im Beitrag von Paul Rothmund.

Herkunftsnamen unter den Familiennamen hat Chr. M. Vortisch aus Zinsgüterverzeichnissen, Güterrodeln und Berainen zusammengetragen. Daraus ergibt sich für das 14. bis 16. Jahrhundert eine Mobilität, die kaum geringer war als etwa die des 17./18. Jh.

Mit der Sprache befassen sich weitere Beiträge von Vortisch über alltägliche Redensarten und über regionale Formen des Abschiedsgrüßes. In der Mundart gehalten und im Wortlaut wiedergegeben ist die Festrede zur 700-Jahrfeier des Kleinen Wiesentals von Gudrun Welsch-Weis mit vielen Hinweisen auf Kulturgeschichte und Sprachentwicklung.

Anhand einer in Basel aufbewahrten Marmorprobensammlung, die vor der Innenraumgestaltung des Karlsruher Schlosses von der Baudeputation seit 1754 angelegt wurde, liefert Otto Wittmann einen Beitrag zur Geschichte der Steingewinnung im Markgräflerland.

Georg Thüner schreibt zum 100. Geburtstag des Dichters Hermann Burte eine Würdigung aus Schweizer Sicht, die den Lyriker vom „Politiker“ Burte unterscheidet.

Mit einem Bild von J. P. Hebel und Elisabeth Baustlicher, einem wiederentdeckten Werk des Malers K. J. A. Agricola, befaßt sich Robert Feger. Bei Hebels theoretischen Arbeiten über Lesebücher, Kirchengebetstexte, über die Vorgeschichte der Alemannischen Gedichte, in seinen Gutachten über den Kalender, über den „Gebrauch anstößiger Volkslieder“ und über ein Geschichtsbuch, die R. M. Kully behandelt, geht es dem Dichter vor allem um sprachliche Qualität. Joachim Kühn stellt Hebels Traumberichte und -deutungen in den Zusammenhang mit seiner Dichtung und der Traumdeutung der Romantik. Der dritte Hebel-Beitrag von W. A. Schulze will ein wenig Licht bringen in das (langwierige) Aufnahmeverfahren in den badischen Pfarrdienst, das sich hier nach als üblich erweist und keinen Rückschluß auf ein schlechtes Examen begründet. Merians Topographien enthalten Bilder und Beschreibungen vom Markgräflerland, die Helmut Bender vorstellt.

Schließlich ist die vorgeschichtliche Forschung vertreten durch einen Beitrag von W. Zimmermann über die Bedeutung der 1972 bei Auggen in der Vorbergzone des Schwarzwaldes entdeckten keltischen Viereckschanze.

Den Abschluß des Heftes bildet eine übersichtliche Stammtafel mit Zeitübersicht zur Geschichte des Markgräflerlandes von F. Schülin.

C. H. Steckner

### **Landkreis Rastatt, Heimatbuch 5/78**

*Herausgeber: Landkreis Rastatt, Rastatt*

Auch dieser Band beginnt mit einer Kreisstatistik. Dann berichtet Bürgermeister Klemens Wittmann „Geschichtliches aus Elchesheim-Illingen“. Unter den Arbeiten über einzelne Gemeinden hervorzuheben sind die beiden Studien von Franz Kappler über Loffenau („Loffenau — gestern und heute“ und „Spätmittelalterliche Fresken in Loffenau“). Ein Bericht des Bürgermeisters Werner Happold über die „Volksschauspielgemeinde Ötigheim“ wird sehr sinnvoll ergänzt durch den Aufsatz „70 Jahre Volksschauspiele Ötigheim“ von Herbert Maier. Kenntnisreich berichtet Adolf Hirth über das Münsterdorf Schwarzach und seine nähere Umgebung in „Rheinmünster — eine moderne Gemeinde mit langer Tradition“. Ähnlich wie ein Aufsatz über ein Werk der bildenden Kunst gut Kapplers „Loffenau“-Arbeit abrundet und ein anderer über Volksschauspielkunst schön Happolds „Ötig-

heim“-Bericht erweitert, wird Hirths „Rheinmünster“-Studie redaktionell geschickt durch „Die Münsterkonzerte zu Schwarzach“ von Udo Wasmer ergänzt.

Paul Fütterer ergänzt mit „Die Auswanderung nach Nordamerika aus dem Gebiet des heutigen Landkreises Rastatt im 19. Jahrhundert“ ausgezeichnet Fritz Schlicks Untersuchungen im Heimatbuch 4/77 über die Auswanderungen nach Rußland. Beide Aufsätze erweitern unsere Kenntnisse über die Auswanderungen erheblich.

Eine Untersuchung aus der Feder von Dr. Max Weber über „Die Gaggenauer Glashütte und ihre soziale Wohnbausiedlung“ zeigt exemplarisch ein schönes Beispiel für die Sozialgeschichte des Frühkapitalismus. Dies ist eine jener begrüßenswerten Untersuchungen, die leider noch immer viel zu selten sind. Das Beispiel des Unternehmers Rindeschwender kann wohl kaum verallgemeinert werden, ist aber, wie wir wissen, durchaus kein Einzelfall. Webers Arbeit zeigt den Aufstieg Rindeschwenders. Daher darf es redaktionell als gelungen bezeichnet werden, daß sich dieser Arbeit der Aufsatz Willi Echles anschließt über „Die Lebensschicksale des Rastatter Hofgerichtsadvokaten Ignatz Rindeschwender, Enkel des Gaggenauer Oberschultheißen Anton Rindeschwender“ und damit über den Verfall dieses einst so klangvollen Familiennamens.

Der Aufsatz „Die Vorstände des Forstamts Rastatt von der Wiedervereinigung der badischen Markgrafschaften 1771 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914“ von Dr. Engelbert Strobel bietet die 18 Kurzbiographien der aufeinanderfolgenden Amtsinhaber. Eine solche Untersuchung ist sicher nicht nur für den Forstmann interessant — sie bietet auch z. B. soziologisch einiges (adlige und bürgerliche Beamte, Wilderei usw.). Sehr gut, geradezu spannend liest sich die eng an die Akten angelehnte Geschichte „Vom Weidekrieg der Kurpfälzer mit dem markgräfllich baden-badischen Untertanen in Au“ von Heinz Bischof.

„Ein Beitrag des Landkreises Rastatt zur Freizeitgestaltung — die Radwanderkarte“ stammt von Joachim Schäfer und dient wie die beiden Kartenblätter (1:50000) der Förderung von Heimatkenntnis, Heimatliebe und Gesundheit.

Wie andere zuvor wird auch dieser Band abgerundet durch ein Künstlerporträt. Dr. Wilhelm Winkler stellt in seinem Aufsatz „Die Bildhauerin Gudrun Schreiner“ vor, deren Brunenschöpfungen (Gaggenau, Karlsruhe, Bonn) und sakrale Kunstwerke (Gausbach, Karlsruhe) weit über den Landkreis Rastatt hinaus bekannt sind.

G. Hoffmann

## Heimatbuch 6/79

Auch das Heimatbuch 6/79 hat sich zur Aufgabe gesetzt, Kenntnisse über den vor 6 Jahren neugegründeten Kreis Rastatt zu vermitteln, über seine Verwaltung sowie über das was innerhalb dieser Zeit geschehen ist und geleistet wurde. Besonders instruktiv ist der Beitrag, der sich mit der Struktur und der Wirtschaft des Kreises beschäftigt, wobei die Darstellung durch eine Anzahl Tabellen besonders zur Industrie des Kreises ergänzt wird (Jochen Tiedtke). Außerdem wird eine Reihe von Ortschaften vorgestellt, ihre Geschichte, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart usw.; so Au am Rhein (A. Wessbecher), dessen Fähre bis 1921 in Betrieb war; Bischweier, das Kirschendorf am Fuß des Eichelberges (E. Rümmele), dessen ehrwürdige Sankt-Annen-Kapelle mit ihren mittelalterlichen Malereien vor dem Abbruch bewahrt und als nunmehrige Kirche der evang. Gemeinde neuer Verwendung zugeführt werden konnte (M. Weber); das ehemalige Fischer-, Schiffer- und Bauerndorf Hügelsheim (F. Eberle); Iffezheim, das durch seine Pferderennen internationalen Ruf erworben hat (J. Reinartz); schließlich Steinmauern (W. Natterer), wo der als Uhrmacher berühmte Leinenweber K. J. Späth (W. Natterer) lebte.

Weitere Beiträge befassen sich mit der Geschichte des Badischen Tagblattes, das sein 175jähriges Jubiläum beging (H. Besinger), den Russengräbern in Schwarzach (A. Hirth), in denen russische Soldaten bestattet worden waren, die 1813/14 im Militärhospital von Schwarzach an einem Nervenfieber gestorben waren; der Burgruine Alt-Windeck über Bühl (U. Wasmer); der Geschichte des Murgkreises und der Mittelrheinkreisregierung, die von 1809 bis 1847 in Rastatt ihren Sitz hatte (E. Strobel); schließlich der Kaiserlinde in Kappelwindeck, die zur Erinnerung an den Besuch Maria Theresias von den Ottersweierer Jesuiten gepflanzt wurde u.a.

Die vielen gehaltvollen Aufsätze, dazu die reiche Bebilderung geben ein treffliches Bild von dem neugegründeten Landkreis Rastatt.

H. Schn.

## Revue d'Alsace

*Herausgegeben von der Fédération des sociétés d'histoire et d'archéologie d'Alsace Nr. 105, 1979, 240 S., Nr. 106, 1980, 248 S. 70 F.*

Obwohl die Zeitschrift seit 1834 bestand, stellt ihr Wiedererscheinen nach einer Unterbrechung einen neuen Anfang dar. Der 1979 gegründete Dachverband der historischen Vereine des Elsaß hat den traditionsreichen Zeit-

schriftentitel für sein Verbandsorgan für rund 40 selbständige historische Vereine gewählt.

Zu ihren Aufgaben rechnet der Vorsitzende der Dachvereinigung, Marcel Thomann, die Erweiterung des Blickfeldes der Mitgliedsvereine durch die Zugänglichmachung grundlegender Publikationen vor allem solcher, die außerhalb des Elsaß in Deutschland, der Schweiz und in Frankreich selbst erscheinen. Dem trägt die Zusammensetzung des Redaktionsausschusses Rechnung: Alte Geschichte F. Petry, Mittelalter G. Bischoff, Neuere Geschichte L. Chatellier, J. Rott, B. Vogler; Neueste Geschichte G. Foessel, D. Lerch, L. Strauss; Geographie R. Schwab; Kunstgeschichte R. Recht; Rechtsgeschichte M. Thomann.

Der Inhalt der ersten Nummer deckt fast dieses ganze Spektrum ab. Francois Petry, Chef des Elsässischen Amts für Archäologische Forschung, faßt die Ergebnisse der Grabungen seit 1968 zusammen, die Hallstatt- und La Tène-Zeit bis zum 4. Jh. umfassen (Straßburg, Brumath, Lisbühl u.a.). Von G. Bischoff stammt eine Abhandlung über die Rechts- und Abgabenverhältnisse im Amt Pfirt am Vorabend des Bauernkrieges. Über die Bedeutung des Salzhandels für Straßburg im 16. Jh. berichtet Joseph Fuchs, Direktor des Straßburger Stadtarchivs. Jean Rott legt Urkunden über den Bundschuh im Elsaß vor und nennt zahlreiche Quellen zur Geschichte des Bauernkriegs im Elsaß, die sich in englischen Archiven und Bibliotheken befinden. Zur Geschichte von Politik, Außenpolitik, Stadt und Land und zur Sozialgeschichte, Religions- und Kulturgeschichte des Elsaß vom 16. bis zum 18. Jahrhundert legt B. Vogler eine Übersicht über neue, seit 1968 publizierte Forschungsergebnisse vor. Über die Rollen Straßburgs, Kehls und des Mainzer Bischofs in der Rheinschiffahrtspolitik und ihre Beziehungen untereinander im 17. Jh. vor und nach 1681 und den von Frankreich ausgegangenen tiefgreifenden Veränderungen schreibt Claude Koenig. Von Dominique Lerch stammt ein Beitrag über elsässische Götterbriefe des 18. Jh. (mit zahlreichen deutschen Textbeispielen und Herkunftsangaben und ausführlicher Bibliographie). Mit den Anfängen der Tapetenindustrie in Mülhausen (1790—1794) befaßt sich B. Jacqué. Die Entwicklung des Einzugsgebietes des Bürgerspitals in Straßburg von 1840 bis 1918 auf beiden Seiten des Rheins verfolgt Roland Schwab. Francois Fuchs geht der Frage nach, welche religiösen und sozialen Einflüsse das Wahlverhalten der Elsässer 1919 und 1936 im Bereich von Colmar bestimmt haben. Ebenso wird das Echo der Septemberkrise von 1938 (München) im Elsaß von Leon Strauß untersucht. An den Bevölkerungsbewegungen bis 1975 verfolgt

R. Kleinschmager die Tendenzen zur Verstädterung und zur Zersiedlung des Landes.

Ein umfangreicher Besprechungsbeitrag gibt einen Überblick über regionale und lokale Forschungsarbeiten sowie über die in den Zeitschriften der Mitgliedsvereine erschienenen Artikel. Die größeren Beiträge sind in deutschen und englischen Zusammenfassungen wiedergegeben.

Der zweite Jahresband der neuen Verbandszeitschrift (Nr. 106, 1980) beginnt mit einem Rückblick auf die Ergebnisse der prähistorischen Forschung der Jahre 1968 bis 1979 von der Altsteinzeit bis zur späteren Bronzezeit (Altsteinzeit bis mittlere Steinzeit: Fundstellen Achenheim und Mannlefen bei Oberlarg; zahlreiche Fundstellen zur Jungsteinzeit, Bandkeramik, Michelsberger Kultur und Bronzezeit), gegeben von André Thevenin, zuständig für die prähistorische Bodenforschung im Elsaß. Zur Geschichte der „Drei Exen“ über Egisheim legt Christian Wilsdorf die Regesten der ersten Besitzer, der Grafen von Egisheim und Dagsburg in Zusammenfassungen vor. Sie reichen vom 8. Jh. bis zur Dreiteilung der Burg im 13. Jh. Als nützliche Hilfe für die Forschungsarbeit wird sich ein deutsch-französisches Glossarium der im 16. und 17. Jh. in Straßburg vorkommenden geltenden Berufsbezeichnungen, Auszug aus einer sozialgeschichtlichen Dissertation (La Société strasbourgeoise du milieu du XVIe siècle à la fin de la Guerre de Trente Ans 1560—1650, Straßburg 1980) von Jean-Pierre Kintz erweisen. Notariatsakten als kulturhistorische Quelle schöpft Yvette Bradel aus, um einen Einblick in die soziale Lage der Bevölkerung der Stadt Belfort in der Mitte des 18. Jh. zu gewinnen (Akten über die Erblasser, ihre Familien und die Testamentsbestimmungen). Auf dem Weg von Potsdam über Schwetzingen und Straßburg kam Voltaire nach Colmar, um für seine Zukunft neue Entschlüsse zu fassen; sein Verhältnis zu den dortigen Jesuiten, wo er in P. de Menoux den Vertreter der historischen Forschung fand, wie er sie selbst angewandt hatte, stellt Louis Chatellier dar: die Frage der wissenschaftlichen Forschungsmethode in der Geschichtsschreibung beschäftigte beide. Ein deutschsprachiger Beitrag liegt von Klaus Nohlen vor, Auszug aus seiner baugeschichtlichen Dissertation „Die repräsentativen Staatsbauten um den ehemaligen Kaiserplatz in Straßburg“, Diss. Karlsruhe, 1979. Er behandelt die Entwürfe von Skjöld Neckelmann zu den Parlamentsbauten — ein Beispiel für die Neubewertung der Architektur des 19. Jh. in der Gegenwart.

Ein Kapitel der neuesten Geschichte ist auch die Entwicklung der Industrie in Mülhausen

seit 1900 von Iris Moes-Heinz. Eine wenig bekannte politische Bauernbewegung der Dreißiger Jahre, von mehreren Gruppen getragen, unter dem Sammelnamen „Grünhemden“ zusammengefaßt und konservativ, autonomistisch und rechts orientiert, wird von Bernard Reimeringer in ihrer Entwicklung bis zum 2. Weltkrieg verfolgt. Ein Thema aus dem heutigen Sozialwesen, die rechtliche Stellung der Prud'hommes (Arbeitsschiedsmänner), behandelt N. Olszak. In die Gegenwart reicht die Analyse der Parlamentwahlergebnisse (1973—78) im Elsaß durch Francois George Dreyfus, Historiker an der Universität, Stadtrat und Kulturdezernent in Straßburg. Die Straßburger Petroleum-Raffinerie in Drusenheim-Herrlisheim ist ein industrieller Großbetrieb im vorwiegend agrarischen Gebiet nördlich von Straßburg. Das Einzugsgebiet der Beschäftigten einerseits, die Absatzwege und das Absatzgebiet andererseits werden von Norbert Georg untersucht.

Der umfangreiche Rezensionsteil (auf 50 Seiten) geht ausführlich ein auf die in wachsender Zahl erscheinenden Arbeiten zur elsässischen Geschichte, zu denen noch die Beiträge kommen, die in den Zeitschriften der lokalen Geschichtsvereine publiziert werden (von diesen sind die Inhaltsverzeichnisse aufgeführt).

C.H. Streckner

## Bücher

### **Paul-Marie Duval, Gallien, Leben und Kultur in römischer Zeit.**

*Aus dem Französischen übersetzt von Carl-Helmut Steckner, Reclam, Stuttgart 1979*

Duval hat in der vorliegenden Arbeit eine im wahrsten Sinne des Wortes umfassende Darstellung des Lebens der damaligen Zeit in seiner ganzen bunten Vielfalt gegeben.

Nach der Eroberung durch Caesar in der Mitte des ersten Jahrhunderts vor Christi Geburt wurde Gallien Schritt für Schritt in das römische Imperium integriert, und die segensreiche Pax Romana hat über 3 Jahrhunderte hinweg die kulturelle und zivilisatorische Entwicklung ermöglicht, die das gesamte damalige Leben bestimmte, aber auch reichhaltige Ausstrahlungen bis zur heutigen Zeit hat und sowohl Land als Leute der Gegenwart noch immer nachhaltig beeinflußt. Hochinteressant sind die aufgezeigten mannigfaltigen Beziehungen und Einflüsse, welche diese Entwicklung auch auf unser Grenzgebiet diesseits des Rheins genommen hat.

Als äußerst günstige Randbedingung für Gallien ist zu sehen, daß hier die keltische Tradi-

tion mit den von Rom eingeführten Neuerungen jeder Art in einem organischen Wachstumsprozeß miteinander verschmelzen konnte. Das Resultat dieser Verschmelzung, dieser gegenseitigen Durchdringung aufzuzeigen und auf ihre Auswirkungen in der damaligen Lebensweise hinzuweisen, ist ein Hauptanliegen des Duval'schen Buches. Ausgehend von der gesellschaftlichen Zusammensetzung der Bevölkerung werden zunächst einmal der Lebensraum und die Wohnsiedlungen behandelt. Sehr aufschlußreich ist das anschließende Kapitel über das Familienleben, also der sozialen Stellung von Mann, Frau und Kindern, wobei aber auch Dinge des täglichen Lebens, wie z. B. Kleidung, Körperpflege und Eßgewohnheiten mit berücksichtigt werden. Naturgemäß ist ein großer Teil des Buches der Beschreibung der handwerklichen Berufe, der Landwirtschaft, dem Weinbau und dem Handel gewidmet, entsprechend ihrer Bedeutung in damaliger Zeit, aber auch die geistigen Berufe und das Militärwesen finden ihre gebührende Berücksichtigung. Ein unter dem Motto „Freizeit und Vergnügen“ stehendes Kapitel beschreibt die Reisemöglichkeiten mit den zur Verfügung stehenden Transportmitteln, die Jagd, das Theater und das Schauspiel. Als Abschluß und sozusagen zur Abrundung des Gesamtbildes werden die religiösen Vorstellungen und die Begräbnissitten in einem gesonderten Kapitel angesprochen.

Durch die fundierte Art der Darstellung und die gewissenhafte Ausschöpfung sämtlicher vorhandener Quellen — seien es archäologische Befunde oder direkte literarische Überlieferungen aus der Antike — ist dieses Buch unerlässlich für die Kenntnis von kultureller und zivilisatorischer Entwicklung unseres französischen Nachbarvolkes, aber auch für die Grenzgebiete unseres eigenen Landes, das ja mannigfaltigen Einflüssen und Ausstrahlungen von der anderen Rheinseite her ausgesetzt war (und noch ist). Darüber hinaus ist die vorliegende Veröffentlichung aber auch eine wahre Fundgrube für Einzelheiten aus dem gallorömischen Alltagsleben, und zwar nicht allein für den Fachmann, sondern auch für den interessierten Laien; denn es ist nicht nur in wissenschaftlicher Hinsicht hieb- und stichfest, sondern auch elegant und fesselnd geschrieben. Daß diese, dem französischen Original inwohnende Eigenheit auch bei der Übertragung ins Deutsche erhalten blieb, ist das Verdienst von Carl Helmut Steckner. An keiner Stelle hat man den Eindruck, in einer Übersetzung, sondern immer das Gefühl, im Original selbst zu lesen; und das ist wohl das Beste, was man von einer Übersetzung sagen kann.

H. Eisenlohr

## **Dieter Göpfert, Orden und Klöster im Schwarzwald und am Bodensee**

*Rombach-Verlag Freiburg 1978, 190 S., DM 12.80.*

Obwohl der deutsche Südwesten überaus reich an klösterlichen Niederlassungen und insbesondere die Landschaften Schwarzwald und Bodensee geradezu mit einem Netz von Klostergründungen überzogen waren, von denen sich die meisten bis zur großen Säkularisation der Jahre 1802—1810 halten konnten, fehlt bis heute eine zusammenfassende Darstellung, ein badisches Klosterbuch, das dem Bedürfnis des Historikers ebenso entsprechen würde wie dem neuerdings stark gestiegenen allgemeinen Interesse am Mönchtum. Die kleine Zusammenstellung des Pfarrers Ludwig Heizmann von 1930 „Die Klöster und Kongregationen der Erzdiözese Freiburg in Vergangenheit und Gegenwart“ war ein Anfang. Das 1978 erschienene Taschenbuch von D. G. hätte darüberhinausgehen können und auch müssen, zumal der Verlag ein kleines Lexikon ankündigte und dem Buch „historischen Wert“ zuziibt. Jedoch genügt die Arbeit gerade den Forderungen, die man an ein Nachschlagewerk — gleichviel ob Taschenbuch oder nicht — stellen muß und auch niederen historischen Ansprüchen nicht. Das Buch setzt ein mit einer Schilderung des Ursprungs, der Geschichte und Eigenarten einzelner Orden, wobei der Autor darauf verzichtet, dem Leser einerseits den Unterschied zwischen den alten Herren- und Bettelorden und andererseits zwischen dem in der Säkularisationsepoche untergegangenen und dem im Verlauf des 19. Jahrhunderts wiedererstandenen Ordenswesen klarzumachen. Schwierigkeiten macht auch die Erläuterung der Reformbewegungen innerhalb der Mendikanten, die strikte Observanz gegen die Gemäßigten (Minoriten) bei den Franziskanern beispielsweise. Unhaltbar ist die Behauptung: „Mehr und mehr widmeten sich seit dem 13. Jahrhundert die Frauenorden der Krankenpflege und anderen sozialen Aufgaben, bald auch der Unterrichtung der Mädchen“ (S. 16). Gerade weil sie das nicht taten und auch nicht tun wollten, fielen die meisten von ihnen dem josephinischen und reichsschlußmäßigen Klostersturm zum Opfer.

Das Kernstück der Schrift, die alphabetische Aufzählung der Ordenshäuser, ist unvollständig. So vermißt man unter anderem die oberbadischen Klöster der Dominikanerinnen zu St. Peter in Konstanz und zu Riegel am Kaiserstuhl, ferner die Franziskanerinnen zu Bächen und Hermannsberg im Linzau und zu Grünenberg auf der Höri. Weppach wird mit dem ehemaligen reichsstiftisch-salemischen Armenhaus Wespach durcheinander gebracht.

Schlecht kommen auch die Kapuziner weg. Unberücksichtigt blieben, obwohl sich D. G. auf dem schweizerischen Rheinufer umsah, die Konvente von Rheinfeldern und Laufenburg, dagegen sich in Jestetten nie Kapuziner befanden. Zwar ist auch die mittelbadische Ortenau in die Aufzählung mit einbezogen. Die Bettelklöster in Oberkirch und Oppenau sucht man jedoch ebenso vergebens wie das berühmte Prämonstratenser-Stift Allerheiligen, während in Hausach im Kinzigtal im Jahre 1802 mit Sicherheit kein Franziskaner-Kloster von Fürstenberg konfisziert werden konnte. Weitere Fehlangaben könnten in Fülle belegt werden. Auch fällt auf, daß die bibliographischen Angaben unzureichend und wichtigste Werke der süddeutschen Kirchengeschichte, so die *Germania Benedictina* V von 1975 und die *Alemania franciscana antiqua* 1956 ff. nicht genannt sind. D. G. hatte sicher Sinnvolles, Weiterführendes vor. Ohne eingehende Literatur- und Archivstudien ist solches jedoch, auch wenn es über ein Taschenbuch nicht hinausgehen soll, nicht zu bewältigen.

H. Schmid

### **O. Kohler, Das kulturgeschichtliche Bild unserer Heimat in der vorindustriellen Zeit. Das 16., 17. und 18. Jahrhundert.**

*Lahr 1977, 109 S.*

In einer Zeit, in der viele Städte und Dörfer ihr früheres Gesicht wieder entdeckten und es gegen unpassende Pläne von Architekten und Vorhaben rücksichtsloser Straßenplaner verteidigen, ist es sicher angebracht, die Kultur jener Zeit zu beschreiben, in der sie vor allem ihr Gepräge erhielten. Diesem Verlangen will der Verfasser nachkommen. Das politische Element spielt demnach in seinen Ausführungen keine Rolle. Ob allerdings das vorliegende Buch der Ankündigung der Überschrift gerecht wird, ist eine andere Frage, denn „die Kulturgeschichte unserer Heimat“ muß womöglich alle Lebensbereiche erfassen und darf solch einen charakteristischen wie das religiöse Brauchtum nicht ausklammern; ja ob eine zuverlässige Behandlung überhaupt möglich ist, ist fraglich, denn es fehlt weithin an Einzeluntersuchungen, auf Grund deren ein Gesamtbild erarbeitet werden könnte. Darum begnügt sich der Verfasser wohl auch von den verschiedenen Lebensbereichen zu berichten und zwar für das Gebiet der südlichen Ortenau und des nördlichen Breisgaus, denn aus dieser Gegend stammen die Beispiele, die er anführt. Eingehend hat er sich mit Akten, Urkunden, Urteilen usw. befaßt und sie für seine Arbeit ausgewertet.

Im 1. Abschnitt beschäftigt er sich mit den allgemeinen Lebensgrundlagen. Er beschreibt den Bauernhof der Zeit, das Wohnhaus und seine Inneneinrichtung, die Landwirtschaft, besonders die Weidewirtschaft, die Waldnutzung, die zu vielen Streitigkeiten Anlaß gab, die Jagd und den Fischfang. Er unterrichtet über den Zustand der Straßen und Wege, über den aufkommenden Straßenbau, über die Bedeutung der Brücken, über die Türme und Mauern der Städte, die immer mehr als etwas Beengendes empfunden wurden u.a.

Der 2. Abschnitt ist dem Zusammenleben der Menschen gewidmet. Er untersucht das Verhältnis der Stände zueinander, gibt Auskunft über den Schriftverkehr mit seinem Schnörkelstil, erwähnt die Lage des unbehausten Volkes und befaßt sich mit dem Rechtswesen, der Verwaltung und den Ämtern. Gerade bei den letzteren wird die Schwierigkeit sichtbar, die sich der Verfasser bei seiner Arbeit gestellt hat, denn infolge der vielen verschiedenen Herrschaften im mittelbadischen Raum lassen sich verhältnismäßig wenig Gemeinsamkeiten zeigen, da jede Herrschaft ihre eigenen Formen entwickelt hat. Der dritte Abschnitt erzählt von Nahrung und Kleidung und der vierte und letzte von Beruf und Geschäften, von Handel und Wandel. Dabei wird über das Reisen und den Postverkehr — keine allgemeine und erst recht keine angenehme Sache in jener Zeit — gesprochen, über die Märkte und die Zünfte und die Zunftordnung, schließlich noch von den Ärzten, ihrer Ausbildung und Tätigkeit, von den Schulmeistern und den Unterrichtsbedingungen und anderes mehr.

Es wird demnach in dem Werk eine Menge Stoff und zwar in gut lesbarer Form dargeboten, wobei die Lektüre noch dadurch angeregt wird, daß die erwähnten Fälle alle aus den bekannten Orten der Umgegend stammen (Lahr, Schuttern usw.). Da der wissenschaftliche Apparat fehlt, ist zu vermuten, daß der Verfasser sein Buch mehr als Heimatbuch gedacht hat, um weiteren Kreisen ein Bild der Kultur vergangener Zeiten zu übermitteln. Zwar kann man bei der großen Zahl der Stoffgebiete und dem geringen Umfang (109 Seiten) keine umfassende und erschöpfende Darstellung erwarten, doch sind einzelne Teile zu dürftig und zu wenig systematisch behandelt. Dies empfindet man besonders bei der Behandlung des Rechtswesens, der Ämter und der Verwaltung. Ebenso unbefriedigend ist auch das Abgabewesen dargestellt, ein vielschichtiges Gebiet, das nur dann verständlich ist, wenn sauber unterschieden wird. So wird zwar eingehender vom Zehnt gesprochen, aber er war eben nur eine Abgabe, die speziell für den Unterhalt der Pfarrkirche bestimmt war, auf keinen Fall

aber etwas mit dem freien bäuerlichen Eigentum zu tun hatte. Wichtiger waren die Abgaben, die sich aus dem Pachtverhältnis ergaben, besonders aus dem Erblehensverhältnis. Die hier geforderten Hühner und Eier (meist 10) waren Zeichen der Abhängigkeit und nicht Pflichten auf Grund des Grünen Zehnts. Sicherlich zu weit gesponnen ist auch der Gedanke, daß der Bauer „vor der hintergründigen Macht des Geschriebenen“ Angst hat, da er glaubt, der Urkunde hafte eine „feierliche Magie“ an. Schließlich weiß jeder, der es mit Bauern schon zu tun hatte, daß der „fröhliche Landmann“ des Lesebuches ebenso in das Reich der Fabel zu verweisen ist wie die Behauptung vom „dummen Bauern“.

Trotz all der Mängel, die das Buch aufweist, muß dem Verfasser gedankt werden, denn er hat sich einem Sachgebiet zugewandt, dessen Erforschung bisher nur von wenigen betrieben wurde. Zu wünschen wäre eine Erweiterung des Themenkataloges (religiöses Brauchtum), eine eingehendere und sorgfältigere Behandlung der verschiedenen Punkte; schließlich sollte bei den angeführten Quellen angegeben werden, wo sie gefunden werden können.

H. Schn.

### **Bernd Sulzmann, Historische Orgeln in Baden 1690—1890**

*Verlag Schnell und Steiner, München, 1980*  
73. Veröffentlichung der Gesellschaft der Orgelfreunde e.V., DM 44,-

Das Buch, eine geglückte Synthese von Bildband, Nachschlagewerk und Orgeltopographie, zeigt in exemplarischer Weise an 130 Orgeln auf, welche künstlerische Mannigfaltigkeit an klingenden Schätzen Baden besitzt. Jede Orgel ist ganzseitig abgebildet und ausführlich beschrieben mit Geschichte, Konstruktionseigentümlichkeiten, Disposition und durch Literaturangaben. Besonderen Wert erhält das Werk außerdem durch die Darstellung der badischen Orgelgeschichte, durch Kurzbiographien der Orgelbauer und der Experten und durch Register, welche 266 Personen und 270 Ortsnamen erschließen. 22 Orgeln aus der Ortenau finden ihre Darstellung: Gengenbach (St. Martin), Schwarzach, Ettenheimmünster, Meißenheim, Offenburg (Klosterkirche), Stollhofen, Offenburg (Hl. Kreuz), Ettenheim (St. Bartholomäus), Kappelwindeck, Baden-Baden (Altkath. Kirche), Bodersweier, Grafenhausen, Allmannsweier, Ulm bei Lichtenau, Rastatt (St. Alexander), Oppenau, Niederschopfheim, Freistett, Memprechtshofen, Ringsheim, Lahr (St. Peter und Paul), Baden-Lichtental (Lutherkirche).

W. M.

### **Walter Nissen, Lorenz Oken — zum 200. Geburtstag des großen Naturforschers geschrieben**

*Göttinger Monatsblätter 6. Jahrgang, August 1979*

*Beilage des Göttinger Tageblattes*

Aus Anlaß des 200. Geburtstages von Lorenz Oken, der aus Bohlsbach bei Offenburg stammt und zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein berühmter Naturforscher und Naturphilosoph war, entstand obiger Aufsatz. Der Verfasser berichtet von den Stationen seines Lebens: Göttingen, Jena und Zürich, von seiner Anteilnahme am Wartburgfest, wegen der er seine Jenenser Professur aufgeben mußte, vor allem von der von ihm gegründeten Zeitschrift „Isis“, die wegen ihrer Vielseitigkeit berühmt war, da in ihr Abhandlungen über naturwissenschaftliche Fragen, über Kunst und Geschichte veröffentlicht wurden. Neue Erkenntnisse über Oken vermittelt die Arbeit nicht. Im Grunde berichtet sie nur das, was in früheren Veröffentlichungen bereits gesagt wurde (z. B. E. Fischer, Lorenz Oken, in: Mein Heimatland, V. Oberrheinische Köpfe Heft 3/1942 S. 289—294). Dabei wäre es von Wichtigkeit, einmal seine Vorstellungen von der Entwicklungsgeschichte und seine Gedanken zur Naturphilosophie darzustellen. Allerdings ist der Zugang zur letzteren nicht leicht, denn sein „Lehrbuch der Naturphilosophie“ (3. A. 1843) bringt seine Gedanken zwar in einer systematischen Ordnung, jedoch in apodiktischer Form, zusammenhanglos und unbewiesen.

H. Schn.

### **Margot Fuss, Aus der Chronik der Sofienstraße**

*Band 17 der Reihe des Arbeitskreises für Stadtgeschichte Baden-Baden. 258 S., 24,- DM*

Mit dem neuerschienenen Buch ist es der Autorin wieder gelungen, Ergebnisse ihrer jahrelangen Forschungen der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Die Stadtarchivarin und Konservatorin der Stadtgeschichtlichen Sammlungen Baden-Baden Margot Fuss schreibt in ihrem Vorwort: „Es wird vor allem ein Versuch gemacht, hinter die Fassade der Häuser, die entlang dieser Straße stehen und standen, und deren Reihenfolge das Gerüst, die Gliederung dieser Arbeit sein werden, das Bild der Menschen zu finden, die sie bewohnten. Sie und ihre Schicksale machen aus steinernen Gebäuden und einer Asphaltstraße erst etwas Lebendiges“.

Dieser Gedankengang, daß die Einwohner wichtiger sind als die Bauten, ja daß man die Geschichte eines Hauses und sein Aussehen



erst richtig verstehen kann, wenn man auch die Geschichte seiner Erbauer kennt, macht dieses Buch interessant. Nicht die Könige und Fürsten, Komponisten und Sängerinnen, Maler und Bildhauer, die meist nur wenige Wochen in diesen Häusern wohnten, beanspruchen den meisten Platz in diesem Werk, sondern Färber, Nagelschmiede, Apotheker und Gastwirte, Leute, die damals in der anonymen Masse der Bevölkerung lebten und deren Schicksale von der Allgemeinheit kaum zur Kenntnis genommen wurden.

Einer der interessantesten und ausführlichsten Teile des Buches sind die Abschnitte, die der Sängerin Francilla Pixis gewidmet sind. Sie war in ihrer Glanzzeit eine der gefragtesten Sängerinnen. Dies allein wäre schon Grund genug gewesen, über sie zu berichten, doch Margot Fuss blieb ihrer Richtlinie treu, daß es eine Chronik der Baden-Badener Bevölkerung sein sollte. Francilla Pixis wurde nur deshalb so ausgiebig von ihr behandelt, weil sie eine geborene Baden-Badenerin war. Die Lebensgeschichte der Franziska Helma Göringer aus Lichtental ist die der Francilla Pixis, die in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf den berühmten Bühnen Italiens gefeiert wurde. Es ist sicher das Verdienst von Margot Fuss, daß dieses Stück Stadtgeschichte erarbeitet worden ist und nun der Öffentlichkeit zur Verfügung steht.

Lebendig schildert Margot Fuss auch die Geschichte der Familie Seefels, die sich als Nagelschmiede in der kleinen Stadt Baden im 18. Jahrhundert bekannt gemacht hat. Das wörtlich übernommene Testament des Jacob Seefels von 1803 und seine Auswirkungen sind ein Stück Zeitgeschichte aus einer Epoche, über die wir in Baden-Baden nur sehr wenig kennen.

P. Braun

### **Ettenheim. Geschichte einer Stadt in ihrer Landschaft.**

*Herausgeber: Stadt Ettenheim. Ettenheim 1978*

Das vorliegende Werk verdankt seine Entstehung der von einigen Ettenheimer Bürgern 1978 durchgeführten kulturhistorischen Woche, deren Ausstellungskatalog zu einem Text-Bildband ausgearbeitet wurde. Hervorragend in seiner äußeren Aufmachung, will es mittels einiger meist kürzerer Beiträge sowie einer großen Zahl von bezeichnenden Aufnahmen und Zeichnungen „die Geschichte der Stadt in ihrer Landschaft“ darstellen. W. Schwab gibt in seinem gut fundierten Überblick über die Geschichte der Stadt einen Einblick in die Problematik ihrer Entstehung, ihrer Entwicklung im

Laufe der Jahrhunderte, den Schicksalsschlägen, die sie heimsuchten (Brand von 1637), von den Beziehungen zu Straßburg, dessen letzter Fürstbischof Louis-René Kardinal Rohan nach der Flucht aus Straßburg während der Französischen Revolution in Ettenheim seine Residenz aufschlug. Die Geschichte des benachbarten Klosters Ettenheimmünster, seine Entstehung, das Auf und Ab seiner inneren und äußeren Entwicklung bis zur Aufhebung 1802 behandelt W. Müller. Dabei wird klar, zumal im Hinblick auf die Beiträge von R. Gassert über die Klosterbibliothek und B. Klär über die Pflege der Musik im 18. Jahrhundert, welche bedeutender Kulturmittelpunkt für die Gegend das Kloster war, von dessen umfangreicher Anlage infolge der Verständnislosigkeit der damaligen badischen Regierung nichts erhalten blieb. Recht instruktiv ist die Arbeit von F.-J. Henninger über die Altstadt von Ettenheim, deren mittelalterliche Anlage auch nach dem Brand von 1637 beibehalten wurde. An Hand vieler Zeichnungen beschreibt er auf einem Rundgang ihre Plätze und Brunnen, die in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts errichteten barocken Steinhäuser der Verwaltung, die der Stadt ebenso ihr Gepräge geben wie die Bürgerhäuser mit ihren Fachwerkobergeschossen. Mit der Darstellung der Landelinslegende auf der 1506 angefertigten Landelinsbüste aus Ettenheimmünster befaßt sich H. Kewitz, der sich auch mit der Geschichte und dem Aufbau des Kippenheimer Altars beschäftigt. Dieser wurde während der kulturhistorischen Woche erstmals wieder nach Jahrhunderten in seiner ursprünglichen Aufmachung gezeigt. Die Erzählung der berühmten Halsbandaffäre des Kardinal Rohan beschließt das Werk. Es zeigt, welche Schönheiten noch in unseren Kleinstädten bewahrt wurden, zumal wenn sie von den großen Verkehrslinien verschont blieben und die Bürger Verständnis für das überkommene Erbe zeigten.

H. Schn.

### **Kurt Klein, Hausach — Stadt unter der Burg. Ein kurzer Einblick in die Stadt im Kinzigtal.**

*Kehl 1979.*

Aus der Feder des Zweiten Vorsitzenden des Historischen Vereins für Mittelbaden, Oberschulrat Kurt Klein, erschien ein kurzer Abriss der Geschichte der Stadt Hausach. Der Verfasser möchte die drei bisher erschienenen Chroniken (R. Streit, Hausach, 1890; E. Bischoff, Chronik der Gemeinde Hausach, o.J.; H. Schneider-Strittmatter, Chronik der Stadt Hausach, 1966) keineswegs ersetzen, sondern

nur ergänzen. Und das gelingt ihm überzeugend, besonders was die neuesten Forschungsergebnisse zur Frühgeschichte Hausachs und das Bildmaterial betrifft.

Das Büchlein besticht nicht nur durch seine Aufmachung, sondern auch durch seine gute Lesbarkeit. Der Text ist durch eine reiche historische, mitunter seltene Bildauswahl aufgelockert und vertieft. So wird der Leser ca. 50 Aufnahmen und Reproduktionen vorfinden, die der Verfasser in jahrzehntelanger Beschäftigung mit der Hausacher Geschichte und durch sein Suchen in den verschiedenen Archiven und Museen zusammengetragen hat.

Bei der Behandlung der Entstehungsgeschichte Hausachs weist Kurt Klein einige bisherige Behauptungen in das Reich der Legende. Sehr anschaulich wird die bewegte Geschichte Hausachs in den vielen Kriegszeiten dargestellt. Aber auch die Geschichte der ehemals selbständigen Stadtteile Einbach und Sulzbach wird untersucht. In Wort und Bild wird die Besonderheit der alten Dorfkirche und des kirchlichen Lebens im Laufe der Zeit beleuchtet. Eingehend beschäftigt sich der Verfasser mit der Geschichte der Burg Husen als des Wahrzeichens der Stadt. Ebenso kann in der Broschüre der Werdegang von Handwerk, Gewerbe und Handel bis zur heutigen beachtlichen Industrieansammlung verfolgt werden, genauso wie die Entwicklung des Gemeinwesens zur Schulstadt. Kleinere Kapitel sind dem Rechtswesen, dem Gesundheitswesen und den bedeutenden Persönlichkeiten gewidmet. Auch ein Kapitel über den frühen Bergbau in Hausach-Hauserbach ist vorhanden. Natürlich muß sich die Kurzchronik auf das Wesentliche beschränken. Trotzdem wird ein guter Überblick über alle Bereiche der Hausacher Vergangenheit geboten.

M. Hildenbrand

### **Hornberger Taschenbuch.**

*Städtisches Kur- und Verkehrsamt Hornberg. 1979.*

Das angezeigte Werk, nicht sehr umfangreich, will den Besuchern der „Stadt des Hornberger Schießens“ eine gedrängte Einführung geben in die Geschichte der Stadt, ihre wirtschaftliche Bedeutung heute, ihr Schloß und ihre Kirchen, schließlich die Sagen der Umgebung. Chr. Weiner und A. Heß berichten von den Herren von Hornberg, kein unbedeutendes Geschlecht, das sogar einen Minnesänger hervorgebracht hat, von der Herrschaft der württembergischen Herzöge, die die Reformation durchführten, von den vielen kriegerischen Heimsuchungen, besonders während des

30jährigen Krieges, während dessen Hornberg von den Villingern geplündert und angezündet wurde, von der Zeit des Spanischen Erbfolgekrieges, an den noch viele Schanzen im Schwarzwald erinnern, von dem Besuch des Herzogs Karl Eugen 1770, der zum Karlstein hinaufstieg, von der Entwicklung der Stadt in der badischen Zeit und schließlich von den beiden Fliegerangriffen 1945, während deren die Stadtmitte schwer getroffen wurde. Unter den Sagen wird auch die vom Hornberger Schießen angeführt, das durch Schillers „Räuber“ weltweit bekannt wurde. Der wissenschaftlich fundierte Text, dazu die zahlreichen Aufnahmen machen die Schrift zu einem guten Führer für den Besucher.

H. Schn.

### **W. Mechler, Die Rheinbrücken Straßburg — Kehl seit 1388**

*Sigmaringen 1978*

In gedrängter Form berichtet der Verfasser von den verschiedenen Brücken, die seit dem Bau der ersten 1388 von Straßburg nach Kehl führten, bis hin zur Europabrücke. Er nennt ihre Maße („die lange Bruck“), behandelt ihre Bauart sowie ihre auf Grund der Bodenverhältnisse und der Strömung S-förmige Gestalt und gibt die Tarife sowie die Öffnungszeiten an. Vor allem befaßt er sich mit der Bedeutung der Kehler Rheinbrücke für das wirtschaftliche Leben, aber auch für die Kriegsführung besonders seit dem 30jährigen Krieg. Eine Anzahl Zeichnungen und Aufnahmen von den verschiedenen Rheinbrücken veranschaulichen den Text. Der Leser erhält ein zwar knappes, doch vortreffliches Bild dieser Rheinbrücken, die bis 1661 die einzige feste Verbindung zwischen den beiden Ufern rheinabwärts bis zur Nordsee waren.

H. Schn.

### **Burg Lützelhardt über Seelbach/Lahr.**

*Hrsg. Kath. Pfarrgemeinde/Bildungswerk Seelbach, zusammengestellt v. Arbeitskreis „Burg Lützelhardt“.*

Zur 800Jahrfeier der Gemeinde Seelbach hat der Arbeitskreis (Leiter Dr. Albert Panther) ein Heft zur Geschichte der Burg Lützelhardt über dem Schuttertal vorgelegt. Es enthält einen Überblick über die bei Ausgrabungen vor fünf Jahrzehnten zutage geförderten Funde, die Geschichte der Burg im Rahmen der Gesamtentwicklung des Burgenbaus im süddeutschen Raum und Versuche zur Datierung und zur Rekonstruktion der aus Vorburg, Mittelburg und Hauptburg bestehenden Anlage. Auf

Grund neuer Vermessungen der Ruine durch den Arbeitskreis rekonstruierte Dr. Alexander Antonow (Frankfurt) den Zustand um 1235, wonach Armin Eisele (Seelbach) ein Burgmodell herstellte.

Der Text geht ein auf die Entwicklung zwischen dem Baubeginn der Burg (als Umbau von Lützelhardt I) etwa 1225/1230, den Bauabschluß 1235/1240 und die schon für 1246/1249 anzusetzende Zerstörung durch die Geroldsecker.

In der kurzgefaßten Geschichte der Lützelhardter wird jene in Zähringer Auftrag errichtete Vorläuferburg Lützelhardt I auf Ende des 11. oder Anfang des 12. Jahrhunderts angesetzt. Auch wird ein Zusammenhang mit der wohl jüngeren gleichnamigen Burg im nördlichen Elsaß bei Obersteinbach angedeutet.

Die Lützelhardter sind als Zähringer Dienstmannen in Quellen des 12. Jahrhunderts erwähnt, waren unter Friedrich I. als Markgrafen von Ancona, dann auch unter Friedrich II. in Italien tätig und sind gegen 1230 in Ungnade gefallen, wonach sie anscheinend zum Papst übergegangen sind.

C. H. Steckner

### **Seelbach im Schuttertal — Marktflecken und Luftkurort im Geroldseckerland. 1179—1979.**

*Herausgegeben von der Gemeinde Seelbach. Schriftleitung und Gestaltung: Gerhard Finkbeiner. Freiburg 1979.*

Gerhard Finkbeiner, der 1975 die Festschrift „750 Jahre Dörlinsbach 1225—1975“ verfaßte (Ortenau 1976, S. 287 f.), gestaltete unter Mitwirkung sachkundiger Autoren mit über 30 Beiträgen einen hervorragenden Band, der mehr als lokalgeschichtliches Interesse beanspruchen kann und dessen Anschaffung sich für jeden historisch Interessierten, aber auch für jeden Heimatfreund lohnt, zumal er mit einem reichen Bildmaterial (A. Strebler u. a.) ausgestattet ist. Für den Historiker sind die geschichtlichen Beiträge besonders wertvoll, weil sie mit wenigen Ausnahmen mit dem notwendigen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat versehen sind, der die Fakten belegt, eine Nachprüfung gestattet, weitere Forschungen erleichtert und auch aufgrund der Quellenangaben andere Autoren vor einem Plagiat schützt. Hierfür sei dem Schriftleiter gedankt, der damit dem Buch den entsprechenden wissenschaftlichen Rang verlieh, nicht zuletzt aber auch der Gemeinde Seelbach und den finanziellen Förderern, die verständnisvoll und großzügig die Herausgabe dieses für die kleine Gemeinde erstaunlich stattlichen Bandes ermöglichten, der auch dem Verlag Ehre macht.

Die Geschichte des Ortes Seelbach, dessen Kirche erstmals in einer Papsturkunde vom 26. März 1179 erwähnt wird (Kewitz) und dessen Gründung wohl 150 Jahre älter ist (Bühler), wird eingebettet in die Geschichte der Geroldsecker und ihrer Nachfolger. Christoph Bühler macht in seinem Beitrag zur Familiengeschichte der Geroldsecker in einem erfrischenden Stil und mit einleuchtenden Hypothesen den für den Laien schwer zu erfassenden Zusammenhang verständlicher. Oskar Kohler führt ihre Geschichte mit Quirin Gangolf v. Geroldseck (1527—1569) bis zum Jahr 1649, dem Ende des Hauses Geroldseck, weiter und schildert dann den Übergang der Herrschaft Hohengeroldseck an das Haus Cronberg und von der Leyen. Gerhard Finkbeiner spinnt das Thema weiter mit seinem Beitrag über Philipp Franz, Fürst v. der Leyen, Graf zu Hohengeroldseck, der 1791 die Regierung über die leyenschen Besitzungen übernahm. In seiner maßlosen Verschwendungssucht hatte er schon siebzehnjährig 1783 mit dem Bau des aufwendigen Schlosses Philippsburg in Niederwürzbach begonnen, der ungeheuere Summen verschlang. Willi Hensle unterrichtet über die Baugeschichte der Burg Hohengeroldseck, die in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts nach Abbruch der alten Stammburg auf dem Rauhkasten errichtet wurde. Rudolf Ritter befaßt sich mit der Geroldsecker oder Grüselhornsage und ihrer unberechtigten Übernahme in das elsässische Sagenut. Die Wasserburg Dautenstein, die „Burg des Tuto“, war nach der Beschreibung der Geschichte von Schloß Dautenstein bis in unsere Zeit von Hubert Kewitz einmal Bestandteil einer staufischen Befestigungslinie. Die Burg wurde wahrscheinlich nach der Zerstörung der Burg Lützelhardt um 1235/36 angelegt. Die im Dezember 1977 nach den ersten Sondierungsgrabungen im Spätjahr 1977 durch Gerhard Finkbeiner vorgenommenen scheinen die Vermutung von Kewitz zu bestätigen.

Fred Singler macht uns mit der Gründung des Franziskaner-Klosters vertraut, das trotz des Widerstandes der vorländischen Kapuziner und der Regierung in Innsbruck mit Bewilligung des bischöflichen Generalvikars vom Herbst 1731 im Jahre 1735 fertiggestellt wurde. Diese Klostergründung war nach Peter Brinktine die letzte der Tiroler Ordensprovinz im 18. Jh. und zugleich auch ihr letztes Neubauunternehmen. In seiner baugeschichtlichen Untersuchung stellt Brinktine heraus, daß die reformierten Franziskaner im 17. und 18. Jh. im Gegensatz zu den Benediktinern in ihren bescheidenen Klosterbauten die tragenden Werte ihres Ordens dokumentierten. Im Zuge der Säkularisation nahm das Oberamt Seelbach der

Herrschaft Geroldseck Anfang Oktober 1809 das Hospiz förmlich in Besitz, und im September 1813 erklärte der Fürst von der Leyen die Ordensniederlassung in aller Form für aufgehoben und konfisziert. Nach der von Hermann Schmid geschilderten Säkularisation des Franziskaner-Hospizes nahm 1815 eine Textilmanufaktur im ehemaligen Kloster ihre Produktion auf, die für Seelbach einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellte, beschäftigte doch die Baumwoll-Manufactur 1823 130 Erwachsene und 114 Kinder unter 14 Jahren. Das Lohngefälle sank deutlich von der Färberei, die keine Kinder beschäftigte, über die Weberei mit rd. einem Drittel Kindern zur Spinnerei mit einem Kinderanteil von rd. 60 %. Der Fabrikbetrieb endete 1834.

Erich Krämer zeigt die wirtschaftliche Entwicklung Seelbachs von den ersten Versuchen zur Industrieansiedlung bis zum heutigen Stand auf. Im 18. Jh. unterstützten die Herren von der Leyen neben der Förderung des Bergbaues, dem er einen besonderen Beitrag widmet, die Gründung von Manufakturen oder Fabriken, darunter auch der Fayencerie im Schloß Dautenstein, wo 1786 der erste Brand erfolgte. 1787 wurde als neuer Leiter Georg Friedrich List aus Durlach verpflichtet, dessen größte Leistung wohl das Aushandeln eines für ihn sehr günstigen Vertrages mit dem Inhaber Krieg gewesen sein soll. Wegen Unfähigkeit und Verschwendung sei dieser Geschäftsführer im März 1788 entlassen worden. Hierzu seien einige notwendige Bemerkungen zur Richtigstellung gestattet. List war Teilhaber der Firma, die als „List u. Comp.“ firmierte, und konnte deshalb auch nicht entlassen werden. Er erhielt ein jährliches Gehalt von 500 fl. samt freier Wohnung nebst freiem Holz etc., war aber keineswegs überbezahlt, erhielt doch beispielsweise die Masse der Bediensteten der Herrschaft v. d. Leyen täglich 2 fl., während das obere Drittel täglich 3 fl. und mehr bezog. Vielleicht genügt aber der Hinweis, daß der Hofrat und Archivar Klein für ein paar Stunden der Rechnungsprüfung und Aktenrevision der Witwen- und Waisenkasse sage und schreibe 1455 fl. Salarium kassierte (Ludwig Eid, Reichsgräfin Marianne von der Layen geb. von Dalberg, 1937). List war der technische Direktor, und Krieg war für die Finanzierung zuständig. Das Werk litt keinesfalls an Fachleuten, und die üble Nachrede gegen List stammt vorwiegend von dem mißgünstigen Konkurrenten G. L. Müller aus Durlach. List hatte das dortige Werk verlassen, um nach Mosbach übersiedeln. Sie geht aber auch auf Krieg zurück, der nach List den Streit begann, als der Beutel leer war. List war vorher Leiter der Fayence-Fabrik in Mosbach, und der von Krämer als

Quelle genannte Gutmann schreibt über Lists Leistung: „Die Güte und Schönheit der List'schen Waren wurden nicht nur von der Kurpfälzischen Regierung und dem Kurfürsten selbst rückhaltslos anerkannt, sondern auch den vorzüglichen Produkten gleichgestellt . . . Aufgrund der noch vorhandenen Erzeugnisse darf gesagt werden, daß die Mosbacher Fabrik unter List in künstlerischer Hinsicht ihren höchsten Stand erreichte, der auch eine Reihe von Jahren nach seiner Entweichung vorhielt“. List war weder Unfähigkeit noch Verschwendung nachzuweisen. Das Unternehmen, dem auch nach dem Zeugnis des Kanzleidirektors Döring Krieg nicht gewachsen war, zumal er schon bei Übernahme des Unternehmens stark verschuldet war, ging wohl allein wegen der mangelnden Kapitalausstattung ein, wie ja auch der Textilmanufaktur in Seelbach zum Verhängnis wurde, „daß es damals in Baden ein leistungsfähiges Bankenwesen nicht gab“ (H. Schmid, S. 273). Die Herrschaft gewährte zwar Krieg jede Unterstützung, doch nur im Rahmen der Möglichkeiten des Oberamtes Seelbach. Mit einem kräftigen Zuschuß der Herrschaft konnte das Werk saniert und seiner Startschwierigkeiten enthoben werden. Aber sie war selbst total verschuldet. Krieg bat 1788 um 4000 fl., die wahrscheinlich nicht ausgereicht hätten, aber im gleichen Jahr fand die Hochzeit Philipps von der Leyen statt, deren Kosten mit rd. 100.000 fl. veranschlagt wurden. Am 3. 4. 1789 schrieb Krieg an die „Madame la Comtesse“, man habe die Proben gesehen, die den Erfolg des Werkes sicherten, die Händler, beladen mit Waren; es bedürfe nur noch der täglichen Kosten, um den Betrieb fortzusetzen und die Früchte zu ernten. Aber in dem Augenblick, wo der Erfolg gesichert war, habe er um Hilfe zu bitten gewagt, die jede Regierung sich beeilen würde zu gewähren, selbst ohne die Gewißheit, die er heute besitze. Man könnte noch hinzufügen, daß der Schloßbau, den der kaum siebzehnjährige Sohn der Reichsgräfin Marianne 1783, insgesamt mit Inneneinrichtung etwa dreiviertel Millionen Gulden verschlang.

Bemerkenswert ist nach den Ausführungen Erich Krämers die Geschichte der 100jährigen Zigarrenfabrikation in Seelbach. In einem weiteren Beitrag behandelt der gleiche Autor die Zünfte der Handwerker in der Herrschaft Geroldseck im 17., 18. und 19. Jh. Die Geschichte des Dorfes *W i t t e l b a c h*, „Bach des Witilo“, das heute mit Schönberg zu Seelbach gehört, schildert Hubert Kewitz bis zum Jahre 1803. Der Ort, der im Verlauf des 14. und 15. Jh. Eigentum des Klosters Ettenheimmünster wurde, verblieb bis zur Säkularisation in dessen Besitz. Die Rechte des Abtes zu Ettenheim-

münster ergeben sich aus dem Wittelbacher Weistum, das H. Kewitz aus dem „Rechtsbuch des Klosters Ettenheimmünster“ übersetzt hat. Zur Baugeschichte der Kirche in Wittelbach, die im Jahre 1132 geweiht wurde, liefert Karl List einen Beitrag. Bei den Restaurierungsarbeiten im Jahre 1974 wurde im Altarraum ein gotischer Bilderfries freigelegt. Schönberg wird urkundlich erst 1444 genannt, doch vermutet Hieronymus Müller, der die Entwicklung von der Vogtei zum Ortsteil skizziert, daß die Anfänge der Siedlung um die Jahrtausendwende zu suchen sind. Peter Herter berichtet mit manchen sozialkritischen Betrachtungen aus dem Leben der Gemeinde im 19. und 20. Jh. Die traurige Bilanz zweier Weltkriege verdeutlicht die hohen Opfer, die im letzten Krieg gebracht werden mußten. Während im ersten Weltkrieg rd. 16 % der Kriegsteilnehmer fielen, betrug der Anteil der Gefallenen und Vermißten im zweiten rd. 35 %!

Die Gemeinde Seelbach war auch am revolutionären Geschehen 1848/49 beteiligt. Klaus Bürkin geht dabei von den Hungerunruhen im Jahre 1848 aus, wobei besonders die ärmeren Schichten in äußerster Not gerieten. Unter der Führung des Kaufmanns Theodor Moosmann nahmen 100 Seelbacher an der Offenburger Versammlung vom 13. 5. 1849 teil. Die damalige Not veranlaßte eine starke Auswanderung nach Nordamerika, die Gerhard Finkbeiner namentlich belegt. In seinem Beitrag „Von der Dorfschule zum Kooperativen Bildungszentrum“ zieht Adelbert Kern interessante Parallelen zwischen früheren und heutigen Arbeitsbedingungen der Lehrer. Der engagierte Denkmalspfleger und Naturschützer G. Finkbeiner illustriert „Kulturgeschichtliches über Haus und Hof, Mensch und Landschaft, Sitten und Bräuche im Schuttertal“ mit anschaulichen Bildern. Fred Singler bringt die Lebensbeschreibungen einiger bekannter Persönlichkeiten, die in Seelbach geboren wurden oder dort wirkten: Josef Pfaff (1838—1902), Initiator und Mitbegründer des Badischen Bauernvereins; Ludwig Auerbach (1840—1882), der die Leitung einer Strohfabrik in Seelbach übernahm; Theodor Munz (1868—1947), Tonschöpfer und Musiklehrer; Josef Himmelsbach (1876—1945), Verfasser der ersten Geschichte des Marktfleckens Seelbach; Hermann Osthoff (1879—1918), Landschafts- und Wildmaler und Dr. Julius Kapp (1883—1962), Musikschriftsteller und Dramaturg der Berliner Staatsoper. Mit einem Beitrag des Rezensenten über Seelbach als Verlagsort des Journals „Klio“, das von Gotthold Friedrich Stäudlin im Jahre 1795 herausgegeben wurde, wird ein kurzer, aber entscheidender Zeitabschnitt im Leben des Dichters und Schriftstellers beleuch-

tet, der im Jahre darauf den Tod in Straßburg suchte. In einer übersichtlichen Darstellung berichtet Alfred Dreyer über die kommunale Zusammenarbeit im Schuttertal. Über die Seelbacher Vereine und Organisationen informiert Wilhelm Fischer. „Kleine Anekdote von anno dozumal“, erzählt von Wilhelm Fischer, runden den Band ab, der auch für die in diesem Jahr gegründete Mitgliedergruppe des Historischen Vereins wertvolle Unterlagen für ihre Arbeit bietet.

E. Dittler

### **Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart.**

*Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart, Konrad Theiss Verlag, 1979. 310 S.*

Die Landeszentrale für politische Bildung hat mit ihren „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg“ mehrere Publikationen zur jüngeren und jüngsten Geschichte Südwestdeutschlands herausgegeben, die zu Recht als grundlegende Werke anerkannt worden sind.<sup>1</sup>

Um so gespannter durfte das Publikum auf die mit vielen Vorschußlorbeeren bedachte „Badische Geschichte“ sein. Vom „lang erwartete(n) Standardwerk“ war da die Rede (Verlagswerbung), das „eine entscheidende Lücke“ schließen soll (Geleitwort); als Klientel wurde neben dem „interessierten Erwachsenen“ ausdrücklich der „Oberstufenschüler“ (!) ins Auge gefaßt — ein historisches Handbuch, so der selbstgestellte Anspruch. Von diesem Ziel bleibt der Band indessen weit entfernt, die für ein Handbuch geltenden Maßstäbe bleiben unerfüllt:

— Der genannte „Oberstufenschüler“ hat hoffentlich einen vorzüglichen Geschichtsunterricht genossen, damit er die Lücken mancher Aufsätze selbst ausfüllen kann: Die Judenverfolgung im Dritten Reich z. B. wird nur in der Chronologie und durch Fotos „angetippt“, im Text bleibt sie unerwähnt.

— Kaum einer der Autoren hat lokale Arbeiten berücksichtigt, mit der „Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins“ ist in der Regel Schluß; niemand, der sich die Mühe gemacht hätte, historische Periodica mit kleinerem Verbreitungsgebiet auszuwerten. Sicherlich ist, wie Hugo Ott schreibt (S. 189), „die Aufarbeitung vieler Schicksale . . . immer noch ein Dilemma gerade der regional und lokal ausgerichteten zeitgeschichtlichen Forschung“; so arm indessen ist die oft zu Unrecht als „Heimatgeschichte“ belächelte lokale Geschichtsschreibung nicht, als daß man großzügig über

sie hinwegschweben könnte. Gerade Auswertung und Zusammenschau dieser sehr verstreuten Lokalgeschichte und -geschichten wäre eine wichtige Aufgabe eines Handbuches zur badischen Geschichte gewesen.

— Das Literaturverzeichnis hätte dringend einer Überarbeitung bedurft, damit wäre die ärgerliche Doppelaufnahme mancher Titel vermieden und so Platz gewonnen worden für die vergessenen Standardwerke, die einfach in die Bibliographie eines Bandes hineingehören, der Handbuch sein will.

— Das Kartenmaterial ist — von wenigen Ausnahmen abgesehen — unbrauchbar, weil entweder nur mit der Lupe zu lesen oder zu stark vereinfacht. Was die moderne Kartographie im Bereich historisch-politischer Themenkarten alles vermag, belegen doch die Informationshefte der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung regelmäßig. War das für ein Handbuch nicht möglich?

Es wäre ehrlicher gewesen, das Buch als Aufsatzsammlung zur badischen Geschichte anzukündigen (die einzelnen Artikel sind übrigens aus einer Vortragsreihe an der Universität Freiburg erwachsen); nur dann kann auch eine Besprechung den Autoren und ihren Beiträgen gerecht werden.

Eine im besten Sinne politische Verfassungsgeschichte über Entstehung und Entwicklung des Großherzogtums bis 1848 stellt der Beitrag von Lothar Gall dar.<sup>2</sup> Hier wird der schmale Grat zwischen Revolution und Reaktion deutlich, auf dem Monarch und Regierung vorwärtsschritten, um aus dem von Napoleon zusammengewürfelten und vom Wiener Kongreß bestätigten Land so etwas wie eine staatliche Einheit zu machen. Dabei rückte, begünstigt von der Windstille des bis zum Aufstieg Napoleons III. geschwächten Frankreichs, die Auseinandersetzung zwischen Hof und Kammerliberalismus immer stärker in den Vordergrund. In dem Maße, wie nach 1848/49 Frankreich wieder über die eigenen Grenzen hinausgriff, mußte sich ein Mittelstaat wie Baden erneut an eine Großmacht anlehnen und erwählte, innen wie außenpolitisch, Preußen.

Franz X. Vollmer (der auch die Bildredaktion des Bandes besorgte) arbeitet die Grundzüge der badischen Revolution von 1848/49 heraus, ein angesichts der Fülle von Detailstudien dieser relativ „dicht“ erforschten Epoche nicht ganz einfaches Unterfangen. Er untersucht die Ursachen der Revolution, schildert den Ablauf der Ereignisse und fragt nach ihren Nachwirkungen. In der These, daß die Bedeutung der sozialen Ursachen in einem Land mit überwiegend agrarischer Bevölkerung eher gering zu veranschlagen ist, kann man ihm sicherlich

zustimmen<sup>3</sup>. Die Revolution gewann ihre Antriebskraft aus dem Spannungsverhältnis zwischen „konstitutionellen Liberalen“ einerseits und Demokraten („Entschiedenem“, „Radikalem“) andererseits, wobei sich der Autor öfters auf den gemäßigten Liberalen Ludwig Häusser beruft. Die folgende Reaktionszeit kappte die „unmittelbaren Wirkungen der badischen Revolution“ (64), dennoch hebt der Verf. die „Zeitlosigkeit und Aktualität der damaligen Fragestellungen“ hervor, die er allerdings auf die Formel „parlamentarischer Weg oder direkter Weg der Aktion“ verkürzt. Das wichtigste Ergebnis der Revolution war ihr Scheitern, weil das gemäßigt liberale Bürgertum aus übertriebener Furcht vor der Revolution Angst vor der eigenen reformerischen Courage bekam, sich unter die Fittiche der alten konservativen Elite flüchtete und nationale Ziele zum Dreh- und Angelpunkt seines politischen Trachtens machte — und damit einen verhängnisvollen Weg beschnitt, der zum Abstimmungsverhalten der bürgerlichen Parteien beim Ermächtigungsgesetz 1933 führte.<sup>4</sup>

Bernd Otnad untersucht die badische Geschichte in der Zeit der Reichsgründung, des Kaiserreichs und des Ersten Weltkriegs, einer Zeit, in der das Eigengewicht der Region immer mehr hinter dem der Nation zurückfiel. Es ist schwierig zu definieren, was eigentlich noch „badische“ Geschichte ist; der Verf. hat die Methode gewählt, die regionale politische Entwicklung vor einem Resümee der Reichsgeschichte zu skizzieren. Denkbar und vielleicht auch fruchtbarer wäre, stärker lokale Geschichte einzuflechten und auf die notwendigerweise simplifizierende Darstellung des größeren Bezugsrahmens zu verzichten.

Der große politische Konflikt im Baden der zweiten Jahrhunderthälfte, der Kulturkampf, wird in einem gesonderten Beitrag von Josef Becker dargestellt. Anlaß für den badischen Kulturkampf bildete das Schulaufsichtsgesetz von 1864; die Auseinandersetzung wucherte schnell über Regierung und Kirche hinaus und erfaßte alle politischen Streitfragen, die zwischen Nationalliberalen und politischem Katholizismus ausgetragen wurden.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieses Zeitabschnitts wird von Hugo Ott in einem materialreichen Beitrag geschildert. Er beginnt mit der Analyse der oft vernachlässigten Zusammenhänge zwischen vorindustrieller Massenarmut („Pauperismus“) und der Revolution 1848/49 sowie der Auswanderung. Für die Leser der „Ortenau“ dürfte interessant sein, daß die Industrialisierung und ihre sozialen Folgen mit Tabellen aus dem Mittelrheinkreis belegt werden. Aufmerksamkeit verdient

auch die verkehrsmäßige und energiewirtschaftliche Erschließung des Raumes. Bei der Erörterung der sozioökonomischen Probleme Badens im Kaiserreich stützt sich der Verf. auf die Dissertation seines Schülers Hermann Schäfer, der für diesen Band den entsprechenden Abschnitt über die Weimarer Zeit geschrieben und damit wichtige Grundlagenarbeit geleistet hat. Beim Setzen des Beitrags von Hugo Ott haben sich einige Fehler eingeschlichen, bei manchen Zitaten wäre der Leser für Belegstellen dankbar gewesen.

Die politische Geschichte Badens in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Deutschland muß noch geschrieben werden; denn die Beiträge von Hans-Georg Zier (1918—33) und Hugo Ott (1933—45) können wegen fehlender Einzeluntersuchungen nur einige Aspekte jener Zeit beleuchten. Gerade bei der Umwälzung vom Kaiserreich zur Republik, die in Baden mit Ausnahme von Mannheim kaum als „Revolution“ bezeichnet werden kann, wird eine Beschränkung auf Karlsruhe und Mannheim der Rätebewegung mit ihrem buntscheckigen Lokalkolorit nicht gerecht. Die Bedrohung der Republik durch antidemokratische Strömungen wird an Beispielen eindringlich belegt (das Kesseltreiben gegen den Privatdozenten Gumbel an der Universität Heidelberg; der Kapp-Putsch; politische Morde). Das Ende der Republik wird aus der Perspektive der Reichspolitik geschildert; wirklich neue Ergebnisse kann auch hier nur eine Darstellung bringen, die auf Arbeiten zur Lokalgeschichte fußt.

Ott schildert die NS-Machtergreifung und Gleichschaltung in Baden, die Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Elsaß-Lothringen-Frage und das Ende des Zweiten Weltkriegs und resümiert seine andernorts erschienenen Aufsätze zur Haltung der Kirchen und der Universitäten. An dieser Aufzählung mag deutlich werden, was alles fehlt; zumindest im Literaturverzeichnis wäre ein Hinweis auf die enzyklopädischen Bände der Staatlichen Archivverwaltung zur Judenverfolgung im Südwesten sowie auf die Arbeit von Lothar Kettenacker über das Elsaß und Statthalter Robert Wagner angebracht gewesen.<sup>5</sup>

Aufsätze von Paul-Ludwig Weinacht, Paul Sauer und Gerd Hepp über die Nachkriegsentwicklung und die Gründung Baden-Württembergs schließen den Band ab.

1 Hermann Bausinger, Theodor Eschenburg u.a., Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde. Stuttgart 1975.

Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979. (vgl. „Die Ortenau“ 1979, S. 294).

Die Bände über die SPD und die FDP/DVP vgl. „Die Ortenau“ 1980.

2 Vgl. auch das Standardwerk des Verf. (Professor an der Universität Frankfurt und Herausgeber der „Historischen Zeitschrift“): Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung. Wiesbaden 1968.

3 Dazu: Wilhelm Abel, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland. Göttingen 1972 sowie unten den Beitrag von Hugo Ott.

4 Theodor Schieder, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Darmstadt 1970, S. 11 ff. Wie sehr Nationalismus und Chauvinismus schon die außenpolitischen Ziele der 48er beeinflussten, zeigt G. Wollstein, Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49. Düsseldorf 1977.

5 Lothar Kettenacker, Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß. Stuttgart 1973.

H. Raulff

### **Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute.**

Hrsg. von Jörg Schadt und Wolfgang Schmierer. Stuttgart 1979.

### **Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte.**

Hrsg. von Paul Rothmund und Erhard R. Wiehn. Stuttgart 1979.

(Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bde. 3 u. 4).

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat die dreibändige Geschichte der Parteien CDU (vgl. „Die Ortenau“ 1979, S. 294), SPD und FDP/DVP zügig abgeschlossen. Alle drei Bände ähneln sich in ihrer Anlage: (Entbehrliche) Geleitworte der Landesvorsitzenden; Autoren, die Mitglieder der beschriebenen Partei sind oder ihr nahestehen; Darstellung der Geschichte bis zur Gegenwart; umfangreiches statistisches, lexikalisches und bibliographisches Material, das alle drei Bände zu unentbehrlichen Nachschlagewerken zur Geschichte des deutschen Südwestens macht.

Unter der Federführung von Jörg Schadt und Wolfgang Schmierer haben verschiedene Autoren die Geschichte der SPD in Baden und Württemberg vom Vormärz an geschrieben. Dabei werden Zeiten der Verfolgung ebenso detailliert behandelt wie Jahre, in denen die SPD das politische Leben in Regierungsverantwortung maßgeblich mitgestaltete. In den Beiträgen spiegeln sich die wechselvolle Geschichte und die Tatsache wider, daß die SPD von allen Parteien das ungetrübteste Verhältnis zu ihrer Geschichte hat. Das Buch bietet dank der schon erschienenen Arbeiten der Herausgeber sehr umfangreiches Material, darunter Kurzbiographien aller badischen und württembergischen Land-, Reichs- und Bundestagsabgeordneten seit 1890.

Der Band über die FDP/DVP ist unter der Mitarbeit verschiedener Autoren von Paul

Rothmund und Erhard R. Wiehn herausgegeben worden. Liberale Ideen waren die Keimzelle für politische Parteien und Träger der Revolution von 1848/49. Die Spaltung in Rechts- und Linksliberale jedoch zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte: 1918/19 wurde die Chance zur Vereinigung, für die im Südwesten die Vorzeichen gut standen, von Berlin aus vertan, als Gustav Stresemann sich nicht der DDP anschloß, sondern eine Nachfolgepartei der Nationalliberalen, die DVP, ins Leben rief. Erst nach der Katastrophe von 1933—45 wurde eine liberale Partei geboren, wenn auch die Spannungen zwischen den alten Flügeln bei großen Richtungskämpfen innerhalb der FDP immer wieder aufflackerten.

Daneben haben die Liberalen nach dem Scheitern der 48er Revolution in ihren südwestdeutschen Stammländern Anhänger an die Arbeiterbewegung verloren, als sie in Baden „regierende Partei“ wurden und sich als Vorreiter der deutschen Einigung im Kulturkampf erschöpften. Auch in der Parteiorganisation wurde der liberale Honoratiorenverein bald von den Massenparteien Zentrum und SPD überholt.

Die 5 %-Klausel hat zwar der Bundesrepublik ein relativ festes Parteiensystem beschert, die Hürde kann indessen von neuen Parteien überwunden werden, wie jüngste Wahlen gezeigt haben. Vielleicht sollte die Landeszentrale für politische Bildung diesen Fingerzeig aufgreifen und einen vierten Band in Angriff nehmen, in dem die gewiß nicht uninteressante Geschichte der kleineren Parteien behandelt wird.

H. Raulff

### **Jochen Thies, Kurt von Daak, Südwestdeutschland Stunde Null.**

#### **Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945—1948.**

*Ein Bild-/Textband. Droste, Düsseldorf, 1979.*

Eine nüchterne Bestandsaufnahme zur jüngsten deutschen Geschichte kann Foto- und Filmmaterial als eine wichtige Quellengruppe nicht außer acht lassen. Das Ausmaß von Zerstörung und Elend der Katastrophe von 1945, der „schlechten Zeit“, wird in dem kommentierten Fotoband zur Geschichte der französischen Besatzungszone eindrucksvoll belegt. Die Autoren des Buches, das sich im Titel eng an die Dokumentation des Generallandesarchivs „Der deutsche Südwesten zur Stunde Null“ (1975) anschließt, sind Redakteure beim Bayrischen Rundfunk (Thies ist Mitglied im Historischen Verein; vgl. auch „Die Ortenau“ 1977, S. 296 ff.). Sie haben viele, bisher unveröffentlichte Fotos aus den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Archiven zusam-

mengetragen, darunter aus dem Filmarchiv des französischen Verteidigungsministeriums in Fort d'Ivry. Ein einleitendes Essay über die zum Glück überwundenen (Feind)Bilder „der Deutschen“ über „die Franzosen“ und umgekehrt, ein überblickartiger Text vom Einmarsch der Franzosen und Amerikaner über den Alltag in der Zone bis zu französischen Deutschlandplänen und zur beginnenden „Normalisierung“ und Aussöhnung — vielleicht wird der Leser manches vermissen, manches nicht so sehen, wie könnte es anders sein bei einem Buch, das in erster Linie Anschauung bieten will?

H. Raulff

### **Walter Caroli/Robert Stimpel: Geschichte der Lahrer SPD.**

#### **Ein Beitrag zur politischen Entwicklung in der Stadt Lahr.**

*Lahr, Schauenburg, 1979, 384 S.*

Obwohl beide Autoren Sozialdemokraten sind, ist ihre „Geschichte der Lahrer SPD“ keine Jubelschrift, sondern eine kritische Fallstudie eines Ortsvereins, die sich in der Einordnung der lokalen Entwicklung in die größeren Zusammenhänge stets am Forschungsstand orientiert. Chronologisch aufgebaut, reicht die Arbeit von einer ersten „Arbeiterversammlung“ im August 1877 bis zur Gegenwart. Die seit 1875 vereinigte Arbeiterpartei hatte es aus mehreren Gründen schwer, im nationalliberal geprägten Lahr Fuß zu fassen: einmal setzte die Industrialisierung in Mittel- und Südbaden nur zögernd ein, zum anderen verstand sich der für diese Gegend typische „Arbeiter-Bauer“ kaum als Proletarier, oder — wie es Adolf Gecks „Volksfreund“ treffend ausdrückte — schuld an der Passivität der Arbeiterschaft seien „jene, die . . . bei ihrem Lohn von 10 bis 12 Mark auf ihre Geiße und Krumbire pochen, stolz darauf, daß sie „änneweg z'fresse hän!“ (S. 68). Während der Sozialistengesetze war die sozialdemokratische Bewegung mehr als nur eine Partei: Gewerkschaft, Gesangs-, Sport- und Bildungsverein. Der Durchbruch zur lokal- und landespolitischen Kraft gelang im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.

Leider werden die Diskussion um die Bewilligung der Kriegskredite und der Erste Weltkrieg kaum behandelt, obwohl doch gerade aus der Lahrer SPD mit Ludwig Frank ein prominenter Sozialdemokrat hervorgegangen ist, der als einer der ersten Reichstagsabgeordneten an der Front fiel und dadurch die Legende von den „vaterlandslosen Gesellen“ widerlegte.



Die „Revolution“ von 1918/19 (wo auch in Lahr der Arbeiter- und Soldatenrat ein stabilisierender Faktor war), die Bedrohung und schließliche Auflösung der Weimarer Republik finden breiten Raum, zumal der Untergang des Kaiserreichs wie im Reich und in Baden so auch in Lahr die Sozialdemokraten aus dem gesellschaftlichen Ghetto und der ständigen politischen Opposition befreit hatte. Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus werden an Einzelschicksalen eindringlich dargestellt.

Dank der günstigen Quellenlage macht die Geschichte des Ortsvereins nach der Katastrophe von 1945 fast die Hälfte des Buches aus: der schwierige Neuaufbau (allein das Antragsverfahren bei der französischen Besatzungsmacht für die Einberufung einer Versammlung, S. 247 ff.) und Wahlprogramme, -kämpfe und -ergebnisse, angereichert durch manches lokale Detail, stehen im Mittelpunkt. Dazu seien zwei Punkte herausgegriffen: der Rückgang des Anfang der 50er Jahre sehr hohen liberalen Stimmenanteils und die Wahl des parteilosen Dr. Philipp Brucker 1962 zum Oberbürgermeister. Gemeinde- und Kreisreform haben dazu geführt, daß die SPD nicht wie erhofft den liberalen Anhang voll übernehmen konnte, sondern sich auf Landes- und Bundesebene von der CDU überflügelt sah.

Die mit vielem Statistik- und Bildmaterial angereicherte Darstellung des SPD-Ortsvereins macht deutlich, wie wichtig es ist, solche Arbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen; sie sollte anderen Ortvereinen und anderen Parteien Ansporn zur Nachahmung sein, denn damit würden sie dem Verfassungsauftrag der politischen Willensbildung des Volkes viel eher ge-

recht als mit Wahlprospekten, die ohnehin sofort in den Papierkorb wandern.

H. Raulff

### **Wörterbuch der Symbolik**

*Hrsg. von Manfred Lurker in Verbindung mit zahlreichen Fachwissenschaftlern. 686 Seiten und mehrere Register, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1979, DM 34,—*

Manfred Lurker, Mitbegründer der „Gesellschaft für wissenschaftliche Symbolforschung“, Köln, beschäftigt sich seit 30 Jahren allseitig mit der Erfassung von Symbolik, Allegorie und Mythos. Bei diesem neuartigen Werk, durch Mitarbeit von etwa 50 namhaften Gelehrten entstanden, ging es dem Herausgeber nicht so sehr um die einzelnen Symbole und ihre Bedeutung als um Symbolfelder und ihre zusammengefaßte Darstellung; das Wörterbuch eröffnet den Zugang zu den verschiedenen Bereichen der Symbolik in Dichtung und Musik, in bildender Kunst, in Religion, Volksbrauch und gesellschaftlich-politischem Leben, auch in Alchemie, Magie und Freimaurerei, in den Spuren alter Kulturen, in den Steinbildern der Gotteshäuser; so gibt das Wörterbuch auch Auskunft über: Ecclesia, Synagoge, Christophorus, über Adler und Hahn, über Auferstehung, Fruchtbarkeit, Abwehrzauber, über Ideologie und Herrschaft.

Fast jedem Artikel sind Literaturangaben beigefügt; sehr dienlich sind das Wortverzeichnis, in welchem die wichtigsten Ausdrücke erklärt sind, und ein Register, das alle erwähnten Symbole erschließt.

W. Mr.

#### Anschrift der Autoren

Bühler, Dr. Christoph, Muckensturmer Straße 28, 6805 Heddesheim  
Dittler, Dr. Erwin, Offenburger Straße 4, 7640 Kehl-Goldscheuer  
Gamber, Dr. Erhard, Okenstraße 29, 7600 Offenburg  
Gartner, Dr. Suso, Bühler Seite 4, 7580 Bühl/Baden  
Großholz, Heinz, Waldstraße 16, 7597 Rheinau-Memprechtshofen  
Hauth, Julius, Hauptstraße 19, 7622 Schiltach  
Hildenbrand, Manfred, Georg-Neumaier-Straße 15, 7612 Hofstetten  
Ilch, Thomas, Schlossergasse 19, 7607 Neuried  
Kewitz, Hubert, Gartenstraße 10, 7636 Ringsheim  
Klein, Kurt, Haselwanderstraße 11, 7613 Hausach  
Kopp, Thomas, Gartenstraße 20, 7615 Zell a.H.  
Krausbeck, Joseph, Kleine Dammstraße, 7620 Wolfach  
Labsch-Benz, Elfie, Am Kirchberg 7, 7595 Sasbachwalden  
Lehmann, Karl-August, Dorf 31 a, 7611 Oberharmersbach  
Mechler, Wilhelm, Gustav-Weis-Str. 3, 7640 Kehl  
Scheurer, Werner, Schlattstraße 8, 7612 Haslach i.K.  
Schilli, Hermann, Bayernstraße 8, 7800 Freiburg i.Br.  
Schmid, Dr. Hermann, Obertor 3, 7770 Überlingen  
Schneider, Hugo, Kirchstraße 10, 7590 Achern  
Volk, Karl, Untertal 19, 7741 Triberg-Gremmelsbach  
Würfel, Dr. Erich, Herrenstraße 15, 7550 Rastatt

# Der Historische Verein für Mittelbaden e.V.

gibt zur Weckung und Förderung der Heimatliebe und Heimatkenntnis die Zeitschrift

## „Die Ortenau“

als Jahresband heraus. Ur- und Frühgeschichte, die Entwicklung zur Gegenwart, Siedlungs- und Ortsge-  
schichte, Kulturgeschichte, Familienforschung und Flurnamen, Kunst und Sprache, Sage und Sprach-  
tum, Lebensgeschichte bekannter mittelbadischer Persönlichkeiten können Aufnahme finden. Der Jah-  
resband wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Anmeldungen zum Verein nehmen die Geschäftsstelle 7600 Offenburg, Postfach 1569 sowie die Obleute  
der Mitgliedergruppen jederzeit entgegen:

### Vorstand und Beirat des Vereins

Wilhelm Mechler, Ober-Stud.Dir.i.R.

1. Vorsitzender  
Gustav-Weis-Str. 3  
7640 Kehl am Rhein  
Tel. 0 78 51 / 23 23

Kurt Klein, Schulamtsdirektor

stellv. Vorsitzender  
Haselwanderstr. 11  
7613 Hausach i.K.  
Tel. 0 78 31 / 61 25

Theo Schaufler, Kreisoberverw.-Rat

Kassen- und Geschäftsführung  
Postfach 15 69  
7600 Offenburg  
Tel. 07 81 / 805-266

Redakteur der „Ortenau“

Hugo Schneider, Studiendirektor i.R.  
Kirchstr. 10  
7590 Achern  
Tel. 0 78 41 / 57 72

Manfred Hildenbrand, Realschulkonrekt.

Schriftführer  
Georg-Neumaier-Str. 15  
7612 Hofstetten-Haslach i.K.  
Tel. 0 78 32 / 28 67

Erich Burger, Oberbürgermeister

Beirat  
Gartenstr. 8  
7580 Bühl/Baden  
Tel. 0 72 23 / 2 21 10

Eugen End, Bürgermeister i.R.

Beirat  
Zähringer Str. 16  
7600 Offenburg  
Tel. 07 81 / 7 84 59

Adolf Hirth, Realoberlehrer

Beirat  
Kastanienweg 23  
7594 Kappelrodeck  
Tel. 0 78 42 / 26 15

Josef Naudascher

Beirat  
Schmiedeweg 23  
7631 Mahlberg  
Tel. 0 78 25 / 74 84

Dipl.-Ing. Erwin Steurer

Stadtoberbaurat  
Metzgerstr. 14  
7630 Lahr  
Tel. 0 78 21 / 2 31 07

Rudolf Zillgith

Beirat  
Scheuermatt 149, Ödsbach  
7602 Oberkirch  
Tel. 0 78 02 / 28 19

### Mitgliedergruppen:

- 7590 Achern: Hugo Schneider, Kirchstr. 10, Tel. 0 78 41 / 57 72  
7604 Appenweiler: Karl Maier, Jakobstr. 6, Tel. 0 78 05 / 6 95  
7570 Baden-Baden: Paul Braun, Langestr. 68 a, Tel. 0 72 21 / 2 38 69  
7570 Baden-Baden (Yburg-Steinbach): Friedrich Hettler, Umweger Str. 2, 7570 Baden-Baden 11  
7605 Bad Peterstal-Griesbach: Emil Geierhaas, Bahnhofstr. 1, Tel. 0 78 06 / 81 90  
7616 Biberach i.K.: Wolfgang Westermann, Rebhalde 26, Tel. 0 78 35 / 83 09  
7580 Bühl/Baden: Karl Schleh, Klosterstr. 4, Tel. 0 72 23 / 2 62 66  
7637 Ettenheim: Bernhard Uttenweiler, Sonnenberg 14, Tel. 0 78 22 / 58 80  
7614 Gengenbach: Alfons Frei, Hauptstr. 25, Tel. 0 78 03 / 24 71  
7612 Haslach i.K.: Manfred Hildenbrand, Hofstetten, Georg-Neumaier-Str. 15, Tel. 0 78 32 / 28 67  
7613 Hausach: Kurt Klein, Haselwanderstr. 11, Tel. 0 78 31 / 61 25  
7746 Hornberg-Triberg: Walter Aberle, Schloßstr. 2, Tel. 0 78 33 / 2 77  
7640 Kehl-Hanauerland: Wilhelm Mechler, Gustav-Weis-Str. 3, Tel. 0 78 51 / 23 23  
7630 Lahr/Schw.: Dr. Rudolf Ritter, Schillerstr. 6, Tel. 0 78 21 / 2 61 40

7631 Meißenheim: Karl Schmid, Schillerstr. 6, Tel. 0 78 24 / 23 62  
 7607 Neuried: Werner Kopf, Akazienweg 1, Neuried-Altenheim, Tel. 0 78 07 / 6 98  
 7611 Oberharmersbach: Karl-August Lehmann, Dorf 31 a, Tel. 0 78 37 / 2 88  
 7602 Oberkirch: Wilhelm J. Vajen, Stadtgartenstr. 7, Tel. 0 78 02 / 48 42  
 7600 Offenburg: derzeit unbesetzt  
 7601 Ortenberg: Hermann Litterst, Rathaus, Tel. 07 81 / 3 20 51  
 7603 Oppenau: Rainer Fettig, Straßburger Str. 6, Tel. 0 78 04 / 20 24  
 7550 Rastatt: Gerhard Hoffmann, Oppelner Str. 8, Tel. 0 72 22 / 2 29 01  
 7587 Rheinmünster: Adolf Hirth, Kastanienweg 23, Kappelrodeck (7594), Tel. 0 78 42 / 26 15  
 7592 Renchen: Erich Huber, Rathaus, Tel. 0 78 43 / 5 01  
 7622 Schiltach: Theo Becker, Hohensteinstr. 11, Tel. 0 78 36 / 24 42  
 7601 Schutterwald: Arthur Hohn, Bahnhofstr. 4  
 7633 Seelbach-Schuttertal: Friedrich-Wilhelm Gehringer, Seelbach-Schönberg, Raukasten 7  
 7611 Steinach i.K.: Peter Schwörer, Im Kirchgrün 17, Tel. 0 78 32 / 86 56  
 7620 Wolfach: Josef Krausbeck, Kleine Dammstr., Tel. 0 78 34 / 3 88  
 7615 Zell a.H.: Thomas Kopp, Gartenstr. 20  
 überregionale Mitgliedergruppe (früher Hauptverein):  
 Theo Schaufler, Postfach 15 69, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 805-266

#### Arbeitsgemeinschaften:

Archäologischer Arbeitskreis: Josef Naudascher  
 Arbeitskreis Denkmalspflege: Rudolf H. Zillgith  
 Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden: Paul Braun  
 Mitarbeiterkreis des Hanauer Museums Kehl: Klaus Hornung, Hauptstr. 17, 7640 Kehl  
 Arbeitskreis für neuere und Zeitgeschichte: Dr. Heiner Raulff, Lichtenbergstr. 16, Kehl-Goldscheuer

Beiträge für unser Jahrbuch „Die Ortenau“ sind bis spätestens 1. 3. jeweils an die Schriftleitung zu richten. Bitte, nur druckfertige Originalbeiträge! Für Inhalt und Form der Arbeiten sind die Verfasser verantwortlich. Die Zeit der Veröffentlichung der angenommenen Arbeiten muß sich die Schriftleitung vorbehalten. Der Abdruck aus der „Ortenau“ ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet, die sich alle Rechte vorbehält. Für unverlangte Manuskripte und Besprechungsstücke kann keine Haftung übernommen werden. Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Besprechungsstücke sind ebenfalls an die Schriftleitung zu senden.

Die Verfasser erhalten 10 Autorenexemplare ihrer Beiträge unberechnet. Wegen vieler Anfragen weisen wir darauf hin, daß jedermann Sonderdrucke einzelner Beiträge in beliebiger Zahl bei der Druckerei A. Morstadt, Buch- und Offsetdruck, 7640 Kehl, Kinzigstraße 25, bestellen kann, spätestens gleich nach Zusendung des Jahrbuchs, da der Drucksatz nach kurzer Zeit eingeschmolzen wird. Danach können die Einzelbeiträge nicht mehr geliefert werden, nur noch der ganze Band, solange der Vorrat reicht.

Bestellungen auf noch lieferbare Jahrgänge nimmt die Geschäftsführung (Postfach 15 69, 7600 Offenburg) entgegen, soweit noch Exemplare vorhanden sind.

Laut Beschluß der Jahresversammlung 1978 beträgt der Jahresbeitrag auch 1980:

20,— DM für natürliche Personen und Schulen,  
 35,— DM für juristische Personen und Körperschaften.

Spenden sind erwünscht und werden dankbar angenommen.

Der Historische Verein für Mittelbaden e.V., Sitz Offenburg, dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken; auf Grund des Freistellungsbescheides des Finanzamtes Offenburg vom 2. 3. 1972 (Az. II/14) ist er berechtigt, selbst Spenden entgegenzunehmen. Gegen die Anerkennung der Mitgliedsbeiträge als steuerbegünstigte Ausgabe nach § 10 b EStG bestehen seitens des Finanzamtes Offenburg lt. Mitteilung vom 19. Juli 1972 keine Bedenken. Die Bescheinigung über die steuerbegünstigten Beiträge erfolgt auf der Mitgliedskarte oder auf besonderem Formular.

Die Mitglieder der Mitgliedsgruppen entrichten den Jahresbeitrag an deren Rechner, die Mitglieder der überregionalen Mitgliedsgruppe (die also keiner Mitgliedsgruppe angehören) überweisen auf die Konten des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. (Volksbank Offenburg, Nr. 629 55 09, BLZ 664 900 00, Bezirkssparkasse Offenburg, Nr. 00-361 618, BLZ 664 500 50 oder Postscheckkonto Nr. 6057-756, Postscheckamt Karlsruhe).